Geschichte

der

Jahre 1848 bis 1860

von

Eduard Arnd.

Separatabdruck

aus Becker's Weltgeschichte, achte Auflage,

als

Fortsetzung des unter dem Titel: Geschichte der letzten 40 Jahre erschienenen Supplements der früheren Auflagen.

Berlin,
Verlag von Duncker und Humblot.
1863.

Inhalt.

Neueste Geschichte.

Vierter Zeitraum.

Die neuesten Begebenheiten seit der Februar-Revolution.

1. Frankreich von der Februar-Revolution bis zur Wahl Louis Napoleon's zum Präsidenten der Republik.

Aus der Deputirtenkammer war am 24. Februar, ohne Ermächtigung von Seiten der berechtigten Staatsgewalten, ohne Anwendung gesetzlicher Formen, durch den Willen und Zuruf einer wilden Menge, eine provisorische Regierung hervorgegangen, deren Mitglieder an eine solche Stellung für sich vorher im Ernst nie gedacht haben konnten. Aber das Schwierigste war nicht ihre Ernennung, sondern ihr unter der allgemeinen Aufregung Anerkennung und Gehorsam zu verschaffen. Als die neuen Machthaber von dichtgedrängten Schaaren Bewaffneter umgeben nach dem Stadthaus (Hôtel de Ville) zogen, fanden sie auf dem Greveplatz so ungeheuere Volksmassen, daß sie nur mit äußerster Mühe in dasselbe eintreten konnten. Auf dem Platze waren aus Besorgniß vor einem möglichen Angriff vier Kanonen aufgefahren, hohe Barrikaden schlossen die Eingänge zu den benachbarten Straßen, todte Pferde lagen auf dem Pflaster umher, und Tragbahren mit gefallenen oder verwundeten Kämpfern zogen unaufhörlich über ihn hin. Im Stadthause selbst sah es noch wüster aus. Alle Treppen, Gänge, Gemächer waren von den Kellern bis zum Dach von Bewaffneten zum Erdrücken voll, die sich nach beendigtem Kampf dahin als dem allbekannten Mittelpunkt des städtischen Lebens gewandt hatten. Von Leidenschaft erhitzt, von Pulverrauch geschwärzt, von Blutspuren bedeckt, wogten sie auf und ab, und machten der stürmischen Bewegung ihres Innern durch den unaufhörlich ertönenden Ruf: Es lebe die Republik! und durch das Abfeuern ihrer Gewehre Luft, die in den weiten Räumen des Gebäudes wiederklangen, und ihm das Ansehen einer mit Sturm genommenen Citadelle gaben.

Selbst die inneren Höfe waren von einer ab= und zuströmenden Menge, aber auch von schichtenweis erhöhten Leichnamen angefüllt, deren immer mehr herbeigebracht wurden, ein Anblick, der das Rachegefühl der Ueberlebenden noch stärker anzufachen schien. Alles drängte und tobte wie rasend durcheinander, und gab seinen Haß gegen das Königthum, seine Begeisterung für die Republik in den entflammtesten Ausdrücken zu erkennen. Die Mitglieder der provisorischen Regierung, schon früher auf ihrem Wege durch die wogenden Volksmassen von einander getrennt, wußten nicht, als sie endlich mit Mühe in dem Stadthaus zusammentrafen, wo sie sich in demselben niederlassen sollten, da alle Räume überfüllt waren, als ihnen endlich von einem Beamten der Polizeipräfektur ein kleines Zimmer angewiesen wurde, in welchem sie festen Fuß fassen, und, wenn auch unter zahllosen Störungen ihre Arbeiten beginnen konnten. Die größte Schwierigkeit für die in der Deputirtenkammer improvisirten Machthaber lag indessen weniger in der im Volke herrschenden Gährung, das sehr bald das Bedürfniß einer Leitung, wenn auch einer Leitung nach seinem Sinne fühlte, als vielmehr in dem Auftreten nebenbuhlerischer Gesinnungsgenossen, die ebenfalls populair waren, und einen Antheil an der öffentlichen Gewalt als Lohn für ihre Mitwirkung bei der Revolution beanspruchten. Als Lamartine und seine Kollegen im Stadthaus ankamen, fanden sie daselbst eine Anzahl von Personen vor, die durch ihre Meinungen im Volk beliebt waren, Journalisten wie: Armand Marrast, Floccon, Louis Blanc; Mitglieder der geheimen Gesellschaften und Demagogen von Profession wie: Caussidière, Sobrier, Lagrange, die nicht geneigt waren, vor ihnen ohne weiteres zurückzutreten. Indessen nahmen Männer wie: Dupont de l'Eure, Arago, Lamartine in der Schätzung der Menge offenbar den ersten Platz ein, und die rivalisirenden demagogischen Größen mußten damit zufrieden sein, der neuen Regierung, wenn auch anfangs in untergeordneter Stellung, beigesellt zu werden. Die erste Klippe, an der noch alles hätte scheitern können, ein innerer Kampf in der zur Herrschaft gekommenen Partei, war demnach glücklich umschifft worden. Es fand eine Fusion von Personen und Meinungen sehr verschiedener Art statt, deren üble Folgen später hervortreten sollten, die aber wenigstens für den Augenblick ein Glück war, da ohne sie der Uebergang zu einer neuen Ordnung der Dinge noch schwieriger gewesen wäre.

Ungeachtet des furchtbaren Tumults, den nach den Mittheilungen von Augenzeugen keine Schilderung zu übertreiben vermöchte, und der zuweilen jede Organisation unmöglich zu machen schien, gelang es der

provisorischen Regierung festen Fuß zu fassen, und die Geschäfte unter ihre Mitglieder zu vertheilen. Als die Nachricht von dem was in der Deputirtenkammer geschehen sich in Paris verbreitete, begab sich eine Anzahl politischer und administrativer Notabilitäten nach dem Stadthaus, um die neuen Machthaber in ihren Arbeiten zu unterstützen. Die Maires der verschiedenen Stadttheile, Präfekturräthe und Polizeikommissarien stellten sich der provisorischen Regierung zur Verfügung, halfen ihr Ansehen unter dem Volk verbreiten, und wurden ihr mit ihren Lokalkenntnissen nützlich. Aus der Jugend der gebildeten Klassen erschienen Eleven der polytechnischen Schule, die mehr jungen Militairs als Studirenden ähnlich sind, und noch von der Vertheidigung von Paris (30. März 1814) und von der Julius revolution her beim Volke beliebt waren; auch fanden sich Studenten der Rechte und Medicin ein, und bildeten mit den Polytechnikern vereint, eine Art von Schutzwache um die provisorische Regierung, die den Zugang zu dem Sitzungslokal vertheidigte, Aufträge erhielt und ausführte, und die Menge durch gewinnende Ansprachen und Vorstellungen zu beschwichtigen suchte. Es ward jetzt, im Vergleich zu dem was vorhergegangen und bald folgen sollte, etwas Ordnung in das Chaos gebracht, wenigstens so viel als nöthig war, um die nächsten Ergebnisse der Bewegung festzustellen, und dieselbe dadurch einigermaßen zu beschränken.

Das Erste, was die neuen Machthaber thaten, war der Erlaß einer Proklamation an das französische Volk, in der sie die Einsetzung einer provisorischen Regierung ankündigten, die aus dem Drange der Umstände hervorgegangen sei, und die Revolution organisiren und befestigen werde. Außer den schon oben genannten sieben Mitgliedern derselben wurden Armand Marrast, Louis Blanc, Flocon und Albert als ihr zugetheilte Sekretaire aufgeführt, und zugleich erklärt, daß die provisorische Regierung zwar die Republik wolle, als die mit den Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Verbrüderung übereinstimmendste Staatsform, deren endgültige Feststellung aber von der Genehmigung der Nation abhängig mache, die darüber so rasch wie möglich befragt werden solle. Hierauf ging die provisorische Regierung an die Vertheilung der bedeutendsten Staatsämter. Dupont de l'Eure wurde Conseilpräsident ohne Portefeuille; Lamartine Minister der auswärtigen Angelegenheiten; Ledru-Rollin Minister des Innern; Arago Marineminister; Marie Minister der öffentlichen Arbeiten; General Bedeau*) Kriegsminister;

*) Da er ablehnte, wurde der General Subervic an seine Stelle gesetzt.

Goudchaux Finanzminister; Carnot, der Sohn des berühmten Konventsmitgliedes, Minister des öffentlichen Unterrichts; Bethmont Handelsminister; der General Cavaignac wurde zum Generalgouverneur von Algerien, und Garnier-Pagès zum Maire von Paris ernannt. Caussidière und Sobrier wurden an die Spitze der Pariser Polizei gestellt. Den Oberbefehl über die Nationalgarde im Departement der Seine erhielt der ehemalige Oberstlieutenant und Deputirte Courtais. Der Pairskammer wurde verboten sich wieder zu versammeln, was einer Aufhebung dieses Instituts, das übrigens nie tief in das französische Leben eingedrungen gewesen, gleich kam, und die Deputirtenkammer ward für aufgelöst erklärt. Alle Civil- und Militairautoritäten, deren Stellen nicht ausdrücklich anders besetzt wurden, sollten vorläufig in denselben erhalten bleiben. Die provisorische Regierung erließ hierauf eine Ansprache an das Heer, in welcher es von seinem dem Königthum geleisteten Eid im Namen der Nation entbunden, zur Eintracht mit den Bürgern, und zum Vergessen des Geschehenen aufgefordert wurde. Diese ersten Anordnungen der neuen Machthaber brachten in Paris einige Beruhigung hervor. Der besitzende Theil der Bevölkerung sah darin die nothwendigsten Grundlagen zur Wiederherstellung der Ordnung, und die gemäßigten Anhänger der Revolution fanden sich durch den Sieg ihrer Partei befriedigt. Aber in der Masse der niederen Klasse gährte es nach wie vor fort, und wenn auch der Ausbruch überspannter Ideen und zügelloser Leidenschaften dann und wann zurückgedrängt wurde, so blieb doch der zündbare Stoff bestehen, den damals keine menschliche Gewalt vollkommen zu beseitigen oder zu löschen im Stande gewesen wäre.

Am Abend des 23. Februar war Paris wegen Entlassung des Ministeriums Guizot erleuchtet gewesen, am Abend des 24. geschah dasselbe aus Freude, wie es hieß, über die Proklamirung der Republik, in Wahrheit aber weil der Pariser Bürgerstand von den Maßregeln der provisorischen Regierung Sicherheit gegen Unterdrückung, Plünderung und weiteres Blutvergießen erwartete. Denn die Republik begegnete nur den Wünschen eines Theils der aufgeregten Jugend, die in dieser Staatsform ihr politisches Ideal verwirklicht sah, und fand bei den untern Klassen nur darum eine so beifällige Aufnahme, weil sie von ihr eine Abhülfe ihres materiellen Nothstandes erwarteten. An und für sich lag sie nicht, wie bei der nordamerikanischen Revolution, in von der Natur und Geschichte vorbereiteten Zuständen, und dem Charakter der Bevölkerung. Die Begeisterung für sie war ein Rausch, der mit den Umständen, die sie herbeigeführt hatten, wieder verfliegen sollte.

Während die Hauptstraßen der Stadt am Abend des 24. Februar von einem Lichtmeer funkelten, und die Bevölkerung über die Beendigung des Kampfes erfreut, wie an einem Festtag auf und nieder wogte, saßen Lamartine und seine Kollegen in einem engen zum Ersticken vollen Zimmer, nachdem die dringendsten Geschäfte, wie die Proklamationen an Volk und Heer und die Besatzung der obersten Stellen, erledigt waren, mit Ausfertigung der einzelnen Dekrete beschäftigt, die an die Civil- und Militairautoritäten in den Departements über die Einführung der neuen Ordnung der Dinge erlassen wurden. Sie wurden bei dieser Arbeit von einer Anzahl tüchtiger Männer unterstützt, die, oft ohne amtliche Stellung, ihnen freiwillig mit Rath und That zur Seite standen, aber auch unaufhörlich von der wilden Menge unterbrochen, die mit Gewalt in den Ort ihrer Sitzungen eindrang, bald dieses bald jenes an den von ihnen getroffenen Anordnungen tadelte und von ihnen Erklärungen über ihre ferneren Plane forderte, und dies alles in der stürmischen, drohenden Weise, die Leuten natürlich war, die eben erst ihr Leben für ihre Sache auf das Spiel gesetzt hatten, und sich als Sieger und Herren des Schlachtfeldes ansahen. Die Treppen, Gänge und Fußböden im Hôtel de Ville zitterten unter der Last der ungeheuren bewaffneten Menge, die sich auf ihnen hin und her drängte. Die vielen menschlichen Leichname und todten Pferde, die in und vor dem Gebäude lagen und zum Theil absichtlich dahin gebracht waren, verbreiteten einen unerträglichen Geruch. Die Gegner der provisorischen Regierung hatten gehofft, dieselbe dadurch vertreiben oder wenigstens in ihren Arbeiten hindern zu können. Sie hielt jedoch unerschütterlich aus. Aber die Thüren, die zu ihrem Zufluchtsort führten, wurden mehrmals mit Gewalt geöffnet, und Lamartine sah sich am Abend zu wiederholten Malen genöthigt auf den Platz herabzusteigen, und das dort versammelte Volk unter Betheurung seiner Anhänglichkeit an die Republik und Versprechungen für die Zukunft zu beruhigen und von der Begehung weiterer Unordnungen abzuhalten. Erst in später Nacht verlief sich die Menge, die seit vierundzwanzig Stunden unaufhörlich in Bewegung gewesen war. Die provisorische Regierung soll, von ihrer Ankunft im Stadthause bis gegen Morgen, wo ihren Mitgliedern vor Ermüdung die Augen zufielen und ihren Händen die Feder entsank, gegen siebenzig Proklamationen, Dekrete und Instruktionen erlassen haben.

Die meisten Mitglieder der provisorischen Regierung hatten seit längerer oder kürzerer Zeit republikanische Gesinnungen gehegt, waren aber vor dem 24. Februar von der Hoffnung weit entfernt gewesen, sie

schon damals verwirklicht zu sehen. Theils Begeisterung für das Ziel ihrer Wünsche, theils der Ehrgeiz auf der Bahn dazu eine Rolle zu spielen hatte sie, als die Nachricht von der Flucht des Königs in die Deputirtenkammer gelangte und ein wilder Volkshaufe in sie einbrach, bewogen, die unerwartete Gelegenheit zu benutzen und sich kopfüber in die Bewegung zu stürzen. Als sie aber einmal von ihren Wogen umgeben waren, muß man zugestehen, daß sie in der ersten Zeit, wo sie noch von einem frischen Muth belebt waren, das Steuerruder mit Kraft und Geschicklichkeit führten, und die schwierige Stellung, in die sie plötzlich hineingerathen waren, so auszufüllen verstanden, als wären sie, was bei keinem von ihnen der Fall gewesen, unter Volksstürmen und politischen Erdbeben groß geworden. Namentlich bewies der an die edelsten Umgangsformen gewöhnte, schwärmerische und feinsinnige Dichter Lamartine in jenen Tagen, sowohl in den allgemeinen Anordnungen, die er traf, als auch in dem persönlichen Verkehr mit dem Volk einen Muth, eine Geistesgegenwart und Ausdauer, einen Schwung und Strom der Rede, der der herrlichsten Sache würdig gewesen wäre. Ohne Zweifel war Lamartine aufrichtig, als er sich auf Seite der Gegner der Juliusmonarchie schlug, und im entscheidenden Augenblick durch seine Haltung in der Deputirtenkammer die Katastrophe beschleunigen half, aber wie grausam hat er, der jetzt (1862) noch lebt, sich in seinen begeisterten Hoffnungen durch die nachfolgenden Ereignisse getäuscht gesehen!

Die Nacht hatte der Bewegung einen erzwungenen Stillstand auferlegt, aber das Chaos von Leidenschaften, das in der Brust der erregten Menge stürmte, war so mächtig, daß es sie nicht ruhen und rasten ließ, und schon am frühen Morgen des 25. Februar sich große Volksmassen auf den Straßen und Plätzen sammelten und in geschlossenen Reihen nach dem Stadthause zogen. Die Ereignisse des 24. Februar hatten sich am Abend und während der Nacht in der Umgegend von Paris verbreitet, und ein gewaltiger Zuzug von Fabrikarbeitern aus den nahe liegenden Dörfern und Mitgliedern der geheimen Gesellschaften aus den benachbarten Städten hatte sich nach Paris begeben, von Neugierigen und Müssiggängern aus allen Klassen verstärkt. Schon um neun Uhr Morgens war das Hôtel de Ville von 25—30,000 Bayonetten umstarrt. Die Revolution schien jetzt einen noch drohenderen Charakter als am Tage vorher annehmen zu wollen. Es handelte sich nicht mehr wie am 24. Februar um den Sturz eines schon längst wankenden Throns, sondern es war jetzt eine Steigerung der demokratischen Bewegung zu fürchten, welche, die gemäßigte Republik überfluthend, in

den Socialismus und Kommunismus umzuschlagen drohte. Aus den Massen, die auf dem Greveplatz ankamen, ragten rothe Fahnen empor, und an den Hüten und Kleidern der Männer waren rothe Bänder angebracht. Ein Volkshaufe drang tobend, indem er die aufgestellten Wachen zurückdrängte, in das Berathungslokal. Ein Fabrikarbeiter sprach in kurzen abgebrochenen Sätzen mit donnernder Stimme die Forderung der draußen harrenden Menge aus, wobei er von Zeit zu Zeit mit dem Kolben seines geladenen Gewehrs auf den Boden schlug, daß die Wände des Zimmers davon erdröhnten. Er verlangte Einführung der Gütergemeinschaft, Errichtung einer Proletarierregierung, und Annahme der rothen statt der bisherigen dreifarbigen Fahne und Kokarde. Während er sprach tönte vom Platze her der Ruf: Es lebe die demokratische und socialistische Republik! Von den Regierungsmitgliedern waren nur drei: Lamartine, Marie und Garnier-Pagès anwesend, die übrigen waren in ihren Ministerien beschäftigt. Alle drei sprachen, von ihrer Umgebung unterstützt, mit Nachdruck und Würde gegen jene wahnsinnigen Fordetungen, aber Lamartine war es, der an diesem Tage sich selbst übertraf und eine Unerschrockenheit und Gewandtheit bei Behandlung der irre geleiteten Menge, eine unerschöpfliche Kraft der Abwehr gegen den moralischen und physischen Druck derselben an den Tag legte, die manche seiner Schwächen aufwiegen können, und bei einer Schilderung jener Zeit hervorgehoben zu werden verdienen. Selbst entschiedene Demagogen, wie Lagrange und Louis Blanc, sprachen gegen die erwähnten Forderungen und suchten das Volk von deren Unmöglichkeit zu überzeugen. Aber Lamartine that das meiste, und es gelang ihm, die Deputation der auf dem Platze harrenden Arbeiter zum Verlassen des Sitzungslokals zu bewegen und sie einigermaßen zu begütigen. Aber um zwei Uhr Nachmittags zog ein frischer Volkshaufe von 4—5000 Köpfen heran, der noch erregter und zu Gewaltsamkeiten geneigter schien. Auch diese Neuangekommenen traten mit rothen Fahnen auf. Die vier vor dem Stadthause aufgestellten Kanonen wurden von ihnen mit Kartätschen geladen und gegen den Eingang gerichtet. Eine Anzahl von ihnen drang in das Innere des Stadthauses, und bestand mit Leidenschaft auf Annahme der rothen Kokarde und Errichtung einer aus den Proletariern genommenen Regierung. Da trat Lamartine der zügellosen Menge entgegen, und sprach mit einer Geistesgegenwart und Ueberzeugungskraft, deren Wirkung sich zuletzt Niemand entziehen konnte. Es handelte sich diesmal noch mehr als vorher um die Abschaffung der dreifarbigen und die Annahme der rothen Fahne, auf welche von den Meuterern beson-

derer Werth gelegt wurde, weil ihnen dieses Symbol von ihren Ideen unzertrennlich erschien. Aber eben deshalb glaubte Lamartine diesem Ansinnen auf das äußerste widerstehen zu müssen. Wer den Einfluß äußerer Zeichen auf die Stimmung des Franzosen, besonders unter Umständen wie damals, kennt, weiß auch, daß es sich dabei nicht um eine bloße Veränderung der Farbe, sondern des Systems handelte. Denn auf die Annahme der rothen Fahne würde wahrscheinlich für eine Zeit lang eine neue Schreckensherrschaft, der Bürgerkrieg im Innern und der Kampf gegen das Ausland gefolgt sein. „Ich und meine Kollegen," rief Lamartine zu wiederholten malen, „wollen lieber sterben als uns durch eine feige Nachgiebigkeit gegen unheilbringende Maßregeln entehren!" Dies war aber keine rhetorische Figur, denn mehrmals hatte im Lauf dieses Tages Lamartine's Leben in Gefahr geschwebt, es waren Gewehre auf ihn angelegt und ihm sogar einmal eine Pistole auf die Brust gesetzt worden. Aber man schritt, ungeachtet aller Drohungen, nicht zum äußersten, denn die Sitten selbst der niedrigsten Klassen hatten sich im Vergleich zu der Zeit, wo das Konventsmitglied Feraud*) im Sitzungssaal ermordet und sein Haupt, auf eine Lanze gesteckt, dem Präsidenten Boissy d'Angles vorgehalten wurde, sehr gemildert. Das mächtigste Argument, welches Lamartine der Annahme der rothen Fahne entgegensetzte, wenn alle anderen Gründe vergeblich gewesen, war charakteristisch für die Zeit und das Volk, an welches es gerichtet wurde. „Eure rothe Fahne," sagte Lamartine, „hat keinen anderen Umzug als auf dem Marsfeld gemacht, wo sie sich mit dem Blut**) des Volks tränkte. Die dreifarbige Fahne dagegen ist von der französischen Tapferkeit durch ganz Europa getragen, und siegreich auf den Wällen von Lissabon, Neapel und Moskau aufgepflanzt worden! Mit ihrem Verschwinden würde die Hälfte von Frankreich's Ruhm in das Dunkel der Vergessenheit versinken!" — Diese Berufung auf die Nationalehre verfehlte nicht ihre Wirkung auf die wilden Gemüther. Denn das Herz des Franzosen, besonders in den unteren Klassen, schlägt, selbst wenn es für alle anderen Eindrücke erstorben wäre, noch immer warm und voll bei der Erinnerung an die Größe des Vaterlands. Leute, die vorher allen Vernunftgründen unzugänglich gewesen, die mit der Anwendung ihrer Waffen gedroht hatten, wenn die Fahne ihrer Wahl von der Regierung nicht

---

*) Am 1. Prairial des Jahres III; 20. Mai 1795.

**) Am 17. Julius 1791, bei Anwendung des Martialgesetzes gegen aufrührische Bewegungen.

angenommen würde, von denen der Ruf: „Nieder mit Lamartine! Tod dem Verräther!“ vernommen worden, wurden auf diese Art umgestimmt, und zogen sich mit einem Lebehoch auf den kühnen Redner und die provisorische Regierung zurück. Wer mit der französischen Weise zu empfinden und zu sprechen nicht vertraut ist, kann an den von Lamartine bei dieser und anderen Gelegenheiten gehaltenen Ansprachen eine zu weit gehende Ueberschwänglichkeit tadeln, der Kenner dieser Zustände wird dagegen dem hohen Ton, den Lamartine in diesen drangvollen Tagen bei der Behandlung des Volkes anzuschlagen wußte, seinen Beifall nicht versagen. Die Menge fühlte sich geschmeichelt und gehoben, wenn ein Mann von diesem Adel der Gesinnung und diesem Zauber des Talents sich an sie richtete, und bei ihr ein Verständniß für diese Eigenschaften vorauszusetzen schien. Die Wirkung war allerdings keine tief eindringende, ging aber auch nicht spurlos vorüber, und verhinderte wenigstens für den Augenblick noch größere Uebel.

Lamartine verstand aber nicht allein schön und kräftig zu sprechen, obwohl schon seine bloßen Worte unter solchen Umständen zu Thaten wurden, er wußte auch klug gewählte Maßregeln zu treffen, die sehr geschickt für die Bedürfnisse des Augenblicks berechnet waren. Von den Gefahren erschreckt, die für die öffentliche Sicherheit aus der großen Anzahl junger Leute entstehen konnten, die ihre Werkstätten und Fabriken verlassen und zu den Waffen gegriffen hatten, wenn sie sich selbst überlassen blieben, fiel Lamartine auf den Gedanken, ihrer so viele als möglich in ein Korps unter dem Namen Mobilgarde zu vereinigen, das eine Zeit lang die Linientruppen, die bei der zwischen dem Volk und dem Heer bestehenden Spannung aus Paris entfernt oder in Folge der letzten Ereignisse etwas demoralisirt waren, ersetzen und zur Erhaltung der Ruhe mitwirken sollte. Es ward sogleich an die Ausführung dieses Plans gegangen. Ueber zwanzigtausend junge Leute zwischen funfzehn und zwanzig Jahren traten in dieses Korps ein, zu dem sie ein verhältnißmäßig hoher Sold, das Recht ihre Officiere zu wählen und eine ausgezeichnete Uniform hinzog. Diese Einrichtung entsprach einem doppelten Zweck. Das unruhigste und verwegenste Element der Pariser Bevölkerung, das junge Proletariat, wurde militairisch organisirt und dadurch nicht allein von der Begehung von Unordnungen abgehalten, sondern auch in eine Stütze der Regierung verwandelt, die auf die Mobilgarde mit mehr Sicherheit als auf die Nationalgarde zählen konnte, indem letztere jetzt die ganze waffenfähige Bevölkerung, also auch Mitglieder der geheimen Gesellschaften und Klubs und Anhänger des So-

cialismus und Kommunismus enthielt. Mit dem militairischen Instinkt, der die französische und besonders die Pariser Jugend auszeichnet, wählten die in die Mobilgarde eingetretenen Fabrikarbeiter und Handwerksgehülfen lauter tüchtige Leute zu Officieren und fast nur aus den gebildeten Klassen, ließen sich die Waffenübungen angelegen sein, und zogen später bei einem furchtbaren Kampfe die Bewunderung der Bevölkerung und die Achtung der alten Soldaten auf sich.

Unterdessen gährte es in den Massen immer fort. Die Revolution von 1848 unterschied sich von der von 1789 vornehmlich dadurch, daß sie nicht wie diese rein politischer, sondern vornehmlich socialer Natur war. Es handelte sich diesmal nicht darum, absolutistisch-feudale Institutionen zu stürzen, privilegirten Klassen ihre Vorrechte zu entreißen, gewisse allgemeine Grundsätze über Menschenwürde und gesetzliche Gleichheit zur Anwendung zu bringen; dies Alles war längst errungen; die Aufgabe war jetzt das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit zu regeln, und die gesellschaftlichen Unterschiede mit dem in den Massen erwachten Drange nach größerer persönlicher Unabhängigkeit und leichterer Befriedigung ihrer Bedürfnisse in Einklang zu setzen. Die hieraus entstehenden socialen Fragen waren schwieriger als die politischen der ersten Revolution zu behandeln, da die Anwendung der sinnlichen Gewalt bei ersteren zu keinem Ziel führte, selbst die Aufstellung gesetzlicher Bestimmungen nicht ausreichte, und sie nur auf dem sittlichen Wege gegenseitiger Mäßigung und Nachgiebigkeit gelöst werden konnten. Einer solchen Lösung dieser Fragen standen bei ihrer langen Vernachlässigung von Seiten des Staats, der leidenschaftlichen Erregbarkeit des Augenblicks und der in allen Klassen herrschenden Selbstsucht, jetzt mehr Hindernisse als je entgegen. Die einen wollten von ihren Rechten, die anderen von ihren Ansprüchen nichts aufgeben; es fehlte an der vermittelnden Macht, welche die Entscheidung des großen Problems mit der Zustimmung aller auf sich genommen hätte. Die unter solchen Umständen angestellten Versuche konnten nur Halbheiten oder Fehlgriffe zu Tage fördern.

Die provisorische Regierung erließ in den nächsten Tagen nach der Revolution eine Menge Dekrete, von denen einige auf Erleichterung der nothleidenden Menge berechnet waren, andere aber nur ihren Vorurtheilen schmeichelten, wie die Abschaffung der Adelstitel und die Umwandlung des Pallastes der Tuileries in ein sogenanntes Civilinvalidenhaus für arme, bejahrte oder verstümmelte Arbeiter. Es wurde allen Bürgern das Recht zuerkannt, Vereine nach Belieben zu stiften, um bil-

ligen Vortheil von ihren Arbeiten zu ziehen, und die unmittelbare Errichtung von Staatswerkstätten angeordnet. Am 26. Februar erschien das Dekret, welches unter dem Namen: „Commission du Gouvernement pour les Travailleurs," einen permanenten Ausschuß mit dem ausdrücklichen Auftrag einsetzte, das Loos der Arbeiter zu verbessern. Am 27. Februar wußte Louis Blanc die Errichtung eines eigenen Ministeriums für sich durchzusetzen, welches den Namen „Ministerium des Fortschritts" erhielt, und im Pallast Luxemburg, im Lokal der ehemaligen Pairskammer, seine Sitzungen hielt. Es wurden damit allerdings die Ideen des Socialismus noch nicht als eine herrschende Macht anerkannt, sondern nur gezeigt, daß man sich mit den Interessen der Massen ernstlich beschäftigen wollte. Da aber im Grunde dabei nichts Wesentliches erreicht wurde und auf diesem Wege auch nicht erreicht werden konnte, so wirkte dieses Arbeiterparlament nur schädlich, indem es unter der Leitung eines kühnen und gewandten Sophisten einen Herd der Aufregung bildete, und die ohne dies übertriebenen Erwartungen der Menge noch vermehrte, die, als sie dadurch nichts gewann, von dem Schmerz über die erfahrene Täuschung um so mehr erbittert wurde. Anfangs März wurden von Marie, dem Minister der öffentlichen Arbeiten, die Nationalwerkstätten (ateliers nationaux) eröffnet. Dieselben waren so wie sie geleitet wurden, mehr eine öffentliche Unterstützungsanstalt für die Menge von Leuten, welche durch die Februarrevolution brodlos geworden, als daß in ihnen etwas des Lohnes würdiges geleistet worden wäre. Die Arbeiten bestanden meist in Erdumschaufeln, Dammaufwerfen, Pflasterausbessern, Abputzen von Brückengeländern und Laternenpfählen, die entweder ganz zwecklos waren oder nützlicheren Dingen hätten nachgesetzt werden sollen. Die Regierung hätte diese Anstalten für die Hauptstadt unschädlich und für das Land vortheilhaft machen können, wenn sie die kräftigsten unter diesen Arbeitern fern von Paris, in den Departements zu großen Unternehmungen, wie dem Austrocknen von Sümpfen, der Urbarmachung von Heiden, der Rektificirung von Flußbetten angewandt hätte, wozu der Süden und Westen Frankreich's so viele Gelegenheit boten. Es hätte dadurch ein dauernder Nutzen geschafft und Paris von vielen schädlichen Elementen gereinigt werden können. Statt dessen beschränkten sich die Nationalwerkstätten auf Paris und einige andere große Städte. Die Arbeiter waren militairisch organisirt, in Brigaden und Kompagnien eingetheilt, an deren Spitze Führer und Aufseher standen, die am Morgen unter Vortragung besonderer Fahnen an der Spitze ihrer Leute von den Sammelplätzen aus zur

Arbeit gingen und Abends eben so wieder heimkehrten. Aber die meiste Zeit verging mit Hin- und Herziehen, Gespräch und Kartenspiel. Anfangs waren ungefähr 25,000 Personen in den Nationalwerkstätten beschäftigt, meist solche, die schon in Paris wohnten. Aber die geringe Arbeit und der verhältnißmäßig gute Lohn lockte bald eine Menge von Müssiggängern aus der ganzen Umgegend herbei, so daß die Nationalwerkstätten zuletzt von mehr als 100,000 Arbeitern bevölkert waren, die aber so viel wie nichts thaten, und ein für die Demagogen und die Klubs immer bereites Heer bildeten.

Ungeachtet der Abschüttelung so mancher früher vorhanden gewesenen Zügel nahm die Zahl der eigentlichen Verbrechen, wie Mord, Einbruch, Diebstahl, in der ersten Zeit nach der Revolution in Paris nicht zu, da es eine ungeheuere Menge Bewaffneter gab, Nationalgarde, Mobilgarde, republikanische Garde, Montagnards, die um sich etwas zu thun zu machen, besonders des Nachts unaufhörlich hin- und herzogen, alle verdächtigen Personen aufgriffen, und auf frischer That ertappte Verbrecher sogleich aus eigener Macht erschossen. Dergleichen nicht seltene Beispiele von Willkühr und Strenge jagten den Uebelthätern von Profession einen großen Schrecken ein, die ihren gewöhnlichen Lebenslauf unterbrechen mußten, bis ihnen die Wiederherstellung der regelmäßigen Justiz ein weniger gefährliches Auftreten verstattete. Wie sehr aber die Bande der Autorität in Allem gelockert waren, was auf irgend eine Weise mit der Revolution zusammenhing, kann aus folgendem Vorfall erkannt werden. Von den Volkshaufen, die am 24. Februar die Tuileries eingenommen hatten, war eine Anzahl unter dem Vorwande, diesen Pallast gegen Beschädigung schützen zu wollen, daselbst zurückgeblieben, und richtete sich in den königlichen Gemächern, besonders in den reichlich versehenen Vorrathskammern und Kellern heiter und bequem ein. Nach einigen Tagen ließen diese Leute, um sich die Langeweile zu vertreiben, Frauenzimmer ihres Schlages kommen, mit denen sie Bachanale der ausgelassensten Art feierten, so daß die Tuileries von einem immerwährenden Jubel wiederklangen. Vergebens suchte die Mairie diesem anstößigen Schauspiel ein Ende zu machen, indem sie die Eindringlinge erst in Güte und dann unter Drohungen zur Räumung des Pallastes aufforderte. Diese blieben gegen alle Vorstellungen taub. Gewalt wollte man gegen die Männer des 24. Februar nicht anwenden, die sich auf ihre Verdienste um die Revolution beriefen. Man mußte mit ihnen einen Vergleich eingehen, vermöge dessen sie sich endlich gegen Sicherung ihres Lebensunterhalts für die nächste Zeit, zum Ab-

zug entschlossen. In Paris wurde nach beendigtem Kampf vom Volk selbst einzelnen Unordnungen gesteuert, aber in der Umgegend fielen, bis die Polizei wieder einigermaßen organisirt war, große Frevel vor. Das Schloß Neuilly bei Paris, eine Privatbesitzung der Orleans, wurde von einer räuberischen Bande geplündert und in Brand gesteckt, wobei außer anderen Kostbarkeiten werthvolle Gemälde und seltene Bücher zu Grunde gingen. Dasselbe geschah mit dem Landhause der Familie Rothschild in Suresnes, obgleich der große Banquier dieses Namens eine bedeutende Summe für die Familien der am 24. Februar Gebliebenen und Verwundeten gespendet hatte. Auch wurden einige Brücken und Eisenbahnen in der Nähe von Paris beschädigt. Dieser Zerstörungslust wurde jedoch bald Einhalt gethan.

Die provisorische Regierung und ihre Befehle wurden in ganz Frankreich und den Kolonien mit der größten Willfährigkeit anerkannt. Fast alle höheren Civil- und Militairautoritäten waren unter der Juliusmonarchie eingesetzt worden. Gleichwohl zeigte sich nirgends eine Spur von Widerstand gegen die Erklärung der Republik und die Diktatur, die sich im Pariser Stadthause erhoben hatte. Die in Paris anwesenden Generale begaben sich, den Marschall Bugeaud an der Spitze, schon am anderen Tage nach der Flucht Ludwig Philipp's, nach dem Hôtel de Ville, erkannten die Republik an und boten der provisorischen Regierung ihre Degen an. Eben so entgegenkommend war der Erzbischof von Paris, der im Namen der Geistlichkeit der provisorischen Regierung seine Zustimmung und Mitwirkung aussprach. Es ward fortan in den Kirchen für die Republik wie vorher für den König gebetet. Aehnliches geschah in den Departements. Sobald die Präfekten, die kommandirenden Generale, die Maires die Befehle aus dem Pariser Stadthause empfangen hatten, versammelten sie ihre Untergebenen, machten ihnen dieselben bekannt, empfahlen ihnen deren Beachtung und endigten mit einem Lebehoch auf die Republik und die provisorische Regierung, in das gewöhnlich die ganze Bevölkerung einstimmte. In Algerien lag ein zahlreiches Heer, an dessen Spitze sich der Herzog von Aumale in den Kämpfen gegen die Araber persönlich hervorgethan hatte; der Prinz von Joinville war auf der Flotte beliebt. Aber es zeigte sich auch nicht die leiseste Spur von Widerstand gegen die Vorgänge in Paris, die wie ein Ausspruch des Schicksals aufgenommen wurden. Während in den ersten Tagen nach der Revolution die in einem Winkel des Pariser Stadthauses zusammengedrängten Mitglieder der provisorischen Regierung sich nur mit großer Mühe behaupten konnten, wurden ihre Befehle

an den äußersten Enden Frankreich's, kaum durch den Telegraphen mitgetheilt, auch sogleich in Ausübung gesetzt. Es war dies eine Folge der starken Centralisirung, der Gewohnheit dem Beispiel von Paris zu folgen, und auch des Nationalgefühls und der Vaterlandsliebe, denen bei der Möglichkeit eines Krieges mit dem Ausland innere Spaltungen als das größte aller Uebel erschienen.

Die provisorische Regierung beschloß, um die neue Ordnung der Dinge der Welt in einem glänzenden Licht zu zeigen, und zugleich die ihr zu Gebot stehenden Kräfte zu mustern, die Einsetzung der Republik feierlich zu begehen. Die Mitglieder der provisorischen Regierung begaben sich am 27. Februar Nachmittags um zwei Uhr, von dem Hôtel de Ville zu Fuß, in bürgerlicher Kleidung, nur durch eine Schärpe mit den Nationalfarben ausgezeichnet, durch ein Spalier von Nationalgarden schreitend, nach dem Platz der Bastille, wo eine unzählige Volksmenge sie erwartete. Sie wurden von den in Paris anwesenden Generalen und hohen Beamten begleitet, und alle, besonders aber Lamartine, von den Zuschauern mit freudigem Zuruf begrüßt. Sie machten am Fuß der Juliussäule Halt. Hierauf ward das Dekret der provisorischen Regierung, welches die Republik einsetzte, verlesen und mit donnerndem Jubel begrüßt. Dupont de l'Eure, Arago und Cremieux beantworteten die von Deputationen der verschiedenen Behörden gehaltenen Ansprachen und ergingen sich in patriotischen Herzensergießungen. Zuletzt zogen 100,000 Mann Nationalgarde mit klingendem Spiel und dem Gesang der Marsellaise an der provisorischen Regierung vorüber. Das Defiliren dauerte vier Stunden lang.

Die Februarrevolution unterschied sich von ihrer unmittelbaren Vorgängerin, der Juliusrevolution, außer ihrem raschen Verlauf, der Abschaffung des Königthums und den vorwiegend socialistischen Tendenzen, auch durch die vollkommene Abwesenheit aller feindlichen Kundgebungen gegen Adel und Geistlichkeit, welche 1830 bei dem Sturze der älteren Linie der Bourbonen an vielen Orten Beleidigungen und Verfolgungen ausgesetzt gewesen waren. Die Minister Karl X. waren während ihres Processes von dem Volke mit dem Tode bedroht und nur mit Aufbietung großer Truppenmassen gerettet worden. In dieser Beziehung gab sich nach dem 24. Februar 1848 eine vollkommene andere Gesinnung kund. So wußte z. B. die provisorische Regierung, wo sich Guizot, der letzte Ministerpräsident unter Ludwig Philipp, während der ersten Tage nach der Revolution, ehe er Frankreich verlassen konnte, in Paris verborgen hielt, ließ ihn aber nicht nur unangefochten, sondern

trug auch Sorge, daß das von ihm in seiner früheren Amtswohnung zurückgelassene Privateigenthum seiner Familie zurückgestellt wurde. Lamartine erließ im Stillen Befehle an die Behörden, um den König auf seiner Flucht vor Gefahren zu schützen, und sorgte dafür, daß eine große Summe Geld für ihn angewiesen wurde, um sein und seiner Familie Unterhalt während der ersten schwierigen Zeit im Ausland zu sichern, deren Ludwig Philipp aber nicht bedurfte. — Die Legitimisten vernahmen den Sturz der jüngeren Linie der Bourbonen mit Befriedigung, da sie es Ludwig Philipp nie vergeben hatten, in die Stelle Karl X. getreten zu sein. Die Republik schien ihren Gefühlen weniger als die Juliusmonarchie zu widerstreben. Einer der bekanntesten unter ihnen, der Marquis de la Rochejacquelein, hatte sich am 24. Februar, in der Sitzung der Deputirtenkammer gegen die Anerkennung des Grafen von Paris und für die Berufung an das Volk ausgesprochen. Die jüngeren Mitglieder dieser Partei, die unter Ludwig Philipp sich von dem öffentlichen Leben ganz fern gehalten, glaubten, daß jetzt die Zeit für sie gekommen sei wieder hervorzutreten. Manche von ihnen trugen republikanische Gesinnungen zur Schau. — Geistlichkeit und Volk schienen jetzt aufrichtig Hand in Hand zu gehen. An Scenen, wie die Plünderung*) und Zerstörung des erzbischöflichen Pallastes in Paris, dachten selbst die exaltirtesten Klubisten nicht. Ein Theil des französischen Klerus steckte das Panier der Demokratie auf, sprach und schrieb für die Republik, und wollte in ihr den vorzugsweise christlichen Staat erkennen. Während am 24. Februar bei der Einnahme der Tuileries die mit den Zeichen des Königthums versehenen Geräthschaften zerschlagen oder verbrannt wurden, ward ein kostbares Krucifix, das in einem der Säle hing, um es vor Beschädigung zu schützen, in feierlichem Zuge nach der benachbarten Kirche St. Roch gebracht, wobei alle Anwesenden die Häupter entblößten, und der Ruf: „Es lebe Christus! unser aller Herr!" erscholl. Bei der Errichtung der Freiheitsbäume wurde in der Regel ein Geistlicher geholt, der sie mit Weihwasser besprengte und ein Gebet sprach.

Die provisorische Regierung hob auf Lamartine's Antrag die Todesstrafe für politische Verbrechen auf und hätte sie gern ganz abgeschafft. Selbst der Haß gegen das Militair, ja sogar gegen die frühere Polizei verschwand im Volke auffallend schnell. Ein gewisser Geist der Milde und Versöhnlichkeit schien wirklich in der Masse eine Zeit lang vorhanden zu sein, und gute Früchte zu versprechen. Aber diese günstige

*) Am 14. Februar 1831.

Stimmung hielt gegen die dämonische Macht nicht Stand, welche die socialistischen Utopien auf die Gesinnungen und die Einbildungskraft der Massen ausübten. Diese hofften anfänglich ihr Ziel auf friedlichem Wege erreichen zu können. Als dies nicht gelang, brach der Drang nach Umsturz des Bestehenden mit um so größerer Leidenschaft hervor. Indessen ist es nichts desto weniger wahr, daß bei allen von der Februarrevolution verursachten Kollisionen Blut fast nur im offenen Kampfe, wie zwischen feindlichen Heeren, aber nicht auf der Guillotine, in den Gefängnissen oder bei Metzeleien gegen Wehrlose, wie so oft in der ersten Revolution geschehen, geflossen ist.

Nachdem die durch das Verschwinden der bisherigen Staatsgewalten nothwendig gewordenen Anordnungen für das Innere getroffen, richtete die provisorische Regierung ihre Aufmerksamkeit auf die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, die ein Land wie Frankreich nicht lange außer Acht lassen kann. Wenn Lamartine, vermöge seiner Beredtsamkeit und Thätigkeit, schon auf die inneren Zustände, die er nicht allein zu behandeln hatte, einen entscheidenden Einfluß ausübte, so fand dies noch weit mehr in Bezug auf das Ausland statt, da die Verhältnisse zu demselben unter seiner unmittelbaren Leitung standen. Er ging dabei von dem Gedanken aus, daß der Sturz der Juliusmonarchie Frankreich den fremden Mächten gegenüber unabhängiger als früher gemacht habe, indem die dynastischen Rücksichten, die für Ludwig Philipp nicht selten maßgebend gewesen, unter der Republik von selbst fortfallen würden. Da die demokratischen Ideen, die jetzt in Frankreich zur Herrschaft gekommen, im Ausland einen für sie seit lange bearbeiteten Boden vorfanden, und die Republik von 1848 dem übrigen Europa nicht so fremdartig wie die von 1792 erscheinen konnte, so fürchtete Lamartine keinen allgemeinen Bund gegen Frankreich, keinen Angriff auf dasselbe, vorausgesetzt, daß es in seiner Haltung gegen das Ausland keine Eroberungsgelüste, wie die erste Republik und das Kaiserreich, an den Tag legte. Die französische Republik sollte, nach Lamartine's Meinung, nur durch das von ihr gegebene Beispiel der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf die Völker wirken, und sie moralisch zu sich hinüberziehen, ihnen aber keineswegs die französischen Ideen und Formen mit Gewalt aufdringen wollen. Da Lamartine aber zugleich die Möglichkeit neuer Verwickelungen, besonders in Italien, voraussah, so glaubte er seine Politik nicht durch eine unbedingte Anerkennung der Verträge von 1815 binden zu dürfen, obgleich er die von dem Wiener Kongreß geschaffenen Territorialeintheilungen anerkannte, und geneigt war, sie

als Grundlage bei den Unterhandlungen mit den fremden Mächten anzusehen. Er erklärte, daß die französische Republik in ihren Beziehungen zu unterdrückten oder leidenden Nationalitäten, wenn diese nach Befreiung oder Erleichterung streben sollten, ihre Entschließungen sich vorbehalte. Im Ganzen werde aber die Regierung der Republik die Grundsätze des Friedens und der Gesittung, die beide von einander unzertrennlich und zur Verbreitung über ganz Europa bestimmt seien, zur Richtschnur ihres Verhaltens nehmen. In diesem Sinne erließ Lamartine ein Rundschreiben an die diplomatischen Agenten Frankreich's bei den auswärtigen Mächten, das am 7. März im Moniteur erschien. Dieses Schriftstück, in der officiellen Sprache „Manifest an Europa" genannt, wich allerdings bedeutend von der gewöhnlichen Form solcher Dokumente ab, denn ein gewisser Dithyrambenton war einmal von allem, was Lamartine schrieb, unzertrennlich, lag aber auch in dem damals herrschenden Geist. Es war indessen im Wesentlichen sehr geschickt abgefaßt, indem es sowohl auf Frankreich's aufrichtige Neigung für Erhaltung des Friedens als auch auf die Gefahren nachdrücklich hinwies, die aus einem Angriff auf dasselbe für den Angreifer selbst entstehen könnten. Die Völker fanden sich von der in Lamartine's Manifest ausgesprochenen Achtung vor ihrer Nationalität zufrieden gestellt, und traten, über diesen Punkt beruhigt, gern auf Seite der darin ausgesprochenen humanitairen und liberalen Principien, und die Regierungen nahmen die Erklärung des Ministers der Republik als Basis einer vorläufigen Politik und Geschäftsverbindung ohne Schwierigkeit an. Die Vertreter der auswärtigen Mächte wurden angewiesen, einstweilen Paris nicht zu verlassen, und bis auf weiteres in regelmäßigem Verkehr mit der französischen Regierung zu bleiben.

Lamartine hielt sein Wort, dem Ausland keine Veranlassung zur Unzufriedenheit zu geben, indem er die politischen Flüchtlinge, die nach der Februarrevolution aus allen Gegenden nach Paris zusammengeströmt waren, und deren Zahl an 15,000 betrug, überwachen und an feindlichen Unternehmungen gegen ihre Regierungen, so weit es ihm möglich war, hindern ließ. Die unruhigsten unter ihnen waren die Polen, die durch das Unglück ihres Vaterlands großes Mitgefühl erregten, und in den Pariser Klubs und der Masse der Bevölkerung zahlreichen Anhang besaßen. Die französischen Demagogen nahmen gern die Sache der Polen zum Vorwand ihrer Anschläge gegen die eigene Regierung und benutzten sie zu Drohungen gegen das Ausland. Lamartine, der nicht geneigt war, um der polnischen Flüchtlinge willen sich mit Ruß-

land, Oesterreich und Preußen zu überwerfen, wie von ihm verlangt wurde, erklärte ihnen unter lebhaften Versicherungen seiner und Frankreich's Theilnahme für ihr Schicksal, daß die Beziehungen der Republik zu den fremden Mächten derselben ein einseitiges Einschreiten zu Gunsten dieser oder jener Nationalität oder nationalen Partei nicht gestatteten, und empfahl ihnen Geduld und Hoffnung, ohne sich durch Verheißungen irgend einer Art binden zu lassen. Unzufriedene Irländer, die in Paris lebten, hegten die thörichte Erwartung, ihr Vaterland mit Frankreich's Hülfe von der englischen Herrschaft befreit zu sehen. Lamartine, dem sie diesen Wunsch öffentlich zu erkennen gaben, wußte sie mit einigen anerkennenden Worten über die Eigenschaften ihrer Nation abzufinden, lehnte aber jede Einmischung Frankreich's in ihre Angelegenheiten entschieden ab. Lamartine's Verhalten in diesen und ähnlichen Fällen erwarb ihm das Vertrauen der fremden Regierungen, die den Erklärungen des einflußreichsten Ministers der Republik an die politischen Flüchtlinge nicht ohne Spannung und Besorgniß entgegengesehen hatten.

Ungeachtet des Austausches friedlicher Versicherungen zwischen Frankreich und den Nachbarstaaten versäumte die provisorische Regierung die nöthigen Maßregeln nicht, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Lamartine war auf geheimen Wegen von der Unzufriedenheit unterrichtet worden, mit welcher der spanische Hof, zum Theil wegen seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Orleans, den Sturz derselben betrachtete. Auf seinen Antrag wurde die Aufstellung eines Observationskorps von 15—20,000 Mann am Fuß der Pyrenäen beschlossen. Die Gährung in Italien ließ die Zusammenziehung eines Heeres von 60,000 Mann zum Schutz der Alpengränze nothwendig erscheinen. 100,000 Mann sollten am Rhein aufgestellt werden, um die deutschen Mächte zu beobachten, und einer Armee von 30,000 Mann die Hand reichen, welche im Norden errichtet wurde, um diese verwundbarste Gränze zu decken.

Aber es waren dies nur Vorsichtsmaßregeln. Die provisorische Regierung überzeugte sich sehr bald, daß sie einen Angriff von Seiten des Auslandes nicht zu besorgen habe, indem es nicht lange währte, daß die deutschen und italienischen Mächte vollauf bei sich zu thun bekamen. Die Schwierigkeiten und Gefahren lagen in den inneren Zuständen Frankreich's, die jetzt auf längere Zeit hinaus die Aufmerksamkeit der provisorischen Regierung ausschließend in Anspruch nahmen.

Wie gewöhnlich nach großen Erschütterungen blieb es in Paris, seit dem die Versuche zur Einführung der „rothen Republik" abgeschla=

gen und die Volkswünsche durch Einführung der Nationalwerkstätten befriedigt worden, eine Zeit lang insoweit ruhig, als es zu keinem gewaltsamen Zusammenstoß zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft und ihren entgegengesetzten Interessen kam, und kein Blut floß. Die provisorische Regierung versprach nach allen Seiten hin Abhülfe und Verbesserungen, und die Menge stellte sich als glaubte sie an diese Verheißungen und wolle deren Erfüllung gelassen abwarten. Aber die Einstimmigkeit war nur scheinbar, und hatte nur darin ihren Grund, daß die neuen Machthaber kein bestimmtes Princip herauskehrten, sich auf nichts tief einließen, ganz weder für noch gegen etwas waren, sondern sich bald nach der einen, bald nach der anderen Seite hinwandten. Ein solches Schaukelsystem kann nach großen Bewegungen, die in der Menge eine gewisse Erschöpfung zurücklassen, von momentanem Erfolg sein, aber es hält zumal bei einem so elastischen Volke wie das französische nicht lange vor. Die Parteien lassen eine solche Regierung, die nur vermitteln will, die nichts weder absolut affirmirt noch negirt, eine Zeit lang gelten, bis sie sich stark genug fühlen sie über den Haufen zu werfen. Die provisorische Regierung stellte keine feste Meinung, kein bestimmtes System dar, wie einst in der ersten Revolution, in gutem oder übelem Sinne, die verfassunggebende Versammlung und der Konvent gethan, sondern war eine Musterkarte der verschiedenartigsten Ideen, Principen und Theorien, eine inkarnirte Konfusion, deren immerwährendes Schweben und Schwanken keine Befriedigung und Versöhnung hervorbringen konnte, sondern die Verwirrung und Gährung vermehren mußte.

Unter den Mitgliedern der provisorischen Regierung war Lamartine allein ein Redner im höheren Sinn des Worts, die übrigen besaßen nur eine gewisse glänzende Advokatenroutine, wie Ledru-Rollin, Cremieux, oder waren demagogische Phrasenmacher, wie Louis Blanc, andere beschränkten sich auf ihre besondere Amtsbeschäftigung, wie Goudchaux, der in seiner Verzweiflung über die Leerheit des Staatsschatzes das Finanzministerium an Garnier-Pagès abgab, wie Carnot und Bethmont, die nicht viel aus ihren Specialitäten heraustraten. In diesem Kreise war Lamartine der einzige Mann von weitem und umfassendem Blick, der, ungeachtet seines Lyrismus und seiner pomphaften Redeweise, wohl wußte, worauf es ankam, die Gefahren der Zukunft nicht verkannte, und alles was von ihm abhing that, um die Bewegung, in die er sich geworfen, zum Stillstand zu bringen, und den verwüstenden Strom in befruchtende Kanäle abzuleiten. Aber er hatte sich zu sehr gewöhnt nach Popularität zu haschen, um, einzelne außerordentliche

Fälle ausgenommen, gegen das Volk vollkommen wahr, und fest auftreten zu können. Der Reichthum und die Biegsamkeit seiner Natur, seine Kenntniß der Geschichte, seine auf Reisen und in mannigfaltigem Weltverkehr erworbene Anschauung von dem Leben der Staaten und Völker gab ihm bei dem was er sagte und schrieb die geeignetsten Gedanken und Ausdrücke an die Hand. Aber er zeichnete sich nur auf dem Gebiet der Ideen aus, es fehlte ihm an der Kraft zur Ausführung und er vermochte es nicht die Menge auf die Dauer an sich zu fesseln, was oft viel weniger geistig begabten aber willensstärkeren Männern gelungen ist. Er hing an der Republik wie an einem Ideal, ungeachtet der widerwärtigen Umgebung, in der sie erschien, setzte aber, wie aus seinen späteren Aeußerungen hervorgeht, schon damals kein unbedingtes Vertrauen in ihren Fortbestand, was allein hätte hinreichen können, seinen Einfluß auf sie zu schwächen. Ein Mann wie Arago wäre durch sein Alter, seinen großen Ruf, seine Erfahrung am geeignetsten gewesen, Lamartine zu unterstützen, und wo es nöthig gewesen wäre aufzuklären, aber Arago, so bedeutend als Gelehrter, besaß in staatlichen Dingen noch weniger schöpferischen Geist als Lamartine. Arago hatte von Jugend an, unter dem Kaiserreich, der Restauration, der Juliusmonarchie, zur Opposition gehört. Wie konnte jemand, der im politischen Leben sich immer auf dem Standpunkt der Negation gehalten hatte, in späteren Jahren zu positiven Ideen übergehen? In Arago's Augen war die Republik, so wie sie plötzlich am 24. Februar aufgetaucht war, nichts als ein Triumph der demokratischen über die monarchischen Grundsätze, sie flößte ihm keine neuen Gedanken ein. Ledru-Rollin, der das unter den damaligen Verhältnissen besonders wichtige Ministerium des Innern bekleidete, hatte in der Deputirtenkammer sich nur deshalb zu republikanischen Principen bekannt, um hervortreten zu können, was auf dem gewöhnlichen Wege nicht wohl möglich gewesen wäre, da seine politische Beredtsamkeit nicht über die Wiederholung gewisser Gemeinplätze aus der ersten Revolution hinausging. So lange es sich nur um kühne Phrasen und kecke Ausfälle auf die Juliusmonarchie handelte, hatte Ledru-Rollin bei seinen Gesinnungsgenossen eine bedeutende Meinung von sich erregt. Als er aber durch eine Revolution, die ihn selbst überrascht hatte, plötzlich zu einer der ersten Stellen gekommen war, gab sich die Unanwendbarkeit seiner Ideen, die Unfruchtbarkeit seines Geistes in überraschender Weise kund. Er hatte terroristische Anwandelungen und schickte außerordentliche Kommissarien, meist aus der demagogischen Presse und den Pariser Klubs genommen, mit fast unumschränkter Ge-

walt in die Provinzen, um den öffentlichen Geist zu erregen, die Legitimisten und Orleanisten zu überwachen, und alle nicht republikanisch gesinnten Behörden nöthigenfalls abzusetzen. Diese Kommissarien, in der Regel Personen ohne vorher gegründetes Ansehen, zuweilen selbst übel berüchtigt, verfuhren mitunter ziemlich willkührlich, riefen aber, da ihnen nicht, wie ihren Vorgängern zu Robespierre's und Danton's Zeit Guillotine und Revolutionsarmee zu Gebot standen, in der Bevölkerung mehr Unzufriedenheit als Schrecken hervor. Schickte Ledru-Rollin ihnen Instruktionen von demagogischer Färbung zu, so wußte sie Lamartine, dessen geistige Ueberlegenheit er, wenn auch ungern anerkannte, zur Zurücknahme derselben oder zu einer Erläuterung im gemäßigten Sinne, und zur Abberufung der exaltirtesten unter den Kommissarien zu vermögen. Bei allen entscheidenden Gelegenheiten ordnete er sich Lamartine's Ansichten unter, wußte aber nebenher zu verstehen zu geben, daß dies nicht eigentlich seine eigene Meinung sei, daß er den Umständen ein Opfer bringe, und vielleicht zu einer anderen Zeit anders handeln werde. Obgleich Ledru-Rollin, der von den Spöttern, wegen seines Hanges zu Luxus und Eleganz, der Marquis unter den Jakobinern genannt wurde, nichts wirklich Gefährliches unternahm, so wurde er von den gemäßigten Republikanern und Royalisten desselben doch für fähig erachtet und seine zweideutige Haltung warf auf die ganze provisorische Regierung ein übles Licht. Louis Blanc, der im Luxemburg mit den Abgeordneten der Pariser Handwerker und Fabrikarbeiter über die „Organisation der Arbeit" berieth, ohne aber der Lösung dieser Frage einen Schritt näher zu kommen, nahm zugleich an den wichtigeren Regierungshandlungen Theil. Eine unternehmendere und thatkräftigere Natur als Ledru-Rollin, ein viel entschiedenerer Revolutionair und Umsturzmann als dieser, mußte auch er in der Regel dem Uebergewicht Lamartine's nachgeben, entschädigte sich aber dafür durch seine geheimen Verbindungen mit den exaltirtesten Demagogen in den Klubs, die auf seinen Einfluß und Beistand bei vorkommenden Fällen rechnen zu können glaubten. Armand Marrast, anfänglich Maire von Paris, später Präsident der Nationalversammlung, war ein gemäßigter Republikaner, der glänzendste Publicist in seiner Partei, der aber nur durch Journalartikel wirken konnte, und kein organisatorisches Talent besaß. Er war außerdem ein geistreicher Lebemann, der sich auf einen feinen Fuß einzurichten wußte, was ihm bei seiner eigenen Partei Tadel und Verläumdung zuzog. Die beiden Chefs der Pariser Polizei, Caussidière und Sobrier, denen eine bedeutende bewaffnete Macht zu Gebot stand, gehorchten der Regierung zwar schein=

bar, waren aber, wie diese selbst wußte, geneigt bei gelegener Zeit zu ihrem Sturze mitzuwirken. Unter diesen verschiedenen Charakteren und von einander abweichenden Ideen, die in der provisorischen Regierung zufällig zusammengekommen waren, bildete Lamartine das einzige moralische Band, ohne welches das Ganze auseinander gefallen wäre. Da die Gesellschaft in den ersten Monaten nach der Februarrevolution aus ihren Gleisen herausgetreten war, und Alles sich fessellos und willkürlich nach den Eingebungen des Augenblicks bewegte, so war die Rede die einzige wirkliche öffentliche Macht geworden, und deshalb mußte ein Mann wie Lamartine, der sie mit der größten Meisterschaft übte, unter solchen Zuständen an der Spitze stehen. So lange es sich darum handelte, die aufgeregten Massen mit schwungvollen Worten und blendenden Bildern zu beschwichtigen, that diese Rednergabe Wunder, als es aber nöthig geworden, der von Neuem überfluthenden Bewegung eine bestimmte Richtung anzuweisen, und ihr ein festes Ziel zu setzen, gab sich ihre gänzliche Unzulänglichkeit kund.

Die größte Gefahr für das französische Volk lag übrigens nicht in der, wenn auch schwachen, aber im Ganzen nicht verderblichen Leitung, die es von Seiten der provisorischen Regierung erhielt, die unter anderen Umständen eben so lange wie einst das Direktorium hätte bestehen können, das meist aus weniger ausgezeichneten Köpfen, als die Staatsmänner von 1848 waren, zusammengesetzt gewesen, sondern in den Klubs und der demagogischen Presse, indem erstere die unteren Klassen durch ihre Deklamationen mit einer zunehmenden Exaltation erfüllten, und letztere durch die Entwickelung ihrer politischen Utopien, durch sophistische Kritik des Bestehenden oder offene Angriffe auf dasselbe die Grundfesten der Gesellschaft erschütterte. Da es nach der Februarrevolution keiner polizeilichen Erlaubniß zur Eröffnung eines politischen Vereins und keiner Kaution zur Gründung eines Journals bedurfte, so tauchten sie plötzlich in übergroßer Menge auf, und erfüllten das ganze Leben mit einem betäubenden Getöse, von dem die Stimme der Vernunft und Wahrheit eine Zeit lang ganz zum Schweigen gebracht wurde.

Raspail, ein geschickter Chemiker und bei den niederen Klassen durch seine Menschenfreundlichkeit beliebter Arzt, aber sonst überspannter Kopf, stiftete die: „Société fraternelle centrale“; Cabet, ein ehemaliger Gerichtsprokurator, Gründer einer kommunistischen Sekte, der seine Stellung, sein Vermögen, seine Ruhe seinen socialistischen Träumereien geopfert hatte, stand an der Spitze des „Club icarien“; Barbès,

im Privatleben ein Ehrenmann, aber ein unverbesserlicher Demagoge, leitete den „Club de la révolution“; Blanqui, ein rastloser Wühler, der nur für geheime Gesellschaften und dunkle Zwecke lebte, neben seinem Fanatismus auch treulos und verrätherisch, selbst gegen Gesinnungsgenossen, war das Haupt der „Société républicaine centrale“. Diese genannten Klubs waren die einzigen, in denen es sich um politische, wenn auch abentheuerliche Zwecke handelte, und an deren Spitze revolutionaire Notabilitäten standen. Es gab aber deren viele andere, mit unbekannten Führern und aus Personen der niedrigsten Klassen zusammengesetzt, die auf die Massen den ansteckendsten Einfluß ausübten, und die hirnverbranntesten Meinungen in den ausschweifendsten Ausdrücken zu Tage förderten. Manche Klubs gaben eigene Journale heraus, die meisten beschränkten sich auf mündliche Diskussionen. Ubrigens trat in den Klubs von 1848 fast keine Spur von der strömenden Beredtsamkeit, der scharfen Logik, der berechnenden Politik hervor, woran es in der ersten Revolution, neben allen Uebertreibungen und Ausschweifungen, in ähnlichen Vereinen nicht gefehlt hatte. Die Klubs von 1848 lebten nur von den Reminiscenzen von 1792, und bewiesen dadurch, daß sie, selbst vom revolutionairen Standpunkte aus beurtheilt, eine selbstständige Berechtigung nicht besaßen. Sie waren nur geeignet, einen Beweis mehr dafür zu geben, daß auf dem von der Februarrevolution betretenen Wege dauernde Verbesserungen, wahrhaft sociale Reformen, nicht zu erreichen waren. Sie haben nur dazu beigetragen, den großen heranbrechenden Sturm zu beschleunigen und dann in ihm selbst zu verschwinden.

Einen noch allgemeineren Einfluß als die Klubs, die immer nur einen Theil der Bevölkerung enthalten konnten, übten die Tagesblätter aus. Zu den schon vor dem 24. Februar bestandenen, von denen die legitimistischen und orleanistischen ihre wahre Tendenz jetzt etwas verbergen mußten, trat eine große Menge neuer Journale hinzu, von denen aber viele eben so schnell wieder verschwanden als sie entstanden waren, und keine besondere Erwähnung verdienen. Alle Schattirungen der revolutionairen Partei, von Lamartine's humanitairen bis zu Cabet's kommunistischen und Blanqui's terroristischen Ideen waren in der Tagespresse vertreten. Wie es Klubs gab, die sich: „Les vautours, les voraces“ nannten, so gab es auch Blätter, die unter dem Titel: „La guillotine, le pilori“ erschienen und dieser Namen würdig waren. Aber selbst abgesehen von diesen extremen Richtungen, fanden sich in der Gesammtheit der revolutionairen Partei sehr verschiedene Meinungen vor, und

war in den herrschenden Kreisen derselben Alles von Neid, Mißtrauen und selbst Haß gegen einander erfüllt.

Wenn es sich nur um einen Wechsel in der Staatsform, in der Besetzung der obersten Stellen, um Principien und Theorien gehandelt hätte, so würden die Massen in Frankreich, die seit sechzig Jahren an so viele Veränderungen der Art gewöhnt worden, die Republik, wenn auch nicht geliebt, aber doch ohne Widerwillen eine Zeit lang ertragen haben. Aber die Begleiterin jeder plötzlichen und allgemeinen Veränderung in den öffentlichen Zuständen, die Unordnung und Ebbe in den Finanzen, ließ auch diesmal nicht auf sich warten. Zu den früheren Ausgaben, welche dieselben geblieben, trat die durch die Revolution herbeigeführte Stockung in Handel und Gewerbe, der Mangel an Absatz und Bestellung, die Unterhaltung der Nationalwerkstätten, die Bildung neuer Truppenkorps, die Bewaffnung der Massen aus Staatsmitteln, und die vermehrte Anzahl von Armen und Nothleidenden, welche den Gemeinden zur Last fiel. Es fehlte an Kredit und Geld. Die Revolution von 1848 konnte die ihr fehlenden Mittel nicht mit der Einziehung von korporativem Eigenthum ersetzen, wie 1789 mit der Säkularisirung der geistlichen Güter geschehen war. Eine erzwungene Anleihe und die Kreirung von Papiergeld ließ sich nicht mit den von der provisorischen Regierung angekündigten Grundsätzen vereinigen. Da mehre Finanzoperationen, wie eine freiwillige Anleihe, Verkauf der Krondiamanten und eines Theils der Staatsforsten, nicht gelungen waren oder nicht ausgereicht hatten, so mußte zu einer Erhöhung der direkten Steuern um 45 Centimen auf den Franc gegriffen werden, die nur diesmal eintreten, aber sogleich erhoben werden sollte. Dieser von einer eisernen Nothwendigkeit gebotene Schritt wurde besonders vom Landvolk übel empfunden, das durch keine andere Maßregel so sehr gegen die Republik eingenommen worden ist.

Die Anordnungen der provisorischen Regierung wurden zwar von den Behörden, so weit es die in allen Verhältnissen herrschende Verwirrung erlaubte, der Form nach vollzogen, aber von den Parteien in der Hauptstadt beständig bestritten, und ihrer Ausführung alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt. Ihre einzige Stütze bestand, ehe sie es wagte, eine Anzahl Linientruppen nach Paris zurückzurufen, in der Nationalgarde, oder vielmehr in den besseren Elementen derselben, und in dem Theil der Mobilgarde, der in seiner Ausrüstung am weitesten vorgeschritten war. Sie konnte sich nicht einmal auf die unter Caussidière und Sobrier stehende Polizeimannschaft verlassen, die sehr leicht zu

einem Handstreich gegen sie zu bewegen gewesen wäre. Lamartine, der wußte, daß er Ledru=Rollin nicht ganz trauen konnte, und dieser, dem nicht unbekannt war, in welcher Weise man von ihm in manchen Klubs sprach, waren beständig auf ihrer Hut, hatten jeder seine eigenen geheimen Späher, und ließen ihre Hôtels die Nacht über von einer Anzahl wohlbezahlter und handfester Leute bewachen. Cabet, Raspail und Blanqui bildeten in Paris eine Art von Triumvirat, und geboten über mehr Arme als die Regierung, denn ihrem Rufe waren die Arbeiter in den Nationalwerkstätten und das Proletariat in den Vorstädten in jedem Augenblick zu folgen bereit. Die Regierung war nur insofern stärker, als sie über die öffentlichen Gelder gebot, und in ihre Maßregeln mehr Einheit als die Leiter der Klubs bringen konnte, obgleich ihre inneren Spaltungen sie um einen Theil dieser Vortheile brachten. Lamartine's Streben, den Frieden mit dem Ausland zu erhalten, im Innern die Ordnung wieder herzustellen, und die Wahlen zur Nationalversammlung möglichst rasch vollzogen zu sehen, hatte ihn den Demagogen verhaßt gemacht. Seine Gegner wagten es nicht, ihm nach dem Leben zu stehen, sie hätten dadurch die Masse der Gebildeten in ganz Frankreich gegen sich in Harnisch gebracht, aber ihn aus der Regierung zu verdrängen und ihre Absichten dann ungestörter zu verfolgen, schien ihnen bei der Aufregung des Volkes ein Leichtes zu sein. Am 17. März zogen über 100,000 Klubisten und Proletarier unter Cabet, Raspail, Blanqui, Barbès u. s. w. nach dem Stadthaus unter dem Ruf: „Es lebe Ledru=Rollin!" — was so viel heißen wollte, als Lamartine solle mit den gemäßigteren unter seinen Kollegen aus der provisorischen Regierung treten, und Ledru=Rollin mit den entschiedenen Republikanern die Leitung des Staats übernehmen. Aber diese Kundgebung mißlang, indem Lamartine mit seiner gewöhnlichen Unerschrockenheit Stand hielt, wobei er selbst von denjenigen unter seinen Kollegen, welche ihm im Geheimen entgegenarbeiteten, nothgedrungen unterstützt wurde, und die Demagogen nicht den Muth hatten, Gewalt zu brauchen und allenfalls, wenn nichts anderes half, Blut zu vergießen. Am 16. April ward ein ähnlicher Versuch, die provisorische Regierung zu stürzen, obwohl mit ungleich geringeren Mitteln (20—30,000 Bayonette) unternommen. Aber die Regierung war auf ihn vorbereitet, die Nationalgarde trat rasch und in so großer Anzahl zusammen, daß die Meuterer froh sein mußten, als sie ihnen einen ungefährdeten Rückzug durch ihre Reihen erlaubte, wobei sie jedoch manche Demüthigungen zu erdulden hatten, die ihre an diesem Tage bewiesene Schwäche noch offenkundiger machten.

Die Kundgebung vom 16. April hatte, außer der beabsichtigten Veränderung in der Regierung, auch den Zweck gehabt, die Wahlen zur Nationalversammlung hinauszuschieben und deren Zusammentritt zu verzögern. Die Demagogen wußten sehr wohl, daß sie nicht auf die Mehrheit in der Nation zählen konnten, und fürchteten, daß aus den Wahlen eine nach ihrer Meinung reaktionaire Volksvertretung hervorgehen könnte. Sie wollten deshalb die provisorische Regierung stürzen, einen Wohlfahrtsausschuß im Sinn von 1793 an ihre Stelle setzen, eine neue Schreckensherrschaft einführen, und unter deren Einfluß eine ultrademokratische Nationalversammlung zusammenbringen. Aber es fehlte den Demagogen von 1848, so schlimm ihre Absichten waren, zu deren Ausführung an dem koncentrirten Fanatismus, an der Gleichgültigkeit gegen die Wahl der Mittel, an der revolutionairen Taktik, die ihre Vorgänger zur Zeit der ersten Revolution so furchtbar gemacht hatte.

Die gemäßigten Mitglieder der provisorischen Regierung, Lamartine an der Spitze, suchten, ungeachtet aller von den Demagogen erhobenen Schwierigkeiten, die Einberufung der Nationalversammlung zu beschleunigen, und hatten ihre ganze Hoffnung auf deren Zusammentritt gestellt. Ein am 5. März erlassenes Dekret der provisorischen Regierung hatte die Wahlen auf den 9. April angesetzt und festgestellt, daß das Stimmenrecht direkt und allgemein ausgeübt und jeder im Besitz der bürgerlichen Rechte befindliche einundzwanzig Jahre alte Franzose Wähler und jeder fünfundzwanzig Jahre alte wählbar sein sollte. Auf 40,000 Einwohner sollte ein Abgeordneter kommen. Nach diesem Anschlage lieferten die 86 Departements 885, Algerien und die Kolonien 15, zusammen 900 Repräsentanten. Wegen der nöthigen Vorbereitungen hatten die Wahlen auf den 27. und 28. April verschoben werden müssen, und die Eröffnung der Nationalversammlung war auf den 4. Mai angesetzt worden. Je näher die Wahlen heranrückten, desto entflammter wurde die Stimmung der extremen Partei. Schon der Name: Nationalversammlung — war ihr zuwider, sie ahnte, daß sie in derselben in der Minderheit sein würde, und wollte, aber erst später, nachdem sie an das Ruder gekommen sein würde, einen Konvent einberufen. Ihre Führer drohten die provisorische Regierung zu sprengen, ehe noch die Nationalversammlung zusammengetreten sein würde, oder wollten wenigstens, wenn sie ihre Eröffnung nicht hindern könnten, dieselbe nur unter dem lähmenden Druck von 100,000 bewaffneten Proletariern berathen lassen. Alle diese Entwürfe und Drohungen waren vergeblich.

Die provisorische Regierung blieb fest und die jetzt regelmäßig organisirte Nationalgarde stand auf ihrer Seite. Am Ostersonntag und Ostermontag ging der Wahlakt in ganz Frankreich in größter Ordnung und angemessener Feierlichkeit vor sich. Von den 400,000 Wählern des Seinedepartements erhielten die Kandidaten der Klubs nur 15—20,000 Stimmen, ein Beweis von ihrer Unpopularität, den sie so schlagend nicht erwartet hatten. Die meisten Stimmen (259,800) fielen in Paris auf Lamartine. Er wurde außerdem noch in neun Departements gewählt und hatte im Ganzen 2,300,000 Stimmen erhalten. Unter den zur Nationalversammlung Gewählten befanden sich Legitimisten und Orleanisten, wie: Berryer, General Oudinot, de la Rochejacquelein, Odilon Barrot, Duvergier de Hauranne; in der republikanischen Partei ragten Lammenais und Beranger hervor. Die Klubs und Socialisten hatten einige ihrer Führer durchgebracht, aber in geringerer Anzahl als sie gehofft und andere gefürchtet hatten. Es waren zwei Bonaparte, ein Murat, zwei Lafayette gewählt worden; aber die größte Anzahl der Abgeordneten bestand aus unbekannten Neulingen

Am 4. Mai fand die von dem gemäßigten Theile der Bevölkerung als Anfang einer friedlicheren Aera herbeigesehnte Eröffnung der Nationalversammlung statt. Eine ungeheuere Volksmenge erwartete die Mitglieder der provisorischen Regierung, die paarweise von dem Hôtel des Justizministeriums auf dem Vandomeplatz, durch ein Spalier von Nationalgarden und Linientruppen nach dem Pallast Bourbon zogen. Als sie in den Sitzungssaal eintraten, wurden sie mit einem rauschenden Lebehoch auf die Republik empfangen. Es legte dann jeder einzelne von ihnen einen Bericht über seine Amtsführung ab, wobei besonders Lamartine mit Beifallsbezeugungen überhäuft wurde. Um fünf Uhr Nachmittags erschienen sie in Begleitung vieler Abgeordneten auf dem großen Treppenabsatz bei der Concordienbrücke, und erklärten, daß die Nationalversammlung die Republik einstimmig angenommen habe. Die provisorische Regierung danke dann ab, und an ihre Stelle trat eine Exekutivkommission von fünf Mitgliedern: Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine und Ledru-Rollin, die interimistisch fortregieren und die Minister ernennen sollte. Es stellte sich heraus, daß Lamartine in der Versammlung weniger populair als unter den Wählern war, indem er, was die Stimmenzahl betrifft, nur der vierte auf der Liste war. Unter den neuen Ministern verdienen nur Bastide, der das Auswärtige, und General Cavaignac, der das Kriegsdepartement erhielt, genannt zu werden. Letzterer, der noch in Algerien abwesend war, wurde vorläufig

durch den Oberst Charras ersetzt. Nachdem die Feierlichkeiten der Installirung vorüber waren, nahm das Volk an der Nationalversammlung und ihren Verhandlungen viel weniger Antheil als an den früheren Kammern, obgleich diese nur eine getheilte Gewalt besessen hatten. Die Menge ahnte dunkel, daß die Zukunft Frankreich's nicht von dieser Versammlung entschieden werden würde.

Die vielköpfige Nationalversammlung (900 Mitglieder) mit ihren Parteispaltungen, die bald sichtbar wurden, flößte den Klubisten und übrigen Demagogen noch weniger Rücksicht als die provisorische Regierung ein, die eine größere Einheit der Gewalt dargestellt hatte. Die extreme Partei, welche am 17. März und 16. April, in demüthigender Weise, ohne einen Kampf gewagt zu haben, unterlegen war, hielt jetzt den Moment für geeignet, die empfangene Scharte auszuwetzen. In der Nationalversammlung war, bald nachdem sie sich konstituirt hatte, viel von Polen und Italien, besonderes von ersterem, die Rede gewesen, und es war für den 15. Mai eine Interpellation an das Ministerium über die von Frankreich in der polnischen Frage zu beobachtende Politik angesetzt worden. Diesen Tag hatten die Häupter der Demagogen zu einer großen Manifestation, angeblich im Interesse Polen's, in Wahrheit aber zum Sturze der Regierung und Sprengung der Nationalversammlung bestimmt. Alles war dazu von den einflußreichsten Führern der Klubs, Barbès, Sobrier u. s. w. vorbereitet worden. Louis Blanc und Albert, die jetzt nicht mehr zur Regierung gehörten, hatten versprochen, sich der Bewegung anzuschließen. Auch der Generalkommandant der Pariser Nationalgarde, Courtais, scheint im Geheimen in das Komplot eingeweiht gewesen zu sein. Gegen Mittag zog eine Kolonne von 15—20,000 Mann, die sich auf dem Bastilleplatze gesammelt hatte, die Klubs und Arbeitervereine durch besondere Fahnen ausgezeichnet, nach dem Pallast Bourbon, schob die aufgestellten Posten der Nationalgarde, der Mobilgarde und der Linientruppen bei Seite, und drang unter dem Ruf: „Es lebe Polen!" in die Höfe, Gärten und zuletzt in den Sitzungssaal der Nationalversammlung ein. Dieser Kolonne folgten bald mehre andere, an deren Spitze sich Raspail, Blanqui, Hubert, ein Gerber, Flotte*), ein Koch, befanden, so daß die in und um den Pallast Bourbon versammelte Volksmasse sich auf 100,000 Köpfe belaufen haben

*) Nicht zu verwechseln mit de Flotte, einem ehemaligen Marineofficier, der später Mitglied der Assemblée législative wurde, und auf Garibaldi's Zuge in Kalabrien fiel.

soll. Barbès bestieg die Rednerbühne, erklärte die Sache Polen's für die Frankreich's, und schlug, um zu diesem Zweck Krieg führen zu können, eine außerordentliche Steuer von 1000 Millionen Fr. auf die größeren Grundbesitzer und Kapitalisten vor. Louis Blanc that sich ebenfalls durch leidenschaftliche Ansprachen an die Meuterer hervor. Ihm folgte Hubert, der im Namen des Volks die Nationalversammlung für aufgelös't erklärte. Von den Abgeordneten mischten sich manche unter die eingedrungene Menge, andere verließen den Saal, die meisten harrten jedoch auf ihren Sitzen aus, obgleich von Verwirrung und Schrecken im ersten Augenblick wie gelähmt. Nachdem die Auflösung der Nationalversammlung ausgesprochen, begab sich Barbès mit seinem Anhange nach dem Stadthaus, um dort eine neue revolutionaire Regierung einzusetzen. Er wurde von Caussidière's Polizeisoldaten ohne Schwierigkeit eingelassen, und begann über die Besetzung der obersten Regierungsstellen und den Erlaß einer Proklamation an das Volk mit seinen Freunden zu berathen. Unterdessen war aber in dem Pallast Bourbon eine plötzliche Veränderung wie durch einen Zauberschlag eingetreten. Es war mehren Repräsentanten gelungen, sich aus dem Sitzungssaal nach dem Quartier des Generalstabes der Nationalgarde zu begeben, und das Einschreiten derselben zu bewirken. Andere hatten durch vertraute Sendlinge die Kommandeurs der Linientruppen zur Hülfsleistung auffordern lassen. Bald wurde in den Hauptstraßen, auf den Plätzen und Boulevards der Generalmarsch geschlagen. Ein Bataillon Mobilgarde, das in einem Hofe des Pallastes Bourbon durch List der Meuterer eingeschlossen gewesen, zerbrach endlich die Thüren und Gitter, und drang mit aufgepflanztem Bayonett in den Sitzungssaal ein. Die wilde Menge, die keinen so plötzlichen Angriff erwartet hatte, stürzte durch alle Ausgänge in das Freie hinaus. Die von mehren Seiten herbeiziehenden Nationalgarden und Linientruppen zerstreuten die auf dem Concordienplatz und auf dem Quai aufgestellten Massen, die, ohne Führung gelassen, keinen Widerstand wagten. Eine Abtheilung Nationalgarde zog nach dem Stadthaus und nahm Barbès mit seinem Anhange (72 Personen) ohne Weiteres gefangen. Im Laufe des Tages und während der nächsten Nacht wurden die bekanntesten unter den Anstiftern des Aufstandes verhaftet und vorläufig nach Vincennes abgeführt. Als der Sitzungssaal von den Meuterern geräumt war, stiegen Lamartine und Ledru-Rollin zu Pferde und begaben sich nach dem Stadthaus, um dort Maßregeln gegen eine Erneuerung des Aufstandes zu treffen. Artillerie und Reiterei wurde herbeigerufen. Der General Bedeau erhielt den

Oberbefehl über die gesammte in Paris anwesende bewaffnete Macht. Aber die Aufständischen waren wie verschwunden. Keine einzige Barrikade wurde errichtet. Die Regierung benutzte die Gelegenheit, um die Montagnards und die Garde republicaine aufzulösen. Caussidière, der sich an den letzten Vorgängen, wenn auch nur im Stillen betheiligt hatte, legte seine Stelle als Polizeichef und Volksvertreter nieder, verlor aber nicht allen Anhang in der Bevölkerung und setzte seine geheimen Verbindungen mit einigen Mitgliedern der Regierung fort. Die Leiter des Aufstandes vom 15. Mai: Barbès, Albert, Hubert wurden später von dem zur Aburtheilung politischer Verbrechen eingesetzten Hohen Gerichtshof in Bourges zur Deportation, Blanqui zu siebenjährigem Gefängniß, viele andere zu geringeren Strafen verurtheilt. Louis Blanc blieb eine Zeit lang unangefochten, und entzog sich später der Verhaftung durch die Flucht.

Um diese Zeit trat zu den vorhandenen Gährungsstoffen ein neuer hinzu. Man hörte jetzt häufig aus den Volksgruppen den Ruf ertönen: „Es lebe der Kaiser!“ Es war dies nicht eine Erinnerung an den großen Todten von St. Helena, sondern an seinen Neffen, Louis Napoleon Bonaparte, den Sohn des ehemaligen Königs von Holland, der vermöge der in seiner Familie 1804 festgesetzten Erbfolge sich zur Herrschaft über Frankreich berufen glaubte, und in Straßburg und Boulogne den verfehlten Versuch gemacht hatte, diesen Anspruch zu verwirklichen. Er war bald nach der Februarrevolution aus London nach Paris gekommen, und hatte die provisorische Regierung von seiner Ankunft benachrichtigt. Da diese seine Anwesenheit mißbilligte, so reiste er wieder nach London zurück, richtete aber ein Schreiben an sie, in welchem er erklärte, man möge in dem Opfer, das er durch diese Entfernung bringe, die Reinheit seiner Absichten und die Aufrichtigkeit seines Patriotismus erkennen. Dieses Schreiben erschien in den Tagesblättern, und die öffentliche Aufmerksamkeit ward wieder auf den Neffen des Kaisers gelenkt, dessen Schriften und die darin behandelten politischen und socialen Fragen schon vorher bei einem Theil des Publikums Beifall gefunden hatten. Die Mitglieder der provisorischen Regierung erschraken über die plötzlich wieder auflebende Bedeutung des Napoleonischen Namens, und waren froh, als der Prinz Paris verlassen hatte. Aber am 4. Juni, bei Gelegenheit der durch frühere Doppelwahlen veranlaßten Neuwahlen, wurde Louis Napoleon in vier Departements, Seine, Yonne, Sarthe und Charente inférieure in die Nationalversammlung gewählt. Die Exekutivkommission wollte durch Lamartine's Mund das 1832 gegen

die Napoleoniden erlassene Verbannungsdekret gegen den Sohn des ehemaligen Königs von Holland ausnahmsweise aufrecht erhalten wissen. Aber zwei seiner Vettern, Napoleon, Sohn Jerome's, und Peter, Sohn Lucian's, saßen schon in der Versammlung. Diese erhoben nachdrücklich ihre Stimmen zu Gunsten ihres Verwandten, und suchten ihn gegen den Vorwurf des Ehrgeizes zu vertheidigen, indem sie auf seine Rückkehr nach London hinwiesen. Lamartine's Antrag fiel durch, aber Louis Napoleon hielt seine Zeit für noch nicht gekommen und verzichtete auf seinen Sitz in der Nationalversammlung. Sei es tiefe Berechnung oder glücklicher Instinkt, er handelte in seinem Interesse, indem er im Auslande blieb, und unterdessen die Schwäche der Exekutivkommission, die Uneinigkeit in der Nationalversammlung, und die zunehmende Unzufriedenheit des Volks mit den bestehenden Verhältnissen für sich wirken ließ.

Ungeachtet der Aufstand vom 15. Mai gescheitert war, so hatte sich die öffentliche Stimmung doch keineswegs beruhigt. Es fielen in Paris fast täglich tumultuarische Zusammenrottungen vor. Einmal war sogar die Nationalversammlung wieder bedroht gewesen (12. Juni). Der Regierung kamen geheime Anzeigen zu, daß die Demagogen an einer neuen großen Schilderhebung arbeiteten, die diesmal, ihren Aeußerungen nach, mit größeren Mitteln als früher unternommen, ihr Ziel, die Errichtung der socialistischen Republik, nicht verfehlen werde. Die Exekutivkommission war schon mehrmals in der Nationalversammlung aufgefordert worden, dem Unwesen der Nationalwerkstätten ein Ende zu machen, welche so viel wie ein starkes Kriegsheer kosteten, und die bei der in ihnen herrschenden Gesinnung wie ein drohendes Ungewitter über Frankreich schwebten. Die gebildeten und besitzenden Klassen in Paris waren der sich immer erneuernden Besorgnisse vor einem Volksaufstande müde geworden, und verlangten, daß dieser Gefahr zuvorgekommen werde. Die Regierung beschloß, um mit der Aufhebung der Nationalwerkstätten einen Anfang zu machen, 7000 Arbeiter aus denselben zu entfernen, und den übrigen, die nicht zur Nationalgarde gehörten, die Waffen abzunehmen. Die Arbeiter hatten diese Maßregel aus den in der Nationalversammlung vorangegangenen Berathungen voraussehen können, und beschlossen, ihr mit Aufbietung aller Kräfte zu widerstehen. Ehe sie jedoch zu den Waffen griffen, sandten sie eine Deputation an den früheren Minister der öffentlichen Arbeiten, Marie, um eine Zurücknahme des Beschlusses über die Nationalwerkstätten zu erlangen, von dem sie aber abgewiesen, und zur Unterwerfung unter die Anordnungen der Regierung aufgefordert wurden. In der Nacht vom 22. zum 23.

Juni wurden von den Anführern der bewaffneten Arbeiter, die zugleich die Aufseher in den Nationalwerkstätten waren, die Vorbereitungen für den folgenden Tag getroffen. Am 23. Juni Morgens um sieben Uhr brach der Kampf an der Porte St. Denis aus. Um acht Uhr schlug der Generalmarsch in allen Straßen und rief die Linientruppen, die Mobilgarde und die Nationalgarde zusammen, welche letztere aber am ersten Tage nur in geringer Zahl herbeikam. Vielen Familienvätern und friedlichen Bürgern graute vor dem bevorstehenden Kampfe, dessen Heftigkeit sich bei der unter den Arbeitern herrschenden Stimmung voraussehen ließ. Wie in der Nacht vom 23. zum 24. Februar, so waren auch in der vom 22. zum 23. Juni auf allen Punkten, die nicht von den Truppen besetzt waren, Barrikaden und zwar mit mehr Stärke und Kunst als früher errichtet worden. Die Truppen unter dem General Lamoriciere fanden in dem Faubourg St. Denis, St. Martin und in der Rue du Temple einen hartnäckigen Widerstand, den sie, obgleich unter großem Verlust auf ihrer Seite, zuletzt überwältigten. Um dieselbe Zeit schlug man sich auf dem linken Ufer der Seine, besonders in der Nähe des Pantheon und in dem Quartier St. Jacques, und der Kampf wogte bis in den Marais hinüber. Im Ganzen genommen waren die Truppen an diesem ersten Tag nicht glücklich gewesen. Wenn sie auf dem rechten Ufer der Seine einige Fortschritte gemacht, so waren sie dagegen auf dem linken aus mehren Stellungen verdrängt worden, die sie am Morgen inne gehabt hatten. Die ganze Nacht über heulten die Sturmglocken, welche die Aufständischen zu den von ihren Führern vorher angegebenen Sammelplätzen riefen. In der Nationalversammlung und unter den Mitgliedern der Regierung gab sich keine Muthlosigkeit, aber eine trübe Stimmung kund, die zwar zu den größten Opfern entschlossen war, deren Nothwendigkeit aber bedauerte.

Die Nationalversammlung hatte dem General Cavaignac den Oberbefehl über die gesammte bewaffnete Macht in Paris und den Departements übergeben, welche die erste Militairdivision ausmachen, und ihn für die Dauer des Kampfes mit einer diktatorischen Gewalt bekleidet. Die Exekutivkommission trat ab. Die Nationalgarde eilte am Morgen des 24. Juni, von dem Widerstande der Arbeiter erbittert und für ihr Eigenthum und ihre Familien fürchtend, in großen Massen herbei, und Cavaignac schickte nach allen Seiten Befehle an die Besatzungen der benachbarten Städte nach Paris zu eilen, die sich auch sogleich in Bewegung setzten. Aber die Aufständischen hatten sich während der Nacht sehr verstärkt, so daß ihre Zahl am 24. Juni auf 40,000 Mann

geschätzt wurde, unter ihnen viele ehemalige Soldaten, alle mit dem Gebrauch des Feuergewehrs vertraut und reichlich mit Schießbedarf versehen. Unter unerhörten Anstrengungen und nur durch Anwendung der Artillerie, woran es den Arbeitern gänzlich fehlte, war es dem General Cavaignac gelungen, das Pantheon und dessen Umgebung den Aufständischen zu entreißen, sie an der Besetzung des Hôtel de Ville zu hindern, und am anderen Ende der Stadt, im Faubourg Poissoniere, die dort errichteten Barrikaden zu erstürmen. Am 25. Juni wurde der Aufstand endlich in die inneren Theile des alten Paris und die Faubourgs St. Antoine und St. Marceau zusammengedrängt, wo er am schwersten zu bezwingen war.

Mitten in der Entfesselung der wildesten Leidenschaften und dem blutigen Wogen eines Vernichtungskampfs, stellte ein Mann des Friedens ein erhabenes Beispiel von Menschenliebe und Selbstaufopferung auf, zu dem der höchste sittliche Muth gehörte, da es aus den reinsten Quellen entsprang. Der Erzbischof von Paris, Dionysius August Affre, begab sich, von einem muthigen Geistlichen und einem treuen Diener begleitet, gegen Abend nach einem Punkt, wo Angriff und Widerstand am verzweifeltsten waren. Dort, an der Ecke der Straßen St. Antoine und Charenton, erhob sich eine citadellenartige Barrikade, um deren Besitz schon seit mehren Stunden gekämpft wurde. Der Erzbischof wurde von den Aufständischen, die er zur Niederlegung der Waffen ermahnte, mit der größten Achtung behandelt, und auf sein Verlangen der Kampf auf beiden Seiten unterbrochen. Aber ein Signal mit der Trommel, welches dem Blutvergießen Einhalt thun sollte, ward von einer entfernter stehenden Abtheilung der Truppen für ein Zeichen zum Angriff gehalten. Das Gefecht begann von Neuem, und eine Kugel, man weiß nicht von welcher Seite, traf den Erzbischof und verwundete ihn so schwer, daß er am andern Tage verschied. Bis zum letzten Augenblick hatte er für die Wiederherstellung der Eintracht seine Gebete zum Himmel emporgeschickt, und seine eignen Leiden mit großer Standhaftigkeit ertragen. Sein christlich-heroisches Ende wurde von allen Parteien aufrichtig beklagt.

Am 26. Juni wurden die Aufständischen in ihren letzten Bollwerken, dem Faubourg du Temple und dem Faubourg St. Antoine mit zahlreicher Artillerie angegriffen. Die Vertheidigung dauerte, obgleich kein Erfolg mehr möglich war, eine Zeit mit derselben Hartnäckigkeit wie am vorhergehenden Tage fort. Aber die festesten Barrikaden wurden zuletzt von dem aus Vincennes herbeigebrachten schweren Geschütz demolirt und dann mit dem Bayonett erstürmt. Um sechs Uhr

Abends schwieg endlich das Geschütz- und Gewehrfeuer und die Aufständischen, die nicht umzingelt oder verwundet waren, warfen die Waffen fort und verliefen sich nach allen Seiten. Aber die ganze Umgegend von Paris war von Truppen angefüllt, und die meisten Flüchtigen wurden ergriffen.

Es hatte in Frankreich seit 1789 viele Aufstände gegeben, es waren neuerdings in Deutschland und Italien blutige Unruhen vorgefallen, aber von dem allen könnte nichts mit dem Kampfe verglichen werden, der vom 23. bis 26. Juni in den Mauern von Paris geliefert wurde. Anderswo hatte es sich um die Vertheidigung oder den Sturz dieser oder jener Regierungsform und Staatsgewalt gehandelt, der Gegenstand des Konflikts war mehr oder weniger rein politischer Natur gewesen. In der viertägigen Barrikadenschlacht war aber die bürgerliche Ordnung selbst, wie sie sich seit Jahrhunderten aus rohen Naturzuständen heraus entwickelt hatte, die gesammte moderne Gesittung und höhere Bildung in Frage gestellt und mit der Rückkehr in das Chaos bedroht gewesen. Obgleich ihre Grundlagen zu tief mit dem Dasein der Völker verbunden sind, als daß irgend eine materielle Gewalt sie ganz zu zerstören vermöchte, so wäre doch selbst eine theilweise Unterbrechung ihres Bestehens, besonders in einem der Mittelpunkte der europäischen Kultur, ein schwer zu überwindendes Unglück gewesen. Diese Gefahr ward nicht nur von den Führern, sondern von der Masse der Nationalgarde, der Mobilgarde und der Linientruppen gefühlt, und darum der Angriff auf das Bestehende mit so leidenschaftlicher Erbitterung zurückgewiesen.

Ein großer Theil von Paris bot nach diesen Schreckenstagen einen in seinen Mauern noch nie gesehenen Anblick dar. Viele Häuser waren in Brand geschossen und eingestürzt, ganze Straßen von den Kugeln stark beschädigt worden. Die meisten Fensterscheiben waren zerschlagen, die Wände von Pulverrauch geschwärzt. In den engen Straßen wußte man nicht, wo man den Fuß hinsetzen sollte, ohne im Blut auszugleiten. Die Zahl der Todten und Verwundeten war so groß, daß die gewöhnlichen Leichenkammern und Hospitäler nicht ausreichten, und viele Kirchen und andere öffentliche Gebäude dazu verwandt werden mußten.

Die Opfer, welche dieser furchtbare Ausbruch einer lange verhaltenen inneren Gährung gekostet hat, sind mit vollkommener Genauigkeit nie angegeben worden. Von funfzehn Generalen, die Kommandos hatten, blieben zwei auf der Stelle: Negrier beim Angriff auf eine Barrikade, und Brea, der verrätherischer Weise von einer Abtheilung Aufständischen zu einer Unterredung gelockt und mit zwei ihn beglei-

tenden Officieren ermordetwurde; die Generale François, Reynaud, Bourgon, Duvivier starben an ihren Wunden; Bedeau, Damesme, Korte, Lafontaine, Foucher wurden verwundet. Nur Cavaignac, Perrot und Lamoricière blieben unversehrt. Letzterem, der eben so große Umsicht als Thatkraft entwickelt hatte, wurden zwei Pferde unter dem Leibe erschossen. Mehre Volksrepräsentanten hatten sich an der Bekämpfung des Aufstandes betheiligt. Zwei derselben, Bixio und Charbonnel, fielen, einige andere wurden verwundet. Man giebt den Gesammtverlust in diesen Tagen gewöhnlich auf 2—3000 Todte an. Sehr viele Leichen sind aber während des Kampfes in die Seine geworfen worden und man hat sie an den Orten, wo sie an das Ufer getrieben wurden, ohne weitere Anzeige zu machen, begraben. Von den Aufständischen wurden an 14,000 gefangen, denn auf allen Landstraßen waren Kavallerieposten aufgestellt, welche alle Flüchtigen oder der Flucht Verdächtigen in Empfang nahmen und an die Behörden ablieferten. Sowohl sie als die verwundeten und sterbenden unter den Aufständischen, welche in den Hospitälern lagen, waren von der Niederlage ihrer Partei mehr überrascht als gebeugt, denn sie hatten auf den Sieg gerechnet, und die meisten unter ihnen blieben fest bei der Meinung, eine gute und gerechte Sache vertheidigt zu haben, und sahen sich als Märtyrer an. Es wurden keine Todesurtheile vollzogen, obgleich manche unter den Aufständischen überführt wurden, Gefangene niedergemacht und andere Grausamkeiten begangen zu haben. Nur die später entdeckten Mörder des General Brea und der beiden ihn begleitenden Officiere sind unter der Präsidentschaft Louis Napoleon's hingerichtet worden. Auffallend bleibt es, daß die Socialisten im übrigen Frankreich sich nicht in Masse, wie ihre Gesinnungsgenossen in Paris, erhoben, da es überall Klubs und geheime Gesellschaften gab. Es scheint aber zwischen ihnen kein Zusammenhang und gemeinsamer Plan statt gefunden zu haben. Die Fabrikarbeiter in Rouen waren schon am 29. April losgebrochen, aber von der Nationalgarde zu Paaren getrieben worden. In Marseille erhoben sie sich am 22. Juni, wurden aber nach einem blutigen Kampfe besiegt.

Die Exekutivkommission war im Sturme der Barrikadenschlacht verschwunden. Nach errungenem Siege gab der General Cavaignac die ihm ertheilte Vollmacht an die Nationalversammlung zurück, die sie ihm aber von Neuem übertrug, und ihm überließ, seine Kollegen in der Regierung nach eigenem Ermessen zu wählen. Außerdem erklärte die Nationalversammlung, daß Cavaignac sich um das Vaterland wohl verdient gemacht habe. Lamoricière wurde Kriegsminister, Changarnier erhielt

den Oberbefehl über die Pariser Nationalgarde, dem General Bedeau, der noch an seiner Wunde krank lag, wurde das Ministerium des Auswärtigen übertragen, er aber in demselben erst provisorisch, dann definitiv durch Bastide, einen der Redakteure des National, ersetzt. Obgleich die äußere Ruhe wieder hergestellt war, dauerte der Belagerungszustand fort, elf der revolutionairsten Tagesblätter mußten eingehen, alles, was nicht zur Nationalgarde gehörte, wurde zur Ablieferung der Waffen gezwungen, und die Regierung errichtete mehre Lager in der Nähe von Paris, so daß sie in jedem Augenblick über 50,000 Mann Truppen verfügen konnte. Die Nationalversammlung nahm, ungeachtet des heftigen Widerstandes der äußersten Linken, drei Gesetzentwürfe an, welche für jedes politische Tagesblatt eine Kaution von 24,000 Fr., Strafen für Preßvergehen und die Beaufsichtigung der Klubs anordneten. Die Nationalversammlung hatte aus ihrer Mitte eine Kommission gewählt, welche beauftragt wurde, die sowohl an die Vorbereitung als an die Ausführung der Juniereignisse sich knüpfenden Thatsachen aufzuhellen und herauszustellen. Der Bericht der Untersuchungskommission verursachte, obgleich er nichts als die Wahrheit und diese noch in gemildeter Form enthielt, auf der äußersten Linken, die jetzt wieder wie im Konvent der Berg genannt wurde, eine Aufregung, die durch das Bewußtsein der moralischen Mitschuld noch vermehrt wurde. Besonders hatte die Darstellung des übeln Einflusses und des ungesetzlichen Verfahrens der nach der Februarrevolution in die Departements gesandten Kommissarien die Demagogen in Harnisch gebracht. Man war nicht ohne Besorgniß vor neuen unruhigen Auftritten, die allerdings von der bewaffneten Macht bald unterdrückt worden wären, aber vielleicht wieder viel Blut gekostet haben würden. Die gemäßigte Partei vermied deshalb in dem weiteren Verlauf der Verhandlungen jede Bitterkeit und Leidenschaftlichkeit, zumal die Angeschuldigten nicht von der Nationalversammlung, sondern von dem Hohen Gerichtshof in Bourges gerichtet werden sollten.

Nach diesen großentheils persönlichen Debatten kam es zur Berathung über den Verfassungsentwurf, an welchem von der in der Nationalversammlung dazu niedergesetzten Kommission, ungeachtet aller äußeren Störungen, unaufhörlich fortgearbeitet worden war. Derselbe wurde, nachdem ihn die einzelnen Abtheilungen geprüft und mehrmals abgeändert hatten, jetzt vor das Plenum gebracht. Einer der Paragraphen des Entwurfes, der am meisten angefochten wurde, war das Recht des Einzelnen auf Arbeit und die Beschaffung derselben von

Seiten des Staats, ein Recht, dessen Anerkennung schon Lamartine unmittelbar nach der Februarrevolution verweigert hatte, und das jetzt wieder hervorgesucht worden war. Dieser Paragraph wurde durch die vereinten Bemühungen von Tocqueville, Duvergier de Hauranne, Thiers*) und Dufaure, die drei Sitzungen hindurch gegen denselben sprachen, in der öffentlichen Meinung zu Grunde gerichtet, und von der Versammlung mit großer Stimmenmehrheit verworfen. Die Todesstrafe wurde nur bei politischen Verbrechen abgeschafft, blieb aber sonst in der Kriminaljustiz stehen. Das Zweikammersystem erlag, ungeachtet der Anstrengungen, die Odilon Barrot, Remusat, Tocqueville und Thiers für dasselbe machten. Die Proportionalsteuer wurde der Progressivsteuer vorgezogen, für welche letztere die Linke mit großem Eifer stritt. Die Unterrichtsfrage blieb unerledigt, so viele Mühe sich auch Montalembert und Fallour gaben, die klerikalen Ideen in ihr geltend zu machen. Obgleich manche dieser Sitzungen, abgesehen von den bedeutenden Gegenständen, um die es sich handelte, auch von Beredtsamkeit und Parteieifer belebt wurden, so flößten sie dem Publikum keine ächte Theilnahme mehr ein. Der Mißbrauch mit der Sache hatte unglücklicher aber nothwendiger Weise diese selbst vernichtet. Das Interesse an den parlamentarischen Verhandlungen war in Frankreich auf lange Zeit hin geschwächt worden. Die Demagogen hofften auf eine neue Schilderhebung der Massen und eine Beseitigung der Nationalversammlung, die von ihnen seit dem 15. Mai auf das äußerste angefeindet wurde, und der friedliche Theil des Volks sah der Zukunft mit Besorgniß entgegen, und suchte nach einer schützenden Macht für sich, als welche ihm weder die Nationalversammlung noch die Regierung erschienen. Cavaignac, dessen kräftiger Wille und aufrichtige Gesinnung nicht bezweifelt wurde, war doch zu wenig Staatsmann, begriff die Lage der Dinge nicht ganz, und galt für einen zu ausschließenden Republikaner, um volles Vertrauen in ihn zu setzen. Denn die Republik, welche mit Ausnahme der ersten Begeisterung nach dem 24. Februar, von Anfang an wenig überzeugte Anhänger gezählt hatte, war jetzt in der Meinung der besitzenden Klassen völlig todt. Man sah in ihr nur eine hohle Form, die bei der ersten feindlichen Berührung von selbst zusammenstürzen würde.

Das Verfassungswerk wurde endlich am 4. November zum Ab=

*) Thiers war, in Folge einer Ersatzwahl im Junius, in die Nationalversammlung getreten.

schluß gebracht und mit 739 Stimmen gegen 30 angenommen. Es war das elfte der Art seit der Konstitution von 1791. Frankreich wurde darin für eine untheilbare demokratische Republik erklärt, die unveräußerliche und unverjährbare Souverainetät des Volks ausgesprochen, und drei von ihm ausgehende Gewalten: die gesetzgebende, die richterliche und die vollziehende festgesetzt. Die gesetzgebende Macht sollte von einer Nationalversammlung, die vollziehende von einem Präsidenten, beide unmittelbar vom Volk durch allgemeines Stimmrecht gewählt, ausgeübt werden. Am 5. November ward die Verfassung auf den Hauptplätzen der Stadt mit äußerem Pomp verkündigt, von der Bevölkerung aber mit mehr Gleichgültigkeit als zur Zeit der parlamentarischen Regierung viel weniger wichtige Ereignisse aufgenommen. Die Mehrheit des Volks war durch die häufigen Erschütterungen gegen alle politischen Systeme gleichgültig geworden, und wollte nur Ruhe und Sicherheit, unter welchen Ideen und Formen es auch immer sei.

Die Verfassung wurde, seitdem sie bekannt gemacht worden, wenig in Betracht gezogen. Die allgemeine Aufmerksamkeit war einzig auf die Präsidentenwahl gerichtet. Es gab nur wenige Kandidaten für die erste Stelle in der Republik, die Aussicht auf Erfolg gehabt hätten. Denn es war, ungeachtet es nicht an militairischen und parlamentarischen Notabilitäten fehlte, Niemand vorhanden, der in der öffentlichen Meinung eine unbestrittene, alles überragende Stellung eingenommen hätte. Die Staatsmänner, Kammermitglieder, Redner, die sich in den letzten Decennien hervorgethan hatten, waren weniger Männer des Landes als einer Partei, und wurden in dieser Eigenschaft von den anderen Parteien ausgeschlossen. Bei den Generalen ersten Ranges fand dies weniger statt, aber keiner unter ihnen konnte durch das, was er gethan, eine unbedingte Anerkennung für sich in Anspruch nehmen. Die Franzosen waren durch Napoleon gewöhnt worden, an militairisches Verdienst einen ungewöhnlich großen Maßstab anzulegen. Was wollten die Siege, welche die in Afrika befehligenden Generale über Araber und Marokkaner davon getragen hatten, im Vergleich zu den Siegen unter dem Kaiserreich und selbst der ersten Republik bedeuten? Cavaignac hatte während seiner Diktatur Muth, Verstand und Redlichkeit, aber kein besonderes politisches und organisatorisches Talent bewiesen. Da Niemand das Gewicht außerordentlicher Thaten in die Wagschale der Wahl werfen konnte, so sah sich die Nation bei der Besetzung der ersten Würde im Staat auf die Träger großer Namen gewiesen. Aber solcher durch ihren Glanz alles verdunkelnder Namen gab es in Frankreich nur zwei,

einen sehr alten: Bourbon, der eine fast tausendjährige Geschichte besaß, mit dem aber das französische Volk seit sechzig Jahren viermal gebrochen hatte, und einen, von dem allerdings erst die zweite Generation vorhanden war, Bonaparte, dessen Gründer aber durch seinen Herrschergeist, seine Reformen im Innern und seine Siege über das Ausland in den Augen der Massen die Vergangenheit wie ausgelöscht und sich an deren Stelle gesetzt hatte. Daß der nächste Erbe dieses Namens, wenn es auf eine Wahl ankam, bei der die Menge entschied, allen anderen Bewerbern vorgezogen werden würde, konnte nur der Parteisucht und Unbekanntschaft mit der öffentlichen Meinung zweifelhaft erscheinen.

Louis Napoleon war, wie eben erwähnt worden, im Anfang Juni in vier Departements zum Abgeordneten gewählt worden, hatte aber, da seine Wahl zu unruhigen Auftritten in Paris und leidenschaftlichen Diskussionen in der Nationalversammlung Veranlassung gab, abgelehnt und war in London geblieben, nicht ohne diesen Entschluß und seine Beweggründe dem Präsidenten der Versammlung in einem in der Presse veröffentlichten Schreiben kund zu thun. Eine Stelle in diesem Schreiben: „Wenn mir das Volk Pflichten auflegen sollte, so werde ich dieselben zu erfüllen wissen" — hatte in ganz Frankreich großes Aufsehen erregt. Unterdessen waren in Paris und mehren Departements abermals Neuwahlen vorgenommen worden (17. September 1848). Louis Napoleon hatte allein in Paris 110,752 Stimmen erhalten, und war außerdem noch in vier anderen Departements gewählt worden. Die Popularität seines Namens war seit den Juniereignissen sehr gestiegen. Alles Andere schien abgenutzt, veraltet und vergessen zu sein. Lamartine war in den Hintergrund getreten, Barbès, Blanqui im Gefängniß, Louis Blanc entflohen, Ledru-Rollin hatte sich verhaßt und selbst geringschätzig gemacht. Cavaignac war nur unter den Soldaten und in einem Theile der Bourgeoisie beliebt.

Unter solchen Umständen geschah es, daß Louis Napoleon sich nach Paris begab, und am 26. September zum erstenmal in der Nationalversammlung erschien. Seine Wahl zum Abgeordneten ward für regelmäßig befunden. Sein Aeußeres brachte auf die Versammlung keinen bedeutenden, aber auch keinen ungünstigen Eindruck hervor. Seine Züge erinnerten wenig an die seines großen Oheims, er trat sehr anspruchslos auf und hielt eine kurze Rede, in der er seine Vaterlandsliebe lebhaft betonte, und sich für Wiederherstellung der Ordnung mit Beibehaltung der Republik und der demokratischen Institutionen aussprach. Diese Rede gefiel beiden Parteien. Die Erklärung zu Gunsten der Ordnung

gewann die rechte, die Anspielung auf die Republik beruhigte die linke Seite der Versammlung. Am 5. Oktober begann die Berathung über die Präsidentenwahl. Am 6. entschied Lamartine's glänzende Rede die Frage im Sinn der direkten Wahl durch das Volk. Vergebens machten die entschiedenen Republikaner einen Versuch, Louis Napoleon's Wahl unmöglich zu machen, indem sie durch den Deputirten Thouret ein Amendement einbringen ließen, nach welchem jedes Mitglied der Familien, die über Frankreich regiert hatten, von der Präsidentenstelle ausgeschlossen sein sollte. Thouret mußte, da er nicht die nöthige Unterstützung fand, sein Amendement zurücknehmen.

Das Landvolk war überall in Frankreich, mit Ausnahme einiger Gegenden im Süden und Westen, entschlossen für Louis Napoleon zu stimmen. Das Bild des Kaisers hing in jeder Hütte, und die Erinnerung an ihn lebte in den Bewohnern wie eine Familientradition; der Vater oder Großvater hatte unter ihm gefochten, die Erzählungen von seinen Thaten und seinem tragischen Ende waren die erste Nahrung für die Einbildungskraft des gegenwärtigen Geschlechts gewesen, dem allerdings kein größerer Gegenstand hätte geboten werden können. Zu dem militairischen Ruhm, der mit dem Namen Napoleon verbunden war und in den Augen des Volks alles Andere überwog, trat für die gebildeten Klassen das Verdienst hinzu, in Frankreich eine so feste und großartige Staatseinrichtung eingeführt zu haben, daß sie in Verwaltung, Justiz, Steuerwesen, Kultus und Unterricht, ungeachtet aller politischen Stürme, im Wesentlichen dieselbe geblieben war. Die Menge warf sich nicht die Frage auf, ob der Neffe dem Oheim an Einsicht und Thatkraft ähnlich sei, es wurde dies als selbstverständlich vorausgesetzt und mit dem Namen verbunden gedacht. Mit dieser Stimmung der Massen wohl bekannt, sagte Louis Napoleon am 26. Oktober in der Nationalversammlung: Frankreich sehe in seinem Namen eine Bürgschaft für die Sicherheit der Gesellschaft, und er werde sich die Achtung dieses hochherzigen Volkes zu erwerben wissen. Er erließ ein Wahlmanifest, worin er Ordnung nach Innen, Friede nach Außen, Herabsetzung der Steuern versprach und erklärte, er werde, wenn er an die Spitze des Staats gestellt würde, das Ministerium aus den Besten und Fähigsten zusammensetzen, zu welcher Partei sie auch gehören möchten. Louis Napoleon fand aber nicht nur bei den Massen, sondern auch bei den politischen Parteien für seine Wahl Beistand. Viele Notabilitäten aus der Zeit der Restauration und der Juliusmonarchie, Legitimisten und Orleanisten, arbeiteten für ihn, und bildeten Vereine, um seine Wahl in Paris

und den Departements zu begünstigen. Sie wollten seinen Namen benutzen, um durch ihn die Republik zu stürzen, und hofften ihn dann selbst leicht beseitigen und einen Thronkandidaten ihrer Wahl an seine Stelle setzen zu können. Denn sie hielten ihn für schwach und unfähig und glaubten, daß er, in den Besitz der obersten Gewalt gesetzt, bald Mißgriffe begehen und die Volksgunst, die ihn allein emporgetragen, verlieren werde. Nie hat man sich über einen Charakter mehr getäuscht als über den „des Helden von Straßburg und Boulogne", und dies ist besonders von Seiten der Politiker vom Fach, und nicht blos in Frankreich, sondern auch fast überall im Ausland geschehen. Aber man muß auch gestehen, daß Niemand sich selbst so unähnlich gewesen ist, als Louis Napoleon vor und nach der Zeit seiner Wahl.

Am 10. December fand die Präsidentenwahl statt, aber es war im Grunde keine Wahl mehr, sondern, wenigstens auf dem Lande, ein begeisterter Zuruf des Volks, das von dem Namen Napoleon wie berauscht erschien. Von 7,324,672 Stimmen erhielt der Neffe des Kaisers: 5,434,226; Cavaignac: 1,448,107; die übrigen hatten sich auf Ledru-Rollin, Raspail, Lamartine und Changarnier zersplittert. Am 20. December wurde das Ergebniß der Wahlen in der Nationalversammlung bekannt gemacht. Cavaignac und nach ihm alle Minister legten ihre Aemter nieder. Armand Marrast, der Präsident der Nationalversammlung war, proklamirte hierauf den Bürger Louis Napoleon Bonaparte zum Präsidenten der französischen Republik, der, nachdem er die Verfassung beschworen hatte, eine kurze klug berechnete Rede hielt, in der er hervorhob, daß er nicht der Mann einer Partei, sondern der des Landes sein werde, und daß, wenn es ihm nicht beschieden sei, Großes zu thun, er wenigstens Gutes vollbringen wolle. Nach diesen mit Beifall aufgenommenen Worten begab sich der neue Präsident, der in bürgerlicher Kleidung, aber mit dem Stern und Band der Ehrenlegion erschienen war, zu dem General Cavaignac, der wieder seinen Sitz als Abgeordneter eingenommen hatte, drückte ihm die Hand, und erklärte, daß er stolz darauf sei, einem so würdigen Manne in der Ausübung der vollziehenden Gewalt zu folgen. Cavaignac nahm diese Anerkennung seiner Verdienste kalt und ohne sich von seinem Platz zu erheben entgegen. Louis Napoleon verließ hierauf die Nationalversammlung in Begleitung der Bureaumitglieder, die beauftragt waren, ihn mit allen seiner Würde gebührenden Ehrenbezeugungen in den Pallast Elysée-National, der zur Residenz des Präsidenten der Republik bestimmt war, einzuführen. Dort wurde er von seinen in Paris anwesenden Verwand-

ten und vielen Anhängern seiner Familie empfangen, die bald anfingen, ihn wie einen Souverain zu behandeln. Es war ein verhängnißvoller Moment für Frankreich, und, wie sich später gezeigt hat, für Europa, als das Gestirn der Napoleoniden, nachdem es ein ganzes Menschenalter über unsichtbar gewesen, vor den erstaunten Augen der Welt plötzlich wieder aufging, obgleich die volle Bedeutung dieses Ereignisses damals nur dunkel geahnt werden konnte.

---

2. Deutschland im Jahre 1848.

Der erste Anstoß zu einem neuen großen Wendepunkt in der Geschichte unserer Zeit war, wie am 14. Juli 1789 durch die Einnahme der Bastille, am 24. Februar 1848 durch die Einführung der Republik wieder von Paris ausgegangen, wo seit siebenzig Jahren ein Vulkan sich erhoben hat, der zuweilen erloschen scheint, plötzlich aber sich wieder entzündet, und bei jedem neuen Ausbruch die in ihm entstandene Erschütterung immer weiter in die Ferne verbreitet. Der geistige Einfluß der Revolution von 1789 hatte sich bald fühlbar gemacht, weil sie in den Ideen schon seit lange vorbereitet gewesen, aber in die äußere Gestaltung der Welt griff sie erst durch ihre siegreichen Kriege ein, zu denen sie durch die Angriffe des Auslandes herausgefordert wurde, in deren Verlauf sie aber später weder Maß noch Ziel kannte. Der Unterschied zwischen Frankreich und dem übrigen Europa war damals noch zu groß, als daß letzteres sich hätte veranlaßt fühlen können, dieselbe oder auch nur eine ähnliche Bahn zu betreten. Ganz anders verhielt es sich mit der Revolution von 1848. Sie wurde weder vom Auslande bedroht, noch griff sie dasselbe an, sondern ihr bloßes Beispiel reichte hin, einen großen Theil Europa's in Flammen zu setzen. Ihre Wirkung war viel rascher und viel weiter reichend als das erstemal, weil zwischen den Franzosen und den anderen Völkern, ungeachtet aller natürlichen Verschiedenheit, nicht mehr dieselben moralischen Schranken wie früher bestanden. Seit dem Wiener Kongreß hatte sich in vielen Ländern ein immer tiefer gehender Widerwille gegen das reaktionaire System, dem sie unterworfen wurden, verbreitet, wozu später noch die socialistischen Ideen hinzutraten, die, ebenfalls von Frankreich ausgehend, nur dadurch so schnell um sich griffen, weil sie überall dieselbe Unzufriedenheit mit

dem Bestehenden vorfanden. Es wäre aber ein Irrthum und eine Uebertreibung, wenn man das, was in den Jahren 1848 und 1849 in Deutschland, Oesterreich, Preußen, Italien und Ungarn geschah, einzig als eine Folge der Februarrevolution ansehen wollte. Es ward in Paris nur das äußere Zeichen zum Ausbruch der in jenen Ländern längst vorhandenen Gährung gegeben, die ohne den 24. Februar 1848 wahrscheinlich noch länger an sich gehalten hätte, aber auf diese oder jene Art, wenn auch später, unfehlbar hervorgetreten sein würde. Namentlich im Großherzogthum Baden, dem in politischer Beziehung beweglichsten Theile Deutschland's, gab es schon vor 1848 eine radikale Partei, in der sich ähnliche Gesinnungen und Bestrebungen regten, wie später in Frankreich nach dem 24. Februar zum Durchbruch kamen. Der Advokat Hecker und der Journalist von Struve, welcher letztere den in Mannheim in revolutionairem Geist geschriebenen „Zuschauer" herausgab, hielten im September 1847 in Offenburg eine Versammlung von Gleichgesinnten, in der schon von Selbstregierung des Volks, allgemeiner Bewaffnung, progressiver Einkommensteuer und Garantie der Arbeit von Seiten des Staates, dem Inhalt nach ungefähr eben so wie später in den Pariser Klubs und in dem sogenannten Arbeiterparlament, wenn auch in etwas gemäßigterer Form, die Rede war. Auf einer Zusammenkunft von liberalen Notabilitäten aus der Opposition verschiedener Kammern, die der badische Abgeordnete von Itzstein im Oktober nach Heppenheim berufen hatte, war lebhaft über eine Vertretung des deutschen Volkes am Bundestag verhandelt worden. Am 12. Februar 1848, also vierzehn Tage vor der Februarrevolution, hatte Bassermann aus Mannheim in der badischen Abgeordnetenkammer eine Volksvertretung am Bundestag mit der Bemerkung beantragt, daß es die dringendste Aufgabe der Fürsten sein müsse, die Abneigung der Nation gegen ihre oberste Behörde, den Bundestag, in Vertrauen zu demselben zu verwandeln, weil sonst die Kluft immer größer werden würde. Bei dieser Gelegenheit waren von ihm die prophetischen Worte ausgesprochen worden: „An der Seine und an der Donau neigen sich die Tage!" was, besonders der letztere Theil der Aeußerung, neu und überraschend erscheinen mußte.

Bei dieser inneren Vorbereitung und verwandten Stimmung brachte die Kunde von dem, was in Paris am 24. Februar vorgegangen, in ganz Deutschland eine ungeheure, seit den Tagen der Reformation daselbst nicht mehr gesehene Aufregung hervor. Die deutschen Regierungen, welche die Februarrevolution eben so wenig wie die Julinsrevolu-

tion vorausgesehen hatten, waren im ersten Augenblick wie betäubt, und ahnten die Folgen dieses Schlages, ohne zu wissen wie sie denselben begegnen sollten. Die beiden deutschen Großmächte näherten sich einander, und der König Friedrich Wilhelm IV. schickte einen seiner Vertrauten, den General von Radowitz, nach Wien, um die von dem österreichischen Kabinet früher immer abgewiesenen Vorschläge zu einer Bundesreform zu erneuern, auf die Metternich diesmal eingehen zu müssen glaubte. Es wurde am 10. März eine Erklärung Oesterreich's und Preußen's veröffentlicht, nach welcher am 15. März in Dresden ein Fürstenkongreß zur Berathung über die deutschen Angelegenheiten zusammentreten sollte. Durch ein so einseitiges Mittel glaubte man den tiefen Schäden in den deutschen Zuständen abhelfen zu können. Diese diplomatische Zusammenkunft wurde von den Ereignissen verhindert. Man kann wohl ohnedies überzeugt sein, daß auf ihr nichts Heilsames zu Stande gekommen sein würde.

Unterdessen war die freisinnige Partei, für die sich jetzt die große Mehrheit der Bevölkerung mit unaufhaltsamem Ungestüm erklärte, um so thätiger gewesen, und hatten sich die Ereignisse mit einer sonst in Deutschland unerhörten Eile überstürzt. Gleich nach der ersten Nachricht von dem Siege des Pariser Volks wurde am 27. Februar bei Mannheim auf freiem Felde eine große Versammlung unter Itzstein's Vorsitz gehalten, wo die Forderung eines deutschen Parlaments, der Preßfreiheit, der Volksbewaffnung, der Schwurgerichte in eine Adresse zusammengefaßt wurde, die dem Großherzog von Baden überbracht werden sollte. Struve, der in seinen Ansichten weit über Itzstein hinausging, und bei dieser Gelegenheit im socialistischen Sinne von einem gleichen Recht aller Stände auf Wohlstand, Bildung und Freiheit sprach, veranstaltete einen Massenzug nach Karlsruhe, wo das Ministerium in alle Forderungen, mit Ausnahme eines deutschen Parlaments, dessen Gewährung außer seiner Macht lag, einwilligte, und die Censurfreiheit nach dem Preßgesetz vom 28. December 1831 wieder herstellte. An demselben Tage wurde in Württemberg die durch die Verordnung vom 1. Oktober 1819 eingeführte Censur aufgehoben. Am 28. Februar stellte Heinrich von Gagern in der zweiten Kammer des Großherzogthums Hessen den Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig ein oberstes Haupt der deutschen Nation gewählt werden würde. In Wiesbaden wurden in einer Volksversammlung am 2. März folgende Forderungen des nassauischen Volkes zu sofortiger Erfüllung aufgestellt: allgemeine Bewaffnung mit

freier Wahl der Führer; unbedingte Preßfreiheit; Einberufung eines deutschen Parlaments; Vereidigung des Militairs auf die Verfassung; Recht der freien Vereinigung; öffentliches und mündliches Verfahren mit Schwurgerichten u. s. w. Der Minister von Dungern bewilligte, da der Herzog von Nassau abwesend war, die Volksbewaffnung und Preßfreiheit aus eigener Macht, die Herzogin-Mutter sprach sich für die Gewährung aller Punkte aus, und der Herzog bestätigte nach seiner Rückkehr nach Wiesbaden sämmtliche in seinem Namen gemachten Zugeständnisse. Vorzüglich war es die Preßfreiheit, welche in allen politischen Versammlungen vorangestellt wurde, was der öffentlichen Meinung jener Zeit zur Ehre gereicht, und zugleich erkennen läßt, woran es bisher am meisten gefehlt hatte. Der Bundestag fand sich deshalb bereits am 3. März zu der Erklärung bewogen, daß es jedem deutschen Staat frei stehe, die Censur aufzuheben. Der Kurfürst von Hessen, dem schon die von seinem Vater mit den Ständen im Jahr 1831 vereinbarte Verfassung mißfiel, wollte vollends von einer Verbesserung und Erweiterung derselben nichts wissen, wozu er von den Deputationen, die aus allen Theilen seines Landes seit dem 3. März in Kassel eintrafen, aufgefordert wurde. Mit gewohnter Hartnäckigkeit blieb er bei seiner Weigerung, gab sich das Ansehen, die Volkswünsche zu verachten und ließ Truppen gegen Hanau vorrücken, wo sich eine „Volkskommission" gebildet hatte, die mit bewaffnetem Widerstand drohte. Da aber der Kurfürst alles um sich her schwanken sah, gab er endlich nach und willigte in alle Forderungen (11. März), welche dieselben wie in Karlsruhe waren, denn das Programm der badischen Freisinnigen leuchtete bei allen diesen Bewegungen voran. Aehnliches geschah in Sigmaringen, in Frankfurt a. M., in München, und zu derselben Zeit am entgegengesetzten Ende Deutschland's, in Oldenburg, Hamburg und Bremen. Die Anhänger der vormärzlichen Zustände haben aus dieser Gleichzeitigkeit der Erhebung und ihrem ähnlichen Verlauf auf weit von einander entfernten Punkten, auf ein unter den Freisinnigen vorangegangenes Einverständniß, gewissermaßen auf eine Verschwörung gegen das Bestehende, schließen wollen. Nichts ist unbegründeter als diese Voraussetzung. Bei dem Unterdrückungssystem, das in Deutschland seit Jahren von oben her geübt worden, bei dem zwar erfolglosen, aber nie ganz verstummten Widerspruch, der sich in den Kammern der konstitutionellen deutschen Staaten und in der Presse dagegen erhoben hatte, war es kein Wunder, daß die öffentliche Meinung von dem Wiederhall des in dem großen Nachbarlande gefallenen Donnerschlags im Innersten ergriffen wurde,

und ihn krampfhaft in sich nachempfand. Da den Deutschen, wenn auch der moralische und materielle Druck in den verschiedenen Staaten nicht derselbe war, die zu einem freien nationalen Leben nothwendigen Rechte und Einrichtungen fast überall gleichmäßig fehlten, so war es natürlich, daß der Drang nach deren Erringung sich in allen Gegenden auf sehr ähnliche Weise zu erkennen gab.

Zu diesen im wesentlichen politischen Bewegungen, die, wenn auch Einzelheiten in ihrem Verlauf Veranlassung zum Tadel geben können, ihrem Ursprung und Ziel nach durchaus gerechtfertigt erscheinen müssen, gesellten sich socialistische Verirrungen, deren Ausbrüche in die Reihe der gewöhnlichen Verbrechen gehörten. Im Odenwald erhob sich damals das Landvolk gegen die Grundherrschaften. Eine Menge Schlösser wurden überfallen, und die Archive mit den Kontrakten, dem Verzeichniß der Leistungen, der Zinsen u. s. w. vernichtet. Der Adel floh erschreckt in die Städte. Doch fiel, da hier die Menge nicht so erregt und wild wie 1789 in Frankreich war, kein Mord vor, und die Ruhe ward von dem herbeieilenden Militair bald wieder hergestellt.

Die an vielen Stellen plötzlich eintretenden Ausbrüche, die unter sich in keinem äußeren Zusammenhang standen, würden, wenn sie auch das Vorhandensein eines weit verbreiteten Brennstoffs verriethen, keine großen Folgen nach sich gezogen haben, und wahrscheinlich bald in sich erloschen sein, wenn nicht eine leitende Hand sich ihrer bemächtigt und ihnen eine bestimmte Richtung gegeben hätte. Die altliberale oder konstitutionelle Partei im südwestlichen Deutschland verstand es gleich anfangs sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, und in die Forderungen des Volks an die Regierungen dadurch Maß und Uebereinstimmung zu bringen, daß sie ihr vornehmstes Streben auf Reform des deutschen Bundes richtete. Auf eine von Mannheim ausgegangene Einladung versammelten sich einundfunfzig Männer, meist aus Führern der bisherigen Kammeroppositionen bestehend, am 5. März in Heidelberg, um sich über „die dringendsten Maßregeln für das Vaterland" zu besprechen. Die bekanntesten unter ihnen waren: Welcker, Bassermann, Gervinus, von Itzstein, Matthy, Hecker, von Struve, Peter, von Soiron aus Baden; Römer aus Württemberg; Heinrich von Gagern aus Darmstadt; Kirchgeßner aus Bayern; Hansemann aus Preußen; welche einen Aufruf an die deutsche Nation erließen, worin sie eine nach Volkszahl zu wählende Nationalvertretung für dringend nothwendig erklärten, vor einer Einmischung in die Angelegenheiten Frankreich's und einem Bündnisse mit Rußland warnten, und eine Kommission von

sieben Personen ernannten, die Vorschläge hinsichtlich der Wahl und Einberufung einer Nationalvertretung machen und zu einer Versammlung von vaterländisch gesinnten Notabilitäten, d. h. zu einem Vorparlament einladen sollten, welches die Nationalvertretung vorbereiten würde. Zu den Sieben gehörten: Gagern, Itzstein, Welcker und Römer. Es war dies ein in Deutschland bisher unerhörter, aber von den Umständen gebotener und deshalb rechtmäßiger Versuch einer Anzahl patriotisch gesinnter und meist auch durch Talent ausgezeichneter Männer sich an die Spitze Deutschland's zu stellen, und die Forderungen der Nation zur Anerkennung zu bringen, da von den deutschen Fürsten nach einer vieljährigen Erfahrung keine Initiative bei einer Reform der deutschen Zustände zu erwarten war.

Die Regierungen hielten es für das Angemessenste, die Führer der Bewegung an sich zu ziehen, und die früher zurückgestoßenen, zuweilen selbst verfolgten Liberalen in die Ministerien zu berufen, um mit Hülfe der Konstitutionellen sich der Demokraten erwehren zu können. Die bisherigen Leiter der Bewegung in der zweiten württembergischen Kammer: Römer, Pfitzer, Duvernoy, wurden an die Spitze der Verwaltung ihres Landes gestellt. Dasselbe geschah im Großherzogthum Hessen mit Heinrich von Gagern und seinen politischen Freunden. Welcker wurde als badischer, Jordan als kurhessischer Gesandter nach Frankfurt geschickt. Welcker war früher wegen seiner freisinnigen Richtung seiner Professur enthoben, Jordan sogar in langer Haft gehalten worden. Selbst der in der Ausübung der Willkühr und der Unterdrückung der Freiheit ergraute Bundestag glaubte plötzlich eine zeitgemäße Haltung annehmen und sich zu Concessionen herbeilassen zu müssen, um sich das Ansehen einer Bestätigung dessen was vorging zu geben, und das Heft nicht ganz aus den Händen zu lassen. Am 9. März erklärte die Bundesversammlung den alten deutschen Reichsadler mit der Umschrift: „Deutscher Bund", und die Farben des ehemaligen deutschen Reichspaniers, schwarz, roth, gold, zu Wappen und Farben des deutschen Bundes. Am folgenden Tage beschloß sie, sämmtliche Bundesregierungen zu alsbaldiger Abordnung von Männern des allgemeinen Vertrauens einzuladen, welche bei Revision der Bundesverfassung auf, wie es hieß, wahrhaft nationaler und zeitgemäßer Grundlage mitwirken sollten.

So rasch und entschieden auch die Bewegung sich über einen großen Theil Deutschland's verbreitet hatte, sie würde kein Ganzes geworden sein und keine allgemeine Bedeutung erlangt haben, wenn sie nicht die beiden deutschen Großstaaten, Oesterreich und Preußen, in ihre Wirbel

hineingezogen hätte. In Folge der Juliusrevolution waren 1830 in Braunschweig, Dresden und Kassel ernste Unruhen ausgebrochen, die Opposition war in einigen deutschen Ständeversammlungen mit mehr Nachdruck als früher aufgetreten, aber es hatte dies alles zuletzt mit unwirksamen Beschwerden und Rechtsverwahrungen geendigt, und nur Gelegenheit zu noch drückenderen Maßregeln von Seiten der Bundesversammlung gegeben, weil jene Bewegungen auf sich selbst beschränkt blieben, indem Oesterreich und Preußen von dem im übrigen Deutschland sich regenden Geiste damals nicht ergriffen wurden. Das österreichische Regierungssystem hatte seit langer Zeit aus allen Kräften danach gestrebt, in den ihm unterworfenen Völkern jeden freien Aufschwung, jede geistige Erhebung niederzuhalten, namentlich alle aus der Fremde, wozu das gesammte nicht österreichische Deutschland gerechnet wurde, kommenden Einflüsse abzuhalten, und das ganze Leben in einen von oben her geleiteten Mechanismus zu verwandeln. Aber es war dies nur zum Theil, nur scheinbar und nur auf der Oberfläche des Volkslebens gelungen. Es giebt geistige in der Zeit liegende Strömungen, die aller gegen sie aufgerichteten Schranken spotten, sich auf unsichtbaren Pfaden den verbotenen Eingang verschaffen, und unvermerkt und allmählig in die Gemüther dringen. Aeußerlich schien alles sich nach dem von der Regierung vorgezeichneten Maße zu bewegen, und das angestrebte Ideal der moralischen und politischen Unbeweglichkeit so viel als möglich erreicht zu sein. Kirche, Schule, Verwaltung, Polizei, Militairwesen, alle Einrichtungen waren vor allem darauf berechnet, das Gefühl der Abhängigkeit und des Stillstandes in der Bevölkerung zu erhalten. Aber es gab eine deutsche Litteratur und Wissenschaft, die, wenn auch den Oesterreichern noch so spärlich zugemessen, doch nicht ganz von ihnen abgehalten werden konnte, und die, obgleich unvermögend durch sich allein die politische Freiheit zu erringen, doch immer eine gewisse geistige Selbstständigkeit verlieh; es gab ein liberales Ausland, mit dem man die Berührung nicht durchaus verhindern konnte, und dessen selbst nur ganz vereinzelte Blitze in den Gemüthern von Zeit zu Zeit den schlummernden Funken verwandter Gesinnung, wenn auch geräuschlos, erweckten; es gab in der Hauptstadt Oesterreich's eine wenn auch oberflächliche aber lebendige Geselligkeit, eine unaufhörliche gegenseitige Berührung verschiedener Nationalitäten, Sprachen und Sitten, die keine vollkommene Erstarrung des Volksgeistes zuließen. Die Scham über die politische Nullität, zu der die gebildeten Klassen von dem herrschenden System verurtheilt waren, der Zorn unter den Massen über die herabwür=

digende Behandlung, der sie in vielen Fällen von Seiten der Polizei und Verwaltung ausgesetzt waren, hatte schon seit langer Zeit im Stillen um sich gegriffen, ohne daß die Regierenden dessen gewahr geworden wären. Die Gesetze und Einrichtungen des patriarchalisch=absolutistischen Regiments waren dieselben geblieben, aber sie hatten ihre frühere Spannkraft verloren, schienen abgenutzt und verbraucht zu sein. Unter denen, welche dieses rostende Räderwerk im Gange zu erhalten hatten, fühlten sich manche von dem einförmigen seelenlosen Getriebe ermüdet und wandten sich zweifelnd von ihm ab, andere wiegte die lange Gewohnheit unbedingten Gebietens und Gehorchens in träge Sicherheit ein. So traf der in Paris sich erhebende und über Deutschland brausende Sturm in Oesterreich bei den einen auf eine entzündliche, bei den andern auf eine abgestumpfte Stimmung, riß die einen auf seinen Flügeln mit sich fort und warf die anderen im ersten Anlauf nieder.

Eine näher liegende Einwirkung als aus Frankreich und dem südwestlichen Deutschland kam für die österreichische Hauptstadt von dem östlichen Nachbarlande, Ungarn, her, wo in den letzten Jahren eine kräftige Opposition unter den privilegirten Klassen selbst, sich gegen die Eingriffe des österreichischen Absolutismus erhoben hatte, und unter der Leitung eines der kühnsten, beredtesten und gewandtesten Agitatoren stand, die das Zeitalter der Revolution hervorgebracht hat. Ludwig Kossuth faßte in einer am 3. März im Reichstag zu Pesth gehaltenen, von Leidenschaft, Glanz und Schwung überströmenden Rede die Vergangenheit und Zukunft Oesterreich's zusammen, und sprach über „den erstickenden Dampf des tödtlichen Windes, der aus den Bleikammern des Wiener Regierungssystems, alles niederdrückend, lähmend, vergiftend wehe", ein Verdammungsurtheil aus, dem alle beistimmten, deren Urtheil nicht von Eigennutz oder Beschränktheit getrübt war. Diese Rede war ein Ereigniß. Sie wurde in unzähligen, da die Censur noch bestand, zum Theil handschriftlichen Kopien außerhalb Ungarn's verbreitet. Eine Adresse an den Kaiser Ferdinand, die Kossuth sogleich durchsetzte, in der eine nationale, von jedem fremden Einfluß freie Regierung für Ungarn verlangt wurde, war ein Fingerzeig für das, was in den übrigen Provinzen, namentlich in der Hauptstadt selbst, erstrebt werden sollte.

Am 8. März schlug Arthaber, einer der ersten Industriellen Wien's, in einer Sitzung des niederösterreichischen Gewerbevereins, in Gegenwart des Erzherzoges Franz Karl und des Ministers Kolowrat eine einstimmig angenommene Petition an den Kaiser vor, in welcher

freisinnige Reformen in der Verwaltung verlangt und tadelnde Blicke auf das herrschende System geworfen wurden. Der Erzherzog sagte die Uebergabe und die Befürwortung der Petition an seinen kaiserlichen Bruder zu. In Prag wurde am 11. März eine von 600 notabeln Einwohnern besuchte Versammlung im Wenzelsbad, einem Gasthofe, gehalten, in der sich zwar national-czechische Tendenzen geltend machten, wo aber auch von Aufhebung der Feudallasten, selbstständiger Gemeindeverwaltung, Preßfreiheit u. s. w. die Rede war, was den am Hofe und in den Ministerien bisher maßgebend gewesenen Gesinnungen auf das äußerste entgegengesetzt war. Der entscheidende Wurf mußte jedoch in Wien fallen, das nicht nur der Sitz der Regierung, sondern zugleich der Kulminationspunkt der österreichischen Kultur war, und auch auf die fremden dem Kaiserhause unterworfenen Nationalitäten eine große Anziehungskraft ausübte. Ein früher im österreichischen Volksleben unbekanntes Element, die Universitätsjugend, hatte sich in Wien erhoben, und sollte zu einem der Hebel der ausbrechenden Bewegung werden. Diese Klasse der Jugend, die bisher selten über die besondern Zustände, in denen sie lebte, hinausgeblickt und gedacht hatte, war jetzt von den neuen Gedanken, welche die Welt erfüllten, auf das lebendigste ergriffen worden. Durch das von dem Gewerbeverein gegebene Beispiel ermuntert, beschloß zunächst nur eine kleine Anzahl Studirender eine Petition an den Kaiser zu entwerfen, in der die gewöhnlichen Forderungen der Gegenwart, besonderes Preß-, Lehr- und Lernfreiheit, ausgesprochen waren. Der Entwurf wurde bald bekannt, die Petition in dem angegebenen Sinne redigirt und mit zahlreichen Unterschriften bedeckt. Bei einer Audienz, welche die Professoren Hye und Endlicher bei dem Erzherzog Ludwig hatten, den der Kaiser Franz seinem Nachfolger als eine Art von Mentor zurückgelassen hatte, wurde Fürst Metternich von Endlicher als ein Hinderniß für das Glück Oesterreich's bezeichnet, und auf seine Entfernung angespielt. Eine vor kurzem noch unmögliche Thatsache, die man kaum zu träumen gewagt hätte! Aber noch mehr als dies geschah. Am Abend des 12. März ward die Petition der Studirenden dem Kaiser von den genannten beiden Professoren in der Hofburg überreicht, und wenn auch nicht Gewährung der darin ausgesprochenen Wünsche, doch Erwägung derselben zugesagt.

Eben so neu als die plötzliche Bedeutung zu der die akademische Jugend gelangte, war die Gährung von der die zahlreichen Fabrikarbeiter in den Wiener Vorstädten ergriffen wurden, die sich sonst nie an einer außer ihrem nächsten Kreise liegenden Angelegenheit betheiligt

hatten. Die, seit der Kunde von dem was in Paris und im südwestlichen Deutschland geschehen, täglich zunehmende Spannung und Unruhe drängte alles zur Theilnahme am öffentlichen Leben hin. Die Menge wußte nicht was vorgehen würde, aber die Erwartung eines großen Umschwungs hatte sich der Gemüther bemächtigt.

Der niederösterreichische Landtag, dessen Eröffnung diesmal, gegen die sonstige Gewohnheit, mit Spannung entgegengesehen wurde, hatte eine Adresse an den Kaiser entworfen, in welcher auf die gefährliche Lage des Staates, die Mißbräuche in der Verwaltung, die Unzufriedenheit in den Provinzen aufmerksam gemacht, und auf Abhülfe durch Erweiterung des ständischen Instituts und Gewährung der Preßfreiheit gedrungen wurde. Am 13. März ward der Landtag eröffnet, zugleich aber fand verabredetermaßen eine große Versammlung von Studirenden in der Universität (Aula) statt, um zu wissen, wie der Kaiser die ihm gestern von den Professoren Hye und Endlicher übergebene Petition aufgenommen habe. Plötzlich ertönte aus dieser erregten Menge der Ruf: „Zum Landhaus" (Ständehaus)! Der Zug ward sogleich angetreten, und von dicht gedrängten Schaaren begleitet, welche auf den Plätzen und Straßen der Dinge, die da kommen sollten, harrten. Zwei später oft genannte Volksführer, ein im städtischen Hospital angestellter Arzt, Namens Fischhof, und ein Doktor Goldmark, die bei dieser Gelegenheit zum erstenmal hervortraten, stellten sich an die Spitze der Menge und hielten Ansprachen an dieselbe, in denen die Forderung einer Konstitution besonders betont wurde. Das Volk drang in den Ständesaal ein. Unter den Landtagsmitgliedern war ein Theil mit dem in den obersten Regierungssphären herrschenden Geiste unzufrieden, ein anderer ward von der beginnenden Bewegung eingeschüchtert, und ihr Präsident, Graf Montecucoli, suchte die Menge zu gewinnen, indem er Fischhof aufforderte, aus ihr zwölf Männer wählen zu lassen, welche als Zeugen und Vertreter des Volks den Berathungen des Landtages beiwohnen sollten. Mehrere Mitglieder der Versammlung begaben sich, von Studirenden begleitet, nach der Hofburg, um dem Kaiser die Wünsche des Volks vorzutragen, und um deren Gewährung zu bitten. Die Sitzung ward unterbrochen. Die meisten Landtagsabgeordneten hatten sich in die Seitenzimmer begeben. Es wurde jetzt in dem fast leer gewordenen Ständesaal ein Comité aus Bürgern und Studirenden errichtet, und um ein militairisches Einschreiten gegen die Bewegung zu verhindern, von dem Magistrat die augenblickliche Mobilmachung eines Theiles der städtischen Miliz verlangt. Das Volk, einmal in Aufregung gesetzt, ver-

mehrte sich als wüchse es aus dem Boden heraus, und wurde immer lauter und ungeduldiger. Nach dem von Fischhof und Goldmark gegebenen Beispiel erhoben sich Redner aus seiner Mitte, die ihrem Tadel über das Bestehende keinen Zügel anlegten, und um jeden Preis zur Erringung besserer Zustände aufforderten. Diese Menge war keineswegs blutdürstig und grausam, und wollte im Grunde nur, wenn auch in tumultuarischer Form, was die Vertreter des deutschen Konstitutionalismus in Mannheim, Heidelberg und an vielen anderen Orten bereits ausgesprochen hatten. Der lange Druck hatte die große Mehrheit der Wiener Bevölkerung ungeduldig nach einer Befreiung, aber nicht rachsüchtig wegen der erlittenen Unbilden gemacht. Erst allmälig veränderte sich diese versöhnliche Stimmung durch die mehrmonatliche Unentschiedenheit der inneren Zustände, die zweideutige Haltung des Hofes und der Aristokratie, und das Hinzutreten schädlicher, dem ursprünglichen Wiener Wesen fremder Elemente.

Ein Theil der Besatzung war schon am Morgen, als die ersten Zeichen einer unruhigen Stimmung im Volk hervorbrachen, aus den Kasernen und den Vorstädten nach der innern Stadt gerückt. Es wurden Kanonen aufgefahren, und alle Straßen, die zur Hofburg führen, und die in der Nähe befindlichen Plätze mit Infanterie und Kavallerie besetzt. Aber es war kein Plan zur Ueberwältigung des beginnenden Aufstandes vorhanden. Man fühlte am Hofe, so wenig man die moralische Unwürdigkeit des bisher befolgten Systems begreifen mochte, endlich doch, daß dasselbe ein politischer Fehler gewesen, und eine gefährliche Situation herbeigeführt habe. Einen Theil der unruhigen Masse niederschießen zu lassen, um die übrigen in Furcht zu setzen, wozu man in anderen Zeiten wohl ohne Bedenken gegriffen hätte, wurde bei der Lage, in der sich Oesterreich, Deutschland und halb Europa befanden, nicht für rathsam gehalten, weil es für die Regierenden über kurz oder lang die übelsten Folgen nach sich ziehen konnte. Es kam aber doch zu einem Zusammenstoß. Das Militair zog dem von der Menge angegriffenen Landhause zu Hülfe, wo dieselbe, darüber erbittert, daß der Hof mit der Gewährung der gestellten Forderungen zögerte, alles von oben bis unten zerschlagen und verwüstet hatte. Die Trümmer der Geräthschaften wurden aus den Fenstern auf die anrückenden Truppen geschleudert, wobei der persönlich unbeliebte Erzherzog Albrecht, der an der Spitze der bewaffneten Macht stand, nicht geschont wurde. Eine Abtheilung Infanterie gab jetzt Feuer, wodurch eine Anzahl Personen getödtet und verwundet wurde. Die Menge stob auseinander, sammelte sich aber wieder, und griff das

Militair von neuem, aber in für dasselbe wenig gefahrvoller Weise, meist nur mit Steinen und Ziegelstücken, an. Unterdessen begab sich Deputation auf Deputation von dem Landtage und der Universität zu den Erzherzögen Franz Karl und Ludwig, um Vorschläge zur Wiederherstellung der Ruhe zu machen, und in den höchsten Kreisen berieth man ohne Unterlaß über die gegen das Volk zu nehmenden Maßregeln, ohne zu einer Entscheidung gelangen zu können. Fürst Metternich, gegen den, oder wenigstens sein System, diese ganze Bewegung gerichtet war, verhielt sich unter so gefahrdrohenden Umständen ganz unthätig. Seit lange an kampflose, oft unverdiente Erfolge gewöhnt, hatte er sich bei den ersten Zeichen von Widerstand wie gelähmt gefühlt. Er legte seine Stelle nieder, entfernte sich heimlich von Wien, und kam ungefährdet in England an. Metternich hatte sich übrigens schon seit lange überlebt, und war in den letzten Jahren nur noch der Schatten seines früheren Selbst gewesen. Der Erzherzog Albrecht und Fürst Windischgrätz erboten sich dem Aufstand mit Waffengewalt ein Ende zu machen, aber der Kaiser und ein Theil der kaiserlichen Familie waren zur Nachgiebigkeit geneigt. Die Bürgergarde trat jetzt zahlreich hervor, die im städtischen Zeughaus vorhandenen Waffen wurden unter das Volk ausgetheilt, das, nachdem es sich an den Anblick der Gefahr und des Bluts gewöhnt hatte, von Schrecken zu Zorn überging, und eine herausfordernde Stellung gegen die Truppen annahm. In den Vorstädten und den nächstliegenden Dörfern begann ein zahlreicher Zuzug nach der inneren Stadt. Die Hofburg, die Kunstschätze, die öffentlichen Gebäude Wien's wären, wenn es zu einem allgemeinen Kampfe kam, möglicher Weise der Zerstörung ausgesetzt gewesen. Der Kaiser Ferdinand, der damals noch an seiner Haupt= und Residenzstadt hing und in derselben persönlich beliebt war, wollte kein weiteres Blutvergießen, und willigte endlich, wie es schien, mit zufriedner Miene, in die vorher zurückgewiesene Volksbewaffnung und Preßfreiheit ein, und versprach auch die Verleihung einer zeitgemäßen Verfassung für den österreichischen Staat, mit Ausnahme Ungarns und seiner Nebenländer, wo in dieser Beziehung nicht erst alles, wie in den deutschen, slavischen und italienischen Provinzen zu gründen, sondern das Vorhandene nur zu verbessern und zu erweitern war.

Es waren am 13. März in Wien kaum funfzig Personen auf den verschiedenen Punkten getödtet oder verwundet worden, was bei den großen Massen, die einander zuweilen auf engen Räumen gegenüberstanden, auffallen muß, und auf beiden Seiten keine besondere persön=

liche Erbitterung verräth. Die aufgeregte Menge hatte nur das Landhaus und die Villa des Fürsten Metternich verwüstet, ohne jedoch von den dort gefundenen Geräthschaften etwas für sich zu behalten. Dagegen hatte der Pöbel in den Vorstädten in Verbindung mit entsprungenen Sträflingen mehre einsam liegende Wohnungen geplündert, Zollhäuser in Brand gesteckt und auch an Beamten dieser Kategorie Gewaltthätigkeiten verübt, denen aber von den bewaffneten Bürgern und Studirenden bald ein Ziel gesetzt wurde. Eine nicht unbedeutende Anzahl unter diesem verbrecherischen Gesindel wurde ergriffen und in die Gefängnisse der inneren Stadt abgeliefert. Am 15. März machte der Kaiser Ferdinand, von seinem Bruder und dessen Sohn, dem jetzigen Kaiser Franz Joseph, begleitet, in offenem Wagen eine Spazierfahrt durch die Stadt, wo er von dem Volke mit Bezeugungen der wärmsten Anhänglichkeit empfangen wurde, deren er, ungeachtet seiner Schwäche als Regent, wegen seiner wohlwollenden Gesinnung als Mensch würdig war. Das Patent mit den gemachten Zugeständnissen und Verheißungen war unterdessen gedruckt worden, und wurde von einem kaiserlichen Herold vor der Hofburg verlesen, und dann in unzähligen Exemplaren unter das Volk vertheilt. Am Abend desselben Tages kam eine Deputation des ungarischen Reichstages in Wien an, um dem Kaiser die Forderungen der ungarischen Nation in Form einer Adresse vorzulegen. Kossuth, dessen Name seit seiner am 3. März in Pesth gehaltenen Rede, in Wien in jedermanns Munde war, wurde daselbst mit einer selbst in Ungarn nie übertroffenen Begeisterung empfangen. Er hielt bei Fackellicht unter rauschender Musik einen triumphalischen Einzug, bei dem das kaiserliche Patent, mit Blumen bekränzt, auf der Spitze eines Bayonetts feierlich vorgetragen wurde. Kossuth sprach zweimal zu dem Volk über die Ereignisse des Tages. Seine außerordentliche Rednergabe durchbrach die Schranken einer ihm ungewohnten Sprache, und brachte in Wien denselben Eindruck wie in Pesth hervor. Die Nationalgarde, wie von jetzt an die Bürgerwehr genannt wurde, das bewaffnete Studentenkorps und eine unzählige Menge brachten als Schlußfest des Tages dem auf dem Balkon der Hofburg erscheinenden Kaiser eine begeisterte Huldigung dar, von der Ferdinand sichtbar ergriffen und in seinen volksfreundlichen Absichten bestärkt wurde. Der Jubel war unermeßlich und diesmal aufrichtig gemeint.

Die Ereignisse von 13. bis 15. März in Wien sind von einer über die Bedeutung des Augenblicks und der nächsten Zeit weit hinausgehenden Tragweite gewesen. Die in jenen Tagen errungene Freiheit

konnte durch den mit ihr getriebenen Mißbrauch und die äußere Gewalt ihrer Gegner wieder verloren werden, aber ihr auch nur kurzer Besitz unmöglich spurlos vorübergehen. Der Absolutismus hatte in Wien, seinem stärksten Bollwerk, eine Wunde bekommen, für die er später Rache nehmen konnte, die aber gleichwohl für ihn tödtlich wurde. Der Wahn von der Allmacht und Unfehlbarkeit der Einen und der unbedingten Unterwürfigkeit und unerschöpflichen Geduld der Anderen, war auf dem klassischen Boden dieser Meinung und der mit ihr mit verbundenen Einrichtungen, wenn er auch für Zwischenzeiten sich wieder erheben sollte, auf die Dauer unhaltbar geworden.

In Preußen war eben so viel Gährungsstoff wie in Oesterreich, wenn auch von theilweise anderer Beschaffenheit und anderem Ursprung, vorhanden. Von der preußischen Regierung war die geistige Entwickelung ihrer Unterthanen nie aufgehalten worden, eher könnte man sagen, daß sie dieselbe in einzelnen Richtungen überzeitigt, und sie zuweilen sich zu sehr in das Weite und Unbestimmte hatte verirren lassen. Aber während sie durch die eifrige Pflege des öffentlichen Unterrichts die intellektuelle Bildung der Nation förderte, hatte sie es versäumt politische Institutionen zu schaffen, in denen jene Fülle von Ideen und Kenntnissen, welche von den gelehrten Anstalten ausging, im wirklichen Leben ein Feld freier Thätigkeit gefunden hätte. Es war allmälig im preußischen Volk ein in dieser Weise sonst selten dagewesener Widerspruch zwischen den staatlichen Einrichtungen und dem geistigen Dasein der Einzelnen entstanden. Preußen war durch die ideellen Schätze, in deren Besitz sich seine Bevölkerung befand, eines der am weitesten fortgeschrittenen Länder der Welt, während seine politischen Zustände tief unter dieser geistigen Höhe standen. Allerdings boten auch die öffentlichen Einrichtungen manche ausgezeichnete Erscheinungen dar. Die Verwaltung, namentlich der Finanzen, die Militairorganisation, die Sorge für die inneren Kommunikationen und die Landeskultur wurden selbst vom Ausland als musterhaft angesehen. Aber es betraf dies nur die formelle Seite der staatlichen Zustände, das innere Heiligthum des Volkslebens entbehrte der Wärme und Bewegung, weil es ohne Freiheit geblieben. Man kann schon daraus, daß Preußen, obgleich der größte reindeutsche Staat, sich mit mittelalterlichen Provinzialständen begnügen mußte, während Mittel- und Kleinstaaten, wie Bayern, Baden, Weimar, konstitutionelle Staatsverfassungen besaßen, erkennen, daß es an zeitgemäßer politischer Entwickelung, anstatt Deutschland voranzugehen, hinter einem Theile desselben zurückgeblieben war. Dieser Mangel hatte

durch einen rein intellektuellen Fortschritt und die Ausbildung einzelner Verwaltungszweige nicht ersetzt werden können.

Der Widerspruch zwischen dem Geiste des preußischen Volkes und den Grundsätzen, nach denen es regiert wurde, der früher nur in den ständischen Versammlungen, in der Presse und überhaupt unter den gebildeten Klassen hervorgetreten war, brach durch den von der Februarrevolution gegebenen Anstoß zuletzt auch unter den Massen aus. Eine innere Unruhe und Unzufriedenheit mit dem Bestehenden war schon seit Jahren vorhanden, schien aber mehr in den Provinzen als in der Hauptstadt verbreitet zu sein, als plötzlich in letzterer von geringfügigen Anfängen aus sich eine Gährung entwickelte, die einen Augenblick lang alles mit sich fortzureißen drohte.

Bisher war die Kunde von der Umwälzung in Frankreich und der Aufregung im südwestlichen Deutschland für die Berliner Bevölkerung nur ein Gegenstand lebhafter Neugierde, aber ohne Anwendung auf die eigenen Zustände gewesen, als am 6. März eine Versammlung von Personen, die den litterarischen Kreisen angehörten, mit Handelsgehülfen und Arbeitern vermischt, auf einem Platz vor den Zelten, einem Vergnügungsort im Thiergarten, abgehalten, und daselbst über die Forderungen des Volkes berathen wurde, die in Form einer Petition an den König ausgesprochen werden sollten. Am folgenden Tage wurde diese Zusammenkunft, aber unter viel größerer Betheiligung des Publikums wiederholt. Man setzte eine Adresse auf, die eine Kopie dessen enthielt, was im Großherzogthum Baden geschehen war. Die Polizei verhinderte die Absendung einer Deputation nach dem königlichen Schlosse, ließ aber zu, daß dieses Schriftstück an öffentlichen Orten zur Sammlung von Unterschriften aufgelegt wurde. Am 9. März fand an demselben Ort eine noch zahlreicher besuchte Versammlung statt. Der König hatte von der Annahme einer Petition nichts wissen wollen, und ein lebhaftes Mißfallen über diese Kundgebungen geäußert. Am 13. März kam wieder eine große Menge Menschen zur Besprechung über die Ereignisse des Tages vor den Zelten zusammen. Von eigentlichen revolutionairen Anträgen, von Drohungen oder Beleidigungen gegen die Regierenden war dabei nicht die Rede gewesen. In der letzten Zusammenkunft war vornehmlich über einen so harmlosen Gegenstand, wie die Gründung einer deutschen Flotte, verhandelt worden. Beim Nachhausegehen fanden die tausende von Theilnehmern an dieser Versammlung, unter den Linden, in der Nähe des Schlosses und den benachbarten Straßen, Truppen aufgestellt und sogar Kanonen aufgefahren. Es kam zwischen

einzelnen Volkshaufen und den Infanterie- und Kavalleriepatrouillen hier und da zu einem Zusammenstoß, wobei einzelne Personen starke Verwundungen erhielten. In der Grünstraße wurde schon der Versuch gemacht, eine Barrikade zu bauen. In der Jägerstraße wollte die Menge einen Waffenladen erbrechen, zog aber unverrichteter Sache ab. Die Stimmung zwischen Volk und Soldaten kündigte sich von diesem Augenblick als bedrohlich für die Zukunft an. Während das Volk sich früher durch die Vorrechte oder den Uebermuth des Militairstandes blos persönlich verletzt gefühlt hatte, begann es jetzt denselben auch grundsätzlich als ein Werkzeug des Absolutismus anzufeinden. Am 14. März empfing der König die Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten der Hauptstadt, welche ihm eine Adresse zur Darlegung der Zustände und Erwartungen des Landes überreichte. Friedrich Wilhelm IV. verwies alle Entscheidung auf den Vereinigten Landtag, der zum 27. April einberufen war, konnte sich aber dennoch nicht enthalten, auf die „gute alte deutsche Ordnung, die ständische Gliederung" anzuspielen, was für eine Reminiscenz aus der königlichen Rede bei Eröffnung des ersten Vereinigten Landtags gelten konnte. Aber die Zeiten hatten sich seitdem sehr geändert. Vielleicht hätte die beginnende Bewegung noch einen friedlichen Verlauf genommen, und mit einem Weiterbau des Vereinigten Landtags geendigt, wenn nicht abermals Mißhandlungen des Volkes von Seiten des Militairs, und diesmal in noch größerem Maß als früher vorgefallen wären, welche die Erbitterung der Menge steigerten und Rachegedanken in ihr hervorriefen. Es wurden einige Personen getödtet und eine nicht unbeträchtliche Anzahl ward verwundet. Am 15. März wiederholten sich ähnliche Scenen. Das Militair machte an diesem Tage zum erstenmal von der Schußwaffe Gebrauch, während das Volk sich mit Steinwürfen und allerlei zusammengerafften Geräthschaften zur Wehre zu setzen suchte. Seine Reizbarkeit wurde noch durch die Nachricht von der am 13. März statt gehabten Erhebung Wiens vermehrt, die wie ein Blitzstrahl wirkte. Mit Hinweisung auf die dortigen Ereignisse ward jetzt unter der Menge das Verhalten des Königs, seine Stellung zum Volk, und das nicht länger zu umgehende Recht desselben lebhaft besprochen. Am 16. März wurde von dem zahlreich ausgerückten Militair auf die unruhigen, aber nicht angreifenden Massen, die besonders auf dem Platze zwischen dem Zeughause und dem Opernhause dicht zusammengedrängt standen, Feuer gegeben, wobei zwei Menschen getödtet und drei andere schwer verwundet wurden. Die Menge flog, die einen mit Angstgeschrei, die andern mit Aeußerungen des Zorns,

auseinander. Die Wahrscheinlichkeit eines größeren Zusammenstoßes stellte sich jetzt vielen Gemüthern dar. Am 17. März trat eine im Vergleich zu der Erregtheit der vorhergehenden Tage auffallende äußere Ruhe und Stille ein, als wolle man seine Kräfte zu der sich nähernden Entscheidung aufsparen. An diesem Tage traf eine Deputation aus Köln, den Oberbürgermeister von Wittgenstein an der Spitze, in Berlin ein, von der die drohende Lage der Rheinprovinz dem Könige dargelegt und nicht undeutlich zu verstehen gegeben wurde, daß, ohne eine Umgestaltung des preußischen Staatslebens im Sinne der Freiheit, im Großherzogthum Niederrhein sich Gedanken der Losreißung von Preußen regen könnten. Friedrich Wilhelm IV. erwiederte, daß die ihm vorgetragenen Wünsche mit seinen eigenen Ansichten übereinstimmten, und daß die Einführung der nothwendig gewordenen Reformen nicht länger verzögert werden solle.

Am 18. März, einem Sonnabend, gab sich in der Berliner Bevölkerung eine große Bewegung kund, die aber einen friedlicheren Charakter als die Tage vorher zu haben schien. In verschiedenen Theilen der Stadt wurden am Morgen Bürgerversammlungen gehalten, und ward über einen großen Zug nach dem Schlosse berathen, der dem Könige die Forderungen des Volkes unmittelbar vorlegen sollte. Diese bestanden vornehmlich in Entlassung des bisherigen Ministeriums, Einführung einer freisinnigen Verfassung und Bürgerbewaffnung. Eine Deputation, welche eine Adresse dieses Inhalts dem Könige überreicht hatte, war mit Geneigtheit empfangen worden, und brachte die Aussicht auf nahe Erfüllung der ausgesprochenen Wünsche zurück. Das Wetter war an jenem Tage von einer für die Jahreszeit seltenen Heiterkeit und Milde, und die Volksmenge nahm auf dem Schloßplatz und in den benachbarten Straßen von Stunde zu Stunde zu. Gegen zwei Uhr hieß es, daß die von dem Könige der Kölner und Berliner Deputation gemachten Zusagen, in zwei Patenten zusammengefaßt, so eben gedruckt seien, und in einem Extrablatt der Allgemeinen Preußischen Zeitung ausgegeben werden würden. Die beiden Patente enthielten: Aufhebung der Censur, beschleunigte Einberufung des Vereinigten Landtages zum 2. statt 27. April, und Umgestaltung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat, die, wie es hieß, eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Länder nothwendig erheische. Es war also auf diese Art schon vor dem Ausbruch der Katastrophe von dem König alles um das es sich handelte, und was man in den beiden letzten Wochen laut und öffentlich als höchsten Ausdruck der Volkswünsche bezeichnet hatte, be=

willigt worden. Das Blatt, welches die beiden Patente enthielt, wurde mit allgemeiner Befriedigung gelesen. Ein frohes Gefühl ging durch die Massen, die sich nach dem Schloßplatz begaben, um dem Könige ihre Dankbarkeit durch ein Lebehoch auszudrücken. Friedrich Wilhelm IV. erschien zweimal auf dem Balkon des Schlosses, und wurde von einem tausendstimmigen Jubel begrüßt. Da regte sich plötzlich mitten unter den Freudensbezeugungen in dem Volke die Erinnerung an die von dem Militair in der letzten Zeit erlittenen Unbilden, an die Todten und Verwundeten, die es am 15. und 16. März gehabt hatte. Es hieß: „Militair fort! Militair zurück! Der König vertraue sich seinen Bürgern an!" Denn die Eingänge zu dem Schloß waren mit Infanterie besetzt, und auf dem Platz vor demselben Dragoner aufgestellt. Der König, dem dieses Verlangen der Menge mitgetheilt wurde, wies es mit der Bemerkung zurück, daß man ihm einen unehrenhaften Rückzug der Truppen nicht zumuthen könne. Die Weigerung, das Militair zu entfernen, verbreitete sich mit Blitzesschnelle unter den Massen. Man glaubte von den Soldaten einen unerwarteten Angriff wie am 15. und 16. befürchten zu können. Der Ruf: „Militair fort!" nahm, mit Drohungen und Verwünschungen gemischt, von Neuem überhand. Da ließ der Kommandeur des Garde-Dragonerregiments seine Mannschaft mit gezogener Waffe gegen das Volk vorrücken. Zu gleicher Zeit drang aus dem Portal des Schlosses ein Bataillon des Kaiser Franz-Regiments nach der Mitte des Schloßplatzes vor, worauf es, mit gefälltem Bayonett nach der langen Brücke abschwenkend, die Menge unter dem Wirbeln der Trommeln vor sich hertrieb. In diesem Augenblick fielen in den Reihen der Soldaten zwei Schüsse, die aber Niemand verwundeten, und wahrscheinlich durch irgend ein Versehen von selbst losgegangen waren. Eine keineswegs beglaubigte, aber hartnäckig festgehaltene Meinung wollte in diesen beiden Schüssen ein verabredetes Zeichen sehen, und die Exaltirten in den beiden einander gegenüberstehenden Parteien haben die Schuld desselben und seine Folgen sich gegenseitig zugeschrieben, ohne aber diesen Vorwurf irgend wie begründen zu können. Es war dies indessen der entscheidende Moment, wie er auch herbeigeführt gewesen ist. Die feindselige Haltung der Truppen und besonders die beiden Schüsse riefen Wuth und Entsetzen hervor. Die Menge überredete sich, die beiden Schüsse seien das Signal zu einer Niedermetzelung des Volks, und die königlichen Verheißungen nur eine Lockspeise gewesen, um dasselbe ins Verderben zu stürzen. Unter dem Ruf: „Wir sind verrathen! Zu den Waffen! Zu den Waffen!" flog die Menge nach allen Richtungen

auseinander. Es ward sogleich der Bau von Barrikaden angefangen, wozu Wagen, Karren, Tonnen, Rinnsteinbrücken, Pflastersteine u. s. w. genommen wurden. Bald waren überall, selbst in den entfernteren Theilen der Stadt, Barrikaden errichtet. Auf den meisten von ihnen wehte die schwarz=roth=goldene oder deutsche Fahne, welche für das Symbol der Freiheit galt, während die preußischen, schwarz=weißen Farben als das Sinnbild des alten Militair= und Polizeistaates angesehen wurden. Die Barrikaden waren im Durchschnitt mit Geschicklichkeit angelegt, und hätten mit Erfolg gegen ein Militair vertheidigt werden können, das in dieser Art von Angriff ganz unerfahren war. Aber es fehlte dem Berliner Volk an Waffen und besonders an Schußwaffen, die in der Regel in Ländern, wo es eine Nationalgarde giebt, oder wo die Jagd frei ist, in Ueberfluß vorhanden sind. Der einzige gut bewaffnete Theil waren die Mitglieder der Schützengilde, von der sich ein Theil dem Volke anschloß. Diesem Mangel an Waffen konnte von der Leidenschaft und Unerschrockenheit der Kämpfer unmöglich ganz abgeholfen werden. Auch fand, was allein geeignet wäre das Gerücht von einem förmlich gegen die Regierung eingeleiteten Komplot zu widerlegen, zwischen den Vertheidigern der Barrikaden in den verschiedenen Stadttheilen, keine Verbindung, kein gemeinsamer Plan statt, wie dies bei Bewegungen der Art in Paris fast immer der Fall gewesen ist. Bald nach drei Uhr begann der Angriff der Truppen gegen eine an der Ecke der Oberwall= und Jägerstraße errichtete Barrikade, gegen fünf Uhr wurden die ersten Kartätschenschüsse gehört, welche von der Churfürstenbrücke aus die Königsstraße bestrichen, in der bis zum Alexanderplatz sich viele Barrikaden erhoben. Gegen sieben Uhr Abends war der größte Theil der Königsstraße von den Truppen genommen, die, wie dies in Bürgerkriegen und bei Straßenkämpfen leider häufig ist, beim Eindringen in die Häuser, aus deren Fenstern geschossen, oder von deren Dächern mit Steinen geworfen worden, keinen Unterschied zwischen Bewaffneten und Unbewaffneten machten, und auch Wehrlose oder Unbetheiligte als Feinde behandelten. Als es dunkel geworden, begann ein schauerliches Sturmläuten, das von Leuten aus dem Volk, welche die Kirchthürme erstiegen hatten, bis zu Tagesanbruch unterhalten wurde. Die Nacht war klar und windstill, vom Monde taghell beleuchtet. Die Artillerieschuppen vor dem oranienburger Thor und die Eisengießerei waren in Brand gesteckt worden, und die Feuerlohe wälzte sich in langen Streifen über die Stadt hinweg am Himmel hin. Das Militair machte viele Gefangene, die zunächst in den Schloßkeller eingesperrt,

und dann nach Spandau gebracht wurden. Unter ihnen gab es nicht wenige, die sich an dem Kampfe gar nicht betheiligt hatten, aber wie die übrigen mit Schimpfreden, Stößen und Schlägen gemißhandelt wurden. Mehre Versuche wurden bei dem Könige gemacht, um ihn zur Entfernung der Truppen zu bewegen, aber er verlangte, daß vorher die Barrikaden von dem Volke fortgeräumt würden. Er erließ während der Nacht eine Proklamation an die Bevölkerung, die am Morgen veröffentlicht wurde, in der er in seinem und der Königin Namen in den beweglichsten Ausdrücken die Menge beschwor von dem Kampfe abzulassen, und Erfüllung aller rechtmäßigen Wünsche versprach. Das mit Munition und Geschütz reichlich versehene Militair befand sich gegen die unbewaffnete oder höchstens halb bewaffneten Menge während des Kampfes überall im Vortheil, und man muß sich wundern, daß dies nicht noch vollständiger der Fall gewesen, aber es fühlte sich am Morgen des 19. März von einem seit acht Tagen anhaltenden, beschwerlichen Dienst und den Anstrengungen der letzten Nacht erschöpft, und das Volk konnte auf Zuzug rechnen, und schien weder ermattet noch entmuthigt zu sein. Dieser Umstand ist wahrscheinlich nicht ohne Einfluß auf den um neun Uhr aus dem Schloß einlaufenden Befehl gewesen, die Truppen in die Kasernen zurückzuführen. Einige Stunden später ward die Stadt von ihnen geräumt. Am Nachmittag erschien die königliche Verordnung, welche die Entlassung der Minister bekannt machte, den Grafen Arnim-Boytzenburg zum Vorsitzenden eines neuen Ministeriums ernannte, und in dasselbe den Grafen Schwerin und den bisherigen Gesandten in Paris, Heinrich von Arnim, berief. Die neu errichtete Bürgerwehr ward mit Waffen aus dem königlichen Zeughaus versehen. Dies brachte eine beruhigende Wirkung hervor. Man suchte das Vorgefallene zu vergessen und gab sich neuen Hoffnungen hin. Die Barrikaden wurden abgetragen. Die Führer der Volkspartei sprachen den König von aller Schuld an dem blutigen Zusammenstoß frei, und suchten denselben dem Prinzen von Preußen aufzubürden, der den Befehl zum Einschreiten gegen das Volk gegeben haben sollte. Für diese Behauptung fehlt es an jedem Beweise, dagegen unterliegt es keinem Zweifel, daß der Prinz mit dem König in Bezug auf die schon vor dem Eintreten der Katastrophe gemachten Zugeständnisse einverstanden gewesen ist. Die plötzliche Abreise des Prinzen von Preußen nach London gab den gegen ihn ausgestreuten Gerüchten neue Nahrung.

Während des Kampfes waren von dem Volke zweihundertundsechzehn, von dem Militair nur achtzehn Mann gefallen, ein Mißver-

hältniß, das auffallend erscheinen muß, aber gleichwohl statt gefunden hat, und aus der mangelhaften Bewaffnung der Barrikadenkämpfer erklärt werden kann. Auf beiden Seiten gab es außerdem eine Anzahl mehr oder weniger schwer Verwundeten, die in den Hospitälern lagen. Die Leichen derer, die auf Seiten des Volkes gefallen, wurden, theils auf Bahren, theils auf offenen Wagen, die Häupter mit Blumen und grünen Zweigen geschmückt, nach dem Schloßhof gebracht, und dort zur Schau ausgestellt, bis der König und die Königin, die beide von dem Anblick tief ergriffen wurden, auf der inneren Gallerie des Schloßhofes erschienen, wo in ihrer Gegenwart der Choral: „Jesus, meine Zuversicht!“ angestimmt wurde. Am 20. März wurden die in Folge eines im Großherzogthum Posen versuchten Aufstandes seit 1846 in Berlin gefangen gehaltenen Polen auf freien Fuß gesetzt. Mieroslawski, der an ihrer Spitze gestanden, zog unter dem Jubel der Zuschauer mit den Seinigen durch einen Theil der Stadt am königlichen Schloß vorbei, auf dessen Balkon sich der König mit einigen seiner neuen Minister befand. Friedrich Wilhelm IV. gab mehrmals durch lebhafte Zeichen seine Zufriedenheit über die Befreiung der Polen zu erkennen. Mieroslawski sprach, auf einem Wagen stehend, eine schwarz-roth-goldene Fahne in der Hand, während des Zuges zu wiederholten Malen zu der ihn umgebenden Menge von der Verbrüderung des deutschen und polnischen Volkes, und der Wiederherstellung Polen's als einer Vormauer gegen Rußland, eine Idee, die damals viele Anhänger zählte. Von den befreieten Polen wurde eine Dankadresse an die Berliner gerichtet. Am 21. März erschien schon am Morgen in der Deckerschen Geheimen Oberhofbuchdruckerei ein Plakat: „An die deutsche Nation“ überschrieben, in welchem erklärt wurde, daß Preußen's Friedrich Wilhelm IV. sich zur Wiedergeburt und zur Rettung Deutschland's an die Spitze des Gesammtvaterlandes stellen werde. Gegen Mittag hielt der König, von den in Berlin anwesenden Prinzen und mehren Ministern und Generalen begleitet, von seinem Schloß aus einen Umritt, wobei er und sein Gefolge schwarz-roth-goldene Schleifen am Arm trugen und eine Fahne mit den deutschen Reichsfarben den Zug eröffnete. An der Universität hielt der König still und sagte zu den Professoren, den Studirenden und dem versammelten Volk, daß er zwar Farben trage, die nicht die seinigen wären, daß er aber damit nicht fremde Rechte an sich reißen, sondern nur Deutschland's Freiheit, Ordnung und Einigkeit wiederherstellen wolle. Schon mehrmals sei es vorgekommen, daß, wenn Deutschland von innerer Zerrüttung bedroht gewesen, ein mächtiger Fürst oder

Herzog sich an die Spitze der Nation gestellt habe, um die einbrechenden Gefahren von ihr abzuwenden. Als in der Nähe des Königs der Ruf erscholl: „Es lebe der Kaiser von Deutschland!" wies der König diese Huldigung mit Unwillen zurück. Am Abend desselben Tages erließ der König noch den Aufruf: „An mein Volk und an die deutsche Nation!", in welchem das später so verschiedenartig ausgelegte Wort: „Preußen geht fortan in Deutschland auf" — vorkam. Es wurde darin auch auf eine deutsche Ständeversammlung hingewiesen, in welcher die deutschen Fürsten mit Vertretern des deutschen Volkes über die Wiedergeburt des Gesammtvaterlandes berathen sollten. In einer Proklamation gewährte der König die Forderungen, welche von Beginn der deutschen Bewegung an in Baden aufgestellt worden waren. Auch versprach er das stehende Heer auf die Verfassung vereidigen zu lassen. Am 22. März fand die Beerdigung der am 18. und 19. März auf Seite des Volks Gefallenen auf dem Friedrichshain, einem zu einer Gartenanlage umgeschaffenen Hügel, statt, der vor dem Landsberger Thor liegt. Alle Klassen der Bevölkerung betheiligten sich an dieser Todtenfeier, die in würdiger und erhebender Weise vollzogen wurde. Als der an 20,000 Köpfe starke Zug an dem Schloß vorbei kam, stand der König auf dem Balkon, und hielt sein Haupt so lang entblößt, bis die Särge mit den Todten vorüber waren. Mit dieser Feierlichkeit schlossen die großen aufregenden Scenen jener Tage, die, wie man auch über ihre Nothwendigkeit oder Rechtmäßigkeit urtheilen mag, immer einen Wendepunkt in der inneren Geschichte Preußen's bezeichnen werden.

Die meisten deutschen Regierungen hatten sich schon vor den Katastrophen in Wien und Berlin zur Erfüllung der Volkswünsche bereit erklärt. Nur Sachsen und Hannover wollten weder auf Abschaffung der Censur noch auf Vertretung des deutschen Volkes am Bundestag eingehen. Erst Metternich's Sturz bewog den König Friedrich August zur Nachgiebigkeit. Er ernannte ein lieberales Ministerium, in dem der später oft genannte Professor v. d. Pfordten hervortrat. Auch der König Ernst August von Hannover ward endlich durch die Vorgänge in Berlin umgestimmt. Er ließ durch den freisinnigen Bürgermeister von Osnabrück, Stüve, ein neues Ministerium bilden. Sowohl in Sachsen als Hanover wurde das Programm der badischen Liberalen zur Geltung gebracht. In Bayern hatte sich König Ludwig allmälig von absolutistischen und ultramontanen Einflüssen zu einer Regierungsweise verleiten lassen, die ihn um die Gunst und das Vertrauen seines Volkes brachte, die er früher besessen und verdient hatte. Im Gegensatz zu

seiner streng kirchlichen Richtung ließ sich dieser sonst treffliche Fürst in schon vorgerücktem Lebensalter, von den Reizen einer spanischen Abentheuerin, der schönen Tänzerin Lola Montes, so blenden, daß er derselben erlaubte, sich sogar in öffentliche Angelegenheiten einzumischen, was allgemeinen Unwillen in München hervorrief. Das Volk stand noch unter dem Eindruck dieses zwar gelös'ten aber nicht vergessenen Verhältnisses, als die Wirkungen der Februarrevolution über Deutschland hereinbrachen. Auch in Bayern war überall Unzufriedenheit mit dem bisherigen System vorhanden. Am 2. März wurde in München eine mit 10,000 Unterschriften bedeckte Adresse an den König gerichtet, in welcher die in Baden gewährten Freiheiten auch für Bayern verlangt wurden. An demselben Tage stürmte das Volk die Wohnung des Ministers Berks, und zwang ihn die Flucht zu ergreifen. Als die königliche Gewährung der gestellten Forderungen auf sich warten ließ, drang die Menge am 6. März in das Zeughaus ein und bewaffnete sich. Auch in diese politische Bewegungen mischte sich seltsamer Weise der Haß gegen die schöne Lola Montes, von der das Volk glaubte, daß sie heimlich nach München zurück gekehrt sei, um ihren Einfluß auf den König wiederzuerlangen. Das Polizeigebäude, in welchem sie versteckt sein sollte, wurde von der Menge verwüstet. König Ludwig hatte schon vorher alles zugestanden was gewünscht worden, wollte aber nicht selbst nach einem anderen System als bisher regieren. Er entsagte deshalb am 20. März dem Thron, den sein ältester Sohn unter dem Namen Maximilian II. bestieg, der die Vertretung des deutschen Volkes am Bundestage und alle anderen Zusagen von neuem ausdrücklich bestätigte.

Der Umritt Friedrich Wilhelm IV. am 21. März hatte in einem großen Theile Deutschland's einen übeln Eindruck hervorgebracht. Er ward als ein vorbereitender Schritt, um die Herrschaft über Deutschland zu gewinnen, verdächtig gemacht, und in Wien, München und Stuttgart, von der sich noch geheim haltenden Partei der Reaktion und der jetzt offen hervortretenden der Demokratie sogar mit Hohn aufgenommen. Denn beide waren, obgleich aus verschiedenen Gründen, der Idee einer preußischen Führerschaft in Deutschland entgegen, und vereinigten sich in diesem Falle gegen die Konstitutionellen, von denen sie wußten, daß sie sich bei ihren Bestrebungen um die Reform des deutschen Bundes auf Preußen zu stützen dachten. Jene Anschuldigung war sowohl dem bekannten Charakter Friedrich Wilhelm IV. als seiner ausdrücklichen öffentlichen Erklärung entgegen, wurde aber vom Parteigeist für wahr gehalten, und geschäftig ausgebreitet. Die Katastrophe vom

18. März ward besonders dadurch zu einem Unglück für Preußen, weil sie das Volk in Parteien spaltete, deren extremste Spitzen, die Verwirklichung ihrer Grundsätze über das Dasein des Staates stellend, das Ansehen der preußischen Regierung im übrigen Deutschland schwächten. Wäre es möglich gewesen, daß Krone und Volk in Preußen, ohne gewaltsame Störung der inneren Eintracht, in die neue Aera hinübertraten, so würde bei der Ohnmacht und Auflösung, in der sich Oesterreich befand, Preußen, nicht durch eine Verletzung der Rechte anderer, sondern durch die Nothwendigkeit der Dinge, sowohl von den Fürsten als Völkern mit der Führerschaft in Deutschland beauftragt worden sein. Aber so gut sollte es Deutschland und Preußen nicht werden.

In Preußen zeigte sich die öffentliche Meinung mit dem Ministerium Arnim-Boytzenburg unzufrieden, das außerdem unvollständig war. Um der Regierung in dem Vereinigten Landtag die Majorität zu sichern, mußten einige Führer der ehemaligen Opposition ihr beigegeben werden. Auch glaubte man auf die Stimmung der Rheinlande Rücksicht nehmen zu müssen, da dort die Abneigung gegen das vormärzliche Regiment sich besonders lebhaft geäußert hatte. Graf Arnim-Boytzenburg, der durch Grundsätze und Gewohnheit der alten Bureaukratie angehörte, trat demnach zurück, und am 29. März wurde der Präsident der Kölnischen Handelskammer, Camphausen, mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, in welchem er den Vorsitz übernahm, und in das Hansemann aus Aachen für die Finanzen, Alfred von Auerswald für das Innere, General von Reyher für das Kriegsdepartement eintraten. Graf Schwerin und Heinrich von Arnim blieben in ihren bisherigen Stellungen. Das Erste, was Camphausen that, war den König außerhalb des Parteikampfes zu stellen, indem er von ihm erwirkte, daß alle Petitionen in Verfassungsangelegenheiten dem Ministerium zur Entscheidung überwiesen wurden, und indem er erklärte, daß letzteres die Verantwortlichkeit für alle königlichen Entschließungen auf sich nehmen werde. Eine königliche Kabinetsordre vom 22. März hatte bestimmt, daß die neue Verfassung nicht von dem Vereinigten Landtag, sondern von einer aus einem neuen Wahlgesetz hervorgehenden Versammlung berathen werden sollte. Man mußte also zunächst an die Abfassung eines solchen Wahlgesetzes gehen. Nach Beseitigung verschiedener Entwürfe wurde beschlossen, eine einzige Versammlung zu berufen, und sie aus allgemeinem Stimmrecht hervorgehen zu lassen. Auf dem Vereinigten Landtag, der am 2. April zusammentrat und nur acht Tage versammelt blieb, drang das Ministerium, ungeachtet des von der feudalen

Opposition geleisteten Widerstandes, mit allen seinen Anträgen durch. Die Hast, mit der der Vereinigte Landtag verfuhr, die Widersprüche, in die er verfiel, oder die er zuließ, die Zweideutigkeit einiger seiner Beschlüsse, sind nicht ohne übeln Einfluß auf die späteren Ereignisse geblieben. Die öffentliche Aufmerksamkeit in Preußen richtete sich jetzt vornehmlich auf die Wahlen zu der Nationalversammlung, welche mit der Krone die neue Verfassung vereinbaren sollte.

Inzwischen war, vermöge der von der Heidelberger Kommission der Sieben getroffenen Anordnungen, ein Vorparlament in Frankfurt a. M. zusammengetreten. Es sollte nach den noch vor den Katastrophen in Wien und Berlin gegebenen Bestimmungen, nur aus frühern oder gegenwärtigen Ständemitgliedern und Theilnehmern an gesetzgebenden Versammlungen der verschiedenen deutschen Staaten bestehen. Aber am 22. März wurde von Frankfurt aus eine Aufforderung an die Stadtverordneten in Preußen gerichtet, aus ihrer Mitte Vertreter zu dem Vorparlament zu wählen, weil durch den zum 2. April berufenen preußischen Landtag die preußischen Ständemitglieder am Erscheinen in Frankfurt verhindert sein würden. Es hatten aber auch Städte anderer deutschen Länder und selbst bloße Volksvereine Vertreter gesandt, die abzuweisen nicht für angemessen gehalten wurde. Außerdem hatten die Siebener erklärt, daß auch eine Anzahl anderer durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichneter Männer, die bisher nicht Ständemitglieder gewesen, besondere Einladungen erhalten würden. Es war für die Siebener unmöglich gewesen in voraus zu wissen, von welcher Art sowohl in Bezug auf die Anzahl als die Parteistellung die Versammlung sein werde, die sie ausgeschrieben hatten. Wie ungleich die Staaten vertreten waren, kann daraus entnommen werden, daß aus Oesterreich nur zwei, aus Preußen hundertundeinundvierzig, aus Hessen-Darmstadt vierundachtzig, aus Hannover neun Mitglieder erschienen. Bei diesen Verhältnißzahlen und der Unvorbereitheit zu gründlichen Berathungen ward für nothwendig erachtet, mit Beschlüssen nur soweit vorzugehen, um die Versammlung nicht alles wirklichen Ergebnisses ermangeln zu lassen. Das Vorparlament sollte vor allem die nöthigen Bestimmungen über die Zusammensetzung einer konstituirenden Versammlung und ihr unzweifelhaftes und baldiges Zusammentreten treffen.

Das Vorparlament wurde am 31. März in der Paulskirche in Frankfurt a. M., einer im antiken Styl gebauten Rotunde, unter dem Vorsitze des Heidelberger Professors der Rechte, Mittermaier, eröffnet. Die Mehrheit der Versammlung war konstitutionell-monarchisch ge-

sinnt, allerdings so, daß sie das Bedürfniß der Freiheit lebhafter als das der Monarchie fühlte, aber beide in Deutschland mit einander verbinden zu können hoffte. Dem setzte sich eine nicht zahlreiche aber leidenschaftlich erregte Partei entgegen, an deren Spitze Hecker und Struve standen, welche sich für die föderalistische Verfassung der nordamerikanischen Freistaaten, also Aufhebung der erblichen Monarchie, und deren Ersatz durch freigewählte Parlamente mit einem zeitweiligen Präsidenten, erklärte. Sie trug auf Ernennung eines Vollziehungsausschusses an, der bis zur Eröffnung der konstituirenden Versammlung zusammenbleiben, die erforderlichen Gesetzesvorlagen entwerfen und das große Werk der Wiederherstellung Deutschland's vorbereiten sollte. Die Anträge der republikanischen Partei wurden nach stürmischen Debatten abgewiesen, bei denen sich unversöhnliche Meinungsverschiedenheiten, die Zukunft bedrohend, schon damals ankündigten. Dagegen ward mit großer Einmüthigkeit beschlossen, Schleswig, als mit Holstein national und staatsrechtlich unauflösbar verbunden, und Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufzunehmen, und durch Abgeordnete in der Nationalversammlung vertreten zu lassen. Die Theilung Polen's wurde für ein schmachvolles Unrecht erklärt, die Frage über die Stellung des Großherzogthums Posen aber offen gelassen. Was den Maßstab der Bevölkerung bei den Wahlen zu der konstituirenden Versammlung betraf, so sollte auf je 50,000 Seelen ein Abgeordneter kommen. Die direkte Wahl der Abgeordneten ward im Princip anerkannt, dabei aber den einzelnen Staaten die Freiheit gelassen, in diesem Punkt nach Bedürfniß zu handeln. Im Uebrigen sollte die Wahl von Census, Glaubensbekenntniß und Standesverhältniß unabhängig sein. Die von Hecker und Raveaux beantragte Permanenz des Vorparlaments ward auch von sonst sehr demokratisch gesinnten Mitgliedern verworfen. Dagegen wurde ohne Widerrede beschlossen, an die Stelle des bisherigen Bundestages ein einheitliches Bundesoberhaupt zu ernennen, und demselben eine Reichsversammlung, bestehend aus einem Senat und einem Volkshause, zur Seite zu setzen. Zugleich wurden dem deutschen Volk alle die Rechte zuerkannt, welche zuerst in Baden gefordert und bereits von allen Bundesregierungen bewilligt worden waren. Unter allen Beschlüssen, die damals gefaßt wurden, war aber der wichtigste, daß die zu wählende deutsche Nationalversammlung die künftige Reichsverfassung, allein, ohne Zustimmung der einzelnen Regierungen, festsetzen sollte. Diese Ueberschätzung der populairen und demokratischen Kräfte und zu geringe Berücksichtigung der entgegenstehenden Hindernisse hatte später

5*

das Mißlingen des ganzen Werkes zur Folge. Man dachte nicht daran, indem man den Grundsatz der Volkssouverainetät aussprach, für dessen Behauptung eine bestimmte materielle Macht zu schaffen, und würde, wenn dieser Gedanke sich auch dargestellt hätte, nicht gewußt haben, wo eine solche hernehmen. Das Vorparlament, welches sich schon nach vier Sitzungen auflöste, wählte einen Funfzigerausschuß, der die Aufgabe hatte, den Bundestag bei Wahrung der nationalen Interessen, und bei der Verwaltung der Bundesangelegenheiten bis zum Zusammtritt der konstituirenden Versammlung selbstständig zu berathen, bei eintretenden Gefahren des Vaterlandes das Vorparlament sofort wieder einzuberufen, und bei den Regierungen dahin zu wirken, daß die allgemeine Volksbewaffnung in allen deutschen Ländern ins Leben gerufen werde.

Es ist oben erwähnt worden, daß der Bundestag bei der großen Gährung, die im Anfang des Märzmonats im südwestlichen Deutschland ausbrach, den Volkswünschen in einigen Dingen entgegengekommen war, und, unter anderem, die Bundesregierungen zur Absendung von Vertrauensmännern, je einen für jede der 17 Stimmen des engeren Rathes der Bundesversammlung, behufs der Revision der Bundesverfassung, aufgefordert hatte. Unter diesen Vertrauensmännern, gewöhnlich die Siebzehner genannt, müssen besonders Schmerling, Dahlmann, Gagern, Uhland, Gervinus, Droysen, Bassermann und Jordan erwähnt werden. Sie hielten ihre erste Sitzung in Gemeinschaft mit dem Bundestag am 30. März, erst am 3. April, nach Beendigung der Verhandlungen des Vorparlaments, traten sie zu ihrer ersten besonderen Berathung zusammen. Der Bundestag suchte sich ein Scheinleben, einen Schatten von Kompetenz und Autorität zu bewahren, indem er am 2. April alle seit den Karlsbader Beschlüssen erlassenen Ausnahmsgesetze aufhob, am 4. April Preußen zum Einschreiten in dem zwischen Holstein und Dänemark entbrannten Streite aufrief, und allgemeine Wahlen zum deutschen Parlament verfügte, wobei er das Vereinbarungsprincip zwischen der konstituirenden Nationalversammlung und den Fürsten aussprach, und feststellte, daß auf je 70,000 Seelen ein Abgeordneter kommen sollte. Er mußte aber der populairen Macht, die plötzlich an seiner Seite emporgestiegen war, sich unterordnen, und konnte seinen Untergang, wenn der Strom der herrschenden Ideen nicht eine andere Richtung annahm, nur aufhalten aber nicht abwenden. Der Funfzigerausschuß hat, obgleich im Einzelnen sehr thätig, keine Zeit und Gelegenheit zu großen Entschließungen gehabt. Seine Aufmerksamkeit war vornehmlich auf die Abwehr gegen Anarchie und Reaktion gerichtet, und

er hat das Verdienst gehabt, das Zusammentreten der konstituirenden Versammlung, ungeachtet der vielen Schwierigkeiten, ohne große Erschütterung herbeigeführt zu haben. Der Funfzigerausschuß hat, obgleich weniger von Leidenschaften bewegt als das Vorparlament, ebenfalls keine Voraussicht in die Zukunft bewiesen und dieselbe zu sehr im Interesse seiner Ideen ausgelegt. Die moralische Seite an ihm ist besser als die politische gewesen.

Unterdessen war das südwestliche Deutschland nahe daran gewesen, einer vollständigen staatlichen Auflösung zu verfallen. Die republikanische Partei wollte, weil sie auf dem Wege der freien Berathung und Beschlußnahme mit ihren Grundsätzen nicht durchdringen konnte, durch Aufwiegelung der Massen ihre Zwecke erreichen. Hecker und Struve zogen mit einigen ihrer Anhänger eine Zeit lang in Baden hin und her, hielten Volksversammlungen, bei denen die Republik ausgerufen wurde, waren aber nicht im Stande, eine bewaffnete Macht aufzubringen, die geeignet gewesen wäre, einen tüchtigen Kern für ein Volksheer zu bilden, um im Nothfall den Angriffen der süddeutschen Regierungen zu widerstehen. Ihr ganzes Auftreten hatte etwas Abentheuerliches und Unförmliches, das mehr an das Treiben mittelalterlicher Jacquerien als an den Verlauf moderner Revolutionen erinnert. Ein Bruder Heinrichs von Gagern, der General Friedrich von Gagern, der früher in niederländischen Diensten gewesen, ward an die Spitze eines hessendarmstädtischen Korps gestellt, um die Ruhe mit Gewalt wiederherzustellen. Auf die badischen Truppen glaubte man schon damals sich nicht ganz verlassen zu können. Am 20. April stieß Gagern bei Kandern auf Hecker und dessen Freischaaren. Gagern suchte dieselben in persönlicher Ansprache zur Niederlegung der Waffen und Unterwerfung unter die Gesetze zu bewegen. Aber seine Worte brachten keinen Eindruck hervor. Als er im Begriff war zu seinen Truppen zurückzukehren, ward von den Freischaaren auf ihn verrätherischer Weise geschossen, und er sank von drei Kugeln durchbohrt entseelt nieder. So traurig endigte ein Mann von ausgezeichnetem Charakter und Talent, auf den die konstitutionelle Partei große Hoffnungen gebaut hatte, da er neben seiner Loyalität auch freisinnig war. Seine Soldaten rächten den Tod ihres Führers, indem sie auf die Freischaaren eindrangen, die in großer Eile entflohen, aber doch eine Anzahl Todter zurückließen. Hecker entkam, Struve ward bei Säckingen von den bis zum Rhein vorgerückten Würtembergern gefangen, die ihn aber bald wieder frei ließen. Die Bayern besetzten Konstanz und machten dort der republikanischen Bewegung ein Ende. Erst als

Hecker und Struve mit ihrem Unternehmen gescheitert waren, langte Herwegh mit einer deutschen Freischaar aus Frankreich an, wurde aber bei dem Dorfe Dossenbach von einer kleinen Abtheilung würtembergischer Infanterie, fast ohne Widerstand zu leisten, in die Flucht getrieben. Selbst in diesem erregtesten Theile Deutschland's hatte die republikanische Partei durch ihre verunglückten Schilderhebungen nur ihre Ohnmacht und die Unanwendbarkeit ihrer Ideen kund gethan.

Während im Badischen die Kopflosigkeit der revolutionairen Führer und die Zuchtlosigkeit ihrer Schaaren dem deutschen Charakter nicht zur Ehre gereichten, hatte in einem anderen Theile Deutschland's ein edlerer und für den deutschen Namen rühmlicher Kampf begonnen. Am 28. Januar (1848) war von dem eben erst auf den Thron gestiegenen König Friedrich VII. von Dänemark eine Verfassung für alle der dänischen Krone unterworfenen Gebietstheile erlassen worden. In Kopenhagen glaubte man durch liberale Zugeständnisse Holstein und Schleswig für die größere Abhängigkeit von Dänemark entschädigen zu können. Aber diese beiden Länder zogen ihre deutsche Nationalität der politischen Freiheit, die ihnen Dänemark bot, vor, deren sie übrigens in dem fremdartigen Bunde doch niemals vollkommen theilhaftig geworden wären. Am 17. Februar protestirten die Stände der beiden deutschen Herzogthümer gegen die Gesammtstaatsverfassung. Am 18. März traten sie in Rendsburg aus eigener Macht zu einer einzigen Versammlung zusammen und verlangten, Schleswig solle mit Holstein in den deutschen Bund aufgenommen werden. Dieser Schritt der Herzogthümer brachte in Kopenhagen eine große Aufregung hervor, und veranlaßte die Einsetzung eines neuen Ministeriums, das im rein dänischen Sinne und Interesse regieren zu wollen erklärte. Am 24. März setzte die Landesvertretung von Schleswig-Holstein eine provisorische Regierung ein, an deren Spitze der Herzog von Augustenburg, Graf Reventlow und der Rechtsanwalt Beseler traten. Der Herzog von Augustenburg, der sich durch den „Offenen Brief" um sein Erbrecht in den Herzogthümern gebracht sah, wandte sich nach Berlin, wo ihm Schutz und Hülfe zugesagt und die Vereinigung Holstein's und Schleswig's anerkannt wurde. Der Bundestag stimmte zu, und nahm Madai als Bundestagsgesandten für Schleswig-Holstein in seine Mitte auf. Die Dänen begannen sogleich den Krieg, und brachten den abgefallenen Truppen aus den Herzogthümern bei Bau eine empfindliche Niederlage bei. Aber die Preußen, welche auf Verlangen des Bundestages in Holstein eingerückt waren, zerstörten unter General Wrangel am 23. April das Danewirk,

und am folgenden Tage wurden die Dänen bei Oeversen von den hannöverschen Bundestruppen unter General Holkett geschlagen. Am 18. Mai rückte Wrangel in Jütland ein, und schrieb eine Kriegssteuer von 3 Mill. Thaler aus. Er wollte diese Provinz so lange militairisch besetzt halten, bis die Dänen, die auf ihren Inseln beim Mangel einer deutschen Kriegsflotte unangreifbar waren, den deutschen Handel für die ihm zugefügten Verluste entschädigt haben würden.

Um dieselbe Zeit ward von preußischen Truppen der Aufstand der Polen im Großherzogthum Posen überwältigt. Die Führer der polnischen Nationalpartei wollten den Augenblick benutzen, wo Preußen und Oesterreich im Innern gelähmt zu sein schienen, um die Theile des alten Polen's, welche sich im Besitz dieser Mächte befanden, ihnen zu entreißen, und daselbst den Anfang zur Wiederherstellung des Ganzen zu machen. In Posen hatte sich ein polnisches Nationalcomité gebildet, und auch in Krakau wurde im Geheimen an der Losreißung von Oesterreich gearbeitet. Die preußische Regierung that zu Gunsten ihrer polnischen Unterthanen das äußerste was möglich war, indem sie den östlichen Theil des Großherzogthums, wo die polnische Nationalität überwiegend ist, von dem westlichen, wo das Gegentheil statt findet, abtrennen, jenem eine nationale Verwaltung, sogar eine besondere militairische Organisation verleihen wollte, und sich nur die Rechte der Oberhoheit vorbehielt. Aber die Polen verlangten das ganze Großherzogthum für sich. Selbst die kosmopolitischsten deutschen Demokraten in Frankfurt, wie Struve, hatten dies Ansinnen verworfen, weil es ungerecht und unsittlich sei, die zahlreiche deutsche Bevölkerung in diesem Theil des alten Polen's der Willkühr der Polen Preis zu geben, um diesen die Wiederherstellung ihres früheren Reiches zu erleichtern. Es kam zwischen den polnischen Adeligen, die sich an die Spitze ihrer bewaffneten Bauern gestellt hatten und den preußischen Truppen zu mehren Gefechten, unter denen das bei Xions am 29., bei Mieloslaw am 30. April, die bedeutendsten waren, in welchen erstere gänzlich geschlagen wurden, worauf die Polen am 9. Mai zu Bardo kapituliren mußten, und der Aufstand zu Ende ging. Mieroslawski, der am 20. März in Berlin aus dem Gefängniß entlassen worden, hatte auch bei dieser Bewegung an der Spitze gestanden. In Krakau wurde am 26. Mai in einem blutigen Straßenkampf der letzte Aufstandsversuch der Polen überwältigt. Diese inneren Unruhen im preußischen und österreichischen Polen des Jahres 1848 sind nur ein hohles und trauriges Nachspiel zu der letzten heroischen Erhebung Polen's gegen Rußland gewesen.

Alle Augen richteten sich jetzt auf das was als das Ziel und der Gewinn der ganzen deutschen Bewegung angesehen wurde, die Eröffnung der verfassunggebenden Versammlung in Frankfurt a. M., die schon vor den Märzereignissen von wohlgesinnten und denkenden Männern als Deutschland's Rettungsanker herbeigesehnt worden war. Während der Wahlen hatte sich in allen deutschen Ländern, mit Ausnahme Böhmen's, wo die Opposition der Czechen einen Mißklang hervorrief, eine rein nationale Begeisterung, ohne Parteizwecke und Sonderinteressen, wie sonst bei keiner anderen Gelegenheit kund gegeben. Selbst in Gegenden, wo bisher kein Zeichen von volksthümlichem Bewußtsein hervorgetreten war, legte die Bevölkerung, auch wenn sie wie in manchen Theilen Oesterreich's von slavischen Elementen durchkreuzt wurde, eine große Liebe für Deutschland dar. Die schwarz-roth-goldnen Fahnen wehten damals auf den Kirchthürmen der einsamsten Weiler in den steirischen und tyroler Alpen. Uralte Erinnerungen an Deutschland's frühere Größe stiegen aus den fernsten Tiefen der Vergangenheit wie unterirdische Stimmen auf, und wurden selbst von der unwissenden und unvorbereiteten Menge, wenn auch nicht vollkommen verstanden, aber doch instinktartig gefühlt. Dieser schöne Moment hätte verdient um des allgemeinen Heils willen sorgfältig gehegt und zu einer dauernden öffentlichen Meinung erhöht zu werden. Aus Mangel an der gehörigen Einwirkung von oben her ging er, wie so vieles, was damals geschah, ohne Folgen nutzlos vorüber.

Am 18. Mai Nachmittags um drei Uhr traten gegen 330 Abgeordnete der deutschen Nation zu Frankfurt a. M. im Kaisersaale des Römers (Rathhaus) zusammen, und begaben sich von da, nachdem sie einen Alterspräsidenten, dessen Stellvertreter und die Schriftführer eingesetzt hatten, in feierlichem Zuge, mit entblößtem Haupt, nach der Paulskirche, wo sie sich unter einem dreimaligen Lebehoch für konstituirt erklärten. Am folgenden Tage wurde Heinrich von Gagern, der seine Stelle als hessen-darmstädtischer Minister niedergelegt hatte, mit 305 Stimmen zum provisorischen Präsidenten der Versammlung gewählt. Derselbe war durch Persönlichkeit, Ruf, Charakter und Talent zu dieser Stelle wie gemacht, hat die in ihn gesetzten Erwartungen aus eigner Schuld nie getäuscht, und würde unter weniger hemmenden Verhältnissen Bedeutendes geleistet haben. Die große Mehrheit der Versammlung gehörte, wie ihr Präsident, der konstitutionellen Partei an, nur ein verhältnißmäßig kleiner Theil war von demokratischen Ideen erfüllt. Nie hat es in einer anderen politischen Versammlung so viele Mitglieder

gegeben, die mit Theorien, Systemen, mit den Lehren der Geschichte, mit wissenschaftlichen und litterarischen Gegenständen aller Art in dem Grade vertraut gewesen wären, wie in diesem Parlament statt fand. Denn der Stand der deutschen Gelehrten, Schriftsteller und höheren Beamten war in ihm zahlreich vertreten. Aber es giebt Einsichten und Erfahrungen, die sich nicht aus Büchern und dem gewöhnlichen Geschäftsgange erwerben lassen. Die in der Versammlung vorhandenen Professoren und Juristen begriffen großentheils nicht, daß es, um die Einheit in einem seit Jahrhunderten in viele Staaten getheilten Volke, wie das deutsche, wiederherzustellen, anderer Mittel bedarf, als um die Freiheit in einem Volke zu gewinnen, das schon ein Ganzes ausmacht, einen gemeinsamen Schwerpunkt besitzt, und im Wesentlichen denselben Impulsen zu folgen gewohnt ist. Deutschland war in seiner politisch-nationalen Entwickelung in der Zersplitterung des Mittelalters stehen geblieben, und in dieser Beziehung fast von allen anderen Nationen überholt worden. Einen solchen Zustand auf einmal aufheben zu wollen, gehörte unter die Unmöglichkeiten. Es hätte dazu entweder eines alles umgestaltenden Eingreifens von oben, eines Eroberers, bedurft, der sich mit Gewalt an die Stelle der anderen Fürsten gesetzt hätte, oder einer solchen Erschütterung von unten her, die alles Bestehende umgestürzt, und den Boden zu einer neuen Schöpfung frei gemacht hätte. Von einem Eroberer im Innern war keine Spur vorhanden, und die Gährung im Volke nicht stark und tief genug, um alle alten Gewohnheiten und Bande zu zerreißen, und um den Preis blutiger Kämpfe, zahlloser Opfer und des Unterganges einer ganzen Generation eine andere Zeit heraufzuführen. Dies wollten aber nur wenige, und selbst die, welche eine vollkommene Zerstörung des Alten wollten, hätten nicht die Mittel und Wege anzugeben vermocht, auf welchen dies bewerkstelligt werden könne. Unter solchen Umständen hätte eine Versammlung, welche die Leitung Deutschland's in die Hand nahm, sich auf die möglichen und erreichbaren Verbesserungen in den deutschen Zuständen beschränken, und hierüber sich mit den erschütterten aber immer noch bestehenden Gewalten der deutschen Fürsten in Einverständniß setzen sollen. Diese waren fast alle durch die Erfahrungen der letzten Zeit von den Mängeln in den bisherigen Einrichtungen überzeugt worden, und würden unter dieser Bedingung einer Umgestaltung der deutschen Zustände nicht entgegen gewesen sein. Die meisten Mitglieder der konstituirenden Versammlung wären als Einzelne zu einem solchen Einhalten in den Grenzen des Möglichen auch geneigt gewesen, ließen aber als Ganzes, aus

doktrinairem Stolz und Theoriesucht, sich zu dem Fehlgriff verleiten, die von dem Vorparlament angenommene Idee der Volkssouverainetät sich anzueignen und das Vereinbarungsprincip abzuweisen. Dadurch erregte die konstituirende Versammlnng erst die Besorgnisse und dann den Widerstand der Fürsten, von denen unmöglich angenommen werden konnte, daß sie sich von der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, die ihnen früher allein zugestanden hatte, jetzt ganz ausschließen lassen würden. Der Weg der Vereinbarung wäre allerdings ein langer, mühsamer gewesen, würde aber, beharrlich festgehalten, wahrscheinlich zu einem Ziel geführt haben, es würde auf ihm eine wenigstens im Vergleich zu den bisherigen Zuständen größere Einheit und Freiheit des deutschen Volkes erreicht worden sein. Die Absicht des Parlaments, die künftige Verfassung Deutschland's aus eigener Macht feststellen zu wollen, ohne die Mittel zu besitzen, diesen Anspruch durchsetzen zu können, führte erst zu einer chaotischen Verwirrung in den meisten Einzelstaaten und endlich zu dem Untergang der Versammlung selbst, die sich diese Macht beigelegt hatte, und die, als sie verschwand, nur ohnmächtige Zuckungen und den Schmerz erfahrener Täuschungen und verfehlter Bestrebungen zurückließ.

Es erhob sich jetzt in der Nationalversammlung eine wichtige ihr Verhältniß zu den Einzelstaaten betreffende Frage, die im Schooße der demokratischen Partei selbst eine entgegengesetzte Auffassung fand. Raveaux stellte den Antrag, es sollten gleichzeitig neben dem allgemeinen Parlament in Frankfurt auch die Landesvertretungen in den einzelnen Bundesstaaten zusammentreten. Man setzte voraus, daß diese, von nationaler Begeisterung gehoben, den sich regenden Partikularinteressen der einzelnen Staaten entgegentreten würden. Robert Blum bekämpfte diesen Antrag, indem er nachzuweisen suchte, daß die Landesvertretungen sich dem Parlament nicht vollständig unterordnen, vielmehr Eifersucht gegen dasselbe empfinden, und, selbst ohne bestimmte Absicht, durch ihr bloßes Dasein, dazu beitragen würden, die Sonderinteressen zu fördern, deren Ueberhebung sie nach Raveaux's Meinung verhindern sollten. Die Nationalversammlung entschied, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmten, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten seien. Robert Blum hatte vom Standpunkt der staatlichen Einigung Deutschland's offenbar Recht. Aber wo hätte das Parlament die Macht hergenommen, wenn sie Robert Blum's Auffassung beigepflichtet wäre, dem Verbot die einzelnen

Landesversammlungen einzuberufen, Nachdruck zu geben? Von dieser Zeit an begannen die Parteistellungen in der Nationalversammlung sich schärfer zu sondern, obgleich sie sich noch nicht wie später unversöhnlich gegenübertraten.

Nachdem eine hinlängliche Anzahl von Wahlprüfungen in den betreffenden Abtheilungen erledigt worden, konnte zur Ernennung eines regelmäßigen Vorstandes, da der bisherige nur provisorisch gewesen, geschritten werden. Mit 499 gegen 19 Stimmen wurde Heinrich von Gagern zum Präsidenten gewählt (31. Mai). Zu seinen Stellvertretern wurden von Soiron und Baron von Andrian, letzterer einer der Vorläufer der österreichischen Erhebung, ernannt. Die drei Präsidenten wurden jedesmal auf vier Wochen, die Schriftführer für die ganze Dauer der Versammlung gewählt. Letztere konnten jedoch nach drei Monaten zurücktreten.

Schon vor den Märzereignissen war in Deutschland häufig von Gründung einer deutschen Flotte die Rede gewesen. Jetzt mußte das Verhältniß zu Dänemark diesem Gedanken einen neuen Aufschwung geben. Der Marineausschuß beantragte durch den Abgeordneten General von Radowitz eine Anweisung auf 6 Mill. Thaler zu diesem Zweck, was, aus Mißtrauen über die Art wie bisher die Bundesangelegenheiten gehandhabt worden, nur unter Vorbehalt der Verwendung durch die künftige Centralgewalt bewilligt wurde.

Die Bildung einer provisorischen Centralgewalt war seit der Errichtung eines regelmäßigen Vorstandes für die dringlichste aller Fragen erkannt worden. Als man jetzt an ihre Lösung ging, gaben sich die verschiedenartigsten Auffassungen derselben kund. Abgesehen von den Anträgen des Ausschusses wurden deren sechzehn von einzelnen Abgeordneten gestellt, und nicht weniger als 223 Redner, fast die Hälfte der Versammlung, hatten sich im voraus für die Verhandlung einschreiben lassen. Nach achttägigen Debatten wurde der Erzherzog Johann von Oesterreich, einer der ausgezeichnetsten und populairsten deutschen Fürsten, aber schon sechsundsechzig Jahre alt und an eine selbstständige Leitung von Regierungsgeschäften nicht gewöhnt, zum Reichsverweser gewählt (29. Juni). Kanonendonner und Glockengeläute verkündigten der Bevölkerung dieses Ereigniß, durch welches in der deutschen Angelegenheit ein fester Boden gewonnen zu sein schien. Eine Deputation von sieben Mitgliedern der Versammlung sollte dem Erzherzoge die amtliche Kunde von seiner Wahl nach Wien überbringen. Obgleich das Parlament den Reichsverweser der Form nach aus eigener

Macht ernannt hatte, so waren doch vorher geheime Unterhandlungen mit den größeren Höfen gepflogen und deren Zustimmung eingeholt worden. Der Reichsverweser sollte übrigens nur den Uebergang zu dem künftigen Kaiser vermitteln, zu welcher Würde von der Mehrheit der Konstitutionellen im Stillen der König von Preußen ausersehen war, gegen welchen aber damals noch zu viele Vorurtheile, besonders in Süddeutschland und unter den Katholiken, bestanden, um mit der Absicht seiner Erhebung schon offen hervortreten zu können. Gagern, Dahlmann und ihr zahlreicher Anhang hofften diese Hindernisse im Lauf der Zeit wegräumen zu können. Am 11. Juli hielt der Reichsverweser unter allgemeinem Jubel seinen Einzug in Frankfurt, und bildete am folgenden Tage ein Ministerium, in welchem der bisherige österreichische Präsidialgesandte Ritter von Schmerling das Ministerium des Auswärtigen, der preußische General von Peucker das des Krieges, und der Hamburg'sche Advokat Heckscher das Justizministerium erhielten. Die Minister des Reichsverwesers sollten für alle Regierungshandlungen der Nationalversammlung verantwortlich sein, er selbst aber war für unverantwortlich erklärt worden. Der Bundestag, der, ungeachtet der Gleichgültigkeit der einen und der Abneigung der anderen gegen ihn, selbst noch in der letzten Zeit hier und da ein Lebenszeichen von sich gegeben hatte, legte jetzt seine Gewalt in die Hände des Reichsverwesers nieder, und schien für immer beseitigt zu sein.

Die Nationalversammlung bedurfte, da sie ein Konvent weder sein wollte noch konnte, einer Exekutive. Aber die provisorische Centralgewalt hat, ungeachtet alles guten Willens, den man bei ihr voraussetzen kann, der Sache der Wiederherstellung Deutschland's weder im Innern noch nach Außen hin Dienste geleistet, die den in sie gesetzten Erwartungen auch nur einigermaßen entsprechend gewesen wären. Ein bejahrter Prinz, einem Staate angehörig, der gerade aus allen Fugen zu gehen schien, an die Spitze eines Reichs gestellt, das noch geschaffen werden sollte, ohne Schatz, ohne Heer, mochte den deutschen Fürsten in seiner Ohnmacht bequem sein, war aber außer Stande, etwas der Nation, die ihn zu ihrer Leitung berufen hatte, würdiges zu leisten. Im Herzogthum Limburg ließ die niederländische Regierung die schwarz-roth-goldenen Fahnen abreißen, obgleich dieses Land zum deutschen Bunde gehörte; Dänemark nahm von dem Reichsverweser keine Kenntniß und unterhandelte nur mit Preußen. In London und Paris wurden die deutschen Reichsgesandten, Baron von Andrian und Friedrich von Raumer, nur in officiöser Weise empfangen und mit leeren Höflich-

keiten abgefunden. Aber auch in Deutschland selbst gab sich die Schwäche der Reichsgewalt schon wenige Wochen nach ihrer Einsetzung kund. Von dem Reichskriegsministerium war an sämmtliche Bundestruppen der Befehl ergangen, dem Reichsverweser am 6. August durch Abhaltung einer Parade und Ausbringung eines dreimaligen Lebehochs zu huldigen. Nur in den kleineren Staaten kam man dieser Weisung nach. In Oesterreich, mit Ausnahme Wien's, in Preußen und Hannover geschah gar nichts; in Bayern kam man dem Befehl des Reichskriegsministers nach, aber unter beschränkenden Klauseln, die dem Akt alle Bedeutung nahmen. In einem Manifest vom 30. August erklärte der Reichsverweser, er wolle sich „so weit thunlich“ mit den Landesregierungen in Einvernehmen setzen, und rechne vertrauensvoll auf ihre Mitwirkung. Aber wie dann, wenn sie sich dazu nicht bereitwillig finden ließen? Die einzige wirkliche materielle Macht, der Heeresbefehl, war ausschließlich in ihrer Hand geblieben. Der Reichsverweser war in Deutschland noch viel ohnmächtiger als die letzten deutschen Kaiser, da er über gar nichts Eigenes zu gebieten hatte.

Schon das Vorparlament hatte in seinen Berathungen gewisse Rechte des Volkes als nothwendige Forderungen der Zeit aufgestellt. Die Nationalversammlung erweiterte diese Bestimmungen, die als „Grundrechte“ der künftigen Verfassung zur Basis dienen und den großen Freibrief der deutschen Nation bilden sollten. Sie waren den Ideen nachgebildet, die über Recht und Freiheit im Staat, in England und Frankreich zur Geltung gekommen waren. Dort war dies aber durch eine „ganze“ Revolution, durch den entschiedenen Sieg der liberalen Principien errungen worden, während in Deutschland, wie schon damals hellsehenden Köpfen nicht verborgen blieb, nur eine „halbe“ Revolution statt gefunden hatte, d. h. der größte und mächtigste Theil der alten Zustände, die Dynastien mit ihrem weit verzweigten Anhange, unversehrt stehen geblieben war. Auch lag etwas Unangemessenes und selbst Verkehrtes darin, Rechte und Gesetze für ein Reich geben zu wollen, das noch gar nicht vorhanden war, da diese nur in einem solchen eine bestimmte Bedeutung haben können. Mit den Grundrechten des Volkes hätte eine deutsche Verfassung nicht beginnen sollen. Wenigstens hätte man sich dabei kürzer fassen, nur wenige allgemeine Normen feststellen und alsbald an die Verfassung selbst gehen sollen, durch welche diese Grundrechte erst Leben und Anwendung erhalten konnten. Statt dessen verschwendete man eine kostbare Zeit mit der Abfassung von einzelnen Bestimmungen, die, so lange es in der Wirklichkeit noch kein deutsches

Reich gab, in der Luft zu schweben schienen. Ueber die zwei ersten Worte in den Grundrechten: „Jeder Deutsche" — hatte man sich erst nach stundenlangem Streiten vereinigen können. Die eigenthümliche Krankheit des deutschen Geistes, die aus seinem rein theoretischen Bildungsgange entstanden ist, das Sichverlieren in unfruchtbaren Einzelheiten, unter dem Vorwande der Gründlichkeit, wobei aber oft die Punkte, auf die es eigentlich ankommt, übersehen werden, der pedantische kleinliche Eigensinn, die unpraktische Wortklauberei, der Hang zu endloser Wiederholung, ließ bei dieser Gelegenheit einen mehr breiten als tiefen Strom von doktrinairen Reden hervortreten, welche zuweilen selbst das Allbekannte und Unzweifelhafte dunkel und ungewiß erscheinen ließen, und die angestrengteste Aufmerksamkeit erschöpfen konnten.

Unter den auswärtigen Verhältnissen, die in der Nationalversammlung zur Sprache kamen, hat nur die Stellung Deutschland's zu Dänemark wegen der deutschen Herzogthümer eine praktische Bedeutung gehabt. Nachdem der General Wrangel, wie oben erwähnt worden, in Jütland eingedrungen war, bekam er von Berlin aus den Befehl zum Rückzug (24. Mai), der dem Einflusse fremder Mächte auf das preußische Kabinet, namentlich Rußlands, beigemessen wurde, was im übrigen Deutschland großen Unwillen erregte. Die Dänen, zuversichtlich geworden, warfen sich auf die Hannoveraner bei Hollbühl (5. Juni), wurden aber am folgenden Tage bei Düppel von den Preußen geschlagen. Ihre Schiffe blokirten unterdessen alle deutschen Häfen und fügten dem Handel großen Schaden zu. Der Krieg wurde von da an von den Preußen so lässig geführt, daß es aussah als ob sie sich von demselben ganz zurückziehen wollten. Das Reichsministerium beschloß deshalb ein Bundesheer aufzustellen, um den Kampf im Nothfall auch ohne preußische Hülfe fortsetzen zu können. In den süddeutschen Staaten schien ein vermehrter Eifer für die deutsche Sache zu erwachen. Der tapfere bayerische Oberst von der Thann führte eine eigene Freischaar gegen die Dänen, und die würtembergischen und badischen Kontingente setzten sich nach dem Norden zu in Bewegung. Da aber unterdessen in den maßgebenden Kreisen die Ueberzeugung von der Unentbehrlichkeit Preußen's mehr als früher Raum gewonnen hatte, so bevollmächtigte der Reichsverweser die preußische Regierung im Namen des Reiches zu Unterhandlungen über einen Waffenstillstand mit Dänemark, der zu Malmoe in Schweden, unter schwedischer Vermittlung geschlossen wurde (26. August). Dänemark gestand eine gemeinschaftliche Regierung für Schleswig und Holstein zu, deren Mitglieder zur Hälfte von Dänemark, zur

Hälfte vom deutschen Bunde ernannt werden sollte, verlangte aber, daß alle Akte der provisorischen Regierung für ungültig erklärt würden, und daß die schleswigschen Truppen, von den holsteinischen getrennt, in Schleswig stehen blieben, während die holsteinischen in ihr Land zurückkehrten. Die Kriegsgefangenen und genommenen Schiffe sollten zurückgegeben werden. Beide Theile sollten übrigens durch die Bedingungen des Waffenstillstandes bei dem künftigen endgültigen Friedensschlusse nicht gebunden sein. Der Waffenstillstand von Malmoe rief in der Nationalversammlung einen Sturm von Unwillen und Entrüstung hervor. Dahlmann, der mehr als irgend einer für die Rechte der Herzogthümer durch Wort und Schrift gewirkt hatte, erklärte Deutschland's Ehre durch diesen Vertrag für verletzt, der in der Sitzung der Nationalversammlung vom 5. September verworfen wurde. Sämmtliche Reichsminister reichten ihre Entlassung ein. Dahlmann wurde von dem Reichsverweser mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt, was aber weder ihm noch dem bayerischen Abgeordneten von Hermann gelang. Da aber ohne Preußen eine Fortsetzung des Krieges unmöglich erschien, so wurde am 16. September der Waffenstillstand von Malmoe von der Mehrheit der Nationalversammlung angenommen.

Die Unzufriedenheit, welche der Waffenstillstand mit den Dänen in ganz Deutschland selbst unter den Gemäßigten hervorrief, die Besorgniß, daß er nur das Vorspiel zu einem Aufgeben der Herzogthümer sei, erregte im höchsten Grade die Exaltation der Demokraten, die ohnedies nie geruht hatten, und begierig jede Gelegenheit zur Darlegung ihrer leidenschaftlichen Gesinnungen ergriffen. Am stärksten war für den Augenblick die Gährung in Frankfurt und dessen Nähe, wo die Opposition in der Nationalversammlung mit ihren Gesinnungsgenossen außerhalb derselben in unmittelbarer Verbindung stand, und dieselben sich gegenseitig entflammten. Am 17. September wurde auf der Pfingstweide, einem großen Anger im Nordwesten der Stadt, eine Volksversammlung, aus wenigstens 20,000 Köpfen bestehend, abgehalten, wo die Abgeordneten Schlöffel, Simon aus Trier, Zitz aus Mainz Worte sprachen, die eine Aufforderung zum offenen Kampfe enthielten. Zitz sagte: „jetzt wollen wir Fraktur schreiben!" Die 258 Abgeordneten, welche den Malmöver Waffenstillstand angenommen hatten, wurden von der versammelten Menge für Verräther am deutschen Volke erklärt. Die geheime Absicht der Führer war, wenn die vorbereitete Bewegung gelingen sollte, die Nationalversammlung sprengen und die Republik ausrufen zu lassen, äußerlich aber stellten sie sich als wollten sie nur die

Zurücknahme des Beschlusses wegen des Waffenstillstandes mit den Dänen im Wege einer großen Petition durchsetzen. Das Reichsministerium war von dem Vorhaben der Demokraten unterrichtet, und hatte einige Bataillone Oesterreicher und Preußen aus dem benachbarten Mainz herbeigerufen. Als die auf der Pfingstweide vorbereitete Petition, wegen Zurücknahme der gefaßten Beschlüsse, der Nationalversammlung übergeben werden sollte, fand die Menge die Umgebungen der Paulskirche von Truppen besetzt. Es kam zu einem Zusammenstoß, der aber ohne viele Opfer an Menschenleben entschieden wurde. Das Volk hatte Barrikaden gebaut, die von den Truppen mit einem Verlust von nur acht Mann genommen wurden. Von größerer Bedeutung aber wurde dieser Kampf durch den tragischen Tod zweier preußischen Mitglieder der Nationalversammlung, des Fürsten Lichnowsky und des Generals von Auerswald, der ein grelles Licht auf die damals in den niederen Schichten der revolutionairen Partei herrschende Stimmung wirft. Beide hatten, so hieß es, den zur Bekämpfung des Aufstandes herbeiziehenden Bundestruppen entgegenreiten wollen, waren aber vor der Stadt von einer blutdürstigen Rotte angefallen und niedergemacht worden. Auerswald blieb auf der Stelle todt, während Lichnowsky erst in der folgenden Nacht verschied. Auch der Reichsminister Heckscher, der früher sehr populair gewesen, und der greise Turnvater Jahn hatten in großer Gefahr geschwebt. Der Reichsverweser, der bis dahin wenig Thatkraft gezeigt hatte, raffte sich jetzt zusammen, erklärte die Stadt in Belagerungszustand, hob die Vereine auf, und nahm strenge Maßregeln zur Wiederherstellung der Ruhe. Der Aufstand vom 17. September in Frankfurt, das damals gewissermaßen für die politische Hauptstadt Deutschland's gelten konnte, ist ein Ereigniß von größerer Tragweite gewesen, als der äußere Verlauf desselben für den Augenblick anzudeuten schien. Die Massen hatten sich gegen die Nationalversammlung erklärt, die nur durch militairische Hülfe vor gewaltsamer Auflösung gerettet worden war. Das Parlament durfte nicht mehr auf das Volk rechnen, und die Soldaten, die es geschützt hatten, konnten, nachdem das Volk von ihnen besiegt worden, sich bei einem Streit zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung auch gegen diese verwenden lassen. Die Lage der Dinge war eine entschieden andere als bei der Eröffnung des Parlaments geworden.

Wenige Tage nach dem deutschen Parlament war in Berlin die zur „Vereinbarung der Verfassung berufene" preußische Nationalversammlung, wie es im officiellen Styl hieß, von Friedrich Wilhelm IV.

eröffnet worden (22. Mai). In ihr befanden sich 100 Justiz=, 50 Verwaltungs=, 28 Gemeinde=Beamte, 50 Geistliche, 27 Lehrer, 68 bäuerliche Grundbesitzer, 28 Handwerker. Aus den Mitgliedern der früheren Ritterschaft waren nur wenige gewählt worden. Dieser Stand, der sich noch vor einem Jahr geweigert hatte, den Stadt= und Landgemeinden einige Abgeordnete mehr zu bewilligen, sah sich von der Theilnahme an der Neugestaltung des politischen Lebens in seinem Vaterlande thatsächlich fast ausgeschlossen. Die Berliner Versammlung besaß weniger berühmte Namen und allgemein anerkannte Kapacitäten als die Frankfurter, was jedoch nicht nothwendig ein Hinderniß zur Lösung ihrer Aufgabe gewesen wäre. Aber auch in ihr regten sich, und zwar noch früher als in Frankfurt, die zersetzenden und zerstörenden Elemente, die in jener anfangs so hoffnungsvollen, später so traurigen Epoche hervorgetreten sind. Die in Preußen wie in ganz Deutschland so lange unnatürlich zurückgedrängte Entwickelung der staatlichen Zustände rächte sich, als die Schranken endlich gefallen waren, durch die Maßlosigkeit in den Forderungen, den Haß gegen das Bestehende, die zügellose Parteiwuth, das gegenseitige Mißtrauen, die wie Eiterbeulen an allen Stellen des gesellschaftlichen Körpers hervorbrachen, und später gewaltsame Operationen, aber keine innere Heilung herbeiführten.

Die preußische Nationalversammlung nahm, allerdings großentheils durch die Ungunst der ihrem Zusammentreten vorangegangenen und dasselbe begleitenden Umstände, eine Richtung und Haltung an, die es ihr unmöglich machte, die Gefahren, die sie selbst enthielt, oder von denen sie umgeben war, zu vermeiden. Es war in ihr eine Partei vorhanden, welche von der Vereinbarung der Verfassung mit der Krone nichts wissen wollte, sondern das Königthum gewissermaßen wie suspendirt ansah, und ohne dasselbe eine Verfassung zu berathen dachte, die es nach ihrer Vollendung unbedingt anerkennen sollte, und eine andere Partei, die, von der im Monat März ausgebrochenen Bewegung anfänglich wie betäubt und zu sehr weit gehenden Koncessionen bereit, allmälig wieder Muth gefaßt hatte und die Hoffnung hegte, die früheren Zustände, im Wesentlichen, wenn auch unter etwas veränderten Formen, wiederherstellen zu können. Die aufrichtigen, gemäßigten und aufgeklärten Freunde einer wahrhaften konstitutionellen Monarchie waren in der Minderzahl, spalteten sich und arbeiteten einander häufig sogar entgegen. Die meisten wollten über das vorgesetzte Ziel hinausgehen oder hinter demselben zurückbleiben. Von oben her fand so gut wie gar keine Leitung statt. Der König trat in einem Lande, das so lange eine abso=

lute Monarchie gewesen, und dessen Bevölkerung noch immermonarchisch gesinnt war, zu wenig hervor, und die Minister, welche die Verantwortlichkeit für alle von oben her kommenden Entscheidungen auf sich genommen hatten, konnten sich weder auf den Träger der Krone noch auf einen zahlreichen und festen Anhang in der Versammlung stützen. Die anarchische Partei, die Straßendemagogie, der Hang zu Excessen waren in Berlin als einer großen Stadt und in der eine gewaltsame Unterbrechung der herkömmlichen Verhältnisse statt gefunden hatte, weit verbreiteter als in Frankfurt und es wurden ihnen von oben her weniger Zügel angelegt. Während auf der einen Seite die Neigung zu gesetzwidrigen Ausschreitungen und Uebertretungen mehre Monate lang immer allgemeiner wurde, und die Märzbewegung sich in lauter einzelne Tumulte oft der niedrigsten Art aufzulösen schien, ließ anderseits das dem Namen nach konstitutionelle Ministerium das ganze Personal des alten absolutistischen Regiments bestehen, mit dessen Hülfe die Reaktion bei der ersten günstigen Gelegenheit die zerrissenen Fäden ihrer Zusammenhörigkeit mit den früheren Zuständen wieder anknüpfen konnte.

Wie sehr es sowohl der Regierung als der Nationalversammlung an politischem Geist und Takt fehlte, gab sich besonders bei der Rückkehr des Prinzen von Preußen kund. Da derselbe sich freiwillig entfernt hatte und sogar während seiner Abwesenheit zum Abgeordneten gewählt worden war, so verstand es sich von selbst, daß er zu jeder Zeit wiederkommen und seinen Sitz in der Versammlung einnehmen konnte. Gleichwohl machte das Ministerium seine Rückkehr zu einer öffentlichen Angelegenheit, indem es dieselbe in einem Bericht an den König befürwortete und dessen Genehmigung dazu einholte, so als ob gesetzliche Hindernisse vorhanden gewesen wären. Auch schien die Regierung eine Art von Garantie für die konstitutionelle Gesinnung des Prinzen übernehmen zu wollen. Dadurch wurden die Demagogen veranlaßt alle früher ausgestreuten Verläumdungen gegen den Prinzen zu wiederholen, und sich gegen seine Rückkehr in das Vaterland in Petitionen und Straßenaufläufen zu erklären. Als der Prinz von Preußen in der Nationalversammlung erschien, vergaß man bei seinem Empfange absichtlich, daß der Deputirte zugleich der präsumtive Thronfolger war. Als am 8. Juni der Antrag des Abgeordneten Behrends, daß die Kämpfer des 18. März sich um das Vaterland wohlverdient gemacht hätten, nicht allgemeine Zustimmung fand, wurden beim Nachhausegehen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Heinrich von Arnim, und der Abgeordnete Prediger Sydow, von der rohen Menge beleidigt, und mußten, um wei-

teren Mißhandlungen zu entgehen, sich in das Universitätsgebäude flüchten. Am 15. Juni stürmte der Pöbel das Berliner Zeughaus, plünderte, zerstörte, und wurde erst verhindert als der Schaden und die Schande schon vollbracht waren. Der vermöge des Princips der Volksbewaffnung in Berlin errichteten Bürgerwehr fehlte es nicht an tüchtigen Elementen, aber sie wurde wie absichtlich ohne angemessene Führung gelassen, und dagegen eine überzahlreiche Polizeimannschaft errichtet, die, wenn man der Bürgerwehr eine bessere Organisation gegeben hätte, überflüssig gewesen wäre. Camphausen, der als Minister die früher in ihn gesetzten Hoffnungen nicht gerechtfertigt hatte, trat am 20. Juni zurück, und Hansemann bildete ein neues Ministerium, in welches Rudolph von Auerswald, der Graf von Schwerin, Rodbertus und Milde eintraten. Dasselbe war von Anfang an in sich uneinig, und schien keinen bestimmten Plan und Zweck zu verfolgen. Rodbertus trat bald wieder aus, da seine Absicht, die preußische Politik der deutschen Einheitsidee unterzuordnen, bei seinen Kollegen keinen Anklang fand. Friedrich Wilhelm IV., der in der ersten Zeit nach den Märzereignissen, wie mehre seiner öffentlich gethanen Aeußerungen annehmen lassen, sich mit den eingetretenen Veränderungen und dem Aufhören der absoluten Gewalt ausgesöhnt haben würde, wenn er einen sicheren Grund zum Bau eines neuen Systems gefunden hätte, schien an dem Gelingen des begonnenen Werkes auf dem eingeschlagenen Wege zu verzweifeln, und neigte sich wieder den vormärzlichen Anschauungen und Einflüssen zu.

Der Nationalversammlung war von dem Ministerium ein Verfassungsentwurf vorgelegt worden, der, was den in ihm vorherrschenden Geist betrifft, nicht ganz zeitgemäß und in der Form lückenhaft war. Aber anstatt ihn zu verbessern und zu vervollständigen, denn er enthielt auch vieles Brauchbare, ward er vollkommen bei Seite geschoben, und die Nationalversammlung ging, aber sehr langsam, an die Ausarbeitung eines ganz neuen Entwurfes. Zwischen dem Ministerium und der Volksvertretung fand nicht die nöthige innere und äußere Berührung statt. Der Verband war locker und schien zuweilen wie gar nicht vorhanden zu sein. Die Regierung hatte für die Nationalversammlung beim Anfange der Session nicht hinreichende Vorlagen in Bereitschaft gesetzt, und die Abgeordneten würden im Anfange wenig zu thun gehabt haben, wenn sie nicht die Zeit mit Interpellationen an die Minister ausgefüllt hätten, die aber für die betreffenden Gegenstände selten förderlich waren. Später kam mehr Leben in die Arbeiten der Ausschüsse, die ausgezeichneteren Fachmänner, an denen es der Versammlung nicht fehlte, er.

mannten sich, und es ward ein reichhaltiges, legislatives Material gesammelt, das aber, nachdem später die Rückschrittspartei die Oberhand gewonnen hatte, so gut wie unbenutzt geblieben ist. Aber die Gährung in den Massen, die Schwäche der Minister, das Schwankende des ganzen Zustandes, die trübe Aussicht in die Zukunft verhinderten, daß die gesetzgeberischen Arbeiten selbst von denen mit Freudigkeit und Ruhe in Angriff genommen wurden, die dazu geneigt und befähigt waren. Reibungen zwischen Volk und Militair wurden so häufig und nahmen hier und da einen so drohenden Charakter an, daß am 9. August in der Nationalversammlung der Antrag gestellt und angenommen wurde, der Kriegsminister möge sich in einem Erlaß an die Armee dahin aussprechen, daß die Officiere allen reactionairen Bestrebungen fern bleiben, und daß diejenigen unter ihnen, mit deren politischen Ueberzeugungen dies nicht vereinbar sei, den Dienst verlassen sollten. Da dieser Beschluß unausgeführt geblieben, so ward er am 7. September mit großer Stimmenmehrheit erneuert, worauf das Ministerium zurücktrat, und der König ein neues Kabinet einsetzte, in welchem der General Pfuel den Vorsitz mit dem Kriegsministerium, Graf Dönhoff und Oberpräsident Eichmann, Männer der alten Diplomatie und Bureaukratie, die auswärtigen Angelegenheiten und das Innere übernahmen. In der Hauptstadt wie in den Provinzen dauerten die Tumulte und Unordnungen aller Art ununterbrochen fort, welche der Reaktion mehr als alles Andere in die Hände arbeiteten, die in sich selbst schwerlich die Kraft gefunden hätte, ihr Haupt wieder emporzurichten. Am 16. Oktober fand in Berlin ein blutiger Zusammenstoß zwischen Bürgerwehr und Arbeitern statt; in denselben Tagen brachen auf weit von einander gelegenen Punkten, in Elbing, Greifswalde und Liegnitz, meuterische Bewegungen aus. Am 26. Oktober trat in Berlin ein sogenannter Demokratenkongreß zusammen, der aber die Ideen, denen er zu dienen beabsichtigte, nur herabsetzen konnte. Die niederen Schichten der Berliner Bevölkerung zeigten sich jetzt auch gegen die Majorität der Nationalversammlung mißtrauisch und feindselig, und gingen selbst zu persönlichen Beleidigungen gegen die Mitglieder der rechten Seite über. Das Ministerium that nichts, um diesen Ausschreitungen ernstlich entgegenzutreten. Mehre Monate lang, während so viele Unordnungen vorfielen, war weder die Garnison der Hauptstadt angemessen verstärkt, noch die Bürgerwehr besser organisirt worden. Die Reaktion, die nur auf den geeigneten Augenblick wartete, um sich des Staatsruders bemächtigen zu können, glaubte ihn gefunden zu haben, als am 31. Oktober der Berliner Pöbel das Schau-

spielhaus, wo damals die Nationalversammlung ihre Sitzungen hielt, umstellte, die ihm mißliebigen Mitglieder derselben beim Ein- und Ausgehen beleidigte, während der Abendsitzung mehre Thüren vernagelte, und Stricke zum Vorschein brachte, als Symbole dessen, was ein Theil der Versammlung nach seiner Meinung verdient hätte. Es wäre leicht gewesen, solchen Ausbrüchen der Rohheit zuvorzukommen, man wollte es aber nicht, um sie nachher im reaktionairen Sinne ausbeuten zu können.

Das Ministerium Pfuel war von Freunden und Gegnern von Anfang an nur als ein Uebergangsministerium angesehen worden. Daß der Zustand, so wie er damals war, nicht fortdauern konnte, ward allgemein gefühlt. Pfuel reichte mit seinen Kollegen seine Entlassung ein, und am 1. November wurde der General Graf von Brandenburg, ein natürlicher Sohn Friedrich Wilhelm II., von dem Könige mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt. Als die Nationalversammlung von diesem Schritt in Kenntniß gesetzt wurde, schickte sie ihren Präsidenten mit einer Deputation nach Potsdam, um Friedrich Wilhelm IV. eine Adresse zu überreichen, in der gegen die Ernennung des Grafen von Brandenburg protestirt und ein volksthümliches Ministerium dringend angerathen wurde. Der König ertheilte keine Antwort auf die Adresse, und schien in sehr gereizter Stimmung zu sein, die noch zunahm, als der Doktor Johannes Jakoby aus Königsberg, der Verfasser der „Vier Fragen“, mit unzeitiger Freimüthigkeit die Worte fallen ließ: es sei das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen. Am 8. November machte eine Kabinetsordre den Rücktritt des Ministeriums Pfuel und die Ernennung eines neuen Kabinets bekannt, in welchem Graf Brandenburg das Präsidium mit den auswärtigen Angelegenheiten, der bisherige Ministerialdirektor von Manteuffel das Innere, der Generalmajor von Strotha das Kriegsdepartement übernahmen. An demselben Tage ging der Nationalversammlung eine königliche Botschaft zu, in welcher deren Verlegung nach Brandenburg, und Eröffnung ihrer Sitzungen daselbst für den 27. November ausgesprochen war. Als Grund dieser Veränderung wurden die Einschüchterungen und Gewaltthätigkeiten angegeben, welchen die Mitglieder der Versammlung in Berlin zu wiederholten Malen ausgesetzt gewesen. Die Mehrheit der Nationalversammlung protestirte gegen ihre Verlegung, indem sie der Krone das Recht zu dieser Maßregel bestritt. Am 10. November rückte General Wrangel mit zahlreichen Truppen in Berlin ein, ohne den geringsten Widerstand zu finden. Die Stadt wurde in Belagerungszustand erklärt, die Bürgerwehr aufgelöst und eine allgemeine Entwaffnung angeordnet.

Die rechte Seite der Nationalversammlung folgte der Weisung des Königs und begab sich nach Brandenburg, die Majorität mit dem Präsidenten von Unruh versuchte ihre Sitzungen in Berlin fortzusetzen, wurde aber aus einem Zufluchtsort nach dem anderen vertrieben, sprach aber, ehe sie gezwungen wurde, ihre Berathungen zu schließen, das Verbot aus, die Steuern an das neue Ministerium zu entrichten. Die Versammlung wurde am 27. November in Brandenburg wirklich eröffnet. Ein Theil der Opposition hatte sich ebenfalls dahin begeben, aber nur um gegen die Rechtmäßigkeit des Geschehenen zu protestiren. In der Sitzung des 1. December verließ sie im Augenblick der Abstimmung den Saal, wodurch die Wahl des Präsidiums verhindert wurde. Am 5. December löste der König die Nationalversammlung auf, gab aus eigener Macht eine Verfassung mit zwei Kammern, ließ Neuwahlen für dieselben ausschreiben und setzte ihre Eröffnung auf den 26. Februar 1849 in Berlin fest. Die preußische Nationalversammlung hat während ihrer kaum sechsmonatlichen Dauer allerdings große Mißgriffe begangen, wer aber sich die Umstände vergegenwärtigt, unter denen sie gewirkt hat, wird das Fehlschlagen der in sie gesetzten Erwartungen nicht ihr allein Schuld geben wollen.

Unterdessen war in Wien die Revolution fast durch dieselben Stadien wie in Berlin gegangen, nur daß dieselbe, obgleich weniger blutig begonnen, ein gewaltsameres Ende finden sollte. Die Regierung war seit den Märzereignissen in Wien wie in Berlin ohne Haltung und Kraft, den Führern der freisinnigen Partei schwebte kein bestimmtes Ziel ihres Strebens vor, oder sie wußten den Weg dazu nicht zu finden, und die Menge wurde nach Abschüttelung des früheren Joches von rohen Ausbrüchen der Leidenschaft hin- und hergeworfen, die es unmöglich machten, auf den Trümmern des Alten neue und bessere Zustände dauernd zu gründen. Alles lief verworren und planlos durcheinander, und oft ward, was heute mit Eifer erfaßt worden, schon am anderen Tage gleichgültig bei Seite gesetzt. Die Nothwendigkeit einer Regulirung der Presse wurde gefühlt, da eine große Menge meist schlechter Tagesblätter plötzlich aufgetaucht war, welche die öffentliche Meinung auf Abwege führten. Am 31. März ward ein provisorisches Preßgesetz erlassen, das aber von der Aula verworfen und von Prager Studenten sogar öffentlich verbrannt wurde. Im Ministerium herrschte solche Uneinigkeit, daß der Minister des Innern dieses Gesetz zurücknahm, während der Justizminister dasselbe zur Beachtung an die Gerichtshöfe versandte. Am 25. April wurde die neue, vom Kaiser in den Märztagen versprochene Verfassung

verkündigt, die aber keine Partei befriedigte und ein todter Buchstabe blieb. Die Regierung hatte nicht umhin können, die Stellung Oesterreich's zu Italien und Deutschland in Betracht zu ziehen, wo neuerdings so große Veränderungen eingetreten waren. Sie zeigte sich zur Abtretung der Lombardei an Sardinien geneigt, und arbeitete in Frankfurt und an den deutschen Höfen dem preußischen Einfluß entgegen. Aber es waren die Ereignisse, nicht die Plane derer, welche in Wien dem Namen nach an der Spitze standen, welche diese Fragen entschieden.

Das neue österreichische Ministerium war von Anfang an in Auflösung begriffen. Graf Kolowrat, der früher im Vergleich zu Metternich für freisinnig und für dessen politischen Gegner gegolten hatte, obgleich er viele Jahre mit ihm an demselben Ministertisch gesessen, war an seine Stelle getreten, fühlte sich aber der ihm jetzt zugefallenen Aufgabe so wenig gewachsen, daß er schon in den ersten Tagen des Aprils zurücktrat. Dasselbe geschah von Seiten des Finanzministers von Kübeck, der den Minister von Krauß zum Nachfolger bekam, welcher, merkwürdig genug, in allen Phasen der Revolution, bald etwas schneller bald etwas langsamer gehend, bis zum Schlußakt aushielt. Am Ende des Aprilmonats gab auch General Zannini das Kriegsportefeuille auf, das der Graf Latour übernahm, der bis zu seinem tragischen Ende in dieser Stellung blieb. Das Ministerium des Innern bekleidete von Pillersdorff, der, bis zu den Märzereignissen für eine bedeutende Kapacität geltend, während der revolutionairen Bewegungen sich unentschlossen und rathlos zeigte, aber weil er es mit keiner Partei ganz hielt und mit keiner ganz verdarb, eine Zeit lang unentbehrlich schien. Der fähigste und geistreichste unter den damaligen österreichischen Staatsmännern, der als Diplomat und politische Schriftsteller ausgezeichnete Graf Ficquelmont, der in diesem Ministerium die auswärtigen Angelegenheiten leitete, wurde, nicht durch einen Volksaufstand, sondern durch eine im größten Styl ausgeführte Katzenmusik gestürzt, ein Vorfall, der die ganze Situation nicht übel zeichnete. Dasselbe Mittel der Einschüchterung wurde gegen den Erzbischof von Wien, den Fürsten von Lichtenstein, den päbstlichen Nuntius und andere bedeutende Personen angewandt. Während des Aprilmonats wäre so etwas, da die Begeisterung der Märztage noch einigermaßen nachwirkte, nicht möglich gewesen. Aber die Unentschiedenheit und Thatlosigkeit der Regierung und das furchtsame Sichzurückziehen der besseren Elemente der Bevölkerung ließen die Demagogen, die unreife Jugend und den Pöbel immer mehr in den Vordergrund treten. Von Anfang Mai an wurde die Geschichte der Wiener Revolution eine

Geschichte von Straßenaufläufen, Barrikadenbauten und Komplotten, über denen Zeit, Kraft und Sinn zu einer Neugestaltung Oesterreich's verloren ging.

Während in den Märztagen die Gewährung der Preßfreiheit und das bloße Versprechen einer Verfassung in Wien so lebhafte Bezeugungen der Freude und des Dankes gegen den Kaiser hervorgerufen hatte, war man jetzt mit der am 25. April bekannt gemachten Verfassung, schon weil sie eine von oben her gegebene war, eine erste Kammer, Census und indirekte Wahlen bestimmte, im höchsten Grade unzufrieden. Ein Centralcomité, aus Abgeordneten der Nationalgarde und der akademischen Legion bestehend, stellte sich an die Spitze der aus der Revolution hervorgegangenen Volkswehr, und forderte von der Regierung die Beseitigung der octroyirten Verfassung und die Einberufung einer konstituirenden Versammlung, um ein neues Grundgesetz zu entwerfen. Die Minister dachten anfänglich diesem Ansinnen zu widerstehen und ließen Militair und Kanonen in Bereitschaft setzen. Da rückte am 15. Mai Abends acht Uhr die akademische Legion, Gewehr im Arm, nach dem Gebäude des Hofkriegsraths, wo das Ministerium berieth und noch nicht zur Gewährung aller aufgestellten Forderungen bereit schien. Die Stadt ward erleuchtet, Barrikaden erhoben sich, Gerüchte von einer allgemeinen Volkserhebung wurden absichtlich verbreitet und geglaubt, obgleich nichts der Art zu befürchten stand. Der Hof gerieth in Bestürzung, und nach Mitternacht wurde die Aprilverfassung für aufgehoben erklärt, und eine aus fast allgemeinem Wahlrecht hervorzugehende konstituirende Reichsversammlung bewilligt. Der Kaiser, der sich für seine bisherige Nachgiebigkeit so übel belohnt sah, und von den häufigen Tumulten in seiner Nähe erschreckt war, beschloß Wien im Stillen zu verlassen, was schon am 17. Mai ausgeführt wurde, indem die kaiserliche Familie, anstatt von ihrer gewöhnlichen Spazierfahrt nach Schönbrunn in die Hauptstadt zurückzukehren, den Weg nach Innsbruck einschlug, wo sie mit unermeßlichem Jubel empfangen wurde. Die Wiener erschraken über die Entfernung des Hofes und die Minister fühlten eine Anwandlung von Entschlossenheit. Das Centralcomité wurde aufgelößt, einige der bekanntesten Aufwiegler mußten sich verbergen und man war nahe daran, die Aula selbst zu sprengen. Zahlreiche Deputationen wurden an den Hof nach Innsbruck gesandt, um ihn zur Rückkehr einzuladen. Aber das Ministerium wußte diese ihm günstige Stimmung nicht zu benutzen, die bald in das Gegentheil umschlug. Es wurde ein Sicherheitsausschuß eingesetzt, es erhoben sich wieder Barri-

laden, die Demagogen drohten mit einer neuen Schilderhebung, und die Regierung gab nach, und schien jeder unabhängigen Willensäußerung entsagen zu wollen.

Das früher so feste und starke Oesterreich, das der Expansionskraft der französischen Revolution und dem militairischen Genie Napoleon's einen so beharrlichen Widerstand entgegengesetzt hatte, weil damals die einzelnen Bestandtheile des Reichs in der gemeinsamen Gefahr unter einander eng verbunden gewesen, drohte jetzt wie eine abgenutzte Maschine auseinander zu fallen. Die Lombardei und Venedig hatten sich von dem Gesammtstaat bereits losgesagt und in Ungarn herrschte eine Stimmung, die Aehnliches erwarten ließ. Der alte gegenseitige Haß der verschiedenen Nationalitäten, die den Kaiserstaat bilden, das Streben derselben, sich vom Mittelpunkt ganz oder wenigstens zum Theil unabhängig zu machen, sich die eine auf Kosten der anderen zu erheben, erwachte auch da, wo sich seit lange keine Zeichen dieser Gesinnung kund gegeben hatten. Unter den Czechen in Böhmen regte sich die Erinnerung an die frühere Macht und Unabhängigkeit ihres Landes, und sie begannen ihre deutschen Landesgenossen als Fremde und selbst als Feinde anzusehen. Der geistige Vorkämpfer ihrer Nationalität, Palacky, hatte die Zugehörigkeit Böhmen's zu Deutschland bestritten, und die Czechen von den Wahlen zu der Nationalversammlung in Frankfurt abgehalten. Die Czechen verlangten die Einverleibung Mähren's und des österreichischen Schlesien's mit ihrem Lande als Anerkennung eines alten Rechts. Ihre Wortführer stellten, die Kopfzahl der zum Kaiserreich gehörigen Bevölkerungen allein in Betracht ziehend, die Ansicht auf, daß Oesterreich mehr slavisch als deutsch sei, und träumten von einer Föderation aller oder wenigstens der österreichischen Slaven. Sie hatten gehofft, der Kaiser werde, als er sich von Wien entfernte, sich in ihre Mitte, statt nach Innsbruck begaben. Um ihre Bestrebungen zu concentriren, hatten die Leiter der czechischen Bewegung einen Slavenkongreß nach Prag ausgeschrieben, der am 2. Juni unter Palacky's Vorsitz eröffnet wurde. Alle slavischen Stämme waren dabei vertreten, die Russen durch den später bekannt gewordenen politischen Flüchtling Michael Bakunin. Aber diese Zusammenkunft war eher geeignet, die Verschiedenheit als die Einheit der slavischen Stämme darzuthun. Denn die Nord- und Südslaven verstanden sich nur sehr unvollkommen, und waren genöthigt, bei ihren Erörterungen sich häufig der deutschen Sprache zu bedienen, ein widerwilliges Eingeständniß, daß im österreichischen Kaiserstaat die deutsche Nationalität das allgemeine Verbindungsmittel und Kulturelement

ist, dem selbst die Gegner der deutschen Suprematie sich nicht entziehen können. Uebrigens wurden auf diesem Slavenkongreß zwar viele Fragen angeregt, aber keine einzige gründlich beleuchtet, geschweige denn entschieden, und er verschwand ohne eine Spur seines Daseins zurückzulassen. Die Abneigung gegen das deutsche Wien und das Mißtrauen gegen das den deutschen Tendenzen huldigende Ministerium veranlaßte die Czechen in Prag eine provisorische Regierung einzusetzen, im Grunde nur, um ihre nationalen Zwecke zu verfolgen, aber dem Vorgeben nach, um dem Kaiser im Gegensatz zu dem aufrührischen Wien eine ungefärbte Treue zu bewahren. Einer ihrer Wortführer, der später oft genannt worden ist, Rieger, setzte eine Konstitution für Böhmen auf, die aber vom Hofe in Innsbruck abgelehnt wurde. Die Czechen glaubten jetzt ihre Absichten leichter durchsetzen zu können, wenn sie den Fürsten Windischgrätz, der die kaiserlichen Truppen in Prag befehligte, von dort entfernten. Sie beschlossen in einer Volksversammlung im Wenzelsbad, die Versetzung dieses Generals beim Kaiser zu beantragen. Es kam zuletzt zu einem Zusammenstoß zwischen den kaiserlichen Truppen und der czechischen Partei, die aber von Windischgrätz mit einigen Kanonenschüssen zur Unterwerfung gebracht wurde (17. Juni). Es war dies seit den Märztagen der erste Sieg des Militairs über einen bewaffneten Volksaufstand, und der Vorläufer dessen, was später auf einem größeren Schauplatz geschehen sollte.

Nach dem 15. Mai war in Wien eine gewisse Ruhe eingetreten. Die demokratische Partei wünschte die Rückkehr des Kaisers, um ihre Maßregeln von ihm sanctioniren zu lassen, und sie vermied deshalb alles, was dem Hofe Grund zu einer längeren Entfernung geben konnte. Der Kaiser hatte seinen Oheim, den Erzherzog Johann, zu seinem Stellvertreter in Wien ernannt, der sich aber bald nach Frankfurt begeben mußte, um sich an die Spitze der deutschen Centralgewalt zu stellen. Er übte übrigens anwesend oder abwesend, keine Macht aus, die Entscheidung lag nach wie vor in der Aula und dem Sicherheitsausschuß. Als der Erzherzog am 17. Juli wieder in Wien erschien, fand eine Veränderung im Ministerium statt. Pillersdorff legte das Ministerium des Innern nieder, das der durch seine Opposition auf den früheren Landtagen bekannte Baron von Doblhoff übernahm; Wessenberg, der Oesterreich unter Metternich schon auf dem Wiener Kongreß vertreten hatte, ein Bruder des berühmten Bisthumsverwesers von Konstanz, übernahm das Auswärtige; der damals noch freisinnige Advokat Alexander Bach erhielt das Departement der Justiz; der Journalist von Schwarzer wurde

Arbeits=, der Fabrikenbesitzer Hornbostl Handelsminister. Latour und Krauß blieben in ihren Stellen. Dieses Ministerium, fast aus allen den gebildeten Klassen angehörigen Berufszweigen hervorgegangen, war aber gleichwohl ohne Einheit und Kraft.

Es waren inzwischen die Wahlen zu der am 15. Mai gewährten konstituirenden Nationalversammlung vollzogen worden. Die Eröffnung derselben durch den Erzherzog Johann im Namen des Kaisers fand am 22. Juli unter lebhafter Betheiligung des Publikums statt. Die Versammlung bestand aus 383 Mitgliedern, und war wohl eigenthümlicher zusammengesetzt als je in einem großen Staat und einer glänzenden Hauptstadt der Fall gewesen ist. Es befanden sich in ihr 92 Bauern, von denen 32, die Gallizien angehörten, in Röcke von roher Leinwand oder in Schafpelze gekleidet waren, und wenig oder gar kein deutsch verstanden. Das Ministerium, ohne äußere Stütze und innere Uebereinstimmung, konnte im Reichstage keine feste Partei für sich bilden, und übte auf denselben keinen Einfluß aus. Es hatte sein Verbleiben im Amt von der Rückkehr des Kaisers abhängig gemacht, der am 12. August seinen Einzug in Wien hielt und dann seine Residenz in Schönbrunn aufschlug. Er ward diesmal lau, hier und da selbst mit Hohn, empfangen, die frühere Liebe des Volks für seine Person schien ganz erkaltet zu sein. Die Abneigung gegen seine Umgebungen hatte sich zuletzt auch gegen ihn, obwohl unverdienter Weise, gerichtet. Wie wenig moralischen Einfluß die Anwesenheit des Kaisers auf die Masse der Bevölkerung ausübte, kann schon daraus entnommen werden, daß es am 21. August zwischen der Nationalgarde und dem Proletariat zum offenen Kampf kam, weil das Ministerium den Lohn für die öffentlichen, von staatswegen angeordneten Arbeiten herabgesetzt hatte. Die Proletarier wurden mit Hinterlassung einiger Todten und vieler Verwundeten besiegt. In Folge dessen ward der Sicherheitsausschuß aufgelöst, der sich vornehmlich auf die Arbeiter gestützt hatte. Mitten in diese traurigen Wirren und die im Ganzen unerquicklichen Berathungen des Reichstages fiel ein heilsames und folgenreiches Ereigniß. Am 9. September bestätigte der Kaiser die von der Versammlung beschlossene Aufhebung des ländlichen Unterthanenverbandes und Entlastung des bäuerlichen Besitzes.

Die Vorgänge in Ungarn hatten von Beginn der Bewegung an auf Wien einen großen Einfluß ausgeübt. Das Beispiel der magyarischen Opposition, die begeisternden Reden Kossuth's, die Beschlüsse des ungarischen Reichstags entflammten die Gleichgesinnten in Wien, und flößten ihnen Hoffnung auf ähnliche Erfolge ein. Auch hatte Kossuth

Agenten in Wien, Deutsche, Ungarn, Polen, durch die er auf die Tagespresse und die öffentliche Meinung einen bedeutenden Einfluß ausübte. Namentlich unterhielt er eine geheime, aber sehr thätige Verbindung mit den Demagogen in den Vereinen und Ausschüssen. Er verstand es mit Hülfe seiner geheimen Verbündeten und rechtzeitiger Geldspenden Stürme zu erregen und zu beschwichtigen, je nach den Erfordernissen seiner Politik. Am 6. September kam eine aus 120 Mitgliedern bestehende ungarische Deputation in Wien an, um den Kaiser nach Pesth einzuladen, was aber von demselben abgelehnt wurde. Vierzehn Tage später sandte Kossuth zwölf Mitglieder des Reichstages nach der österreichischen Hauptstadt, diesmal aber um, nicht mit dem Kaiser, sondern der Nationalversammlung zu unterhandeln, in der Absicht, diese zu einer Vermittelung zwischen Ungarn und dem Hofe zu bewegen. Die Versammlung wagte es aber nicht, obwohl sie fühlte, daß ihre Sache mit der Ungarn's in mehr als einer Beziehung zusammenhing, die Deputation zu empfangen, die unverrichteter Sache nach Pesth zurückkehrte.

Der längst vorhergesehene Bruch zwischen den Ungarn und dem kaiserlichen Hofe war endlich eingetreten, und ein Theil der Wiener Besatzung sollte am 6. Oktober nach der ungarischen Grenze vorrücken. Ein Grenadierbataillon verweigerte den Gehorsam, und wurde, als es von herbeigerufener Kavallerie zum Abmarsch gezwungen werden sollte, bei seinem Widerstande von Nationalgarden, Studirenden und Arbeitern unterstützt. Es erhob sich an der Taborbrücke ein Gefecht, in welchem zwei höhere österreichische Officiere, General Bredy und Oberstlieutenant Klein getödtet und einige Kanonen vom Volk genommen wurden. Auch die Nationalgarde gerieth aneinander, indem ein Theil, der sich auf die Seite des Kaisers neigte, das Sturmläuten auf dem St. Stephansthurm verhindern wollte, während ein anderer dies durchsetzte, so daß in der Kirche selbst Blut floß. Alles gerieth in die wildeste Aufregung und das Militair wurde auch in anderen Stadttheilen angegriffen. Da kam der Reichstag unter Strohbach's Vorsitz mit den im Kriegsministerium versammelten Ministern dahin überein, daß die 10,000 Mann starken Truppen unter Graf Auersperg die Stadt verließen, der Reichstag sich aber verpflichtete, die Minister zu schützen. Schon seit längerer Zeit war der Kriegsminister Graf Latour der exaltirten Partei besonders verhaßt, und man hatte bereits im September von den Demagogen Todesdrohungen gegen ihn ausstoßen hören. Man wußte, daß Radetzky, vornehmlich durch die von Latour ihm nach Italien zugesandten Verstärkungen, in den Stand gesetzt worden war, wie-

der die Offensive gegen die Sardinier zu ergreifen, was ihn zuletzt zum Siege geführt hatte. Auch war es bekannt geworden, daß Latour während der zweideutigen Rolle, die der Hof eine Zeit lang zwischen dem ungarischen Ministerium und dem General Jellachich, Banus von Kroatien, spielte, letzteren im Geheimen mit Geld und Kriegsvorrath unterstützt hatte. Die demokratische Partei in Wien hielt ihr eigenes Schicksal von dem Ausgange der Dinge in Italien und Ungarn für unzertrennlich. Daher der Grimm gegen den, der zur Niederlage der Sardinier und der Verstärkung der Kroaten beigetragen hatte. Das Volk war am 6. Oktober durch den mit dem Militair geführten Kampf blutdürstig geworden. Eine wilde Rotte drang in das Gebäude des Kriegsministeriums ein. Die übrigen Minister waren entflohen; Bach, auf dessen Untergang es ebenfalls abgesehen war, hatte sich in einer Verkleidung gerettet. Latour ward aufgefunden, und obgleich ihn einige Reichstagsmitglieder und mehre Nationalgardisten zu schützen suchten, mit Hammerschlägen und Messerstichen ermordet, der Leichnam an einen Laternenpfahl gehängt und verstümmelt. Mit dieser Gräuelthat grub sich die Volksbewegung in Wien ihr eigenes Grab.

Am folgenden Tage war die kaiserliche Familie aus Schönbrunn verschwunden; der Kaiser hatte, von einer starken Truppenabtheilung begleitet, den Weg nach Olmütz eingeschlagen, wo er am 14. Oktober ankam. Graf Auersperg bezog mit den Truppen, die vorher in Wien gestanden hatten, ein Lager bei Schönbrunn und zog von allen Seiten Verstärkungen an sich. Jellachich rückte von Raab aus gegen die Hauptstadt vor, während Windischgrätz von Prag her sich in Bewegung setzte. Wien war jetzt von der übrigen Monarchie wie abgeschnitten, und sah sich, um dem hereinbrechenden Sturm zu widerstehen, auf seine alleinigen Hülfsmittel gewiesen. Ein Versuch, das Landvolk für die Sache zu gewinnen, schlug fehl. Die Bauern fühlten sich von der Aufhebung des Unterthanenverbandes befriedigt, und wollten an der Bewegung keinen weiteren Antheil nehmen. Von Ungarn war keine Unterstützung zu erwarten, da Kossuth hierzu eine Aufforderung von Seiten der Nationalversammlung verlangte, die es nicht über sich nehmen wollte, offen mit dem Kaiser zu brechen.

Jetzt nahte die letzte Katastrophe mit schnellen Schritten heran. Am 16. Oktober wurde Windischgrätz zum Oberbefehlshaber aller kaiserlichen Truppen, mit Ausnahme derer, welche unter Radetzky in Italien standen, ernannt. Am 20. erklärte er Wien in Belagerungszustand. Die Nationalversammlung hielt nach wie vor Sitzungen, aber ihre

Reihen waren sehr gelichtet, indem die Rechte und die meisten Böhmen die Hauptstadt nach dem 6. Oktober verlassen hatten. Auch manche der früher einflußreichsten Volksredner und Aufwiegler waren unsichtbar geworden. Dagegen hielten die meisten der in den letzten Wochen nach Wien geströmten Liberalen, unter ihnen zwei Mitglieder des deutschen Parlaments, Robert Blum und Julius Fröbel, unerschrocken aus, und boten dem einbrechenden Ungewitter Trotz. Der Reichsverweser machte einen Versuch, zwischen dem Hofe und der Hauptstadt zu vermitteln, indem er zwei Abgesandte aus Frankfurt, Welcker und den oldenburgischen Oberst Mosle nach Olmütz und an Windischgrätz schickte, deren Vorstellungen aber kein Gehör fanden. Am 22. Oktober berief der Kaiser den Reichstag von Wien nach Kremsier, der aber diese Einladung ablehnte, und alle von Windischgrätz getroffenen Maßregeln für ungesetzlich erklärte.

Am 23. Oktober war Wien von 80,000 Mann unter Windischgrätz, Jellachich und Auersperg umstellt. In der Stadt soll es eben so viele Bewaffnete gegeben haben, denen es aber an einer einheitlichen Leitung fehlte, wovon bei einem Massenkampfe alles abhängt. Auch wäre eine lange Vertheidigung der Hauptstadt, da das Land umher ruhig blieb, selbst bei der besten Führung, unmöglich gewesen. Denn jede Revolution, die sich nicht ausbreiten kann, muß in sich selbst zusammenstürzen, und die Bewegung in Wien würde, auch ohne äußeren Angriff, da sie isolirt blieb, in kurzer Zeit still gestanden und auseinander gefallen sein. Doch wehrten die Wiener sich eine Zeit lang muthig und machten den Truppen jeden Fuß breit streitig. An der Spitze der Vertheidigung stand Messenhauser, ein ehemaliger österreichischer Officier und Schriftsteller, der persönlich unerschrocken, aber ohne militairisches Talent war, und sich in einer leeren Rhetorik, in der Abfassung von Reden und Proklamationen übermäßig gefiel. Die aktivste Rolle bei dem Kampfe war dem kühnen General Bem*) übertragen, der die äußeren Linien gegen den Andrang des Feindes behaupten sollte. Ein anderer Pole, der Oberst Jelowicki, war über die Artillerie gesetzt. Die Barrikaden waren methodisch angelegt worden, doch boten die Vertheidigungswerke gegen regulaire Truppen immer nur einen sehr ungenügenden Schutz dar. Ungeachtet der hartnäckigen Vertheidigung drangen die Kaiserlichen mit Hülfe ihrer zahlreichen Artillerie am 29. Oktober bis zu dem Glacis vor, welches die innere Stadt von den Vorstädten

---

*) Siehe Bd. XVII. S. 400.

trennt. Messenhauser erklärte am Abend, daß die Munition ausgegangen und eine weitere Vertheidigung unmöglich sei. Am anderen Tage forderte er die Nationalgarde und die übrigen Korps zur Niederlegung der Waffen auf. Es war dies nicht Kleinmuth, denn er wollte dadurch nicht sich selbst retten, sondern Ueberzeugung von der Vergeblichkeit des Widerstandes und Scheu vor längerem Blutvergießen. Die große Mehrheit der Bevölkerung war schon zur Beendigung des Kampfes und Unterwerfung unter die von Windischgrätz gestellten Bedingungen geneigt, als am Nachmittage vom Stephansthurme aus die Annäherung einer magyarischen Armee bemerkt wurde, die unter General Moga die Grenze überschritten hatte. Sogleich griff ein Theil der Wiener wieder zu den Waffen. Aber Moga hatte entweder nicht den Auftrag, der bedrängten Stadt zu Hülfe zu kommen, oder zweifelte an einem glücklichen Ausgang, denn er trat nach einer kurzen Kanonade den Rückzug an. Jetzt erhob in der unglücklichen Stadt die Anarchie das Haupt, und ein Theil des bewaffneten Proletariats begann zu plündern. Am 31. Oktober schossen die Kaiserlichen das Burgthor zusammen, nahmen die letzten Barrikaden und drangen unaufhaltsam in das Innere der Stadt vor. Aller Widerstand hörte auf. Am 1. November hatte Wien ein vollkommen verändertes Ansehen angenommen. Die Nationalgarde, die Freikorps, die akademische Legion waren verschwunden. Das Lokal des Reichstags ward geschlossen, und der Reichstag mußte jetzt sich der Uebersiedelung nach Kremsier fügen. Nach beendigtem Kampfe begann aber eine Blutarbeit von anderer Art, nämlich die Hinrichtung derer unter den Besiegten, die besonders schuldig waren, oder den Siegern als solche erschienen. In erster Reihe unter diesen stand Robert Blum, der, wie Fröbel, an der Vertheidigung Wien's persönlichen Antheil genommen, und, sich zu sehr auf seine Eigenschaft als Mitglied des deutschen Parlaments verlassend, es verabsäumt hatte, sich zur rechten Zeit in Sicherheit zu setzen und nach Windischgrätz Einzuge in Wien geblieben war. Blum und Fröbel wurden verhaftet, Fröbel, obgleich er sich ganz in demselben Falle befand, entlassen, Blum aber am 9. November in der Brigittenau erschossen. Messenhauser, der sich freiwillig stellte, erlitt denselben Tod, obgleich er in seiner Eigenschaft als Oberkommandant von dem Ministerium anerkannt worden war. Der Finanzminister Krauß hatte zu den Kosten der Vertheidigung aus dem Staatsschatz beigesteuert, ohne daß er später von Seiten des Hofes darüber zur Verantwortung gezogen worden wäre. Einige unter den Ministern haben damals ohne Zweifel eine Doppelrolle gespielt, und

sind im Geheimen mit dem Hofe verbunden gewesen, während sie scheinbar mit der Nationalversammlung und dem Gemeinderath gingen. In den nächsten Wochen nach der Einnahme wurden in bunter Reihe Schriftsteller, Führer von Freikorps, Nationalgarden und desertirte Soldaten, Einheimische und Fremde, hingerichtet. Für dasselbe Vergehen traf den einen der Tod, den anderen völlige Begnadigung; derselbe Grund, der für den einen eine Milderung der Strafe herbeiführte, diente bei dem anderen zu einer Verschärfung derselben; in den meisten Fällen entschieden persönliche Gründe oder der Zufall. Der schrankenloseste Militairdespotismus ward in Wien eingeführt und lange Zeit über aufrecht erhalten. Eine dumpfe Verzweiflung bemächtigte sich der heitersten Stadt Deutschland's. Aber in dieser Epoche und unter den Eindrücken, die sie zurückließ, verschwand das patriarchische Verhältniß zwischen den Regierenden und den Regierten, das ein Ausdruck der Unmündigkeit und Unfreiheit der letzteren gewesen war, und an die Stelle des gedankenlos sinnlichen Lebens, das dort seinen Hauptsitz in Europa gehabt hatte, trat in dem österreichischen Volke das Streben nach Selbstbestimmung, Freiheit und Recht, das ohne jene unglückliche Katastrophe noch lange geschlummert haben würde.

---

3. Italien von dem Aufstande in Sicilien im Jahre 1848 bis zu der Rückkehr Pius IX. nach Rom im April 1850.

Nachdem die Erhebung des italienischen Liberalismus in einem Theile des Kirchenstaates, in Modena und Parma durch österreichische Waffengewalt besiegt worden (1831), schien für Italien jede Hoffnung auf Befreiung von dem politischen und moralischen Druck, unter dem es seufzte, jede Aussicht auf eine bessere Zukunft in eine weite trostlose Ferne hinausgerückt zu sein. Das von dem römischen Hofe den Großmächten gegebene Versprechen, Verbesserungen in der Verwaltung und Rechtspflege einzuführen, blieb unerfüllt. Im Königreich Neapel waren die nach der Unterdrückung der Revolution von 1821 eingeführten Ausnahmsgesetze auch bei wiederhergestellter äußerer Ruhe nicht beseitigt worden, und wurden, im allgemeinen schon hart genug, in den einzelnen Fällen mit äußerster Willkühr gehandhabt. In der Regierung Toskana's verläugnete sich nicht die erbliche Milde des lothringschen

Fürstenhauses, aber der politische Stillstand, der ganz Italien auferlegt war, machte sich auch dort geltend. In dem Lombardo=Venetianischen hatten bei der großen Militairmacht, die Oesterreich daselbst hielt, keine offenen Ausbrüche der Unzufriedenheit statt gefunden, gleichwohl nahm der geistige Druck, die polizeiliche Ueberwachung mit jedem Jahr zu, und schien es darauf angelegt zu haben, die Bevölkerung durch Fesselung jeder freien Regung, auf dem Gebiet der Litteratur wie auf dem der Politik, an den Zustand einer dumpfen Bewußtlosigkeit gewöhnen zu wollen. Dagegen wehrte sich der ungeachtet seiner beweglichen Oberfläche feste und ausdauernde italienische Volksgeist mit den einzigen Waffen, die ihm zu Gebot standen, indem er den leidenschaftlichen Haß gegen die fremde Herrschaft in sich nicht erlöschen ließ, und durch Verschwörungen und geheime Gesellschaften den Gedanken an Widerstand wach erhielt. Viele ausgezeichnete Italiener hatten in Folge der Ereignisse von 1821 und 1831 in das Ausland fliehen müssen, oder sich freiwillig dahin gewandt. Dieselben bildeten in Frankreich, England, Belgien, der Schweiz, politische Kreise, die mit den Gesinnungsgenossen in der Heimath in enge Verbindung traten, und durch Wort und Schrift das Feuer der Unzufriedenheit geschäftig anschürten. Unter ihnen that sich bald ein junger Genueser, Joseph Mazzini, hervor, der London zum Mittelpunkt seiner Wirksamkeit machte, und von dort durch Stiftung eines Geheimbundes, das junge Italien genannt, allmälig eine zahlreiche Partei in ganz Italien an sich zu fesseln wußte, deren Mitglieder sich auf seinen Wink, wie das Schicksal der Brüder Bandiera und vieler anderen weniger bekannten beweist, jeden Augenblick in die verzweifeltsten Unternehmungen zu stürzen bereit waren.

Alle Regungen des italienischen Liberalismus würden es jedoch nicht weiter als zu dunkeln Verschwörungen und vereinzelten Aufstandsversuchen gebracht haben, hätte es nicht in Italien einen Staat wie Sardinien gegeben, dem es gelungen war, sich von dem Einflusse Oesterreich's freier als die übrigen Regierungen der Halbinsel zu halten. Das Haus Savoyen und die sardinische Armee konnten der nationalen Partei eine materielle Stütze bieten, ohne welche jede gegen den inneren und äußeren Druck gerichtete Bewegung sogleich besiegt werden mußte. Dort war vorhanden was sonst überall in Italien fehlte: ein Herrscherhaus, das, wenn auch ursprünglich fremd, seit vierhundert Jahren italienisch geworden war, ein tapferes Heer, eine erbliche Eifersucht auf Oesterreich, und die Neigung sich auf Kosten desselben zu vergrößern. Allerdings war Sardinien auf sich allein gewiesen zu einem Kampfe mit

dem mächtigen Oesterreich zu schwach, es konnte aber bei einer nationalen Erhebung den Kern derselben bilden, und, von seiner Lage begünstigt, sich mit Frankreich verbünden, wie dies in früheren Zeiten schon mehrmals der Fall gewesen war. Die beiden letzten Könige aus der älteren Linie des savoyischen Hauses theilten mit Oesterreich den Haß gegen die liberalen Ideen, waren aber deshalb nicht wie die übrigen italienischen Fürsten geneigt, sich unter den Schutz dieser Macht zu stellen, und behielten vor allem die Unabhängigkeit ihres Landes im Auge. Es erhellt aus diplomatischen Schriftstücken und Korrespondenzen, die lange geheim geblieben, und erst in der letzten Zeit ans Licht getreten, daß selbst für reaktionair geltende sardinische Staatsmänner vor dem Einfluß Oesterreich's warnten, und sogar die Annäherung an die revolutionaire Partei anriethen, wenn dies zur Sicherung der europäischen Stellung Sardinien's und seiner Selbstständigkeit gegen Oesterreich nöthig werden sollte. Es war diese Auffassung der Verhältnisse allerdings mehr aus dynastischen als patriotischen Beweggründen entstanden, aber es schien weit blickenden Geistern schon wenige Jahre nach dem Sturze Napoleon's nicht unwahrscheinlich, daß eine Zeit kommen könnte, wo die besonderen sardinischen Interessen mit den allgemeinen italienischen zusammenfallen würden. Karl Albert, der erste König aus der jüngeren Linie der Carignan, hatte als Kronerbe die Revolution von 1821 im Stich gelassen, und war nach seiner Thronbesteigung gegen revolutionaire Umtriebe schonungslos eingeschritten, hatte aber immer an der traditionellen Politik seines Hauses gegen Oesterreich festgehalten, und nie den Gedanken an die Möglichkeit eines nationalen Aufschwunges Italien's und dessen Unterstützung von Seite Sardinien's aufgegeben, sobald die Lage Europa's dazu eine Aussicht bieten würde. Karl Albert suchte vor allem sein Heer so schlagfertig als möglich zu machen, stellte dann, als die revolutionaire Gährung im Innern erloschen schien, viele Mißbräuche in den öffentlichen Einrichtungen ab, schloß im November 1847 mit Rom und Toscana einen Zollvertrag, und trat, ohne seinem Volke eine eigentliche Verfassung zu verleihen, als ein Reformator auf. Die liberale Partei in Italien glaubte, daß er bei günstiger Gelegenheit noch mehr thun werde, und diese Erwartung bestärkte ihn in seinen Absichten. Aber auch Erscheinungen von mehr ideeller Natur kamen hinzu, um die Aufmerksamkeit Italien's und selbst des Auslandes auf Piemont zu lenken. Silvio Pellico, der berühmteste unter denen, welche für die nationale Idee in den österreichischen Kerkern gelitten, war ein Piemontese; der Philosoph Gioberti und der Historiker Cäsar

Balbo, die durch ihre Schriften ganz Italien begeisterten, gehörten Piemont an. Ausgezeichnete Talente auf dem Gebiet der Wissenschaft und Litteratur, die in den übrigen Staaten der Halbinsel nicht gelitten wurden, fanden in Turin eine Zuflucht. Da die Litteratur auf ein so geistvolles Volk wie das italienische immer einen großen Einfluß ausgeübt hat, so war es kein geringer Vortheil für Piemont, daß es der Sitz einer neuen litterarischen Schule wurde, die zugleich mit den nationalen Bestrebungen in Verbindung stand, ja sie recht eigentlich zu ihrem Inhalt machte.

Der erste Anstoß zu der großen Bewegung, von der Italien wenige Jahre nachher ergriffen wurde, sollte aber von einer Seite ausgehen, von der man es am wenigsten erwartet hatte. Der kirchlich und politisch starre, den Jesuiten und Oesterreich ergebene Pabst Gregor XVI. war am 1. Juni 1846 gestorben, und hatte zu seinem Nachfolger den Kardinal Mastai-Ferretti, der den Namen Pius IX. annahm. Der neue Pabst schlug eine von seinem Vorgänger ganz verschiedene Richtung ein. Er erließ eine Amnestie für alle politischen Vergehen, rief die Verbannten zurück, gab ihnen ihre eingezogenen Güter zurück, gewährte der Presse mehr Spielraum, bereitete nützliche Veränderungen in der Verwaltung vor, legte Empfänglichkeit für freisinnige und volksthümliche Einrichtungen an den Tag, und rief dadurch in Italien eine Theilnahme für sich hervor, von der bald ganz Europa ergriffen wurde. Diese seit sehr langer Zeit an einem Pabst nicht mehr gesehene Gesinnung brachte die nationale Partei auf den Gedanken, Pius IX. an die Spitze eines italienischen Staatenbundes zu stellen, um auf diese Art Oesterreich den bisher von ihm ausgeübten Einfluß zu entreißen. Da dies aber nicht ohne einen harten Kampf geschehen konnte, für den sich weder die kirchliche Stellung noch die militairische Schwäche des Beherrschers des Kirchenstaates eignete, so richteten sich die Blicke der italienischen Liberalen, nachdem die erste Begeisterung über Pius IX. glückliche Anfänge einer nüchternen Erwägung der Verhältnisse Platz gemacht hatte, wieder nach Turin, wo allein neben dem Willen auch die Macht vorhanden war, für die Befreiung Italien's von der fremden Herrschaft mit den Waffen einzutreten.

Den größten Druck, mehr noch als selbst im Kirchenstaat unter Gregor XVI., übte die neapolitanische Regierung und dies besonders in Sicilien aus, wo der weniger italienisch als lokal sicilianische Patriotismus die herrschenden Uebelstände am ungeduldigsten ertrug. Sicilien hatte unter Ferdinand II. alle seine früheren Rechte verloren und war

zu einer bloßen Provinz von Neapel herabgesetzt worden. Es herrschte schon seit einiger Zeit eine Gährung auf der Insel, die am 12. Januar in Palermo in einen offenen Aufstand ausbrach. Die Stadt wurde bombardirt, blieb aber standhaft, erhielt Zuzug vom Lande her, und zwang endlich die Besatzung sich nach Neapel einzuschiffen. Der glückliche Erfolg der sicilianischen Erhebung wirkte auf Neapel zurück, wo der König am 29. Januar eine Verfassung nach französischem Muster versprach, die am 10. Februar bekannt gemacht wurde, und ein liberales Ministerium ernannte. Diese Verfassung ward aber von Sicilien, das von der Erinnerung an seine frühere Selbstständigkeit nicht lassen wollte, abgelehnt, was später zu einem brudermörderischen Kriege zwischen den beiden Völkern führte, in Folge dessen beide unter das alte Joch zurückfielen. Die Ereignisse in Sicilien und Neapel machten in Turin großen Eindruck, wo der König am 8. Februar als Ergänzung der bisherigen Reformen eine Verfassung gab, das Statut genannt, die alle wesentlichen Forderungen des modernen Freiheitsbegriffs erfüllte. Am 17. Februar betrat der Großherzog Leopold II. von Toskana dieselbe Bahn. Auch Rom wurde jetzt von der gesteigerten Bewegung ergriffen. Pius IX. hatte sich schon dazu verstanden, auch Layen in das Ministerium eintreten zu lassen, als Bologna mit der Bitte um eine Verfassung voranging, über die von einer Kommission von Kardinälen und Prälaten berathen wurde, als die Kunde von der Februarrevolution nach Rom gelangte. Am 14. März erließ der Pabst das „Fundamentalstatut für die weltliche Regierung des Kirchenstaates", das sich nur dadurch von anderen Verfassungswerken unterschied, daß neben den zwei Kammern das Kardinalskollegium als ein geheimer Staatsrath des Pabstes, und zwar unverantwortlich, bestehen blieb. Die inneren Widersprüche, an denen diese römische Konstitution litt, die zwei so unvereinbare Gegensätze, wie Theokratie und Konstitutionalismus, unter demselben Dach friedlich zusammenbringen wollte, hätten nur durch die größte gegenseitige Mäßigung und Versöhnlichkeit gelöst werden können. Daran war aber bei dem Charakter des Volks und dem Geist der Epoche nicht zu denken.

Der entscheidende Schlag für Italien konnte jedoch nicht in Turin, Florenz oder Neapel, sondern mußte in Mailand fallen, der berühmtesten Stadt Norditalien's, wo Despotismus und Fremdherrschaft sich vereinigten, um den Haß aller Klassen der Bevölkerung gegen sich zu entflammen. Schon von Anfang Januar an war es zwischen dem

österreichischen Militair und der einheimischen Jugend zu nicht selten blutigen Streitigkeiten gekommen. Als die Kunde von der Wiener Revolution in Mailand einlief, brach daselbst ein Aufstand aus (18. März), an dem sich Alles, Hohe und Niedere, Geistliche und Weltliche, mittelbar oder unmittelbar betheiligten, in Folge dessen der Feldmarschall Graf Radetzky nach viertägigen Kämpfen die Stadt verließ, die in der Lombardei zerstreut liegenden österreichischen Besatzungen so schnell als möglich an sich zog, und zwischen Mantua, Peschiera und Verona eine von allen Seiten gedeckte Stellung nahm. Radetzky würde Mailand länger gehalten haben, oder wenigstens in dessen Nähe stehen geblieben sein, wenn er nicht vernommen hätte, daß ein sardinisches Heer gegen die lombardische Hauptstadt heranzog. Karl Albert überschritt die österreichische Grenze ohne Kriegserklärung, blos mit einer Proklamation an seine Armee, indem er sich zum Befreier Italien's erklärte. Fast zu derselben Zeit ging durch die Schwäche und Kopflosigkeit der österreichischen Generale Palffy und Zichy Venedig für Oesterreich verloren, wo der bei der Bevölkerung sehr beliebte Advokat Daniel Manin die Republik ausrief und sich an deren Spitze stellte. Nach einundfunfzigjährigem Schweigen war wieder in der Lagunenstadt von dem heiligen Markus als dem Symbol der nationalen Unabhängigkeit die Rede. Radetzky befand sich im Anfange der Bewegung in einer übeln Lage, indem er sich mitten in einer aufgestandenen Provinz von einem feindlichen Heer bedroht sah, und bei den anarchischen Zuständen in Wien eine Zeit lang ohne Verhaltungsbefehle, ohne Geld und Verstärkung blieb. Zu Radetzky's Glück war Karl Albert zwar persönlich tapfer, aber kein Heerführer, und auf ausgezeichnetes militairisches Verdienst unter seinen Generalen eifersüchtig, so daß er grade den Befähigsten am ungernsten Gelegenheit sich hervorzuthun gab. Wäre der König von Sardinien mit seiner ganzen anfänglich überlegenen Macht schnell über Radetzky hergefallen, so würde er ihn wahrscheinlich zur Räumung des Landes gezwungen haben. Aber er hoffte die Lombardei durch Unterhandlungen zu gewinnen, und seine Streitkräfte für weitere Unternehmungen unversehrt zu erhalten. Er wurde von den Lombarden wenig unterstützt, die höchstens 8000 einigermaßen schlagfertige Freiwillige zusammenbrachten, und fühlte sich von der unter dem Einfluß Mazzini's in Mittelitalien um sich greifenden republikanischen Agitation bedroht. Er ordnete deshalb keine allgemeine Volksbewaffnung an, weil sie sich möglicher Weise gegen ihn richten konnte. Unthätig standen sich die

österreichischen und sardinischen Truppen an der Etsch eine Zeit lang gegenüber, indem Radetzky Verstärkungen erwartete, und Karl Albert, ungewissen Sinnes, zu keinem Entschluß kommen konnte.

In Sicilien hatte sich eine provisorische Regierung gebildet, das sicilianische Parlament war nach der Verfassung von 1812 einberufen und von Ferdinand II. anerkannt worden. Die Pariser Februarrevolution hatte zu diesem Entschluß des Königs von Neapel beigetragen. Die Leiter der sicilianischen Bewegung gingen aber jetzt weiter, und räumten zwischen Neapel und Sicilien nur eine Personalunion ein, dergestalt, daß Sicilien nicht nur ein eigenes Ministerium, sondern auch ein besonderes Heer und besondere Finanzen besitzen sollte. Das Verhältniß Schweden's zu Norwegen leuchtete den sicilianischen Patrioten als Muster vor. Diese Forderung ward von Ferdinand II. verworfen, und die englische Vermittelung unter Lord Minto war nicht im Stande, den Kampf zwischen Neapel und Sicilien zu verhindern. Die Nachricht von der Wiener Revolution brachte in Rom eine große Aufregung hervor. Das österreichische Wappen wurde von dem Gesandtschaftspalais abgerissen, und Pius IX. mußte genehmigen, daß ein päbstliches Truppenkorps und eine Schaar Freiwilliger, zusammen 17,000 Mann stark, unter dem General Durando und dem Oberst Ferrari nach dem Norden gegen die Oesterreicher zogen. Ein Korps von 7000 Toskanern unter General Laugier schloß sich der sardinischen Armee an. Am 7. April wurde Ferdinand II. gezwungen, Krieg an Oesterreich zu erklären, und 13,000 Neapolitaner unter dem greisen Freiheitskämpfer Wilhelm Pepe, setzten sich nach Norditalien gegen die Oesterreicher in Bewegung.

Unterdessen hatte Radetzky seine Truppen mit der Kraft und Zuversicht erfüllt, die ihn selbst belebte, und war auch durch Latour's Sorgfalt mit frischer Mannschaft aus dem Innern Oesterreich's verstärkt worden. Karl Albert hatte die beste Gelegenheit, den Feind zu schlagen, versäumt. Als er endlich am 9. Mai einen allgemeinen Angriff auf die österreichischen Linien bei Santa Lucia unternahm, scheiterte derselbe an dem unerschütterlichen Widerstande und der vortheilhaften Stellung der Oesterreicher. Am 29. Mai wurde die toskanische Division unter Laugier fast ganz aufgerieben, wobei die Freischaar der Pisaner Studenten, unter ihnen der Professor Pilla, nach tapferer Gegenwehr einen ruhmvollen Untergang fand. Dagegen siegten die Sardinier am 30. Mai bei Goito, wo der Fürst Felix Schwarzenberg, vorher österreichischer Gesandter in Neapel, sich persönlich hervorthat und verwundet wurde. An der Spitze eines ausgesuchten Korps von Frei=

willigen, die Alpenjäger genannt, that sich Joseph Garibaldi*) hervor, der den Oesterreichern am Fuß der Alpen jeden Schritt streitig machte, sie im Rücken unaufhörlich beunruhigte, ihre vereinzelten Abtheilungen unerwartet überfiel, und wenn größere Massen erschienen, eben so plötzlich verschwunden war. Garibaldi legte damals durch seine kühnen Märsche, seine persönliche Tapferkeit, und die begeisternde Einwirkung auf seine Umgebungen den ersten Grund zu dem großen Namen, den er später erlangen sollte. Der österreichische Hof, der sich zur Zeit in Innsbruck befand, war vornehmlich auf Veranlassung des englischen Gesandten, Lord Ponsonby, zu Unterhandlungen mit Karl Albert und der Abtretung der Lombardei geneigt, und befahl Radetzky bei den Sardiniern auf einen Waffenstillstand anzutragen. Der tapfere Feldmarschall, dessen Hoffnung auf endlichen Sieg durch die nachdrucklose Kriegsführung des Feindes und den Mangel an Einheit in der italienischen Revolution erhöht wurde, schickte Schwarzenberg nach Innsbruck, um zur ununterbrochenen Fortsetzung des Kampfes zu rathen und drang mit seiner Meinung durch. Das Kriegsglück wechselte noch dann und wann, obgleich es im Ganzen sich immer mehr auf Seite der Oesterreicher neigte. Peschiera mußte sich an die Sardinier ergeben, aber Durando ward gezwungen, Vicenza zu räumen. Am 25. Juli stieß Radetzky bei Custozza auf die Sardinier, die nach tapferem Widerstand unterlagen. Gleichzeitig war der General Haynau mit der österreichischen Reserve von Verona aufgebrochen und griff die Sardinier bei Sommacampagna an, wo der zweite Sohn Karl Albert's, der Herzog von Genua, sich durch seine Unerschrockenheit im dichtesten Kugelregen auszeichnete, aber zuletzt geschlagen wurde. Am 27. Juli wollte Karl Albert bei Volta Stand halten, ward aber auch hier zum Rückzug gezwungen. Die sardinischen Truppen fochten, besonders in der letzten Zeit, mit verzweifelter Tapferkeit, und brachten den Oesterreichern bei mehren Gelegenheiten große Verluste bei, aber es war kein Zusammenhang in ihren Bewegungen, keine Rechtzeitigkeit in den Angriffen, wodurch sie zuletzt immer in Nachtheil geriethen. Karl Albert war unfähig, das Ganze zu leiten, mischte sich aber doch in alles, und wollte die Ent-

*) Geboren 1807 in Nizza und zum Seemann erzogen, mußte 1834, in eine Militairverschwörung verwickelt, sein Vaterland verlassen, und ging nach Südamerika, wo er sich in den dortigen Kriegen, namentlich im Dienst der Republik Uruguay, an der Spitze einer italienischen Legion auszeichnete. Im April 1848 landete er mit einer Anzahl von Freunden und Gesinnungsgenossen in Nizza, um an dem Kampf gegen Oesterreich Theil zu nehmen.

scheidung keinem anderen überlassen. Er setzte seine Person im Gefecht oft so rücksichtslos aus, daß es aussah, als wolle er lieber sterben als siegen. Radetzky war den weichenden Sardiniern mit reißender Schnelligkeit nachgerückt, überwältigte den letzten Widerstand, den sie am 5. August versuchten, und zog am folgenden Tage in Mailand ein, das von den Vornehmen und Reichen schon verlassen war, denen jetzt auch ganze Massen niederen Volkes folgten. Karl Albert hatte bei all' seinem Heldenmuth durch seine von Anfang an planlose und zuletzt unglückliche Kriegsführung, sich den Verdacht des Verrathes zugezogen, und sein Leben war während der letzten Nacht, die er in Mailand zubrachte, von der Partei der exaltirten Demokraten bedroht gewesen. Am 9. August wurde von österreichischen und sardinischen Bevollmächtigten ein Waffenstillstand auf sechs Wochen geschlossen, der nach Ablauf dieser Frist entweder mit gemeinsamer Uebereinstimmung verlängert, oder acht Tage vor Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gekündigt werden sollte. Modena und Parma sollten von den sardinischen Truppen geräumt und die sardinische Flotte aus den venetianischen Gewässern zurückgezogen werden. Die Lombardei war jetzt von den Oesterreichern wieder erobert, und in Venedig, wo Karl Albert am 4. Juli zum König ausgerufen worden, stellte Manin, nachdem ihm Kunde von dem Waffenstillstand zugekommen, die Republik wieder her.

Die Erfolge der österreichischen Waffen in Oberitalien übten auf das Schicksal Mittel- und Süditalien's einen alsbald fühlbaren und zuletzt entscheidenden Einfluß aus. Die Wahlen für das neapolitanische Parlament waren im April ohne Störung, aber auch ohne lebendige Theilnahme des Volks vollzogen worden. Geistlichkeit und Adel waren dem konstitutionellen System entgegen, das die bisherigen Vortheile ihrer Stellung zu schmälern drohte. Die unteren Klassen, in den Städten an Müssiggang und Zügellosigkeit gewöhnt, auf dem Lande in Aberglauben und Unwissenheit versunken, widerstrebten jeder politischen Reform, die ihnen von den Priestern als eine Gefahr für die Religion dargestellt wurde. Einen gebildeten und freisinnigen Mittelstand gab es nur in Neapel und einigen anderen größeren Städten. Derselbe war begierig nach neuen Ideen und innerlich empört über das auf ihm seit so langer Zeit lastende Joch, aber ohne politische Reife, ohne Kraft des Charakters, im höchsten Grade beweglich und den verderblichsten Rathschlägen zugänglich, wenn sie seinen Leidenschaften schmeichelten. Die von Ferdinand II. am 10. Februar bekannt gemachte Verfassung war von den mittleren Klassen der hauptstädtischen Bevölkerung mit Begei-

sterung aufgenommen worden. Besonders die Jugend wollte in der neuen Konstitution ein Heilmittel für alle staatlichen Uebelstände erkennen, und sah deren Abstellung mit Ungeduld entgegen. Es gab in Neapel wie überall in Italien, außer der konstitutionellen, eine nicht zahlreiche, aber rührige republikanische Partei, die der Druck des Despotismus von selbst ins Leben gerufen hatte, der die gemachten Zugeständnisse nicht genügten, und welche dieselben zum Umsturz der Monarchie anzuwenden dachte. Es war außerdem in Neapel eine Menge politischer Abentheurer und Glücksjäger, einheimische wie fremde, vorhanden, die hofften aus einer gewaltsamen Veränderung Vortheil ziehen zu können, und, auf die Pariser Februarrevolution hinweisend, die leichtgläubige Jugend zu überreden suchten, daß die Einführung der Republik auch in Neapel leicht sein würde. Der Reaktion, die das Ohr des Königs besaß, entgingen diese Umtriebe nicht. Sie machte Ferdinand II. auf die Gefahren aufmerksam, von denen sein Thron bedroht sei, und stellte ihm vor, wie gering die Anzahl der entschiedenen Anhänger der Verfassung sei. Die Armee war gegen die neue Ordnung der Dinge eingenommen worden, die nur in der Nationlgarde eine bewaffnete Stütze besaß. Ferdinand II. hatte am 6. April ein Ministerium unter dem Vorsitz des Historikers Troja eingesetzt und das Programm desselben angenommen, nach welchem es dem neapolitanischen Parlament frei stehen sollte, die Verfassung vom 10. Februar zu modificiren und zu reformiren. Ferdinand wollte dies Recht nicht mehr anerkennen, ein Theil der Deputirtenkammer ihm aber nur unter diesem Vorbehalt den Eid der Treue leisten. Es kam am 14. Mai zwischen den beiden Parteien, die sich in der Hauptstadt gegenüberstanden, den Reaktionairen und den Demokraten, zu einem Tumult, bei dem gegenseitig Drohungen ausgestoßen und Barrikaden gebaut wurden. Aber am 15. Mai, dem Tage, an welchem die Kammern eröffnet werden sollten, brach ein offner Kampf aus, in welchem der König vornehmlich durch die Tapferkeit der in seinem Dienst stehenden Schweizer die Oberhand behielt. Die Lazzaronen schlugen sich, wie immer bei ähnlichen Gelegenheiten, auf Seite des Stärkeren. Die Soldaten mordeten, der Pöbel plünderte und es wurden viele Gräuel auch an Wehrlosen verübt. Die demokratische Partei hatte alles, was sie seit dem Januar gewonnen, auf einen Wurf gesetzt und ihr Spiel verloren. Der König ließ die Nationalgarde entwaffnen, von der kaum der zehnte Theil sich auf den Barrikaden gezeigt hatte. Unter dem Einfluß des Schreckens stehend, von dem im Frühjahr 1848 so viele Machthaber erfüllt gewesen, hatte er sich zur Beob=

achtung der Verfassung geneigt gezeigt, aber zum Kampfe herausgefordert und Sieger geblieben, hielt er sich an seine Versprechungen nicht mehr gebunden, und begann von jetzt an mit noch mehr Härte und Willkühr als vorher zu regieren. Der 15. Mai führte über Neapel neues Elend herauf und gab der italienischen Unabhängigkeit einen harten Stoß. Das neapolitanische Hülfskorps, das unter Wilhelm Pepe nach Norditalien gezogen, erhielt den Befehl zu schleuniger Rückkehr nach der Heimath. Pepe verweigerte den Gehorsam, und wandte sich mit 1500 Mann nach Venedig, bei dessen Vertheidigung er sich auszeichnete. Beinahe 12,000 wohleingeübte neapolitanische Soldaten fehlten dem König Albert auf den Schlachtfeldern der Lombardei, die jedenfalls einiges Gewicht in die Wagschale der Entscheidung hätten werfen können.

In Rom nahm die herrschende Partei keine Rücksicht auf die eigenthümliche Stellung des Pabstes, die ihm nicht erlaubte die theokratischen Institutionen den konstitutionellen Principien vollkommen unterzuordnen. Anstatt hierin einen Mittelweg einzuschlagen, der es Pius IX. möglich gemacht hätte, der nationalen Bewegung sich anzuschließen, ohne seine kirchlichen Pflichten zu verletzen, schien man ihm unkluger Weise den Widerspruch in seiner Lage recht fühlbar machen und ihn mit Gewalt in das entgegengesetzte Lager treiben zu wollen. Nachdem Pius IX. sich lange vergeblich nach einem geschickten und zuverlässigen Manne umgesehen hatte, dem er die Leitung der weltlichen Angelegenheiten seines Landes übertragen konnte, glaubte er einen solchen an dem bis zum 24. Februar in Rom beglaubigt gewesenen französischen Botschafter, Pellegrino Rossi, 1846 von Ludwig Philipp zum Grafen ernannt, gefunden zu haben. Rossi, der 1815 seiner politischen Meinungen wegen Italien verlassen mußte, und lange Jahre in Genf als Professor, Rechtsanwalt und Schriftsteller gelebt hatte, ist einer der ausgezeichnetsten Italiener der neuesten Zeit gewesen. Durch mehre einflußreiche Freunde, wie Guizot und den Herzog von Broglie, nach Paris auf einen Lehrstuhl für konstitutionelles Recht berufen, erwarb er sich auch dort so großen Ruf, daß er Mitglied des Instituts, Pair von Frankreich und zuletzt Gesandter am päbstlichen Hofe wurde. Er war nach der Februarrevolution in Rom geblieben, und fand jetzt Gelegenheit seine seltenen Talente der Sache seines angestammten Vaterlandes zu widmen. Rossi's Idee war das konstitutionelle System im Kirchenstaat mit Berücksichtigung des besonderen geistlichen Charakters seines Souverains einzuführen, einen italienischen Staatenbund zu gründen, und den Pabst an dessen Spitze zu stellen. Kaum war er seit einigen Wochen Minister

Pius IX., so machte sich seine belebende Thätigkeit in allen Richtungen geltend. Er ergriff die Zügel mit fester Hand und wollte vor allem Ruhe und Ordnung, um eine Grundlage für Verwirklichung seiner weiteren Plane zu gewinnen. Dies zog ihm aber den tödtlichen Haß der anarchischen Partei in Rom zu, die alles in Verwirrung zu setzen dachte, um aus dem Chaos eine vermeintlich neue Schöpfung hervorgehen zu lassen. Rossi wurde am 15. November, als er sich, ungeachtet der ihm zugegangenen Warnungen, unerschrocken in eine Sitzung der Deputirten begeben wollte, auf der Treppe, die dahin führte, von einem Dolchstich getroffen und blieb auf der Stelle todt. Pius IX., seiner kräftigsten Stütze beraubt, von persönlichen Gefahren, von Aufruhr und Mord bedroht, verließ heimlich Rom (25. November) und begab sich nach Gaeta, wo der König von Neapel ihm eine ehrenvolle Zuflucht gewährte. Der Großherzog von Toskana wäre bei der größeren Einfachheit seiner Stellung noch geneigter als der Pabst zur Anerkennung des konstitutionellen Systems gewesen, aber auch ihm ward es unmöglich gemacht. Nachdem die toskanischen Demagogen so freisinnige Staatsmänner wie Ridolfi und seine Kollegen, die aber nur das Erreichbare und Mögliche anstrebten, gestürzt hatten, mußte sich Leopold II. das Ministerium Guerazzi aufdringen lassen, das offen auf die Republik lossteuerte. In Rom war nach der Flucht Pius IX. Mazzini und sein Anhang zur Herrschaft gekommen, zu dem auch Fürst Karl von Canino, ein Sohn Lucian Bonaparte's und Neffe Napoleon I. gehörte. Es wurde nach Rom eine verfassunggebende Versammlung berufen, die am 5. Februar (1849) die weltliche Macht des Pabstthums für aufgehoben erklärte und die republikanische Staatsform einführte. Der Rückschlag auf Toskana war für den Augenblick unwiderstehlich. Der Großherzog verließ sein Land (21. Februar 1849), wo die Republik proklamirt und Guerazzi an deren Spitze gestellt wurde. In Gaeta traf Leopold II. mit Pius IX. zusammen, die jetzt beide für eine Zeit lang Schützlinge des Königs von Neapel wurden.

Ferdinand II. hatte den Beschluß des sicilianischen Parlaments, daß zwischen Neapel und Sicilien künftig nur eine Personalunion bestehen sollte, verworfen, und war darin von der großen Mehrheit des neapolitanischen Volks, das sich zu Sicilien wie England zu Irland, aber mit noch weniger Fug und Recht, stellte, bestärkt worden. Da wurde am 13. April (1848) der König von Neapel von beiden sicilianischen Kammern einstimmig der sicilianischen Krone für verlustig erklärt, und die Wahl eines anderen italienischen Fürsten auf den erledig=

ten Thron in Aussicht gestellt. Dieser Beschluß wurde auf der ganzen Insel mit Begeisterung wiederholt. Verschiedene Kandidaten wurden in Ferdinand II. Stelle vorgeschlagen, bis am 11. Juli der Herzog von Genua, zweiter Sohn Karl Albert's, von dem Parlament zum König von Sicilien gewählt wurde. England hatte bei der sicilianischen Bewegung von Anfang an seine Hand im Spiel gehabt. Es wollte die Trennung Sicilien's von Neapel, um seinen auf der Insel bis 1815 ausgeübten Einfluß wieder zu gewinnen. Aus demselben Grunde war aber Frankreich der Trennung entgegen, indem es besorgte, daß Sicilien für England ein anderes Portugal werden könnte. Der zwar noch nicht sehr zahlreichen, aber überall auf der Halbinsel vorhandenen Partei, die ganz Italien zu einem Reich vereinigt wissen wollte, war der Beschluß des sicilianischen Parlaments ebenfalls nicht genehm. Karl Albert nahm die Deputation, welche ihn von dem Beschluß des sicilianischen Parlaments in Betreff seines Sohnes in Kenntniß setzte, mit großer Zurückhaltung auf.

Am 1. Juli wurden die neapolitanischen Kammern eröffnet, indem Ferdinand II. sich noch nicht für stark genug hielt, um sie ganz umgehen zu können. Als aber während ihres Zusammenseins die von Radetzky in Norditalien erfochtenen Siege bekannt wurden, legte er seiner Abneigung gegen die parlamentarischen Institutionen weiter keinen Zwang an. Feindselige Kundgebungen des Militairs und des Pöbels gegen die freisinnigen Mitglieder des Parlaments wurden von oben her geduldet, und, wie man glaubte, sogar veranlaßt. Die Kammern wurden hierauf vom 5. September bis zum 3. November vertagt, ohne daß ihnen das Ministerium, welches zum Theil aus abtrünnigen Liberalen bestand, Gelegenheit zu einer heilsamen Thätigkeit gegeben hatte, für die es weder an Neigung noch an Talent fehlte. Es waren ihnen keine Vorlagen gemacht worden, um sie vor der öffentlichen Meinung als unnütz erscheinen zu lassen. An der Expedition zur Wiedereroberung Sicilien's war unterdessen mit großem Eifer gearbeitet worden. Durch Unterjochung dieser Insel sollte die Willkührherrschaft in Neapel befestigt werden. Am 6. September landete ein Korps von 8000 Neapolitanern bei Messina unter dem General Filangieri, Fürsten von Satriano, das von einer Flotte herübergeführt worden, unter der sich sechs Dampffregatten befanden, was den Neapolitanern, die auf diese Art jeden Punkt der Küste unerwartet angreifen konnten, eine große Ueberlegenheit gab. Filangieri war der Sohn des berühmten Publicisten dieses Namens, der kurz vor Ausbruch der französischen Revolution in Neapel gestorben

war. Er hatte seine militairische Ausbildung unter Murat und den Franzosen erhalten, und Napoleon's Feldzug in Rußland beigewohnt. Filangieri war ohne politische Grundsätze, und geneigt, sich jedesmal der stärkeren Macht anzuschließen, die jetzt offenbar bei Ferdinand II. war. Die französischen und englischen Kriegsschiffe, die vor Messina lagen, nahmen Flüchtlinge auf, verhielten sich aber sonst neutral. Messina wurde von der Flotte und der Citadelle, welche letztere im Besitz der Neapolitaner geblieben war, Tag und Nacht bombardirt, und nachdem der schönste Theil der Stadt zu einem Schutthaufen gemacht, erstürmt und geplündert. Die Bevölkerung hatte sich bis auf das äußerste vertheidigt. Durch Vermittelung des französischen und englischen Admirals ward, vornehmlich um Palermo vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren, zwischen Filangieri und den Sicilianern ein Waffenstillstand geschlossen. Die Sicilianer waren, wenn auch in ihrem Hasse gegen den König von Neapel und sein Regierungssystem einig, sonst in Parteien gespalten, sie hatten im Vertrauen auf fremde Hülfe verabsäumt ein regelmäßiges Heer zu bilden, und die Freikorps und Nationalgarden waren ungeachtet ihres persönlichen Muthes zu einem langdauernden Widerstande nicht geeignet. Sicilien besaß außerdem kein einziges Kriegsschiff. Das sicilianische Ministerium hatte den Polen Mieroslawski, der bei dem Aufstand im Großherzogthum Posen thätig gewesen, aus Frankreich berufen und ihm den militairischen Oberbefehl auf der Insel übergeben. Am 29. März war der Waffenstillstand abgelaufen. Zunächst wurde Taormina von den Neapolitanern genommen und verbrannt. Dann bombardirte die neapolitanische Flotte Catania, während Filangieri es von der Landseite angriff. Mieroslawski, der hier, wie überall wo er persönlich zugegen war, sich unerschrocken aussetzte, wurde verwundet und mußte besinnungslos fortgetragen werden. Die neapolitanischen Angriffskolonnen wurden von den Sicilianern geworfen, als die Schweizer anrückten und die Stadt nach einem verzweifelten Widerstand erstürmten (6. April 1849). Jetzt verloren auch die Machthaber in Palermo den Muth, und waren bereit auf die von Filangieri im Namen Ferdinand II. gemachten Vorschläge einzugehen, welche, die Lage der Dinge in Betracht gezogen, ziemlich gemäßigt waren. Aber einzelne Freikorps und ein Theil der unteren Volksklassen wollten von keiner Kapitulation hören, und glaubten, daß die Neapolitaner die eingegangenen Bedingungen nach Einnahme der Stadt nicht halten würden. Aber Filangieri überwältigte mit seiner Artillerie zuletzt jeden Widerstand und zog am 17. Mai in Palermo ein. Der Krieg war von

Seiten der Neapolitaner mit großer Unmenschlichkeit geführt worden. Viele Frauen und Kinder waren der Wuth der Soldaten erlegen, die ihren Marsch überall durch die Niederbrennung der Ortschaften bezeichneten. Filangieri wurde zum Herzog von Taormina und Statthalter der Insel ernannt. Er ordnete eine allgemeine Entwaffnung an und ließ die geringste Uebertretung der Art mit dem Tode bestrafen. Die Stille des Kirchhofes breitete sich über Sicilien aus.

Die Oesterreicher benutzten die Niederlage der Sardinier und den Waffenstillstand zur Ausbreitung ihrer Macht in Mittelitalien und zur Wiedereinsetzung der vertriebenen Fürsten. Die Herzöge von Modena und Parma kehrten in ihre Staaten zurück. Karl Albert, der die empfangene Scharte auswetzen und die von ihm so lange genährte Hoffnung, sich zum Herrn von Oberitalien zu machen, nicht aufgeben wollte, kündigte am 16. März (1849) den Waffenstillstand auf. Radetzky ging ungeachtet seines hohen Alters mit jugendlichem Feuer in den Krieg. Er war von erprobten Generalen umgeben, seine Soldaten setzten ein Vertrauen auf ihn, wie seit den Zeiten des Erzherzogs Karl kein österreichischer Feldherr mehr erregt hatte. Er besaß ein vortreffliches Material, eine zahlreiche Artillerie, die in dem Kriege auf diesem Boden, wo die Kavallerie wenig Gelegenheit zu Thaten findet, von besonderer Wirkung war. Auf sardinischer Seite stand es nicht so gut. Karl Albert war selbst kein Feldherr, und besaß zwar viele tapfere Officiere, aber niemand, dem er wenigstens zutraute, ein ganzes Heer führen zu können. Es war deshalb von ihm der Oberbefehl über seine Truppen einem Polen, Chrzanowski, übergeben worden, der sich bei der letzten Erhebung der Polen gegen die Russen durch strategisches Talent, aber nur in untergeordneter Stellung, hervorgethan hatte. Das Kommando über eine starke Division des sardinischen Heeres erhielt Romarino, ein militairischer Abentheurer, der früher unter Napoleon und 1831 unter den Polen gedient hatte. In Sardinien wurde der Krieg von einem großen Theil der Bevölkerung nicht gebilligt. Geistlichkeit und Adel waren dagegen, selbst in der Armee war keine Begeisterung für ihn vorhanden. Man glaubte im Fall des Gelingens nur den Mazzinisten und Republikanern in die Hände zu arbeiten. Mit der Verpflegung des Heeres war es schlecht bestellt. Es fehlte an Geld. Zwei große Kriege im Laufe eines Jahres zu führen, überstieg die Kräfte des Landes. Chrzanowski ließ sich von Radetzki über dessen Plane täuschen, Romarino führte die ihm gegebenen Befehle gar nicht aus; ersterer bewies wenig Berechnung und Voraussicht, letzterer scheint ein Verräther gewesen zu sein. So

kam es, daß die Sardinier bei Mortara am 21. März geworfen und am 23. bei Novara gänzlich geschlagen wurden. Sie hatten selbst nach dem Zeugniß des Feindes mit großer Tapferkeit gefochten, waren aber schlecht geführt worden. Karl Albert legte noch in der Nacht nach der Schlacht die Krone nieder und erklärte seinen ältesten Sohn, den bisherigen Herzog von Savoyen, unter dem Namen Viktor Emanuel zum König von Sardinien. Er hatte bei Novara, als der Sieg sich offenbar auf Seite der Oesterreicher neigte, den Tod gesucht, und schien verwundert zu sein, daß ihn die Kugeln verschonten. Sein Herz war von dem Fehlschlagen seiner Hoffnungen gebrochen, und sein Stolz erlaubte ihm nicht, den nothwendig gewordenen Frieden bei einem Gegner zu suchen, den er zweimal herausgefordert hatte. Er sagte seiner Gemahlin schriftlich ein ewiges Lebewohl, und begab sich, nur von zwei Dienern begleitet, durch Frankreich und Spanien nach Portugal, wo er in Oporto am 26. Juli 1849 wiederholten Schlaganfällen, im einundfunfzigsten Lebensjahre, erlag. Karl Albert besaß keine hervorragenden Talente, aber sein Charakter war nicht von gewöhnlicher Art. Indem er in einem entscheidenden Moment das Geschick Italien's mit dem seines Hauses und Landes verband, hat er seinem Dasein eine Bedeutung gegeben, die weit über dessen äußere Grenzen hinausreicht und von der Geschichte nie vergessen werden kann.

Am 24. März hatte der neue König mit Radetzky eine Zusammenkunft in einem Gehöfe nördlich von Novara, in der ein Waffenstillstand verabredet wurde, der die Einleitung zum Frieden bilden sollte. Viktor Emanuel versprach die aus lombardischen, ungarischen und polnischen Unterthanen des Kaisers Franz Joseph gebildeten Korps aufzulösen, denen andererseits eine Amnestie bewilligt wurde. Das sardinische Heer ward auf den Friedensfuß gebracht, während 17,000 Oesterreicher das piemontesische Gebiet zwischen Sessia und Po, und 3000 Oesterreicher mit eben so vielen Sardiniern Stadt und Festung Alessandria besetzten. Die Friedensunterhandlungen, die in Mailand geführt wurden, waren von großen Schwierigkeiten umgeben, und mehrmals nahe daran, abgebrochen zu werden. Oesterreich mußte aus Rücksicht auf Frankreich und England seine anfangs hochgespannten Ansprüche aufgeben und sich mit einer Kriegskontribution von 75 Mill. Franken begnügen. Die sardinischen Kammern erkannten diesen Frieden nur durch Stillschweigen an.

Die Schlacht von Novara hatte zu Brescia ein blutiges Nachspiel gehabt. Die Bevölkerung, von lange verhaltener Wuth gegen die fremde Herrschaft erfüllt, von der falschen Nachricht verführt, die Sardinier

hätten bei Novara gesiegt, fiel über die österreichische Besatzung her, und schlug die Angriffe des Generals Nugent ab, der selbst schwer verwundet wurde. Da kam der General Haynau mit 4000 Mann frischen Truppen und einer zahlreichen Artillerie herbei, und bombardirte die Stadt von außen, während sie zugleich von innen von dem Kastell aus, das im Besitz der Oesterreicher geblieben, beschossen wurde. Brescia konnte erst nach einem furchtbaren Straßenkampf, an dem selbst Frauen sich betheiligten, überwältigt werden (1. April). Gegen 300 Häuser waren in Feuer aufgegangen oder von den Bomben zerstört worden. Die Gefangenen wurden von Haynau mit einer Grausamkeit behandelt, die man vergebens zu beschönigen gesucht hat.

Die anarchische Partei, die unaufhörlich an der Revolutionirung der Volksmassen arbeitete, ohne Rücksicht darauf, daß durch dieses wüste Treiben die Regeneration Italien's unmöglich gemacht wurde, hatte nach der Schlacht von Novara in Genua einen Aufstand gegen die sardinische Regierung erregt, der von dem General Lamarmora mit Waffengewalt gedämpft werden mußte (5. April 1849). In Florenz wurde dagegen der Willkührherrschaft der Demagogen von dem bessern Theile der Bevölkerung selbst, ohne Hülfe von außen, ein Ende gemacht. Am 11. April erhoben sich die Florentiner gegen Guerazzi und die von ihm eingesetzte Regierung, jagten sie in die Flucht und beschlossen die Rückberufung des Großherzogs. In Livorno behaupteten sich die Anarchisten, von der Lage der Stadt begünstigt, noch einige Wochen lang, bis die Stadt am 11. Mai von österreichischen Truppen unter General d'Aspre nach einem hartnäckigen Widerstande besetzt wurde. Am 16. Mai zwang der österreichische General Wimpfen Bologna, wo eine Zeit lang die wildeste Unordnung geherrscht hatte, durch ein Bombardement zur Uebergabe, und setzte sich am 18. Juni in Ankona fest. Leopold II. kehrte am 29. Juli in seine Staaten zurück, wo er die von ihm gegebene Verfassung erst nur außer Wirksamkeit setzte, dann aber förmlich aufhob, während Ferdinand II. zwar seit dem März 1849 die Kammern nicht mehr einberief, die Konstitution selbst aber nicht ausdrücklich abschaffte.

Am 22. August 1849 fiel Venedig nach einem langen und muthigen Widerstand wieder unter die österreichische Herrschaft zurück. Allen, welche sich bei der Revolution betheiligt hatten, war vermöge der mit den Oesterreichern abgeschlossenen Kapitulation vergönnt, sich nach dem Ausland zu begeben. Der greise Pepe, der sechsundzwanzig Jahre verbannt gewesen, mußte wieder den Weg des Exils betreten und sollte sein Vaterland nicht mehr wiedersehen. Manin, der die Seele der ephe-

meren Republik und daselbst im höchsten Grade populair gewesen, begab sich nach Paris, wo die während der Ausübung der Macht von ihm bewiesene Uneigennützigkeit ihn zwang von seiner Arbeit zu leben. Er starb daselbst im Besitz der allgemeinen Achtung. Manin sprach in seiner letzten Zeit gegen seine Freunde wiederholt die Ueberzeugung aus, daß Italien nur durch die savoyische Dynastie von der Fremdherrschaft befreit und in sich geeinigt werden könne.

Die Lage des Pabstes und des Kirchenstaates hatte unterdessen die ernste Aufmerksamkeit der Mächte auf sich gezogen. Louis Napoleon, der durch die Abstimmung vom 10. December an die Spitze der französischen Republik getreten, wollte die Geistlichkeit seines Landes, deren Unterstützung er zur Verfolgung weiterer Plane bedurfte, auf seine Seite ziehen, indem er die Waffen Frankreich's zur Wiederherstellung der weltlichen Macht des Pabstes anwandte. Der Widerspruch, in den er die französische Republik dadurch verwickelte, daß dieselbe den Untergang einer anderen Republik, die ihr keinen Grund zum Angriff auf sie gegeben hatte, verursachen sollte, blieb von ihm unbeachtet, da er überhaupt entschlossen war, jeden zu friedlicher Lösung nicht geeigneten Knoten mit dem Schwerdt zu durchhauen. Sophistische Verdrehungen der wahren Sachlage, und Verheißungen auf angebliche vom Pabst im Geist der Zeit zu gewährende Reformen sollten die Gewaltthat beschönigen und ihre wahre Gestalt verhüllen. Die politische Welt in Frankreich wurde für einen Angriff auf die römische Republik dadurch gewonnen, daß man ihr vorstellte, es sei dies das einzige Mittel, um dem Einfluß Oesterreich's in Mittelitalien zu beschränken. Spanien und Neapel schlossen sich dem Unternehmen an, das von dem frommen, obwohl nichts weniger als sittenstrengen spanischen Hofe als ein neuer Kreuzzug aufgefaßt wurde, und Ferdinand II. glaubte die Republik in Rom aus Rücksicht auf seine eigene Sicherheit nicht dulden zu dürfen. Ein französisches Truppenkorps unter dem legitimistisch gesinnten General Oudinot landete in Civitavechia (29. April 1849) und setzte sich gegen Rom in Bewegung. Die Reaktion hatte eine Erhebung des römischen Volks zu Gunsten Pius IX. hoffen lassen. Aber die Römer waren in diesem Augenblick nichts weniger als päbstlich gesinnt, und beschlossen den Angriff der Franzosen zurückzuweisen. Außerdem hatte sich eine Menge tapferer Italiener, besonders aus der Lombardei und der Romagna, selbst einige französische Republikaner, Schweizer und Polen der Vertheidigung zugesellt. Oudinot, der sich zu unvorsichtig der Stadt genähert, erlitt eine empfindliche Niederlage, und zog sich nach Civita=

vechia zurück, um Verstärkung abzuwarten. Man hatte die französischen Soldaten überredet, daß die Römer nicht einmal ihren Anblick ertragen würden, und sie selbst und ganz Europa wurden deshalb von dem tapferen Verhalten der Vertheidiger nicht wenig überrascht. Am 3. Juni griff Oudinot von neuem Rom und diesmal mit großer Uebermacht an. Den 35,000 französischen Soldaten standen nur 19,000 Italiener, meist Freiwillige und Nationalgarden, gegenüber, die aber in den Kämpfen Mann gegen Mann den Franzosen an Tapferkeit nichts nachgaben. Garibaldi, der hier wie einige Monate früher, in dem Kriege gegen die Oesterreicher, an der Spitze einer ausgesuchten Freischaar erschienen war, riß durch seinen stürmischen Muth seine Anhänger zu den kühnsten Thaten mit sich fort. Er nahm immer die schwierigste Arbeit auf sich, war bei jedem Gefecht in der ersten Reihe zu sehen, und seine Todesverachtung wurde von Freund und Feind bewundert. Manche durch Namen und Bildung in ganz Italien bekannte Männer fielen bei der Porta San Pancrazio und bei der Vertheidigung der auf dem alten Janiculus liegenden Villen Corsini und Pamfili. Der klassische Boden und der Heroismus bei einem hoffnungslosen Kampfe haben diesen Ereignissen einen besonderen Reiz verliehen, deren Andenken in Rom wie ein nationales Heiligthum bewahrt wird. Es kam damals nicht darauf an zu siegen, was unmöglich geworden, sondern der Welt zu zeigen, daß die Italiener, und unter ihnen nicht blos Soldaten von Beruf, sondern auch Männer aus allen Ständen für ihre Ueberzeugung zu sterben wußten. Endlich siegte die Ueberlegenheit der französischen Artillerie, es war Bresche geschossen und alles zum Sturm in Bereitschaft gesetzt worden. Selbst die kühnsten unter den Vertheidigern fanden einen längeren Widerstand zwecklos. Der Municipalrath schloß mit Oudinot die Kapitulation ab. Alle welche in der republikanischen Bewegung eine hervorragende Rolle gespielt hatten, verließen Rom. Während die Franzosen in die schweigende Stadt einrückten (4. Juli), zog Garibaldi mit 4000 Freiwilligen zum entgegengesetzten Thor hinaus. Er wollte Venedig zu Hülfe eilen, wurde aber von der überlegenen Macht der Oesterreicher gezwungen, sein Korps aufzulösen. Bei Ravenna starb seine Frau, eine geborne Brasilianerin, die seine Entbehrungen und Gefahren bis zum letzten Augenblick getheilt hatte, an Entkräftung. Garibaldi begab sich über Genua nach Südamerika, wo er wieder Schiffskapitain wurde, was er schon einmal früher gewesen, aber nie die Hoffnung auf Italien's Befreiung verlor. Die Spanier hatten bei der Belagerung Rom's fast gar nichts gethan, und die Neapolita=

ner waren von den Freischaaren Garibaldi's bei jeder Gelegenheit geschlagen worden. Rom mußte sich wieder unter die geistliche Herrschaft beugen. Am 4. April 1850 kehrte Pius IX. in seine Hauptstadt zurück, in der er aber einen ganz veränderten Geist antraf, und wo er sich fortan nur unter dem Schutz der französischen Bayonette behaupten konnte, eine für den weltlichen Souverain wie für das Oberhaupt der katholischen Kirche eben so demüthigende als gefährliche Lage.

---

4. Ungarn's Erhebung gegen Oesterreich vom März 1848 bis zum August 1849.

In Ungarn war schon seit längerer Zeit eine innere Gährung vorhanden, die nur eines äußeren Anstoßes bedurfte, um gewaltsam hervorzubrechen. Es hatte daselbst, bei der freien Verfassung, deren das Land sich erfreute, und seinem eigenthümlichen Verhältniß zu der österreichischen Monarchie, von der es einen Theil ausmachte, ohne in ihr ganz aufzugehen, nie an einer Opposition gegen die Wiener Regierung gefehlt, dieselbe war aber jetzt viel nachhaltiger, lebendiger und allgemeiner geworden. Früher hatte es sich von Seiten der Ungarn einzig um die Erhaltung der alten Konstitution des Landes gehandelt, die von dem österreichischen Absolutismus wohl hier und da verletzt, seit Joseph II. aber als ein Ganzes nie mehr bedroht gewesen war. Ungeachtet der häufigen Streitigkeiten auf den Reichstagen über den Betrag der Steuern, die Zahl der Rekruten, die Ausdehnung der königlichen und ständischen Befugnisse, war die Regierung mit ihren Forderungen zuletzt in der Regel durchgedrungen, indem sie sich allerdings hütete, dieselben zu hoch zu spannen. Beide Theile hatten nie gewisse Grenzen überschritten. Das monarchische Stabilitätsprincip Oesterreich's und das aristokratische Ungarn's hielten sich das Gleichgewicht, und es schien nicht wahrscheinlich, daß aus ihnen jemals ein unvereinbarer Gegensatz entstehen könnte. In diesem Verhältniß Ungarn's zu Oesterreich hatte schon in den letzten Jahren der Regierung des Kaisers Franz eine stille aber tiefgehende Veränderung angefangen. Der Geist der Zeit und der Einfluß der liberalen Ideen war allmälig auch in Ungarn zur Geltung gekommen. Die nationale Partei hatte damit begonnen, den arg danieder liegenden materiellen Zustand durch großartige Unternehmungen, Errich-

tung von Banken und Fabriken, Einführung neuer Methoden beim Landbau, Anlegung von Brücken und Straßen zu heben, und war dann in ihrem Streben zu einer Verbesserung in der Lage des Landvolks, zu einer Erleichterung seiner Lasten und Dienste übergegangen. Allmälig schritt man aber weiter, unterwarf das Bestehende einer schärferen Prüfung, und wollte alle die Grundsätze der Konstitution in das praktische Leben einführen, mit deren theoretischer Anerkennung man sich früher begnügt hatte. Die nationale Partei der specifisch magyarisch Gesinnten, im Gegensatz zu den Anhängern des österreichischen Gesammtstaates, beabsichtigte die Stellung ihres Landes, seine von Oesterreich verschiedene Natur, seine besonderen Rechte und Einrichtungen bestimmter als bisher auszusprechen, und arbeitete, nicht auf eine gänzliche Trennung, aber auf eine größere Unabhängigkeit von Oesterreich hin. In diesem Sinne hatte die Opposition auf den beiden letzten Reichstagen gewirkt, und es war zwischen ihr und der Regierung bei mehren Gelegenheiten zu lebhaften parlamentarischen Kämpfen gekommen. Die Seele der nationalen Partei war Ludwig Kossuth, der, obgleich von adeliger Herkunft, aber unbemittelt und ohne Verbindungen, sich einzig durch sein großes Talent, die Leichtigkeit, mit der er die verwickeltsten Geschäfte zu behandeln verstand und seine genaue Kenntniß der ungarischen Zustände emporgebracht hatte. Er hatte seine öffentliche Laufbahn als Journalist angefangen, war wegen eines Preßvergehens zu vierjährigem Gefängniß verurtheilt gewesen, und endlich 1846 in den Reichstag gewählt worden. Was diesen Mann anziehend, aber zugleich gefährlich machte, war eine ungewöhnliche Gabe der Beredtsamkeit, die ihn allen, welche ihm nicht grundsätzlich durchaus entgegen waren, unwiderstehlich erscheinen ließ. Aber Kossuth besaß mehr Gefühl als Urtheil und war den Illusionen der Phantasie unterworfen, die ihm die Dinge nicht immer in ihrem wahren Licht zeigten. Obgleich im Besitz einer allgemeinen europäischen Bildung und mit mehren fremden Sprachen vertraut, war er doch wieder ganz Magyare, stolz auf seine Nation bis zur Geringschätzung anderer, feurig, beweglich, und neben großer praktischer Geschicklichkeit im Einzelnen, bei der Auffassung des Ganzen von vorgefaßten Meinungen bis zur Verkennung der wirklichen Sachlage beherrscht. Kossuth war, über die Verfolgungen, welche er von den Anhängern Oesterreich's erfahren, erbittert, von seinem Patriotismus zur Einführung umfassender Reformen getrieben, und von Ungeduld über deren Verzögerung erfüllt, allmälig ein leidenschaftlicher Gegner alles Oesterreichischen geworden, eine Gesinnung, die er durch Wort und Schrift in

weiteren Kreisen zu verbreiten wußte, und für die er eben so eifrige Anhänger, als er selbst war, gewann. Kossuth war, obgleich er nie ein höheres Amt bekleidet hatte, keinen ererbten Rang und kein Vermögen besaß, der populairste und wie sich bald zeigen sollte, der mächtigste Mann in seinem Lande geworden.

Bei der in Ungarn herrschenden Stimmung mußte schon die Februarrevolution, und noch mehr was in den Märztagen in Wien geschah, einen außerordentlichen Eindruck hervorbringen. Die Opposition nahm im Reichstage eine entschiedenere Haltung als je an, und sprach, Kossuth an der Spitze, in den stärksten Ausdrücken ein Verdammungsurtheil über das ganze österreichische Regierungssystem aus. Auf seinen Antrag ging im Reichstage eine Adresse an den Kaiser, als König von Ungarn, durch, in der als wesentliche Garantie für alle Reformen die Einsetzung einer nationalen, von jedem fremden Einflusse freien ungarischen Regierung, und die Umgestaltung des bisherigen Kollegialministeriums, das in Wien seinen Sitz hatte, in ein verantwortliches nur für Ungarn bestimmtes Ministerium verlangt wurde, das in Pesth residiren sollte. Am 16. März überreichte eine Deputation des Reichstages die betreffende Adresse dem Kaiser, der dieselbe annahm und selbst nach Presburg kam, wo er in einer am 11. April (1848) zum erstenmal in magyarischer Sprache gehaltenen Rede die Beschlüsse des Reichstages feierlich sanktionirte. Das ungarische Ministerium, in welchem Graf Ludwig Batthyani den Vorsitz und Kossuth die Finanzen übernahm, trat alsbald ins Leben. In den Augen der nationalungarischen Partei war diese Veränderung in der bisherigen Regierungsweise nur eine Konsequenz der Selbstständigkeit Ungarn's, die in der pragmatischen Sanktion, in dem Krönungseide der Könige und den Fundamentalgesetzen des Landes ihre Berechtigung hatte. Die Magyaren glaubten damit nicht die konstitutionelle Prärogative des Souverains, sondern nur die Eingriffe der österreichischen Minister in die ungarische Verfassung zu beschränken. Am Hofe sah man aber in der Errichtung eines nationalen und selbstständigen Ministeriums für Ungarn nicht nur den ersten Schritt zu einer gänzlichen Trennung dieses Landes von Oesterreich, sondern glaubte das Bestehen der Monarchie überhaupt gefährdet, indem Böhmen, Gallizien, das österreichische Italien dasselbe fordern und der Gesammtstaat auseinander fallen würde. An die Fortdauer desselben knüpften sich aber zu viele und große Interessen, als daß eine Lösung dieses Verbandes ohne furchtbare Zuckungen im Innern und blutige Kämpfe nach außen möglich gewesen wäre. Kossuth und das neue

ungarische Ministerium begingen außerdem noch die Unklugheit, in der zugleich eine große Ungerechtigkeit lag, jetzt wo Ungarn seine eigenen Finanzen haben sollte, einen Antheil an der österreichischen Staatsschuld abzulehnen, unter dem Vorwande, daß dieselbe ohne Genehmigung des ungarischen Reichstages und für Ungarn fremde Zwecke kontrahirt worden sei. Diese Maßregel, welche das ungarische Ministerium zurücknehmen wollte, als es zu spät dazu geworden, rief überall in Oesterreich, besonders aber in Wien, eine große Entrüstung hervor, da ihre Durchführung den Ruin vieler Familien verursachen mußte. Dieser Reichstag, der letzte, welcher in Presburg seine Sitzungen hielt, denn künftig sollte derselbe in Pesth zusammentreten, nahm noch eine Menge Anträge des Ministeriums an, durch welche das mittelalterliche ständische Ungarn in einen wahrhaft modernen Staat mit parlamentarischen Institutionen verwandelt werden sollte. Am 5. Juli wurde der aus einem neuen Wahlgesetz hervorgegangene Reichstag in Pesth von dem Palatin Erzherzog Stephan im Namen des Königs eröffnet.

Die abgeschlossene nationale Gestaltung, welche Ungarn angenommen hatte, erregte die Eifersucht und das Mißtrauen der Südslaven, Serben und Kroaten, welche die Herrschaft des ungarischen Ministeriums und den Reichstag in seiner neuen Form nicht anerkennen wollten. Die Magyaren waren von jeher zu stolz gewesen, um die Slaven an sich zu ziehen und sich gleich zu stellen. Auch jetzt, wo ein Konflikt mit Oesterreich dem etwas vorausschauenden Blick nicht mehr als eine Unmöglichkeit erscheinen konnte, vermochte es Kossuth nicht, sich von dem nationalen Vorurtheil der Suprematie des magyarischen Stammes über die ungarischen Nebenländer zu befreien und wies die Forderung derselben nach politischer Gleichstellung ab. Die Serben hielten hierauf eine große Nationalversammlung, konstituirten sich als ein selbstständiges Volk, und erwählten den in sittlicher Beziehung sehr verrufenen, aber unternehmenden Erzbischof von Karlowitz, Rajachich, zu ihrem Patriarchen, und Stamirowich zum Befehlshaber ihrer bewaffneten Macht. Der österreichische Hof erkannte mit scharfem Blick die Vortheile, welche für ihn aus der Opposition der Südslaven gegen die Magyaren hervorgehen konnten, und ernannte den Baron Jellachich, den Sohn eines österreichischen Generals, zum Ban oder Statthalter von Kroatien, wo die neue Stellung, welche Ungarn jetzt einnahm, und die Beschlüsse seines Ministeriums und Reichstags ebenfalls verworfen wurden. Jellachich war, ohne ungewöhnliche Talente zu besitzen, ein unternehmender und verschlagener Mann, stand hoch im Vertrauen der kaiserlichen Fa=

milie, von der er seit früher Jugend mit Wohlthaten überhäuft worden, und hing an der Idee eines „einigen" Oesterreich's, weil nur so Kroatien seine Selbstständigkeit den Magyaren gegenüber behaupten konnte. Jellachich wurde vom Hofe im Geheimen zum Widerstande gegen die Ungarn ermuntert, obgleich man ihn, so lange es zu einem offenen Bruch mit Ungarn noch nicht Zeit schien, zum Gehorsam gegen das ungarische Ministerium aufforderte, ihn bei Gelegenheit verläugnete und sogar entsetzte, dann aber als der rechte Augenblick gekommen, um so höher erhob. Kossuth, der Ungarn von Serben und Kroaten bedroht sah, den Einfluß des Hofes auf die Haltung der Südslaven ahnte, und sein Land auf alle Fälle sicher stellen wollte, hatte beim ungarischen Reichstag eine Aushebung von 200,000 Mann Nationaltruppen, Honveds genannt, und die Kreirung eines Papiergeldes im Betrage von 42 Mill. Gulden durchgesetzt. Während Ungarn und Serben sich im Banat mit der größten Erbitterung bekämpften, war Jellachich in Ungarn eingefallen, wurde aber von dem General Moga bei Velencze geschlagen (29. September) und sah sich zugleich auf allen Seiten vom magyarischen Landsturm bedroht. Seine Aufforderung an die Festung Komorn zur Uebergabe blieb vergeblich, und er mußte, da ihn ein starkes Korps regulairer ungarischer Truppen unter Casimir Batthyani und Anton Perczel im Rücken bedrohte, sich der österreichischen Gränze nähern, wo er von Moga verfolgt, in sehr geschwächtem Zustande ankam.

Die Vorstellungen der Ungarn am Hofe gegen Jellachich's Unternehmen waren von Anfang an vergeblich gewesen, und Kossuth hatte sich endlich zu einem entscheidenden Schritt entschlossen, und einen Landesvertheidigungsausschuß errichtet, an dessen Spitze er sich stellte. Der Erzherzog-Palatin legte, da seine Vermittelungsversuche vergeblich gewesen, seine Würde nieder und entfernte sich heimlich aus Ungarn. Da ernannte der Kaiser, während sich Magyaren und Kroaten gegenüberstanden, den General Grafen Lamberg zu seinem Statthalter in Ungarn, dem alle Civil- und Militairautoritäten untergeben sein sollten. Dies war eine offenbare Verletzung nicht nur der dem letzten Reichstag in Preßburg gemachten Zusagen, sondern auch der alten vormärzlichen Konstitution, nach welcher der König zu einer solchen Ernennung nicht berechtigt gewesen. Lamberg wurde, als er seine neue Gewalt in Pesth antreten wollte, auf der Donaubrücke von einer wüthenden Rotte ermordet (27. September). Der Reichstag sprach seinen Abscheu über das begangene Verbrechen aus und ordnete eine strenge Untersuchung an,

der aber unter den damaligen Umständen keine Folge gegeben werden konnte. Der Kaiser erließ hierauf ein Manifest (3. Oktober), in welchem er den Reichstag auflöste, und den Ban Jellachich zu seinem Stellvertreter in Ungarn mit unumschränkter Vollmacht ernannte. Indem der Kaiser den Ban von Kroatien, den er selbst schon einmal entsetzt, den der Reichsrath in seinen Proklamationen für einen Aufrührer erklärt hatte, mit der Diktatur über Ungarn bekleidete, erschwerte er in den Augen der Ungarn die Verletzung ihrer Gesetze noch durch eine Handlung beleidigenden Hohns, die den beginnenden Bruch unheilbar machte. Der Reichstag protestirte gegen das kaiserliche Manifest, erklärte es unter Berufung auf die ungarische Konstitution für ungesetzlich und nichtig, und befahl, Jellachich im Ergreifungsfalle als Hochverräther zu behandeln.

Unterdessen war der Thronwechsel in Oesterreich eingetreten und Franz Joseph hatte die Stelle seines kaiserlichen Oheims eingenommen. Fürst Windischgrätz, der in seiner Jugend bei mehren Gelegenheiten sich als tüchtiger Kavalleriecfficier gezeigt, aber nie Beweise von höherem militairischen Talent abgelegt hatte, wurde mit der Unterwerfung Ungarn's beauftragt. Derselbe galt, seitdem er Prag und Wien bezwungen, für einen Mann, der besonders zur Besiegung von Rebellen geeignet sei, wie jetzt die ungarische Nationalpartei am österreichischen Hofe genannt zu werden anfing. Der ungarische Reichstag erkannte nämlich die Abdankung Ferdinand's und die Thronbesteigung seines Neffen in Betreff Ungarn's gar nicht an, fuhr fort in des abgetretenen Monarchen Namen, als König von Ungarn Ferdinand V. genannt, zu handeln, und behauptete in seinem Recht zu sein, wenn er die ungarische Krone dem vorenthielt, der mit Verletzung der Gesetze des Landes sich ihrer bemächtigen wollte. Das ungarische Ministerium und besonders Kossuth, der immer mehr in alle Verhältnisse einzugreifen anfing, hatten die Vorbereitungen zum Kriege mit großem Eifer betrieben, und die Nation war ihnen mit dem den Magyaren eigenthümlichen Feuer entgegengekommen. Aber es war alles zu schaffen gewesen, denn es hatte früher wohl ungarische Regimenter, aber keine ungarische Armee gegeben. Während Windischgrätz's Armee meist aus altgedienten Truppen bestand, die vollkommen disciplinirt waren, mußten die neu ausgehobenen magyarischen Truppen erst eingeübt und an den Kriegsdienst gewöhnt werden. Auch schien es vortheilhaft, den Feind in das Innere Ungarn's zu locken, um ihn dort mit mehr Aussicht auf Erfolg bekämpfen zu können. Kossuth beschloß deshalb, Pesth aufzugeben, und sich mit dem Reichstag

und allen Behörden nach Debreczin, in den Mittelpunkt des alten Magyarenlandes zurückzuziehen, und von dort aus den Krieg mit dem größten Nachdruck zu führen. Zu gleicher Zeit ward noch ein Versuch zu Unterhandlungen mit Windischgrätz gemacht. Derselbe ließ aber die magyarische Deputation, an deren Spitze Graf Ludwig Batthyani stand, die ihm Friedensanerbietungen machen wollte, gar nicht vor sich, verlangte, wie von den Wienern, auch von den Ungarn unbedingte Unterwerfung, wobei er vergaß, daß er es diesmal nicht mit einer einzigen Stadt, sondern mit einem ganzen Lande zu thun hatte, und berief sich unaufhörlich auf die pragmatische Sanktion, während gerade nach dieser die Ungarn wenigstens zum Theil im Recht gegen die österreichische Regierung waren. Am 5. Januar zog Windischgrätz in Pesth ein, das von einem großen Theil seiner Einwohner verlassen war. Anfänglich waren die kaiserlichen Streitkräfte im Ganzen im Vortheil. Der General Graf Schlick, der ein Armeekorps unter Windischgrätz befehligte, schlug bei Kaschau den General und Kriegsminister Meszaros, und die Serben wiesen die Angriffe des Obersten Kiß auf die Römerschanzen zurück. Im Westen und Süden war der Operationsplan der Oesterreicher mit Erfolg ausgeführt worden. Aber der österreichische General Puchner, der von Siebenbürgen aus, im Einklang mit den Bewegungen der Hauptarmee, gegen Arad hin in die Maroschgegenden eindringen und den Magyaren in den Rücken fallen sollte, wurde durch das kühne Vorgehen des Generals Bem, der nach der Einnahme Wien's in ungarische Dienste getreten, an der Ausführung der ihm gewordenen Befehle gehindert. Bem, der anfänglich über eine, im Verhältniß zu seiner Aufgabe nur kleine Macht gebot, war durch Kossuth's Zuthun ansehnlich verstärkt worden. Zu seinem Korps gehörte, außer den Honvedbataillonen, alles was von der akademischen Legion nach der Einnahme Wien's übrig geblieben, eine Abtheilung der polnischen Legion, denn viele ehemalige polnische Officiere und Freiwillige aus allen Ständen waren zu den Magyaren gestoßen, und Szekler Husaren, deren Landsleute sich bei der Nachricht, daß Bem in Siebenbürgen eingedrungen, in Masse für die Ungarn erhoben. Bem, der im höchsten Grade thätig und unternehmend war, schlug die Oesterreicher auf vielen Punkten, in einer Reihe von Gefechten, namentlich bei Kahicla, Bistritz, Klausenburg, während der ersten Hälfte Januars, und bewirkte, daß Puchner keinen Antheil an den allgemeinen Operationen nehmen konnte, und in Siebenbürgen fest gehalten wurde. Das Theiß- und Marschthal und der Rücken der ungarischen Armee war somit gesichert. Außer Bem war jetzt auch ein

anderer Pole, der General Dembinski, durch seine Thaten im letzten Kriege der Polen gegen die Russen bekannt, von Paris nach Debreczin gekommen und hatte von Kossuth ein Kommando erhalten. Die Anwesenheit dieser beiden polnischen Generale, vieler tapferen Officiere und eines ganzen Truppenkorps dieser Nation ist den Ungarn, ungeachtet der auf dem Schlachtfeld geleisteten Dienste, zuletzt verderblich geworden, indem ihr Kampf dadurch einen mehr revolutionairen als nationalen Charakter erhielt, welchen letzteren er zu seinem Glück hätte bewahren sollen, und der ihm ursprünglich auch eigen gewesen war.

Die Ungarn besaßen eine Anzahl ausgezeichneter Generale, hierin den Sardiniern, so wie deren Armee 1848 und 1849 beschaffen war, sehr überlegen: Klapka, Vetter, die beiden Perczel, Kiß, Damjanich, unter denen besonders Arthur Görgei, der jüngste unter ihnen, sich bald am meisten bemerkbar machte. Görgei war von der Natur zum Feldherrn bestimmt, denn früher in österreichischem Dienst nur Lieutenant und ohne je einen Krieg gesehen zu haben, zeichnete er sich durch strategischen Blick, tiefe Berechnung, unerschöpfliche Thatkraft, kaltblütigen Muth gleich im Anfange des Kampfes so aus, daß er nach wenigen Monaten den Oberbefehl über ein ganzes Heer erhielt, und den Kriegsplan der Oesterreicher vereitelte. Aber sein Ehrgeiz, das Sträuben gegen jede Unterordnung, die Beneidung fremden Verdienstes, Selbstsucht und Härte brachen schon im Beginn seiner Laufbahn hervor. Er hatte den jungen Grafen Eugen Zichy, zu einer der ersten Familien des Landes gehörig, weil er mit Jellachich in geheimer Verbindung stand und dessen Proklamationen in Ungarn verbreiten half, mit dem Strange hinrichten lassen, ohne zu bedenken, daß in revolutionairen Zeiten und in Bürgerkriegen die Rechtsbegriffe getrübt sind, und Pflicht und Gesetz von den kämpfenden Parteien verschiedenartig aufgefaßt werden. Görgei zog im strengsten Winter unter immerwährenden Gefechten durch die Karpathen, vereinigte sich mit Klapka an der oberen Theiß, und zwang Schlick unter großen Verlusten alle früher von ihm eingenommenen Positionen zu räumen und die obere Theiß dem Feinde zu überlassen. Die Ungarn concentrirten, nachdem Görgei's geschickte Manöver die Straße von Kaschau frei gemacht hatten, daselbst 36,000 Mann mit 60 Kanonen, über die Dembinski den Oberbefehl erhielt, der aber bei Kapolna (26. Februar 1849) von den Oesterreichern geschlagen wurde und darauf das Kommando niederlegte. Man behauptet, Görgei habe, aus Eifersucht gegen Dembinski, die Befehle desselben in dieser Schlacht nicht pünktlich ausgeführt, und es sei dann von ihm unter den

magyarischen Befehlshabern ein förmliches Komplot gegen den polnischen General angestiftet worden, was Kossuth's Ansehen in der Armee, von dem Dembinski berufen worden, erschüttern mußte.

In Siebenbürgen war Bem dicht bei Herrmannsstadt, am 21. Januar, von dem an Zahl ihm sehr überlegenen Puchner geschlagen worden, hatte aber von allen Seiten Verstärkungen an sich gezogen und sich so furchtbar gemacht, daß der österreichische General die in der Wallachei stehenden Russen zu Hülfe rufen mußte, die 10,000 Mann stark in den ersten Tagen Februars in Kronstadt und Herrmannsstadt einrückten. Bem vereinigte sich hierauf mit den den Magyaren stammverwandten und ihrer Sache zugethanen Szeklern, warf die Oesterreicher und Russen aus Herrmannsstadt heraus, und zwang einen Theil von ihnen mit dem General Puchner nach der Wallachei zu fliehen. Ganz Siebenbürgen war jetzt, mit Ausnahme der kleinen Festung Karlsburg, im Besitz der Ungarn. Im März wurden die Serben von Moritz Perczel in drei blutigen Gefechten, bei Zombor, Sirig und Horgos geschlagen, die Römerschanzen erstürmt und Peterwardein entsetzt. Unterdessen hatten die kaiserlichen Truppen auf anderen Stellen Ungarn's noch empfindlichere Verluste erlitten. Bei Szolnok wurde die Brigade Karger von Damjanich fast aufgerieben (5. März), Komorn, der strategisch wichtigste Punkt in Ungarn, das die Oesterreicher belagerten, wurde von Görgei entsetzt, der jetzt das Kommando über die obere Theißarmee übernommen hatte. Bei Miskolz wurden die österreichischen Brigaden Schulzig und Jablonowski geschlagen, und ward in allen von den Oesterreichern befreiten Gegenden der Landsturm organisirt. Die vielen für die Oesterreicher unglücklich ausgefallenen Gefechte zwangen Windischgrätz zum Rückzug bis nach Pesth, und zu diesen Erfolgen der Magyaren hatte Görgei durch eine seltene Mischung von Kühnheit und Umsicht das meiste beigetragen. Sein Name war nach Kossuth der populairste im ganzen Lande, und in der Armee galt er alles und fast allein. In der Nacht vom 23. zum 24. April verließen die Oesterreicher in aller Stille Pesth, wo die Ungarn von der Bevölkerung mit unendlichem Jubel empfangen wurden. Windischgrätz, der sich seiner Aufgabe keinesweges gewachsen gezeigt hatte, legte den Oberbefehl nieder, den der dazu ebenfalls wenig geeignete General Welden erhielt. Welden ließ in der Festung Ofen eine starke Besatzung unter dem tapferen General Henzi mit dem Befehl zurück, sich bis auf das äußerste zu vertheidigen. Der Ban Jellachich zog sich mit den Ueberresten seines Heeres nach Kroatien zurück.

In Wien war am 4. März (1849) eine Verfassung für den Ge=

sammtstaat bekannt gemacht worden, welche die besonderen Rechte und Einrichtungen der einzelnen Kronländer und soweit auch die uralte mit dem ganzen Leben der Nation verwachsene ungarische Konstitution aufhob. Kossuth antwortete hierauf mit der Thronentsetzung des Hauses Habsburg-Lothringen, das des Verrathes, Meineides und offenbarer Feindseligkeiten gegen Ungarn beschuldigt, seiner Rechte auf die ungarische Krone verlustig erklärt und für immer aus dem Lande verbannt wurde (14. April). Ungarn sollte von jetzt an als selbstständiger Staat in die europäische Völkerfamilie eintreten. Kossuth's Antrag wurde von beiden Häusern des Reichstages einstimmig angenommen. An demselben Tage ernannte ihn der Reichstag zum Haupt der ungarischen Regierung unter dem Titel: Gouverneur von Ungarn, und ermächtigte ihn zu der Bildung eines verantwortlichen Ministeriums. Die Entscheidung über eine definitive Staatsform für Ungarn ward dem Reichstag vorbehalten. Dieser Beschluß mußte für Ungarn neue Gefahren heraufführen. Seine Erhebung gegen Oesterreich hörte von da an auf, ein nationaler Kampf für Unabhängigkeit und altes Recht zu sein, und wurde ein europäischer Principienkrieg, der für alle Nachbarstaaten die Frage: ob Monarchie oder Republik? — enthielt. Oesterreich, Ungarn's und der Gebiete beraubt, welche die Magyaren zu ihrem Staat rechnen, wäre eine Macht zweiten Ranges geworden, und hätte, wenn diese Trennung auch in anderen Kronländern Nachahmung fand, ganz aufhören müssen. Um eine solche Umgestaltung im europäischen Staatensystem durchzusetzen, wären die Magyaren, auf sich selbst gewiesen, unter allen Umständen zu schwach gewesen, und hätten bei der damaligen Weltlage auf Unterstützung vom Auslande her nicht hoffen können. Auch veranlaßte der Beschluß vom 14. April in der Aristokratie und der Armee eine Spaltung, die zu Ungarn's Verderben beitragen sollte. Die alte Konstitution und den König Ferdinand V. wider die österreichische Octroyirung und den Kaiser Franz Joseph zu vertheidigen, galt auch in den Augen vieler monarchisch gesinnten Adeligen und Officieren für rechtmäßig, und sie waren geneigt diejenigen, welche dabei zu Grunde gingen, als Märtyrer einer heiligen Sache anzusehen. Aber die Dynastie zu entsetzen und das Königthum, wenn auch nur für einige Zeit abzuschaffen, erschien ihnen als ein Aufgeben aller nationalen Traditionen, und als eine That der Revolution, die weder vor der Politik noch der Moral bestehen könne.

Kossuth und sein Anhang hätten jetzt wenigstens alles Mögliche thun sollen, um ihrem Beschluß Nachdruck zu geben. Die östereichische

Armee war geschwächt und entmuthigt als sie Pesth aufgeben mußte, und die Magyaren beseelte dagegen das Feuer und die Zuversicht des Siegers. Die ungarische Hauptmacht stand unter Generalen wie Görgei, Klapka, Vetter, Damjanich, 60 bis 70,000 Mann stark, auf beiden Ufern der Donau von Pesth bis Komorn, und konnte in kurzer Zeit concentrirt werden. Sie mußte ohne Verzug den weichenden Oesterreichern nachsetzen und auf Wien losgehen. Radetzky konnte in Italien keine Truppen entbehren und fremde Hülfe war noch fern. Ein ehrenvoller Vergleich wäre nur durch eine kühne Benutzung der Umstände möglich gewesen, und hätte von den Ungarn nur in Wien erlangt werden können. Statt dessen erhielt Görgei den Befehl, Ofen, das strategisch eine nur untergeordnete Wichtigkeit besaß, und das mit einem verhältnißmäßig kleinen Korps cernirt werden konnte, um jeden Preis zu nehmen. Denn die Magyaren, Volk und Armee, hielten es für schimpflich, einen durch Sage und Geschichte in ihren Augen geheiligten Ort, wie Ofen, länger in den Händen des Feindes zu lassen. Dieser momentanen Erregung des Gefühls ward jede ernstere Rücksicht untergeordnet. Ein anderer verhängnißvoller Umstand war es, daß Kossuth und seine Umgebung an keinen so kräftigen und langen Widerstand der von Welden zurückgelassenen Besatzung geglaubt hatten, und als der Angriff einmal angefangen worden, von ihm nicht mehr abstehen wollten. Die Belagerung Ofen's erforderte ein ganzes Armeekorps, was während dieser Zeit jede andere Operation unmöglich machte, und dauerte bis zum 21. Mai, an welchem Tage der Platz von Görgei mit Sturm genommen wurde. Der unerschrockene Henzi starb an seinen Wunden. Die Ungarn wollten sich jetzt von den Anstrengungen des langen Feldzuges erholen und feierten in Pesth ihre Siege. Stadt und Umgegend schienen in ein Lustlager verwandelt zu sein. Ueberall hörte man Musik und Gesang. Kossuth hielt in Pesth einen triumphartigen Einzug, und der Reichstag kehrte von Debreczin dahin zurück. Kossuth selbst gab sich dem Eindrucke des Augenblicks hin und hielt Ungarn für gerettet.

Die Oesterreicher hatten, während die besten ungarischen Truppen und ihr erster General Ofen belagerten, angefangen, sich von ihren Niederlagen zu erholen und von allen Seiten Verstärkungen an sich zu ziehen. Indessen würden sie, auf ihre eigene Macht beschränkt, Ungarn nicht so bald bezwungen haben, und der Krieg hätte in diesem Fall ins Unbestimmte hinaus dauern können. Aber der österreichische Hof hatte die Stimme des Stolzes in sich zum Schweigen gebracht und Rußland's Hülfe nachgesucht. Der Ehrgeiz, als der Verfechter des Absolutismus

in Europa dazustehen, die Besorgniß, daß Polen von der ungarischen Bewegung mit ergriffen werden könnte, und die Absicht, die österreichische Politik von sich abhängig zu machen, bewirkten, daß der Kaiser Nikolaus auf das Gesuch des österreichischen Kabinets so eifrig einging, als wenn es sich um eine rein russische Angelegenheit gehandelt hätte. Am 2. Mai ward der betreffende Antrag zwischen Rußland und Oesterreich unterzeichnet. Am 21. Mai kamen die beiden Kaiser in Warschau zusammen, wo die letzten Bestimmungen über die russische Intervention und den gemeinsamen Operationsplan getroffen wurden. Die Ungarn hätten bei kalter Ueberlegung diese Wendung der Dinge von selbst, auch ohne die ihnen seit Anfang Mai zugekommenen Nachrichten, voraussehen können, da für Rußland mehr als ein Grund zur Unterstützung Oesterreich's vorhanden war. Aber sie hatten darüber wie überhaupt über ihre Lage sich optimistischen Illusionen überlassen, zu denen der Nationalcharakter und Kossuth's besondere Natur ohnedies hinneigten. Als dieses tapfere Volk sich endlich die Wahrheit nicht länger verhehlen konnte, wurde es nicht von Zaghaftigkeit, sondern von Zorn über die in seinen Augen unbefugte Einmischung Rußland's ergriffen, und machte die außerordentlichsten Anstrengungen, um diesem neuen Gegner widerstehen zu können. Aber außer der erdrückenden Uebermacht, mit der es die Ungarn jetzt zu thun bekamen, stellte sich auch innere Uneinigkeit und Zwiespalt, die gewöhnlichen Begleiterinnen des Unglücks, unter ihnen ein.

Der Todeskampf des magyarischen Volks, denn ein solcher war dieser Krieg als Rußland an ihm Theil nahm, begann in der Mitte Juni's. Der Sieg war seitdem unmöglich geworden, und es kam nur noch darauf an, mit mehr oder weniger Ruhm zu fallen. Alle ungarischen Streitkräfte betrugen nach Kossuth's eigener Berechnung, der seine Hülfsquellen eher zu hoch als zu niedrig anzuschlagen pflegte, höchstens 170,000 Mann, die aber zu sehr vertheilt und über einen zu weiten Raum verbreitet waren, um sich gegenseitig so unterstützen zu können, wie es zum Widerstand gegen einen, auf jedem einzelnen Punkt übermächtigen Feind nöthig gewesen wäre. Die 170,000 Ungarn, von denen einige 20,000 Mann Festungsbesatzungen abgezogen werden müssen, die im offenen Felde nicht verwendet werden konnten, sollten es mit 85,000 Oesterreichern aufnehmen, die von dem äußerst unternehmenden Haynau geführt wurden; mit 25,000 Kroaten und Serben unter Jellachich; der österreichisch-russisch-siebenbürgischen Armee von 46,000 Mann, und dem russischen Hülfsheer von 90,000 Mann unter Paskiewitsch. Oesterreicher und Russen besaßen außerdem, besonders letztere,

zahlreiche Reserven, und konnten ihre Verluste leicht ersetzen, während die Magyaren in ihren Mitteln beschränkt waren und schon alles aufgeboten hatten, was aufzubieten möglich war. Der Kampf begann in Siebenbürgen, wo Bem, vielleicht der genialste Kriegsmann, den Polen hervorgebracht, Außerordentliches gegen die überlegene Macht der Russen und Oesterreicher leistete, mit Blitzesschnelle bald auf diesem bald auf einem anderen Punkte erschien und dem Feinde keinen Augenblick Ruhe ließ, aber nachdem er bei Herrmannsstadt durch den dreifach stärkeren Lüders eine Niederlage erlitten, von Kossuth nach Ungarn gerufen wurde, wo seine Gegenwart noch nöthiger erschien. Nach seinem Abgang wurde der Krieg in Siebenbürgen nur matt fortgesetzt. Im Süden Ungarn's verlor der tapfere, aber übereilte Moritz Perczel bei Kaacz ein Gefecht gegen die Kroaten und Serben, in Folge dessen er das Kommando niederlegen mußte, und den General Vetter zum Nachfolger erhielt, der die Festung Arad einnahm, und den Ban Jellachich bei Hegyesch überfiel und gänzlich schlug (11. Juli). Görgey wollte mit 45,000 Mann das Centrum der viel stärkeren österreichischen Hauptarmee unter Haynau durchbrechen, um die verschiedenen Korps derselben, bevor Paskiewitsch herbeigezogen, einzeln aufreiben zu können, wurde aber erst bei Zsigard und dann bei Komorn geschlagen und verwundet. Klapka übernahm an seiner Statt den Oberbefehl, und wagte eine neue Schlacht bei Komorn, aber wieder vergebens (11. Juli). Die kühnen Angriffe der Magyaren scheiterten an der Uebermacht der Oesterreicher, und den geschickten Dispositionen Haynau's. Gegen Paskiewitsch operirte anfangs Dembinski mit nur 18,000 Mann, welche sich vor der fünffachen Ueberlegenheit der Russen zurückziehen mußten. Görgei, der unermüdlich war, kam Dembinski zu Hülfe, schlug die Russen unter Rüdiger bei Waitzen, mußte aber bei Paskiewitsch Ankunft sich in die Gebirge werfen, wo es ihm durch meisterhafte Manöver gelang, drei russischen Armeekorps zu entgehen, die ihn einschließen wollten. Kossuth hatte sich mit dem Reichstag von Pesth nach Szegedin zurückgezogen, wohin jetzt Haynau seinen Marsch richtete. Dembinski sollte ihn aufhalten, wurde aber erst bei Szöreck (5. August) und dann bei Temeswar (9. August) so geschlagen, daß seine Armee sich fast auflöste. Unter den ungarischen Befehlshabern hatte es seit Anfang dieses zweiten Feldzugs an der nöthigen Uebereinstimmung gefehlt, es war von ihnen nach keinem gemeinsamen Plan gehandelt worden, und die Soldaten wurden endlich des erfolglosen Hin- und Herziehens müde. Kossuth war eine bedeutende, in ihrer Art seltene Natur, aber in diesem Kriegs=

sturm besaß er, da er kein Militair war, nicht Ansehen genug, um der gegenseitigen Eifersucht und dem Hange zur Willkühr, die unter den Generalen häufig waren, einen starken Zügel anzulegen. Es fehlte ihm an der, besonders dem Leiter einer Revolution unentbehrlichen Kraft des Charakters, der bei dem Ringen nach einem großen Ziel keine Rücksichten auf die Personen nehmen darf. Kossuth war mehr geeignet, die Massen zu begeistern als die Einzelnen sich unterzuordnen. Seinem wahrhaft freisinnigen Wesen widerstrebte der despotische Zwang, ohne dessen Anwendung revolutionaire Bewegungen der nöthigen Einheit entbehren und einem organisirten Angriff erliegen müssen. Nach der Schlacht bei Temeswar trat im ungarischen Lager eine gänzliche Lähmung und Verwirrung ein. Endlich brachte Görgei die Sache zur Entscheidung. Er verzweifelte längst an der Möglichkeit des Erfolges und soll schon als er den Befehl erhielt, Ofen zu belagern, anstatt die Oesterreicher zu verfolgen, in die Worte ausgebrochen sein: „Jetzt ist Ungarn verloren!" obgleich er damals nichts that, um seine Regierung über die Verderblichkeit dieses Schrittes aufzuklären. Görgei wollte jetzt der hereinbrechenden Anarchie ein Ende machen, wählte aber dazu ein Mittel, das seines Rufes, seiner Thaten, seiner ganzen Vergangenheit unwürdig war, und ihn mit dem Brandmal des Verrathes an seinem Lande bezeichnet hat. Bei der Rathlosigkeit, die nach Dembinski's Niederlage im ungarischen Ministerium und Reichstage herrschte, wurde es Görgei leicht, Kossuth zur Niederlegung der höchsten Gewalt zu vermögen und dieselbe sich übertragen zu lassen. Er hatte schon seit einiger Zeit im Geheimen mit Paskiewitsch Unterhandlungen über eine Kapitulation seiner Truppen eingeleitet, unter dem Vorwand, dem jetzt zwecklos gewordenen Blutvergießen ein Ende zu machen. Er scheint dabei keine andere Bedingung gestellt zu haben, als daß die Uebergabe vor den Russen, aber nicht vor den Oesterreichern geschehe, und hat, nach dem Erfolge zu urtheilen, nur für sich selbst Schonung des Lebens erlangt. Er nahm eine Stellung innerhalb der feindlichen Linien, und streckte dann mit seiner noch 23,000 Mann starken Armee am 13. August bei Vilagos vor dem russischen General Rüdiger die Waffen. Daß Görgei seinen Plan ungehindert ausführen konnte, wird nur durch das blinde Vertrauen, das seine Truppen in ihn setzten, und durch das Gefühl der Hülflosigkeit erklärbar, das sich ihrer in der letzten Zeit bemächtigt hatte, und das er für seinen Zweck zu benutzen verstand. Denn je größer die Anstrengungen vorher gewesen, um so tiefer ist gewöhnlich die Muthlosigkeit, wenn dieselben sich zuletzt als vergeblich erweisen. Alle ungari=

schen Korps löſten sich jetzt auf, die Festungen ergaben sich auf Gnade und Ungnade. Nur die Besatzung von Komorn, wo Klapka kommandirte, erhielt eine ehrenvolle Kapitulation. Kossuth rettete sich mit Bem, Dembinski, Meszaros, Moritz Perczel, mit Polen und Italienern, auf türkisches Gebiet. Bei Vilagos war aber nicht nur das Görgei'sche Korps, sondern auch viele andere Personen, die in der Revolution hervorgetreten, Minister, Reichstagsmitglieder, hohe Beamte in die Hände der Russen gefallen, und wurden von diesen, nachdem man sie eine Zeit lang im russischen Lager freundlich behandelt hatte, an die Oesterreicher ausgeliefert. Haynau begann damit, in Pesth und Arad Kriegsgerichte einzusetzen, von denen viele in diesem Kampf berühmt gewordene Personen zum Tode durch die Kugel oder den Strang verurtheilt wurden. Auf diese Art endigten, um hier nur die bekanntesten Namen zu nennen: Graf Ludwig Batthyani, früher ungarischer Premierminister, den der Kaiser selbst dazu ernannt hatte; Pereny, Präsident des ungarischen Oberhauses; der Minister Czani; die Generale Kiß, Lazar, Desöffy, Graf Vecsay, Graf Leiningen, ein Stammverwandter der deutschen Fürsten dieses Namens; Aulich, Pöltenberg; Nagy Sandor und Damjanich. Zugleich wurden die Besitzungen der Hingerichteten und Flüchtigen, von denen viele reich, manche sehr reich waren, eingezogen. Es ist überflüssig über dieses Verfahren des Siegers etwas hinzuzufügen, da die ganze civilisirte Welt längst darüber den Stab gebrochen hat.

Görgei, der, wie Kossuth im Anfange, so am Ende in der Tragödie der ungarischen Revolution die Hauptrolle gespielt hat, mußte verschont werden, da er unter russischem Schutz stand, und Klagenfurt wurde ihm zum Aufenthaltsort angewiesen. Sein Verhalten in dieser letzten Zeit hat etwas Räthselhaftes, das erst von der Zukunft vollkommen aufgeklärt werden kann. Man begreift nicht, daß er, sonst ein so tapferer Soldat, es vorzog sich zu ergeben, anstatt in einer Schlacht ruhmvoll unterzugehen, oder sein Heer über die türkische Grenze zu führen, und daß er sich in die Hände derer überlieferte, denen er so lange Trotz geboten hatte; man begreift nicht, wie er es über sich gewinnen konnte, seinen Namen, nachdem er ihn auf dem Schlachtfeld verherrlicht hatte, mit einem unauslöschlichen Makel zu beflecken. Seine Denkwürdigkeiten, in rein militairischen Dingen im Ganzen so klar und bestimmt, geben über die Beweggründe zu seiner letzten Handlung keinen genügenden Aufschluß, und sind in dieser Beziehung lückenhaft und dunkel.

Von den türkischen Behörden wurden die ungarischen Flüchtlinge

gastlich aufgenommen und erst in Widdin und dann in Schumla untergebracht. Rußland und Oesterreich verlangten vom Sultan die Auslieferung der bedeutendsten unter ihnen, was derselbe aber edelmüthig abwies und in seiner Weigerung von England und Frankreich unterstützt wurde. Einige von ihnen, wie Bem, traten zum Islam über, um dadurch zu Gunsten ihrer politischen Meinungen auf die Pforte mehr Einfluß ausüben zu können. Kossuth ging später nach England und den Vereinigten Staaten, ward in London und Newyork mit Begeisterung aufgenommen, und suchte überall durch Wort und Schrift für sein unglückliches Vaterland zu wirken.

Ueber ganz Ungarn ward der schrankenloseste Militairdespotismus verhängt. Hinrichtungen, Einkerkerungen, Vermögenseinziehungen waren an der Tagesordnung. Ueber 100,000 seiner tapferen Söhne waren im Kampfe gefallen, 50,000 wurden der österreichischen Armee einverleibt. Jahre lang blieb das Land wie von dumpfer Betäubung gefesselt. Es ward nicht nur die alte Verfassung aufgehoben, sondern auch die Integrität des Reichs durch die Abtretung Siebenbürgen's, Kroatien's und der Woiwodina verletzt. Für den Augenblick war an keinen weiteren Widerstand zu denken, und das unglückliche Volk trug mit verborgenem Grimm im Herzen das ihm auferlegte Joch, verlor aber nicht die Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

---

5. Frankreich von der Wahl Louis Napoleon's zum Präsidenten der Republik bis zur Errichtung des Kaiserthrons.

Louis Napoleon sah sich, als er durch die Abstimmung vom 10. December (1848) an die Spitze von Frankreich gestellt worden, an das Ziel lange genährter Wünsche gebracht, befand sich aber zugleich in einer Lage, deren Ungewißheiten und Gefahren einen weniger ehrgeizigen und kühnen Charakter hätten bedenklich machen können. Er war, seit seinem achten Jahr aus Frankreich verbannt, persönlich neu in dem Lande, in welchem er jetzt die erste Stelle einnahm, und mußte sich, ehe er einigermaßen mit Personen und Dingen vertraut geworden, in vielen Beziehungen auf andere verlassen. Er hatte zwar durch seine Wahl zum Präsidenten einen großen Beweis von der Macht bekommen, welche die Erinnerung an das Kaiserreich im Volke ausübte, aber er konnte dies,

eine so hohe Meinung er auch von sich haben mochte, nicht auf seine Person beziehen, da er bisher nie Gelegenheit gehabt hatte etwas Bedeutendes zu leisten. Die Erbschaft von Ruhm und Größe, die sein Oheim seiner Familie zurückgelassen, mußte neben allem Glanze auch etwas Drückendes für den weniger begabten Nachfolger haben, und zu nachtheiligen Vergleichungen für denselben auffordern. Louis Napoleon war zwar durch eine ungeheuere Stimmenmehrheit in den Besitz des Präsidentenstuhls gesetzt worden, aber nur für wenige Jahre, und es stand ihm, wenn er ihn über die gesetzliche Frist hinaus behaupten wollte, ein neuer Kampf bevor, oder er mußte in das Dunkel des Privatstandes und vielleicht in die Verbannung zurückkehren, da ein Bonaparte schwerlich als ein einfacher Bürger in Frankreich lange geduldet worden wäre. Er besaß, ungeachtet der Popularität seines Namens, keine organisirte Partei als er seine neue Stellung antrat. Die höheren Klassen, alle welche seit vierzig Jahren in der Politik und Litteratur, als Staatsmänner, Redner, Schriftsteller hervorgetreten, waren nichts weniger als bonapartistisch gesinnt. Louis Napoleon konnte im Anfange seiner Laufbahn der Armee nicht gewiß sein, da Cavaignac aus deren Reihen bei der Präsidentenwahl eine große Menge Stimmen erhalten hatte, und die ausgezeichneteren Generale von dem Helden von Straßburg und Boulogne keine hohe Meinung hegten. Auch in der Nationalversammlung, ohne die Louis Napoleon wenigstens im Anfange nichts vermochte, besaß er zwar Anhänger, die indessen damals kaum hervorzutreten wagten, aber keine eigentliche Partei, und doch mußte er seine Minister aus einer Majorität nehmen, die ihn nur als das Geschöpf der Volkslaune und eine vorübergehende Nothwendigkeit ansah, und ihn für ihre besonderen Absichten zu benutzen und dann zu beseitigen dachte. Dieser Lage, deren gefährliche Seiten einem so scharfen Verstande, wie Louis Napoleon besitzt, nicht entgehen konnten, setzte derselbe ein unerschütterliches Vertrauen auf die Bedeutung seines Namens für Frankreich entgegen, dem, nachdem es von der Restauration, der Juliusmonarchie und der Republik, was schon vor Ablauf des ersten Jahres dieser letzteren unzweifelhaft erschien, nicht befriedigt worden, nach seiner Ansicht, keine andere Wahl als zwischen ihm und der Anarchie übrig geblieben sei. Als Präsident der Republik mit dem Oberbefehl über die Armee bekleidet, hoffte er die Führer, deren Stellung von ihm abhing, für sich zu gewinnen, und die Soldaten durch die Erinnerung an jene Tage des Ruhms unter dem ersten Bonaparte und durch Sorge für ihr Wohl an sich zu fesseln. Er kannte die Furcht der

besitzenden Klassen, die in Frankreich bei der großen Theilung des Eigenthums so zahlreich sind, vor dem Socialismus und ihr Bedürfniß der Ruhe und Sicherheit, und stellte sich deshalb vor allen Dingen als einen Vertheidiger der Ordnung und des innern Friedens hin. Es war ihm nicht entgangen, daß die Nation durch den mit dem parlamentarischen System getriebenen Mißbrauch gegen dasselbe gleichgültig geworden, und daß er deshalb nicht den Geist der Freiheit zu fürchten habe, daß ihn vielmehr die große Mehrheit der Bevölkerung bei Bekämpfung desselben unterstützen würde. Nach Herstellung einer festen Ordnung im Innern wollte er den gesunkenen Einfluß Frankreich's auf das Ausland wieder herstellen und als ein Erneuerer der nationalen Größe auftreten. Da er wohl einsah, daß er die politischen Notabilitäten, die in den letzten dreißig Jahren eine Rolle gespielt hatten, nicht zu sich hinüberziehen könne, so gedachte er sie entbehrlich zu machen, indem er die bis dahin in zweiter Linie gestandenen Talente hervorzog und erhob, die nicht anstehen würden, sich zu Werkzeugen für ihn herzugeben. Bei der Popularität, die ihm sein Name gab, glaubte er unter allen Umständen auf die Massen zählen zu können. So viel aber stand in ihm fest, von der errungenen Höhe nicht mehr herabzusteigen, sich mit Aufbietung aller Kräfte auf ihr zu erhalten, und sie nur mit dem Leben selbst aufzugeben. Der erste Napoleon hatte die Macht einbüßen können, ohne dadurch vernichtet zu werden, denn er besaß etwas, das einmal erworben, nicht verloren werden kann, den persönlichen Ruhm. Sein Neffe hing vor allem an der Macht, ohne die er keine Bedeutung gehabt hätte. Er glaubte, daß sein großer Oheim nur durch das Uebermaß seiner kriegerischen Unternehmungen zu Grunde gegangen, übrigens aber in seinem Regierungssystem die Wünsche und Bedürfnisse des französischen Volkes ausgedrückt habe und war der Ueberzeugung, daß, nachdem alle andern Staatsformen sich abgenutzt hätten, die Zeit zur Erneuerung der Napoleonischen Aera gekommen und die Erfüllung dieser Aufgabe ihm beschieden sei. Daß diese Ideen nicht erst in ihm entstanden sind, als er zu dem Besitz der Macht gekommen, sondern daß er sie schon vorher gehegt, geht aus seinen früher erschienenen Schriften hervor, in welchen diese Anschauungsweise immer durchblickt. Er hütete sich aber ihnen schon im Anfange seiner neuen Stellung eine praktische Anwendung geben zu wollen. Das Mißlingen seiner Plane in Straßburg und Boulogne und die mehrjährige Gefangenschaft in Ham, hatten ihm eine Vorsicht und Erwägung der Umstände eingeflößt, die ihn jetzt auf jedem Schritte begleitete, ihn genau lehrte, was in einem gegebenen Moment

zu erreichen möglich sei und was aufgeschoben werden müsse, wo Gewalt oder List anzuwenden sei, wo abgewartet oder rasch zugegriffen werden müsse. Wenn er nicht das Genie seines Oheims besaß, so war er auch von den Mängeln frei, die den Sturz desselben verursacht hatten. Die Zeit war eine andere als die des großen Kaisers, und im Vergleich zu dieser viel kleiner geworden. Es bedurfte keiner so außerordentlichen Eigenschaften mehr, um sie beherrschen, die vielleicht sogar hinderlich gewesen wären. Der Name, der Schatten des Oheims reichte für den Neffen hin, um bei scharfer Berechnung und kluger Benutzung der Umstände an das Ziel zu gelangen.

Da der Präsident der Republik einen bestimmten und zahlreichen Anhang in der Nationalversammlung nicht besaß, so nahm er sein erstes Ministerium aus den Reihen der Majorität; Legitimismus und Orleanismus waren in ihm vertreten, aber nicht der Bonapartismus, weil dieser noch keine gesonderte Parteistellung angenommen hatte. Dieses Ministerium bestand meist aus schon unter Ludwig Philipp bekannt gewordenen parlamentarischen Namen, wie: Odilon Barrot, Leon de Malleville, Passy, Falloux u. s. w. Der General Bugeaud erhielt das Oberkommando über die Alpenarmee, die, wegen der unruhigen Zustände in Oberitalien, an den Grenzen von Savoyen und Piemont zusammengezogen wurde; der General Changarnier wurde an die Spitze aller Linientruppen, die sich im Bereich der ersten Militairdivision befanden und der hauptstädtischen Nationalgarden gestellt, was für den Augenblick eine große Militairmacht in seine Hände legte. Die konstituirende Versammlung war, da sie viele anarchische Elemente enthielt, im Ganzen sehr unpopulair geworden. Vornehmlich um ihre Macht zu beschränken, und zu verhindern, daß sie nicht in einen Konvent ausarte und durch ihre Ausschüsse Frankreich regiere, war ein Präsident mit der Ausübung der vollziehenden Gewalt beauftragt worden. Man hatte geglaubt, daß die Nationalversammlung sich nach Abfassung der Konstitution, dem großen Akt, um deswillen sie eingesetzt worden, zurückziehen werde und war unzufrieden als dies nicht geschah. An Louis Napoleon gingen zahlreiche Glückwünschungs- und Beifallserklärungen ein, während die feindseligen Kundgebungen gegen die Nationalversammlung sich in demselben Maße vermehrten. Endlich stellte der Volksrepräsentant Rateau den Antrag auf Einberufung der legislativen Versammlung (assemblée nationale législative), was anfangs mit Unwillen abgelehnt, dann aber doch aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung, obwohl mit sehr geringer Majorität, angenommen wurde. Leon

Faucher, der sich durch seine staatswirthschaftlichen Schriften einen Namen gemacht hatte, und vom Präsidenten zum Minister des Innern ernannt worden, ließ die Klubs streng überwachen und die unter ihnen, welche für die öffentliche Sicherheit gefährlich schienen, ganz aufheben. Ein Versuch der Demagogen dieser Anordnung mit gewaffneter Hand zu widerstehen mißlang. Der Hohe Gerichtshof in Bourges hatte unterdessen die Urheber des Aufstandes vom 15. Mai (1848), wie Barbès, Blanqui, Raspail u. s. w. verurtheilt. Dadurch war wieder in alle Verhältnisse etwas Ruhe und Sicherheit gebracht worden. Der Verkehr belebte sich von Neuem, die Fabriken arbeiteten, und die Rente stieg unerwartet schnell. Viele reiche Familien, die sich seit der Februarrevolution von Paris fern gehalten hatten, kehrten dahin zurück. Der ganze gesellschaftliche Zustand nahm eine regelmäßigere Gestalt an. Am 26. Mai (1849) lößte sich die konstituirende Nationalversammlung auf und die Legislative trat an ihre Stelle. Louis Napoleon war, außer daß er häufig Musterungen über die Nationalgarden und Linientruppen gehalten hatte, während dieser ersten Monate seiner Präsidentschaft öffentlich wenig hervorgetreten. Er hatte im Stillen den Boden untersucht, auf dem er stand, das Treiben der Parteien beobachtet, gesehen was seinen Absichten förderlich oder hinderlich sein könne, aber äußerlich seine Minister walten lassen.

Am 28. Mai (1849) trat die Legislative zusammen. Die Wahlen zu ihr waren unter dem Einfluß der Abneigung gegen die vorangegangene Nationalversammlung zu Stande gekommen, und in diesem Sinne von einem, aus fünfundsiebenzig Mitgliedern der gemäßigten Partei bestehenden Centralverein, der Verein der Straße Poitiers genannt, geleitet worden. Zu ihm gehörten: Broglie, Molé, Duvergier de Hauranne, Montalembert, Thiers, Charles de Remusat u. s. w. Nur ein entschiedener Anhänger Louis Napoleon's, Persigny, befand sich unter ihnen, und allenfalls noch Fould, dessen Parteistellung aber damals noch keine erklärte war. Das Ministerium wurde theilweise umgestaltet, und ein berühmter litterarischer Name, Alexis de Tocqueville, übernahm das Departement des Auswärtigen. Es wäre überflüssig, diese häufigen Ministerveränderungen immer zu erwähnen, da sie nicht mehr dieselbe Bedeutung wie zur Zeit der parlamentarischen Monarchie besaßen. Die Haltung der Nationalversammlung und des Präsidenten war jetzt die Hauptsache geworden. Kaum die Hälfte der Mitglieder der ersten Nationalversammlung war in die zweite gewählt worden. Selbst Lamartine und Armand Marrast waren durchgefallen.

So sehr hatte sich die öffentliche Meinung verwandelt. Die Parteien waren in der legislativen schärfer als in der konstituirenden Versammlung gesondert, weil es in ersterer weniger Uebergangsstufen gab. Die Monarchisten, die sich, da der Name und die Gesetze der Republik noch immer bestanden, für gemäßigte Republikaner ausgeben mußten, standen den Demokraten und Socialisten schroff gegenüber. Die Erbitterung dieser letzteren ward noch gesteigert, als die Majorität über den Antrag der Linken, den Präsidenten und das Ministerium wegen der Expedition gegen die römische Republik, als einen Verfassungsbruch und eine Verletzung des Völkerrechts enthaltend, in Anklagestand zu versetzen, zur Tagesordnung überging. Es gab in dieser Zeit große Unzufriedenheit in den unteren Klassen in Paris, denn der Verkehr stockte wieder, und die Cholera, an der auch der Marschall Bugeaud starb, forderte viele Opfer. Die Socialisten fanden diesen Augenblick zu einer Schilderhebung geeignet. Am 13. Juni brach die Gährung aus, indem große Volkshaufen sich gegen den Pallast Bourbon, wo die Nationalversammlung tagte, in Bewegung setzten. Changarnier ließ die Aufständischen angreifen und mit dem Bayonett auseinander treiben. Ledru-Rollin, der in der letzten Zeit durch mehre Reden die Gemüther entflammt hatte, begab sich mit seinem Anhange und einer Abtheilung Artillerie der Nationalgarde nach dem Konservatorium der Künste und Handwerke, und wollte dort eine Art von Konvent bilden und das Volk zu den Waffen rufen. Man ließ ihm aber hierzu keine Zeit. Er ward mit seinen Genossen überrascht und zur Flucht gezwungen. Paris wurde in Belagerungszustand erklärt und die Artillerie der Nationalgarde aufgelöst. Diejenigen, welche sich mit Ledru-Rollin an dem Aufstande betheiligt und sich nicht in das Ausland gerettet hatten, wurden verhaftet, vor den Hohen Gerichtshof*) in Versailles gestellt und zu verschiedenen Strafen verurtheilt. Ledru-Rollin war nach England geflüchtet. Der General Magnan hatte um dieselbe Zeit einen socialistischen Aufstand in Lyon nicht ohne Blutvergießen überwältigt. Hierauf vertagte sich die Nationalversammlung vom 11. August bis 10. Oktober (1849). Während dieser Ferien wurde sie, der Verfassung gemäß, von einer Permanenzkommission vertreten, die aus Mitgliedern aller Parteien zusammengesetzt war, aber nichts Erhebliches unternahm. Nach der Wiedereröffnung der Versammlung richtete der Präsident eine Botschaft an sie über

*) Eine Fortsetzung der vorher in Bourges bestandenen Behörde desselben Namens.

den Zustand der Republik, in der er einen etwas höheren Ton annahm, auf die Größe seines Namens hinwies und erklärte, daß derselbe ein ganzes Regierungsprogramm enthalte, und Ordnung, Religion, Wohlfahrt im Innern und Nationalwürde dem Auslande gegenüber bedeute. Auch beklagte er sich ziemlich deutlich über die Uneinigkeiten in der Nationalversammlung, und die geringe Unterstützung, die er von ihr erhalte. Damit war zugleich die Einsetzung eines neuen Ministeriums verbunden, das zwar aus den Reihen der Majorität genommen war, aber doch dem Präsidenten etwas näher als das vorangegangene stand. Eine leise Verstimmung bemächtigte sich der Versammlung über die Botschaft und den Ministerwechsel, die zwar noch zu keinem Widerstand führte, aber das gute Einvernehmen der ersten Zeit nicht mehr aufkommen ließ.

In Paris sprach man damals viel von einer Aussöhnung zwischen der älteren und jüngeren Linie des französischen Königshauses, für die besonders zwei ehemalige Minister Ludwig Philipp's, Guizot und Salvandy, wirkten, die aber nicht zu Stande kam, da der verbannte Enkelsohn Karl X., der Graf von Chambord, sich nicht sehr entgegenkommend bewies, und die Herzogin von Orleans, um die Rechte ihrer Söhne unverletzt zu bewahren, eine Anerkennung des unbedingten Legitimitätsprincips ablehnte.

Die Ungewißheit über die Zukunft, die Widersprüche, die in der gegenseitigen Stellung der beiden obersten Gewalten lagen, dauerten fort und machten sich bei jeder Gelegenheit fühlbar. Noch hielt der Präsident sich klüglich im Hintergrund und ließ seine Minister hervortreten, aber einzelne Aeußerungen und Handlungen bewiesen, daß er sich nicht immer mit dieser scheinbar unthätigen Rolle begnügen werde. Zwar nahm der Verfassung nach die Nationalversammlung den ersten Platz in der Republik ein, und Louis Napoleon war, wie seine Gegner mit Recht behaupteten, nicht das Oberhaupt des Staates, sondern nur der verantwortliche Leiter der vollziehenden Gewalt. Aber der Umstand, daß er, so wie die Nationalversammlung, aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen und Millionen Stimmen erhalten, bewirkte, daß er sich ebenfalls für den Vertreter der Nation und mit derselben Macht bekleidet ansah. Da er außerdem noch ein Napoleonide war, den Oberbefehl über die Land- und Seemacht und die Ernennung zu allen Beamtenstellen besaß, so war er offenbar stärker als die Nationalversammlung, und das Volk fühlte dies und blickte auf ihn mehr, als auf die

750 Repräsentanten, die im Pallast Bourbon tagten. Louis Napoleon, der, wie die Folgezeit nur zu sehr bewiesen hat, ehrgeiziger als irgend Jemand in der Nationalversammlung war, nahm jedoch den Schein an, als wolle er die Volksrechte schützen, und als gäbe er den Eingriffen in dieselben nur ungern nach. Die Majorität, welche, obgleich unter republikanischen Formen berathend, antirepublikanisch gesinnt war, sah den Präsidenten nur als Mittel zur Erhaltung einer leidlichen Ordnung an, nach deren Befestigung sie ihn zu beseitigen und das Königthum wieder herzustellen dachte. Zugleich fürchtete sie immer den Ausbruch neuer Unruhen und Aufstände, und suchte ihnen zuvorzukommen, indem sie die Militairmacht vermehrte, und die von der Verfassung dem Volke verliehenen Rechte schmälerte. Sie erhöhte dadurch die Stellung des Präsidenten, unter dem die Armee stand, bereitete die Menge auf eine widerstandslose Unterwerfung unter die äußere Gewalt vor, und entfremdete sich die Massen, die in der Majorität nicht ihre Vertreter, sondern einen Verein von Legitimisten, Orleanisten und Klerikalen sah, der nur auf den Augenblick wartete, um die Republik stürzen zu können. Die Majorität setzte eine Beschränkung des Wahlrechts durch, zu dessen Ausübung nicht, wie bisher, ein sechsmonatlicher, sondern ein dreijähriger Aufenthalt in der Gemeinde gehören sollte, was an drei Millionen Wähler, welche diese Bedingung nicht erfüllen konnten, von dem Stimmrecht ausschloß. Außerdem wurde die Tagespresse unter eine strengere Aufsicht gestellt, und ihrer Wirksamkeit ein großer Stoß versetzt, indem auf Antrag zweier legitimistischen Volksrepräsentanten, des Marquis von Tinguy und des Herrn de la Boulie, die Unterzeichnung aller Journalartikel von politischem Charakter, mit dem Namen des Verfassers gesetzlich angeordnet wurde. Obgleich diese und ähnliche Bestimmungen dem Präsidenten nur willkommen sein konnten, indem sie den Geist der Freiheit unterdrücken halfen, so benutzte er sie dennoch zu Angriffen auf die Nationalversammlung, und erklärte bei einem Bankett in Dijon, dieselbe unterstütze seine Regierung nur, wenn es auf Repressivmaßregeln ankomme, nicht aber da, wo es sich um Verbesserungen in der Lage der Massen handle. Das Land wurde, mit Ausnahme von Paris und der ersten Militairdivision in drei große Militairkommandos eingetheilt, um im Augenblick der Gefahr rasch einschreiten zu können. Da Frankreich damals nirgends Krieg führte, sondern nur in Rom und Civitavecchia Besatzungen hielt, so schien die ganze ungeheuere Armee einzig zur Bewachung des Volks da zu sein. Auf diese Art trat aber das parlamentarische Element immer mehr hinter dem militairischen zurück, und Louis

Napoleon breitete seinen Einfluß eben so sehr aus, als der der Nationalversammlung sich verringerte.

Die beiden Fraktionen des Royalismus, die Legitimisten und Orleanisten, glaubten daß es Zeit sei, ein Zeichen ihres Daseins vor der Welt zu geben. Die Legitimisten versammelten sich, um den nach Wiesbaden gekommenen Grafen Chambord (August 1850), der bei der Uneinigkeit zwischen dem Präsidenten und der Nationalversammlung und der Ungewißheit, in der Alles in Frankreich lag, neue Hoffnungen für sich und das von ihm vertretene Princip hegte. Aber obgleich es schon klar am Tage lag, daß die Republik in Frankreich nicht von Dauer sein werde, so war es doch nicht der Royalismus, der von der Februarrevolution erben sollte. Die legitimistische Partei, ohnedies seit langer Zeit nur negirend und protestirend, ohne aktiven und positiven Einfluß auf den Gang der Ereignisse, spaltete sich um diese Zeit in zwei Lager, indem die Einen das Recht des Grafen von Chambord auf die Krone einzig von seiner Geburt herleiteten, die Anderen, dem Geist der Zeit nachgebend, eine Berufung auf das Volk, als Verstärkung und Ergänzung des ursprünglichen Rechts, für nöthig hielten. Da der Graf von Chambord ausschließend an seinem Geburtsrecht hing und jede anderweitige Vermittlung verwarf, so entfernte sich ein Theil seiner Anhänger von ihm, von denen einige der bekanntesten, wie Larochejacquelein und Pastoret, später sogar zu Louis Napoleon übergingen. Am 26. August 1850 war Ludwig Philipp in Claremont, im Alter von siebenundsiebenzig Jahren gestorben. Viele Freunde seiner Familie begaben sich nach England, um derselben ihr Beileid zu bezeigen, und zugleich den Plan zu einer Aussöhnung der beiden Zweige des französischen Königshauses, die sogenannte Fusion, zu betreiben. Der greise König hatte geglaubt, daß von den Stürmen des Jahres 1848 die Monarchie in Frankreich mit den Wurzeln aus dem Boden gerissen und für immer oder wenigstens für lange unmöglich geworden sei, und daß sie auch im übrigen Europa ihrem Verfall entgegengehe. Seine Anhänger theilten diese Meinung nicht, waren aber außer Stande etwas für die Wiederherstellung des Königthums zu thun, da ihnen jede Handhabe fehlte, mit der sie die Sache hätten angreifen können, und vermochten nicht einmal über die Bedingungen einer Fusion sich mit den Legitimisten zu verständigen. Um allen Unterhandlungen der Art fern zu bleiben, hatte sich die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen nach Deutschland entfernt. Louis Napoleon rächte sich für die royalistischen Pilgerfahrten nach Wiesbaden und Claremont und die ohnmächtigen Restaurationsplane,

die dort berathen wurden, indem er häufiger als vorher Musterungen über die Pariser Armee abhielt, und Militairbankette veranstaltete, bei denen der Wein in Strömen floß, und wie bei den Revuen selbst nicht selten der Ruf: Es lebe der Kaiser! erklang. Die Truppen wurden auf diese Art gewöhnt in dem Präsidenten etwas mehr und anderes als den ersten Beamten der Republik zu sehen. Es hätte indessen dieser künstlichen Anreizungen nicht bedurft. Ein Bonaparte, an die Spitze der französischen Armee gestellt, mußte, wenn er nicht ganz kraftlos und beschränkt war, selbst mitten im Frieden, durch die Erinnerungen, die sich an seinen Namen knüpften, unter den Soldaten populair werden.

An Streitigkeiten zwischen den Parteien in der Nationalversammlung und zwischen dieser und den Ministern und kommandirenden Generalen fehlte es nie. Der Präsident allein zog aus dieser Uneinigkeit Vortheil. Der General Changarnier, der allerdings in der militäirischen Hierarchie eine exceptionelle Stellung einnahm, indem er zugleich über Linientruppen und Nationalgarden gesetzt war, und sich wenig an die Anordnungen des Kriegsministers kehrte, dabei aber sich große Verdienste um die Erhaltung der Ruhe in Paris erworben hatte, wurde von der Opposition wegen angeblich eigenmächtiger und verfassungswidriger Handlungen auf das heftigste angegriffen, und von dem Präsidenten, der erkannt hatte, daß er diesen General nicht in ein Werkzeug für sich verwandeln könne, aufgegeben. Changarnier mußte das Kommando über die Pariser Armee niederlegen, welches unter zwei Generale getheilt wurde. Es war dies ein schwerer Schlag für die royalistische Fraktion der Nationalversammlung, die im Nothfall auf Changarnier, der ihre Grundsätze theilte, gezählt hatte. Louis Napoleon verstand es, die ausgezeichneteren Generale, die er nicht gewinnen konnte, allmälig außer Thätigkeit zu setzen und dadurch den Truppen zu entfremden. Die Minister wechselten bei den ungewissen Majoritäten in der Nationalversammlung häufiger als je, und der Präsident sah dies nicht ungern, indem sich dadurch viele politische Notabilitäten rasch abnutzten, und die Haltlosigkeit in den öffentlichen Zuständen immer augenfälliger wurde. Louis Napoleon pflegte dann über die endlosen Parteistreitigkeiten und inneren Reibungen zu klagen, während er ihnen im Geheimen Vorschub leistete. In dieser allgemeinen Schwankung schien er als der einzige feste Punkt dazustehen. Thiers, der die Politik des Präsidenten durchschaute, aber nichts dagegen zu unternehmen vermochte, schloß eine seiner Reden mit den Worten: „Meine Herren! Das Kaiserreich ist fertig!"

Die besitzenden Klassen wurden endlich immer mehr von Ungeduld

über die aussichtslose Lage des Landes, und von Besorgnissen über die Zukunft ergriffen. Von den Generalräthen liefen Petitionen über Petitionen bei der Nationalversammlung ein, welche auf die Nothwendigkeit einer Revision der Verfassung dringend hinwiesen. In der Masse der Bevölkerung, die nicht unter dem Einfluß der Parteien stand, nahm die Ueberzeugung überhand, daß nur Louis Napoleon das Staatsruder führen könne, und daß ohne ihn das Land eine Beute der Demagogen und Anarchisten werden würde. Die Gewalt des Präsidenten lief am 3. Mai 1852 ab. Alle friedliebenden und umsichtigen Personen, selbst solche, die keinesweges aus Neigung Bonapartisten waren, wünschten, daß er in seiner Stellung verbliebe, da Niemand da war, um ihn zu ersetzen, und bei einer neuen Wahl innere Unruhen und vielleicht ein Bürgerkrieg ausbrechen konnten. Aber der Artikel 45 der Konstitution vom 4. Nov. 1848 untersagte ausdrücklich die Wiedererwählung des ausgeschiedenen Präsidenten vor Ablauf von vier Jahren, und der Artikel 111 bestimmte, daß zu einer Revision der Verfassung drei Viertheile der Stimmen in der Nationalversammlung nöthig seien. Die Nationalversammlung konnte sich endlich vor den sie von allen Seiten bestürmenden Anträgen auf eine Revision der Verfassung nicht länger verschließen und begann über diese Frage am 14. Juli 1851 zu berathen. Die Verhandlungen dauerten fünf Tage und wurden mit einem seltenen Aufwande von Geist und Beredtsamkeit geführt, brachten aber kein Resultat hervor. Da die Monarchisten und Republikaner auf ihren entgegengesetzten Standpunkten, ohne Rücksicht auf die Lage der Dinge, einseitig beharrten, so ward es unmöglich, die Dreiviertheile der Stimmen zusammenzubringen, die zur Revision der Verfassung nöthig waren. Da Louis Napoleon auf gesetzlichem Wege nicht wieder gewählt werden konnte, er aber fest entschlossen war, seine Macht freiwillig nicht aufzugeben, so war ein gewaltsamer Angriff auf das Bestehende von seiner Seite vorauszusehen. Die Nationalversammlung, obgleich dann und wann von trüben Ahnungen erfüllt, traute dem Präsidenten immer noch nicht genug Entschlossenheit zur Ausführung seiner Absichten zu, obgleich dieselben in den Augen unparteiischer Beobachter nicht mehr zweifelhaft sein konnten.

Die Nationalversammlung vertagte sich, von dem Bewußtsein, wie wenig sie der Größe ihrer Aufgabe gewachsen sei, entmuthigt, vom 10. August bis zum 4. November. Aber während sie durch die Verwerfung der Revision die Zukunft des Landes dem Bürgerkrieg und der Anarchie überließ, war dasselbe mit den Mitteln zu seiner Rettung beschäftigt. Vom 1. Juni bis zum 15. Juli waren aus allen Theilen

Frankreich's Petitionen mit beinahe anderthalb Millionen Unterschriften eingelaufen, die eine Revision der Verfassung forderten. Die Nationalversammlung nahm diese Mahnungen der öffentlichen Stimme an ihr Gewissen mit übel verhehltem Unwillen auf, und sah sie als eine unbefugte Einmischung in ihre Rechte an. Während der parlamentarischen Ferien wurde diese Angelegenheit von den versammelten Generalräthen der Departements lebhaft betrieben. Von 85 Generalräthen sprachen sich 80 für die Revision, obgleich nicht alle auf dieselbe Weise aus. Bei einigen blickte der Wunsch durch die legitime Monarchie wiederhergestellt zu sehen, andere hielten eine Revision für nothwendig, ohne die Frage über die Präsidentschaft in Betracht zu ziehen, die meisten erklärten aber, daß die Erhaltung der inneren Ruhe von der Verlängerung der Gewalt Louis Napoleon's abhänge. Während die gesetzliche Vertretung der Departements sich an das Mögliche und Nothwendige hielt, gab sich ein Theil der Presse utopistischen Phantasien hin. Von den Freunden einer Revision im monarchischen Sinne schlugen die einen für die erste Stelle in der Republik den Grafen von Chambord, die anderen den Prinzen von Joinville, den dritten Sohn Ludwig Philipp's vor. Die Fusionisten wiesen auf Changarnier hin, und die Socialisten dachten an Carnot, oder an einen Unternehmer von Bauten, Namens Nadaud, der sich in der Nationalversammlung bei einigen Gelegenheiten durch seine radikalen Meinungen bemerkbar gemacht hatte.

Der Präsident hatte kurz vor dem Wiedereintritt der Nationalversammlung ein neues Ministerium ernannt, weil ihm das frühere nicht entschieden genug auf seiner Seite zu stehen schien. Unter den neuen Ministern stand am höchsten in seinem Vertrauen der Kriegsminister General Leroi de St. Arnaud, dem er bei der Ausführung seiner Plane die wichtigste Rolle zugedacht hatte. Louis Napoleon, der bisher mit seltenem Takt sein Verhalten genau nach den Umständen eingerichtet und Kühnheit mit Umsicht verbunden hatte, beschloß jetzt, als er die Rathlosigkeit der Nationalversammlung und die Stimmung des Landes erkundet hatte, ohne weiteres seinem Ziele näher zu treten.

In der ersten Sitzung der Nationalversammlung, nach Ablauf der parlamentarischen Ferien, am 4. November, theilte der neue Minister des Innern, Thorigny, eine Botschaft des Präsidenten mit, in welcher die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts beantragt wurde, weil es die Quelle aller seit der Februarrevolution getroffenen Einrichtungen sei, und es ohne dasselbe dem Bestehenden an einem Rechtsboden fehle. Die Majorität ging auf diese Gründe nicht ein und wies den

Antrag zurück. Ein Theil der Versammlung, welcher begriff, daß diese Verwerfung zu einem vollkommenen Bruch zwischen ihr und dem Präsidenten führen müsse, verlangte für die Volksvertretung das Recht, im Nothfall zu ihrer Vertheidigung die Hülfe der bewaffneten Macht in Anspruch nehmen zu können. Aber die Bergpartei, welche sich an den Legitimisten, Orleanisten und gemäßigten Republikanern für die Niederlagen rächen wollte, die sie von ihnen bei anderen Gelegenheiten erfahren, stimmte, jede andere Rücksicht bei Seite setzend, gegen den Antrag, der durchfiel. Die Nationalversammlung stand wehrlos da. Allgemein fühlte man, daß eine Katastrophe im Anzuge sei, nur wie und wann war unbekannt. Die in der letzten Zeit systematisch gewordene Feindseligkeit zwischen der Nationalversammlung und dem Präsidenten mußte zu einem gewaltsamen Ausbruch führen. Einige kühne Männer unter den Gegnern Louis Napoleon's trugen sich mit dem Gedanken, ihn im Pallast Elysée aufheben und nach Vincennes bringen zu lassen, und ihn dann wegen Umtriebe gegen die Republik und Verletzungen der Verfassung in Anklagestand zu versetzen. Aber der Plan kam nicht zur Ausführung, da es der Partei, in der er entstanden, zuletzt an Muth fehlte, und eine für den Anschlag geeignete Truppenmacht, da die Pariser Garnison jetzt unter lauter Louis Napoleon ergebenen Generalen stand, nicht so leicht gefunden worden wäre. Auch war die Uneinigkeit in der Nationalversammlung so groß, daß sie nach dem Sturz des Präsidenten nicht gewußt hätte, wen sie an seine Stelle setzen sollte, da jede Partei ihren Kandidaten hatte und alles zu einer Personenfrage geworden war.

Louis Napoleon hatte endlich seinen Entschluß unwandelbar festgesetzt, aber nur wenige Personen in das Geheimniß seines Unternehmens gezogen. Es waren dies der Kriegsminister St. Arnaud, der Polizeipräfekt Maupas und der Volksrepräsentant Graf Morny, ein natürlicher Bruder des Präsidenten von Seiten seiner Mutter, der ehemaligen Königin von Holland, die diesen Sohn von einem Adjutanten Napoleon's, dem Grafen Flahaut, gehabt hatte. Vierzehn Tage lang hatte die Berathung in tiefster Stille gedauert. Als alles vorbereitet war, wurde der 2. December (1851), der Jahrestag der Krönung Napoleon's und der Schlacht von Austerlitz, zur Ausführung bestimmt.

Den Abend des 1. Decembers brachte Ludwig Napoleon im Elysée, von einer zahlreichen Gesellschaft umgeben, zu, mit der er sich bis gegen Mitternacht scheinbar heiter und unbefangen unterhielt. Unterdessen waren 800 Polizeiagenten und die Sicherheitsbrigaden in der Polizeipräfektur versammelt worden. Durch sie sollte der Anfang des Unter-

nehmens gemacht und alle diejenigen verhaftet werden, deren Widerstand der Präsident, wenn sie auf freiem Fuß blieben, zu fürchten gehabt hätte. Zu ihnen gehörte vor allen eine Anzahl von Generalen, die um jeden Preis von der Berührung mit den Truppen fern gehalten werden mußten. Die innere Einrichtung der Wohnungen und die Gewohnheiten aller derer, welche verhaftet werden sollten, waren vorher genau ausgekundschaftet worden, damit dabei kein Irrthum und keine Verzögerung vorkommen konnte. Am 2. December, fünf Uhr Morgens, stellten sich die vierzig Polizeikommissarien der Pariser Polizeireviere auf der Präfektur ein, die mit dem Zweck des Unternehmens bekannt gemacht wurden, und unter deren Leitung die einzelnen Agenten ihre Aufträge vollziehen sollten. Kein einziger weigerte sich, diesen ungesetzlichen Befehl auszuführen. Bald nach sechs Uhr wurden die Generale Cavaignac, Changarnier, Lamoricière, Leflô, Bedeau, der Oberst Charras, mehre Volksrepräsentanten, unter ihnen Thiers, nebst Klubs- und Barrikadenchefs meist in ihren Betten überrascht und nach verschiedenen Gefängnissen abgeführt. Eine halbe Stunde später nahm Morny, von einer Abtheilung Vincenner Jäger begleitet, von dem Ministerium des Innern Besitz, dessen bisheriger Inhaber, Thorigny, nicht für unternehmend genug gegolten hatte. Der Pallast Bourbon wurde von dem Oberst Espinasse mit dem 42. Linienregiment umstellt. Etwa sechzig Volksrepräsentanten, die, von dem was vorging benachrichtigt, nach dem Sitzungssaal geeilt waren, wurden von der bewaffneten Macht aus demselben vertrieben. Die einzelnen Maßregeln hatten wunderbar gut ineinander gegriffen, und alles war zur bestimmten Zeit und vollständig ausgeführt worden.

Während der Nacht war in der Staatsdruckerei ein Dekret Louis Napoleon's und zwei Proklamationen an das Volk und die Armee gedruckt, und noch vor Tage an den Straßenecken angeschlagen worden. Das Dekret erklärte die Auflösung der Nationalversammlung und des Staatsraths, die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts, die Einführung des Belagerungszustandes im Bereiche der ersten Militairdivision, und die Abhaltung von Wahlversammlungen zwischen dem 14. und 21. December, die über Abänderungen in der Verfassung abstimmen sollten. In der Proklamation an das Volk klagte der Präsident die Nationalversammlung an, statt Gesetze im allgemeinen Interesse zu erlassen, Waffen für den Bürgerkrieg zu schmieden, und schlug die Wiederherstellung der vom ersten Konsul am Ende des vorigen Jahrhunderts eingeführten Institutionen vor (die Konstitution vom 22. Frimaire des

Jahres IX oder dem 13. December 1799), welche schon einmal die Ruhe und Wohlfahrt Frankreich's gesichert hätten, und sich auch jetzt wieder bewähren würden. Die Grundzüge der Verfassung, welche den Wahlversammlungen vorgelegt werden sollte, waren: Ein verantwortliches Staatsoberhaupt, auf zehn Jahre ernannt und Minister, die nur von ihm abhängen; ein Staatsrath, der die Gesetze ausarbeitet, und die Verhandlungen darüber vor dem gesetzgebenden Körper führt; ein gesetzgebender Körper, aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen, der das Budget und die Gesetze prüft und über sie abstimmt, und eine zweite Versammlung (der nachmalige Senat), gebildet aus allen Notabilitäten des Landes, eine zur Erhaltung des Gleichgewichts bestimmte Staatsgewalt, welche über die Konstitution und die öffentlichen Freiheiten wacht. Sollte die Nation diesen Einrichtungen ihre Zustimmung versagen, so werde der Präsident eine außerordentliche Versammlung einberufen, und ihr die ihm anvertraute Gewalt zurückgeben, denn er wolle nicht länger für Maßregeln verantwortlich sein, die er für verderblich halte. In der Proklamation an das Heer klagte Louis Napoleon die Nationalversammlung an, die Rechte angetastet zu haben, die ihm durch die allgemeine Abstimmung übertragen worden, und erklärte, daß er auf die Truppen rechne, um die bedrohte Volkssouverainetät wieder herzustellen. Er erinnerte die Soldaten an die Beleidigungen und Zurücksetzungen, die sie 1848 von den Demagogen und Anarchisten erfahren hätten, und berief sich darauf, daß zwischen ihnen und dem Namen, den er führe, eine Gemeinschaft des Ruhms und Unglücks bestehe, die unauflösbar sei, und auch in der Zukunft zu Frankreich's Größe fortdauern solle.

Die Menge las das Dekret und die beiden Proklamationen als es Tag geworden, mit Erstaunen, aber ohne Zorn, denn die Anerkennung der Volkssouverainetät und die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts schmeichelten ihr, und die Anschuldigungen gegen die Nationalversammlung waren ihr aus der Seele gesprochen, da dieselbe besonders in der letzten Zeit äußerst unpopulair geworden war. Außer dieser neugierigen und friedlichen Menge gab es in Paris eine republikanische und socialistische Partei, die Louis Napoleon's Absichten durchschaute, und wohl geneigt gewesen wäre, sich gegen ihn zu erheben, die aber durch die gerichtlichen Verurtheilungen während der letzten Jahre ihrer unternehmendsten Führer beraubt worden, und in diesem Augenblick auf einen Kampf nicht vorbereitet war. Gegen diese hatte man die starke Truppenmacht bestimmt, die ganz im Stillen zusammengezogen

war, und als es Tag geworden, den Pallast Bourbon, den Quai d'Orsay, den Garten der Tuileries und die benachbarten Stadttheile besetzte. Um neun Uhr wurde den Truppen das Dekret und die beiden Proklamationen des Präsidenten vorgelesen und von ihnen mit lautem Beifall aufgenommen. Um zehn Uhr trat eine Anzahl von Mitgliedern der äußersten Linken unter Cremieux Vorsitz zusammen, ward aber von der bewaffneten Macht aufgelöst. Gegen Mittag versammelten sich ungefähr 200 Repräsentanten, meist zur legitimistischen und orleanistischen Partei gehörig, in der Mairie des zehnten Arondissements, dekretirten die Absetzung des Präsidenten, und stellten zwei Legitimisten, die Generale Oudinot und Lauriston, an die Spitze der Linientruppen und Nationalgarden. Es waren dies aber Generale ohne Armee, denn mit Ausnahme einer kleinen Abtheilung Nationalgarde, die bald auseinander ging, stellte sich Niemand dieser Fraktion der Nationalversammlung zur Verfügung. Es wurden erbitterte Reden gegen den Präsidenten gehalten, die Versammlung ward aber zuletzt von den Truppen gesprengt, welche 150 Repräsentanten verhafteten, die jedoch einige Tage später ihre Freiheit wieder erhielten. Der Hohe Gerichtshof, der von der Konstitution zur Aburtheilung über politische Verbrechen eingesetzt war, hatte sich im Justizpallast versammelt, und wollte ein Verfahren gegen den Präsidenten einleiten, als er von einer Abtheilung Municipalgarde vertrieben wurde. Um ein Uhr stieg Louis Napoleon zu Pferde, begleitet von seinem Oheim, dem ehemaligen König von Westphalen, einem zahlreichen Stabe und vielen Volksrepräsentanten, die sich auf seine Seite geschlagen hatten, und wurde von den Truppen mit stürmischem Zuruf empfangen. Das zuschauende Publikum verhielt sich gleichgültig, gab weder Beifall noch Unzufriedenheit zu erkennen. In der darauf folgenden Nacht bereiteten sich Mitglieder der äußersten Linken mit ihrem Anhange in den Klubs zu einer insurrektionellen Bewegung vor. Am 3. December wurden Barrikaden gebaut, bei deren Vertheidigung der Repräsentant Baudin getödtet und sein Kollege Madier de Montjeau verwundet wurde. Die Ruhe wurde von den Truppen ohne Mühe wieder hergestellt. Aber am 4. December kam es auf den Boulevards und in den Straßen St. Denis und St. Martin zu einem kurzen, aber heftigen Kampfe, bei dem die Artillerie thätig war und auf beiden Seiten viele Opfer fielen, der aber von den Truppen siegreich beendigt wurde. Der Soldat hatte an diesem Tage mehr Blut vergossen, als nöthig gewesen wäre, und sich zuweilen gegen Wehrlose und Unschuldige grausam gezeigt. Am 6. December erschien eine Proklamation des Präsidenten,

in der er die Wiederherstellung der Ruhe anzeigte, auf die von den Wahlversammlungen zu erwartende Entscheidung über die Verfassungsanträge hinwies, die er gestellt hatte, und sich gegen die Beschuldigung des Ehrgeizes verwahrte. Den Ausspruch der Nation werde er stets ehren, aber so lange sie sich noch nicht erklärt habe, keine Mühe scheuen, um aufrührische Umtriebe zu vereiteln. Wenn er das Vertrauen des Volks nicht mehr besitze, so sei es unnöthig kostbares Blut zu vergießen, es genüge ein verneinendes Votum in die Urne zu legen. — Obgleich Louis Napoleon mit Verletzung der von ihm beschwornen Verfassung die Diktatur an sich gerissen hatte, so suchte er sich doch immer das Ansehen zu geben, als sei er nur der Bevollmächtigte der Nation, als stelle er alles ihrem obersten Schiedsgericht anheim.

Die Ereignisse vom 2. December wurden in den größeren Provinzialstädten, wie Lyon, Bordeaux, Nantes, Rouen von den höheren Klassen mit schweigendem Unmuth, von der Menge aber mit Gleichgültigkeit oder Billigung aufgenommen, riefen aber daselbst keine Unruhen hervor. Aber in einigen Gegenden im Innern des Landes, in den Umgebungen von Moulins und Nevers, im Jura, im Departement der Niederalpen und im Departement du Gard, wo die socialistische Propaganda in den niederen Klassen zahlreichen Anhang gefunden und wenig Militair stand, brachen Aufstände aus, aber nicht im Namen der gesprengten Nationalversammlung, sondern des Konvents und der Revolution von 1793, die aber bald unterdrückt wurden. Dem Präsidenten wurden diese Bewegungen nützlich, indem sie ihm Veranlassung gaben, halb Frankreich in Belagerungszustand zu erklären und Militairgerichte und außerordentliche Kommissionen einzusetzen, wodurch die allgemeine Einschüchterung und Fesselung noch vermehrt wurde.

Am 3. December ward eine berathende Kommission (commission consultative) errichtet, die den mit der Nationalversammlung aufgelösten Staatsrath ersetzen sollte, die aber keinen Einfluß ausgeübt hat und nur der Form wegen zuweilen zugezogen worden ist. Bald ging die ganze Nation mit wenigen Ausnahmen auf die ihr von Louis Napoleon vorgezeichnete Bahn ein. Gegen 7 Millionen Wähler stimmten für die Verlängerung der Gewalt des Präsidenten auf 10 Jahre, und ertheilten ihm außerdem das Recht, in den Institutionen des Landes diejenigen Veränderungen einzuführen, die er für angemessen erachten würde (20. und 21. December 1851). Am 31. December begab sich Baroche, Vicepräsident der berathenden Kommission, die mit der Prüfung der Wahlzettel beauftragt gewesen, nach dem Elysée, legte dem Präsidenten das

ihm so äußerst günstige Ergebniß der Abstimmungen vor, und hielt dabei eine jener pomphaften Reden, wie sie seit 1804 bei so vielen Gelegenheiten an die Machthaber in Frankreich gerichtet worden sind. Am 1. Januar (1852) wurde in Gegenwart Louis Napoleon's in der Kirche Notredame ein Tedeum gesungen, und fortan für ihn, wie früher für den König und dann für die Republik, von der Geistlichkeit bei dem öffentlichen Gottesdienst gebetet. Die fremden Mächte, die aus Besorgniß vor Unruhen bei einer neuen Präsidentenwahl den Staatsstreich mit Beifall aufgenommen hatten, erschienen in der Person ihrer Gesandten vor dem Neffen Napoleon's und brachten ihm ihre Glückwünsche dar. Um diejenigen unter seinen Gegnern, die ihm durch ihre Grundsätze, ihr Talent oder ihre Stellung besonders gefährlich erschienen, für sich unschädlich zu machen, erließ der Präsident ein Dekret (9. Januar), durch welches eine bedeutende Anzahl ehemaliger Volksrepräsentanten zu einer zeitweiligen oder immerwährenden Verbannung aus Frankreich verurtheilt wurde. Zu ihnen gehörten, um nur die bekanntesten zu nennen: Viktor Hugo, Edgar Quinet, Thiers, Emile de Girardin, Duvergier de Hauranne, Changarnier, Leflô, Lamoricière, Bedeau, Charras u. s. w. Cavaignac wurde von dieser Maßregel nicht getroffen und konnte seinen Aufenthalt in Paris nehmen. Manchen unter diesen Verbannten, wie namentlich Thiers und Duvergier de Hauranne, wurde einige Zeit nachher, als der Präsident sich bereits sicher fühlte, verstattet nach Frankreich zurückzukehren. Am 14. Januar wurde die neue Verfassung bekannt gemacht, die, wie schon oben erwähnt worden, nichts als eine Kopie der Konstitution von 1799 war. Die vierunddreißig Jahre der parlamentarischen Monarchie schienen wie ausgelöscht zu sein. Das Land sah sich in seiner politischen Entwickelung auf den Punkt zurückgebracht, auf dem es funfzig Jahre vorher gestanden hatte. Am 22. Januar erschien ein Dekret, durch welches die Besitzungen, welche Ludwig Philipp am Vorabend seiner Thronbesteigung seiner Familie abgetreten hatte, und die nach einem alten im vierzehnten Jahrhundert*) entstandenen Brauch mit den Staatsdomainen hätten vereinigt werden sollen, eingezogen wurden. Außerdem mußten die Mitglieder des Hauses Orleans ihre in Frankreich liegenden Besitzungen binnen Jahresfrist verkaufen. Diese Maßregel, die vielen ungerecht erschien, da Ludwig Philipp, der nicht durch Erbrecht, sondern durch eine Revolution auf den Thron gestiegen, auch nicht an die Hausgesetze der alten Monarchie gebunden gewesen

*) Unter Philipp V., der Lange genannt.

war, veranlaßte mehre bedeutende Personen, die sich Louis Napoleon angeschlossen hatten, unter andern auch Montalembert, sich von ihm zurückzuziehen. Am 29. März fand die Installirung des Senats und des gesetzgebenden Körpers statt, und hörte, da die neue Konstitution in Wirksamkeit trat, die diktatorische Gewalt des Präsidenten auf.

Die Wiederherstellung des Kaiserthums war von jeher der herrschende Gedanke in Louis Napoleon's Leben gewesen. Er hatte diesen Plan unter den ungünstigsten Umständen, in der Verbannung und im Gefängniß gehegt, als er nur ein ehrgeiziger Traum zu sein schien. Wie hätte er ihn jetzt nicht verwirklichen sollen, wo er sich thatsächlich im Besitz der obersten Gewalt befand, und dem ersehnten Ziel so nahe gekommen war? Auch war alles dazu angelegt und darauf vorbereitet. Der Präsident hatte, so bald er durch den Staatsstreich in seinen Entschließungen vollkommen unabhängig geworden, die beiden einflußreichsten Stände des französischen Volkes, die Geistlichkeit und die Armee, die ihre hierarchische Organisation so mächtig macht, an sich zu fesseln gewußt. Das Pantheon wurde dem katholischen Kultus zurückgegeben und eine strengere Beobachtung der Sonn- und Feiertage angeordnet. Bei jeder Gelegenheit hob Louis Napoleon die Bedeutung der Religion und ihrer Diener hervor. Die Generale und höheren Officiere wurden durch Auszeichnungen, und, wenn sie es bedurften, durch außerordentliche Gratifikationen gewonnen, die Ehrenlegionkreuze freigebiger als je verliehen, und für die Unterofficiere und Soldaten Medaillen gestiftet, deren Besitz eine lebenslängliche, jährliche Einnahme von 100 Fr. gewährte. Auch die industriellen und arbeitenden Klassen wurden nicht vergessen. Die Bewilligungen zur Anlegung von Eisenbahnen, zur Gründung von Kreditvereinen, Leihbanken u. s. w. fesselten die Kapitalisten, Rentner und überhaupt die wohlhabenden Klassen an die Erhaltung der inneren Ordnung, die von der bestehenden Regierung unzertrennlich erschien, und die Angriffnahme großer Bauten, besonders in Paris selbst, die Verbindung des Louvre mit den Tuileries, die Anlegung ganzer Straßen und neuer Stadtviertel gaben den Handwerkern und Tagelöhnern eine Beschäftigung, die ihnen in solcher Fülle und Ausdehnung früher nie geboten worden. Auch für die untersten Schichten der Bevölkerung wurde durch Vermehrung der bestehenden Wohlthätigkeitsanstalten und Gründung neuer viel gethan, und dies alles in öffentlicher geräuschvoller Weise, die ihre Wirkung nicht verfehlen konnte.

Louis Napoleon war unter den Massen populair geworden, und konnte gewiß sein, daß, da das allgemeine Stimmrecht wieder herge-

stellt war, jeder von ihm gemachte Antrag, namentlich wenn er ihn persönlich betraf, mit Beifall aufgenommen werden würde. Vorsichtig und erwägend wie er war, sobald ihn nicht die Umstände zu einer raschen Entscheidung zwangen, wünschte er den Schein zu haben, als gebe er bei dem was der innerste Wunsch seines Herzens war, die Wiederherstellung des Kaiserthums in seiner Person, nur dem Andrange des Volkes nach. Er beschloß eine Rundreise durch Frankreich zu machen und der öffentlichen Meinung Gelegenheit zur Darlegung ihrer Wünsche zu geben. Seine kühnsten Erwartungen wurden übertroffen. In Bourges, dem ersten Aufenthaltsort (14. September) begab er sich zuerst, wie überall auf seinem Wege, nach der dortigen Hauptkirche, wo er von der Geistlichkeit wie ein anderer Konstantin der Große empfangen wurde. Auf einem Triumphbogen las man die Inschrift: „Ave, Caesar Imperator!“ und auf die Millionen von Stimmen anspielend, die er 1848 und 1851 erhalten hatte: „Vox Populi vox Dei!“ In Lyon wohnte er der Enthüllung einer Reiterstatue seines großen Oheims bei. In Avignon hatten sich 500 Geistliche zu seinem Empfange versammelt. Alles was er sprach und that war geeignet ihm die Gunst der Menge zu verschaffen. Bei schicklichen Gelegenheiten spielte er auf die Erhebung seiner Familie durch die Stimme der Nation als auf den rechtmäßigsten aller Besitztitel, als die einzig wahre Legitimität an. „Die Macht kommt von Gott, das Recht vom Volk!“ pflegte er zu sagen. In Marseille wurde die Begeisterung des Publikums für ihn noch durch die Entdeckung eines Anschlages auf sein Leben erhöht, dessen Urheber entflohen war. Selbst in Gegenden, wo die legitimistische Partei lange vorherrschend gewesen, wie in Languedoc und Gascogne, wurde ihm der glänzendste Empfang zu Theil. Ganze Gemeinden kamen aus oft ziemlich entfernten Orten, um ihn zu sehen, und brachten die Nacht im Freien zu, um den Augenblick seiner Vorbeifahrt nicht zu versäumen. In Bordeaux wurde ihm ein großes Festmahl gegeben, bei dem er zum erstenmal dem Gedanken an die Wiederherstellung des Kaiserthums offen Raum gab. Die Stimmung der Bevölkerung auf seiner weiten Reise hatte ihn in der Ueberzeugung von seiner Unentbehrlichkeit für Frankreich bestärkt. „Frankreich scheint zum Kaiserthum zurückkehren zu wollen,“ sagte er bei dem Bankett in Bordeaux. „Das Kaiserthum, meinen manche,“ setzte er hinzu, „ist der Krieg. Nein, meine Herren, es ist der Friede.“ Er versprach von dieser Veränderung in der Staatsform friedliche Erfolge: Verbesserung des Ackerbaus, Belebung des Handels, Abhülfe des Nothstandes.

Der Rückweg von Bordeaux nach Paris führte durch jene westlichen Departements, in denen einst die Vendeer das alte Königthum so heldenmüthig gegen die Republik vertheidigt hatten, und wo 1815 und selbst noch 1830 diese Gesinnung sich, wenn auch nicht mehr mit der früheren Kraft geregt hatte. Jetzt kam man auch dort dem Präsidenten, zwar nicht mit Begeisterung, aber doch willfährig entgegen. Die Geistlichen hatten überall das Volk für das nach ihrer Meinung zur Rettung Frankreich's auserkorene Werkzeug gewonnen. Sein Einzug in Paris (16. Oktober) war der feierlichste und glänzendste, dessen man sich erinnern konnte. Die ganze ungeheure Stadt war überall, wo der Zug durchging, mit Triumphbogen, Fahnen, Teppichen und Blumen auf das prächtigste geschmückt. Von allen Seiten klangen die nationalen und militairischen Melodien zahlreicher Musikchöre wieder. Zu der einheimischen Bevölkerung waren viele Tausende aus der Umgegend hinzugekommen, besonders Landleute, unter denen Louis Napoleon von Anfang an populair gewesen und es seitdem noch mehr geworden war. Unaufhörlich ertönte der Ruf: „Es lebe der Kaiser!" Ueberall sah er sich von den Sinnbildern des Kaiserthums umgeben. Der Präsident stieg nicht mehr in dem Pallast Elysée, sondern in den Tuileries ab, wo ihn seine Verwandten und zahlreiche Anhänger und Diener empfingen. Die öffentliche Stimme verlangte die Wiederherstellung des Kaiserthums als eine Folge alles dessen, was seit dem 24. Februar 1848 geschehen, als das einzig mögliche Heil für Frankreich, als die Erneuerung der glorreichsten Epoche der französischen Geschichte. Fast von allen Generalräthen, von unzähligen Kommunen liefen Petitionen an den Senat ein, welche Louis Napoleon's Erhebung zur kaiserlichen Würde beantragten. Die Maires von Sevres und Lisieux proklamirten ihn in ihren Gemeinden auf eigene Hand, wohlwissend, daß ihnen Niemand entgegen sein werde. Am 4. November versammelte sich nach erhaltenem Auftrage von Seiten des Präsidenten der Senat, um über eine Abänderung der Verfassung vom 14. Januar 1852 zu berathen. Am 7. November wurde das Senatskonsult erlassen und von 87 Senatoren unterzeichnet, das Louis Napoleon unter dem Namen Napoleon III. zum erblichen Kaiser der Franzosen ernannte und ihm das Recht verlieh, wenn er ohne männliche Nachkommen bleiben sollte, einen seiner Verwandten zu adoptiren. Die Präfekten und Maires beeilten sich jetzt alles zu den am 21. und 22. November abzuhaltenden Wahlversammlungen vorzubereiten. Denn Louis Napoleon wollte, seinem Princip treu, durch die allgemeine Abstimmung zum Thron wie vorher zum Präsidentenstuhl gelangen. Frank=

reich schien unerschöpflich in Gunstbezeugungen für den Neffen des Kaisers zu sein. 7,824,189 Wähler stimmten für das Senatskonsult, während nur 253,145 Stimmen sich dagegen erklärten. Am 2. December wurde der Präsident zum Kaiser ausgerufen. Was die fremden Mächte betrifft, so erkannten Staaten von sehr verschiedenem politischen Charakter, England, Holland, Sardinien, Schweiz einerseits und Neapel und Spanien andererseits Napoleon III. mit raschem Entgegenkommen und scheinbarer Theilnahme an, während die drei Mächte, von denen einst die heilige Allianz ausgegangen war, Bedingungen zu stellen und Erklärungen zu fordern geneigt waren, die sich jedoch zuletzt in eine einfache thatsächliche Zustimmung zu dem Unabänderlichen auflösten. Am 5. Januar (1853) erkannte Rußland, am 6. Oesterreich und Preußen das französische Kaiserthum an. Bald sollte diese große, in den inneren Zuständen Frankreich's eingetretene Veränderung sich in ganz Europa fühlbar machen.

---

6. Deutschland von dem Frankfurter Septemberaufstande bis zur Wiederherstellung des Bundestages.

Ungeachtet der Niederlage, welche die revolutionaire Partei am 18. September in Frankfurt und überall, wo sie sich damals regte, erfahren hatte, ruhte sie doch nicht und gab ihre Hoffnungen nicht auf. Da sie ihre Kräfte nirgends zu einem großen Schlage concentrirte, sondern mit geringen Mitteln vereinzelte Aufstände erregte, so wurde sie durch das Fehlschlagen derselben, so lange ihre Zeit überhaupt noch nicht abgelaufen war, nie vollkommen entmuthigt, sie machte es sich aber durch ein solches Auftreten auch unmöglich, ein bedeutendes Ziel zu erreichen. Am 21. September überschritt Struve mit einer Anzahl Freischaaren von Basel aus die badische Gränze, verstärkte sich in Lörrach mit Gleichgesinnten und rief daselbst die deutsche Republik aus. Obgleich seine Proklamationen an das Volk mit den Worten: „Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle" anfingen, so wurde der Theil der Bevölkerung, der nicht alsbald Partei für ihn ergriff, zuweilen hart mitgenommen, indem er Lieferungen ausschrieb, Kontributionen erhob, Verhaftungen vornahm und ganzen Gemeinden, die seiner Sache nicht geneigt schienen, außerordentliche Leistungen auflegte. Ueberall, wo er hinkam, wurden die öffentlichen Kassen von ihm in Beschlag genommen, und die

Beamten nicht selten gemißhandelt. Aber dieses Unternehmen sollte nicht besser, als sein erstes Auftreten im März und April glücken, als er im Verein mit Hecker das badische Volk aufzuwiegeln suchte. Der Zuzug blieb auch diesmal schwach, es war unmöglich, in diese revolutionairen Schaaren Ordnung und Zucht einzuführen, und so geschah es, daß Struve von dem badischen General Hoffmann bei Staufen gänzlich geschlagen (24. September) und auf der Flucht zum Gefangenen gemacht wurde. Man führte ihn und eine Anzahl seiner Genossen in die Gefängnisse zu Müllheim und Freiburg ab. Am 26. September erhob sich das Volk in Sigmaringen, von den Reden des Advokaten Wirth erregt, und vertrieb den Fürsten, der aber von bayerischen Truppen wieder eingesetzt wurde. Diese plan- und zusammenhangslosen Bewegungen wiederholten sich auf vielen Punkten ohne Kraft wie ohne dauernden Erfolg. Es waren Ausbrüche einer rohen, unverständigen Demagogie, denen kein politischer Gedanke voranleuchtete, und bei denen in der Regel die Führer eben so wenig Einsicht, als ihre Anhänger wenig Muth bewiesen. Hecker, der noch der begabteste unter diesen Demagogen war, hatte, an der deutschen Revolution verzweifelnd, sich um die Zeit, als Struve von der Schweiz her in Baden einfiel, nach Nordamerika eingeschifft. — Am 6. Oktober ging es in Zwickau und Hildburghausen, am 9. in Lübeck, am 13. im Bernburgischen sehr unruhig her. Alle diese und viele andere hier nicht erwähnte Tumulte wurden von der bewaffneten Macht ohne große Anstrengung überwältigt, und hatten nur die üble Wirkung in Vieler Augen die Ausschweifungen der Freiheit mit dieser selbst als gleichbedeutend erscheinen zu lassen.

Unter heftigen Kämpfen, die durch den Frankfurter Aufstand und die einander entgegengesetzte Stellung der Parteien zu demselben noch vermehrt wurden, waren die Berathungen über die „Grundrechte des deutschen Volkes" beendigt worden (21. Decbr.). Ihre wesentlichsten Bestimmungen waren: Die Gleichheit der Deutschen vor dem Gesetz; Schutz der persönlichen Freiheit; allgemeine Wehrpflicht; Vereinsrecht; Gleichberechtigung aller Kulte; Preßfreiheit; Schwurgerichte; Abschaffung der Feudallasten, der Fideikommisse, der Todesstrafe u. s. w. Die mächtigsten unter den deutschen Staaten: Oesterreich, Preußen, Bayern, Hannover, Sachsen nahmen die Grundrechte nicht an, oder verschoben ihre Anerkennung bis zur Vollendung der Reichsverfassung. Unterdessen hatten sich in dem Deutschland, das die Nationalversammlung umgestalten wollte, Dinge zugetragen, die, als sie zusammentrat, Niemandem als möglich erschienen wären, und welche die Lösung einer ohnedies

schwierigen Aufgabe noch schwieriger machen mußten. In den ersten deutschen Städten, Wien und Berlin, herrschte der Belagerungszustand, war das Militairregiment eingeführt. Welcher Gegensatz zu den Grundrechten! Vergebens hatte man von Frankfurt aus über die Hinrichtung Robert Blum's in Wien Beschwerde geführt, vergebens einen Tadel über die Verlegung der preußischen Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg zu erkennen gegeben, vergebens bei der Eidgenossenschaft wegen Duldung der wiederholten Struve'schen Freischaareneinfälle Vorstellungen gemacht, man war nirgends gehört und beachtet worden.

Am 20. Oktober hatte die Berathung über die deutsche Reichsverfassung begonnen und dauerte mit geringen Unterbrechungen den ganzen Winter über fort. Die Mängel des bisherigen Staatenbundes, wo zwei Staaten, die zugleich europäische Großmächte waren, vier Königreiche und eine Menge kleiner und kleinster Staaten, jeder selbstständig und alle unter sich uneinig, in blos äußerlichem Zusammenhange unter einander standen, waren so augenfällig, hatten die Entwickelung Deutschland's als Nation so niedergehalten, daß man zu demselben um keinen Preis zurückkehren wollte. Auch viele unter denen, welche sich später wieder als eifrige Anhänger des Alten zeigen sollten, waren damals zu keiner Wiederherstellung desselben geneigt. Aber der Gedanke an ein Aufgehen der Einzelstaaten in eine Staatseinheit, der in den Märztagen sich so lebhaft geregt hatte, war seitdem nicht als irrig, sondern als unmöglich aufgegeben worden. Man erstrebte jetzt, statt eines deutschen Staats, ein deutsches Reich, in welchem die bisherigen Fürsten und Völker Raum und Fortbestand gefunden hätten. Aber die Gränzen zwischen beiden zu finden, schien, zumal keine Erfahrung der Art den Trägern dieses Gedankens zu Gebot stand, unauflösbar zu sein. Von den Kleinstaaten war bei Errichtung eines deutschen Reiches kein Widerstand zu besorgen, oder wäre derselbe leicht zu beseitigen gewesen. Sie hatten bei dem Ausbruche der revolutionairen Bewegungen nur zu sehr ihre Ohnmacht fühlen lernen, und wie ihre vermeintliche Selbstständigkeit nur ein leerer Schein war. Aber von Seiten der Mittelstaaten, die seit dem westphälischen Frieden als ganz unabhängige, sich selbst bestimmende Mächte aufzutreten gewohnt gewesen, die seit dem Rheinbunde viele ihrer ehemaligen Mitstände unter ihre Herrschaft gebracht sahen, konnte eine hartnäckige Opposition gegen jede Beschränkung ihrer Stellung erwartet werden. Und dann blieb noch die schwierigste aller Fragen auf diesem Gebiet, die über das Verhältniß der beiden Großmächte zu dem neuen deutschen Reiche übrig.

Eine Beschränkung der bisherigen Unabhängigkeit der einzelnen Fürsten und Staaten war, wenn Deutschland eine einheitliche Spitze und eine Reichsgewalt erhalten sollte, unvermeidlich. In diesem Sinne wurde die Reichsverfassung von der Nationalversammlung berathen und festgestellt. Die Reichsgewalt allein sollte die völkerrechtliche Vertretung Deutschland's ausüben; die Einzelstaaten durften keine ständigen Gesandten empfangen oder halten und keine Konsuln anstellen. Alle Verträge, die nicht rein privatrechtlichen Inhalts wären, sollten der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme, und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt, zur Bestätigung vorgelegt werden. Die Reichsgewalt sollte das Recht über Krieg und Frieden, und die Verfügung über die gesammte bewaffnete Macht Deutschland's besitzen. In den Fahneneid sollte die Verpflichtung der Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufgenommen werden. Die Seemacht sollte ausschließlich Sache des Reichs sein, eben so die Gesetzgebung und Oberaufsicht über Flüsse, Eisenbahnen, Post-, Bank- und Münzwesen. Da das Reich nur ein einziges Zollgebiet bilden sollte, so mußte auch in dieser Beziehung der Reichsgewalt die Gesetzgebung und Leitung zustehen. Auch die Wahrung des Reichsfriedens, die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher, die über den Gesetzen der Einzelstaaten stehen würden, sollte ihr obliegen. Die erforderlichen Geldmittel sollten durch Reichssteuern, Matricularumlagen und aus den Zolleinnahmen aufgebracht werden. Der Reichstag sollte aus einem Staatenhause und einem Volkshause bestehen. Die Mitglieder des Staatenhauses sollten zur Hälfte von den Regierungen, zur Hälfte von der Volksvertretung der Einzelstaaten ernannt werden. Das Staatenhaus sollte eine Darstellung des deutschen Sonderlebens geben und den Interessen der Einzelstaaten eine Bürgschaft gewähren, während das Volkshaus für ganz Deutschland die Stellung einnehmen würde, welche der Abgeordnetenkammer in dem Einzelstaat zukommt. Zu einem Reichstagsbeschluß sollte es der Uebereinstimmung beider Häuser bedürfen. Der Reichsgewalt sollte nur ein suspensives Veto zustehen, das aber in der Wirkung einem absoluten so ziemlich gleich gekommen wäre, denn erst nach dreimaliger Berathung und dreimaliger Annahme in drei aufeinander folgenden ordentlichen Sitzungsperioden sollte ein Beschluß, auch ohne Genehmigung des Reichsoberhauptes, Gesetzeskraft erlangen.

Diese Verfassung hätte so oder auch etwas anders sein können. Darauf kam im Grunde wenig an. In der Anwendung und Ausführung, wenn eine solche ernstlich und aufrichtig unternommen worden

wäre, würde sich im Laufe der Zeit manches monarchischer, d. h. zum Vortheil der Reichsgewalt, gestaltet haben. Das Wichtigste und Schwierigste war und blieb die Oberhauptsfrage. Dabei mußte der Gegensatz der staatlichen Interessen in der Nationalversammlung zu allgemeinem und deutlichem Bewußtsein kommen. So lange es den Kampf gegen die Revolution gegolten hatte, waren die österreichischen und preußischen Abgeordneten miteinander gegangen. Auch bei den Berathungen über die eigentliche Verfassung waren keine tiefen Meinungsverschiedenheiten hervorgebrochen. Als man aber an die Lösung der zugleich politischen, religiösen und dynastischen Frage über die Besetzung der obersten Stelle in dem zu errichtenden deutschen Reich kam, trat ein unversöhnlicher Widerspruch hervor, an dem der ganze Entwurf zu Grunde ging.

Vom Zusammentreten der Nationalversammlung an war die Oberhauptsfrage der Gegenstand der Erwägung und Bemühung aller derer gewesen, welchen Deutschland's Zukunft am Herzen lag. Zum alten deutschen Reiche mit einem Habsburger zurückkehren, war schon 1815 in Wien im Rath der Souveraine für unthunlich erachtet worden, und mußte 1848 in der Nationalversammlung noch unmöglicher erscheinen. Preußen an die Spitze Deutschland's mit Einschluß von Deutsch-Oesterreich's zu stellen, war eben so unausführbar, da Oesterreich sich ihm nicht untergeordnet haben würde. Der Plan, die oberste Stelle zwischen Oesterreich und Preußen abwechseln zu lassen, oder ein Direktorium von drei, fünf oder sieben Fürsten mit der Reichsgewalt zu bekleiden, ward ebenfalls für ungeeignet erkannt. Schon seit längerer Zeit hatte eine zahlreiche, aufgeklärte und patriotische Partei sich mit dem Gedanken getragen, Preußen die Hegemonie in Deutschland, mit Ausnahme der deutschen Provinzen Oesterreich's, zu verschaffen, und dem Könige von Preußen die oberste Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übertragen. Das ruhmvolle Verhalten Preußen's bei der Befreiung Deutschland's im Jahre 1813, der geistige Fortschritt, der in Preußen ungeachtet des politischen Stillstandes ununterbrochen geblieben, die bedeutende militairische Macht, die überwiegend deutsche Natur des preußischen Staates im Gegensatz zu dem von fremden Elementen erfüllten Oesterreich, die deutsche Gesinnung Friedrich Wilhelm IV., hatten dieser Idee eine große Verbreitung verschafft. Sie besaß Anhänger in allen Theilen Deutschland's mit Ausnahme derer, in welchen der österreichische und katholische Einfluß vorherrschte, und wurde in der Nationalversammlung von einem Phalanx ausgezeichneter Männer vertreten, wie: Heinrich von Gagern, Dahlmann, Beseler, Moritz Arndt, Droysen, Ludwig

Jahn, Bassermann u. s. w., deren deutscher Patriotismus rein und unzweifelhaft war, und die man keiner blinden Vorliebe für Preußen beschuldigen konnte, da sie großentheils außerhalb des preußischen Staates geboren waren. Diese Partei wurde einzig von der Ueberzeugung geleitet, daß ohne Preußen's Führerschaft Deutschland wieder dem alten Bundestage oder der Anarchie verfallen müsse.

Das österreichische Ministerium, in welchem Fürst Felix Schwarzenberg und Graf Stadion die ersten Rollen spielten, hatte, nachdem der Reichstag von Wien nach Kremsier verlegt worden, ein Programm aufgestellt, in welchem sich die Absicht erkennen ließ, alle Bestandtheile des Kaiserstaates in einen einzigen Staatskörper mit derselben Verfassung und Gesetzgebung umgestalten zu wollen. Dieser hohle unfruchtbare Gedanke, der von den nationalen Unterschieden der dem österreichischen Scepter unterworfenen Völker, dem historischen Recht, von dem sonst in Oesterreich so viel die Rede war, und in Ungarn und dessen Nebenländern von uralten Freiheiten abstrahirte, war nur darauf berechnet, das Ausland durch eine scheinbare Machtvergrößerung zu blenden, konnte aber nie die Grundlage zu einer Verjüngung und Belebung des österreichischen Staates werden. Wie dem aber auch sein mochte, ganz Oesterreich konnte unmöglich in das projektirte deutsche Reich eintreten.

Gagern, der am 16. December in Schmerling's Stelle zum Reichsminister ernannt worden, legte der Versammlung sein Programm vor, in welchem er die von Paul Pfizer früher ausgesprochene und neuerdings von Bunsen, dem preußischen Gesandten in London, weiter entwickelte Idee von einem engeren deutschen Bundesstaat proklamirte, zu dem Oesterreich nicht unmittelbar gehören könnte, zu dem es aber in einer besonders zu bestimmenden Union stehen sollte. Jedermann begriff, daß es sich um ein Ausscheiden Oesterreich's aus Deutschland, und um die Hegemonie Preußen's in dem engeren Bundesstaat handelte. Von dem Augenblick an trat der Unterschied zwischen den Anhängern Oesterreich's und Preußen's in der Paulskirche schärfer als früher hervor. Es sonderten sich unter denen, welche bisher gemeinsam gegen die Revolution gekämpft hatten, zwei Parteien, die Großdeutschen und die Kleindeutschen, von einander ab. Kleindeutsche nannte man diejenigen, welche den engeren Bund unter Preußen ohne Oesterreich wollten, weil Deutschland dadurch nach der Meinung der Gegner Preußen's verringert werden würde. Der Ausdruck: Großdeutsche — erklärt sich aus sich selbst. Indessen war diese Bezeichnung, so sehr sie auch in Gebrauch kam,

und zum Feldgeschrei der Parteien wurde, keinesweges richtig. Die sogenannten Kleindeutschen hätten gern ganz Deutschland vereinigt gesehen, wenn es möglich gewesen wäre. Sie begriffen aber, daß die Hegemonie Oesterreich's, und eine andere Stelle konnte dasselbe in Deutschland, wenn es zu demselben gehörte, nicht einnehmen, die Rückkehr zu den vormärzlichen Zuständen herbeiführen müsse. In ihren Augen war ein kleineres Deutschland immer noch besser als gar keines, d. h. als ein Staatenbund, in welchem die Nation, in eine Menge von selbstständigen Fraktionen zersplittert, der Einheit sowohl als der Freiheit entbehrend, nur um ihrer Fürsten willen da zu sein schien. Unter den Großdeutschen gab es allerdings manche, die es schmerzte, die deutsch=österreichischen Lande, die alte Ostmark des deutschen Reiches, von dem Bundesstaat getrennt zu sehen. Bei vielen war es aber nicht Liebe zu einem gemeinsamen Deutschland, was ihre Parteistellung bedingte, sondern instinktartige Sympathie für die religiösen und politischen Zustände der Vergangenheit, und deshalb Abneigung gegen Preußen als einen neu emporgekommenen Staat und Haupt des Protestantismus auf dem Kontinent. Uebrigens würde durch eine Union des engeren Bundesstaates mit Oesterreich, wie es die Kleindeutschen wollten, immer eine Verbindung zwischen diesen beiden Theilen des großen Ganzen geblieben sein. Die Hauptsache in jener Zeit war die Herstellung eines deutschen Bundesstaates, die einzige Möglichkeit eines wahrhaft nationalen und politischen Verbandes unter den Deutschen, der ohne die Hegemonie Preußen's und den dadurch bedingten Ausschluß Oesterreich's nicht zu Stande kommen konnte. Die so dachten, waren deshalb noch keine specifischen Preußen und keine systematischen Gegner Oesterreich's. Sie wollten, daß Preußen in Deutschland aufgehe, und nicht etwa umgekehrt. Aber sobald Oesterreich an die Spitze Deutschland's trat, so wurde auch die Wiederherstellung des Bundestags, und die Fortdauer der Kleinstaaterei mit allem bisherigen Elend der politischen Zustände Deutschland's unvermeidlich. Die größere Liebe zu Deutschland, der Eifer für die Erneuerung seiner nationalen Bedeutung, der Blick in die Zukunft lag deshalb auf Seite der Kleindeutschen, was der Ausgang der ganzen Krisis, in der sich Deutschland damals befand, nur zu sehr bewiesen hat.

Schwarzenberg warf dem Gagern'schen Programm dem Fehdehandschuh hin, indem er erklärte (28. December), Oesterreich werde nicht dulden, daß man es vom deutschen Bunde ausschließe, oder seine deutschen Provinzen vom österreichischen Einheitsstaat trenne, um sie einem

neuen deutschen Bundesstaate einzuverleiben. Unterdessen suchte das preußische Kabinet, aus Scheu vor einer zu nahen Berührung mit der Nationalversammlung, sich mit Schwarzenberg über den Plan zu einer künftigen Gestaltung Deutschland's zu verständigen, der, wenn er von beiden Großmächten ausgegangen wäre, in Frankfurt so leicht nicht hätte abgewiesen werden können. Aber es kam keine Einigung zu Stande. Oesterreich verlangte in einer Note vom 17. Januar (1849) ein Direktorium der mächtigeren Bundesfürsten zur obersten Leitung Deutschland's, eine Eintheilung des deutschen Bundes in Kreise, und sprach sich, wahrscheinlich nur zum Schein, noch für ein Volkshaus aus. In der Paulskirche glaubte man jetzt seinem Ziel um einen bedeutenden Schritt näher treten zu müssen, indem man sich mit 258 gegen 211 Stimmen in der Oberhauptsfrage für einen regierenden Fürsten entschied (19. Januar). Preußen erließ hierauf ein Umlaufsschreiben (23. Januar), in welchem unter vielen Lobeserhebungen Oesterreich's nachgewiesen wurde, daß dasselbe sich nicht zum Eintritt in den deutschen Bundesstaat eigene, weshalb ein engerer Bund ohne dasselbe nothwendig geworden sei, daß aber dessen ungeachtet ein näheres Verhältniß zwischen diesem engeren Bunde und dem österreichischen Kaiserstaate bestehen könne. Am 25. Januar beschloß die Majorität in der Paulskirche, daß der regierende Fürst, welcher zum Oberhaupt des neuen Reiches gewählt werden würde, den erblichen Kaisertitel führen sollte. Hierauf wiederholte Oesterreich seine Erklärung vom 17. Januar, und versicherte, daß es sich dem neuen Kaiser nicht unterordnen werde (4. Februar). In Hannover, besonders aber in München, sprach man sich lebhaft gegen das preußische Erbkaiserthum aus. Fürst Schwarzenberg kam in einer Note vom 27. Februar wieder auf seine Idee von einem Direktorium zurück, der die Mittelstaaten, da damit jede einheitliche Leitung und die von ihnen so gefürchtete Unterordnung unter Preußen ausgeschlossen war, gern beistimmten.

Am 24. Februar hatte Gagern die Bevollmächtigten der Einzelstaaten versammelt und sechsundzwanzig derselben, aber nur die kleineren und kleinsten, zur Anerkennung des preußischen Erbkaiserthums gewonnen. Manche von ihnen thaten dies, weil sie einer Stütze bedurften, die, wie die Dinge lagen, eher von Preußen als Oesterreich, das in Ungarn und Italien vollauf zu thun hatte, erwartet werden konnte, die meisten aber aus Furcht vor ihren Ständen und dem Volke, das in vielen Gegenden den Gedanken eines einheitlichen deutschen Vaterlandes, wenigstens für den Augenblick, mit Feuer ergriffen hatte. Schwarzen=

berg glaubte jetzt, das vier Monate vorher erlassene Programm von Kremsier verwirklichen zu müssen, löste den Reichstag auf und octroyirte eine neue Verfassung (4. März), in welcher die Einheit und Untheilbarkeit der österreichischen Monarchie festgesetzt war. Die hervorragendsten Mitglieder der Opposition mußten sich verbergen und flüchtig werden, oder wurden verhaftet. Nach einem so gewaltsamen Verfahren ließ sich das baldige Aufgeben, selbst des letzten Scheins von Konstitutionalismus, voraussehen. Auch ist die Verfassung vom 4. März nie in Wirksamkeit getreten. Schwarzenberg wollte mit der Auflösung des Reichstags dem, wenn auch erfolglosen, aber von Zeit zu Zeit sich immer wieder regenden parlamentarischen Widerstand ein Ende machen, und mit dem in dieser Verfassung aufgestellten Grundsatz, von der Untheilbarkeit der Monarchie, dem von Frankfurt möglicher Weise sich erhebenden Anspruch begegnen, daß Deutsch-Oesterreich beim deutschen Bundesstaat bleiben sollte.

Dänemark war, beim Anblick der endlosen politischen Wirren in Deutschland, von Rußland im Geheimen ermuntert, und auf Frankreich's und England's diplomatische Unterstützung bauend, zur Wiederaufnahme des durch den Waffenstillstand von Malmoe unterbrochenen Kampfes entschlossen, und hatte demgemäß seine Maßregeln getroffen. Da es auf deutscher Seite bei der mangelhaften Organisation der Centralgewalt nicht leicht war, die zur Führung eines solchen Krieges nöthigen Mittel herbeizuschaffen, so ward Gagern's Stellung unhaltbar, wenn es ihm nicht gelang, das preußische Kabinet für seine Plane zu gewinnen. Die Agitation in den Ständeversammlungen, in der Presse, im Volke für eine neue Gestaltung Deutschland's nahm, je schwankender die Zustände wurden, um so mehr zu. Endlich trug Welker, der eine Zeit lang sich zu den Großdeutschen gehalten, weil er Deutsch-Oesterreich für den Bundesstaat nicht aufgeben wollte, zuletzt aber begriffen hatte, daß die großdeutschen Entwürfe sämmtlich zum alten Bundestage zurückführen mußten, am 12. März feierlich darauf an, den König von Preußen zum Erbkaiser der Deutschen zu wählen. Gagern und seine Freunde drängten jetzt, indem sie alle vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen suchten oder dieselben übersahen, zur Kaiserwahl hin. Sie vergaßen zu sehr, daß Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone niemals allein aus den Händen der Nationalversammlung annehmen, sondern die Zustimmung der deutschen Regierungen verlangen werde. Da die Kaiserpartei ohne Preußen nichts von dem, was sie wollte, erreichen konnte, so hätte sie auch auf die Art, wie das preußi-

sche Kabinet diese Frage auffaßte, entgegenkommender eingehen sollen. Es wurde nämlich von ihr, außer dem nur suspensiven Veto des Reichsoberhaupts, im Wahlgesetz die geheime, statt der öffentlichen Abstimmung angeordnet, und, was vielleicht am übelsten gewirkt hat, entschieden, daß nachträglich an der Reichsverfassung nichts geändert werden dürfe. Durch diese übereilte Bestimmung wurde jede weitere Unterhandlung mit Preußen, wenn dasselbe ablehnte, von vorn herein abgeschnitten. Gagern und seine Freunde kannten wohl die geringe Neigung, die der König von Preußen für die ihm auf diese Art dargebotene Krone hegte, sie hofften aber, daß Preußen's alte Eifersucht auf Oesterreich, und der Andrang der öffentlichen Meinung noch im letzten Augenblick günstig für ihren Plan wirken werde. Am 28. März wurde Friedrich Wilhelm IV. mit 290 gegen 248 Stimmen zum Erbkaiser der Deutschen gewählt. Die Linke, der bei ihren republikanischen Tendenzen ein erbliches Oberhaupt für Deutschland keinesweges genehm sein konnte, hatte nur deshalb mit der Kaiserpartei gestimmt, um von ihr als Gegendienst ein ganz demokratisches Wahlgesetz zu erlangen, das dann auch anderweitig zu verwerthen gewesen wäre. An der Annahme der Kaiserwürde von Seiten Preußen's glaubte sie nicht. Sie hoffte aber, daß die revolutionairen Ideen durch die Ablehnung eine vermehrte Stärke und Bedeutung in den Massen gewinnen würden.

Die Nationalversammlung sandte eine zahlreiche Deputation nach Berlin, um den König von Preußen von der auf ihn gefallenen Wahl in Kenntniß zu setzen und ihn zur Annahme derselben einzuladen. Am 3. April ward die Deputation von Friedrich Wilhelm IV. im Berliner Schlosse empfangen. Derselbe dankte zwar für das ihm bewiesene Vertrauen, und erkannte in dem Beschlusse der Nationalversammlung die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes an, setzte aber hinzu, daß er ohne das freie Einverständniß der deutschen Regierungen eine entsprechende Entschließung nicht fassen könne. Diese hätten erst die Verfassung zu prüfen, sie müßten untersuchen, ob die ihm übertragenen Rechte ihn in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie es ein solcher Beruf von ihm verlange, die Geschicke Deutschland's zu leiten. Es ließ sich aus seinen Worten erkennen, daß die Zugeständnisse der Kaiserpartei an die Linke einer der Hauptgründe gegen die Annahme der Kaiserwürde gewesen. Die Antwort des Königs war eine Ablehnung, indem er die Annahme von schwer zu erfüllenden Bedingungen abhängig machte. Indessen blieb immer noch ein Schimmer von Hoffnung übrig. Friedrich Wilhelm IV. hatte nicht gänzlich mit der Kaiser-

partei gebrochen. Er wollte den von ihr entworfenen Bundesstaat mit Ausschluß Oesterreich's verwirklichen, nur sollten diejenigen Regierungen, welche in dem neuen Bunde sich ihm unterzuordnen hätten, ihre freie Zustimmung zu erkennen geben. Die Deputation der Nationalversammlung sah nur die ablehnende Seite in der königlichen Antwort, verwarf den Grundsatz der Vereinbarung, welcher die Endgültigkeit der Reichsverfassung noch in Frage stellte, gab in diesem Sinne sogleich eine Erklärung ab, und reiste in tiefer Verstimmung und Enttäuschung nach Frankfurt zurück.

Friedrich Wilhelm IV. würde bei seiner Vorliebe für die politischen Ideen des Mittelalters die Kaiserkrone, wenn sie ihm Seinesgleichen, die übrigen deutschen Fürsten, angetragen hätten, mit Stolz und Freude angenommen haben. Vielleicht würde er auch in einer großen allgemeinen Kundgebung zu seinen Gunsten, in der Stimme des ganzen Volkes, einen Wink der Vorsehung erkannt haben. Aber von einer in seinen Augen revolutionairen Versammlung, mit einer Majorität von zweiundvierzig Stimmen auf den deutschen Kaiserthron erhoben zu werden, hatte für ihn nichts Verlockendes. Ein kühner, ehrgeiziger, thatendurstiger Fürst in der Stellung Friedrich Wilhelm IV., an der Spitze von 200,000 Kriegern, deren Zahl sich leicht hätte verdoppeln lassen, würde sich wenig an das suspensive Veto und das demokratische Wahlgesetz gestoßen, sondern rasch zugegriffen, die Macht an sich gerissen und dann die ihm lästigen Schranken durchbrochen haben. Ein solcher würde den im deutschen Volk erwachten Drang nach Einheit und nationaler Geltung benutzt, sich zum Herrn der Bewegung gemacht, und jedem inneren und äußeren Angriff Trotz geboten haben. Friedrich der Große hatte unter ungünstigen Umständen, um eines geringeren Preises willen, den Kampf mit halb Europa nicht gescheut. Aber Friedrich Wilhelm IV. war kein Feldherr, und es würde um das preußische Erbkaiserthum und den Ausschluß Oesterreich's von dem engeren Bundesstaat durchzusetzen ohne Zweifel eines gewaltigen Krieges, vielleicht mit mehren Mächten zugleich bedurft haben, indem Rußland und Frankreich, um die Erhebung Preußen's zu verhindern, sich Oesterreich's angenommen haben würden. Was aber, von allem Anderen abgesehen, Friedrich Wilhelm IV. zu einer solchen Rolle durchaus ungeeignet machte, war sein tiefer Widerwille gegen jede gewaltsame Neuerung, sie mochte von oben oder von unten her unternommen werden, die hohe Meinung, die er von den Rechten anderer Fürsten wie von seinen eigenen hegte und die Scheu vor den übeln Folgen, die das Mißlingen eines Wagnisses, wie man

ihm zumuthete, für Deutschland und Preußen hätte nach sich ziehen können. Ein Fürst wie dieser, der nicht die Politik und allgemeine Ideen, sondern das traditionelle Recht und das individuelle Gewissen zur Richtschnur seiner Handlungen nahm, wäre in einer großen nationalen Bewegung nicht an seinem Platz gewesen, und hätte durch seine Theilnahme an ihr nur sich und andere in das Verderben gestürzt.

In Preußen waren gemäß der octroyirten Verfassung vom 5. December die beiden Kammern am 26. Februar (1849) eröffnet worden. Die erste Kammer, in der fast sämmtliche Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, die vormärzlichen, pensionirten Minister und Diplomaten vereinigt waren, bot einen vorherrschend bureaukratischen Charakter dar. Die Minister aus der Zeit der Nationalversammlung: Camphausen, Hansemann, Rudolph von Auerswald, Milde, Gierke erschienen hier, und hatten ihren Sitz theils im rechten und linken Centrum, theils auf der Linken gewählt. Zwei Männer traten jetzt zum erstenmal im parlamentarischen Leben auf, die weder auf dem Vereinigten Landtage noch in den Bewegungen des Jahres 1848 sich bemerkbar gemacht hatten, der Professor Stahl und der Gerichtspräsident von Gerlach, die eine Zeit lang für die Orakel der reaktionairen Partei gelten sollten. Beide hatten das Gemisch von theokratischen, absolutistischen und feudalistischen Ideen, dem man in den Schriften des savoyischen Grafen Joseph de Maistre, des französischen Vicomte von Bonald und des Schweizers von Haller begegnet, sich zu eigen gemacht, ihnen aber durch einen Zusatz von lutherischer Orthodoxie das feste sie zusammenhaltende Band des Katholicismus entzogen, ohne den jene Systeme, von ihrem Inhalt ganz abgesehen, auch der äußeren formellen Konsequenz entbehren würden. Stahl und Gerlach hatten die auf katholischem und romanischem Boden entstandenen Ansichten über Staat und Recht zum Bedarf der preußischen Reaktion zurecht geschnitten, und ihnen einen, so zu sagen, lokalen auf die Zustände unter denen sie wirken wollten berechneten Charakter gegeben. Jene oft tiefsinnigen und umfassenden Ideen der katholischen Weltanschauung, deren bedeutendste Repräsentanten die drei oben genannten Publicisten sind, wurden von Stahl und Gerlach in der Anwendung, die sie von ihnen machten, häufig verengt und verflacht, was ihnen aber unter den gegebenen Umständen für den Augenblick um so mehr Verbreitung verschaffte. In der zweiten Kammer fehlte keine von den Notabilitäten der aufgelösten Nationalversammlung. Waldeck, Jakoby, Temme, Rodbertus waren wieder gewählt worden. Zu den Mitgliedern des ehemaligen Vereinigten Landtages gehörten die Abgeordneten: Graf

Arnim=Boitzenburg, von Kleist=Retzow, von Bismark=Schönhausen u. s. w. Aus der Paulskirche waren herbeigekommen, um auf einen bedeutenderen Platze zu wirken: Graf Schwerin, von Vincke, Heinrich Simon aus Breslau, Ludwig Simon aus Trier u. s. w. Die ablehnende Antwort des Königs an die Frankfurter Deputation brachte in der zweiten Kammer eine große Aufregung hervor. Dieselbe drängte um so mehr zur Annahme der Kaiserkrone und der Reichsverfassung hin, als am 14. April neunundzwanzig Regierungen, fast alle Staaten mit Ausnahme Oesterreich's, Preußen's und der Königreiche, erklärt hatten, daß sie mit der Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser einverstanden seien, daß sie die Reichsverfassung, obgleich sie nicht in allen Theilen ihren Ueberzeugungen entspreche, in Betracht der mit einer längeren Verzögerung verbundenen Gefahren, annähmen, und von der deutschen Gesinnung der übrigen Regierungen ein Gleiches erwarteten. Rodbertus beantragte in der zweiten Kammer eine Mißbilligung des von der preußischen Regierung eingeschlagenen Weges der Vereinbarung, und das Festhalten an der in Frankfurt rechtmäßig beschlossenen Reichsverfassung, welcher letztere Punkt mit 175 gegen 159 Stimmen angenommen wurde. Das Ministerium fand nur mit großer Mühe Ausflüchte, um eine entschiedene Erklärung aufzuschieben. Als es sich endlich bei der verlangten Aufhebung des Belagerungszustandes abermals in der Minorität sah, löste es die Kammern auf (27. April).

Das Frankfurter Parlament fühlte sich von der ablehnenden Antwort des Königs von Preußen an seine Deputation, wie von einem tödtlichen Schlage getroffen. Denn mit Ausnahme der Linken, die eine Annahme nicht gewünscht hatte, und einiger Mitglieder der äußersten Rechten, die mit der innersten Gesinnung Friedrich Wilhelm IV. vertraut waren, hatte Niemand eine Ablehnung erwartet. Diese war allerdings, was die Form betrifft, nicht absolut und definitiv, sobald die Nationalversammlung sich zur Vereinbarung mit den deutschen Regierungen hätte herbeilassen wollen. In diesem Sinne hatte sich noch eine Note des preußischen Kabinets an die deutschen Regierungen ausgesprochen, in der erklärt wurde, der König sei entschlossen, an die Spitze eines deutschen Bundesstaats zu treten, der aus den Staaten bestehen würde, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen möchten. Die preußischen Gesandten an den deutschen Höfen wurden angewiesen die Regierungen zur Abschickung von Bevollmächtigten nach Frankfurt aufzufordern, um sich über den Beitritt zum Bundesstaat und eine Vereinbarung mit der Nationalversammlung, so wie über das Verhältniß zu

denjenigen Staaten zu erklären, die sich von dem Bundesstaat ausschließen würden. Die Kaiserpartei wäre, ihrer ganzen Gesinnung und Stellung nach, zum Eingehen auf die von der preußischen Regierung gemachten Vorschläge geneigt gewesen, denn das Wesentliche in ihren Augen war die Gründung eines Bundesstaats, statt des bisherigen Staatenbundes, mit Preußen, dem mächtigsten rein deutschen Staat an der Spitze, weil man sonst zu dem alten Bundestag zurückkehren mußte. Aber sie hatte der Linken ihr Wort verpfändet, zu keiner Veränderung in der Reichsverfassung die Hand zu bieten, und glaubte nicht zurücktreten zu können. Beide Parteien vereinigten sich zur Erneuerung des sogenannten Dreißigerausschusses, zu gleichen Theilen aus ihnen gewählt, der für die Durchführung der Reichsverfassung Sorge tragen sollte, während die Oberhauptsfrage eine offene blieb. Die Nationalversammlung beschloß auf den Antrag des Dreißigerausschusses die Einberufung des Reichstages, die Beeidigung aller Beamten und der gesammten bewaffneten Macht auf die Reichsverfassung und einen Aufruf an das deutsche Volk. Zugleich ward von den Regierungen verlangt, daß sie ihr Recht, die Ständeversammlung aufzulösen, nur in so weit anwenden sollten, als es sich mit den Kundgebungen des Volkswillens vereinigen lasse. Denn fast alle Ständeversammlungen, in den größten wie in den kleinsten Staaten, hatten sich für die Reichsverfassung erklärt. Von den Königen hatte nur Wilhelm von Württemberg nach langem Widerstreben, von Adressen und Deputationen unaufhörlich gedrängt, die Reichsverfassung anerkannt. Hannover und Sachsen lösten ihre Ständeversammlungen, weil sie auf der Annahme der Reichsverfassung bestanden, auf. Die der Nationalversammlung entgegenstehenden Schwierigkeiten nahmen offenbar zu und ihre Hülfsmittel in demselben Maße ab, aber sie schien durch die Kühnheit ihrer Beschlüsse sich und andere über ihre wahre Lage täuschen zu wollen. Sie ertheilte ihrem Präsidenten das Recht nach seinem Ermessen zu jeder Zeit und an jedem Ort Sitzungen der Nationalversammlung anzuberaumen. Dieselbe sollte beschlußfähig sein, auch wenn nur hundertundfunfzig ihrer Mitglieder beisammen wären. Denn schon hatte die österreichische Regierung mit der Erklärung, daß die Nationalversammlung durch die Kaiserwahl und die einseitige Beschließung der Reichsverfassung ihre Befugnisse überschritten habe, ihre Landesangehörigen aus der Paulskirche abberufen, schon hatten viele Großdeutsche ihren Austritt angekündigt, und von vielen anderen ließ sich ein solcher erwarten. Zwei Tage nach jenen Beschlüssen der Nationalversammlung erklärte das Berliner Kabinet die

unwiderrufliche Ablehnung der Kaiserkrone und der Reichsverfassung (28. April), lud aber zugleich die deutschen Regierungen ein, sich unmittelbar nach Berlin zu wenden, um dort über das Verfassungswerk in Unterhandlungen zu treten. Die preußische Note enthielt die drohenden und rückhaltslosen Worte: „Die Haltung und die weiteren Beschlüsse der Nationalversammlung werden ergeben, in wie weit noch eine Verständigung mit derselben und ein Mitwirken zu dem angestrebten Ziel zu hoffen ist." — Die Nationalversammlung antwortete hierauf mit einem Beschluß, auf dessen Wirksamkeit kein Einsichtsvoller zählen konnte. Sie forderte alle Regierungen, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk zur Durchführung der Reichsverfassung auf, berief den Reichstag auf den Monat August ein, und bestimmte, daß, wenn Preußen auf diesem Reichstag unvertreten sein sollte, der Regent des nächstmächtigen Staates, unter dem Titel eines Reichsstatthalters, in die Rechte des Reichsoberhaupts eintreten sollte (4. Mai).

Das Mißtrauen, das in einem großen Theil des deutschen Volks schon seit lange gegen die Politik seiner Regierungen herrschte, wurde jetzt durch den Widerstand, welchen die mächtigsten unter ihnen der Einführung der Reichsverfassung entgegensetzten, noch vermehrt. Die Meinung, daß die deutschen Fürsten unversöhnliche Gegner der Freiheit und dem Geist des modernen Staats- und Völkerlebens durchaus fremd seien, und die Ablehnung der Kaiserkrone von Seiten des Königs von Preußen, wodurch die letzte Hoffnung auf eine bessere Zukunft vernichtet zu sein schien, rief eine fieberhafte Stimmung hervor, die überall fühlbar wurde, aber vornehmlich in Sachsen und im südwestlichen Deutschland zu blutigen Ausbrüchen führte. Allerdings war von den deutschen Regierungen vieles versäumt und verschuldet worden, am meisten dadurch, daß sie erst im letzten Augenblick, als ihnen die Fluth der Märzbewegung über den Kopf zu steigen drohte, an eine staatliche Wiederbelebung Deutschland's gedacht hatten. Aber auch das Verhalten der Massen war nichts weniger als mustergültig, und stellte durch den Wechsel von wilder Selbsthülfe und mattherziger Rathlosigkeit ein trauriges Bild der Entartung dar. Wenn die, welche an die Möglichkeit eines einigen und freien Deutschland's glaubten, und es war dies damals die instinktartige Ueberzeugung der großen Mehrheit, ihre Forderungen einmüthig, ernst und furchtlos dargethan hätten, so würden sie auch ohne äußere Gewalt, durch die moralische Stärke einer solchen Kundgebung ihren Willen durchgesetzt haben. Statt dessen ließen sich die Massen von beschränkten Fanatikern zu maßlosen Uebertreibungen,

zu unaufhörlichen Tumulten und Ausschweifungen aller Art verleiten, die das Gefühl des Rechts in ihnen schwächten und von Neuem den Vorwand zu ihrer Unterdrückung boten. Obgleich in Deutschland, bei seinen, eines großen Volks so unwürdigen öffentlichen Zuständen, die innere Gährung überall dieselben äußeren Zeichen annahm, so bestand dennoch keine bestimmte Verbindung zwischen den Volksbewegungen in den einzelnen Gegenden. Ein nationaler Bund unter den vaterländisch Gesinnten aller Stände und aller Landestheile zu dem Zweck der Einheit und Freiheit Deutschland's errichtet, unter anderen Formen und für ein anderes Ziel, aber mit derselben Eintracht und Festigkeit aufrecht erhalten, wie man dies bei einigen großen Veranlassungen in England gesehen hat, würde seine Wirkung nicht verfehlt haben, weil es keine Regierung giebt, die der von der Mehrheit ihrer Unterthanen nachdrücklich und übereinstimmend dargelegten Gesinnung auf die Dauer widerstehen kann. Dazu hätte aber bei den Leitern eines solchen Bundes eine Einmüthigkeit, Mäßigung und Opferbereitwilligkeit, und bei der Menge eine Ausdauer, Selbstbeschränkung und Richtung aller Kräfte auf den vorgesetzten Zweck gehört, die damals in Deutschland äußerst selten war. Statt dessen sah man überall ungeregelte Gährung, unbestimmte Zielpunkte, Selbstüberhebung und Ohnmacht zu einem hoffnungslosen Ganzen gemischt.

Sachsen war mit radikalen Elementen, zum Theil aus Schuld der Schwäche und Halbheit seiner Regierung, noch mehr als andere deutsche Staaten, Baden ausgenommen, angefüllt. Die Kammer, die unter dem Einfluß der in allen größeren Städten des Landes für Robert Blum abgehaltenen Todtenfeier, gewählt worden, steuerte ganz offen auf eine deutsche Republik hin. Sie beschloß eine progressive Einkommensteuer, Auflösung des Heeres, Wahl aller Beamten durch das Volk, allgemeine Volksbewaffnung. Am 28. April löste der König Friedrich August diese Kammer auf. Im Ministerium, das im Ganzen das revolutionaire Treiben einmüthig bekämpfte, fand insofern eine Meinungsverschiedenheit statt, als ein Theil desselben für Einführung der Reichsverfassung, als ein Mittel der Beruhigung für die Massen war, ein anderer aber an der Souverainetät der Einzelstaaten und dem Vereinbarungsprincip festhielt. Der Minister des Auswärtigen von Beust, und der Kriegsminister Oberst Rabenhorst waren letzterer Ansicht zugethan, und das Ministerium ward in diesem Sinne umgestaltet. Die Auflösung der demokratischen Kammer und die Weigerung der Regierung, die Reichsverfassung einzuführen, brachte die längst vorhandene Unzufriedenheit

zum Ausbruch. Der König hatte die Anträge der bedeutendsten städtischen Korporationen des Landes, der Universität Leipzig und vieler politischen Vereine auf Einführung der Reichsverfassung entschieden abgelehnt. Die Volkspartei wollte diese Anerkennung mit den Waffen in der Hand erzwingen. Am 3. Mai kam es zwischen der Kommunalgarde, Freischaaren aus der Umgegend, Bergleuten aus dem Erzgebirge, die in Dresden zusammengezogen waren, auf der einen und den Truppen auf der anderen Seite zu einem Zusammenstoß, in welchem letztere anfänglich wenig ausrichteten, bis einheimische Verstärkung aus Leipzig und fremde Hülfe aus Berlin herbeikam. In der Nacht vom 3. zum 4. Mai war der König mit seiner Familie nach dem Königsstein entflohen. Alsbald trat eine provisorische Regierung, aus Tschirner, Heubner und Todt bestehend, zusammen. Ein ehemaliger russischer Officier, Namens Bakunin, leitete den Aufstand. Die bewaffnete Menge wehrte sich anfänglich hartnäckig, unterlag aber zuletzt der Taktik und Disciplin der Truppen und den Wirkungen ihres Geschützes, an dem es den Aufständischen fehlte. Am 9. Mai war der Kampf beendigt und die Stadt unterworfen. Es hatte sich in Dresden im Kleinen wiederholt, was in Wien ein halbes Jahr vorher im Großen geschehen war. Der Widerstand einer einzigen Stadt, ohne daß das ganze Land an ihm Theil nahm, mußte bald erliegen. Der Verlust war, ungeachtet man sich mehre Tage lang geschlagen hatte, besonders auf Seite der Truppen äußerst gering, indem diese, Preußen und Sachsen zusammengenommen, nur 31 Mann verloren. Sie hatten meist in gedeckter Stellung gefochten. Von dem Volke waren 178 geblieben. Bakunin und Heubner wurden auf der Flucht gefangen genommen. Obgleich einer gewissen Partei, die sich an dem Aufstande in Dresden betheiligte, republikanische und kommunistische Tendenzen nicht fremd gewesen sein mögen, so war doch im Ganzen für Durchführung der Reichsverfassung, also um eines an und für sich keineswegs verwerflichen Zweckes willen gekämpft worden. Das schwankende Verhalten der Regierung konnte der Menge als selbstsüchtig und treulos, und ihre eigene Erhebung als eine verdienstliche Handlung erscheinen. Die Agitation für Einführung der Reichsverfassung war weit verbreitet. In Köln traten am 8. Mai die Abgeordneten von 303 rheinländischen Gemeinden zusammen, um sich für die Reichsverfassung zu erklären. Am 19. geschah dasselbe in Königsberg, aber nur von 22 Gemeinden. Ein westphälischer Städtetag, nach Münster einberufen, kam, nicht aus Mangel an Eifer, sondern wegen polizeilicher Verhinderungen, nicht zu Stande. Diese Kundgebungen bewirkten, daß die

Landwehr an vielen Orten den Dienst verweigerte, als sie gegen die Aufständischen geführt werden sollte. Denn die Verfechter der Reichsverfassung schienen ihr im Recht zu sein. Vom 6. Mai an brachen Aufstände in Elberfeld, Crefeld, Neuß, Hagen, Düsseldorf, Iserlohn aus, die durch preußische Truppen unter General Hanneken unterdrückt wurden. In Iserlohn war auf beiden Seiten mit großer Erbitterung gekämpft worden. Franken war ebenfalls heftig erregt und in Nürnberg sprach sich eine große Volksversammlung nachdrücklich für die Reichsverfassung aus.

Alle diese Unruhen wurden durch eine geringe Anzahl Truppen leicht besiegt, oder erloschen aus Mangel an bewegender Kraft von selbst. Aber im südwestlichen Deutschland, wo die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden am verbreitetsten war, und wo im März des vorigen Jahres die deutsche Revolution begonnen hatte, brach ein Aufstand aus, der in sich wenig Gehalt und Stärke besaß, aber anfangs von den Umständen begünstigt, sich mehr als anderswo verbreitete, und zu dessen Unterdrückung ein ganzes Heer aufgeboten werden mußte. Am 1. Mai wurde in einer großen Volksversammlung zu Kaiserslautern in der Pfalz der bayerischen Regierung der Gehorsam aufgekündigt und die Entrichtung der Steuern an sie verboten, weil sie die Reichsverfassung nicht anerkannt hatte. Am folgenden Tage erklärte sich der sogenannte Landesausschuß der demokratischen Vereine zu einer provisorischen Regierung, die keinen Widerstand fand, da die Soldaten sich auf Seite des Volkes schlugen und die Behörden wie gelähmt waren. Der Abgeordnete Eisenstuck wurde von Frankfurt aus zur Beilegung der Unruhen nach der Pfalz geschickt, überschritt aber seine Vollmachten, indem er die Beschlüsse der provisorischen Regierung anerkannte, und mußte vom Reichsministerium abberufen werden. Ein ehemaliger österreichischer Officier, Fenner von Fennenberg, der sich an der Wiener Revolution, aber ohne Beweise von Muth und Befähigung zu geben, betheiligt hatte, wurde an die Spitze der pfälzischen Freischaaren gestellt, aber bald wieder entlassen und durch einen Weinreisenden, Namens Blencker*), ersetzt, der sich durch einen kühnen Handstreich Ludwighafens bemächtigt hatte. Die bayerischen Festungen Landau und Germersheim blieben der Regierung erhalten, obgleich viele einzelne Soldaten zu den Aufständischen übergingen.

---

*) Blencker befehligt jetzt (1862), im Kriege der amerikanischen Nordstaaten gegen die Südstaaten, eine Division im Heer der ersteren.

Die pfälzische Bewegung schlug bald nach Baden über. Hier hatte die Regierung, obgleich im Ganzen freisinnig, so weit es in Deutschland vor 1848 möglich gewesen, aber einem unruhigen, reizbaren Volksgeist gegenübergestellt, den sie weder zu zügeln noch zu befriedigen vermochte, durch die Widersprüche in ihrem Verhalten, indem sie bald vorwärts bald rückwärts ging, sich um Ansehen und Vertrauen gebracht. Das stehende Heer, seit dem März 1848 die einzige Schutzwehr der deutschen Regierungen gegen die hochgehenden Wogen der Revolution, war in Baden während des langen Friedens in Verfall gerathen, und jetzt zerrüttet und in innerer Auflösung begriffen. Ein freies moralisches Band zwischen den Officieren und ihren Untergebenen hatte daselbst nie bestanden, und das erzwungene Band, die militairische Disciplin, war durch den Einfluß der revolutionairen Ideen auf die Unterofficiere und Soldaten, gelöst worden. Zwar hatten die badischen Truppen im vorhergehenden Jahr gegen die Hecker'schen und Struve'schen Freischaaren Stand gehalten, aber auch nicht mehr als durchaus nothwendig war gethan. Seitdem war aber der Geist in den unteren Schichten des Heeres durch die Schwäche der Regierung, die schwankende Lage der Dinge und die Künste der Verführung, welche die Demagogen besonders in der Presse anwandten, ein viel schlimmerer geworden. Die in einer revolutionairen Flugschrift ausgesprochene Drohung: „Man müsse die Soldaten lehren auf ihre Officiere statt auf ihre Brüder zu schießen" — fing an eine gefährliche Bedeutung zu gewinnen. In Rastadt lagen, obgleich es eine Bundesfestung war, außer einer kleinen Abtheilung österreichischer Artillerie, nur badische Truppen. Unter diesen brach am 9. Mai die erste Meuterei aus. Es fand daselbst eine Versammlung auf dem Exercirplatz statt, wo Unterofficiere und Soldaten über ihre Rechte und Pflichten, und die Mittel denselben Geltung zu verschaffen verhandelten. Die Bürgerwehr nahm Theil und verbrüderte sich mit dem Kriegsvolk. Einige verhaftete Soldaten wurden mit Gewalt befreit. Alle Wirthshäuser waren voll, denn die Soldaten wurden auf Kosten des revolutionairen Theils der Bürgerschaft frei gehalten. Der Hang zur Völlerei, ohnedies schon verbreitet, fand eine ungemessene Befriedigung. Die Zusammenkünfte der Soldaten wurden von jetzt an ein Mittelding zwischen einem revolutionairen Klub und einem Trinkgelage. In den folgenden Tagen nahmen die Unordnungen und Gewaltthätigkeiten zu. Das Haus des verhaßten Oberst Pieron wurde zerstört, nachdem er selbst und mehre Officiere gemißhandelt worden. Der von Karlsruhe herbeigeeilte, sonst persönlich beliebte Kriegsminister, General

Hofmann, konnte die Ordnung nicht wieder herstellen und mußte flüchten. Aehnliches geschah in Bruchsal, wo Struve aus seiner Haft befreit, in Freiburg und Lörrach, an welchem letzteren Orte der Oberst von Rotberg von seinen eigenen Leuten schwer verwundet wurde. Auch diese Tumulte einer rohen Soldateska wollten sich einen politischen Anstrich geben, indem bei ihnen immer die Durchführung der Reichsverfassung zum Vorwand genommen wurde, was aber hier nicht denselben Sinn wie in Dresden haben konnte, da die badische Regierung dieselbe bereits anerkannt hatte. Diese Militairaufstände waren aber gewissermaßen nur die Einleitung zu den weiteren und stärkeren Ausbrüchen des revolutionairen Geistes. Am 13. Mai fand in Offenburg eine große Volksversammlung statt, die von dem „provisorischen Landesausschuß der Volksvereine in Baden", der in Mannheim seinen Sitz hatte, angesagt und vorbereitet worden war. Daselbst wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Durchführung der Reichsverfassung; Bündniß mit der bayerischen Pfalz; Rücktritt des gegenwärtigen Ministeriums; Aufhebung der bisherigen Ständekammern, und Berufung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen verfassunggebenden Landesversammlung; unentgeldliche Aufhebung sämmtlicher Grundlasten; Einführung einer progressiven Einkommensteuer; Wahl der Officiere durch die Soldaten; Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr; Rückkehr der politischen Flüchtlinge und Freilassung der politischen Gefangenen. Von dem Großherzog Leopold war nicht die Rede, obgleich er in seinem Lande bisher sehr beliebt gewesen und dies auch verdient hatte. Denn die Abstellung der vorhandenen Mißbräuche und Mängel hatte nicht in seiner Macht gelegen. Sie waren leider in den allgemeinen deutschen Verhältnissen begründet gewesen. Es war schon in Offenburg von Einführung der Republik die Rede gewesen. Aber die Führer der Bewegung hatten, mit Ausnahme einiger wenigen besonders exaltirten Demagogen, sich dagegen erklärt, und es war manchen unter ihnen vor der Steigerung des revolutionairen Geistes selbst bange geworden. Aber einmal in seine Wirbel hineingerissen war es ihnen, wie fast immer der Fall ist, unmöglich geworden, sich ihm wieder zu entziehen. An demselben Tage, an welchem in Offenburg jene radikalen Beschlüsse gefaßt worden, war in Karlsruhe der entscheidende Schlag gefallen. Dort empörte sich die Garnison, zerstörte eine Kaserne, verwüstete die Wohnung des Oberst Holz, der mit genauer Noth mit dem Leben davon kam, tödtete den Rittmeister von Laroche, und wollte das Zeughaus erstürmen, das aber von der Bürgerwehr mit rühmlicher Ausdauer vertheidigt wurde. In der

darauf folgenden Nacht entfloh der Großherzog mit seiner Familie, anfänglich von einer Abtheilung Dragoner und einiger Artillerie begleitet, und konnte nur auf Umwegen, da das ganze Land im Aufstand begriffen war, sich in Sicherheit setzen. Den anderen Tag zog Brentano mit dem Landesausschuß, von einem Regiment Infanterie und zahlreichen Freischaaren begleitet, in Karlsruhe ein. Minister, Deputirte, Behörden, alles war entflohen, verstummt oder unsichtbar geworden. Brentano gab sich das Ansehen, als sei er zum Schutz der Bevölkerung gekommen, und übernahm die öffentliche Gewalt im Namen des Großherzogs, ohne dessen Vollmacht und trotz der Gegenerklärungen, welche derselbe bald nachher erließ.

Das Frankfurter Parlament glaubte, da die von ihm beschlossene Reichsverfassung so häufig gegen die Regierungen angerufen wurde, an eine Bedeutung und Macht von seiner Seite, die nur noch ein aus der Bewegung von 1848 herübergekommener Nimbus war, dessen Leerheit unmöglich lange mehr verborgen bleiben konnte. Es hielt hartnäckig an der Meinung fest, daß die Revolution noch immer von den Fürsten, wie zur Zeit des Vorparlaments und im Anfange seiner eigenen Sitzungen gefürchtet werde, und ließ die sonst leicht zu erkennenden Zeichen der in der Lage der Dinge eingetretenen Veränderung außer Acht. Die Linke erklärte in ihren Reden diejenigen Regierungen, welche die Reichsverfassung nicht angenommen hatten, für Empörer, und drohte gegen dieselben mit Waffengewalt vorgehen zu wollen. Neben der Nationalversammlung tagten in Frankfurt die von der Linken geleiteten Märzvereine, so genannt, um an die Begeisterung im März 1848 zu erinnern, die einen von Fröbel und Ravaux unterzeichneten Aufruf an das deutsche Volk zur Ergreifung der Waffen gegen die Regierungen erließen. Gagern, von der Linken auf das heftigste angegriffen, weil er der eben in Sachsen ausgebrochenen Revolution die Reichshülfe zu leisten versagte, und von dem Reichsverweser nicht unterstützt, trat aus dem Reichsministerium (9. Mai). Am folgenden Tage erklärte die Nationalversammlung auf Antrag des Abgeordneten von Reden mit 188 gegen 147 Stimmen, daß das unbefugte Einschreiten preußischer Truppen in Dresden einen schweren Reichsfriedensbruch enthalte, dem mit allen zu Gebot stehenden Mitteln entgegenzutreten sei, daß sie alle Bestrebungen des deutschen Volks und seiner Vertreter zur Durchführung der Reichsverfassung unter ihren Schutz nehme, und forderte die Centralgewalt zur Ausführung dieses Beschlusses auf.

Der König von Preußen hatte unterdessen durch Radowitz eine

Unionsakte entwerfen und bekannt machen lassen. Man hoffte auf diese Art den engeren Bund mit Preußen an der Spitze, der Gagern in Frankfurt nicht gelungen war, in Berlin durchsetzen zu können. Gagern blieb jetzt nichts übrig als sich den Planen zuzuwenden, welche von Preußen für die Herstellung eines engeren Bundesstaats zu erwarten waren. Bassermann, der als Reichskommissarius nach Berlin gesandt worden, um dort die Annahme der Reichsverfassung zu befürworten, für die er selbst als Abgeordneter und Unterstaatssekretair so lange thätig gewesen, erkannte jetzt die Vergeblichkeit dieser Bestrebungen, und sprach sich nach seiner Rückkehr für die Verfassung, über welche so eben die Minister von Preußen, Sachsen und Hannover in Berlin unterhandelten, und für eine „freie Vereinbarung" zwischen Fürsten und Völkern aus. Mit so überzeugenden Gründen er auch die Nothwendigkeit dieser neuen Richtung darzulegen wußte, so wollte die Linke doch um keinen Preis darauf eingehen, und lieber alles auf das Spiel setzen. Als Antwort auf die Annahme des Reden'schen Antrages rief die preußische Regierung die ihrem Lande angehörigen Abgeordneten aus der Paulskirche ab, und erließ am folgenden Tage ein Proklamation, die neue Zusicherungen für die Zukunft enthielt. Friedrich Wilhelm IV. sagte unter Anderem darin: „Meine Regierung hat mit den Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten, welche sich mir angeschlossen, das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Verfassung wieder aufgenommen. Diese Verfassung soll und wird der Nation in kürzester Frist gewähren, was sie mit Recht verlangt und erwartet: ihre Einheit dargestellt durch eine Exekutivgewalt, die nach außen den Namen und die Interessen Deutschland's würdig und kräftig vertritt, und ihre Freiheit, gesichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugniß. Die von der Nationalverfassung entworfene Reichsverfassung ist hierbei zu Grunde gelegt, und sind nur diejenigen Punkte derselben verändert worden, welche, aus den Kämpfen und Zugeständnissen der Parteien hervorgegangen, dem wahren Wohl des Vaterlandes entschieden nachtheilig sind. Einem Reichstage, aus allen Staaten hervorgegangen, die sich dem Bundesstaat anschließen, wird diese Verfassung zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden." — Welcher Unstern muß über Deutschland's Angelegenheiten walten, daß von diesen Zusicherungen, in deren Aufrichtigkeit kein Zweifel zu setzen ist, bis jetzt (1862) auch nicht das Geringste in Erfüllung gegangen ist! —

Der Reichsverweser, von den langen und vergeblichen Anstrengungen seiner Amtsführung ermüdet und entmuthigt, sagte sich jetzt von den

Ideen von 1848 und den Bedingungen seiner Stellung los. Er war Patriot genug, um eine politische Regeneration Deutschland zu wünschen, aber weder die von der Nationalversammlung beschlossene, noch die von Preußen gebotene Verfassung sagte ihm zu. Er wandte sich jetzt, da er eine Umgestaltung der deutschen Zustände, im Sinne der Einheit, Größe und Freiheit des deutschen Volkes, auf lange hinaus für unmöglich hielt, wieder dem partikularistischen Standpunkte eines österreichischen Prinzen zu. Er ernannte ein Ministerium Detmold-Grävell, dessen Mitglieder von jeher Gegner der preußischen Richtung, des Kaiserthums, der deutschen Einheit gewesen, von denen einige sogar für Anhänger des vormärzlichen Systems galten. Die Nationalversammlung nahm die Ernennung dieses Ministeriums als einen Hohn gegen sie auf, und antwortete darauf mit dem Beschluß, daß ein Reichsstatthalter gewählt werden solle, der der Verfassung gemäß den Reichstag einzuberufen habe. Da die Nationalversammlung nicht mehr die Macht hatte eine so herausfordernde Maßregel durchzusetzen, so beschleunigte sie dadurch nur ihren eigenen Untergang. Gagern und seine Anhänger begriffen endlich, daß ihnen nur der Bürgerkrieg oder der Austritt übrig geblieben. Ersterer war hoffnungslos, und hätte der Vergangenheit und den Grundsätzen dieser Partei widersprochen. Am 21. Mai legten neunzig Mitglieder der Versammlung, unter ihnen Gagern, Dahlmann, Beseler, Moritz Arndt, Droysen, ihr Mandat nieder. An demselben Tage wurden die sächsischen Abgeordneten abgerufen. Am 23. Mai traten noch einige vierzig Mitglieder der Rechten, unter ihnen Friedrich von Raumer, am 26. Mai Welcker und seine Freunde aus.

Die Nationalversammlung war jetzt nur noch ein Schatten von dem was sie früher gewesen. Die meisten politischen Notabilitäten waren ausgeschieden, aber es war in ihr noch immer eine Partei vorhanden, die an die Möglichkeit einer allgemeinen Erhebung des Volks glaubte, wenn demselben das Zeichen dazu von seinen unerschüttert gebliebenen Vertretern gegeben würde. Um freie Hand zu weiteren Unternehmungen zu haben, mußten die, welche die Revolution nicht für völlig gescheitert hielten, an einen anderen Sitzungsort als Frankfurt denken, wo der Reichsverweser und sein Ministerium jedem Beschlusse ihr Veto entgegensetzten, und demselben durch Herbeiziehung von Truppen Nachdruck verschaffen konnten. Nach Baden wollte man nicht gehen, weil dies einer offenen Betheiligung am Bürgerkriege gleichgekommen wäre, und die Nationalversammlung sich immer noch das Ansehen geben wollte, eine über den Parteien stehende gesetzgebende Macht zu sein. Stuttgart

wurde als der schicklichste Ort zur Fortsetzung der Sitzungen auserkoren, weil dort die Reichsverfassung anerkannt, zugleich aber der äußere Friede bewahrt war. Die Verlegung war nur mit 71 gegen 64 Stimmen entschieden worden. Zu den Gegnern des Beschlusses, die es aber für ihre Pflicht hielten, sich von der Majorität nicht zu trennen, gehörten: Uhland, Schott, Temme, Venedey u. s. w. Die Nationalversammlung hatte sich vorher noch für beschlußfähig erklärt, wenn auch nur hundert ihrer Mitglieder anwesend wären. Am 30. Mai 1849, Nachmittags zwischen zwei und drei Uhr, verließen die letzten Abgeordneten die Paulskirche, um sie nie wieder zu betreten. Am 6. Juni hielten sie ihre erste Sitzung in Stuttgart. Die Stuttgarter Bürgerwehr bildete das Spalier, durch das die Abgeordneten vom Rathhaus aus nach dem ihnen geöffneten Saal der württembergischen Ständekammer hinzogen. Am Abend ernannten sie eine Reichsregentschaft von fünf Mitgliedern: Raveaux, Vogt, Simon aus Breslau, Schüler und Becher. Die Nationalversammlung sprach dann die Absetzung des Reichsverwesers aus, forderte alle deutschen Heere zur Anerkennung ihrer Befehle auf, und verlangte von der württembergischen Regierung mit Geld und Mannschaft unterstützt zu werden. Aber das württembergische Ministerium, obgleich ein zur Nationalversammlung gehörendes Mitglied, Römer, an seiner Spitze stand, war nicht geneigt, diesem Ansinnen zu willfahren, und seine Weigerung wurde von der württembergischen Ständeversammlung und denen, welche mit dem allgemeinen Zustande Deutschland's näher bekannt waren, gebilligt. Indessen wagte man doch nicht, die Frage, ob die Nationalversammlung noch zu Recht bestehe, im verneinenden Sinne zu entscheiden. Denn die Schuld ihrer verringerten Anzahl konnte ihr nicht beigemessen werden, da die fehlenden Abgeordneten nicht freiwillig, sondern auf Befehl ihrer betreffenden Regierungen ausgetreten waren. Sie war, wenn man sie auch nicht für souverain gelten lassen wollte, doch nie den deutschen Regierungen für untergeordnet erklärt worden. Sie hatte mit ihnen auf dem Fuß der Gleichheit unterhandelt, und konnte deshalb von ihnen dem Recht nach nicht aufgelöst werden. Die württembergische Regierung stellte sich aber auf den Boden der Thatsachen, wie dies von ihrem Standpunkt aus das allein Vernünftige und Mögliche war, und erklärte, das Land um der schwachen Ueberreste der Nationalversammlung willen, nicht dem Unglück eines äußeren Angriffs und innerer Erschütterungen Preisgeben zu dürfen. Denn in Württemberg sah es sehr unruhig aus. Aus Stuttgart selbst und einer großen Anzahl von Gemeinden und Volksvereinen liefen Adressen an

die Nationalversammlung ein, welche ihr Schutz und Beistand anboten. Indessen hielten die Truppen zur Regierung, und dies gab derselben den Muth, die Nationalversammlung zur Einstellung ihrer Sitzungen aufzufordern, und das Lokal derselben schließen zu lassen. Am 18. Juni, Nachmittags um drei Uhr, setzte sich die Nationalversammlung in feierlichem Zuge von dem Hotel Marquardt, wo ihre Mitglieder zusammenzukommen pflegten, nach ihrem Sitzungssaal, zu dem neuerdings ein Reithaus eingerichtet worden, in Bewegung. Voran ging der Präsident der Versammlung, Löwe von Kalbe, von dem seit Goethe's Tode beliebtesten deutschen Dichter, Uhland, und von dem Prokurator Schott, dem ältesten und bewährtesten der württembergischen Freisinnigen, begleitet. Fußvolk und Reiterei hatte die Wege zum Sitzungslokal abgesperrt und drängte die Abgeordneten mit Gewalt zurück, wobei es nicht an Beleidigungen gegen einzelne derselben fehlte. Die Abgeordneten mußten, von der vorrückenden Reiterei fort und fort gedrängt, auseinander getrieben und versprengt, zuletzt in einzelnen Häusern Schutz suchen. Wie zwecklos auch dieses letzte Auftreten des deutschen Parlaments erscheinen mag, es stellte, wenn auch in verkleinerter Gestalt, immer noch das deutsche Vaterland und einen in den Augen des Patrioten ehrwürdigen Namen dar, und hätte deshalb selbst in seinem Verfalle noch Ansprüche auf Schonung und Achtung gehabt. Die Ueberreste jener großen Versammlung handelten ohne Zweifel unklug, indem sie bis zum letzten Augenblick an ihrem Recht festhalten wollten. Wenn man aber sonst die unwandelbare Treue für eine unglückliche Sache für edel und rühmlich hält, so begreift man nicht, warum es in diesem Falle anders sein sollte. Der Muth, mit dem diese Versammlung in den letzten Augenblicken, von aller Welt verlassen, ihrem tragischen Verhängniß zu widerstehen suchte, wird ihr in den Augen der Nachwelt nicht zur Unehre gereichen.

Nachdem die preußische Regierung ihre Landesangehörigen aus der Paulskirche abgerufen, brauchte sie auf die Nationalversammlung keine Rücksicht mehr zu nehmen, aber die königliche Proklamation vom 15. Mai legte ihr die Verpflichtung auf, die politische Regeneration Deutschland's, wenigstens derjenigen Theile, die sich ihrer Leitung anvertrauen würden, jetzt selbst in die Hand zu nehmen. Sie zeigte aber bei diesem Werk so wenig Umsicht und Ausdauer, daß man zuweilen zu der Annahme versucht wird, daß es ihr damit überhaupt kein wahrer Ernst gewesen, oder daß sie von Hause aus an dem Gelingen des Plans gezweifelt habe. Anstatt den engeren Bund zu Stande zu bringen, und

dann mit Oesterreich über seine Stellung zu demselben zu unterhandeln, schlug man in Berlin den umgekehrten Weg ein. Der vormärzliche Minister, General von Canitz, wurde nach Wien gesandt, um über die Union Oesterreich's mit dem engeren Bundesstaat Preußen's Ansichten mitzutheilen. Man antwortete demselben dort ganz einfach, daß man sich über das Verhältniß zu einem Bundesstaat, der noch gar nicht vorhanden sei, nicht aussprechen könne (16. Mai). Ueber den Bundesstaat selbst werde Oesterreich sich bei den Berliner Konferenzen erklären. Hierauf erneuerten die beiden Kabinette die schon früher gemachten Vorschläge: Oesterreich über die Errichtung eines Direktoriums, um an Deutschland's Spitze zu stehen, Preußen über die Bildung eines engeren Bundes, was aber zu keinem Ergebniß führte. Nach vierzehntägigen Unterhandlungen wurde General Canitz abgerufen (25. Mai).

Unterdessen hatten die Konferenzen in Berlin ihren Anfang genommen, und dauerten vom 17. bis 26. Mai ununterbrochen fort. Aber nur Bayern, Sachsen und Hannover, welche die Reichsverfassung nicht anerkannt hatten, betheiligten sich an ihnen. Der österreichische Bevollmächtigte, von Prokesch=Osten, war nur in der ersten Sitzung anwesend, und erklärte dann, daß ein Verfassungsentwurf für einen engeren Bund, in welchem Oesterreich keinen Platz einnehmen solle, dasselbe auch nicht berühren könne. Bayern folgte Oesterreich's Beispiel und zog sich ebenfalls zurück. Dasselbe war gegen die Reichsverfassung gewesen, weil sie Preußen an die Spitze stellte, und verwarf jetzt aus demselben Grund den engeren Bund. Hannover und Sachsen hielten damals zu Preußen, aber mehr um an demselben bei möglichen revolutionairen Bewegungen einen Schirm zu haben, als aus Liebe zur deutschen Sache, und schlossen mit ihm am 28. Mai das sogenannte Dreikönigsbündniß, jedoch nur als Provisorium auf ein Jahr, bis zum 1. Juni 1850. Die Grundbestimmungen desselben waren: allen Mitgliedern des deutschen Bundes steht der Beitritt zu dem Dreikönigsbündniß frei. Preußen erhält die militairische und diplomatische Leitung des Bundes. Der wichtigste Artikel des Statuts, Art. 4, lautete: „Um den ernsten Willen zu bethätigen, die Verhältnisse Deutschland's in Zukunft nach den Bedürfnissen der Zeit und den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu ordnen, verpflichten sich die Verbündeten, dem deutschen Volk eine Verfassung nach Maßgabe des unter ihnen vereinbarten und diesem Vertrage anzuschließenden Entwurfs zu gewähren. Sie werden diesen Entwurf einer lediglich zu diesem Zweck zu berufenden Reichsversammlung vorlegen. Abänderungen, welche von dieser Reichsversammlung

beantragt werden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Verbündeten. Dieselben behalten sich vor, über Zeit und Ort der Reichsversammlung, so wie über die Form der Berufung das Weitere festzusetzen." — Ein anderer Artikel betraf die Einsetzung eines provisorischen Bundesschiedsgerichts, zu dessen Sitz Erfurt bestimmt war, und dessen Entscheidung sich sämmtliche Mitglieder des Bundes unterwerfen sollten. Dem Statut beigefügt waren der Entwurf zu einer Verfassung für den deutschen Bundesstaat, und der Entwurf zu einem Wahlgesetz für den künftigen Reichstag. Der Verfassungsentwurf schloß sich fast durchgängig der viel getadelten Frankfurter Reichsverfassung an. Der Ausdruck „Reich" war darin auf den engeren Bund übergetragen. Nur hieß das Oberhaupt nicht Kaiser, sondern: Reichsvorstand; aber letztere Würde wurde, wie in Frankfurt die des Kaisers, mit der preußischen Krone verbunden. In zwei wichtigen Punkten wich jedoch der Entwurf zu dem engeren Bundesstaat von der Frankfurter Reichsverfassung ab. Die Regierung des Reichs sollte nämlich nicht von dem Reichsvorstand allein, sondern von letzterem an der Spitze eines Fürstenkollegiums geführt werden. Das Fürstenkollegium sollte aus sechs Stimmen bestehen, nämlich: Preußen; Bayern; Sachsen mit den thüringischen Staaten und Anhalt; Hannover mit den norddeutschen Staaten; Württemberg, Baden, Hohenzollern und Lichtenstein; die drei Hessen, Luxemburg, Limburg, Nassau, Waldeck, Lippe, Frankfurt a. M. Der Reichstag war in zwei Kammern getheilt. Er übte mit dem Fürstenkollegium die gesetzgebende Gewalt aus. Der Form nach schien in diesem Verfassungsentwurf das allgemeine Wahlrecht beibehalten, die besondere Art und Weise der Wahl war aber dem Princip der Gleichberechtigung ganz entgegen.

Oesterreich und Bayern sahen mit mißtrauischen Blicken auf diesen Versuch Preußen's, unter etwas anderen Namen und Formen als bei Annahme der Frankfurter Reichsverfassung der Fall gewesen sein würde, die Leitung Deutschland's in die Hand zu nehmen. Der bayersche Minister von der Pfordten reiste nach Wien, um Bayern eng mit Oesterreich zu verbinden. Fürst Schwarzenberg erklärte jetzt ohne Umschweife, was von ihm bisher nur angedeutet worden, daß er ein deutsches Reich und Parlament nicht mehr aufkommen lassen werde. Nach ihm sollte Deutschland einfach zum alten Bundestag unter Oesterreich's Vorsitz zurückkehren. Was dem österreichischen Minister damals eine so große Zuversicht einflößte, war die Wiedereroberung Oberitalien's, und die Aussicht mit Rußland's Hülfe auch Ungarn zu überwältigen. In

seinem Siegesrausch ahnte Schwarzenberg nicht, daß die von ihm befolgte Politik Oesterreich's innere Verlegenheiten vermehren, und in nicht gar ferner Zeit neue Kriegsstürme gegen dasselbe herbeiziehen werde.

Die preußische Regierung konnte nicht, wie die österreichische, daran denken, das begonnene Verfassungswerk ganz ruhen zu lassen, denn sie würde in diesem Falle, von den Schwierigkeiten im Inneren abgesehen, alle Sympathien in Deutschland verscherzt haben. Oesterreich verließ sich bei seinem Streben, wieder an Deutschland's Spitze zu treten, auf sein so lange anerkannt gewesenes Recht auf diese Stellung, auf den Einfluß der katholischen Ideen, die es als ihren Beschützer ansehen, und die Besorgniß der Mittelstaaten, daß Preußen daran arbeite, ihre Selbstständigkeit zu untergraben. Preußen durfte aber, wenn es die Hegemonie in Deutschland erringen wollte, mit den konstitutionellen Formen nicht völlig brechen, da sie im Geist der Zeit liegen, und von dem deutschen Volk gefordert wurden. Es wollte aber den Principien von Volksvertretung, Wahlrecht, gesetzlicher Gleichheit u. s. w., ohne sie in der Theorie zu verwerfen, bei sich so wenig praktische Anwendung und Bedeutung als möglich zugestehen. Die preußischen Kammern waren, wie oben erwähnt worden, am 27. April aufgelöst worden, da sie die Durchführung der Reichsverfassung, die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin beantragt und sich überhaupt nicht fügsam genug gezeigt hatten. Blieb das bisherige Wahlgesetz, so erhielt man auch dieselbe Volksvertretung wieder. Es wurde deshalb wie früher eine neue Verfassung, so jetzt ein neues Wahlgesetz octroyirt, das in den Grundlagen mit dem übereinstimmte, das für den in Aussicht gestellten Reichstag des engeren Bundes erlassen worden war. Angeblich geschah dies in der Absicht, um die preußische Gesetzgebung der des Bundesstaats so gleichartig als möglich zu gestalten. Die geheime Abstimmung ward in eine öffentliche verwandelt, und die Wähler wurden nach Maßgabe ihres Steuerbetrages in drei Klassen eingetheilt, von denen jede ein Drittheil der zu wählenden Wahlmänner und Abgeordneten ernennen sollte. Der einseitige Ursprung des Dreiklassensystems was die Form, und das geschmälerte Wahlrecht was den Inhalt betrifft, veranlaßte die angesehensten Führer der demokratischen Partei zu einer Zusammenkunft in Köthen (11. Juni), auf der beschlossen wurde, sich an den nach diesem Wahlgesetz zu vollziehenden Wahlen nicht zu betheiligen. Dieses unpolitische Verhalten, durch das, um principiell ein Recht zu bewahren, die praktische Anwendung desselben ganz aufgegeben wurde, verhalf den Gegnern der konstitutionellen Entwickelung zu einem vollständigeren

Siege als sonst möglich gewesen wäre, indem dieselben jetzt, da sie in den Kammern die Majorität erlangten, die Verfassung in ihrem Sinne umgestalten konnten.

Was den Muth der Reaktion in Preußen beflügelte, waren die Ereignisse, die unterdessen in der Pfalz und in Baden eingetreten, und größtentheils durch preußische Waffen vollführt waren. Nach der Flucht des Großherzogs Leopold hatte sich die Ordnung im badischen Lande vollkommen aufgelöst. Im Oberlande, von Bruchsal bis zur Schweizergrenze, war schon vor der Ankunft des Landesausschusses in Karlsruhe, die bewaffnete Macht ihrer Fahne untreu geworden, jetzt griff der Abfall der Truppen auch im Unterlande rasch um sich. Mit Ausnahme einer Abtheilung Dragoner, die nach Landau detachirt war, fielen die Unterofficiere und Gemeinen überall der Revolution zu. Die Officiere wurden von den Soldaten verjagt, gemißhandelt, selbst solche, welche vorher beliebt gewesen; es war als ob sich ein allgemeiner Rausch der Mannschaften bemächtigt hätte. Den Truppen, welche den Großherzog Leopold bis Germersheim, von wo sich derselbe nach Lauterburg begab, begleitet hatten, war es nur mit großer Mühe gelungen, bis auf württembergisches Gebiet zu gelangen. Dort löste sich das Korps auf. Die meisten Officiere flohen, die dies nicht konnten, wurden auf jede Art beschimpft. Der Artilleriehauptmann von Großmann, der die sechzehn Kanonen, die er bei sich führte, für den Großherzog nicht retten konnte, erschoß sich.

Die Civilverwaltung löste sich eben so wie das Militairwesen auf. Brentano, der, im Vergleich zu seinen Kollegen, für gemäßigt gelten konnte, suchte einen Rest von Ordnung zu erhalten, indem er die bisherigen Beamten, die nicht besonders unbeliebt waren oder sich nicht freiwillig zurückzogen, in ihren Stellen beließ, sah sich aber in seinen Absichten von der extremen Fraktion der Demokratie gehindert und durchkreuzt, die das Land in die äußerste Verwirrung stürzte. Die Presse überbot an Zügellosigkeit Alles, was in Deutschland noch erlebt worden, und erinnerte an die schlimmsten Zeiten der ersten französischen Revolution. Eine Menge Abenteurer aus Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Ungarn, Polen hatten sich in Baden eingefunden und halfen die Anarchie vermehren. Es fehlte der herrschenden Partei nicht an Geld, da in den großherzoglichen Kassen mehre Millionen Gulden vorräthig gewesen, die in einigen Wochen verschleudert wurden. Die ersten Verordnungen der neuen Gewalthaber setzten die flüchtigen Minister ab, lösten die Kammer auf, beriefen auf den 10. Juni eine konstituirende

Versammlung, und befahlen, außer der Bewaffnung aller Gemeinden, die Mobilmachung des ersten Aufgebots, d. h. aller unverheiratheten Männer von 18 bis 30 Jahren. Es wurden Kriegskommissarien für die militairische Organisation und Civilkommissarien für Polizei und Verwaltung ernannt, die oft auf das drückendste und willkührlichste schalteten. Alle diese Beschlüsse und Formen waren der ersten französischen Revolution entlehnt, aber ohne den Geist derselben, ohne die große Thatkraft, das tiefe Nationalgefühl, die verzweifelte Entschlossenheit, welche jene Epoche bezeichnen. In Baden nahm die ganze Bewegung die Gestalt einer wüsten Orgie an. Hätte man dort wie in Dresden, die Durchführung der Reichsverfassung zum Ziel genommen, würde der Aufstand Sinn und Grund gehabt haben. So aber hegten die badischen Demagogen gegen das Werk der Nationalversammlung, diese selbst und Alles, was von ihr ausgegangen war, die tiefste Geringschätzung. Ihr Ideal war die socialistische und demokratische Republik, für die im Juni 1848 in den Pariser Straßen gekämpft worden, und die daselbst gänzlich unterlegen war. Sie waren in nichts eigenthümlich und selbstständig, sondern nur Nachahmer, weshalb es auch ihrem Thun an jedem Anfluge von Frische und Kraft gefehlt hat.

Der badische Landesausschuß sah sich nach auswärtiger Hülfe um, gewann aber nur die Pfalz für sich, mit deren provisorischen Regierung er am 17. Mai einen Vertrag abschloß, wonach die beiden Länder sich so ansehen sollten, als gehörten sie ein und demselben Staate an, und sich gegenseitig militairische Hülfe zusagten. Das Bündniß konnte aber keinem von beiden etwas helfen, da die Revolution in beiden, obgleich in der Pfalz zu ihr mehr Grund als in Baden vorhanden war, an derselben inneren Ohnmacht litt. Ein Versuch des Landesausschusses, sich mit der französischen Republik in Verbindung zu setzen, und bei derselben Unterstützung zu finden, blieb vergeblich.

In Hessen-Darmstadt war der Boden, was die Gesinnung der Massen betrifft, vielleicht nicht weniger unterwühlt als in Baden, aber die Truppen waren daselbst der Regierung treu geblieben. Um den Aufstand dorthin zu verpflanzen, wurden im Odenwald erst unbewaffnete, dann bewaffnete Volksversammlungen abgehalten. Am 24. Mai sollte eine große bewaffnete Versammlung in dem hessischen Grenzdorfe Oberlaudenbach statt finden, um die Odenwälder zum Anschluß an die Revolution fortzureißen. Badischer Zuzug war in Masse da. Sieben bis achttausend Menschen hatten sich eingefunden. Der hessen-darmstädtische Kreisrath Prinz aus Heppenheim war in Begleitung von drei Kom-

pagnien Soldaten angelangt, und suchte die Menge durch Hinweisung auf das Gesetz zum friedlichen Auseinandergehen zu bewegen. Er hatte noch nicht ausgesprochen, als er von mehren Kugeln zu Boden gestreckt wurde. Die Soldaten, über diesen feigen an einem Wehrlosen verübten Mord empört, gaben auf die Aufständischen Feuer, von denen an vierzig auf dem Platz blieben. Von diesem Augenblick an blieb das hessendarmstädtische Militair gegen jeden Versuch es zu verführen fest. In Württemberg wurden die Hoffnungen der badischen Radikalen um diese Zeit ebenfalls vereitelt. In Reutlingen wurde am 27. Mai eine große Volksversammlung abgehalten. Man verhandelte über einen Anschluß Württemberg's an Baden und die Pfalz und die Durchführung der deutschen Reichsverfassung. Fickler, ein Freund Hecker's und wie dieser schon vor der Revolution sich zu republikanischen Grundsätzen bekennend, begab sich, von Karlsruhe aus mit Geldmitteln versehen, nach Stuttgart, um dort unter den Truppen für die Republik zu werben. Seine Absicht wurde entdeckt, er ward verhaftet und nach der Festung Hohenasperg gebracht. Die württembergischen Soldaten waren damals nicht ganz zuverlässig, indem aber ihre Verführung im rechten Moment verhindert wurde, fanden sie später keine Gelegenheit mehr zum Abfall. Unter dem bayerischen Beobachtungskorps, das bei Donauwörth stand, waren die Gesinnungen, die in Baden und der Pfalz zum Ausbruch gekommen, ebenfalls vertreten. Die Soldaten sangen revolutionaire Lieder und brachten Lebehochs auf Hecker aus. Doch wußten die militairischen Obern unter ihnen wie unter den Württembergern, eine offene Auflehnung zu verhindern. So wurde der badische und pfälzische Aufstand von außen isolirt, und besaß in sich selbst nicht die Lebenskraft, ohne welche es keinen Erfolg und keine Dauer giebt. Von der entgegengesetzten Seite wurden bedeutende Streitkräfte zusammengezogen. Diese würden schon früher eingeschritten sein, wenn nicht der Reichsverweser und sein Ministerium die Entscheidung durch Begünstigung der österreichischen Sonderinteressen verzögert hätten. Es sollte ein „Reichsheer" unter dem Prinzen Emil von Hessen gebildet werden, der für einen unbedingten Anhänger der österreichischen Politik galt. Die in Vorarlberg stehenden österreichischen Truppen hätten dazu nicht ausgereicht. Bayern, Württemberg, Nassau, beide Hessen sollten ein Kontingent zu dem Reichsheer stellen. Man hätte dann in Baden die großherzogliche Regierung unter österreichischem Schirm wieder eingesetzt, und dieselbe von der bundesstaatlichen Politik zu der süddeutschen Liga, die man in Wien im Auge hatte, herübergezogen. Aber von dem Großherzog Leopold, welchem die

Hülfe, welche der Reichsverweser in Aussicht stellte, ziemlich ungewiß und fern erschien, wurde ausdrücklich die Unterstützung Preußen's nachgesucht, und von diesem sogleich zugesagt. Die preußischen Truppen, die am Niederrhein, an der Nahe, in Mitteldeutschland schon in Bereitschaft standen, erhielten Befehl zum Vorrücken. Dies Alles bereitete sich in den letzten Tagen des Maimonats vor. Der Großherzog Leopold, der unterdessen nach Frankfurt gekommen, schloß mit Preußen einen Vertrag ab, erkannte das Dreikönigsbündniß und den octroyirten Entwurf zu einer Reichsverfassung an, und ernannte ein neues Ministerium, dessen Mitglieder sich des Vertrauens des preußischen Kabinets erfreuten.

Der badische Landesausschuß, Brentano an der Spitze, glaubte jetzt etwas thun zu müssen, um seine Truppen zu beschäftigen, und die Hoffnung seiner Partei nicht ganz sinken zu lassen. Schon war der Moment versäumt worden, in dem man, wie Raveaux dringend gerathen, mit der regulairen badischen Streitmacht hätte vordringen und Württemberg, Hessen, den Odenwald, Franken, wo anfänglich wenige und nicht besonders treue Truppen standen, insurgiren sollen. Wahrscheinlich hätte ein solches Unternehmen keinen dauernden Erfolg gehabt, es wäre aber wenigstens immer ein kühner Versuch, und der revolutionairen Rolle, die man einmal angenommen hatte, angemessen gewesen. Dazu hatte es aber den Führern der Revolution an Einsicht und Entschlossenheit gefehlt, und sie hatten eine kostbare Zeit mit vergeblichen Unterhandlungen, leeren Entwürfen und unthätigem Abwarten zugebracht. Als sie sich zur Offensive entschlossen, war es offenbar zu spät geworden. Am Nachmittag des 30. Mai überschritt ein starkes badisches Korps, bestehend aus mehren Regimentern Infanterie, Dragonern, Artillerie und Freischaaren, die hessen-darmstädtische Grenze bei Heppenheim, wo sich ein Theil des Reichsheeres befand. Die Badener wurden von einem früheren Lieutenant, Namens Sigl, dem der Landesausschuß das Oberkommando über seine bewaffnete Macht anvertraut hatte, befehligt, der früher Hecker's Adjutant gewesen, aber außer seinem persönlichen Muth nichts besaß, was ihn zu einer höheren militairischen Stellung befehligt hätte. Sigl *) traf so unzweckmäßige Anordnungen, daß seinen Truppen ihre Ueberlegenheit an Zahl keinen Vortheil gewährte. Ein einziges Bataillon Hessen, mit etwas Reiterei und Geschütz versehen, schlug den Angriff der Badener zurück, verfolgte sie auf ihr

---

*) Kommandirt jetzt (1862) eine Division in der Armee der Union gegen die Konföderirten.

eigenes Gebiet, und vertrieb sie bei Hembach aus einer von Natur festen Stellung. Die badischen Schaaren waren erst in Heidelberg zum Stehen zu bringen gewesen. Dieser verunglückte Versuch der Revolution, ihre Macht auszubreiten, brachte ihr großen Schaden. Die Württemberger und Nassauer, die zu dem Peucker'schen Korps gehörten und bisher in ihrer Gesinnung schwankend gewesen, waren jetzt geneigt, das Beispiel der Hessen nachzuahmen.

Die sich den badischen Machthabern jetzt mehr als früher aufdringende Ueberzeugung von den sie bedrohenden Gefahren, veranlaßte sie, ihre Kräfte zusammenzufassen. Der badische Landesausschuß löste sich auf und wurde durch eine provisorische Regierung ersetzt, in der Brentano, Gögg und Werner die ausübende Gewalt mit diktatorischen Befugnissen ausübten. In der Pfalz nahmen Fries, Schmitt und Hepp eine ähnliche Stellung ein. Hier hatten die militairischen Befehlshaber schon früher überzeugende Beweise von ihrer Unfähigkeit gegeben, aber nach dem Gefecht bei Heppenheim ward es klar, daß auch Sigl, auf den man vorher große Hoffnungen gebaut, zum Kommando durchaus ungeeignet sei. Man sah sich nach fremden Anführern um. Die Pfälzer übertrugen den Oberbefehl über ihre bewaffnete Macht an einen General der ehemaligen polnischen Armee, Namens Sznaÿde (Schneider), von deutscher Herkunft, aber in Polen geboren, und die Badener riefen zu demselben Zweck den bekannten Mieroslawski herbei, der neuerdings in Sicilien gefochten hatte, dort verwundet und kaum erst genesen war. Man hat beide häufig als ganz unbedeutend und untauglich hinstellen wollen, was aber nicht der Wahrheit gemäß ist. Sznaÿde, der schon bejahrt war, hatte in der polnischen Armee für einen der besten Kavallerieofficiere gegolten, und, da er von dunkler Herkunft war, sich einzig durch sein Verdienst emporgebracht. Mieroslawski stand in der Kraft des Lebens, war von frühester Jugend an zum Soldaten erzogen worden, besaß, außer seiner Tapferkeit, militairischen Blick, und war nicht ohne strategische Kenntnisse. Da er aber immer in unglücklichen oder verlorenen Situationen aufgetreten ist, so haben seine natürlichen Anlagen sich nicht vollkommen entwickeln können. Jedenfalls waren beide Polen den einheimischen Kapacitäten, die auf die Leitung der militairischen Operationen Anspruch machten, sehr überlegen. Auch von den übrigen polnischen Officieren, die sich in Baden eingefunden hatten, kann man dasselbe sagen. Sie waren wenigstens entschlossene Soldaten. Was hätten aber selbst die erfahrensten und tüchtigsten militairischen Führer unter Verhältnissen ausrichten können, wo ihnen jeder feste Bo=

den und jede natürliche Stütze fehlte? Sznayde fand in der Pfalz nur uneingeübte Freischaaren und zuchtlose bayerische Ausreißer vor. In Baden, wo Mieroslawski wirken sollte, wäre es zwischen den verschiedenen Fraktionen der demokratischen Partei beinahe zum offenen Kampfe gekommen. Struve, an der Spitze von Freischaaren und Abentheurern aus allen Ländern, wollte in Karlsruhe die Republik ausrufen, wofür ihn Brentano verhaften ließ. Ein Freischaarenführer und ehemaliger Philhellene, Namens Böning, nahm sich Struve's an, und wollte ihn mit Gewalt befreien. Die Karlsruher Bürgerwehr stellte sich auf Brentano's Seite, die Freischaaren nahmen für Struve Partei. Beide waren im Begriff handgemein zu werden, als Struve unter der Bedingung, daß er mit seinen Anhängern aus Karlsruhe abziehe, aus dem Gefängniß entlassen wurde.

Die konstituirende Landesversammlung, die am 10. Juni mit großem Gepränge in Karlsruhe eröffnet wurde, hätte, selbst wenn sie aus besseren Elementen, als der Fall war, zusammengesetzt gewesen wäre, unter so ungünstigen Umständen ihrer Bestimmung, dem Lande eine zeitgemäße Verfassung zu geben, nicht entsprechen können. So war sie aber in sich selbst eine der kläglichsten Volksvertretungen, die es je gegeben hat, und bestand, wie Brentano später selbst öffentlich erklärt hat, der Mehrheit nach aus ganz unfähigen, rath- und thatlosen Demagogen der niedrigsten Art, denen es eben so sehr an Urtheil wie an Kenntnissen gebrach. Es kam in dieser Versammlung vor, daß Beschlüsse, die heute gefaßt wurden, schon am anderen Tage, wegen offenbarer Ungereimtheit oder Unmöglichkeit der Ausführung, zurückgenommen werden mußten.

Die Maßregeln zur Unterwerfung der Pfalz und Baden's waren durch die Uneinigkeit, die zwischen Oesterreich und Preußen bestand, verzögert worden, aber endlich doch zur Ausführung gekommen. Der Reichsverweser hatte den Oberbefehl über die Reichsarmee, welche aus Hessen, Mecklenburgern, Bayern, Württembergern, Nassauern u. s. w. zusammengesetzt war, dem früheren Reichskriegsminister, dem preußischen General von Peucker, übergeben. Nur unter Bedingung dieser Ernennung, die den entscheidenden Einfluß bei der Führung dieses Krieges in die Hand Preußen's legte, hatte dasselbe eingewilligt, die Reichstruppen durch ein Kontingent unter dem General von der Gröben zu verstärken. Die preußische Regierung behielt sich aber vor, ein besonderes Korps unter dem Prinzen von Preußen gegen die Aufständischen operiren zu lassen. Um in die Bewegungen der beiden Armeen Uebereinstimmung zu bringen, hielt der Prinz von Preußen in Mainz mit Peucker

und von der Gröben eine Zusammenkunft, wo beschlossen wurde, das Reichsheer unter Peucker solle die badische Streitmacht eine Zeit lang beschäftigen, dann links abschwenken und bei Durlach ihr in den Rücken fallen, während die preußische Armee unter dem General Hirschfeld, über die sich aber der Prinz von Preußen selbst den Oberbefehl vorbehielt, auf mehren Punkten in die Pfalz einrückte und bei Germersheim über den Rhein ging, um dann gemeinschaftlich mit dem Reichsheer die Aufständischen zu erdrücken.

Am 13. Juni drangen die Preußen unter Hirschfeld zwischen Kreuznach und Saarbrücken auf drei Straßen in die Pfalz ein. Die Freischaaren zogen sich, ohne den Angriff des Feindes abzuwarten, in eiliger Flucht zurück. Der General Sznayde konnte mit Truppen, wie die waren, an deren Spitze er sich befand, es nicht wagen, dem Feinde entgegenzutreten. Das sogenannte pfälzische Volksheer floh bei Homburg, dann bei Kirchheim=Bolanden, bei Durkheim und zuletzt bei Rinnthal, wo es unter Willich's Anführung, der früher in preußischen Diensten gewesen, einen kurzen Widerstand versuchte. Bei Knielingen zogen sich die Pfälzer über den Rhein zurück. Die Festungen Germersheim und Landau wurden von den Preußen entsetzt. Erst am 19. Juni ging das bayerische Korps unter dem Fürsten von Thurn und Taxis bei Worms über den Rhein, und besetzte die von den Preußen verlassenen Punkte der Pfalz, indem es denselben nachzog. Am 20. Juni bewerkstelligte der General von Hirschfeld bei Germersheim seinen Uebergang über den Rhein, und rückte in Baden ein. Die revolutionaire Regierung der Pfalz war auseinander gesprengt. Der Prinz von Preußen hatte die ihm zunächst gestellte Aufgabe vollständig und in kürzester Zeit erfüllt.

Am 15. Juni begann der Kampf an der Neckarlinie. Man schlug sich bei Käferthal, eine Stunde von Mannheim, dann bei Ladenburg, auf beiden Seiten lebhaft und hartnäckig, zuletzt wurden die Badener geworfen. Ein unvorsichtiges Vorrücken des mecklenburgischen Obersten von Witzleben zog ihm einen größeren Verlust an Todten und Verwundeten zu, als sonst in diesen Gefechten vorkam, und veranlaßte die Gefangenschaft des preußischen Major Hindersinn. Unterdessen waren die Preußen auf dem linken Rheinufer bis Ludwigshafen, gegenüber von Mannheim, vorgerückt, und trieben die badische Besatzung über die Brücke bis Mannheim zurück. Am 16. Juni ergriff eine Abtheilung der Revolutionsarmee unter dem ehemaligen polnischen Oberst Oborski die Offensive, schlug die Reichstruppen bei Groß=Sachsen, wurde aber

von Witzleben, der den Badenern in den Rücken kam, wieder zur Umkehr gezwungen. Am 19. Juni hatte der größte Theil des Peucker'schen Korps den Weg durch den Odenwald nach dem obern Neckar eingeschlagen, und am 21. Juni nach kurzem, aber hartnäckigem Gefecht bei Beerfelden, Hirschhorn und Eberbach den Fluß überschritten, während gleichzeitig das preußische Korps unter Gröben bis Weinheim vorgeschoben und in die Positionen der Reichstruppen eingerückt war. Mieroslawski, der jetzt in Gefahr war von drei Seiten eingeschlossen zu werden, ließ seine ganze verfügbare Macht, zwölf- bis funfzehntausend Mann, auf der Eisenbahn nach Langenbrücken bringen. Am 20. Juni warf sich derselbe bei Waghäusel auf einen Theil des Hirschfeld'schen Korps, das, bedeutend schwächer an Zahl als der Feind, bis Philippsburg zurückgedrängt wurde, wo es Verstärkung erhielt. Die Badener wurden nach hartnäckigem Widerstand zuletzt überwältigt, und zogen sich in großer Unordnung theils gegen Wiesloch, theils gegen Heidelberg zurück. Die Sieger verfolgten den errungenen Vortheil so langsam, als wenn sie desselben nicht ganz sicher gewesen wären, sonst würde die badische Streitmacht an diesem Tage auseinander gesprengt worden sein. Am 23. Juni zog das Gröben'sche Korps in Heidelberg ein. In Mannheim hatten die Dinge sich rascher entschieden. Die Nachricht von der letzten Niederlage der Revolutionsarmee gab einer Anzahl konservativer Bürger den Muth, von einer Schwadron dem Großherzog Leopold treu gebliebener Dragoner unterstützt, eine Abtheilung Volkswehr zu entwaffnen, und den Civilkommissarius von Trütschler, der mit der Kreiskasse zu Mieroslawski entfliehen wollte, zu verhaften. An demselben Tage rückten die Preußen in Mannheim ein. Da Mieroslawski, der in jedem Gefecht sein Leben unerschrocken aufs Spiel gesetzt hatte, nur langsam verfolgt wurde, so gelang es ihm, seine Truppen noch mehrmals zum Stehen zu bringen, und namentlich zwischen den Dörfern Ubstedt und Stattfeld und bei Durlach lebhaften Widerstand zu leisten. Aber das Verhängniß ließ sich durch keine theilweisen Anstrengungen mehr abwenden. Am 25. Juni rückten die Preußen in Karlsruhe ein, das am Tage vorher von der Regierung, der konstituirenden Landesversammlung, den Freischaaren, und mehren Mitgliedern der in Stuttgart gesprengten Nationalversammlung in größter Eile und Verwirrung geräumt worden war. Die pfälzischen Freischaaren, die vor den Preußen nach Baden geflohen waren, und eigentlich nirgends Stand gehalten hatten, wollten sich für ihre Niederlagen an dem General Sznayde rächen, der keine Schuld daran hatte, fielen über ihn her, und mißhan-

delten ihn, so daß er nur mit genauer Noth mit dem Leben davon kam. Die aus Karlsruhe entflohenen revolutionairen Führer waren am 25. Juni in Offenburg angekommen. Dort tauchte Struve plötzlich wieder auf, der keinem Gefecht beigewohnt hatte, sondern mit einer Freischaar im Lande umher gezogen war, um, wie er behauptete, das Feuer der Revolution nicht erlöschen zu lassen. In Freiburg, wohin die Ueberreste der revolutionairen Regierung sich gewandt hatten, glaubte Struve wieder eine Rolle spielen zu können, und schlug in der konstituirenden Landesversammlung, die dort noch einmal zusammentrat, vor, jeden Versuch mit dem Feinde zu unterhandeln als Verrath am Vaterland zu bestrafen, was mit 28 gegen 15 Stimmen angenommen wurde. Brentano, der sich von diesem Antrag persönlich bedroht sah, da er dafür galt den Gedanken an Rückberufung des Großherzogs nie ganz aufgegeben zu haben, und Struve's im letzen Augenblick noch einmal auflodernden Fanatismus fürchtete, flüchtete nach der Schweiz, und erließ von dort aus eine heftige Erklärung gegen seine bisherigen Kollegen, in der er ihnen die Begehung aller möglichen Fehlgriffe und Ungerechtigkeiten vorwarf. Manche von den revolutionairen Führern, sowohl aus der Pfalz als aus Baden, hatten reichlich aus den Staatsmitteln für sich geschöpft, und scheuten sich zuletzt nicht sogar Privateigenthum an sich zu reißen.

Mieroslawski setzte sich noch einmal zur Wehre und nahm eine Stellung hinter der Murg, indem er sich auf die Festung Rastadt stützte. Am 29. und 30. Juni wurde in einer langen Linie von Kuppenheim bis Gernsbach gekämpft. Die Badener schlugen sich noch ziemlich gut, mußten aber zuletzt der Uebermacht weichen. Von da an eilte Alles in unaufhaltsamer Flucht über die Schweizergrenze. Die Preußen rückten nach, und verlangten von den Kantonen die Zurückgabe des badischen Staatseigenthums, das die Aufständischen in großer Menge mit sich fortgeführt hatten. Die Schweizer lieferten Kanonen, Pferde und alles übrige Kriegsgeräth aus, ließen sich aber die gehabten Unkosten wiedererstatten. Am 16. Juli erließ der Bundesrath an die geflüchteten Leiter der Revolution die Aufforderung, das Gebiet der Eidgenossenschaft ungesäumt zu verlassen. Die Menge konnte daselbst bleiben, wenn sie Mittel zum Unterhalt besaß oder fand. Die meisten Unterofficiere und Soldaten, die in der Revolutionsarmee gedient hatten, kehrten nach einiger Zeit in ihre Heimath zurück. Oesterreich sah die Preußen nicht gern in Süddeutschland und am wenigsten am Bodensee, wo sie Konstanz besetzt hatten. Der Reichskriegsminister Fürst Wittgenstein wollte Oesterreicher in den badischen Seekreis einrücken lassen, um dort ein

Gegengewicht gegen die Preußen aufzustellen. Aber der Prinz von Preußen erklärte, daß der Großherzog von Baden nicht österreichische, sondern preußische Hülfe nachgesucht habe, und drang mit dieser Ansicht, ungeachtet des Widerspruchs des Reichskriegsministers, durch.

General von der Gröben war vor Rastadt zurückgeblieben. Er schloß die Festung eng ein, wollte sich ihrer aber nicht mit Gewalt bemächtigen, um sie nicht zu beschädigen, da sie Bundeseigenthum war. Der Schluß der badischen Revolution, die Vertheidigung von Rastadt, ist für die Betheiligten noch weniger ehrenvoll als so manche andere Episode jener traurigen Epoche gewesen. Obgleich es von selbst einleuchtete, daß, wenn die aktive badische Armee geschlagen und der Aufstand im offenen Felde besiegt war, eine einzige, selbst stärker als Rastadt befestigte Stadt sich nicht lange halten und die Lage der Dinge nicht verändern konnte, so blieben doch mehr als fünftausend Mann Truppen daselbst zurück, als hätten sie ihren Feinden Gelegenheit geben wollen, sie später als Verbrecher zu behandeln, und ihnen die äußerste Schmach anzuthun. Wollten dieselben für die Zukunft ein Beispiel von muthiger Ausdauer aufstellen, und lieber aufs äußerste widerstehen als ihren flüchtigen Kameraden nach der Schweiz folgen, so mußten sie, nachdem Rastadt von ihnen so lange als möglich vertheidigt worden, in einem verzweifelten Ausfall einen ehrenvollen Untergang suchen, oder sich unter den Ruinen der Festung begraben. Statt dessen ergab sich Rastadt am 23. Juli auf Gnade und Ungnade an die Preußen, gerade zehn Wochen nachdem der provisorische Landesausschuß daselbst eingezogen war, und vier Wochen nach dem Einrücken der Preußen und Reichstruppen in Baden. Wie anders als die Rastadt'sche Besatzung haben sich die Ungarn in ihrem letzten Bollwerk, in Komorn, gezeigt!

Wie früher in Oesterreich so ward auch jetzt in Baden über die bewaffneten Führer des Aufstandes ein strenges Gericht gehalten. Die bekanntesten unter denen, welche in Folge standrechtlicher Erkenntnisse erschossen wurden, waren: der Gouverneur der Festung Rastadt, Tiedemann, früher badischer Officier, dann in griechischen Diensten; der ehemalige badische Major von Biedenfeld; der Civilkommissarius von Trütschler; der schon bejahrte Böning, der am griechischen Freiheitskriege Theil genommen; der Pole Mniewski; der Redakteur des „Festungsboten", Elsenhans; der Freischaarenanführer Jakobi u. s. w. Viele andere wurden zu Zellengefängniß oder Zuchthaus verurtheilt. Die eigentlichen Urheber der ganzen Bewegung hatten sich, wie gewöhnlich, zur rechten Zeit in Sicherheit gesetzt. Die untergeordneten Werkzeuge, die mehr

hineingezogen worden, als daß sie angestiftet hätten, mußten für sie büßen. Wenn auch nach dem formellen Recht gegen die Erkenntnisse der Kriegsgerichte nichts einzuwenden war, so hätten höhere sittliche Rücksichten eine mildere Behandlung des besiegten Aufstandes anrathen sollen, wie auch in Sachsen nach dem Maiaufstande geschah, wo Niemand in Folge desselben hingerichtet worden ist. Allgemeine Theilnahme erregte das Schicksal des Dichters Kinkel, der sich am Aufstande betheiligt hatte und zu lebenslänglicher Strafarbeit verurtheilt wurde. Es war kein glücklicher Gedanke, an ihm die Leiden Silvio Pellico's erneuern zu wollen. Die Einnahme Rastadt's hatte den Belagerern nach ihrer Angabe etwa hundert Mann, unter ihnen nur zehn Todte, der ganze Feldzug in der Pfalz und Baden ungefähr tausend Mann, darunter kaum hundertundfunfzig Todte, gekostet. Der Verlust auf revolutionairer Seite ist viel größer gewesen, kann aber nicht einmal annähernd angegeben werden. Seltsamer Weise erschien Hecker, der im Anfange der deutschen Bewegung mit seinen Ideen nicht hatte durchdringen können, plötzlich an ihrem Ende wieder, als Alles verloren war. So wie damals zu früh trat er jetzt zu spät auf. Er hatte, von dem Anblick der Freiheit in Nordamerika begeistert, an dem endlichen Siege derselben in Deutschland nicht verzweifelt, und war jetzt herbeigeeilt, um an ihren Kämpfen Theil zu nehmen. Am 16. Juli in Straßburg angekommen, konnte er mit eigenen Augen den Untergang aller seiner Hoffnungen erblicken, und ging in großer Verstimmung nach seinem transatlantischen Asyl zurück. Viele unter den Theilnehmern an der deutschen Revolution, die nicht in die Hände ihrer Feinde gefallen, begaben sich ebenfalls nach den Vereinigten Staaten, da ihnen damals fast ganz Europa, England ausgenommen, verschlossen war. Am 18. August kehrte der Großherzog von Baden in seine Hauptstadt zurück. Mit der Einnahme Rastadt's hatten die revolutionairen Bewegungen in Deutschland aufgehört.

Während dies im Südwesten Deutschland's vorging, war auch im Norden der Krieg wieder ausgebrochen. Der Waffenstillstand von Malmoe hatte weder bei den Herzogthümern, noch bei Dänemark Beifall gefunden, und Rußland und England besorgten, daß Schleswig durch das Provisorium der dänischen Krone vollends entfremdet werden würde. Die skandinavische Partei hätte um den Preis einer Vereinigung der drei nordischen Reiche die beiden Herzogthümer gern ganz an Deutschland überlassen, wodurch beide, Deutschland und Skandinavien, gewonnen haben würden, aber dies war es gerade, was Rußland und England nicht wollten. Deshalb thaten diese beiden Mächte Alles, um die

Idee eines skandinavischen Einheitsstaates nicht zur Anwendung kommen zu lassen, und sie begünstigten dagegen die Schöpfung des dänischen Einheitsstaates, in welchem Schleswig-Holstein, Jütland und die dänischen Inseln zu einem Ganzen verbunden werden sollten. Die dänische Regierung hatte die Zeit des Waffenstillstandes benutzt, um ihre Streitmacht auf einen möglichst furchtbaren Fuß zu setzen, und war dabei von allen Klassen der Bevölkerung eifrig unterstützt worden. Aber auch die Herzogthümer waren nicht müssig gewesen, hatten die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und eine Anzahl tüchtiger preußischer Officiere in ihr Heer aufgenommen. Dänemark verließ sich zugleich auf seine Flotte, der die norddeutschen Staaten auf offener See keinen Widerstand entgegensetzen konnten. Vornehmlich im Vertrauen auf diese Ueberlegenheit hatten die Dänen am 26. März den Waffenstillstand gekündigt. Da geschah es, daß das dänische Geschwader, welches in die Mündung des Eckernförder Meerbusens eingelaufen war, von zwei schleswig-holsteinischen Strandbatterien eine gänzliche Niederlage erlitt (5. April). Das dänische Linienschiff Christian VIII. von 84 Kanonen strandete und wurde mit glühenden Kugeln in Brand geschossen. Der schleswig-holsteinische Artillerieunterofficier Preußer, der zu diesem Erfolg das meiste beigetragen hatte, wollte, nachdem der Christian VIII. die Flagge gestrichen hatte, die Bemannung des brennenden Schiffes retten, verspätete sich aber bei diesem menschenfreundlichen Unternehmen, und flog mit Masten, Segeln, Holzwerk und einem Theil der Mannschaft in die Luft. Die Fregatte Gefion von 56 Kanonen mußte ebenfalls die Flagge streichen. Die dänischen Seekapitaine, Paludan und Meyer, geriethen mit 900 Seesoldaten und Matrosen in Kriegsgefangenschaft. Dieser Sieg war von 32 schleswig-holsteinischen Artilleristen über 140 feindliche Geschütze erfochten worden. Der Herzog von Koburg hatte zu dem Erfolge beigetragen, indem er mit einer halben Feldbatterie an dem Kampfe Theil nahm. Der in den Herzogthümern über diese herrliche Waffenthat erhobene Jubel klang in Deutschland wieder.

Die tapferen Söhne der deutschen Nordmarken brannten vor Begierde mit den Dänen handgemein zu werden, und die allen Theilen Deutschland's angehörigen Truppen, die bereits im März in die Herzogthümer eingerückt, waren von keinem geringeren Eifer beseelt. Aber schon waren in Berlin Noten von Rußland und Frankreich eingelaufen, welche sich entschieden gegen eine Besetzung Jütland's erklärten, und nur zugaben, daß die deutschen Truppen die nach dem Waffenstillstand von Malmoe bezeichneten Positionen einnähmen. Da das preußische

Kabinet hierauf einging, so durfte nur Schleswig von den Deutschen besetzt werden, ohne daß an ein Vorrücken nach Jütland ernstlich gedacht werden konnte. Am 13. April wurden die Düppeler Schanzen von den deutschen Truppen erstürmt, die sich jetzt der Insel Alsen hätten bemächtigen können, wenn dies nicht den Bestimmungen des Waffenstillstandes entgegen gewesen wäre. Am 20. April wurden die Dänen in einem blutigen Gefecht bei Kolding geschlagen, aber Bonin durfte aus demselben Grunde nicht in Jütland vordringen. Hierauf langte das schleswig-holsteinische Heer vor Friedericia an. Anstatt dasselbe zur Verfolgung des Feindes zu verwenden, wurde jetzt eine Festung belagert, die schwer einzunehmen war, und deren Besitz keine Entscheidung herbeiführen konnte. Während Friedericia mit großer Lässigkeit belagert wurde, und das Belagerungskorps in zwei Hälften getheilt war, die auf keinem Punkt miteinander in unmittelbarer Verbindung standen, führte der dänische General Rye von Halgenaes zu Wasser ansehnliche Verstärkungen nach Friedericia, ohne daß Bonin davon unterrichtet gewesen wäre. In der Nacht vom 5. zum 6. Juli warf Rye sich an der Spitze einer überlegenen Macht auf das Belagerungskorps, das nach einem heißen Kampfe mit einem Verlust von 1500 Gefangenen, 2800 Todten und 28 Kanonen geschlagen wurde. Die Dänen hatten diesen Sieg theuer erkauft, sie verloren den General Rye, der im Gefecht blieb, und gegen 1300 Mann an Todten und Verwundeten, unter ihnen über 100 Officiere. Die Schleswig-Holsteiner waren so wenig entmuthigt, daß sie wieder zum Angriff übergehen wollten, als die Nachricht einlief, daß Preußen mit Dänemark am 10. Juli einen Waffenstillstand geschlossen habe. Derselbe lautete dahin, daß Schleswig von Holstein getrennt, eine Demarkationslinie in ersterem Herzogthum gezogen, der nördliche Theil von schwedischen, der südliche von preußischen Truppen besetzt, und für Schleswig eine besondere Landesverwaltung, aus einem dänischen und einem preußischen Kommissarius bestehend, gebildet werden solle. Dem Waffenstillstand waren Friedenspräliminarien von demselben Datum beigefügt, nach welchen Schleswig, unbeschadet der Verbindung mit der dänischen Krone, eine abgesonderte Verfassung erhalten und von Holstein getrennt werden sollte. Die schleswig-holsteinische Statthalterschaft erließ ein Manifest an die deutschen Regierungen, in welchem sie sich auf die urkundlichen Rechte der Herzogthümer berief, und namentlich die Anerkennung derselben durch Preußen hervorhob. Die Landesversammlung stimmte dieser Erklärung bei. Als aber die Leiter der schleswig-holsteinischen Bewegung vernahmen, daß die preußi-

sche Regierung beabsichtige, ihre Officiere, wenn die Herzogthümer diesem Waffenstillstand Widerstand entgegensetzen sollten, aus dem schleswig-holsteinischen Heere abzurufen, wodurch dasselbe desorganisirt worden wäre, und sogar den Waffenstillstand nöthigenfalls mit Gewalt durchsetzen wolle, glaubten sie den Umständen nachgeben zu müssen. Die Landesversammlung genehmigte den Rückzug der schleswig-holsteinischen Truppen hinter die Eider, und die Statthalterschaft schlug ihren Sitz in Kiel auf. Die Preußen zogen in Südschleswig, die Schweden in Nordschleswig ein. Um das an Schleswig begangene Unrecht zu beschönigen, ward von der Reaktion das Gerücht von einer nordalbingischen Republik erfunden und verbreitet. In den Blättern dieser Partei ward über den Sieg der dänischen Interessen und die Unterdrückung der deutschen ohne Scheu gejubelt, und es wurden von ihr die Dänen als Verfechter der Monarchie, die Schleswig-Holsteiner als Revolutionaire bezeichnet. Sowohl die sachlichen als persönlichen Verhältnisse erfuhren dabei die äußerste Entstellung. Denn die Dänen sind weit demokratischer als die Schleswig-Holsteiner gesinnt, welche am Alten und Herkömmlichen vielleicht mehr als irgend ein anderer deutscher Stamm hängen, und sich nur für dessen Erhaltung erhoben hatten. Dänemark war schon zur Zeit des Absolutismus im Wesentlichen ein demokratischer Staat, und hat deshalb auch die Form eines solchen, ohne große innere Erschütterungen und ohne seine Natur zu verändern, annehmen können, während in Schleswig-Holstein sich, ungeachtet seines angeblich revolutionairen Geistes, Ueberreste des mittelalterlichen Ständewesens sich bis auf diese Stunde (1862) erhalten haben.

Man hätte vielleicht die Rechte der Herzogthümer besser gewahrt, und dem Andrange der fremden Mächte zu Dänemark's Gunsten weniger nachgegeben, wenn noch eine deutsche Nationalversammlung bestanden und die Centralgewalt mehr Gewicht besessen hätte. Aber die Vertretung des deutschen Volks war theils durch eigene Schuld, theils durch die Ungunst der Umstände zu Grunde gegangen, und die von ihr geschaffene Exekutivgewalt stand nach ihrem Verschwinden einsam und haltlos wie eine Ruine da. Schon nach der Kaiserwahl wäre der Reichsverweser geneigt gewesen, sein Amt niederzulegen, aber von Wien aus war ihm die Weisung zugekommen, in seiner Stellung auszuharren bis Oesterreich nach dem Mißlingen aller Reformversuche wieder seinen alten Platz an der Spitze Deutschland's einnehmen könne. Die Anwesenheit eines seiner Prinzen am Sitz des alten Bundestags sollte diesen Uebergang erleichtern. Der Reichsverweser hegte eine wirklich deut-

sche Gesinnung, und er wäre seiner Neigung nach wohl gern etwas mehr als ein bloßes Werkzeug der Politik des österreichischen Ministeriums gewesen, aber erst von der Nationalversammlung mehr gehindert als unterstützt, und später von aller Welt verlassen, konnte er zuletzt nichts weiter als ein gegen Preußen vorgeschobener österreichischer Posten sein. Auch war es natürlich, daß er, als eine freie und einheitliche Gestaltung Deutschland's unmöglich geworden, und es sich nur noch um eine preußische oder österreichische Suprematie handelte, für letztere wirkte, da ihm, selbst abgesehen von seinem Charakter als Erzherzog, sobald es sich nur um die Wiederherstellung der früheren Bundesverhältnisse handelte, die Ansprüche Oesterreich's als älter und begründeter erscheinen konnten. Er widerstand deshalb auch dem mehrfachen Ansinnen Preußen's sich zurückzuziehen, da ihm nach der Auflösung der Nationalversammlung, von der er gewählt worden, die Bedingung seines Daseins verloren gegangen, mit dem Bemerken, daß er allein noch das Band zwischen den einzelnen Staaten Deutschland's bilde, und daß er sein Amt nur in die Hände sämmtlicher deutscher Regierungen, sobald sie sich darüber geeinigt haben würden, niederlegen werde. In den letzten Tagen des Juni verließ der Bevollmächtigte der preußischen Regierung, Legationsrath von Kamptz, Frankfurt, und damit hörte jede officielle Verbindung zwischen Preußen und der Centralgewalt auf. Preußen war jetzt bemüht auch die Staaten, welche im April die Reichsverfassung anerkannt hatten, in sein Bündniß zu ziehen. Um die öffentliche Meinung in Deutschland für die Dreikönigsverfassung zu gewinnen, hatten die Leiter der ehemaligen Kaiserpartei ihre Gesinnungsgenossen aus der Paulskirche nach Gotha zu einer Besprechung eingeladen. Die Zusammenkunft fand am 26. Juni an dem genannten Orte statt, und alles erklärte sich offen für den engeren Bundesstaat mit Preußen an der Spitze. Auch die übrigen Regierungen schlossen sich endlich, mit Ausnahme von Bayern und Württemberg, an. Der Reichsverweser setzte seine Schattenregierung, die im Grunde nur in der Erfüllung gewisser Formalitäten bestand, bei Ermangelung aller anderen Hülfsquellen, von Oesterreich und Bayern schwach unterstützt, so gut wie es möglich war, fort. Unterdessen war zwischen Wien und Berlin über eine vorläufige Regelung der Gesammtangelegenheiten Deutschland's unterhandelt worden. Bayern suchte zwischen den beiden auf einander eifersüchtigen Großstaaten zu vermitteln. Nach einem von dem bayerischen Minister von der Pfordten entworfenen Plan sollten Oesterreich und Preußen das Präsidium des deutschen Bundes abwechselnd führen, und die Kleinstaa-

ten sollten mediatisirt und nach ihrer geographischen Lage unter die fünf Königreiche vertheilt werden, damit sie nicht ausschließend unter preußische Oberherrlichkeit fielen. Es erscheint diese Idee noch unhaltbarer als was sonst damals in der Art ausgedacht wurde, indem ihr bei der Ausführung, von Innen und Außen, alsbald unübersteigliche Hindernisse entgegen getreten sein würden, und war überhaupt nur dazu aufgestellt, um das Dreikönigsbündniß zu sprengen, und Sachsen und Hannover von Preußen abzuziehen. Da gar nichts zum Abschluß kommen wollte, und es aussah, als wenn Deutschland auseinander fallen sollte, so war der Reichsverweser, der dann und wann ein Lebenszeichen von sich gab, schon auf den Gedanken gefallen, eine neue Reichsversammlung nach Frankfurt einzuberufen, was allenfalls den Kleinstaaten hätte zusagen können, von Oesterreich, Preußen und den Mittelstaaten aber um keinen Preis zugegeben worden wäre. Vielleicht war es dieser Plan, der schwerlich auch nur zu einem Anfang von Ausführung gekommen wäre, dessen bloße Kundgebung aber bei der damaligen Stimmung die Verwickelung vermehren konnte, der eine Annäherung der beiden Großmächte bewirken half. Oesterreich wollte einen Erzherzog nicht länger in einer so mißlichen Stellung lassen, und Preußen hatte die Vergeblichkeit seiner Bemühungen, die provisorische Centralgewalt in seine eigene Hand zu nehmen, erkannt. So blieb nur der Ausweg übrig, dieselbe den beiden Mächten gemeinsam zu überlassen. Zu dem Zweck ward der Ministerialrath von Biegeleben von dem Reichsverweser nach München, Wien und Berlin gesandt. Derselbe fand mit seinem Antrag bei den drei Höfen Gehör, und am 30. September unterzeichneten in Wien Fürst Schwarzenberg und der preußische Gesandte Graf Bernstorff einen Vertrag, das „Interim" genannt, nach welchem Oesterreich und Preußen die „Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund" bis zum 1. Mai 1850 im Namen sämmtlicher Regierungen übernahmen. Als Zweck des Interims ward die Erhaltung des deutschen Bundes bezeichnet. Während des Interims sollte, nach §. 3 des Vertrages, die deutsche Verfassungsangelegenheit der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen bleiben, und sollte sie beim Ablauf des Interims noch nicht zum Abschluß gediehen sein, so war eine Uebereinkunft über das Fortbestehen dieses Vertrags in Aussicht genommen. Die bisher von der Centralgewalt geleiteten Angelegenheiten sollten, in so weit sie zur Befugniß des engeren Rathes der Bundesversammlung gehört hatten, einer „Bundeskommission" übergeben werden, zu der Oesterreich und Preußen je zwei Mitglieder ernannten. In dem Fall die Bundes-

kommission sich zu einem Beschluß nicht einigen könnte, sollten drei Bundesglieder Schiedsrichter sein. Endlich sollte, sobald die Regierungen diesem Vertrage zugestimmt hätten, der Reichsverweser „die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes in die Hände des Kaisers von Oesterreich's und des Königs von Preußen niederlegen.“ Die öffentliche Meinung in Deutschland sah in dem Interim nur eine Vorbereitung auf Wiederherstellung des Bundestages. Das preußische Kabinet glaubte irriger Weise durch den Inhalt des dritten Paragraphen dieses Vertrages die Verwirklichung des engeren Bundesstaats gesichert zu haben. Es bedachte nicht, daß Hannover und Sachsen, die dem Bündniß vom 26. Mai einzig in Rücksicht auf die für sie damals bedenklichen Zeitumstände beigetreten waren, nur die Wiedererstarkung Oesterreich's abwarteten, um aus dem untergeordneten Verhältniß von Mitgliedern des Bundesstaats, wieder zu der gleichberechtigten Stellung von Mitgliedern des Staatenbundes überzutreten. Auch von manchen der kleineren Staaten würde, wenn ihre Besorgnisse vor der Revolution einmal geschwunden, eine freiwillige Verzichtleistung auf irgend eine Parcelle ihrer Souverainetätsrechte nicht erfolgt sein. Nur die schwächsten unter den deutschen Regierungen würden sich, im Gefühl ihrer Hülflosigkeit, unter die Flügel des preußischen Adlers geflüchtet haben. Die Einsetzung der Bundeskommission verzögerte sich noch über zwei Monate. Endlich trafen in der Mitte Decembers die Mitglieder derselben in Frankfurt ein: von Seiten Oesterreich's der ehemalige Minister von Kübeck und Feldmarschall-Lieutenant von Schönhals; von Seiten Preußen's der General von Radowitz und der frühere Oberpräsident der Provinz Preußen, Böttcher, in deren Hände der Erzherzog Johann am 20. December die Würde eines Reichsverwesers niederlegte. Mit dem Aufhören der Stelle des Reichsverwesers verschwand der letzte Rest des 1848 angestellten Versuches zu einer staatlichen Wiederbelebung Deutschland's, geräuschloser und regelmäßiger, aber darum nicht ehrenvoller als die Sprengung der Trümmer der Nationalversammlung in Stuttgart gewesen. Stück vor Stück wurden die zum Neubau Deutschland's zusammen getragenen Materialien bei Seite geworfen. Es war in dieser deutschen Bewegung alles von Hause aus so unglücklich und zweckwidrig angelegt gewesen, daß man sich beim Rückblick auf jene Tage wundern muß, wie so viele erfahrene und einsichtsvolle Männer in der nationalen Partei, unter solchen Umständen, ein Gelingen ihres Unternehmens für möglich halten konnten. Der Erzherzog Johann war schon bejahrt und lebensmüde, als er sein hohes Amt antrat, und hat von

seiner Thätigkeit in Frankfurt weder Freude noch Ruhm gehabt. Es muß ihn aber, da er ein edler Charakter und aufrichtiger Patriot war, bei diesem Scheitern eines so großen Werks ein traurigeres Gefühl als am Abend einer verlorenen Schlacht angewandelt haben. Denn hier sank die Hoffnung eines ganzen Volkes in das Grab.

Im Gegensatz zu Oesterreich, wo das konstitutionelle Leben ganz eingeschlummert schien, war man in Preußen, obwohl nicht ohne viele Schwierigkeiten, mit dem Bau einer neuen Verfassung zu Stande gekommen. Die Reaktion, die in den Kammern, welche in Folge des Dreiklassensystems gewählt worden, die Majorität besaß, hatte die liberalen Bestimmungen der octroyirten Verfassung vom 5. December 1848 so zu beschränken gewußt, daß der Volksvertretung ein Veto nur gegen Auflegung neuer Steuern blieb, die Erhebung der bestehenden aber ohne weiteres erfolgen konnte. Die preußischen Kammern hatten nicht das Recht die Steuern jährlich zu bewilligen, was in der Theorie wie in der Praxis für einen der Grundpfeiler der öffentlichen Freiheit im konstitutionell=monarchischen Staate gilt. Nachdem die Berathungen über die Verfassung geschlossen und deren Ergebnisse der Regierung zur Genehmigung vorgelegt waren, wurden noch einige Beschränkungen der Volksrechte verlangt, ehe der König sich zur Beschwörung der Verfassung bereit erklärte. Der Gedanke, der die reaktionaire Partei bei dieser Revision leitete, war, die 1848 verlornen Vorrechte und Ausnahmszustände durch die Verfassung selbst wieder herzustellen. Sie rechnete zur Erreichung dieses Ziels auf die Dehnbarkeit der einzelnen Bestimmungen in dem Verfassungswerk, und die in ihm enthaltenen Widersprüche. Da keine Partei stark genug war, um die Verfassung ganz zurückzuweisen, und dem Ministerium für seinen Plan in Betreff des Bundesstaats ein Abschluß wünschenswerth erschien, so kam ein solcher auch wirklich zu Stande, und am 6. Februar 1850 ward die Verfassung vom Könige und den Mitgliedern der beiden Kammern im Rittersaal des königlichen Schlosses in Berlin feierlich beschworen. Obgleich Friedrich Wilhelm IV. die Verfassung aufrichtig annahm und unverbrüchlich zu halten gelobte, so erinnerte doch manches in der Rede, die er bei dieser Gelegenheit hielt, an die Grundsätze und Anschauungen, die er bei Eröffnung des Vereinigten Landtags ausgesprochen hatte. Die feudale Partei machte in Bezug auf die Worte des Königs darauf aufmerksam, daß derselbe auch die bei der Huldigung gegebene Erklärung erneuert habe, welche die Aufrechthaltung der ständischen Rechte in sich schließe. Die Verfassung sei von ihm nur unter der Bedingung beschworen wor=

den, daß ihm das Regieren mit derselben möglich gemacht werde, indem man die unverjährbaren Rechte der Krone und der Stände, als über der Verfassungsurkunde stehend, anerkenne, und nur unter der Bedingung, daß die Kammern fortführen, die Verfassung im Sinne der Monarchie und der Regierungsgewalt zu verbessern. Wie es auch mit diesen wirklichen oder vermeintlichen Vorbehalten gemeint gewesen sein mag, das Wesentliche war, daß Preußen mit dem 6. Februar in die Reihe der Verfassungsstaaten eingetreten war, daß das Königthum fortan Schranken anerkannte, und das Volk bestimmte Rechte besaß.

Preußen suchte jetzt den engeren Bund thatsächlich in das Leben zu rufen. Aber es fehlte dem preußischen Entwurf ein mächtiges Gewicht, das die Arbeiten der deutschen Nationalversammlung eine Zeit lang für sich gehabt hatten, das moralische Gewicht, aus einer Volksvertretung hervorgegangen zu sein, und demnach im Volk selbst eine mächtige Partei für sich zu haben. Vom Standpunkt der praktischen Ausführbarkeit schien es noch immer sehr zweifelhaft, ob sich die Menge der von so verschiedenen Interessen erfüllten deutschen Regierungen jemals freiwillig über einen Verfassungsentwurf einigen werde, der manche Opfer von ihnen verlangte, die ihrer eingewurzelten partikularistischen Selbstsucht empfindlich sein konnten. Schon im August hatte der nassauische Bevollmächtigte einen Antrag auf baldige Vorbereitung der Wahlen zum nächsten Reichstag gestellt, was seitdem mehrmals wiederholt worden war. Aber Hannover widersetzte sich diesem Antrag aus Rücksicht auf Oesterreich, Bayern und Württemberg, und erklärte, daß er zur Zeit ungelegen sei, und zu unabsehbaren Verwickelungen führen müsse. Die Verhandlungen im Verwaltungsrath, d. h. unter den Mitgliedern des engeren Bundes, nahmen einen gereizten Ton an, und drohten das Werk im Entstehen zu Grunde zu richten. Sachsen schloß sich der hannover'schen Auffassung an, und Mecklenburg-Strelitz neigte sich ebenfalls auf diese Seite. Es war dies der erste Anfang zu einem Bruch des kaum begonnenen Werks. Auf Antrag des preußischen Bevollmächtigten im Verwaltungsrath, des Staatsministers von Bodelschwingh, wurde der Beschluß gefaßt, am 15. Januar (1850) die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaus für den nächsten Reichstag vorzunehmen. Da trat Oesterreich dazwischen, indem es die Rechtsbeständigkeit der Bundesversammlung behauptete, gegen den angekündigten Reichstag einen förmlichen Protest erhob, und erklärte, es werde einem Rechtsbruch mit seiner ganzen Macht zu begegnen wissen. Dies flößte den öffentlichen und geheimen Gegnern Preußen's, die seit den Erfolgen der

preußischen Waffen im südwestlichen Deutschland etwas eingeschüchtert gewesen, wieder Muth ein.

Der Einspruch Oesterreich's kam jedoch zu spät, um die Vorbereitungen zum Reichstag hindern zu können, und am 13. Februar berief der Verwaltungsrath den Reichstag auf den 20. März nach Erfurt ein. Aber da zeigte es sich plötzlich, auf wie schwankendem Boden dieser Bau stand, und wie thätig im Stillen Mißgunst und Eifersucht gegen Preußen gewesen. Hannover erklärte am 25. Februar, es sehe durch den jüngsten Beschluß des Verwaltungsraths sein Verhältniß zum Vertrage vom 26. Mai als gelöst und auf die Grundlage des deutschen Bundes zurückgeführt an. Darauf rief Preußen seinen Gesandten aus Hannover ab. Noch übler gestaltete sich Preußen's Verhältniß zum König von Württemberg. Derselbe bezeichnete bei Eröffnung der württembergischen Ständeversammlung das Bündniß vom 26. Mai als einen künstlichen Sonderbundsversuch, auf den Selbstmord der Gesammtheit berechnet, und ohne Aussicht auf Bestand in den Tagen der Gefahr. Die preußische Regierung sah sich in Folge dessen genöthigt, ihre diplomatischen Beziehungen zu Württemberg abzubrechen. Die öffentliche Meinung wurde durch die von den Gegnern des Bundesstaats angenommene Haltung gereizt, weil es aussah, als ob dieselben aus Selbstsucht gar nichts zu Stande kommen lassen wollten, und neigte sich in diesem Augenblick zu Preußen, weil dieses wenigstens den Willen zu einer politischen Reform an den Tag legte. Selbst in vielen großdeutschen Kreisen ward die Meinung vernommen, es sei immer besser, daß etwas in Erfurt als anderwärts nichts geschehe. Dieser Stimmung verdankte ein abermaliger Verfassungsentwurf für Deutschland sein Entstehen, der am 27. Februar von Bayern, Sachsen, Württemberg unterzeichnet wurde, und an dessen Berathung Hannover sich betheiligte. Es war darin eine Bundesregierung von sieben Mitgliedern aufgestellt, aus den vier Königreichen, neben Oesterreich und Preußen, bestehend; von den übrigen Bundesgliedern fanden nur die beiden Hessen, weil deren Treue gegen das Bündniß vom 26. Mai zu wanken begann, Berücksichtigung. Baden blieb, weil es von preußischen Truppen besetzt war, von diesem Entwurf ausgeschlossen. Eine Versammlung von 300 Mitgliedern sollte als Nationalvertretung der Bundesregierung zur Seite stehen, und durch die einzelnen Landesvertretungen gewählt werden. Das österreichische Kabinet stimmte diesem Entwurfe unter der Bedingung bei, daß ihm die Möglichkeit geboten werde, sich dem projektirten Bunde mit dem gesammten Umfange des Kaiserreichs anzuschließen. Dieser Entwurf war

noch weniger als eine der vielen anderen Kombinationen, die in jener Zeit auftauchten, geeignet, den wesentlichen Bedürfnissen Deutschland's abzuhelfen, und ist, wie die österreichische Verfassung vom 4. März, nie, selbst nicht zu einem Anfang von Ausführung, gekommen. Es war damit überhaupt nicht eine politische Regeneration Deutschland's, sondern nur eine Revision der alten Bundesakte gemeint gewesen. Aber selbst ein so bescheidenes Ziel würde auf diesem Wege nicht erreicht worden sein.

Unterdessen waren die Wahlen zum Erfurter Parlament vollzogen, und dasselbe am 20. März im Rathhause dieser ehemaligen Reichsstadt eröffnet worden. Die bekanntesten Führer der Gothaischen Partei: Vincke, Camphausen, Simson, Heinrich von Arnim, Auerswald, Beckerath, Schwerin, Max Duncker u. s. w., waren gewählt worden. Auch in den übrigen Bundesstaaten hatten die Gothaer einen überwiegenden Sieg erfochten. Aus Baden, Hessen, den thüringischen Fürstenthümern, Oldenburg, den Hansestädten fehlte nicht leicht ein hervorragender Name unter den vormaligen Führern des Centrums in der Paulskirche. Wer hätte es unter solchen Umständen für möglich gehalten, daß auch aus dieser Versammlung kein Ergebniß hervorgehen, daß sie bald so angesehen werden würde, als sei sie nie vorhanden gewesen. Und doch geschah dies. In Erfurt traten nicht, wie früher in Frankfurt, ungemessene Ansprüche, die Vorstellung einer schrankenlosen Befugniß, Gleichgültigkeit gegen die entgegenstehenden Schwierigkeiten, sondern Schwäche, Halbheit und Unklarheit bei Behandlung des unternommenen Werkes hervor. Nachdem die Versammlung, ungeachtet des Widerstandes der reaktionairen Partei, die Verfassung mit einer starken Majorität angenommen hatte, wurde der Reichstag, aus Scheu vor Oesterreich's Einsprache, Rußland's Drohungen, und aus Besorgniß vor dem Abfall einiger deutschen Staaten, plötzlich am 29. April vertagt, um nie mehr zusammenzutreten. Man war unterdessen in Berlin anderen Sinnes geworden und wollte entschieden wieder in die Bahn des Rückschritts einlenken, und damit ließ sich ein nationaler Gedanke, wie der des engeren Bundes, und eine denselben verkörpernde Reichsversammlung nicht vereinigen. Da änderte sich wiederum unerwarteter Weise die Stimmung am preußischen Hofe. Um nicht das Ansehen zu haben, das ganze so mühsam vorbereitete Werk über Bord zu werfen, ergingen Einladungen zu einem Fürstenkongreß für den 8. Mai nach Berlin, wo über die Begründung des engeren Bundes verhandelt werden sollte. Fast sämmtliche Mitglieder desselben, mit Ausnahme des

Großherzogs von Hessen-Darmstadt und des Herzogs von Nassau, die sich entschuldigen ließen, erschienen in der preußischen Hauptstadt. Aber auch dort ward nichts für den vorgesetzten Zweck ausgerichtet. Baden, Kurhessen und Mecklenburg-Schwerin sprachen sich in einer Weise aus, die ihr Beharren bei der Union als zweifelhaft erscheinen ließ.

Oesterreich glaubte jetzt den Augenblick zu einem kühnen Vorwärtsgehen gekommen. Es richtete am 26. April eine Einladung an alle Bundesglieder, sich in Frankfurt zu versammeln, der, außer den vier Königreichen, von Kurhessen, von Dänemark für Holstein-Lauenburg, von Holland für Luxemburg und Limburg, von Hessen-Homburg und Lichtenstein Folge geleistet wurde. Da das Interim mit dem 1. Mai ablief, beschloß man zunächst die Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt und die Revision der Bundesverfassung in Betracht zu ziehen. Oesterreich legte nachher einen Entwurf vor, wonach der Bundestag aus sieben Gruppen mit neuen Stimmen bestehen sollte. Was man in Berlin gelegentlich mit dem geringschätzigen Ausdruck: „Frankfurter Kongreß" bezeichnet hatte, trat also gleich im ersten Augenblick als erneuetes Organ der alten Bundesverfassung auf. Dem von Sachsen, Hannover, Kurhessen gegebenen Beispiel folgten Schaumburg-Lippe, Hessen-Darmstadt und Mecklenburg-Strelitz, die ihre Bevollmächtigten in das reaktivirte Plenum nach Frankfurt sandten. Oesterreich ging jetzt noch einen Schritt weiter, und am 14. August wurden sämmtliche Bundesglieder eingeladen den engeren Rath wieder zu beschicken. Was Oesterreich so kühn machte, war nicht seine eigene Stärke, denn es hatte zur Unterwerfung Ungarn's der russischen Hülfe bedurft, und seine inneren Zustände waren nichts weniger als gesund und naturgemäß gestaltet, sondern die Ueberzeugung von Preußen's Unentschlossenheit, die es nie auf das Aeußerste ankommen lassen werde, das Verlangen der meisten deutschen Regierungen nach den vormärzlichen Zuständen, unter denen man so unbeschränkt und verantwortungslos hatte walten können, und die tiefe Niedergeschlagenheit, die sich der freisinnigen Partei in Deutschland bemächtigt hatte. Ueberall waren die politischen Vereine gesprengt, die Kammern wiederholt aufgelöst, die liberalen Ministerien beseitigt und die Mitglieder der reaktionairen Partei an die Spitze der öffentlichen Angelegenheiten gestellt worden. Es war sogar eine sehr überflüssige Vorsicht, daß Oesterreich bei jedem seiner Anträge auf Restaurirung des Bundestages vorgab, es sei damit keineswegs die Rückkehr zu den alten Zuständen gemeint, sondern man sehe diesen Weg nur als den einzigen an, um zu einer den Bedürfnissen der Zeit angemessenen

Reform des Bundes zu gelangen. Es hätte seine Absicht zu den vormärzlichen Ideen zurückgreifen zu wollen offen darlegen können, es würde auf keinen anderen Widerstand als den von diplomatischen Noten und Zeitungsartikeln gestoßen, die es in ähnlicher Weise erwiedert, und während dieser Zeit nach seinen Absichten gehandelt hätte. Preußen antwortete auf die Einladung zur Beschickung des engeren Rathes mit einer ausführlichen Denkschrift, in der alle Gründe hervorgehoben waren, die gegen eine Wiederherstellung des Bundestags, insbesondere die im Juli 1848 einstimmig erfolgte Aufhebung desselben, sprechen konnten. Dieses und Aehnliches blieb auf die Reaktion ohne Eindruck, die sich auf keinen ernsten Vernunftstreit einließ, sondern zu Verdrehungen der Wahrheit, Sophismen und Deklamationen ihre Zuflucht nahm. Es kam jetzt nicht auf Recht oder Unrecht, sondern auf Macht oder Ohnmacht an, und man fühlte in ganz Deutschland, daß Oesterreich zur Durchführung seiner Plane nöthigenfalls zu den Waffen greifen könne, Preußen aber seine Sache nur mit Worten und auf dem Papier vertheidigen werde. Während das nur von dreizehn Regierungen beschickte „Plenum" des alten Bundes rüstig vorwärtsschritt und entscheidende Beschlüsse faßte, vernahm man wenig oder nichts von der „Union", der die Mehrzahl der deutschen Regierungen der Form nach angehörte. Oesterreich, das im Stillen bedeutende Streitkräfte in Böhmen zusammengezogen hatte, nahm gegen Preußen eine immer schroffere Haltung an. Es griff die Militairkonventionen an, welche die preußische Regierung mit Anhalt, Mecklenburg, Braunschweig und Baden geschlossen, und setzte der Verlegung der badischen Truppen, die eine Zeit lang preußische Garnisonen beziehen sollten, eine Reihe von Hindernissen entgegen. Dasselbe Preußen, das einst unter Friedrich dem Großen und neuerdings in den Befreiungskriegen so entschlossen und thatkräftig aufgetreten, schien jetzt von einer Art Lähmung befallen zu sein, und es verhielt sich leidend und zuwartend, als hoffte es auf einen übernatürlichen Beistand. Wenn es zur rechten Zeit für seinen Bundesstaat, zu dem sich anfänglich der größte Deutschland's hinneigte, so viel Eifer und Entschiedenheit, wie Oesterreich für die scheinbar ganz verlorene Sache des Bundestags bewiesen hätte, so wäre der Erfolg kaum zweifelhaft gewesen. Aber durch die Nachgiebigkeit und Schwäche, die es zuerst gegen Hannover, dann in Erfurt und bei mehren anderen Gelegenheiten bewiesen hatte, verlor es die Sympathie des deutschen Volks, das sich von jetzt an weder um Union noch Fürstenkollegium bekümmerte, sondern seine Blicke nach Schleswig-Holstein wandte, wo die deutsche Nationali-

tät von einem fremden Joch bedroht wurde, und nach Kurhessen, wo verfassungsmäßige Rechte in Gefahr standen, fürstlicher Willkühr aufgeopfert zu werden.

Schleswig war seit dem Waffenstillstand vom 10. Juli 1849 unter der Form einer gemischten Landesverwaltung dem Drucke der Dänen Preis gegeben. Der preußische Bevollmächtigte, Graf zu Eulenburg, ging auf alle Maßregeln seines dänischen Kollegen von Tillich ein, welcher die Schleswiger für ihre Anhänglichkeit an Deutschland und ihre Abneigung gegen Dänemark in jeder Weise mißhandelte, deutsch gesinnte Prediger und Lehrer vertrieb, patriotische Beamte entsetzte, den Gemeinden, die sich seinen Anordnungen nicht alsbald fügten, außerordentliche Lasten auflegte, und überhaupt ein Verfahren einhielt, das um so mehr verletzen mußte, da es von einem kleinen Volk gegen die Angehörigen eines viel größeren verübt wurde. Die deutschen Regierungen schienen diese Demüthigung der deutschen Nationalität nicht zu fühlen. Die Holsteiner, über die Leiden ihrer schleswigschen Brüder erbittert, stellten, als Bonin nach Berlin abgerufen wurde, den preußischen General von Willisen an die Spitze ihrer Streitmacht, und beschlossen den Krieg gegen Dänemark auf eigene Hand fortzusetzen. Jetzt mußten alle preußischen Officiere auf höheren Befehl die holsteinische Armee verlassen. Willisen war ein bekannter militairischer Schriftsteller, ein gelehrter Generalstabsofficier und durch vielseitige Bildung ausgezeichnet, hatte aber nie selbstständig kommandirt, und war von der Schule, die er durchgemacht, nicht auf einen Volkskrieg, wie der war, den er jetzt zu führen hatte, vorbereitet worden. Er nahm als General eine übertriebene und unzeitige Rücksicht auf die politische Lage des Landes, dessen Rechte er vor allem mit den Waffen zu vertheidigen hatte, und ging von der Ansicht aus, daß die militairischen Operationen nur dazu dienen sollten, die Friedensunterhandlungen zu erleichtern. Aber er machte sich auf diese Art jede große Unternehmung unmöglich, und wurde bei der Ausführung seiner Plane von Bedenklichkeiten zurückgehalten, die mit seiner nächsten Aufgabe nichts gemein hatten. Da Dänemark sich anheischig gemacht hatte, nicht in Holstein vorzudringen, und ein Einfall der Holsteiner in Schleswig durch die Preußen verhindert wurde, so dauerte das Provisorium bis in den Sommer hinein. Am 2. Juli 1850 wurde zwischen Preußen und Dänemark ein definitiver Friede unterzeichnet, der Schleswig den Dänen überließ, in Holstein aber noch die Rechte des deutschen Bundes wahrte. Als die Preußen Schleswig verließen, rückte Willisen daselbst ein, um das Land gegen die Dänen zu

behaupten. Am 24. und 25. Juli (1850) kam es bei Idstedt, unweit der Stadt Schleswig, zu einer Schlacht, in der die Holsteiner, ungeachtet der von ihnen bewiesenen Tapferkeit, aus Mangel an kräftiger Führung und Einheit in den Bewegungen, geschlagen wurden. Dieser Kampf fiel sehr blutig aus, indem auf beiden Seiten fast der zehnte Mann getödtet oder verwundet wurde. Schleswig sollte jetzt auf lange Zeit hinaus für Deutschland verloren gehen. Am 2. August unterzeichneten England, Frankreich, Rußland, Schweden und Dänemark zu London ein Protokoll, in welchem der dänische Einheitsstaat anerkannt wurde. Oesterreich trat dieser Erklärung bei, die am 30. September von dem reaktivirten deutschen Bunde bestätigt wurde.

So bezeichnend auch für den Geist, in welchem die deutschen Angelegenheiten geführt wurden, die Ereignisse in Schleswig-Holstein waren, der entscheidende Schlag bei der Lösung der schwebenden Fragen mußte in einem mehr im Mittelpunkt Deutschland's liegenden Staate erfolgen. Es war dies Kurhessen. Daselbst waren die Souveraine schon seit drei Generationen gewohnt, mehr ihren eigenen Vortheil als den des Landes zu berücksichtigen, und der Laune und Willkühr einen vorherrschenden Einfluß auf die Führung der Regierung einzuräumen. Der gegenwärtige Kurfürst schien hierin seine beiden Vorgänger eher übertreffen, als ihnen nachstehen zu wollen. An und für sich würden die Vorgänge in Kurhessen nicht weitgreifend genug gewesen sein, um ganz Deutschland in Bewegung zu setzen, sie erhielten aber dadurch eine große Bedeutung, daß die Politik der beiden deutschen Großmächte dort am stärksten auf einander stieß, und ihre gegenseitige Stellung, wie die zu Deutschland bei Gelegenheit des hessischen Verfassungsstreites, eine entschiedene Wendung nahm. Der Kurfürst Friedrich Wilhelm, dem schon die Verfassung von 1831 als eine große Beschränkung erschien, hatte sich nur sehr ungern zur Annahme des freisinnigen Wahlgesetzes von 1849 herbeigelassen, und war nur von den Umständen gedrängt dem engeren Bunde beigetreten. Ihm gefiel vor allem der Zustand, wie er unter dem Bundestag bis 1848 gewesen, wo die deutschen Fürsten, wenn sie nur den aus Frankfurt kommenden freiheitsfeindlichen Beschlüssen zustimmten, was dem Kurfürsten nicht schwer fiel, im Innern ihrer Staaten so gut wie unumschränkt waren, und bei etwaigen Streitigkeiten mit ihren Landständen immer auf eine ihnen günstige Entscheidung am Bundestag rechnen konnten. Bei der Uneinigkeit, die zwischen Oesterreich und Preußen schon bei der Frankfurter Kaiserwahl ausgebrochen war und seitdem immer zugenommen hatte, bei der Eifersucht

der Mittelstaaten auf die preußische Supremati¢, und der offenbaren Unentschlossenheit des preußischen Kabinets in der Behandlung der deutschen Frage, schien dem Kurfürsten die Zeitlage günstig, um wieder auf die von ihm 1848 verlassene Bahn zurückzukehren, von der er sich nur gegen Neigung und Ueberzeugung entfernt hatte. Zu dem Ende entließ er im Februar 1850 das freisinnige Ministerium Eberhard, und stellte einen entschiedenen und als solchen erprobten Reaktionair, den Geheimenrath Hassenpflug, an die Spitze seiner Regierung. Dieser Mann, der sich nur als Fürsten= und nicht als Staatsdiener betrachtete, war, wie der Kurfürst selbst, dem absolutistischen System mit Leib und Seele ergeben. Er war einer von den Menschen, welche zur Willkühr geneigte Fürsten immer herauszufinden wissen, und auf welche sie ihre Verantwortlichkeit entladen können, ohne selbst die ganze Schuld ihrer Handlungsweise auf sich nehmen zu dürfen. Hassenpflug verachtete bei seinem beschränkten, nur auf den Augenblick und dessen Erfolge gerichteten Urtheil, die öffentliche Meinung, und verließ sich unter allen Umständen auf die Anwendung der Gewalt. Aber er war ausdauernd, verschlagen unter plumpen Formen, und, wenn er sich den Rücken gedeckt wußte, bis zur Verwegenheit unternehmend. Ein solcher Diener mußte für einen Gebieter vom Charakter des Kurfürsten ein treffliches Werkzeug abgeben. Nachdem Hassenpflug zwei Ständeversammlungen, von denen seine Finanzvorschläge verworfen worden, aufgelöst hatte, ordnete er, ohne sich um die Zustimmung der Volksvertretung zu bekümmern, die Forterhebung aller direkten und indirekten Steuern an, und erklärte, als er damit bei den Gerichten auf Widerstand stieß, das ganze Land in Kriegszustand. Hassenpflug, dem es nicht entging, daß er hierbei in Kollision mit Preußen gerathen könne, zu dessen Bundesstaat Kurhessen noch gehörte, verließ sich auf Oesterreich's und dieses wiederum auf Rußland's Unterstützung. Die Differenzen zwischen dem preußischen und österreichischen Kabinet gaben dem Kaiser Nikolaus Gelegenheit, als Schiedsrichter in den deutschen Angelegenheiten aufzutreten. Die streitenden Parteien legten ihm ihre Klagen zur Begutachtung vor. In der zweiten Hälfte des Juni erschien der Kaiser von Rußland in Warschau, wohin sich von Berlin der Prinz von Preußen, von Wien Fürst Schwarzenberg begaben. Die günstige Entscheidung, die letzterer für seine Ansprüche erhielt, gab ihm den Muth, in Frankfurt den engeren Bundesrath, also den ächten alten Bundestag, wieder zu eröffnen (2. September), unter Vorbehalt des Zutritts der sich noch weigernden, dem Bündniß vom 26. Mai zugehörigen Staaten. Oesterreich ließ Preußen jetzt

keine andere Wahl, als Nachgeben oder Krieg, und zwar einen Krieg, bei dem, außer einem Theile Deutschland's, auch Rußland sich auf Seite Oesterreich's gestellt haben würde.

Hassenpflug, der mit seinen Gewaltmaßregeln nicht durchgedrungen war, indem die gesammte Staatsdienerschaft bis auf die Polizei hinunter, und zuletzt selbst das Militair seine Anordnungen unausgeführt ließ, bewog den Kurfürsten zur Flucht von Kassel nach Frankfurt, wohin er denselben begleitete (12. September), um die Hülfe des Bundestags in Anspruch zu nehmen. Von dort begab sich der Kurfürst mit seinem Minister nach Wilhelmsbad, wo er einstweilen den Sitz seiner Regierung aufschlug. Der Bundestag sagte in einem Beschluß vom 17. September dem Kurfürsten Hülfe zur Wiederherstellung seiner Autorität zu. Da Kurhessen sich damals vom engeren Bundesstaat noch nicht getrennt hatte, so blieb Preußen nur übrig, entweder sich dem neuen Bundestag zu unterwerfen, oder dessen Dazwischenkunft mit Gewalt entgegenzutreten. Friedrich Wilhelm IV. protestirte gegen den Bundesbeschluß vom 17. September, und ernannte den General von Radowitz zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Zugleich wurde ein preußisches Truppenkorps in Westphalen zusammengezogen. Aber auch Oesterreich hatte sich auf alle Fälle in Bereitschaft gesetzt und ein Heer in Böhmen aufgestellt, über das Graf Radetzky den Oberbefehl übernehmen sollte. Am 11. Oktober kam der Kaiser Franz Joseph mit den Königen von Bayern und Württemberg, die eifrig auf die Politik des österreichischen Kabinets eingegangen waren, in Bregenz zusammen, um mit ihnen die Vollziehung des Bundesbeschlusses vom 17. September zu verabreden. Ein bayerisches Korps, unter dem Fürsten von Thurn und Taxis, von einem österreichischen Kontingent verstärkt, sollte in Kurhessen einrücken, wodurch zugleich die in Baden stehenden preußischen Truppen bedroht wurden. Aber ehe man an die Ausführung ging, mußte die Meinung des Kaisers Nikolaus vernommen werden. Derselbe kam abermals nach Warschau, wohin sich der Kaiser Franz Joseph und Fürst Schwarzenberg, und von preußischer Seite der Ministerpräsident Graf Brandenburg begaben. Oesterreich verlangte von Preußen das Aufgeben der Union und die Anerkennung des restaurirten Bundestags, eine Forderung, die von Rußland aus lebhaft unterstützt wurde. Ungeachtet der nahen Verwandtschaft mit dem preußischen Königshause neigte sich Nikolaus damals durchaus zu Oesterreich hin, und Graf Brandenburg soll von dem russischen Herrscher sehr verletzende Worte über den Gang der preußischen Politik vernommen haben.

Radowitz hatte durch ein preußisches Armeekorps unter General von der Gröben die Etappenstraßen in Kurhessen besetzen lassen, und in Voraussicht eines Krieges die schleunige Rückkehr der in Baden stehenden preußischen Truppen angeordnet. Die Bayern unter Thurn und Taxis rückten in Kurhessen ein, besetzten Hanau und drangen auf der Straße nach Kassel vor, wo eine preußische Besatzung lag. Ein blutiges Zusammentreffen schien unvermeidlich zu sein, ward aber durch die Veränderung vermieden, die unterdessen im preußischen Ministerium eingetreten war. Radowitz hatte am 2. November im Ministerrath ein Programm vorgelegt, wonach Preußen nur die gemeinsame Lösung des kurhessischen Verfassungsstreites zuließ, dem Einrücken der Bayern widerstehen und seine Truppen auf den Kriegsfuß setzen sollte. Auch sollte ein Manifest an das preußische Volk erlassen und die Kammern einberufen werden. Aber die Friedenspartei hatte im letzten Augenblick am preußischen Hofe die Oberhand gewonnen. Radowitz drang mit seinen Anfragen nicht durch, legte sein Amt nieder, und der bisherige Minister des Innern, Manteuffel, übernahm die provisorische Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. General von der Gröben erhielt sogleich Befehl den Rückzug anzutreten. Bei dieser Gelegenheit kam seine Nachhut mit der bayerischen Vorhut bei Bronzell (8. November) in Berührung. Es fielen von beiden Seiten einige Schüsse, ohne daß sich ein Gefecht entsponnen hätte. Kassel wurde von Preußen und Bayern gemeinschaftlich besetzt. Unterdessen war Graf Brandenburg, der schon krank von Warschau zurückgekehrt, gestorben, und der Kultusminister von Ladenberg einstweilen mit dem Vorsitz im Ministerrath betraut worden. Als aber Manteuffel in Radowitz Stelle getreten, ließ er in Wien erklären (3. November), daß Preußen der Ausführung der Bundesschlüsse in Kurhessen und Holstein keinen Widerstand entgegen setzen werde, aber die Abhaltung von Konferenzen über die deutsche Verfassungsfrage für nöthig erachte. Einige Tage später ward eine Mobilmachung der preußischen Armee und Landwehr angeordnet, aber dem österreichischen Gesandten in Berlin die Versicherung gegeben, daß dies nur geschehe, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, und daß die Zugeständnisse vom 3. November damit nicht zurückgenommen wären. Oesterreich verwarf in seiner Antwort einen Theil der preußischen Forderungen ganz, beschränkte andere, verlangte definitives Aufgeben der Union, und Anerkennung des Bundestags, von dem die Beschlüsse der abzuhaltenden Konferenzen ratificirt werden sollten. Preußen räumte alles ein, und bestand nur auf baldiger Eröffnung der

Konferenzen, und daß die Etappenstraßen durch Kurhessen für die preußischen Truppen offen blieben. Am 15. November ward von preußischer Seite in einer Sitzung des Fürstenkollegiums die Unzweckmäßigkeit der Union unter den gegenwärtigen Umständen erklärt, zugleich aber ein neues Bündniß unter veränderten Formen in Aussicht gestellt, zu dem aber die bisherigen Bundesgenossen Preußen's wenig Neigung zeigten. Die Union löste sich in den nächsten Wochen durch den Rücktritt der einzelnen Glieder von selbst auf. Um der Wiederkehr so drohender Zerwürfnisse, wie zwischen Oesterreich und Preußen in der letzten Zeit sich erhoben hatten, vorzubeugen, begab sich der Minister von Manteuffel, der jetzt die leitende Hand im preußischen Kabinet geworden war, nach Olmütz, um mit dem Fürsten Schwarzenberg die noch streitigen Punkte auszugleichen. Die österreichische Politik trug in der dort geschlossenen Uebereinkunft (29. November) einen vollständigen Sieg davon, indem Preußen sich zur Anerkennung aller von Oesterreich in der letzten Zeit gestellten Forderungen in Betreff der deutschen Verfassungsfrage, und der Zustände Kurhessen's und Schleswig-Holstein's verstand.

Die nächste Wirkung der in Olmütz gefaßten Beschlüsse sollte in den genannten Ländern bald gefühlt werden. In dem ersteren derselben gewann der Kurfürst die seit dem März 1848 verlorene Stellung wieder, und mehr als dies, und er und seine vertrauten Diener und Gesinnungsgenossen fanden Gelegenheit sich für die unterbrochene Willkührherrschaft reichlich zu entschädigen. Nachdem das Land mit Hülfe bayerischer und österreichischer Truppen wieder unter die unumschränkte Gewalt des Kurfürsten gerathen, schaltete Hassenpflug daselbst wie in Feindesland. Die ihm mißliebigen Beamten wurden entsetzt oder zum Rücktritt gezwungen; manche von ihnen zogen die Flucht in das Ausland einer langen Untersuchungshaft und den Erniedrigungen vor, von denen sie bedroht waren. Alle Versammlungen, selbst die einzig zum geselligen Vergnügen bestimmten, wurden von einer besonderen Erlaubniß abhängig gemacht, es wurden Zeitungen unterdrückt, Lesekabinette geschlossen, und Einzelne wie Gemeinden, die sich den Hassenpflug'schen Anordnungen nicht schnell und unbedingt unterwarfen, mit Einquartierung von Soldaten bestraft, deren Zahl in der Regel zu den Kräften der Belasteten in keinem Verhältniß stand. Obgleich zur Wiederherstellung der Autorität des Kurfürsten zwei Bundeskommissarien, ein preußischer und ein österreichischer, nach Hessen gesandt worden, so ging doch alle Entscheidung einzig von letzterem aus. In dem von der Natur ohnedies nicht begünstigten Lande entstand durch die gewaltsame Unterbrechung

der bestehenden Ordnung, den Stillstand aller Geschäfte und die Verpflegung so vieler fremden Truppen, bald so große Noth, daß in den benachbarten Staaten öffentliche Sammlungen zu deren Linderung veranstaltet wurden. Die Auswanderung nahm überhand. Einige Zeit nachher standen ganze Dörfer von allen Bewohnern verlassen da.

Schleswig seufzte jetzt unter dem dänischen Joch, aber die Holsteiner waren durch den Verlust der Schlacht von Idstedt so wenig entmuthigt, daß sie den Dänen noch mehre, wenn auch unentschiedene Gefechte lieferten. Aber es genügte nicht, daß die deutschen Regierungen Holstein in seinem schweren Kampf im Stich ließen, sie selbst trugen dazu bei, daß es entwaffnet und wieder der dänischen Herrschaft überliefert wurde. In Folge der Olmützer Uebereinkunft war ein österreichischer und ein preußischer Kommissarius nach Holstein gesandt worden, und ein österreichisches Korps unter dem Feldmarschall-Lieutenant Legeditsch, dem eine Abtheilung Preußen beigegeben war, sollte die Unterwerfung des unglücklichen Landes bewerkstelligen. Preußische Pionniere schlugen die Brücke über die Elbe, auf welcher die Oesterreicher nach den Herzogthümern rückten. Jetzt blieb den Holsteinern nichts übrig, als den Forderungen der Kommissarien nachzugeben. Willisen hatte das Kommando schon im Anfang December niedergelegt, jetzt trat auch sein Nachfolger, der tapfere General von der Horst, zurück. Die Landesversammlung ging auseinander, die Statthalterschaft verließ das Land, das Heer ward aufgelöst. Den Dänen ward von den Bundestruppen überall der Weg geebnet, und es wurden ihnen sogar die Festungen Friedrichsort und Rendsburg übergeben, obgleich dieselben zu Holstein, demnach zu Deutschland gehörten. Vergebens machte der ehemalige preußische Minister des Auswärtigen, Heinrich von Arnim, in der preußischen Kammer darauf aufmerksam, daß Rendsburg ganz Holstein, Friedrichsort den Kieler Hafen beherrsche. Diese und ähnliche Proteste verklangen ungehört. Ein Verhalten, wie der Bundestag und die mit ihm übereinstimmenden Regierungen in diesem Falle bewiesen, war unerhört. Jeder mußte jetzt die Ueberzeugung gewinnen, daß es bei denen, welche die deutschen Angelegenheiten in Händen hatten, nicht mehr auf Recht und Volksthum, sondern einzig auf politische Konvenienzen und das Interesse der Fürsten und Dynastien ankam.

Während in Kurhessen die Reaktion auf Kosten der verfassungsmäßigen Freiheit, in Schleswig-Holstein auf Kosten der Ehre und Größe der deutschen Nation triumphirte, waren die in Olmütz verabredeten Konferenzen am 23. December in Dresden eröffnet worden.

Auch bei diesen Verhandlungen gab sich die Dazwischenkunft und das entscheidende Uebergewicht Rußland's kund. Oesterreich und Preußen hätten dem neuen deutschen Bunde gern eine dualistische Spitze gegeben, und sich die Entscheidung über Krieg und Frieden ausschließend vorbehalten. Dem waren aber die Mittelstaaten entgegen, deren Widerstand von Rußland unterstützt wurde. Oesterreich wiederholte seine Forderung, mit seinem gesammten Länderkomplex in den deutschen Bund aufgenommen zu werden, was Preußen nicht genehm sein konnte, und wogegen sich Rußland, hierbei von Frankreich und England unterstützt, nachdrücklich erklärte. Bayern kam noch einmal auf seine mit besonderer Vorliebe gehegte Trias zurück, und Württemberg sprach sich sogar für ein deutsches Parlament aus, wovon aber Oesterreich nichts wissen wollte, und dabei Preußen auf seiner Seite hatte. Unter diesen von so mannigfaltigen und entgegengesetzten Interessen erfüllten Unterhandlungen vergingen mehre Monate, ohne daß es zu einem Ergebniß gekommen wäre. Da weder die dualistische Spitze, nach die Trias, noch der Eintritt Gesammtösterreich's, noch ein Parlament möglich waren, indem jede dieser Kombinationen auf den von Rußland unterstützten Widerstand eines Theiles der deutschen Regierungen stieß, so blieb zuletzt nichts als die einfache Rückkehr zur deutschen Bundesverfassung übrig, wie sie vom Wiener Kongreß bestimmt worden. Am 27. März forderte Preußen die bisherigen Mitglieder der Union zur Beschickung des Bundestags auf. Am 15 Mai schloß die Konferenz in Dresden ihr Sitzungen. An demselben Tage wurde der neue preußische Bevollmächtigte, von Rochow, bisher Gesandter am russischen Hofe, am Bundestage eingeführt, und die kleineren Unionsstaaten, die noch zu Preußen gehört hatten, folgten bald nach. Am 30. Mai 1851 war der deutsche Staatenbund wieder vollständig hergestellt.

---

7. Der Krimkrieg.

Man hätte erwarten sollen, daß nach den Stürmen, welche in den Jahren 1848 und 1849 einen großen Theil Europa's, Frankreich, Deutschland, Italien, Ungarn verhehrt und so tiefe Nachwehen zurückgelassen hatten, das Bedürfniß der Ruhe sich mit verstärkter Macht geltend machen und auf lange Zeit hinaus den so schwer errungenen Frieden sichern würde.

Dem war aber nicht so. Auf die von den Ideen der Revolution oder der Nationalität erregten Kämpfe folgte zum Erstaunen der überraschten Welt ein Krieg, der von dem Geist der Eroberung eingegeben wurde, und von einem Staat ausging, der, von den Erschütterungen der letzten Jahre nicht getroffen, in gesammelter, ungeschwächter Kraft dastand. Der Kaiser Nikolaus, durch die von seinen Feldherren über Türken, Perser und Polen davon getragenen Siege, in der Ueberzeugung von der Ueberlegenheit der russischen Waffen bestärkt, durch den stummen Gehorsam in allen Klassen seines Volks verwöhnt, und durch die Berücksichtigung, die seine Meinungen und Plane bisher bei den fremden Mächten gefunden hatten, über alle Bedenklichkeiten hinausgehoben, beschloß das Ansehen von Entkräftung und Zerrüttung, das einige der ersten Staaten Europa's nach dem Ausgange der inneren Kämpfe boten, zu einer Lösung der orientalischen Frage im Sinne Rußland's und zu einem kühnen Schlage nach dieser Richtung hin zu benutzen. Dieser Monarch hatte die Türkei nie aus den Augen verloren, und besonders seit dem Regierungsantritt des schwachen Sohnes Mahmud II., die Hoffnung gehegt, daß während Europa von Revolutionen geschwächt werde, Rußland sich dem Ziel seiner seit so vielen Jahren befolgten Politik, der Eroberung des türkischen Reiches, ungestört nähern könne, um dann in einem geeigneten Augenblick demselben das Schicksal Polen's zu bereiten. Die Umstände schienen ein solches Unternehmen zu begünstigen. In Frankreich hatte sich der Napoleonide eben das Diadem seines Oheims auf das Haupt gesetzt, war aber von dem Hasse der alten Parteien bedroht, und schien zu sehr mit der Sicherstellung der an sich gerissenen Größe beschäftigt, um an weit aussehende Unternehmungen denken zu können. Auch war die französische Nation nach den furchtbaren inneren Gährungen vor allem auf Ruhe und Wiederherstellung der gestörten materiellen Interessen bedacht. Die Fraktion der brittischen Aristokratie, welche damals am Staatsruder saß, hatte sich bei mehren Gelegenheiten dem russischen Ehrgeiz gegenüber so unentschlossen gezeigt, und der Kaiser Nikolaus besaß in ihren Reihen so ergebene und einflußreiche Freunde, daß er hoffte, sich mit England bei Ausführung seiner Plane gegen die Türkei, ohne große Schwierigkeiten ins Reine setzen zu können. Obgleich es seit lange ein stehender Grundsatz der englischen Politik war, die Türkei nicht unter Rußland's Botmäßigkeit fallen zu lassen, so war England, auf sich selbst gewiesen, nicht stark genug, um die russischen Heere bei einem Zuge nach Konstantinopel aufzuhalten, und die öffentliche Meinung war damals in allen Klassen der

brittischen Nation so sehr gegen Napoleon III. gerichtet, daß ein Bündniß der beiden großen Westmächte gegen Rußland höchst unwahrscheinlich erschien. Die meisten Kontinentalregierungen hatten zwar den Staatsstreich des Napoleoniden mit Beifall aufgenommen, da er der politischen Freiheit in Frankreich ein Ende machte, sie sahen ihn aber, als er sich der Krone bemächtigte, als einen Eindringling an, und hielten sich von ihm zurück. Der Kaiser Nikolaus glaubte nicht befürchten zu dürfen, daß Napoleon ihm einen bedeutenden Widerstand bei einem Angriff auf die Türkei entgegensetzen werde, da Frankreich ganz allein hierzu nicht die erforderliche Macht besaß. Oesterreich verdankte dem russischen Kaiser — so glaubte derselbe wenigstens — seine Erhaltung im ungarischen Kriege, und war ihm demnach tief verpflichtet. Der kühnste der österreichischen Staatsmänner, der sich wahrscheinlich kein Gewissen daraus gemacht hätte, die Last der Dankbarkeit gegen Rußland von sich zu werfen, Fürst Felix Schwarzenberg, war bereits todt. Ueber Preußen's Zustimmung zu allem, was Rußland unternehmen möchte, kam dem Kaiser Nikolaus kein Zweifel ein, da ihm dasselbe bisher so viele Beweise einer bis zur Selbstverläugnung gehenden Anhänglichkeit gegeben hatte. Die Verhältnisse schienen demnach auf allen Seiten die russischen Eroberungsgelüste zu begünstigen.

An einem Vorwand zu Streitigkeiten mit der Türkei konnte es Rußland bei der eigenthümlichen Stellung der beiden Reiche, die in Europa und Asien aneinander grenzten, von denen das eine für den Schirm der griechischen Kirche, das andere für das Haupt des Islams gilt, nie ganz fehlen. Unter der Herrschaft des Sultans lebten mehre Millionen Christen griechischen Bekenntnisses, darunter Stammverwandte der Russen, die ihre Befreiung von Rußland erwarteten, und dessen Monarchen als ihren Schutzherrn und künftigen Gebieter ansahen. Aeltere und neuere Verträge hatten Rußland zwar nicht ein unmittelbares Protektorat über die christlichen Unterthanen des Sultans verliehen, ihm aber doch in manchen Fällen das Recht der Einmischung zur Erhaltung der Gerechtsame gewisser griechischer Kirchen im türkischen Reiche, und zu Vorstellungen gegen die Bedrängnisse eingeräumt, welche von den Behörden des Sultans der griechischen Geistlichkeit zugefügt werden konnten. Dieses Recht der Einmischung war in von Seiten Rußland's absichtlich dunkel abgefaßten Bestimmungen, die verschiedenartige Auslegung zuließen, ausgesprochen, und konnte je nach den Umständen in weiterem oder engerem Sinn genommen werden. Dem eben so feinen als unternehmenden Geist der russischen Diplomatie war

hiermit ein ergiebiges Feld geboten. Sie hatte es immer trefflich verstanden durch Intriguen und Sophismen einzuleiten, was später durch die rohe Gewalt entschieden werden sollte.

Obgleich die Schwäche der Pforte nach dem letzten Kriege gegen Rußland und den durch Ibrahim Pascha erfahrenen Niederlagen nicht zweifelhaft sein konnte, so wurde der Kaiser Nikolaus durch die Nachgiebigkeit, welche dieselbe in der letzten Zeit gegen Frankreich und Oesterreich bewiesen hatte, noch mehr in der Ueberzeugung bestärkt, daß er nur seine Wünsche darzulegen brauche, um bei ihr alles durchsetzen zu können. Denn es war ursprünglich keineswegs seine Absicht den Sultan alsbald mit Krieg zu überziehen, sondern er wollte ihm nur Zugeständnisse abnöthigen, welche Rußland ein bestimmtes Recht zur Dazwischenkunft in die inneren Zustände des türkischen Reichs geben konnten. Dadurch wären die christlichen Unterthanen der Pforte noch mehr als bisher an Rußland herangezogen worden, und würde der Sultan zuletzt auch bei den Bekennern des Islams in Verachtung gefallen sein. Der auf diese Art vorbereiteten inneren Auflösung der Türkei hätte dann wie von selbst das äußere Zusammenbrechen derselben, und die Gelegenheit für Rußland, sich ihrer zu bemächtigen, folgen müssen.

Frankreich hatte seit alter Zeit ein Schutzrecht über die Katholiken in Palästina ausgeübt, das 1740 in einem besonderen Vertrag von der Pforte ausdrücklich anerkannt worden war. Nach und nach hatten sich aber die Griechen viele Eingriffe in die Rechte der Lateiner erlaubt, namentlich waren letztere von neun der sogenannten heiligen Stätten, die Gegenstände besonderer Verehrung sind und zu denen zahlreiche Wallfahrten unternommen werden, ausgeschlossen worden. Louis Napoleon, der schon als Präsident die Würde Frankreich's gegen das Ausland mit größerem Nachdruck, als die ihm vorangegangene Regierung vertrat, bestand auf Vollziehung des Vertrags von 1740, und die Pforte gab, obwohl ungern und nach vielen Unterhandlungen, indem sie Rußland's Mißfallen fürchtete, aber zuletzt vollständig, dem gebieterischen Auftreten des französischen Gesandten in Konstantinopel, Marquis de Lavalette, nach. Noch willfähriger war das Verhalten der türkischen Regierung bei einem am Ende des Jahres 1852 zwischen ihr und Oesterreich ausgebrochenen Konflikt. Die Montenegriner wollten sich der Oberherrlichkeit des Sultans entziehen, und hatten sich unter den Schutz Rußland's begeben, das unter dem Vorwand der Religionsverwandtschaft sich in alle inneren Angelegenheiten dieses Volkes mischte, und in der letzten Zeit die Trennung der bis dahin in Montenegro bestandenen Einheit der

geistlichen und weltlichen Macht durchgesetzt hatte, weil es seiner Politik nützlich erschien, beide Gewalten nicht länger in derselben Hand vereinigt zu lassen. Montenegro hatte für Rußland durch die natürliche Festigkeit seiner Lage, die religiöse und nationale Verwandtschaft seiner Bevölkerung mit den Russen und den Haß der Montenegriner gegen die Türken, eine größere Bedeutung als manche umfangsreicheren Gebiete. Aus denselben Gründen wollte aber die Pforte ihrer Oberherrschaft über Montenegro nicht entsagen. Sie fürchtete, daß die Russen durch Montenegro im Innern der Türkei Fuß fassen könnten. Eine überlegene türkische Streitmacht unter dem Kommando Omer Pascha's drang in Montenegro ein, indem sie das Land verwüstete und an den Einwohnern die größten Gewaltthätigkeiten beging. Oesterreich, das ein christliches Volk nicht unter seinen Augen und gewissermaßen vor seiner Schwelle hinmorden lassen und auch Rußland nicht Gelegenheit zur Einmischung geben wollte, schickte im Januar 1853 den Feldmarschalllieutenant Grafen von Leiningen nach Konstantinopel mit dem durchgreifenden Verlangen, die Bekriegung der Montenegriner, gegen Erfüllung billiger Bedingungen von Seite dieser letzteren, alsbald einzustellen, widrigenfalls Montenegro von österreichischen Truppen besetzt werden würde. Obgleich Graf Leiningen etwas schroff auftrat, so willigte die Pforte doch in alles, was er im Namen seines Kabinets von ihr verlangte, denn sie fühlte, daß Oesterreich es aufrichtig mit ihr meinte, und nur verhindern wollte, daß Rußland die Unruhen in Montenegro zu einem Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Türkei benutzte.

Der Kaiser Nikolaus begann die Ausführung seiner Plane gegen die Pforte damit, daß er den englischen Gesandten in St. Petersburg, Sir Hamilton Seymour, für die Ansicht zu gewinnen suchte, daß die Türkei am Vorabend ihres Untergangs stehe, und daß es für die Mächte wichtig sei, sich in voraus über die in diesem Fall zu treffenden Maßregeln unter einander zu verständigen. Er nannte den Sultan einen „kranken Mann", bei dem die Heilmittel nicht mehr anschlagen, und ließ sich über das, was er bei der unabwendbaren Katastrophe zu thun gedenke, mit einer drohenden Offenheit aus. Er erklärte, daß er von den Umständen genöthigt werden könne, Konstantinopel von seinen Truppen besetzen zu lassen, läugnete aber die Absicht es behalten zu wollen. Er verwarf die Idee von der Wiederherstellung des byzantinischen Reichs und der Vergrößerung des Königreichs Griechenland, und meinte, daß es am geeignetsten wäre Servien, Bosnien, Bulgarien zu selbstständigen Staaten unter russischem Schutz, wie die Donaufürstenthümer, zu

erheben. Er bot den Engländern aus der großen zu erwartenden Beute einen lockenden Antheil: Egypten und die Insel Kandia, an. Er äußerte gegen den englischen Diplomaten, daß alles von dem Einvernehmen Rußland's und England's abhänge, indem die Meinungen und Absichten der anderen Mächte im Grunde von keiner Bedeutung wären. Oesterreich's erwähnte der russische Selbstherrscher wie eines Vasallen, Preußen ward von ihm ganz übergangen. Sir Hamilton Seymour war von diesen vertraulichen Mittheilungen nicht wenig überrascht, widersprach aber selten, sondern beobachtete nur und suchte sich den Sinn der Worte des Kaisers durch geschickt angebrachte Fragen klar zu machen. Aber die englischen Minister waren zu staatsklug, um sich durch die russischen Anerbietungen täuschen zu lassen. Sie läugneten, daß die Türkei so lebensunfähig sei, wie Rußland es behauptete, und lehnten jede vorbereitende Berathung über die im Fall ihrer Auflösung zu fassenden Entschließungen ab. Beständig den Sturz des türkischen Reiches vorherzusagen heiße ihn beschleunigen, anstatt ihn abzuwenden, ward von Lord Clarendon, der unterdessen die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen, in einer Depesche von Sir Hamilton Seymour bemerkt. Der Kaiser Nikolaus soll sich hierauf, so heißt es, an das französische Kabinet mit ähnlichen Vorschlägen gewandt, auch eine Vergrößerung Frankreich's auf Kosten Deutschland's angedeutet, damit aber ebenfalls kein Gehör gefunden haben.

Der russische Selbstherrscher ließ sich durch die ablehnende Haltung der Westmächte in der Ausführung seiner Plane nicht aufhalten, vertraute auf die eigene Macht und die Hingebung Oesterreich's und Preußen's, und sandte im Februar (1853) den Admiral Fürst Menschikof mit einem außerordentlichen Auftrage nach Konstantinopel. Derselbe hielt unterwegs bei Sebastopol eine glänzende Musterung über die russische Flotte des schwarzen Meeres und 30,000 Mann Landtruppen ab. Zu derselben Zeit rückten zwei russische Armeekorps in Bessarabien ein. In der türkischen Hauptstadt angelangt weigerte sich Menschikof den Minister des Auswärtigen, Fuad Effendi*), zu besuchen und mit ihm zu unterhandeln, der hierauf seine Stelle niederlegte. Fuad Effendi war es gewesen, der 1851 die Räumung der Donaufürstenthümer von den russischen Truppen betrieben, und neuerdings bei dem Streit über die heiligen Stätten sich zu Gunsten Frankreich's ausgesprochen hatte. Am 2. März erschien Menschikof in einer feierlichen Sitzung des Divans,

*) Jetzt (1862) Großvezier.

und legte eine grobe Verachtung gegen die Türken an den Tag, indem er gewöhnliche Reisekleider und bestaubte Stiefeln trug. Bei den darauf folgenden Unterhandlungen ward von ihm im Namen seines Gebieters ein allerdings der Form nach nur religiöses Protektorat Rußland's über alle der Pforte unterworfene griechische Christen verlangt. Da aber in der Türkei die kirchlichen von den weltlichen Zuständen noch weniger als anderswo vollkommen getrennt werden können, so wäre die Gewährung dieser Forderung die Anerkennung der Mitregentschaft Rußland's in den inneren Angelegenheiten des türkischen Reiches gewesen. Denn unzählige Dinge, die Entscheidung über öffentliche wie über private Verhältnisse, die auf irgend eine Weise mit der Religion zusammenhängen, und im Orient findet dies fast immer statt, wären dann der Entscheidung der russischen Gesandtschaft in Konstantinopel oder des Petersburger Kabinets überwiesen gewesen. Bei jeder Meinungsverschiedenheit, bei jedem Streit hätte sich Rußland auf dieses Protektorat berufen, die griechischen Christen, mehre Millionen Seelen, und in manchen Provinzen viel zahlreicher als die türkische Bevölkerung, an seinen Einfluß gewöhnt, und den Sultan allmälig aller Gewalt entkleidet. Der Divan verwarf deshalb Menschikof's Ansinnen, der unter Drohungen am 21. Mai Konstantinopel verließ.

Die russischen Forderungen hatten als sie ruchbar wurden, nicht nur im Divan, sondern auch unter den europäischen Gesandten eine große Bestürzung erregt. In England war unterdessen eine Ministerveränderung eingetreten. Das neue Kabinet, an dessen Spitze ein vieljähriger Freund des Kaisers Nikolaus, Lord Aberdeen, stand, hatte sich von den Betheuerungen der russischen Diplomatie, daß die Eröffnungen des Kaisers an Sir Hamilton Seymour keine bestimmte Tragweite gehabt hätten und mißverstanden worden, wieder beruhigen lassen. Lord Aberdeen hielt einen Krieg im Orient für höchst bedenklich für den Weltfrieden, und rieth der Pforte zur Nachgiebigkeit, so weit es mit ihrer Unabhängigkeit irgend verträglich wäre. Da aber bei Sebastopol eine große russische Flotte versammelt war und am Pruth zahlreiche Truppenkorps zusammengezogen wurden, so beschlossen England und Frankreich, vom Sultan dringend um Hülfe angegangen, ihre Seemacht in kriegsfertigen Stand zu setzen, wobei Frankreich mehr Eifer und Entschiedenheit als England bewies. Napoleon III. schien sehr bald in der türkisch-russischen Differenz eine Verwickelung zu erkennen, die nach vergeblichen Unterhandlungen zuletzt doch nur durch das Schwert gelöst werden könnte, und bereitete sich auf diesen Ausgang vor. Eine franzö-

sische Flotte unter dem Admiral Hamelin ging von Toulon aus unter Segel. Das englische Geschwader des Mittelmeers unter Admiral Dundas setzte sich etwas später von Malta aus in Bewegung. Am 14. Juni lagen beide Flotten in der Besikabucht, dicht am Eingang der Dardanellen, vor Anker.

Noch wollte der Kaiser Nikolaus nicht an den Ernst der Westmächte glauben, und hoffte Frankreich und England, die sich einander genähert hatten, wieder trennen zu können. Der geringe Nachdruck, den das englische Kabinet in dieser Angelegenheit bisher bewiesen hatte, überzeugte ihn, daß sie in den Augen desselben nicht für eine Lebensfrage galt. England werde sich auf Proteste und Demonstrationen beschränken, so dachte er, es aber nicht auf einen offenen Kampf ankommen lassen. Von den großen Hülfsmitteln, die Frankreich zur Führung eines Krieges besaß, und den ausgezeichneten Fähigkeiten seines gegenwärtigen Herrschers schien er keine angemessene Vorstellung zu haben. In den Augen des russischen Volks suchte er seinem Streit mit den Türken einen religiösen Charakter zu geben, indem er eines Tages mit dem Kreuz in der Hand nach der Isaakskirche zog, und in seiner Antwort auf die Anrede des Metropoliten von St. Petersburg sich als den Vertheidiger des wahren Glaubens hinstellte. So vorbereitet befahl er seinen Truppen den Uebergang über den Pruth, der unter dem Oberkommando des Fürsten Gortschakof, in zwei Armeekorps, jedes 40,000 Mann stark, von den Generalen Lüders und Danneberg geführt, am 2. Juli erfolgte. Die russische Diplomatie erklärte, der Kaiser werde die Donaufürstenthümer als ein „materielles Pfand", bis zur Befriedigung seiner rechtmäßigen Ansprüche von Seiten der Pforte in Besitz nehmen, wolle aber keinesweges diese Provinzen seinem Reich einverleiben, und beabsichtige überhaupt keine Eroberungen. Aber das Gegentheil geschah. Die Russen nahmen die Landeskassen, die öffentlichen Magazine in Beschlag, legten neue Steuern auf, und zwangen die einheimische Miliz in ihren Reihen einzutreten. Die Hospodare, Ghika von der Moldau und Stirbey von der Wallachei, entflohen nebst vielen Bojaren über die österreichische Grenze.

Das Einrücken der Russen in die Donaufürstenthümer setzte die ganze Diplomatie in Bewegung. Die Westmächte fuhren in ihren Rüstungen fort, obgleich England sich noch immer schmeichelte, dem Krieg durch eine einmüthige Erklärung der Großmächte gegen Rußland's Verfahren vorbeugen zu können, eine Auffassungsweise der Lage der Dinge, der auch Frankreich, obgleich mit weniger Vertrauen in ihre

Wirksamkeit, beitrat. Das russische Kabinet bewies, indem es für eine so vertragswidrige Handlung, wie die Besetzung der Moldau und Wallachei, einen so nichtigen Grund wie die Anwesenheit der englischen und französischen Flotte in der Bucht von Besika angab, daß es an keinen Angriff der Westmächte, keine Koalition gegen sich glaubte, und die Pforte durch rasches Vorgehen zur Nachgiebigkeit zu zwingen hoffte. Oesterreich und Preußen wären berufen gewesen, in dieser Angelegenheit das entscheidende Wort zu sprechen, da sie als nächste Nachbarn Rußland's von dessen Uebergriffen weit mehr als England und Frankreich bedroht wurden. Aber in Wien traute man dem Kaiser der Franzosen nicht und stand zu England auf gespanntem Fuß, dessen Politik in der letzten Zeit bei jeder Gelegenheit Oesterreich entgegen gewesen war. Preußen war den Westmächten noch weniger geneigt. Oesterreich und Preußen tadelten zwar das willkührliche Einschreiten Rußland's gegen die Pforte, begnügten sich aber dagegen freundschaftliche Vorstellungen zu erheben, und enthielten sich jeder von Drohungen begleiteten Abmahnung.

Die Gesandten der Großmächte waren inzwischen in Wien zu einer Konferenz zusammengetreten, und hatten sich zu einer Note des Inhalts vereinigt, daß die Pforte alle Forderungen Rußland's gewähren sollte, mit Ausnahme des ausschließlichen Protektorats über die griechischen Christen, das aber nicht ausdrücklich verweigert, sondern nur mit Stillschweigen übergangen werden sollte (31. Juli). Der Kaiser Nikolaus ließ sich diesen Ausweg gefallen, legte die Note aber so aus, als stimme sie mit den von Menschikof in Konstantinopel gemachten Anträgen ganz überein. Wahrscheinlich wäre es hierbei geblieben, da der Kaiser der Franzosen, so wenig er den Krieg fürchtete, ihn nicht allein unternommen haben würde, und der Sultan eben so wenig allein zu widerstehen vermocht hätte. Aber die öffentliche Meinung sprach sich in London und Konstantinopel mit großem Nachdruck gegen die Schwäche und Halbheit der Regierungen aus. Ein hervorragendes Mitglied des brittischen Unterhauses, Layard, durch seine archäologischen Entdeckungen auf dem Boden des alten Assyrien's bekannt, griff das Ministerium über die von demselben in der orientalischen Frage bisher befolgte Politik heftig an, und Lord Aberdeen und selbst der Gemahl der Königin, Prinz Albert, wurden zu großer Hinneigung zu Rußland beschuldigt. Die im Parlament begonnene Opposition wurde in der Presse und in öffentlichen Versammlungen mit Eifer und Nachdruck fortgesetzt. Es gab sich im englischen Volk eine sehr gereizte Stimmung gegen Rußland kund.

In Konstantinopel warf die alttürkische Partei dem schwachen Abdul Medschid Verrath am Islam vor. Die Ulemas traten zusammen und verlangten von ihm, daß er abdanke, oder die Forderungen Rußland's verwerfe. Der Sultan gab, wie vorher den Vorstellungen der Großmächte, so jetzt der Stimme seines Volks nach.

Der russische Kaiser hegte noch immer die Hoffnung, durch Vermittlung seiner Freunde und Anhänger in der englischen Aristokratie, England von Frankreich zu trennen. Die endliche Vergeblichkeit dieser Bemühungen konnte damals noch nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden, und verursachte mancherlei Schwankungen in der Politik des Augenblicks. Besonders aber suchte er Oesterreich und Preußen an sich zu ziehen. Aber das Wiener Kabinet begann, von dem drohenden Uebergewicht Rußland's beunruhigt, sich Frankreich zu nähern, und schickte den Fürsten Jablonowski mit mehren Officieren zur Begrüßung Napoleon's in das Lager von Satory ab. Nikolaus, der gewohnt war, auf seinen persönlichen Einfluß zu rechnen, kam im September (1853) mit Franz Joseph in Olmütz, und bald darauf mit Friedrich Wilhelm IV. in Berlin zusammen. Er hatte es auf eine Tripelallianz gegen Frankreich und England abgesehen, erreichte aber nur die Neutralität der beiden deutschen Großmächte, und auch diese nur gegen das Versprechen, seine Truppen nicht die Donau überschreiten zu lassen.

Die Pforte hatte, um dem russischen Koloß zu widerstehen, große Vorbereitungen zum Kriege getroffen. Die Steuern waren auf mehre Jahre in voraus erhoben worden, die regulairen Truppen ansehnlich vermehrt und in allen Theilen des türkischen Reichs Freiwillige aufgerufen worden. Der alte Russenhaß und der religiöse Eifer der mahomedanischen Bevölkerung kamen den Absichten des Sultans mit Eifer entgegen. Auch die Vasallenstaaten, wie: Egypten, Tunis u. s. w., leisteten willig Hülfe. Am 4. Oktober erklärte die Pforte Krieg an Rußland, wenn dieses nicht sofort die Donaufürstenthümer räumte. Das russische Kriegsmanifest erschien am 1. November. Die Sprache der Türken war einfach und männlich, die der Russen geschraubt, übermüthig, schon vor dem Kampf siegathmend und mit einer religiösen Färbung versehen. Die türkische Hauptmacht stand unter Omer Pascha am linken Ufer der Donau. Der Anfang des Kriegs entsprach den Drohungen und hohen Ansprüchen der Russen nicht, die sich ihren Gegnern in keiner Weise überlegen zeigten. Omer Pascha hatte eine Abtheilung seines Heeres auf das rechte Donauufer übersetzen lassen, die sich bei

Olfenitza verschanzte, und dort von großer russischer Uebermacht angegriffen, derselben bedeutende Verluste zufügte und sich in ihrer Stellung behauptete (4. November).

Die Kabinette fuhren in ihren Berathungen über eine friedliche Beilegung des entbrannten Streites fort. Napoleon III. war für rasches Vorgehen gegen Rußland, während Lord Aberdeen noch immer unterhandeln wollte. In einem Vertrage vom 27. November sagten die Westmächte der Pforte ihre Unterstützung zu, falls Rußland billige Friedensvorschläge abweisen sollte. Die englische und französische Flotte lagen im Bosporus vor Anker, ohne jedoch in das schwarze Meer hinauszusegeln. Da gab ein unerwartetes Ereigniß den entscheidenden Anstoß. Der russische Admiral Nachimoff, der die Flotte vor Sebastopol befehligte, griff, von einem tiefen Nebel begünstigt, ein türkisches Geschwader unter Osman Pascha im Hafen von Sinope an (30. November). Die Türken, die viel schwächer als die Russen waren, kämpften mit dem Muth der Verzweiflung. Zwei ihrer Flottenkapitaine zogen es vor, sich mit ihren Schiffen in die Luft zu sprengen, als die Flagge zu streichen. Das türkische Geschwader wurde fast ganz zerstört. Die Bemannung fiel unter den russischen Kugeln oder ertrank. Nur wenige wurden gefangen genommen, unter ihnen Osman Pascha, der verwundet in die Hände der Russen fiel. Aber auch sie hatten bei der tapferen Gegenwehr der Türken große Verluste erlitten.

Nachimof's plötzlicher Angriff auf die türkische Flotte, während auf allen Seiten unterhandelt wurde, erregte ein außerordentliches Aufsehen, und wurde häufig, obwohl mit Unrecht, da Rußland und die Türkei einander schon Krieg erklärt hatten, als ein verrätherischer Ueberfall angesehen. Besonders war man in England geneigt, in dem von den Russen in der Nähe einer englischen Flotte erfochtenen Seesieg eine Beleidigung des brittischen Namens zu sehen. Lord Aberdeen konnte sich nicht länger halten, und Palmerston bildete ein neues Ministerium, dessen Programm war: Schutz- und Trutzbündniß mit Frankreich; Einlaufen der verbündeten Flotten in das schwarze Meer, und Vertreibung der russischen Schiffe aus demselben, bis die russischen Truppen die Donaufürstenthümer geräumt haben würden. Der Krieg war jetzt um so unvermeidlicher geworden, da das russische Kabinet das Protokoll der Wiener Konferenz vom 5. December, das gemäßigte, für Rußland noch immer vortheilhafte Friedensbedingungen enthielt, verworfen und erklärt hatte, mit der Pforte allein, ohne Einmischung der anderen Mächte, unterhandeln zu wollen, worauf aber die Türken nicht eingingen. Na-

poleon III. richtete am 24. Januar (1854) ein Schreiben an den Kaiser Nikolaus, in welchem er mit überzeugender Wahrheit das von Rußland bei der Besetzung der Donaufürstenthümer gegen die Pforte und die europäischen Verträge begangene Unrecht entwickelte. Diese Vorstellung blieb ohne Wirkung und wurde mit Ausflüchten und Entstellungen der Sachlage beantwortet. Graf Orlof, der vertrauteste Günstling des russischen Kaisers, ging nach Wien, um Oesterreich in der Neutralität zu erhalten, das zwar mit Rußland nicht brach, aber ein starkes Observationskorps an der servischen Grenze aufstellte. Preußen schlug ein ihm angetragenes Bündniß mit Rußland ab, und erkannte an, daß dasselbe im Unrecht sei, traf aber keine Vorbereitungen, um dieser Ansicht Nachdruck zu geben. Am 12. März schlossen die Westmächte mit der Pforte eine Offensiv- und Defensivallianz ab, und am 28. März erklärten sie den Krieg an Rußland, ein Ereigniß, das, obgleich es längst hätte vorausgesehen werden können, in ganz Europa großen Eindruck machte. Denn es war seit Napoleon's Sturz der erste Kampf, an dem sich die drei mächtigsten Reiche der Erde betheiligten.

Die Russen hatten unterdessen den Krieg an der Donau in einer Art geführt, die weder den stolzen Forderungen ihrer Regierung, noch ihren angeblichen Rüstungen entsprach, die von den Russenfreunden überall, namentlich in Deutschland, für ungeheuer ausgegeben wurden. Kalafat wurde von den russischen Truppen vergeblich belagert, und bei Cetate wurden die Russen überfallen und geschlagen. Aber der Kaiser Nikolaus war im Vertrauen auf die Neutralität Oesterreich's und Preußen's nicht zur Nachgiebigkeit geneigt, sondern ordnete in allen Provinzen seines Reichs eine zahlreiche Aushebung an. Auch wurde sein erster Feldherr, der greise Fürst Paskewitsch, auf den Kriegsschauplatz gesandt. Er sollte Silistria nehmen und sich dadurch den Eintritt in das Herz des türkischen Reichs öffnen, und jetzt gegen die Türken die früher gegen Perser, Polen und Ungarn durchlaufene Siegesbahn erneuern. Omer Pascha, der sich zu einer Schlacht im offenen Felde zu schwach fühlte, ging bis Schumla zurück, wo er eine von Natur und Kunst feste Stellung nahm. Die Russen überschritten unter Lüders und Schilder an zwei Punkten die Donau, ohne Rücksicht auf das an Oesterreich und Preußen gegebene Versprechen, dies nicht zu thun. Aber Silistria wurde von Mussa Pascha und einem Preußen, Namens Grach, der in der türkischen Artillerie diente, so tapfer und hartnäckig vertheidigt, daß Paskewitsch, der viele seiner besten Officiere verlor und bei einer Rekognoscirung einen Streifschuß erhielt, die Belagerung aufzuheben für gut

fand (21. Juni). Grach fiel im Gefecht; Mussa Pascha starb an seinen Wunden.

Der Kaiser Nikolaus hatte bei seinem Angriff auf die Türkei auf eine Erhebung der Slaven und Griechen gegen den Sultan gerechnet. Aber die Servier wären in diesem Fall von den Oesterreichern bedroht gewesen, die an ihrer Grenze standen, und ihre Vereinigung mit den Russen nicht geduldet haben würden. Die christlichen Bosnier wurden von der mahomedanischen Miliz ihres Landes in Zaum gehalten; die Montenegriner fühlten sich noch von ihren neulichen Kämpfen gegen die Türken erschöpft, und die Bulgaren waren von den Russen durch die Armee Omer Pascha's getrennt, und ohne Waffen und Organisation. Auch sehnten sich diese Völker, so sehr sie auch die Türken haßten, keineswegs nach der Herrschaft der Russen, die ihnen nach der Art wie dieselben die Moldauer und Wallachen bei mehren Gelegenheiten behandelt hatten, nicht eben glückbringend erscheinen konnte. Nur unter den Griechen fanden einige Aufstandsversuche statt, die, ohne Plan und Einheit unternommen, bald gedämpft wurden. Am lebhaftesten sprach sich das griechische Nationalgefühl und der unauslöschliche Haß gegen die Türken im Königreich Griechenland und dessen Hauptstadt aus. Dort wurde die Bevölkerung von der Erinnerung an die Vergangenheit und der Hoffnung auf die Zukunft zu so stürmischen Kundgebungen fortgerissen, daß die türkische Gesandtschaft Athen verlassen mußte, und fast die ganze Besatzung zu den Aufständischen überging. In der Nähe des Königs selbst trug man sich mit dem Gedanken an eine Erneuerung des byzantinischen Reichs. Aber die Westmächte konnten, selbst ganz abgesehen von dem was in den Erwartungen der Griechen Uebertriebenes lag, schon wegen ihres Bundes mit den Türken und der Sicherheit ihrer eigenen Operationen, die Unruhen in Griechenland nicht dulden. Am 23. Mai setzte ein kleines französisches Geschwader eine Brigade Truppen im Pyräus an das Land, und die griechische Regierung wurde genöthigt mit Hülfe der Franzosen gegen ihre eigenen Unterthanen einzuschreiten. Mit Ausnahme der Räubereien, welche die Klephten unter politischen Vorwänden in den Gebirgen von Epirus und Thessalien noch eine Zeit lang gegen Griechen wie Türken verübten, wurde die Ruhe unter den Griechen wieder vollständig hergestellt, obgleich allerdings der Wunsch in ihnen lebendig blieb, unter günstigeren Umständen das unterbrochene Werk der Befreiung mit stärkeren Kräften von neuem anzufangen.

Nach der Kriegserklärung der Westmächte konnten sich dieselben nicht mehr auf eine Demonstration wie die Einfahrt ihrer Flotten in

das schwarze Meer beschränken, sie mußten der bedrohten Türkei mit einer angemessenen Landmacht zu Hülfe kommen. Sobald der Entschluß einmal gefaßt war, ließ die Ausführung nicht auf sich warten. Die Schwierigkeiten waren besonders für England bei dessen weiter Entfernung vom Kriegsschauplatz groß, aber weder Mühe noch Kosten wurden gescheut. Lord Raglan, lange Wellington's Adjutant in Portugal, Spanien, Frankreich und Belgien, der bei Waterloo einen Arm verloren, erhielt den Oberbefehl über ein Korps ausgesuchter Truppen von 20,000 Mann, das später bedeutend verstärkt wurde. Einige englische Regimenter gingen über Paris nach dem Orient, und wurden von den Franzosen mit den lebhaftesten Freudenbezeugungen aufgenommen. Der Marschall St. Arnaud, Napoleon's rechte Hand beim Staatsstreich vom 2. December und seitdem in seiner Gunst noch gestiegen, wurde an die Spitze von 40—50,000 Mann gestellt, die großentheils in Algerien gedient hatten, und mit dem den französischen Soldaten eigenen Feuer die dort erworbene Gewohnheit der Abhärtung gegen Beschwerden und Entbehrungen verbanden. Die Unterfeldherren, im englischen wie im französischen Heer, waren sämmtlich Männer, die schon in vielen Kämpfen ihre Befähigung und Tapferkeit bewährt hatten. Zwei Mitglieder der französischen und englischen Dynastie, Prinz Napoleon und der Herzog von Cambridge, schlossen sich den Heeren an. Gallipoli, unterhalb der Dardanellen auf einer Halbinsel gelegen, war der erste Landungsplatz der Verbündeten. Da der Transport der Truppen, ungeachtet alles Eifers, doch nur langsam vor sich gehen konnte, so unternahmen die Flotten in der Zwischenzeit, um den Russen zu zeigen, daß es ernst gemeint sei, einen Angriff auf Odessa und bombardirten dasselbe, aber mehr um zu schrecken als zu schaden, da sich in diesem Freihafen viel fremdes Gut, namentlich englisches, befand, das man schonen wollte.

Oesterreich fühlte sich durch den im März vollzogenen Uebergang der Russen über die Donau, der ausdrücklich gegebenen Zusagen zuwider lief, verletzt und erschreckt, denn wenn die russische Nachbarschaft dem Wiener Kabinet schon an der gallizischen Grenze unbequem erschien, so mußte das Uebergewicht dieser Macht an der unteren Donau geradezu gefährlich werden. Der Kaiser Nikolaus gab als Grund des Vorgehens seiner Truppen das Einlaufen der verbündeten Flotte in das schwarze Meer an, was aber eine Ausflucht und keine Rechtfertigung war. Oesterreich, das die Russen um keinen Preis über den Balkan dringen lassen wollte, wo ihnen der Weg nach Konstantinopel offen gelegen

hätte, ging mit Preußen ein Schutz- und Trutzbündniß ein, in welchem beide Mächte sich anheischig machten, Rußland zu bekriegen, wenn dasselbe die Donaufürstenthümer sich förmlich einverleiben, oder seine Heere den Balkan überschreiten lassen sollte. Gleichwohl sah es aus als neige sich der preußische Hof im Geheimen noch immer zu Rußland, und erkläre sich nur von den Umständen gezwungen gegen dessen Politik. Denn der Kriegsminister General von Bonin mußte seine Entlassung nehmen, weil er eine Allianz mit Rußland in diesem Falle als einen Selbstmord für Preußen bezeichnet hatte, und der preußische Gesandte in London, Bunsen, sonst ein Günstling Friedrich Wilhelm IV., wurde seines Postens enthoben, weil er zu sehr die Ansichten des englischen Kabinets in die Auffassung der orientalischen Frage theilte. Indessen konnte der preußische Hof, er mochte wollen oder nicht, den Forderungen der Politik und dem Einfluß der allgemeinen Meinung sich nicht entziehen, denn schon am 10. Juni kam der König von Preußen mit dem Kaiser von Oesterreich in Teschen zusammen, und Preußen schloß sich einer österreichischen Note an, in welcher die sofortige Räumung der Donaufürstenthümer verlangt wurde. Am 14. Juni ging Oesterreich mit der Pforte einen Vertrag ein, der den österreichischen Truppen die Besetzung der Donaufürstenthümer gestattete. In Deutschland steckten die Träger des Partikularismus, die Mittelstaaten, einen Augenblick lang die Fahne der Centralisation auf, und wollten, während sie sich sonst möglichst selbstständig vom Bundestag hielten, von demselben jetzt die auswärtige Politik Deutschland's abhängig machen. Unter Bayern's und Sachsen's Auspicien traten acht deutsche Regierungen durch Bevollmächtigte in Bamberg zusammen, und richteten auf die Mittheilung von dem am 20. April zwischen Oesterreich und Preußen eingegangenen Vertrage eine identische, aber nicht kollektive Note an die beiden Höfe (20. Juli), in der sie für den deutschen Bund, als eine Großmacht, eine Stimme bei Lösung der orientalischen Frage in Anspruch nahmen. Die Bamberger Konferenz neigte sich im Stillen zu Rußland und war mit dem österreichisch-preußischen Vertrage vom 20. April unzufrieden. Die in ihr vertretenen Staaten hätten gern in die zwischen den Westmächten und Rußland schwebende Wagschale ein entscheidendes Gewicht werfen und Oesterreich's und Preußen's Einfluß beschränken mögen. Dieser unzeitige und ohnmächtige Versuch mißlang gänzlich. Denn als Oesterreich und Preußen den Vertrag vom 20. April dem Bundestag vorlegten, stimmten alle Bundesglieder, mit alleiniger Ausnahme Mecklenburgs, demselben und der in ihm ausgesprochenen Politik zu. Nachdem die Russen sich in der zweiten Hälfte des Juli über

den Pruth zurückgezogen hatten, rückten die Oesterreicher in die Donaufürstenthümer ein.

Während die englisch-französische Hauptmacht sich in der Nähe des schwarzen Meeres sammelte, war eine englische Flotte, der sich ein französisches Geschwader anschloß, unter dem Oberbefehl des Admirals Sir Charles Napier, in die Ostsee gesegelt, um Rußland auf dieser Seite zu bedrohen. Aber Kronstadt, auf dessen Einnahme es abgesehen gewesen, war durch die viele Jahre hindurch fortgesetzten Bemühungen des Kaisers Nikolaus zu einer uneinnehmbaren und fast unnahbaren Festung, zu einem zweiten Gibraltar, geworden. So unternehmend Napier war, er überzeugte sich bald von der Vergeblichkeit jedes Angriffs, wenigstens mit den Mitteln, die bis jetzt der Schiffsartillerie zu Gebot standen. Die Flotte der Verbündeten vermochte nichts weiter, als Handelsschiffe aufzubringen, friedliche Städte und Dörfer an der Küste zu bombardiren und einige russische Kronmagazine zu zerstören, Unternehmungen, die den gehegten Erwartungen wenig entsprachen. Die einzige kriegerische, wenn auch nicht sehr bedeutende That, war die Einnahme der Festung Bomarsund, auf einer der Alandinseln, deren Besatzung sich den französischen Landtruppen unter dem General Baraguay d'Hilliers kriegsgefangen ergab (16. August). Im Herbst hörte der Krieg in der Ostsee und im finnischen Meerbusen ganz auf. Einige englische Schiffe blokirten Archangel und zerstörten den Hafen von Kola, andere beunruhigten den russischen Handel in den Meeren von Japan und Kamschatka. Es bewies dies aber mehr die Gegenwart der englischen Seemacht auf so vielen Punkten, als daß es auf den Lauf des Kriegs irgend einen Einfluß gehabt hätte.

Die Landmacht der Alliirten, die sich in Gallipoli gesammelt und geordnet hatte, wurde theils auf dem Landwege, theils zu Schiffe nach Varna geführt. Nur die Depots blieben in Konstantinopel zurück. Ein unvorsichtiger Versuch der Franzosen, die Dobrutscha zu besetzen, raffte in kurzer Zeit zweitausend Soldaten hin, die dem schlechten Wasser, der Hitze und Cholera erlagen, welche Krankheit sich schon in Gallipoli gezeigt, und mehre höhere Officiere, unter ihnen den zweiten Sohn des Marschalls Ney, den General Herzog von Eschingen, der Armee entrissen hatte. In Varna litten die Truppen, die dort massenhaft angehäuft waren, ebenfalls an der Cholera und schlechter Verpflegung, und bei einem Brande, der den größten Theil der Stadt verzehrte, hatten sie nur mit genauer Noth ihr großes Pulvermagazin retten können. In Varna wurde von den obersten Führern ein Kriegsrath gehalten. Bei

der großen Beweglichkeit und Unsicherheit der politischen Verhältnisse, von welchen die militairischen Operationen beeinflußt wurden, hatte für den beginnenden Feldzug kein bestimmter Plan in voraus angenommen werden können. Der französische und englische Oberfeldherr mußten an Ort und Stelle sein, um den Zustand der eigenen Truppen übersehen, und besonders um genau wissen zu können, in wie weit auf die türkischen Streitkräfte zu zählen sei, ehe ein endgültiger Entschluß gefaßt werden konnte. Von der türkischen Armee in Asien, die bisher fast immer unglücklich gewesen war, kam Ferhat Pascha in Varna an, und forderte die Verbündeten zur Unterstützung derselben auf. Auch ein Schwager Schamyl's erschien mit einer Anzahl Tscherkessenhäuptlingen, und wies nach, wie leicht es einem französisch-englischen Heer, von den Türken unter Omer Pascha unterstützt, sein würde, die Russen aus Transkaukasien herauszuwerfen, und ihre Macht dort für immer zu brechen. Aber der Marschall St. Arnaud, der an militairischem Talent, an Thatkraft und Scharfblick alle seine Umgebungen überragte, entschied für den Angriff auf Sebastopol, dem großen Kriegshafen in der Krim, um der russischen Macht schnell einen Schlag zu versetzen, der dieselbe empfindlich berühren, und auf ganz Europa einen starken Eindruck hervorbringen werde. Sebastopol war das Toulon Rußland's. Auch Lord Raglan ging auf diesen Plan ein, weil damit die Zerstörung der russischen Seemacht im schwarzen Meer verbunden werden konnte. Ein Feldzug in Asien versprach jedenfalls weniger rasche Erfolge, als ein Angriff auf die Krim. St. Arnaud wurde zu diesem Entschluß, wie aus manchen seiner mündlichen und brieflichen Aeußerungen hervorgeht, noch durch persönliche Beweggründe bestimmt. Er war schon seit längerer Zeit leidend, hatte sich krank in Marseille eingeschifft, und sein Zustand war durch eine aufreibende militairische Thätigkeit in Gallipoli, Konstantinopel und Varna verschlimmert worden. Er ahnte, daß der Tod ihm nicht fern sei, und wollte nicht sterben, ohne seinen Namen an eine ruhmvolle Kriegsthat geknüpft zu haben. Daher kam die fieberhafte Ungeduld, mit der er die Eröffnung des Feldzugs betrieb, die ihn aber nicht hinderte, auf alles Einzelne die sorgfältigste Aufmerksamkeit zu richten und die zweckmäßigsten Maßregeln zu treffen. Dieser Mann, der eine leichtsinnige, zerfahrene Jugend durchlebt hatte, war durch Geist, Willenskraft und Erfahrung ein bedeutender Feldherr geworden.

Nachdem eine Kommission, aus französischen und englischen Officieren bestehend, die Landungsplätze der Krim untersucht, Nachrichten über die Stellung der Russen eingezogen und darüber berichtet hatte,

ging die Kriegsmacht der Alliirten, von 6000 Türken begleitet, unter Segel. Die Flotte nahm einen Raum von mehr als sieben Stunden ein und soll den prachtvollsten Anblick, den man sich denken kann, gewährt haben. Am Morgen des 12. September erblickte man die Küste der Krim, die sich wie eine unabsehbare röthliche Sandbank ausbreitete, an deren äußerstem Horizont sich die zackigen Gipfel einer hohen Gebirgskette erhoben. Am Abend desselben Tages warf die Flotte in der Bucht vor Eupatoria, wie schon in Varna bestimmt worden, die Anker aus. Die Luft war rein, das Meer spiegelglatt. Die Ausschiffung des Heeres am anderen Tag bot ein seltenes Schauspiel dar. Zahllose Schiffe verschiedener Größe, alle mit Soldaten besetzt, deren Bayonette im ersten Morgenstrahl glänzten, fuhren wie eine schwimmende Stadt nach dem Strande, dessen Stille und Oede einen sonderbaren Gegensatz zu dem bunten Gewimmel der Flotte und der kriegerischen Musik bildete, welche die Ausschiffung begleitete. Die schwierige Operation der Landung eines großen Heeres ging mit mathematischer Genauigkeit vor sich. Die französische Fahne wurde von dem General Canrobert mit eigener Hand auf russischem Boden aufgepflanzt (14. September). Es waren gerade, Tag um Tag zweiundvierzig Jahre her, daß Napoleon in Moskau einzog.

Die Verbündeten, die in Gallipoli, Varna und in der Dobrutscha an 15,000 Soldaten durch Krankheiten verloren hatten, waren bei ihrer Landung ungefähr 60,000 Mann stark. Es lagen eben so viel russische Truppen in der Krim, aber in verschiedenen von einander entfernten Standquartieren, und fingen erst bei der Nachricht von der Ankunft des Feindes sich zu sammeln an. Am 19. September brachen die Alliirten gegen die Russen auf. Der russische Obergeneral und Gouverneur der Krim, Fürst Menschikof, hatte eine geringere Streitmacht als der Feind zur Hand, besaß aber den Vortheil der Stellung, indem er jenseits des Flusses Alma auf Höhen Posto gefaßt hatte, deren steiler Abhang vor jedem Angriff zu schützen schien. Der Marschall St. Arnaud hatte nach den ihm zugegangenen Nachrichten den Plan zur Schlacht entworfen, der von Lord Raglan in allen seinen Theilen angenommen wurde. Am 20. September um elf Uhr Morgens begann der Kampf. Der General Bosquet erstieg mit den Zuaven, einer orientalisch gekleideten, aber aus lauter Franzosen bestehenden leichten Infanterie, die im Ruf besonderer Unerschrockenheit stand, die jähen Höhen, deren Einnahme Menschikof auf dieser Seite für unmöglich erachtet hatte, brachte, obwohl mit unsäglicher Mühe, sein Geschütz herauf, und griff die Russen in der linken

Flanke mit solchem Ungestüm an, daß sie zum Rückzug gezwungen wurden, und wenn es den Franzosen nicht an Reiterei gefehlt hätte, vernichtet worden wären. Von dem Anblick des stürmischen Vordringens der Truppen unter Bosquet begeistert, drangen jetzt alle französischen Korps zu dem Plateau empor, auf dem sich die Hauptmacht der Russen befand. Die Engländer, welche, gegen die getroffene Verabredung, durch zu späten Aufbruch den Beginn des Kampfes um mehre Stunden verzögert hatten, machten ihre Versäumniß durch die Ausdauer wieder gut, mit der sie den stärksten russischen Batterien gegenüber Stand hielten, und sich dann der Stellung der Russen durch einen mörderischen Bayonettangriff bemächtigten. Um drei Uhr Nachmittags war die Schlacht von den Verbündeten gewonnen. Am Abend stand das Zelt des Marschalls St. Arnaud auf derselben Stelle, wo am Morgen das des Fürsten Menschikof gestanden hatte. In dieser Schlacht, nach dem Flusse, in dessen Nähe sie geliefert wurde, die Schlacht an der Alma genannt, kostete den Franzosen 1343; den Engländer 1683; den Russen 4617 Todte und Verwundete. Der Marschall St. Arnaud, der, obgleich er sich kaum zu Pferde halten konnte, während des Kampfes überall sichtbar gewesen, hatte an diesem Tage seine letzte Kraft verbraucht, und sah sich genöthigt, den Oberbefehl an den General Canrobert abzugeben. St. Arnaud wehrte sich noch einige Tage gegen das ihn verzehrende Uebel, und starb am 29. September an der Cholera, auf dem Schiff: „Berthollet", das ihn nach Konstantinopel bringen sollte, wo seine Gemalin ihn erwartet hatte, die mit der Leiche nach Frankreich zurückkehrte.

Der Zweck der Landung in der Krim war die Einnahme Sebastopol's gewesen, wo, wie man wußte, unermeßliche Vorräthe von schwerem Geschütz, Munition und Schiffbauholz aufgehäuft waren. Auch hatten die Verbündeten gehofft, sich der Flotte des schwarzen Meers, die dort im Hafen lag, zu bemächtigen, oder wenigstens dieselbe zu einer Schlacht zu zwingen, wo man an ihr die Niederlage der Türken bei Sinope zu rächen dachte. Denn auffallend genug hatte, seitdem die Flotte der Allürten in das schwarze Meer eingelaufen war, kein einziges russisches Kriegsschiff sich nur zu zeigen, geschweige sich mit dem Feinde zu messen gewagt. In der ersten Begeisterung nach dem Siege an der Alma war besonders St. Arnaud geneigt, unmittelbar auf Sebastopol loszugehen, und die Einnahme dieser Festung zu bewerkstelligen. Bei näherer Erwägung erkannte man aber die Schwierigkeiten oder Unmöglichkeiten einer solchen Unternehmung, und war genöthigt, dieselbe, obwohl sehr

ungern, aufzugeben. Das Belagerungsgeschütz der Alliirten hatte nicht gleichzeitig mit den Truppen ausgeschifft werden können, und die Festung war, obgleich weit entfernt, das zu sein, was sie einige Monate später wurde, an der Nordseite bereits stark befestigt. Die von den Russen in aller Eile angelegten Vertheidigungswerke beherrschten die Einfahrt des Flusses, und setzten der Ausschiffung der Truppen, des Kriegsmaterials und der Mundvorräthe große Hindernisse entgegen. Nur ein äußerst mörderischer und zuletzt immer noch zweifelhafter Kampf hätte Sebastopol schon damals in die Hände der Alliirten liefern können, die dann vielleicht zu dessen Behauptung nicht einmal stark genug gewesen wären, da die an der Alma erlittenen Verluste von Menschikof bald ersetzt wurden, und ihm in kurzer Zeit von allen Seiten Verstärkungen zukommen konnten. Die Franzosen und Engländer hätten dann die Rollen mit den Russen vertauschen müssen, und wären aus Belagerern zu Belagerten geworden. Auch ergriffen die Russen ein, bei der numerischen Stärke ihrer Flotte, mehr vorsichtiges und kluges als ehrenvolles und muthiges Mittel der Vertheidigung. Sie versenkten schon am zweiten Tage nach der Schlacht an der Alma sieben ihrer Kriegsschiffe am Eingang des Hafens von Sebastopol, und fuhren damit so fort, daß ihre Seemacht im schwarzen Meer vernichtet, aber Sebastopol von dieser Seite her uneinnehmbar wurde. Der Flotte der Alliirten wurde es durch diese Versenkungen unmöglich gemacht in den Hafen von Sebastopol einzudringen. Der veränderten Sachlage gemäß sahen die Verbündeten sich genöthigt den Angriff auf die Nordseite aufzugeben, Sebastopol ostwärts zu umgehen, sich Balaclava's zu Lande zu bemächtigen, und Sebastopol von der Südseite anzugreifen.

Die Franzosen schlugen ihr Lager an der Bucht von Kamietsch, die Engländer an der von Balaclava auf. Nachdem das Geniekorps das Terrain untersucht hatte, fingen die Belagerungsarbeiten an, die bei der harten Beschaffenheit des Erdreichs auf ungewöhnliche Schierigkeiten stießen, von der großen Ueberlegenheit der Russen an Artillerie und ihren häufigen Ausfällen unaufhörlich bedroht, aber dessen ungeachtet mit einer Geschicklichkeit, Ausdauer und Entschlossenheit ohne Gleichen bis zu dem erstrebten Ziel fortgeführt wurden. Ein Versuch, den die Alliirten am 17. Oktober machten, Sebastopol von der Land- und Seeseite zugleich anzugreifen und womöglich zu nehmen, mißlang. Die Belagerungsarbeiten waren noch nicht weit genug vorgeschritten, die Batterien standen der Festung noch nicht nahe genug, um einen Sturm wirksam unterstützen zu können. Besonders hatte die Flotte von dem Feuer der

russischen Batterien gelitten, während ihre Beschießung der Festung nur geringen Schaden zufügte. Die Vertheidigungswerke der Russen wurden unterdessen durch die Talente eines jungen Officiers vom Geniekorps Namens Franz Totleben, den Sohn eines Rigaer Kaufmanns, verstärkt, der mit seltener Geschicklichkeit und unermüdlicher Thätigkeit die von der Artillerie der Belagerer zerstörten Schanzen wieder herstellte, auf allen bedrohten Punkten deren neue errichtete, und die Seele dieser denkwürdigen Vertheidigung wurde. Fürst Menschikof, der große Verstärkungen erhalten, denn die Verbindung zu Lande konnte ihm bei der eigenthümlichen Lage Sebastopol's nicht abgeschnitten werden, befahl dem General Liprandi die Engländer bei Balaclava anzugreifen, wo die englische Reiterei bei einem von ihr mit der größten Tapferkeit ausgeführten, aber strategisch nicht gerechtfertigten Angriff ungeheure Verluste erlitt, und nur durch die vor kurzem aus Algerien nach der Krim gebrachten Chasseurs d'Afrique, welche die russischen Artilleristen bei ihren Geschützen niederhieben, vor gänzlicher Vernichtung bewahrt wurde (25. Oktober). Elf Tage später wurde bei Inkerman mit wo möglich noch größerer Anstrengung gefochten, und die Engländer entgingen, von einer überlegenen russischen Macht angegriffen, einer Niederlage nur durch die trefflichen Anordnungen der Generale Canrobert und Bosquet, und den begeisterten Wetteifer mit dem alle französischen Truppenkorps kämpften (5. November). Die Schlacht von Inkerman ist durch die Erbitterung, mit der auf beiden Seiten gefochten wurde, indem meist das Bayonett entschied, eine der blutigsten in diesem mörderischen Kriege gewesen. Prinz Napoleon und der Herzog von Cambridge waren anwesend, und letzterer befand sich mehrmals im stärksten Feuer. Wenn die Russen bei Balaclava, wenn auch nicht vollständig gesiegt hatten, aber doch im Vortheil gewesen waren, so wurden sie dagegen bei Inkerman gänzlich geschlagen, und zuletzt gezwungen sich in großer Eile unter den Schutz der Festungsbatterien zu flüchten. Das Plateau von Inkerman, wo Franzosen und Russen mit glühender Kampflust Mann gegen Mann fochten, wird von der umwohnenden Bevölkerung noch jetzt die „Schlachtbank" genannt. Als die französische Infanterie nach hartnäckigem Widerstande dieses Plateaus sich bemächtigte, wurden die Russen, die sich nicht durch die Flucht retteten, von der steilen Höhe in die Tiefe hinabgestürzt, wo alle den Tod fanden. Lord Raglan konnte nicht umhin, so sehr er auch Engländer war, in dem über diese Schlacht an seine Regierung gesandten Bericht sich in den lebhaftesten Ausdrücken über die von der französischen Armee an diesem Tage der gemeinsamen Sache geleisteten

Dienste, und insbesondere über die Hülfe auszusprechen, die sie den englischen Truppen in einigen kritischen Momenten geleistet hatte. Bald nachher fingen die Herbstregen an in Strömen zu fallen, und machten die Gefechte im offenen Felde unmöglich, obgleich die Belagerungs- und Vertheidigungsarbeiten mit demselben Eifer nach wie vor fortgesetzt wurden.

Der folgende Winter war für die Verbündeten, namentlich die Engländer, eine Zeit großen Elends, wie seit der Zeit des Napoleon'schen Rückzugs aus Rußland vielleicht nicht mehr gesehen worden. Es fehlte bei zum Theil starkem Frost in der baumlosen Gegend an Holz, es fehlte an Fleisch, an Branntwein, an warmer Kleidung, an Aerzten und Arzeneien. Alle Mängel der englischen Armeeverwaltung, die im Frieden verborgen geblieben, traten jetzt hervor. Die Türken waren noch schlimmer daran, und litten, wie die Engländer mit stoischer, mit fatalistischer Geduld, Uebel, die sie für unvermeidlich hielten. Für die Franzosen war von Hause aus besser gesorgt worden, und außerdem verstanden sie es bei ihrer Gewandtheit, sich überall erträglich einzurichten. Ihre natürliche Fröhlichkeit blieb so ungebrochen, daß sie in ihrem Lager sogar ein Theater errichteten. Ungeachtet aller Noth und Entbehrung hielten die verbündeten Truppen standhaft aus, schlugen die einzelnen Ausfälle der Russen, die übrigens selbst leidend, zu keiner bedeutenden Unternehmung die nöthige Kraft besaßen, tapfer zurück, bis im Frühjahr zahlreiche Verstärkungen aus Frankreich und England anlangten, welche die Verluste mehr als ersetzten und Muth zu neuen Kämpfen einflößten.

Die Diplomatie war unterdessen unermüdlich thätig gewesen, um dem großen Streit Einhalt zu thun, und ihn auf die Bahn des Friedens zu lenken. Nach vielen Berathungen und Vorschlägen, die zu keinem Ziel geführt hatten, waren von den Westmächten endlich vier Punkte aufgestellt worden, welche die Grundlagen zu allen ferneren Unterhandlungen bilden sollten (22. Juli 1854). Dieselben waren: Aufhebung des russischen Protektorats in der Moldau, Wallachei und Servien — vollkommene Freiheit der Donauschifffahrt — Durchsicht der älteren Verträge, um das bisherige Uebergewicht Rußland's auf dem schwarzen Meer zu beseitigen — Verwerfung jedes besonderen Protektorats über die Christen im türkischen Reich, und Errichtung eines gemeinsamen, von sämmtlichen Großmächten auszuübenden Schutzrechts. Oesterreich und Preußen traten diesen Forderungen bei. Da sie von Rußland verworfen wurden, so verstärkte Oesterreich sein Heer in Sie-

benbürgen, und zog ein zweites an der russischen Grenze, in Gallizien, zusammen. Preußen schien durch den Rückzug der Russen über den Pruth im Wesentlichen befriedigt zu sein, und traf keine kriegerischen Vorbereitungen, obgleich es fortfuhr, Rußland Vorstellungen im Sinn der vier Punkte zu machen. Rußland war seit lange gewohnt, in den politischen Verhältnissen Deutschland's das entscheidende Wort zu sprechen, Rathschläge zu ertheilen, Drohungen einfließen zu lassen, und Graf Nesselrode konnte auch jetzt, obgleich die russische Macht nach der Schlacht an der Alma ihres Nimbus wenigstens zum Theil schon entkleidet war, diesen hohen Ton nicht vergessen. Er erklärte in einer Depesche vom 6. November (1854) an den Baron von Budberg, russischen Botschafter in Wien, auf die Spaltung zwischen den beiden deutschen Großmächten und die Schwäche des deutschen Bundes, dessen Dasein dadurch gefährdet werden könne, anspielend, daß Rußland, um einem solchen Uebel vorzubeugen, geneigt sei, auf Friedensvorschläge einzugehen, dagegen aber auch auf die beharrliche Neutralität Deutschland's als Erwiederung rechne. Der preußische Ministerpräsident von Manteuffel wies diese Anmaßung in nachdrücklicher Weise zurück. Oesterreich schloß jetzt mit den Westmächten ein förmliches Schutz- und Trutzbündniß ab (2. December). Da schien endlich das russische Kabinet zur Nachgiebigkeit geneigt, und Fürst Gortschakof, sein außerordentlicher Bevollmächtigter in Wien, versicherte, daß es die Erklärung der Westmächte vom 22. Juli als Ausgangspunkt zu Unterhandlungen gelten lassen wolle. Die unterbrochene Konferenz trat in Wien wieder zusammen, aber ohne Erfolg, da es Rußland mit dem Frieden nicht Ernst war, und es nur damit umging, die Verbündeten im Verlauf der Unterhandlungen von einander zu trennen. Die verschiedenen Interessen der deutschen Mächte, ihre unseligen Rivalitäten und inneren Zerwürfnisse kamen den Absichten des Kaisers Nikolaus entgegen. Preußen trat Rußland wieder näher, und die Bamberger Koalition schloß sich, um ein Gegengewicht gegen Oesterreich aufzustellen, der sich zu Rußland neigenden Neutralitätspolitik an, die im Berliner Kabinet vorherrschte. Da Rußland von Zeit zu Zeit seiner feindseligen Stimmung gegen Oesterreich, dem es Undankbarkeit vorwarf, den Zügel schießen ließ, und ein zahlreiches Heer in Volhynien aufgestellt hatte, von dem Wien bedroht werden konnte, so trug der österreichische Bevollmächtigte am Bundestag auf ein sofortiges Aufgebot der deutschen Bundeskontingente an, um den Kampf gegen Rußland nicht allein auf sich nehmen zu müssen. Aber die Mittelstaaten ließen sich nur zu einer Kriegsbereit-

schaft herbei, von der bis zu einer wirklichen Aufstellung der Truppenkorps noch ein weiter Weg war, und Preußen stimmte ihnen hierin bei. Unter solchen Umständen wagte Oesterreich, dessen Finanzen ohnedies sehr zerrüttet waren, nicht das Schwert zu ziehen, da es der Hülfe Deutschland's nicht gewiß war, und Preußen möglicher Weise sogar gegen sich haben konnte. So arbeiteten die deutschen Regierungen einander entgegen, und lähmten sich gegenseitig im entscheidenden Augenblick zu Gunsten Rußland's. Während die beiden deutschen Großmächte und der deutsche Bund, die zusammen eine Million Soldaten aufstellen konnten, sich mit der Abfassung von diplomatischen Noten und der Aufstellung von Propositionen begnügten, und dem Laufe der großen Ereignisse der Zeit unschlüssig zusahen, trat ein kleinerer Staat, Sardinien, der nicht viel mehr Einwohner als Bayern besaß, entschieden auf, schloß sich den Westmächten bei der Bekämpfung Rußland's an, und ließ ein Korps von 15,000 Mann zu den Verbündeten in der Krim stoßen, das den Vergleich mit den ersten Truppen Europa's nicht zu scheuen brauchte, und dem italienischen Namen Ehre machte.

Oesterreich und Preußen waren eifrig, obwohl vergeblich, bemüht gewesen den Frieden zu vermitteln. Aber die kriegführenden Mächte hatten wenig an die Wirksamkeit dieser Unterhandlungen geglaubt, und umfassende Vorbereitungen zur Fortsetzung des Kampfes getroffen. Der Kaiser Nikolaus errichtete eine Reichswehr, zu der alle waffenfähigen Männer seines Volks gehörten, und Frankreich und England ersetzten nicht nur den Verlust, den ihre Heere seit Eröffnung des Kriegs erlitten hatten, sondern verstärkten dieselben über die ursprüngliche Zahl hinaus. Von Napoleon III., der, obgleich er damals noch keine Proben von Feldherrntalent abgelegt hatte, die Theorie des Kriegs kannte, und unter seinen Umgebungen sehr erfahrene Militairs besaß, ward der General vom Geniekorps, Niel, der sich bei der Einnahme Rom's und neuerdings bei der der Festung Bomarsund ausgezeichnet hatte, nach der Krim geschickt. Dieser, der sich bald als einen der ersten Meister in seinem Fach bewähren sollte, war der Meinung, daß Sebastopol's Einnahme von der des Malakoffthurms abhänge, und daß dieser deshalb um jeden Preis genommen werden müsse. Die Belagerung wurde nach Niel's Anweisung mit verstärkten Kräften und nach einem neuen Plan fortgesetzt. Die französische Armee in der Krim wurde in zwei große Korps, das erste unter dem General Pelissier, der vorher in Algerien befehligt hatte, das zweite unter Bosquet, getheilt. Canrobert behielt das Oberkommando. Pelissier war durch seine Entschlossenheit bekannt, hatte

aber bisher keine Gelegenheit gehabt, seine militairischen Fähigkeiten im Großen zu zeigen. Der Kaiser Nikolaus, dessen Ehrgeiz in diesem von ihm so muthwillig angefachten Krieg bisher wenig Befriedigung gefunden hatte, schickte Verstärkung über Verstärkung nach der Krim, von denen aber ein großer Theil auf dem weiten Wege in dem strengen Winter, von Hunger und Krankheit hinweggerafft wurde. Es war von Petersburg aus ein Angriff auf Eupatoria, wo Omer Pascha mit einem Theil seines Heeres stand, anempfohlen worden. Der Ueberfall, den General Chruleff am 17. Februar (1855) mit bedeutenden Kräften (36 Bataillone und 80 Geschütze) mit Tagesanbruch gegen Omer Pascha unternahm, scheiterte an der Tapferkeit und Wachsamkeit der Türken, und wurde mit großem Verlust für die Russen zurückgeschlagen. Bald nachher (2. März 1855) starb der Kaiser Nikolaus, dessen schon seit längerer Zeit sehr geschwächte Gesundheit dem übeln Eindruck der aus der Krim einlaufenden Nachrichten nicht widerstanden hatte. Die kräftige und stolze, aber starre und beschränkte Natur dieses Fürsten hatte ihn gegen den Tadel und Widerspruch, den sein Charakter und sein System erregten, unempfindlich gemacht, und er starb ohne zu ahnen, daß er mit seinem ungerechten Angriff auf die Türkei eine für Rußland gefährliche Krisis heraufbeschworen habe. Sein Ende wurde von allen seinen Unterthanen, mit Ausnahme derer, die von seiner Regierung unmittelbaren Vortheil gezogen hatten, als eine Befreiung von einer zuletzt unerträglich gewordenen Last angesehen.

Nikolaus Nachfolger, Alexander II., war schon als Thronerbe dafür bekannt gewesen, milder und friedliebender als sein Vater zu sein, und befand sich eher in der Lage Zugeständnisse machen zu können, da er diesen Krieg nicht verschuldet hatte, sondern ihm vielmehr entgegen gewesen war. Aber an ein augenblickliches Nachgeben des neuen Kaisers war nicht zu denken, da er sich dadurch sowohl in den Augen seines eigenen Volks als denen Europa's herabgesetzt haben würde. Obgleich Rußland in diesem Krieg bereits an 250,000 Mann, vornehmlich durch Krankheiten verloren hatte, so erklärte dennoch Alexander II. den Kampf fortsetzen und im Geiste seines Vaters regieren zu wollen. Er rief jedoch den Fürsten Menschikof von seinem Posten ab, der, durch sein schroffes Auftreten in Konstantinopel, die öffentliche Meinung gegen sich erregt hatte, und, obwohl mit Unrecht, für den Anstifter dieses Krieges galt, der des Kaisers Nikolaus eigenes Werk war. Den Oberbefehl in Sebastopol und der Krim erhielt der General Fürst Gortschakof, ein Bruder dessen, der in Wien für Rußland unterhandelte. Die Westmächte

konnten aber eben so wenig an eine Beendigung des Krieges, ohne die vorangegangene Einnahme Sebastopol's, denken. Ein Rückzug aus der Krim, ohne daß dieses Bollwerk Südrußland's und diese Zwingburg des schwarzen Meeres gefallen, würde in England den übelsten Eindruck gemacht und die Verantwortlichkeit des Ministeriums ernstlich in Anspruch genommen haben. Für Napoleon III. wäre aber ein solches Verhalten einer Niederlage gleichgekommen, und vielleicht der erste Schritt zu seinem Sturz geworden. Auf beiden Seiten war man deshalb zur eifrigsten Fortsetzung des Krieges entschlossen. Die Belagerung sollte für Franzosen und Engländer, die ihr schweres Geschütz vermehrt hatten und mit den Gefahren und Arbeiten ihres Unternehmens vertraut geworden waren, jetzt erst recht anfangen. Deshalb mußten auch alle Vermittlungsversuche der Wiener Konferenz vergeblich bleiben. Oesterreich hatte an England und Frankreich erklärt (12. April), daß es die Beschränkung der russischen Seemacht auf dem schwarzen Meer, worauf die Westmächte großen Werth legten, für keine Nothwendigkeit halte, und Rußland erst dann bekriegen werde, wenn dasselbe sich weigern sollte, das türkische Reich in seinem gegenwärtigen Bestand anzuerkennen. Am 4. Juni gab Oesterreich ein Ultimatum dahin ab, daß, aus Rücksicht auf Rußland's Ehre und um die Abschließung des Friedens zu erleichtern, die Zahl und Stärke der russischen Kriegsschiffe auf dem schwarzen Meer von der freien Uebereinkunft zwischen Rußland und der Pforte abhängen sollte. Da die Westmächte diesen Antrag verwarfen, so erklärte Oesterreich eine abwartende Stellung einnehmen zu wollen, und entließ einen Theil der in Gallizien stehenden Truppen, wodurch es Rußland möglich wurde, sein Heer in der Krim zu verstärken. Die Westmächte schlossen sich hierauf noch fester an einander an. Lord Palmerston war schon im vergangenen December in Paris gewesen, jetzt (16. April 1855) begab sich Napoleon mit seiner Gemalin zum Besuch der Königin von England nach London, um Europa zu zeigen, daß die beiden Völker ganz eines und desselben Sinnes seien.

Die Alliirten suchten jetzt mit verdoppelter Kraftanstrengung ihr Ziel, die Eroberung von Sebastopol zu erreichen. Der Kaiser der Franzosen hatte an dem Krieg in der Krim persönlich Antheil nehmen wollen. Aber höhere politische Rücksichten, denn seine Stellung schien für eine längere Abwesenheit noch nicht hinlänglich fest zu sein, zwangen ihn im Mittelpunkt seiner Macht zurückzubleiben. Er schickte aber einen Theil seiner neu errichteten Garde nach Sebastopol, das jetzt vierzehn Tage lang aus fünfhundert Feuerschlünden beschossen wurde. Aber die Russen,

die noch mehr Geschütze besaßen, erwiederten das Feuer mit noch größerer Heftigkeit, während Totleben alle Beschädigungen mit unglaublicher Schnelligkeit ausbesserte, und in die Stelle der zerstörten Batterien neue aufstellte. Die Langsamkeit, mit der die Belagerung ungeachtet aller Anstrengung fortschritt, der Mangel an glänzenden Erfolgen rief in den maßgebenden Kreisen in Paris eine gewisse Unzufriedenheit mit Canrobert hervor, der, obgleich ein begabter und erprobter General, gegenwärtig kein Glück zu haben schien. Auch war zwischen dem französischen Obergeneral und seinem englischen Kollegen, Lord Raglan, eine Erkaltung und Spannung entstanden, indem dieser Canrobert's Meinung nicht so willig wie früher der St. Arnaud's beistimmte, und die Engländer durch die Langsamkeit ihrer Bewegungen zu häufigen Klagen im französischen Generalstab Veranlassung gaben. Canrobert, der mehr Patriotismus als persönlichen Ehrgeiz besaß, trug selbst in Paris auf Ernennung eines neuen Oberbefehlshabers an, der zu Raglan in ein besseres Verhältniß treten könnte. Napoleon ernannte in Canrobert's Stelle den General Pelissier, der dafür bekannt war, rücksichtlos vorwärts zu gehen, und keinen Menschenverlust zu achten, wenn er ein großes Ziel vor Augen hatte. Canrobert besaß die edle Selbstverläugnung, unter das Kommando seines bisherigen Untergebenen zu treten und jetzt an der Spitze einer Division eben so eifrig wie vorher an der des ganzen Heeres für die gemeinsame Sache zu wirken. Pelissier ließ Tag und Nacht an dem Vorrücken der Laufgräben arbeiten, um dieselben den feindlichen Schanzen so nahe als möglich zu bringen, und entriß den Russen nach einem hartnäckigen Widerstand den sogenannten grünen Mamelon*), wo der tapfere französische Oberst Brancion in dem Augenblick fiel, als er die dreifarbige Fahne auf das eroberte Festungswerk aufpflanzte. Die Franzosen legten Minen, die Russen Gegenminen an, französische und russische Sappeurs stießen auf einander, und es ward unter wie über der Erde gekämpft. Aber ein allgemeiner Sturm, den die Verbündeten am 18. Juni unternahmen, wurde von den Russen abgeschlagen, wobei die Franzosen außer zwei ihrer besten Generale, Brunet und Mayran, gegen 5000 Mann an Todten und Verwundeten verloren, während die Engländer, von ihrer Stellung begünstigt, viel weniger gelitten hatten. Am 28. Juni starb Raglan wie St. Arnaud an der Cholera. Er war schon sehr bejahrt, und obgleich als Soldat im Gefecht oft von einer an Verwegenheit grenzenden Tapferkeit,

*) Mamelon: Warze; Erhöhung.

hatte sich seine Thätigkeit als Oberbefehlshaber in diesem schwierigsten aller Feldzüge, wo zu gleicher Zeit eine große Festung eingenommen und eine außerhalb derselben stehende feindliche Armee geschlagen werden sollte, nicht immer ausreichend erwiesen. Der General Simpson, ebenfalls schon in vorgerückten Jahren, übernahm an Raglan's Stelle das Kommando über die brittischen Truppen. Am 11. Juli wurde in Sebastopol der unerschrockene Admiral Nachimof getödtet, der die türkische Flotte bei Sinope zerstört hatte, und mit einem Fernglas in der Hand am Rande der Batterien, den feindlichen Kugeln ausgesetzt, so sorglos einherzuschreiten pflegte, als sei er auf einem Spaziergang begriffen. Pelissier befolgte Niel's Weisung, die stärksten Angriffe auf den Malakofthurm zu richten, von dessen Besitz der Sebastopol's abhing. Er ließ deshalb die Laufgräben den feindlichen Befestigungswerken immer näher führen, damit zwischen beiden ein möglichst geringer Zwischenraum übrig bliebe, der von den Stürmenden rasch durchschritten werden könnte, und sie von den feindlichen Batterien weniger zu leiden hätten. Zu den Anstrengungen täglicher Kämpfe während einer glühenden Hitze kam die Cholera hinzu, die unter Belagerern und Belagerten gleich sehr wüthete. Ein Ausfall der Russen am 16. August unter General Read versprach, von einem dichten Nebel begünstigt, anfänglich Erfolg. Read warf die französischen und sardinischen Vorposten zurück und drang über die Tschernajabrücke vor, wurde aber von dem rasch herbeieilenden General Faucheux mit solchem Ungestüm in der Flanke angegriffen, daß seine Truppen bald zum Weichen gebracht wurden und nach der Brücke stürzten, wo die französische Artillerie unter den sich drängenden Massen ein großes Blutbad anrichtete. Die Sardinier nahmen an diesem Kampf einen ruhmvollen Antheil, und ihr Feuer that dem Feind großen Schaden. Wie viele Russen an diesem Tage verwundet wurden, ist unbekannt geblieben, aber 3329 ihrer Todten wurden auf dem Kampfplatz begraben. General Read war im Gefecht gefallen. Die Verbündeten verloren kaum 1500 Mann. Diese Schlacht, welche fünf Stunden ohne Unterbrechung gedauert hatte, überzeugte die Russen, daß es ihnen unmöglich, die Linien der Verbündeten zu durchbrechen.

Der französische Obergeneral glaubte jetzt, daß der entscheidende Augenblick nicht mehr fern sei. Ungeachtet des unermüdlichen Widerstandes der Russen, ihrer häufigen nächtlichen Ausfälle und der Schwierigkeiten des Bodens waren die Belagerungsarbeiten dem Malakofthurm ganz nahe gebracht worden. Vom 19. August an wurde Sebastopol aus 800 Feuerschlünden so furchtbar beschossen, daß die Soldaten und

Einwohner, die seit zehn Monaten im Kanonendonner und Pulverdampf wie in ihrem natürlichen Element gelebt hatten, davon betäubt zu werden anfingen. Der unaufhörliche Hagel von Kugeln des schwersten Kalibers machte zuletzt Totleben's Kunst zu Schanden, da die kaum wieder hergestellten Schanzen alsbald wieder zerstört wurden. Die Bedienung mancher russischen Batterien mußte im Laufe eines einzigen Tages dreimal erneuert werden. Die Erde bebte vom Donner der Geschütze und die Luft schien von dem ungeheuren Pulververbrauch zu glühen. Innerhalb drei Tagen wurden 5000 Russen auf den Wällen, in den Häusern und Straßen getödtet oder verwundet. Es war den Belagerten nicht mehr möglich, das zertrümmerte Mauerwerk zu erneuern und die verschütteten Gräben auszuräumen. Gortschakof, der die Vergeblichkeit eines längeren Widerstandes begriff, ließ eine große Schiffbrücke über den Meerbusen schlagen, der die Stadt in zwei Hälften theilt, um dieselbe rasch räumen zu können, sobald es nothwendig geworden.

Am 3. September hatte Pelissier einen Kriegsrath versammelt, dem auch der General vom englischen Geniekorps, Sir Harry Jones, beiwohnte, um die letzten Maßregeln zur Einnahme Sebastopol's zu verabreden. Canrobert war schon vorher nach Paris zurückgerufen worden, da die Soldaten mehr an ihm als an Pelissier hingen, und die Einheit des Oberbefehls durch seine längere Anwesenheit gestört werden konnte. Aber Niel war zugegen. Die anwesenden Generale erklärten sich einstimmig für den Sturm in kürzester Frist. Pelissier hätte gern noch auf vierhundert Mörser gewartet, deren Sendung aus Frankreich versprochen war, die eine furchtbare Wirkung hervorgebracht haben würden. Aber Niel bemerkte, daß es bei längerem Zögern an Munition fehlen würde, von der mehr als je in einem anderen Kriege verbraucht worden war. Auch kam die Ungeduld der Soldaten in Betracht, die laut ihr Verlangen nach dem Sturm aussprachen. Pelissier gab nach, behielt sich aber die nähere Bezeichnung des entscheidenden Tages vor.

In einer Zusammenkunft zwischen den Generalen der verbündeten Armeen am 7. September wurde der Sturm, zu welchem Bosquet den Plan entworfen, auf den folgenden Tag um Mittag festgesetzt. Die Tage vorher schien das Bombardement ein immerwährender Donnerschlag zu sein, als wolle man die Russen nicht zur Besinnung kommen lassen. Dieselben setzten aber den einzelnen Angriffen auf ihre Schanzen denselben unerschütterlichen Widerstand wie zuvor entgegen. Die Franzosen erlitten bei den unausgesetzten Kämpfen, deren Gefahren

vornehmlich sie auf sich nahmen, ungeheure Verluste. Allein vom 5. bis 7. September waren 51 Officiere und 3917 Unterofficiere und Soldaten kampfunfähig geworden. Am 7. September bei anbrechendem Abend nahm das Bombardement an Heftigkeit noch zu und dauerte ohne Unterbrechung fort. Als es Tag wurde erhob sich ein starker Nordwind und vermischte in den Schluchten, von denen Sebastopol umgeben ist, sein schauerliches Geheul mit dem Donner der entfesselten Artillerie. Um acht Uhr standen die Belagerungstruppen zum Sturm bereit. An der Spitze jeder Kolonne befand sich eine Abtheilung Sappeurs, die zum Ausfüllen der Gräben, zum Durchbrechen von Mauerwerk, zum Anlegen der Sturmleitern bestimmt waren. Der Hauptangriff der Franzosen war auf den Malakofthurm, der der Engländer auf den sogenannten Redan*) gerichtet; alle übrigen Angriffe sollten nur jene maskiren und die Aufmerksamkeit des Feindes theilen. Den französischen Truppen ward kompagnienweise eine Proklamation vorgelesen, deren Aufforderung zu einem todesmuthigen Kampf sie mit einem begeisterten Ausbruch kriegerischen Ungestüms beantworteten. Alle Uhren der Divisionsgenerale wurden nach der des Obergenerals gestellt. Es sollte kein besonderes Signal gegeben werden, sondern wenn der Zeiger auf Zwölf stand, die Sturmkolonnen ohne weiteres den Befehl zum Vorgehen erhalten. Das Bombardement ward, um die Russen über die Absichten der Verbündeten zu täuschen, bis um Mittag unterhalten. Da schwieg es plötzlich auf allen Seiten, und die Franzosen, die vorher auf ihre Gewehre gestützt unbeweglich dagestanden, gingen unter dem tausendfachen Ruf: „Es lebe der Kaiser!" auf die russischen Verschanzungen los. Die Außenwerke des Malakofthurms waren von der Division Mac Mahon bald genommen, aber im Innern der Befestigung erhob sich ein wüthender Kampf Mann gegen Mann, der, wenn die Bayonette zerbrochen waren, von beiden Seiten mit den Kolben und den am Boden liegenden Steinen fortgesetzt wurde. Die Russen, die allein an dieser Stelle vier Generale verloren, unterlagen zuletzt, und der Malakofthurm blieb in der Gewalt der Franzosen. Dieses weitläuftige Befestigungswerk war von den Russen unterminirt worden. Zu ihrem Glück entdeckten die Franzosen die Drähte, die von den Minen nach der Stadt führten, durchschnitten sie und zogen in größter Geschwindigkeit einen Graben um den Thurm, und verhinderten dadurch seine Explosion.

---

*) Redan: Sägewerk; ein Befestigungswerk mit aus- und eingehenden Winkeln, die einander bestreichen können.

Doch flog eine Seitenbatterie in die Luft, und begrub unter ihren Trümmern den General Motterouge, der jedoch lebend aus dem Schutt hervorgezogen wurde, aber viele seiner Soldaten lagen entseelt da. Bosquet, der sich dem feindlichen Feuer sehr ausgesetzt hatte, ward an der Schulter verwundet, führte aber dessenungeachtet das Kommando fort, bis er von dem starken Blutverlust ohnmächtig geworden, fortgetragen werden mußte. Mit der Einnahme des Malakofthurms war viel, aber nicht alles geschehen. Am sogenannten „Kleinen Sägewerk" leisteten die Russen, wie überall an diesem blutigen Tage, den tapfersten Widerstand, und warfen die Franzosen mehrmals zurück, die hier drei ihrer Generale: Saint Pol, Marolles und Pontevès und mehrere Stabsofficiere verloren. Vor der Centralbastion fielen die Generale Rivet, Breton und General Truchu wurde verwundet. Aber die französischen Soldaten stiegen über Haufen von Leichnamen zu den Verschanzungen empor, machten die russischen Artilleristen an ihren Geschützen nieder und behaupteten sich in der gewonnenen Position. Die Franzosen hatten jetzt ihre Aufgabe gelöst, aber in wenigen Stunden 7300 Mann an Todten und Verwundeten verloren. Während dieser Zeit hatten die Engländer mit derselben Tapferkeit, aber nicht mit demselben Erfolg wie ihre Verbündeten gefochten. Sie rückten in geschlossenen Kolonnen, so ruhig und fest wie auf dem Exercierplatz, unter dem furchtbarsten Kartätschenfeuer der Russen gegen den Redan vor, erstiegen die Brustwehr mit Hülfe der Sturmleitern, und drangen in den inneren Raum ein, wo sie aber von versteckt liegenden Batterien mit einem solchen Kugelregen überschüttet wurden, daß sie im Verlauf von noch nicht zwei Stunden 2400 Mann verloren, und ihre Eroberung aufgeben mußten. Aber es war dies nur eine Episode in der Hauptaktion. Die Einnahme Sebastopol's ward durch die Erstürmung des Malokofthurms, des „Kleinen Sägewerks" und der Centralbastion entschieden. Bei einbrechendem Abend ließ Gortschakof schleunig die nöthigen Vorbereitungen zum Rückzug treffen. So war denn diese stolze Feste nach einer elfmonatlichen Belagerung*), der denkwürdigsten und an Thaten reichsten aller Belagerungen der neueren Geschichte, gefallen. In der Nacht vom 8. zum 9. September zündeten die Russen die unterminirten Bollwerke, den Redan und die Bastionen an, die mit furchtbarem Krachen zusammenstürzten, und versenkten von ihrer großen Flotte alles was

*) Am 9. Okt. (1854) war der Laufgraben, am 17. Okt. das Feuer auf Sebastopol eröffnet worden. Das Bombardement hatte 322 Tage gedauert.

noch übrig geblieben war. Am folgenden Tage zogen sie sich nach der Nordseite der Stadt zurück, nachdem sie die Schiffsbrücke hinter sich abgebrochen hatten, und Gortschakof nahm mit dem größten Theil seiner Truppen eine Stellung ostwärts in den Gebirgen. Er hatte am Tage des Sturms 13,000 Mann verloren. Am 10. September durcheilte Pelissier, von einem zahlreichen Stabe begleitet, die rauchenden Trümmer Sebastopol's und dessen Vertheidigungslinien, über deren Größe und Mannigfaltigkeit er, ungeachtet der Zerstörung, erstaunte, und erst jetzt die von ihm überwundenen Hindernisse vollkommen begriff. Am 11. September rückten die Verbündeten in die Stadt, aus der noch überall Dampf emporstieg, in der aber die Explosionen aufgehört hatten. Eine ungeheuere Menge von Waffen und Kriegsgeräth (4000 Kanonen), Kugeln, Pulver, Schiffsbauholz, selbst noch große Vorräthe von Lebensmitteln, fielen in die Hände der Sieger.

Die Einnahme von Sebastopol hatte die Ueberlegenheit der französischen Truppen, die offenbar zu diesem Erfolg das Meiste beigetragen, glänzend bewährt. Napoleon sah das Ziel, das er sich von Anfang seiner Regierung vorgesetzt, die Erneuerung des Waffenruhms und des staatlichen Uebergewichts Frankreich's erreicht, und wünschte jetzt eifrig den Frieden, obgleich er dies Verlangen hinter einer stolzen Ruhe und Gleichgültigkeit verbarg. Außer dem Menschenverlust hatte Frankreich auch sonst seine Erfolge theuer bezahlt. Der Feldzug hatte die französische Staatsschuld um 1500 Mill. Fr. vermehrt. Zu einer bedeutenden materiellen Schwächung Rußland's, zu einem Losreißen der altpolnischen Provinzen, Finnland's und Transkaukasien's hätte die Mitwirkung Oesterreich's, Preußen's, Schweden's, hätte eine andere Türkei gehört, als die, welche vorhanden war. An solche Eroberungen konnte unter den vorhandenen Umständen nicht gedacht werden. In Petersburg, wo der endliche Fall Sebastopol's schon seit einiger Zeit vorausgesehen worden, und deshalb keinen außerordentlichen Eindruck hervorgebracht hatte, rechnete man auf die im Innern des Reichs vorhandenen großen Hülfsquellen, und zögerte auf die Mahnungen des österreichischen und preußischen Kabinets zu hören, welche dringend zum Frieden und der Darbringung einiger davon unzertrennlichen Opfer riethen. Bei dieser Stimmung des russischen Hofes mußten die Verbündeten noch immer gerüstet bleiben und sich auf Fortsetzung des Kampfs gefaßt machen. Der Stolz des englischen Volks fühlte sich durch die untergeordnete Rolle, die sein Heer in der Krim gespielt, verletzt, und wollte durch umfassende Vorbereitungen zu einem Feldzug für das kommende Jahr, durch eine Ver-

mehrung der Land- und Seemacht das Versäumte nachholen und sich Rußland furchtbar machen. Auf Betrieb der Engländer wurde in Konstantinopel beschlossen Omer Pascha mit einer türkischen Armee nach Kleinasien übersetzen zu lassen, wo die Truppen des Sultans seit langer Zeit gegen die Russen im Nachtheil waren. Von Seite Napoleon's wurde Canrobert, der wie Pelissier*) und Bosquet den Marschallsstab erhielt, mit einer Sendung nach Stockholm beauftragt, um Schweden den Westmächten näher zu bringen. Rußland, damit nicht zufrieden durch den Besitz der Alandinseln beständig Stockholm zu bedrohen, hatte von der schwedischen Regierung die Abtretung eines Küstenstrichs in Norwegen verlangt, unter dem Vorwand den benachbarten unter russischer Hoheit stehenden Lappländern Gelegenheit zur Fischerei zu geben, in Wahrheit aber um daselbst einen russischen Kriegshafen anzulegen, da die See an der dortigen Küste wegen des weit hinaufgehenden warmen Golfstroms im Winter vom Eise befreit bleibt. Canrobert, der in Stockholm aus Abneigung gegen die Russen vom Hofe mit Auszeichnung, vom Volke mit Begeisterung aufgenommen wurde, schloß mit dem schwedischen Kabinet einen Vertrag ab, in welchem dasselbe sich anheischig machte ohne Zustimmung der Westmächte keinen Theil seines Gebiets an Rußland abzutreten.

Die Flotten der Verbündeten hatten weder im schwarzen Meer noch in der Ostsee etwas ausgerichtet, das von der Geschichte erhalten zu werden verdiente. Aber sie hatten zuletzt allem russischen Seehandel ein Ende gemacht, die Küsten verheehrt, die Russen zur Vernichtung ihrer eigenen Flotte im schwarzen Meer gezwungen, und die Flotte im baltischen Meer in Kronstadt eingeschlossen. In den russischen Staatseinnahmen zeigten sich große Ausfälle, und auf dem Lande fing es an, da so viele tausend Leibeigene zur Reichswehr ausgehoben worden, an Arbeitskräften zu fehlen. Der Adel ward für seine Einkünfte besorgt. Die englischen Kaufleute waren die hauptsächlichsten Käufer der russischen Rohprodukte, und dieser Absatz hatte seit einem Jahr gänzlich aufgehört. Die öffentliche Meinung sprach sich demnach in allen Klassen des russischen Volks für den Frieden aus, aber die Regierung war zu stolz, um demselben große Opfer zu bringen, die nach dem Fall von Sebastopol von den Verbündeten vielleicht verlangt werden konnten. Da kam den Russen ein wichtiger von ihnen in Kleinasien erlangter Vortheil zu Hülfe, um die Ansprüche der Westmächte herabzustimmen, und den gan-

*) Pelissier wurde außerdem zum Herzog von Malakof ernannt.

zen Krieg mit einer für die russischen Waffen ruhmvollen That zu schließen. Die in Kleinasien kämpfenden Truppen des Sultans waren, von unfähigen und eigennützigen Paschas befehligt, die ihre Soldaten an Allem Mangel leiden ließen und das zur Führung des Kriegs bestimmte Geld in ihren eigenen Nutzen verwandten, bei jeder Gelegenheit geschlagen worden. Als endlich ein besserer Heerführer, Wassif Pascha, der von zwei ausgezeichneten fremden Officieren, dem Engländer Williams und dem Ungarn Kmety unterstützt wurde, den Oberbefehl über die Türken in jener Gegend übernommen hatte, war es zu spät um dem Laufe des Krieges eine glücklichere Wendung zu geben. Wassif Pascha mußte sich mit dem was ihm von Truppen übrig blieb in die Festung Kars einschließen, und sich ungeachtet der tapfersten Vertheidigung, nachdem der Hunger einen großen Theil der Einwohner und der Besatzung fortgerafft hatte, an die Russen ergeben (28. November 1855). Der russische Obergeneral Murawiew*) behandelte die Ueberwundenen mit ausgezeichnetem Edelmuth. Die Einnahme dieser wichtigen Festung schien den Verlust von Sebastopol aufzuwiegen. Rußland konnte jetzt das Ansehen haben aus Friedensliebe und nicht aus Schwäche nachzugeben. Omer Pascha war zwar an der anatolischen Küste gelandet, hatte aber Kars nicht retten können, und wäre zu schwach gewesen, um die Fortschritte Murawiew's aufzuhalten. Die unglückliche Kriegführung der Türken in Kleinasien blieb nicht ohne Einfluß auf die Entschließungen des Londoner und Pariser Kabinets. Zu gleicher Zeit arbeiteten Preußen und Oesterreich aus allen Kräften an einer Annäherung der kriegführenden Mächte, indem sie besorgten, bei längerer Fortsetzung des Kampfes vielleicht aus ihrer Neutralität heraustreten und Partei ergreifen zu müssen. Besonders lag Oesterreich, das von den orientalischen Interessen so nahe berührt wird, an der Beilegung des Krieges. Bald nachdem die Nachricht von der Einnahme von Kars in Wien eingetroffen, hatte das österreichische Kabinet den Fürsten Paul Esterhazy nach Petersburg geschickt, wo derselbe mit dem Grafen Nesselrode sich sehr bald über ein Protokoll einigte, das als Friedensbasis dienen konnte. Am 26. Januar (1856) nahm der Sultan einundzwanzig Artikel an, die ihm von Oesterreich und den Westmächten vorgelegt wurden, welche die Gleichheit der Christen mit den Mahomedanern im türkischen Reich, Verbesserungen im Steuer- und Gerichtswesen u. s. w. betrafen, durch die den Russen für immer der Vorwand zu Einmischungen in die

*) Es war dies nicht der General Murawiew, der jetzt (1863) in Lithauen kommandirt.

inneren Angelegenheiten der Türkei entzogen werden sollte. Nach diesen Vorarbeiten ward am 25. Februar in Paris ein Kongreß zur Abschließung eines definitiven Friedens eröffnet. Napoleon III. hatte sich durch diesen Krieg zu einer sehr hohen Stellung in Europa emporgeschwungen, und stand als Schiedsrichter der streitigen Interessen und Parteien da. Oesterreich und noch mehr Rußland bewarben sich um seine Gunst. Sein Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Walewski, ein geborner Pole, aber natürlicher Sohn Napoleon I., leitete die Berathungen. Auch Sardinien wohnte in der Person des Grafen Cavour und des Marquis von Villamarina zum erstenmal einen Kongreß der Großmächte bei. Da Preußen an diesem Kriege gar keinen Antheil, auch nicht einmal durch Aufstellung eines Observationskorps, genommen hatte, so sah es sich auch von den Unterhandlungen ausgeschlossen. Insofern aber von dem Kongreß Abänderungen in den Wiener Verträgen, zu deren Geranten Preußen gehörte, getroffen werden konnten, beanspruchte Preußen mit seiner Meinung ebenfalls gehört zu werden, welchem gerechten Verlangen auch nachgegeben wurde, und der preußische Ministerpräsident von Manteuffel sich nach Paris begab. Um die militairischen und diplomatischen Erfolge des Kaisers der Franzosen zu krönen, kam seine Gemalin, die Kaiserin Eugenie, eine spanische Grafin aus dem Hause Montijo, mit einem Sohn und Thronerben nieder (16. März), ein Ereigniß, das unter den Anhängern der neuen Ordnung der Dinge in Frankreich große Freude erregte, und die Hoffnung auf die Dauer der Napoleonischen Dynastie vermehrte.

Am 30. März (1856) wurde das Friedensinstrument in Paris unterzeichnet. Rußland verstand sich dazu die Donaumündungen mit einem kleinen am linken Ufer zunächst dem schwarzen Meer gelegenen Landstrich abzutreten, dem einseitigen Protektorat über die Donaufürstenthümer und über die griechischen Christen in der Türkei zu entsagen, und Kars zurück zugeben. Dagegen lieferten die Westmächte Sebastopol und alle sonst von ihnen besetzten Punkte an Rußland aus. Die Ausführung der vom Sultan versprochenen Reformen und die Lage der Christen im türkischen Reich sollte von der Gesammtheit der christlichen Großmächte überwacht werden. Die österreichischen Truppen blieben in den Donaufürstenthümern bis über deren Zukunft von den Großmächten entschieden worden sei. Es handelte sich in Betreff ihrer vornehmlich darum, ob sie, wie bisher, unter zwei Hospodaren stehen, oder vereinigt werden sollten, worüber Frankreich und Rußland auf der einen, und England und Oesterreich auf der anderen Seite verschiedener

Ansicht waren. Rußland machte sich anheischig am schwarzen Meer keine Arsenale zu errichten, und daselbst nicht mehr Kriegsschiffe als die Pforte zu halten. Die Donauschiffahrt ward für unbedingt frei erklärt. Rußland wollte sich aber nicht dazu verstehen, die Integrität des türkischen Reiches für die Zukunft zu gewährleisten, weshalb Oesterreich und die Westmächte nachträglich (15. April) einen Separatvertrag zum Schutz der Türkei gegen Rußland, wenn es nöthig werden sollte, schlossen. Preußen hielt in diesem Fall zu Rußland.

Dieser Friede entsprach nicht den großen Anstrengungen und ausgezeichneten Thaten der kriegführenden Heere, und nicht den Erwartungen, welche die Welt von dem Ausgang des Kampfes gehegt hatte. In dem Territorialbesitz der Mächte ging keine Veränderung vor, da die kleine Gebietsabtretung Rußland's kaum in Anschlag gebracht werden konnte. Rußland hatte allerdings eine moralische Demüthigung, aber keine wesentliche Verminderung seiner Macht erfahren, und blieb in der Lage seine alten Eroberungsplane gegen die Türkei bei gelegener Zeit zu erneuern. Oesterreich und Preußen hatten sich schwach gezeigt, indem sie im Besitz einer großen Militairmacht kein derselben entsprechendes Gewicht in die Wagschale der Ereignisse warfen, sondern deren Verlaufe unentschlossen zusahen, und einer thatkräftigen Betheiligung sich entzogen. Auch England hatte nichts vollbracht was seines alten Rufes würdig gewesen wäre und an Nelson und Wellington erinnert hätte. Nur Frankreich war in der Meinung der Regierungen und Völker gestiegen, und hatte das Andenken an die letzten Niederlagen Napoleon I. verwischt. Es hatte von Neuem bewiesen, daß seine natürlichen Hülfsmittel und der kriegerische Geist seiner Bevölkerung nur einer kräftigen Leitung bedürfen, um ihm unter allen Umständen eine hervorragende Stellung in Europa zu verschaffen. Mit dem Pariser Kongreß war Napoleon III. in ein neues Stadium seiner Existenz getreten, das ihm noch glänzendere Aussichten auf Macht und Ruhm als bisher eröffnete.

---

8. Deutschland von der Wiederherstellung des Bundestags bis zur Einsetzung der Regentschaft in Preußen.

Die Wiederherstellung des Bundestags an seinem alten Sitz und mit allen früheren Formen war ein klares Zeichen gewesen, daß von oben her mit der freiheitlichen und volksthümlichen Richtung von 1848 gebrochen worden, und daß die öffentlichen Einrichtungen in Deutsch-

land wieder auf den vormärzlichen Standpunkt zurückgeführt werden sollten. Im Vergleich zu dem, was die deutsche Nation damals gefordert hatte und zu erreichen nahe gewesen, trat jetzt allerdings ein Stillstand und Rückschritt ein, der aber, je nach dem Charakter der Regierungen und dem von den Völkern erreichten Bildungsgrad, eine sehr verschiedenartige Gestalt annahm. In manchen Staaten suchte man zwar die während der Jahre 1848 und 1849 erschütterte Fürstengewalt möglichst wieder herzustellen, ließ aber die eingeführten Reformen, so weit dieselbe von ihnen nicht berührt wurde, bestehen; in anderen war man bemüht, sich Zuständen zu nähern, die allmälig dem Bewußtsein des deutschen Volks fremd geworden waren, oder demselben geradezu widersprachen. Im Ganzen und Großen gelang es der Reaktion nur selten, die vormärzlichen Einrichtungen vollkommen, am wenigsten aber ihrem Geist nach zu erneuern, weil der Eindruck mächtiger Ereignisse sich aus dem Gedächtniß der Völker, besonders wenn sie bei denselben selbst thätig gewesen, nie ganz verdrängen läßt. Das größte Unglück für Deutschland bestand nicht in dem Verluste einzelner Errungenschaften, die zum Theil sehr gemischter Natur waren, und unter vielem Wahren und Werthvollen auch manches Irrthümliche und Schädliche enthielten, sondern darin, daß der Hauptpunkt und Zweck, auf den es bei den Besseren und Einsichtsvolleren vornehmlich abgesehen gewesen, die Herstellung eines einigen Deutschland's verfehlt worden, und die alte Zersplitterung mit ihrer Ohnmacht nach Außen und ihrer Zwietracht im Innern wieder zu voller Blüthe gediehen war. Denn ein Volk kann in seinen socialen und politischen Einrichtungen an vielen Mängeln leiden und doch wirklich groß sein, sobald es ein in sich übereinstimmendes Ganzes ausmacht, das in allen entscheidenden Fällen die widerstrebenden einzelnen Richtungen zur Anerkenntniß seines höheren Rechts nöthigt, und dem Ausland als ein geschlossener Phalanx gegenübersteht. Dieses Bedürfniß der Einheit, deren Bedeutung von der Mehrheit der Gebildeten in Deutschland im Lauf der Zeit begriffen worden, und das auch die Massen instinktartig fühlten, war durch das Scheitern des deutschen Parlaments und der mit ihm verbundenen Bestrebungen unbefriedigt geblieben, aber das Ziel war einmal erkannt, der Weg dazu betreten gewesen, und derselbe konnte, wenn er auch für den Augenblick verlassen worden, wieder gefunden, und mit Vermeidung der damals begangenen Fehlgriffe von Neuem beschritten werden.

Die einzelnen deutschen Regierungen zeigten sich im Wesentlichen in dieser Epoche der Reaktion dem Geiste treu, der sie schon vor den

Stürmen des Jahrs 1848 erfüllt hatte. Oesterreich, das von jeher ein Gegner der Freiheit und des Fortschritts und der vornehmste Hort des Absolutismus in Europa gewesen, suchte, nachdem es seine Absichten in Kurhessen und Holstein-Schleswig erreicht und am Bundestag wieder die erste Stelle eingenommen hatte, auch bei sich das konstitutionelle System so schnell als möglich zu beseitigen. Die Verfassung vom 4. März 1849, die den österreichischen Einheitsstaat verkündigt hatte, war den Völkern, die, wie Magyaren und Kroaten, schon vorher im Besitz repräsentativer Institutionen gewesen, verhaßt, weil sie dieselben ohne angemessenen Ersatz ihrer wichtigsten, althergebrachten Rechte beraubte. Die übrigen Bestandtheile Oesterreich's, selbst die deutschen Provinzen, hatten nach der Art wie die konstitutionellen Garantien unaufhörlich verletzt wurden, und an ihre Stelle der Militairdespotismus getreten, die Hoffnung, daß auf dem Wege der Octroyirung ein besserer Zustand herbeigeführt werden könnte, verloren. Sie waren für den Augenblick gelähmt und gleichgültig geworden. Die Finanznoth — die Ausgaben für die Armee hatten von November 1848 bis November 1849 die gesammte Staatseinnahme um 13 Millionen Gulden überstiegen — der Druck der Steuern, die Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse lagen einem so entmuthigten Volke näher als die Fragen über öffentliches Recht und politische Freiheit. Welche Bedeutung hatte in der That auch eine Konstitution, die in jedem Augenblick durch die Einführung des Belagerungszustandes unwirksam gemacht werden konnte? — Sie wurde zuerst in Flugschriften, die zum Theil aus der Nähe des Hofes hervorgingen, dann in Blättern angegriffen, die unter dem Einfluß des Ministeriums standen. Man traf Anordnungen, nahm Maßregeln, die mit der Verfassung, wie sie auf dem Papier stand, unvereinbar waren. Franz Joseph hatte dieselbe nicht beschworen und hielt sich deshalb auch nicht durch sie für gebunden. Sie wurde am 31. December 1851 durch eine kaiserliche Erklärung außer Wirksamkeit gesetzt. Obgleich Oesterreich auf diese Art zu den vor 1848 vorhanden gewesenen Zuständen zurückkehrte, so waren dennoch die Ereignisse jenes Jahres nicht ohne heilsamen Einfluß geblieben. In den politischen Formen kehrte es zum Alten zurück, in den viel wichtigeren socialen Einrichtungen trat eine erhebliche Verbesserung ein. Unter der Herrschaft des konstitutionellen Systems war ein großes Princip proklamirt worden, das unter dem wieder hergestellten Absolutismus nicht nur nicht zurückgenommen, sondern ausdrücklich anerkannt und für nothwendig erklärt wurde. Der Reichstag hatte das Unterthanenverhältniß des Landvolks

zu den Gutsherren, und alle aus dem Feudalwesen stammenden Dienste und Lasten aufgehoben. Die Regierung führte diese wesentliche Reform im Dasein der großen Mehrheit der Bevölkerung, ungeachtet aller entgegenstehenden Schwierigkeiten, mit unermüdlicher Thätigkeit durch. Bei der Lähmung des öffentlichen Geistes, der Abwesenheit einer freien Presse und dem Mangel an parlamentarischer Aufsicht über die Verwaltung blieben in derselben viele Mißbräuche bestehen, und traten bei der immer größer werdenden Finanzverlegenheit neue hinzu, die später in einem gefahrvollen Augenblick sich in ihrer ganzen Schädlichkeit fühlbar machen sollten, aber die Befreiung des ländlichen Eigenthums und die Gleichheit aller Klassen vor dem Gesetz blieb bestehen, und konnte für einen Ersatz für anderweitig unerfüllt gebliebene Hoffnungen gelten. Das alte Oesterreich, wie es bis zum März 1848 bestanden, war nur eine politische Macht gewesen, das aus dieser Erschütterung hervorgegangene neue Oesterreich ist ein organischer Staat, oder kann wenigstens ein solcher werden.

Die preußische Politik hatte sich seit Ablehnung der deutschen Kaiserwürde in fast ununterbrochenem Nachtheil gegen die österreichische befunden. Kaum hatte sie in einer Frage eine feste Stellung genommen und Miene gemacht, sie vertheidigen zu wollen, als sie dieselbe, wenn ihr Hindernisse entgegentraten, ohne angemessene Kraftanstrengung wieder aufgab. Es war von ihr mehr als einmal das Gegentheil von dem gethan worden, was sie kurz vorher laut erklärt hatte thun zu wollen. So war es in Bezug auf die Union, Schleswig-Holstein, Kurhessen und zuletzt den Bundestag gegangen. Sie hatte so wenig Erfahrung, Voraussicht und Entschlossenheit bewiesen, daß sie des ihr anfangs in Deutschland so reichlich entgegengebrachten Vertrauens verlustig ging, zuletzt aber auch das Ausland gegen sich hatte, und wenn sie es zu spät auf einen Kampf gegen Oesterreich hätte ankommen lassen wollen, von aller Welt verlassen dagestanden wäre. Obgleich sie es gewesen, die in Dresden und im südwestlichen Deutschland die Revolution besiegt hatte, so besaß sie auch dort nicht den gebührenden Einfluß. Nur in einem Punkt, der allerdings eine doppelte, politische und kommercielle Wichtigkeit besaß, in Bezug auf den Zollverein, hielt die preußische Regierung an dem von ihr errungenen Standpunkt fest. Nachdem Oesterreich's Plan, mit seinem gesammten Staatenkomplex in den deutschen Bund einzutreten, vornehmlich an dem Widerstand Frankreich's und Rußland's gescheitert war, wollte es, um Preußen entgegenzuarbeiten und seinen Einfluß auf Deutschland zu erweitern, in den Zollverein aufgenommen

werden. Da brachte Preußen durch Specialvertrag vom 7. September 1851 eine Handelseinigung mit Hannover unter Gewährung eines Zollpräcipuums zu Stande, der auch bald Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe, d. h. sämmtliche Mitglieder des 1834 von Hannover als Gegensatz zum preußischen Zollverein gestifteten Steuervereins, beitraten. Die Lage der Dinge hatte sich seitdem geändert, und die Erfahrung diesen norddeutschen Staaten bewiesen, daß der Anschluß an den von Preußen gegründeten Zollverein für sie nützlich sein würde. Die Bekanntmachung des ganz im Stillen abgeschlossenen Vertrags vom 7. September, der als eine Sonderverbindung erschien, brachte unter den sich zu Oesterreich neigenden Zollvereinsstaaten eine große Bewegung hervor. Als Preußen, in Rücksicht auf seinen neuen Vertrag mit Hannover, den Zollverein im December 1851 in der Ueberzeugung kündigte, daß die Vortheile, welche seine bisherigen Genossen aus demselben geschöpft, wenn auch einige derselben ihn jetzt aufgeben sollten, früher oder später seine Wiedervereinigung herbei führen würden, so benutzte dies Oesterreich, um Preußen die Absicht unterzulegen, als wolle es diese nationale Handelsschöpfung ganz zerstören, und knüpfte hieran den Versuch zur Anbahnung eines deutsch-österreichischen Zollvereins. Oesterreich berief zu diesem Zweck für den 2. Januar 1852 eine Zollkonferenz nach Wien, die, mit Ausnahme Preußen's, Holstein's, Mecklenburg's und der thüringischen Fürstenthümer, von allen übrigen deutschen Staaten beschickt wurde. Wegen der für Deutschland unvortheilhaften Vorschläge führte diese Konferenz zu weiter nichts als zu einer allgemeinen Kundgebung der Geneigtheit für eine Zolleinigung mit Oesterreich. Die Vertreter der auf Preußen eifersüchtigen Staaten versammelten sich hierauf (5. April 1852) in Darmstadt, wo der Wiedereintritt in den Zollverein von der Bedingung abhängig gemacht wurde, daß auch Oesterreich in denselben aufgenommen werde. An der Geltendmachung dieses Beschlusses scheiterte der von Preußen auf der Zollkonferenz der bisherigen Zollvereinsstaaten zu Berlin am 19. April gemachte Versuch einer Wiederherstellung des Zollvereins. Preußen war einer Handelseinigung mit Oesterreich nicht durchaus entgegen, wollte aber erst nach Rekonstruirung des Zollvereins darüber in Unterhandlung treten. Die Frage, ob diese Unterhandlungen vor oder nach der Wiederherstellung des Zollvereins statt finden sollten, war von entscheidender Bedeutung. Denn wenn die Wiederherstellung vor den Unterhandlungen zu Stande kam, so wurde Preußen auf gleiche Linie mit den übrigen deutschen Staaten gestellt, während es im entgegengesetzten Fall als das Haupt der

deutschen Handelseinigung und als der Wahrer der deutschen Handelsinteressen, gegenüber den speciellen Handelsinteressen Oesterreich's, erschien. Die preußische Regierung gab nicht nach und wurde hierin von der Zustimmung der Gewerbetreibenden in allen Theilen des Zollvereins unterstützt. Die zu Oesterreich haltenden Staaten versammelten sich von Neuem, richteten aber, da auch der Steuerverein fest auf preußischer Seite blieb, nichts aus. Dem österreichischen Kabinet, an dessen Spitze, im Vergleich zu dem hochfahrenden Fürsten Schwarzenberg, der am 3. April 1852 plötzlich mit Tode abgegangen, der gemäßigte Graf Buol-Schauenstein getreten, schien es, aus Rücksicht auf die Lage Europa's, gerathen, Preußen wieder näher zu treten. Es ließ deshalb in seinem Eifer in den Zollverband aufgenommen zu werden etwas nach, und begnügte sich zuletzt mit dem Abschluß eines Handelsvertrags mit Preußen auf zwanzig Jahre (19. Februar 1853), der den Eintritt Oesterreich's in den Zollverein nicht unmöglich machte, aber doch weit hinausschob. Die Darmstädtische Koalition sah sich zum Nachgeben genöthigt, und der bisherige Zollverein ward wieder hergestellt, nur daß er durch den Beitritt des Steuervereins eine Erweiterung erhielt. Die preußische Regierung hatte in dieser Frage durch kluge Berechnung und Ausdauer einen vollständigen Sieg davon getragen, was um so mehr bedauern läßt, daß es bei den früheren politischen Unterhandlungen nicht dieselbe feste Haltung angenommen hatte. Selbst Preußen's Nebenbuhler und Gegner wurden zu der Ueberzeugung genöthigt, daß sie desselben nicht entbehren konnten. Auch erwarb es zu derselben Zeit, im Interesse seiner aufkeimenden Seemacht, von Oldenburg, nicht ohne Widerspruch Hannover's, den Jahdebusen und damit einen Hafen in der Nordsee, der ihm seit dem Verlust Ostfriesland's gefehlt hatte.

Die Reaktion, die in ganz Deutschland seit dem verfehlten Versuch einer großen Reform im Sinne der nationalen Einheit und politischen Freiheit, eingetreten war, zeigte sich in Preußen besonders in der Art, wie der Ausbau der Verfassung aufgehalten, und die nothwendigen Konsequenzen des konstitutionellen Systems künstlich umgangen oder offenbar verletzt wurden. Nachdem die von der Krone selbst ausgegangene Verfassung durch die vor der Beschwörung derselben stattgehabte Revision in manchen Bestimmungen wesentlich verändert worden, ward ein Preßgesetz erlassen, das die freie Meinungsäußerung in fast eben so enge Fesseln, wenn auch unter etwas anderen Formen, als zur Zeit der Censur schlug. Die Stellung der Beamten war durch die Disciplinarhöfe abhängiger als früher geworden, es wurde ein strenges Gesetz über

den Belagerungszustand eingeführt, der vor 1848 unbekannt gewesen, und jetzt den militairischen Befehlshabern und Kriegsgerichten eine mit der Freiheit und den Rechten der Staatsbürger unvereinbare Gewalt in die Hände gab. Während eine Anzahl von Verfassungsbestimmungen durch Specialgesetze aufgehoben wurde, schien es in anderen Fällen als wolle man die Verfassung unausgeführt lassen. Die evangelische Kirche, die nach Artikel 15 der Verfassung eine von der Einmischung der weltlichen Behörden befreite, selbstständige Organisation erhalten sollte, kam unter die Aufsicht eines Kollegiums, der „Evangelische Kirchenrath" genannt, der ausschließlich der Krone verantwortlich sein sollte. Der Kultusminister von Raumer erklärte mehrmals, daß die Kammern gar kein Recht hätten sich in die inneren Angelegenheiten der evangelischen Kirche zu mischen, die eben so unabhängig wie die katholische Kirche sei. Diese vermeintliche Unabhängigkeit bestand aber darin, daß sie ganz allein vom Könige regiert werden sollte. Der Begriff der Unabhängigkeit schien für dieselbe blos deshalb aufgestellt zu sein, um sie der Kontrolle der gesetzgebenden Körperschaften zu entziehen. Der größte Sieg der Reaktion in Preußen bestand aber in der Sistirung der von der Verfassung über die Reorganisation der Gemeindeordnungen und Kreisvertretungen gegebenen Bestimmungen. Durch die Art wie diese bei Seite gesetzt oder umgestaltet wurden, erhielten die Rittergutsbesitzer einen großen Theil ihrer frühern Vorrechte zurück. Auch blieb die Ungleichheit in der Besteuerung bestehen. Der Kampf zwischen dem modern-repräsentativen und dem mittelalterlich-ständischem Princip, der in den meisten civilisirten Ländern längst beseitigt worden, dauerte in Preußen fort, und führte in dessen Entwickelung eine Begriffsverwirrung und Disharmonie ein, die seiner Stärkung im Innern wie seinem Einfluß nach Außen hin hemmend entgegentrat. Indessen gelang es der Reaktion nicht, ungeachtet der angestrengtesten Bemühungen, die vormärzlichen Zustände, wie ihre Koryphäen dies beabsichtigten, vollkommen wiederherzustellen, noch weniger vermochte sie es ihre Bestrebungen der öffentlichen Meinung annehmbar zu machen, und ihnen im Volk eine moralische Anerkennung zu verschaffen. Mit geschickter Benutzung günstiger Umstände, die aber in der Zeit, wie sie einmal geworden, den Charakter des Vorübergehenden an sich tragen mußten, konnte die Reaktion den Fortschritt hemmen, und einzelne Institutionen aus der Epoche des Absolutismus und Feudalismus wieder herstellen, dieselben aber frische Wurzeln schlagen zu lassen, ihnen einen organischen Zusammenhang mit dem Ganzen und eine dauernde Bedeutung zu verschaffen, und sie an

die Stelle der konstitutionellen Einrichtungen zu setzen, lag außer dem Bereich des Möglichen. Die Bewegungen des Jahrs 1848 waren auch für Preußen, wie für ganz Deutschland, ungeachtet alles Widerstandes der Reaktion, nicht ohne heilbringende Ergebnisse geblieben. Es war damals Vieles falsch angegriffen, Vieles verfehlt, aber dennoch einige wichtige Schritte vorwärts gethan worden, die sonst noch lange unterblieben sein würden. Es ward vom preußischen Volk das Geschwornengericht, die Gleichheit vor der Justiz, ein viel besseres Strafgesetzbuch als vorher bestanden, vor Allem aber eine Repräsentativverfassung erworben, die, wie unvollkommen sie auch in ihren einzelnen Theilen sein mag, eine Nation an den Gebrauch ihrer Rechte gewöhnt, und sie aus einem passiven Zuschauer, zu einem aktiven Mitarbeiter bei ihren Angelegenheiten macht.

Im übrigen Deutschland, in Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Oldenburg, Nassau u. s. w., machte sich die Reaktion insofern geltend, als entweder die vormärzlichen Ministerien wieder hergestellt oder solche, die in deren Geiste wirkten, eingesetzt, die zur Zeit der Nationalversammlung dem Volk verliehenen Rechte zurückgenommen, die Presse beschränkt, die politischen Vereine unterdrückt, mit einem Wort: die liberalen Ideen und Institutionen in ihrer fortschreitenden Entwickelung gehemmt wurden. Aber nirgends, außer in Kurhessen, wurden die bestehenden Einrichtungen als ein Ganzes, einseitig aufgehoben, und andere willkührlich an deren Stelle gesetzt. Der Bundestag, der weder etwas verlernt noch vergessen hatte, und wieder vollkommen in die vor 1848 gelegten Gleise getreten war, erklärte am 27. März 1852 die kurhessische Verfassung von 1831 für unvereinbar mit den Bundesgesetzen, und beauftragte den Kurfürsten seinen Ständen eine neue Verfassung zur Annahme vorlegen zu lassen. Die kurfürstliche Regierung entsprach dieser Aufforderung nur zu gern, zu der sie selbst den ersten Anstoß gegeben hatte. Es wurde vom Kurfürsten eine Verfassung bekannt gemacht, welche die Volksrechte aufs äußerste schmälerte und ihnen kaum einen Schatten von Wahrheit übrig ließ. Hassenpflug berief zur Berathung dieser Verfassung nur eine Ritterkurie und keine zweite Kammer, aber auch diese Adelsversammlung verwarf die von ihm vorgelegte Verfassung, weil in ihr die althergebrachten Rechte des Landes zu sehr verletzt waren. Er versuchte noch einmal eine Vereinbarung, aber eben so vergeblich. Diese zu Recht gar nicht bestehende und von der großen Mehrheit der Bevölkerung mit äußerstem Widerwillen betrachtete Verfassung war unterdessen dem Lande mit Gewalt aufgelegt worden. Auch nach Hassen=

pflug's Entlassung (1855), in dessen Stelle gleichgesinnte Nachfolger traten, ward hierin nichts geändert. Als beide Kammern die Verfassung von 1831 zurückverlangten, wurden sie abschlägig beschieden, und als die Verfassungsangelegenheit beim Bundestag zur Berathung kam, erklärte sich nur Preußen entschieden für die Rechte des kurhessischen Volks und die Verfassung von 1831, während Oesterreich und die Mehrheit des Bundestags auf Seite des Kurfürsten trat. Der Rechtsbruch in Kurhessen war noch schlimmer als was ungefähr zwanzig Jahre vorher in Hannover geschehen, denn der König Ernst August hatte die Verfassung, die er damals willkührlich beseitigte, nicht selbst unterzeichnet, der Kurfürst Friedrich Wilhelm aber sich an ihr betheiligt und sie lange Zeit über beobachtet. Die Kluft zwischen dem Kurfürsten und dem Lande ward immer größer. Nach jeder Wahl protestirten die Kammern gegen die Gültigkeit der Verfassung von 1852, die gleichwohl weder zurückgenommen noch modificirt wurde. Selbst der bessere Theil der Reaktion nahm an diesem Verfahren des Kurfürsten Anstoß, da dadurch die Monarchie und die gesetzliche Ordnung in den Augen der Völker offenbar herabgesetzt werden mußten. Dieser unwürdige Zustand hätte noch lange fortdauern können, wenn nicht Preußen sich endlich (1862) zu einer kräftigen Dazwischenkunft und drohenden Erklärung gegen den Kurfürsten zu Gunsten des hessischen Volks erhoben hätte, der als er Ernst sah, den verletzten Rechtszustand wieder herzustellen versprach.

Unter allen deutschen Staaten war Mecklenburg in socialer und politischer Beziehung am meisten zurückgeblieben. Man kann wohl ohne Uebertreibung behaupten, daß es das einzige civilisirte Land in Europa war, wo eine vollkommen der Vergangenheit angehörige Verfassung bestand, in welcher der Fürst nur dazu da zu sein schien, um die Vorrechte des Adels zu schützen, und das Volk, um denselben zum Fußschemel zu dienen. Auch in diese veralteten Zustände, die sich bisher allen Einflüssen und Wandlungen der Zeit entzogen hatten, griff das Jahr 1848 erschütternd ein. Bei der Kunde von dem, was im südwestlichen Deutschland, in Wien und Berlin vorgegangen, entstanden Unruhen in Stadt und Land. Es wurde ein außerordentlicher Landtag einberufen, auf den eine verfassungsgebende Abgeordnetenkammer folgte (31. Oktober 1848), die von dem Großherzog Friedrich Franz in Person eröffnet wurde, der in seiner, im Dom zu Schwerin gehaltenen Thronrede, für Mecklenburg die Nothwendigkeit anerkannte, durch eine volksthümliche Verfassung in die Reihe der konstitutionellen Staaten eingeführt zu werden. Der lange Druck hatte die liberale Partei in diesem Lande er-

bittert, und der Entwurf zu einem neuen Staatsgrundgesetz, welcher der verfassungsgebenden Abgeordnetenkammer vorgelegt wurde, war so extrem=demokratischer Natur, daß er nahe an die Republik streifte. Derselbe hatte nicht nur die Grundaristokratie, der selbst ihre Titel nicht gelassen werden sollten, sondern auch einen Theil des Beamtenstandes und die Geistlichkeit gegen sich. Aus der mehrmaligen Revision dieses von vielen Seiten angefochtenen Entwurfes ging endlich ein Staatsgrundgesetz hervor, das vom Großherzog angenommen wurde, und die Aufhebung der alten landständischen Verfassung zur Folge hatte (11. Oktober 1849). Bald nachdem dasselbe erschienen, wurde von dem Könige von Preußen und anderen erbberechtigten Agnaten gegen dessen Rechtsbeständigkeit protestirt. Die einheimische Reaktion wandte sich mit ihren Beschwerden über die neue Ordnung der Dinge an den Wiener und Berliner Hof, an die interimistische Centralgewalt nach Frankfurt, wo sie geneigtes Gehör fand, und bat dringend, den Großherzog und das Land aus den Händen der Demokratie zu retten. Indessen waren aus dem früheren Verfassungsentwurf alle übertriebenen Bestimmungen entfernt worden, und das neue Staatsgrundgesetz enthielt nichts, was mit der konstitutionellen Monarchie unverträglich gewesen wäre. Die Reaktion wollte aber um jeden Preis die aufgehobenen Einrichtungen wieder hergestellt wissen, und dies weniger, als irgendwo in Deutschland, aus einer sentimentalen Anhänglichkeit an das Alte, als um der materiellen Vortheile willen, die sie dem herrschenden Stande gewährt hatten. Das aus der volksthümlichen Bewegung hervorgegangene Ministerium Lützow zeigte sich schwach, und die Menge fiel, nachdem die von den Zeitereignissen entzündete Begeisterung mit diesen selbst verraucht war, wieder in die frühere Lethargie und Passivität zurück. Die alten Landstände traten mit einem förmlich organisirten Widerstande hervor, dem Niemand kräftigen Einhalt that. Der unterdessen in ganz Deutschland erfolgte Umschlag leistete der Reaktion mächtigen Vorschub, und der Großherzog ließ sich, da der Konflikt immer lebhafter wurde, zum Eingehen auf eine Kompromißinstanz bewegen, nach welcher Preußen und Hannover über den zwischen dem Alten und Neuen in Mecklenburg entstandenen Kampf entscheiden sollten, ein Ausweg, auf den man nur in einem Staate fallen konnte, dem der Begriff einer nationalen Autonomie ganz fremd war. Die im Sinne des neuen Staatsgrundgesetzes gewählte Abgeordnetenkammer wurde vertagt, das Ministerium Lützow reichte seine Entlassung ein, und der bisherige Unterstaatssekretair im Ministerium des Auswärtigen in Berlin, Graf Bülow, ein entschiede=

ner Anhänger des Alten, wurde an die Spitze des mecklenburgischen Staatsministeriums gestellt. Friedrich Wilhelm IV. ernannte den Vicepräsidenten des Obertribunals, Götze; Ernst August den Geheimenrath von Scheele, zu Schiedsrichtern. Beide Ernannte wählten den Präsidenten des sächsischen Oberappellationsgerichts von Langenn zum Obmann. Diese sollten zwischen dem Großherzog, der das Staatsgrundgesetz vertrat, als Beklagtem, und der mecklenburgischen Ritterschaft, als Klägerin, entscheiden. Der Rechtsspruch erfolgte am 11. September 1850 zu Freienwalde in der Mark Brandenburg, und erklärte, daß die Einführung des Staatsgrundgesetzes und die Aufhebung der landständischen Verfassung null und nichtig, und daß der Großherzog gehalten sei, nach Anleitung des mecklenburgischen landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs vom Jahr 1755, für den Herbst des Jahrs 1850 einen Landtag auszuschreiben. Von jetzt an hatte die Reaktion gewonnenes Spiel und ließ sich durch nichts mehr aufhalten. Das Staatsgrundgesetz ward abgeschafft, die vorher nur vertagte Abgeordnetenkammer förmlich aufgehoben, und der Landtag in der früheren Form einberufen. Nach und nach kehrten die alten Zustände vollständig zurück, als hätten sie nie eine Unterbrechung erfahren. Die mecklenburgische Reaktion, nicht zufrieden mit ihrem Siege, ließ sich später gehässige und ungerechte Verfolgungen gegen diejenigen zu Schulden kommen, welche sich an den Protesten gegen die Aufhebung des von dem Großherzog selbst anerkannten Staatsgrundgesetzes betheiligt hatten. Ungeachtet der Niederlage, welche die konstitutionellen Ideen in Mecklenburg erlitten, hat das Jahr 1848 auch dort Spuren zurückgelassen, welche von dem nachfolgenden Druck nicht mehr ausgelöscht werden konnten. Die freisinnige Partei ist, wenn sie auch zu schwach war, um unter ungünstigen Zeitverhältnissen ihr Werk aufrecht zu halten, sich ihres Zwecks und Ziels viel lebendiger als früher bewußt geworden, und wird bei dem unausbleiblichen nationalen Aufschwunge Deutschland's nicht verfehlen, ihre Rechte wieder geltend zu machen.

Ein besonders ergiebiges Feld für die Reaktion war Hannover, nur daß sie daselbst mit etwas mehr Behutsamkeit als in Mecklenburg auftreten mußte, da ersteres, vermöge seiner Lage und Geschichte, von den Ueberzeugungen und Ereignissen der Zeit tiefer und allgemeiner als letzteres berührt worden war. Aber an dem guten Willen so viel als möglich sich von der Gegenwart abzuwenden und auf die Vergangenheit zurückzukommen, fehlte es in Hannover so wenig als in Mecklenburg. Nachdem die aristokratische Partei seit dem Regierungsantritt Georg V.

mehrmals, aber ohne Erfolg, dahin gewirkt, ihre durch die Verfassung von 1848 geschmälerten Vorrechte wieder herzustellen, namentlich die erste Kammer in ihrem Sinne umzugestalten und das Wahlrecht zur zweiten Kammer zu beschränken, wandte sie sich mit der Beschwerde wegen Vorenthaltung ihres Zustimmungsrechts bei Verfassungsveränderungen an den Bundestag, der gern auf diese Angelegenheit einging, und die hannoversche Regierung zur Verantwortung gegen die betreffenden Klagepunkte aufforderte. Es war dabei vornehmlich auf die Wiederherstellung der 1848 beseitigten Provinziallandschaften abgesehen, in denen, im Gegensatz zu der allgemeinen Ständeversammlung, die Interessen der adeligen Grundbesitzer vertreten waren. Die hannoversche Regierung neigte sich damals, wie die meisten deutschen Regierungen, auf Seite der bevorrechteten Stände, in denen sie, sehr irrig und kurzsichtig, einen Damm gegen das Umsichgreifen der demokratischen Ideen erkennen wollte, während ein solcher Schutz in wahrhaft monarchischen Staaten nur in der Gesammtheit des Volks gefunden werden kann. Während das hannoversche Land zahlreiche Petitionen an den König um Erhaltung der Verfassung von 1848 richtete, ward eine Proklamation erlassen (19. Mai 1855), in welcher die der Reaktion mißfälligen Gesetze von 1848 bis 1851 von Bundes wegen für aufgehoben erklärt wurden. Dennoch berief das Ministerium die von ihm selbst als ungesetzlich bezeichneten Stände von 1848 zum 15. Juni ein, und legte denselben den Entwurf zur Bildung einer ersten Kammer vor, in welchem die Forderungen der Provinzialritterschaften ihre Erledigung gefunden hatten. Ein aus beiden Kammern gebildeter Ausschuß lehnte in seinem Bericht die Einmischung des Bundestags in die inneren Angelegenheiten des Landes ab, und führte Beschwerde über das Ministerium, besonders wegen der weiteren Kompetenz, die dasselbe dem Bundestag zugestanden, mit dem es von Hause aus gegen die hannoverschen Verfassungszustände einverstanden zu sein schien. Da wurden die Kammern vertagt (13. Juli 1855), und der König ernannte ein specifisch ritterschaftliches Ministerium, in welchem zwei entschiedene Anhänger der Reaktion: der bisherige Bundestagsgesandte, Graf Kielmannsegge, das Portefeuille des königlichen Hauses und der Finanzen, und Graf Platen-Hallermünde, bisher Gesandter in Paris, die Leitung des Auswärtigen, übernahmen. Schon am 31. Juli wurden von den neuen Ministern die Beschlüsse von 1848 außer Wirksamkeit gesetzt. Jetzt wurden alle Forderungen des Bundestags erfüllt, und die früheren Wahlordnungen wieder eingeführt, was zu Reklamationen, denen in Kur=

hessen nicht unähnlich, Veranlassung gab, durch welche die Gemüther des Volks dem monarchischen Princip entfremdet, und die Ideen von 1848, die man zerstören wollte, neu belebt wurden.

Schlimmer als alles, was sonst in Deutschland geschah, waren die Zustände in Schleswig-Holstein, da es sich daselbst nicht um einen Streit innerhalb desselben Landes und Volkes, der für einen Familienzwist gelten konnte, sondern um die Unterdrückung eines deutschen Stammes durch eine fremde Nation, also um die Gefährdung der Ehre von ganz Deutschland handelte. Der Entwurf zu einer Verfassung für die Herzogthümer, den die dänische Regierung einer nach Flensburg berufenen Versammlung von Notabeln vorgelegt hatte (Juli 1851), verletzte die ältesten und theuersten Rechte dieser Länder, und selbst Oesterreich, das sich sonst immer so kalt gegen die Herzogthümer gezeigt hatte, sah sich bewogen, das dänische Kabinet von den Inkorporationstendenzen in Bezug auf Schleswig abzumahnen, Provinzialstände für beide Herzogthümer zu verlangen, und an die geschichtlichen Rechtsverhältnisse zu erinnern, durch welche Schleswig und Holstein miteinander verbunden waren. Am 27. Januar (1852) erließ das dänische Kabinet ein Manifest, in welchem die Norm für die künftige Regierung der dänischen Gesammtmonarchie angegeben war. Schleswig auf der einen und Holstein und Lauenburg auf der anderen Seite, sollten jedes unter einem besonderen, nur dem König verantwortlichen Minister stehen, und die Stände in den Herzogthümern, aber getrennt, fortdauern. In Schleswig wurde die deutsche und dänische Sprache für gleichberechtigt erklärt und eine Amnestie versprochen. Im Februar wurde Holstein von den österreichischen Truppen geräumt. Der Schwäche gegenüber, welche Deutschland fortwährend gegen die Dänen bewies, legten sich dieselben jetzt weniger Zwang als je an. Von der Amnestie wurden, außer den Prinzen des Hauses Augustenburg, außer Reventlow, Beseler und siebenzehn anderen Personen, auch alle diejenigen ausgenommen, welche am 24. März 1848 in der Armee Officierstellen bekleidet und an dem Kriege Theil genommen hatten. Alles Kriegsmaterial wurde von Rendsburg nach Kopenhagen gebracht und die Festung selbst geschleift. Von der Kieler Universität wurden acht Professoren entlassen, und in Schleswig wurde der rücksichtsloseste Kampf gegen deutsche Sprache und Nationalität unternommen. So sollte es Jahre hindurch fortgehen. Seit lange arbeitete die dänische Regierung darauf hin, bei den Großmächten Europa's eine Garantie für das Bestehen des Gesammtstaats zu erlangen. Rußland förderte dieses Streben eifrig im eigenen Interesse, und England

und Frankreich traten dabei aus Mangel an Verständniß für die deutsch-dänischen Beziehungen, und Gleichgültigkeit gegen das Loos der Herzogthümer auf Dänemark's Seite. Am 8. Mai 1852 unterzeichneten die Bevollmächtigten der Großmächte in London einen Vertrag, wonach die Erhaltung des dänischen Gesammtstaats als permanenter Grundsatz aufgestellt, und zu dem Ende die Erbfolge für sämmtliche Theile der Monarchie auf den Prinzen Christian von Glücksburg übertragen wurde, den der König Friedrich VII. sofort adoptirte. Dieser Vertrag war ein Gewaltstreich, der vielfach persönliche und sachliche Rechte, besonders aber die unläugbaren Ansprüche des Herzogs von Augustenburg verletzte, dem das nähere Erbrecht in den Herzogthümern zustand. Bei dem allen wurde die Versicherung gegeben, daß die Rechtsverhältnisse Dänemark's und des deutschen Bundes nicht verändert werden sollten. Aber was hatte eine solche Erklärung gegenüber den Thatsachen und den Konsequenzen dieses Vertrags zu bedeuten! Nachdem die Verfassung für den Gesammtstaat eingeführt worden, kehrten sich die dänischen Minister nicht mehr an die Bestimmung, daß die deutschen Herzogthümer zwar zur dänischen Monarchie gehören, aber ihre besonderen Rechte und Verfassungen behalten sollten. Man ging so weit, die Domainen der Herzogthümer zur Tilgung der dänischen Staatsschulden zu veräußern. Oesterreich und Preußen nahmen sich jetzt, aber jedes für sich, ohne Zuziehung des deutschen Bundes, der Herzogthümer an, verlangten Einstellung des Domainenverkaufs, und daß die Verfassung des Gesammtstaats den Ständen Holstein's, Schleswig's und Lauenburg's, so weit sie in deren besonderen Verhältnisse eingriff, zur Begutachtung vorgelegt werde. Die dänische Regierung erwiederte: Oesterreich und Preußen hätten den Gesammtstaat anerkannt und gegen die Verfassung keinen Protest erhoben, die durch den Widerspruch der Provinzialstände nicht mehr ungültig gemacht werden könnte. Oesterreich und Preußen brachten die Angelegenheit vor den Bundestag, der mit Dänemark in Unterhandlungen trat, das endlich zugab (15. Juli 1858) die Gesammtverfassung sollte einstweilen für Holstein unverbindlich sein, bis die der Vereinbarung entgegenstehenden Schwierigkeiten kommissarisch ausgeglichen sein würden. Ueber die Gränzen dieser Unverbindlichkeit wurde wiederum lange hin und hergestritten. Der Bundestag erklärte, Dänemark dürfe ohne Zustimmung der holsteinischen und lauenburgischen Stände keine Gesetze für diese Länder erlassen. Aber das Kopenhagener Kabinet trieb, im Vertrauen auf den Beistand Rußland's, Frankreich's und England's mit seinen eigenen Versprechungen und den Vorstellungen des deutschen

Bundes ein trügerisches Spiel. Die Dänen gaben zuweilen in der Form nach, erhoben dann wieder Einwendungen und fuhren in der willkührlichen Behandlung der Herzogthümer fort. Die beiden deutschen Großmächte hatten zu viel bei sich selbst zu thun und nahmen zu viele Rücksicht auf die allgemeine Lage Europa's, um mit dem Schwert für die Rechte der Herzogthümer einzutreten, wozu die Dänen unaufhörlich Veranlassung gaben. Daß ein so kleiner Staat, wie Dänemark, die mächtige deutsche Nationalität so lange ungestraft reizen und herausfordern darf, kann nur aus den zerrissenen Zuständen Deutschland's erklärt werden, dessen einzelne Glieder sich gegenseitig hemmen und lähmen, und wird einst, wenn das deutsche Volk zum freien Gebrauch seiner Kraft gelangt sein wird, noch mehr Erstaunen als Zorn erregen.

Die zwischen Oesterreich und Preußen von jeher bestandene Kluft war, seitdem letzteres gezwungen worden seine Plane auf eine Reform des deutschen Bundes aufzugeben, noch tiefer als früher geworden. Ueberall arbeiteten sich die beiden deutschen Großmächte geheim oder öffentlich entgegen. Jede in Bezug auf die Bundesorganisation auftauchende Frage enthielt Keime des Zwistes. Ueber die Einrichtung des Bundesheers, über die Wahl eines Oberbefehlshabers für dasselbe herrschte unauflösbarer Streit. Bayern und Sachsen strebten danach die Mittel- und Kleinstaaten zu einem kompacten Ganzen neben Oesterreich und Preußen zu vereinigen, es gelang dies aber nur bei vorübergehenden Tagesfragen, sonst herrschte auch in diesen Kreisen gegenseitige Eifersucht und Mißgunst. Die fühlbare Entmuthigung der liberalen Partei in Deutschland nach den getäuschten Hoffnungen und verfehlten Bestrebungen der Jahre 1848 und 1849, die wiederhergestellte regelmäßige Verwaltung in den einzelnen Staaten, der Mangel an Gelegenheit zu einem großen Kampfe gegen einen auswärtigen Feind, verhüllten die tiefen Schäden in der Organisation des Ganzen, die aber dennoch vorhanden waren, und die Völker wie die Regierungen zu keinem vollen Gefühl der Ruhe und Sicherheit kommen ließen. Man verhehlte sich nicht die Gefahren dieses Zustandes, wußte aber eben so wenig wie vor 1848 wie ihnen abzuhelfen, und fürchtete, daß jede durchgreifende Veränderung noch größere Uebel als die bestehenden herbeiführen könnte.

Nachdem in Oesterreich die freie staatliche Bewegung durch die Aufhebung der Verfassung abgeschnitten worden, glaubte die Reaktion die im Volk dadurch entstandene Leere durch Begünstigung der kirchlichen

Interessen ausfüllen und an diesen selbst sich eine Stütze bereiten zu können. Sobald die Geistlichkeit diese Hinneigung der weltlichen Macht gewahr wurde, begünstigte sie dieselbe aus allen Kräften, und versprach Wunderdinge für die sittliche Erweckung und Belebung der Massen, wenn man ihr nur freie Hand ließe. Der päbstliche Hof benutzte diese Stimmung zum Abschluß eines Konkordats mit Oesterreich (25. September 1853), in welchem die schon früher der Kirche bewilligten Rechte noch weiter ausgedehnt und den Bischöfen ein Eingreifen in die weltlichen Verhältnisse eingeräumt wurde, das die Gesetzgebung seit langer Zeit nicht mehr gekannt hatte. Die Bischöfe erhielten, außer einer verstärkten geistlichen Autorität in ihren Diöcesen, noch die Befugniß, Bücher und Tagesblätter, die nach ihrer Meinung schädliche Grundsätze und Lehren enthielten, zu verbieten, und die Verfasser mit einem öffentlichen Tadel zu belegen. Dieser Anfang zur Wiederherstellung einer zwar unblutigen, aber doch immer drückenden und unter Umständen gefährlichen Inquisition, gab zu vielen Mißbräuchen auf der einen und zu häufigen Beschwerden auf der anderen Seite Veranlassung. Der katholische Klerus zeigte sich sehr bald feindselig gegen Andersgläubige, und rief Kollisionen hervor, die eine weit um sich greifende Verstimmung verursachten. Württemberg und Baden ahmten das Beispiel Oesterreich's nach und schlossen mit der Kurie ebenfalls ein Konkordat ab, das aber in letzterem Lande, wo die Regierung lange in ärgerlichen Streitigkeiten mit dem Erzbischof von Freiburg gelegen, und das Recht in der Regel auf Seite dieses letzteren gewesen, von den Ständen verworfen wurde (1859). In der protestantischen Kirche suchte man auf eine von oben her begünstigte Strenggläubigkeit und ihr entsprechende Einrichtungen zurückzugehen, stiftete Vereine in diesem Sinn, hielt Versammlungen, wirkte auf die Presse, und bemühte sich das häufig locker gewordene Band zwischen der Geistlichkeit und dem Volk wieder fester zu knüpfen. Aber diese Bemühungen wurden, so gut auch die Absichten dabei gewesen, in beiden Lagern, dem katholischen, wie dem protestantischen, im Vergleich zu den in Bewegung gesetzten Mitteln, im Ganzen von geringem Erfolg gekrönt. Es fehlte ihnen einmal an einer populairen Grundlage, durch die im Mittelalter in dieser Beziehung so große Wirkungen hervorgebracht worden, und dann erschienen dieselben fast immer mit der Reaktion im Bunde, wodurch sie sich den Verdacht zuzogen, unter kirchlicher Hülle einseitige weltliche Zwecke zu verfolgen. Sie haben das Unglück gehabt als Parteisache angesehen zu werden, und sind großentheils an den von diesem Standpunkt unzertrennlichen Uebelständen gescheitert. Eine religiöse

Richtung, die dem Zeitgeist, anstatt ihn zu reinigen und zu veredeln, vor den Kopf stößt, eine demselben entgegengesetzte Weltansicht aufstellen will, und, anstatt die Gegenwart zu verklären, die Ideale des Lebens aus der Vergangenheit zurückholen will, müht sich in einem so ungleichen Kampfe vergeblich ab, und erreicht selbst das nicht, was ihr bei einer richtigeren Auffassung ihrer Aufgabe zu erlangen möglich wäre.

Ueber Preußen lag eine schwüle und trübe Atmosphäre, und es gab sich im Volk eine gedrückte Stimmung kund. Der König, der sich durch die Ereignisse von 1848 in seinen Ueberzeugungen verletzt, in seinen Erwartungen getäuscht sah, und später nichts von dem was er für Deutschland's Einigung und Kräftigung unternommen, durchzuführen vermochte, griff von da an wenig in die Regierung ein. Er überließ dieselbe einem Ministerium, von dem ein Theil der Reaktion aus Ueberzeugung, ein anderer aus Nachgiebigkeit diente, das aber zuletzt im Innern allgemeine Unzufriedenheit erregte, und Preußen dem Ausland gegenüber in eine schiefe von dem nöthigen Ansehen und Einfluß entblößte Stellung brachte.

Unter Friedrich Wilhelm IV. erwarb der preußische Staat die hohenzollerschen, im ehemaligen schwäbischen Kreise gelegenen Lande, wo die Wiege des preußischen Herrscherhauses stand, indem die beiden Fürsten, die daselbst regierten, zu Gunsten des Hauptes ihres Stammes abdankten. Während die preußische Krone auf diese Art in Süddeutschland Fuß faßte, sah sie sich von den Umständen genöthigt, dem Fürstenthum Neuenburg zu entsagen, dessen Besitz ihr keinen Vortheil gebracht hatte, aber als eine Erinnerung an frühere Zeiten werth gewesen war. Obgleich Neuenburg sich mit Gewalt von Preußen losgerissen und sich ganz mit der Schweiz vereinigt hatte, so hatte das preußische Königshaus in den höheren Klassen der Bevölkerung Anhänger behalten, die sich nach der Erneuerung des alten Verhältnisses zurücksehnten. In der Nacht vom 2. zum 3. September 1856 brach plötzlich ein Aufstand in der Stadt Neuenburg zu Gunsten Preußen's aus, das Schloß ward von einer Schaar Royalisten überfallen, und die Mitglieder der in den Augen der preußischen Partei revolutionairen, aber mit der Schweiz in der engsten Verbindung stehenden Regierung wurden verhaftet. Die Royalisten wurden jedoch schon am zweiten Tage von bewaffnetem Zuzug aus den radikalen Theilen des Kantons und eidgenössischen Truppen überwältigt. Die schweizerischen Behörden wollten sie als Empörer behandeln und ließen ein gerichtliches Verfahren gegen sie einleiten. Preußen verlangte die augenblickliche Freilassung der Gefangenen, unter

denen sich zwei durch ihre Anhänglichkeit an die preußische Regierung bekannte Männer, der Graf Friedrich von Pourtalès und der Oberstlieutenant von Meuron befanden, und drohte im Weigerungsfall mit Krieg. Oesterreich, Rußland und Frankreich erkannten, wie es auch nicht anders möglich war, das Recht des Königs von Preußen an und riethen der Schweiz zur Nachgiebigkeit. Von beiden Seiten rüstete man. In Berlin waren schon die Operationskorps und deren Anführer ernannt, und die Schweiz hatte den General Dufour an die Spitze ihrer bewaffneten Macht gestellt. Da kam durch Vermittelung Frankreich's, besonders da auch Oesterreich und die süddeutschen Staaten den Angriff preußischer Truppen auf die Schweiz äußerst ungern sahen, ein Vergleich zu Stande. Die gefangenen Royalisten wurden von den Schweizern ohne Bedingung entlassen, worauf der König von Preußen seinen Rechten auf Neuenburg entsagte, nur den Fürstentitel von diesem Lande als Erinnerung unter seinen übrigen Titeln beibehielt, und freiwillig auf die ihm angebotene Geldentschädigung Verzicht leistete (26. Mai 1857).

Friedrich Wilhelm IV. hatte bis zum Jahr 1848 bei jeder Gelegenheit eine ungewöhnliche geistige Regsamkeit bewiesen, die auch von einer fast ununterbrochenen körperlichen Rüstigkeit begleitet gewesen war. Der große Widerspruch, der 1848 zwischen seinen Ueberzeugungen und den Zeitereignissen hervortrat, hatte ihn, ungeachtet aller vorangegangenen Anzeichen, im höchsten Grade überrascht und wenigstens im ersten Augenblick überwältigt, aber ohne auf seine innerste Gesinnung einen Einfluß ausüben zu können. Er mußte zwar den Thatsachen nachgeben, aber seine Ideen blieben von ihnen unberührt. Die ganze Zeit erschien ihm, gerade in ihren mächtigsten und lebensvollsten Richtungen, als ein Abfall von der Wahrheit und dem Recht, den anzuerkennen ihm unmöglich war, den er aber auch nicht zu überwinden vermochte. Er sah zwar, daß die Revolution an ihren Uebertreibungen und Ausschweifungen gescheitert war, begriff aber auch, daß, da ihr Princip nicht besiegt, sondern nur in seiner äußeren Verbreitung aufgehalten worden, ihre Erneuerung immer möglich und selbst wahrscheinlich blieb. Der Widerspruch zwischen dem Geist der Zeit und den Grundsätzen dieses Fürsten schwächte seine Heiterkeit und Lebenslust, aber die körperliche Kraft blieb noch eine Zeit lang ungebrochen. Erst nach dem Krimkrieg, wo die Familienbande, die ihn seit so lange an Rußland knüpften, zu den Forderungen der Politik in einen schneidenden Gegensatz traten, brachen die Keime eines inneren Leidens in einer Gehirnkrankheit hervor, die so schnelle Fortschritte machte, und ihn an Geist und Leib bald so schwächte,

daß er am 24. Okt. 1857 seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, zu seinem Stellvertreter in der Regierung auf drei Monate ernennen mußte, eine Maßregel, die dann dreimal erneuert wurde. Da aber der Gesundheitszustand des Königs sich nicht verbesserte, so übernahm der Prinz von Preußen am 8. Oktober 1858 die volle Regierungsgewalt mit dem Titel eines Regenten, eine nothwendig gewordene Veränderung in der obersten Leitung des Staats, zu der die beiden Häuser des Landtags am 20. Oktober ihre Zustimmung ertheilten. Mit der Uebernahme der Regentschaft von Seiten des Thronfolgers trat bald eine fühlbare Veränderung in der öffentlichen Meinung und Stimmung ein. Der König hatte schon vor seiner Krankheit in einem engen Kreise von Vertrauten und Günstlingen gelebt, die auf die Führung der Regierung, an der er selbst keinen thätigen Antheil mehr nahm, von einem lähmenden Einfluß gewesen waren und jedem Fortschritt absichtlich entgegengearbeitet hatten. Man wußte, daß der Regent, körperlich und geistig vollkommen kräftig und frisch, von Niemand, am wenigsten aber von den bisherigen Umgebungen des Königs abhing. Man hoffte viel von dem Prinzen, der, als die Mängel des bisherigen Systems sichtbar geworden, sich von demselben getrennt zu haben schien, und von den Mißdeutungen der Reaktion nicht unverschont geblieben war. Derselbe vermied jedoch einen allzuraschen Wechsel, der einem Bruch ähnlich gesehen hätte, veränderte die bisherigen Räthe der Krone nur nach und nach, und bildete ein Ministerium, dessen Mitglieder eben so sehr durch politische Mäßigung als Freisinnigkeit bekannt, und unter der früheren Regierung zurückgesetzt worden waren. An die Spitze dieses Ministeriums trat der katholische Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, der sein Land an Preußen abgetreten hatte, durch seinen Charakter allgemeines Vertrauen erregte, und durch seine Religion den preußischen Katholiken eine besondere Garantie für die staatliche Parität der beiden Konfessionen zu bieten schien. Die übrigen Minister, die sich sämmtlich schon in früheren Zeiten bewährt hatten, waren: Rudolph von Auerswald, von Schleinitz, General von Bonin, von Patow, von Bethmann-Hollweg, Flottwell, in dessen Stelle später Graf Schwerin trat. Von den Mitgliedern des entlassenen Ministeriums traten in das neue nur der Justizminister Simons und der Handelsminister von der Heydt über. Mit der Regentschaft hat in Preußen eine neue Epoche sowohl in der Politik der Regierung als der Stimmung des Volks begonnen, deren Wirkungen sich aber noch nicht übersehen lassen, und über die deshalb kein begründetes Urtheil möglich ist.

9. Der italienische Krieg.

Die Wiedereroberung Lombardo-Venetien's durch die österreichischen Waffen, die Rückkehr der Herzoge von Modena und Parma in ihre Staaten, die Aufhebung der Konstitution in Toskana, die Wiederherstellung des päpstlichen Regiments im Kirchenstaat, die zügellose Reaktion in Neapel und Sicilien trafen die italienischen Patrioten um so schwerer, je größere Hoffnungen sie 1848 und 1849 gehegt hatten, und je näher sie der Erfüllung derselben gewesen waren. In der Lombardei kehrte nicht nur der zermalmende Druck der österreichischen Militairherrschaft, der erniedrigende Mißbrauch der polizeilichen Gewalt mit ihren demoralisirenden Wirkungen zurück, sondern es wurden auch dem materiellen Wohlstande der Bevölkerung durch Auflegung ungeheurer Kontributionen, durch Beschlagnahme der Güter der zahlreichen Ausgewanderten, durch die Verpflichtung, eine große Heeresmacht mit den Kräften des ohnedies erschöpften Landes zu unterhalten, schwer zu heilende Wunden geschlagen. Das italienische Nationalgefühl war zur Zeit des letzten Krieges noch nicht tief in die unteren Schichten der Gesellschaft, besonders nicht in die Masse des Landvolks eingedrungen, das, wenn auch der österreichischen Herrschaft keineswegs geneigt, sich aus eigenem Antrieb gegen dieselbe nicht erhoben haben würde. Man suchte deshalb den reichen und vaterländisch gesinnten Adel und die wohlhabenden Klassen der städtischen Eigenthümer durch die ihnen auferlegten außerordentlichen Leistungen, durch Konfiskationen und Sequestrationen zu Grunde zu richten, und war bemüht, die Pächter und Tagelöhner durch die Aussicht auf eine Verbesserung ihrer Lage auf Kosten der Grundherren und überhaupt der besitzenden Klassen, zu diesen in ein feindliches Verhältniß zu versetzen. Aber diese Bemühungen blieben vergeblich. England und Frankreich unterstützten die sardinische Regierung bei deren Einsprache gegen die über die Ausgewanderten verhängte Beschlagnahme ihrer Güter, wenn dieselben, was häufig der Fall war, zugleich in Piemont ansässig waren, sich dort neutralisiren ließen und dadurch Anspruch auf sardinischen Schutz bekamen. Viele begüterte Flüchtlinge kehrten nach einiger Zeit in die Heimath zurück, und hoben dadurch den Grund zu den gegen sie ausgesprochenen Vermögensstrafen auf. Die höheren Klassen in der Lombardei blieben, ungeachtet der gegen sie getroffenen Maßregeln, reich. Das Landvolk traute den Verheißungen der fremden Eroberer nicht, welche sich das Ansehen gaben,

seinen Zustand mit der den vermögenden Ständen abgenommenen Beute verbessern zu wollen, und fühlte seine Armuth weniger, als die Härte und Willkühr, mit der es bei so vielen Gelegenheiten von den österreichischen Militair- und Polizeibehörden behandelt wurde. Der Einfluß der niederen Geistlichkeit, die in ihrer großen Mehrheit allmählig von der Idee eines unabhängigen Italien's eben so wie Adel und Mittelstand erfüllt wurde, zog zuletzt auch das Landvolk auf Seite der nationalen Partei. Die Abneigung zwischen den Italienern und den österreichischen Militairs und Beamten, die unaufhörlichen Reibungen, die Bezeugungen gegenseitiger Verachtung nahmen einen immer leidenschaftlichern Ausdruck an, der die Einheimischen oft alle Klugheit und Rücksicht, die fremden Gebieter jede Schonung und Menschlichkeit vergessen ließ. Es war ein Verhältniß eingetreten wie zwischen zwei von der Natur mit einem feindseligen Instinkt gegen einander beseelten Racen, die, wenn sie sich berühren, einander nur schaden können.

Der Herzog von Modena war nach den Siegen der Oesterreicher in seine Staaten zurückgekehrt, und begann seine frühere Regierungsweise von Neuem, indem er den Jesuiten den höheren Unterricht zurückgab, eine die Kräfte des Landes weit übersteigende Militairmacht hielt, und die Gefängnisse mit den Anhängern der Nationalpartei anfüllte. Der wiedereingesetzte Herzog von Parma, Ludwig II., früher Herzog von Lukka, ein spanischer Bourbone, dankte bald ab, und an seine Stelle trat sein Sohn, Karl III., der ein wüstes Leben führte, und sich durch die Grausamkeit auszeichnete, mit der er alle die behandelte, welche sich während der Revolution für Sardinien erklärt hatten und im Lande geblieben waren. Das Prügeln von Männern, die patriotische Lieder gesungen, ein Lebehoch auf Italien und Viktor Emanuel ausgebracht, oder sonst dem herrschenden Zustand sich abgeneigt gezeigt hatten, war in Parma an der Tagesordnung, und in der ersten Hitze der Reaktion sind daselbst auch viele anständige und unbescholtene Frauen, wenn etwas in ihrer Kleidung an die italienischen Nationalfarben erinnerte, auf das schimpflichste behandelt worden. Bei Begehung solcher Abscheulichkeiten that sich besonders ein Günstling des Herzogs, der einige Jahre später vom Volk ermordete Gensd'armerie-Oberst, Graf Anviti, hervor. Karl III., der sich jede Laune nachsah und sich auch gegen seine Gemahlin, eine Schwester des französischen Kronprätendenten, Grafen von Chambord, übel benahm, überließ die Regierung einem Engländer, Namens Ward, der anfangs Stalldiener bei ihm gewesen, und den er zum Minister und Baron ernannt hatte. — In Toskana trat die Reak-

tion im Ganzen am mildesten auf, obgleich die Todesstrafe für politische Verbrechen eingeführt, die Censur verschärft, und das dort von jeher bestandene Späherwesen außerordentlich erweitert, und ihm ein für die öffentliche Moral äußerst verderblicher Einfluß gestattet wurde. Gleichwohl blieb der Großherzog Leopold beim Volk noch lange in Gunst, und man würde ihm, wenn er sich von der österreichischen Bevormundung hätte frei machen wollen, die er förmlich zur Schau trug, selbst die Aufhebung der Verfassung verziehen haben. — Die Wiederherstellung der päbstlichen Regierung nach der Einnahme Rom's durch die Franzosen hatte, außer den von derselben von jeher unzertrennlichen Mängeln, noch neue Uebelstände in ihrem Gefolge, die, wenigstens in diesem Grade, vorher unbekannt gewesen. Die Reaktion wollte überall in Italien, und in Rom noch mehr als anderswo, sich nicht blos für die Zukunft sicher stellen, sondern vor allem für die Vergangenheit Rache nehmen. Die Oesterreicher in Oberitalien traten hart, aber offen auf, verbargen ihren Haß gegen die Italiener nicht, und gaben unverholen zu erkennen, daß sie nur durch Gewalt zu regieren dachten. Dagegen nahm die Reaktion im Kirchenstaat im Anfange den Anschein der Milde schon um des Auslandes willen an, und versprach eine weit umfassende Amnestie, kehrte sich aber, als sie sich einigermaßen befestigt sah, an diese Zusagen nicht, und legte ihren Leidenschaften keinen Zügel an. Innerhalb eines einzigen Jahres wurden 1644 Personen hingerichtet, darunter in einem Monat (Oktober 1851) 24 in Sinigaglia, der Vaterstadt Pius' IX., das verhältnißmäßig während der Revolution am ruhigsten geblieben war. Der Amnestie unwürdig wurden erklärt: sämmtliche Mitglieder der konstituirenden Versammlung von 1849, alle Beamte, welche der Republik gedient hatten, bis auf die Schreiber hinunter, die Officiere und selbst die Unterofficiere, zuletzt alle, welche sich an der Vertheidigung Rom's betheiligt hatten, so weit man sie auffinden konnte. 1854 gab es im Kirchenstaat 13,006 politische Gefangene; 1855 wurden 19,000 politische Flüchtlinge gezählt. Das Versprechen der Einführung administrativer Reformen, welches Pius IX. von Gaeta aus gethan, wurde nicht ausdrücklich zurückgenommen, blieb aber unerfüllt. Wenn die fremden Mächte und deren Vertreter in Rom zu Verbesserungen riethen, was seit 1832 oft, aber immer vergeblich geschehen, so wies man sie auf die Erklärungen Pius' IX. hin, und meinte, daß wenn nicht alle Reformpläne sogleich ausgeführt werden, die unruhigen Zeitumstände daran Schuld seien, und gab Versprechungen für die Zukunft. Weder die Mahnungen der Mächte noch die Verheißungen des päbst-

lichen Hofes waren ernstlich gemeint. Das Kapitel über die Reformen im Kirchenstaat war ein diplomatischer Ball, den sich Oesterreich und Frankreich gegenseitig zuwarfen. Sie fanden die römischen Zustände gut oder schlecht, je nachdem diese oder jene Auffassung derselben ihrer Politik für den Augenblick zusagte. Auf diesem Wege konnte ein Ziel nicht erreicht werden. Pius IX., der das Dasein des Pastthums zu gefährden glaubte, wenn er den Forderungen der Zeit nachgebe, war über das Verkennen seiner ursprünglich guten Absichten verstimmt und erbittert, und erinnerte sich der vor 1848 gemachten Verheißungen nicht mehr. Er schien seitdem ein anderer geworden zu sein, beschränkte sich auf seine geistlichen Funktionen, und überließ die Regierung dem Kardinal=Staatssekretair Antonelli, der mühsam die stockende Maschine des geistlichen Regiments im Kirchenstaat im Gange zu erhalten suchte, sich dabei aber mehr auf den Beistand des Auslandes als die eigene Kraft verließ. Rom und Civitavecchia blieben von den Franzosen besetzt, in den Legationen standen Oesterreicher, beide dazu bestimmt den Pabst gegen die Revolution zu schützen, aber auch geneigt ihren Einfluß in jeder Weise auszudehnen.

In Neapel herrschte nach Beseitigung der Kammern und der Unterwerfung Sicilien's der schrankenloseste Militair= und Polizeidespotismus. Ferdinand II., von Natur zur Härte geneigt, glaubte nach den gemachten Erfahrungen sich im Zustande der Nothwehr zu befinden und hielt jedes Mittel zu seiner Erhaltung für gerechtfertigt. Aus Scheu vor der öffentlichen Meinung in Frankreich und England, die ihn als den mächtigsten unter den italienischen Fürsten mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtete, versagte er es sich jetzt für politische Vergehen die Todesstrafe eintreten zu lassen, hielt sich aber für diese erzwungene Mäßigung durch die zahlreichen Einkerkerungen schadlos, wo ehemalige Minister, Generale, Deputirte Tag und Nacht mit den gemeinsten Verbrechern in denselben Bagnos zusammenlagen. Sein schroffer Absolutismus verfeindete ihn sogar mit den Jesuiten, die früher seine vertrautesten Rathgeber gewesen. Ihre unbedingte Hingebung an die römische Kurie schien ihm eine Beeinträchtigung seiner Herrscherrechte zu sein. Er war so verblendet durch seine Ausfuhrverbote während des Krimkriegs die französische und englische Regierung zu verletzen, und seine Theilnahme für Rußland an den Tag zu legen, das ihm so fern lag und so wenig helfen konnte. Er war und blieb gegen die Vorstellungen England's und Frankreich's taub, die endlich ihre Gesandten zurückriefen, und allen diplomatischen Verkehr mit ihm abbrachen. Er verließ sich einzig auf seine

Armee und Polizei, obwohl er deren Unzulänglichkeit gegen einen entschlossenen Angriff von außen her, oder eine große Bewegung im Innern, aus der Geschichte seines Landes und Hauses hätte wissen können. Die Erscheinung eines englischen und französischen Kriegsschiffes an der neapolitanischen und sicilianischen Küste erregte in der Bevölkerung eine fieberhafte Erwartung, ein Zeichen wie schlimm es um Ferdinand II. Thron stand.

Auf welcher lichten und verheißungsvollen Höhe mußte damals Piemont den in den Staub getretenen Bewohnern des übrigen Italien's erscheinen, welche Begeisterung und Hoffnung mußte sich an den Namen Viktor Emanuel knüpfen! Wie schwer auch das kleine Land durch zwei gegen eine europäische Großmacht unternommene und unglücklich ausgefallene Feldzüge getroffen worden, es verzweifelte nicht an sich und der Sache für die es sich erhoben hatte. Piemont übte eine großmüthige Gastfreundschaft gegen die aus ihrer Heimath vertriebenen italienischen Patrioten, während es zugleich die unruhigen Köpfe unter ihnen im Zaum zu halten, und die unverbesserlichen Demagogen von sich auszustoßen verstand. Ungeachtet der Wunden, die der Krieg den Finanzen geschlagen, wurde in Piemont ein ausgebreitetes Eisenbahnnetz hergestellt, und hinter dem Po und Tanaro das Festungswerk Alessandria, Valenza und Casale angelegt, wo bei einem nicht nur möglichen, sondern höchst wahrscheinlichen Kriege gegen Oesterreich das sardinische Heer eine Zeit lang Schutz finden konnte, bis Frankreich Beistand gebracht hätte. Das Vertrauen, welches Viktor Emanuel's männlicher und gerader Charakter, seine im letzten Kriege oft bewiesene Tapferkeit einflößte, ward noch vermehrt, als man vernahm, daß er allen lockenden Anerbietungen Oesterreich's widerstanden hatte, das bei den Friedensunterhandlungen nach der Schlacht bei Novara ihm günstige Bedingungen anbot, wenn er die Verfassung beseitigen und den italienischen Farben und der mit ihnen verbundenen Nationalitätsidee entsagen wollte. Zu seinem Glück besaß Sardinien in dem Grafen Camillo Cavour einen Staatsmann von der seltensten Befähigung, der weitgehende Plane zu fassen und deren Ausführung vorzubereiten wußte, der je nach den Umständen fest und biegsam, kühn und vorsichtig war, und damit eine brennende Liebe für Italien's Unabhängigkeit und Größe verband, die in seinem Geist mit dem Glanze des Hauses Savoyen und der Begründung der konstitutionellen Freiheit zusammenfiel. Ein auf volksthümlicher Grundlage ruhender Staat, wie der sardinische, der langsam und geräuschlos in sich gereift und jetzt mit so reichen moralischen Mitteln

versehen war, zog wie ein Magnet das übrige gedrückte und zerrissene Italien an sich, und mußte bei kluger und ausdauernder Benutzung der Umstände die Zukunft für sich haben, die sich für das was wahr und nothwendig ist zuletzt immer günstig gestaltet.

Die Hauptsache für das italienische Volk blieb allerdings immer, daß das Nationalgefühl, der Drang nach äußerer Unabhängigkeit und innerer Freiheit sich in ihm ausbreitete, stärkte und immer mehr alle Schichten der Bevölkerung durchdrang. Aber so wichtig ein solcher Fortschritt auch war, er hätte, ohne eine für Italien günstige Veränderung in der gegenseitigen Stellung der Großmächte und in der politischen Lage Europa's, zu dem vorgesetzten Ziel nicht hingereicht. Oesterreich, der mächtigste und entschlossenste Gegner der italienischen Unabhängigkeit, lastete nicht nur mit dem Bleigewicht seiner ungeheuren Militairmacht auf dem unglücklichen Lande, sondern war auch die Hoffnung und der Schirm der Reaktion in ganz Italien, die sich im Vertrauen auf diesen Schutz alles erlaubte, indem sie gewiß war jeden Widerstand mit Hülfe ihres natürlichen Bundesgenossen erdrücken zu können. So lebhaft auch das Unabhängigkeitsgefühl sich regen mochte, seine bei der politischen Zersplitterung Italien's von einander getrennten Ausflüsse konnten sich nicht zu einer alles mit sich fortreißenden Strömung vereinigen. Der Mangel an einem gemeinsamen Mittelpunkt, an einer bestimmten Organisation, stellte den zu einer großen nationalen Erhebung nöthigen Vorbereitungen unübersteigliche Hindernisse entgegen. Oesterreich's Macht und Einfluß mußte erst gebrochen werden, bevor ein besserer Zustand herbeigeführt werden konnte. Sardinien mit seinen fünf Millionen Einwohnern war zu diesem Zweck nicht stark genug, der nur mit fremder Hülfe zu erreichen war, die wiederum nur von Frankreich herkommen konnte. Und selbst Frankreich's Macht hätte hierzu nicht hingereicht, wenn ihm nicht die in der europäischen Politik eingetretene Umgestaltung ein Unternehmen der Art möglich gemacht hätte.

Zwischen Rußland und Oesterreich war seit dem Krimkrieg eine große Spannung eingetreten. Nicht nur das russische Kabinet, sondern auch das russische Volk klagte laut über die Undankbarkeit Oesterreich's, das, nachdem es 1849 durch Rußland's Beistand gerettet worden, die Russen im Kriege gegen die Engländer und Franzosen im Stich gelassen habe. In wie weit dieser Vorwurf gegründet war, soll hier nicht untersucht werden, aber er bestand und gab sich bei jeder Gelegenheit mit großer Bitterkeit kund. Rußland hatte seine Vergrößerungsplane auf Kosten der Türkei an der unteren Donau und im Orient, weil dorthin

die instinktartige Richtung seiner Bewegung als Staat und Volk geht, die ihm durch lange Gewohnheit zur anderen Natur geworden ist, auch nach dem Pariser Frieden keineswegs aufgegeben. Es sann auf Mittel, sich der lästigen Bedingungen dieses Vertrages zu entledigen, und in die von ihm verlassene Bahn sobald als möglich wieder einzulenken. Der unternehmende Charakter Napoleon III., das Glück, das ihn begleitete, die im Krimkrieg unzweifelhaft bewiesene Trefflichkeit seines Heeres, mußten den übrigen Mächten seine Freundschaft eben so wünschenswerth wie seine Feindschaft gefährlich erscheinen lassen. Rußland begriff, daß es nur im Bunde mit Frankreich sein durch die letzten Niederlagen etwas erschüttertes Ansehen wiederherstellen und seine Pläne im Orient durchführen könne. Das russische Kabinet war deshalb, da es sich in seinen Verhältnissen zum Ausland nicht von abstrakten Principien, sondern nur von realen Interessen bestimmen läßt, zu einer Annäherung an Napoleon III. geneigt, von dem es bei einem einträchtigen Verhältniß eben so viel zu hoffen, als im entgegengesetzten Falle zu fürchten hatte. Der französische Kaiser, dem seine Stellung in der Welt, die Ruhmliebe des französischen Volks und der Thatendurst seiner Armee eine langdauernde Ruhe unmöglich machte, sann auf neue Unternehmungen, für die ein ergiebiges Feld nur in Italien gefunden werden konnte. Dort war eine Gährung wie sonst nirgends in Europa vorhanden, die er zu seinem Vortheil ausbeuten, und der er eine seiner Politik gemäße Richtung anweisen konnte. Dort hatte sich das Andenken an die Thaten seines großen Oheims fast eben so lebendig wie in Frankreich erhalten, und war der Name Bonaparte populair geblieben, oder konnte es wenigstens wieder leicht werden. Der Gewaltstreich, den er 1849 gegen die römische Republik begangen, wurde ihm nur noch von der exaltirten Demokratie zum Vorwurf gemacht, da der im italienischen Volk erwachte Drang nach politischer Einheit das Dasein einer einzelnen Republik als unvereinbar mit seiner Zukunft erscheinen ließ, und ihre Beseitigung nicht bedauert wurde. Napoleon sah wohl voraus, daß er bei seiner Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten Italien's einzumischen, auf einen Kampf mit Oesterreich gefaßt sein müsse, ein Gedanke, der ihn aber eher anzog, als daß er ihn geschreckt hätte. Er war überzeugt, daß bei einem Zusammenstoß die französische Kriegsmacht sich der österreichischen eben so überlegen wie vorher der russischen zeigen würde. Eine europäische Koalition gegen Frankreich zu Gunsten Oesterreich's war unter den vorhandenen Umständen nicht zu besorgen. Der Haß Rußland's gegen Oesterreich war offenkundig, die Eifer-

sucht und Abneigung Preußen's gegen dasselbe, wenn auch verschleiert, nichts desto weniger vorhanden, und die Sympathie England's für die Monarchie der Habsburger, die zur Zeit der ersten französischen Republik und Napoleon I. auf vorübergehenden politischen Interessen beruhte, hatte mit diesen aufgehört. Der talentvollste und populairste der englischen Staatsmänner, Lord Palmerston, galt schon seit lange für einen entschiedenen Gegner der österreichischen Politik, und entsprach diesem Ruf bei jeder Gelegenheit. Es war demnach vorauszusehen, daß Oesterreich bei einem Kampfe gegen Frankreich vereinsamt dastehen, und ihn allein zu tragen haben würde. Ein Bundesgenosse in Italien, durch dessen Vermittlung Napoleon, unter dem Vorwand, ihm gegen Oesterreich Hülfe zu leisten, dieses selbst bekriegen konnte, war von den Umständen und, so zu sagen, von der Natur selbst gegeben worden. Es war dieß der nächste Nachbar Frankreich's, Sardinien, das vor Sebastopol an dessen Seite gekämpft, und das alte Band der Racenverwandtschaft, der Sprache und Sitte durch die neue Waffenbrüderschaft noch fester gezogen hatte. Der Krimkrieg hatte den Franzosen Ruhm, aber keinen äußeren Vortheil gebracht, Napoleon dachte an eine Vergrößerung des französischen Gebiets, weil nichts seinen Namen populairer bei den Franzosen machen konnte. Ein Angriff auf das linke Rheinufer hätte Frankreich unmittelbar mit Oesterreich, Preußen, dem deutschen Bunde, vielleicht auch mit England in Kampf verwickelt, und ein Angriff auf Belgien würde wenigstens von England und Preußen nicht geduldet worden sein. Aber ein Einfall in die Lombardei bedrohte die englischen Interessen in keiner Weise, und konnte Preußen und dem deutschen Bunde nicht den Vorwand zu einer Einmischung geben, da diese Provinz außerhalb des deutschen Bundesgebiets lag. Gelang es, die Oesterreicher aus Italien zu vertreiben oder ihre Macht dort zu schwächen, so konnte Sardinien mit der Oesterreich und seinen italienischen Bundesgenossen abgenommenen Beute vergrößert werden, und dieses wiederum einen Theil seines Gebiets als Entschädigung und Dank für die empfangene Hülfe an Frankreich abtreten. Dazu eignete sich besonders das an Frankreich grenzende Savoyen, dessen Bewohner zu der französischen Volksfamilie gehören, und von derselben, ungeachtet der getrennten Regierung, in nichts wesentlich verschieden sind. Es konnte in dieser Beziehung auch an die Grafschaft Nizza und die Insel Sardinien gedacht werden, die allerdings rein italienisch sind, aber eben so wie Korsika sich an Frankreich gewöhnen würden, das seit neunzig Jahren demselben einverleibt ist, und ohne Widerstreben dessen

Schicksale theilt. Dies waren die Plane des französischen Kaisers, an deren Verwirklichung er von jetzt an unablässig arbeitete. Er begriff, daß die europäische Politik seit dem Pariser Frieden, vornehmlich durch die veränderte Stellung, die Rußland und Oesterreich gegen einander angenommen, in eine neue ihm günstige Phase getreten war, und richtete demgemäß sein Verhalten ein. Er suchte vornehmlich Sardinien immer näher an sich heranzuziehen, weil es ihm sonst an Gelegenheit zu einer direkten Dazwischenkunft in den Angelegenheiten Italien's und zu einem Kriege mit Oesterreich gefehlt hätte. Viktor Emanuel war mehr Soldat als Diplomat, und würde, sich ganz selbst überlassen, der Idee sein Stammland, Savoyen, sogar gegen viel werthvollere Erwerbungen in Italien abzutreten, wahrscheinlich große Schwierigkeiten entgegengesetzt haben. Aber sein erster Minister, Graf Cavour, der großen Einfluß auf ihn ausübte, war ein Mann, der die Lage der Dinge so gut wie Napoleon selbst zu beurtheilen wußte, und die ehrgeizigen Absichten desselben im Interesse Piemont's und Italien's zu benutzen beschloß.

Wann die erste Annäherung zwischen Napoleon III. und Cavour statt gefunden hat, ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Auf dem Pariser Kongreß legte der sardinische Minister, offenbar schon in geheimem Einverständniß mit den Westmächten, eine Denkschrift vor, in der er nachzuweisen suchte, daß Europa nicht eher dauernd beruhigt werden könne, bis die italienische Frage in angemessener Weise gelöst sei. Er verlangte von den Großmächten die Anerkennung der nationalen Einheit Italien's, die Verleihung liberaler Institutionen für das lombardisch-venetianische Königreich, die Entfernung der fremden Truppen aus dem Kirchenstaat, der, obwohl unter päbstlicher Oberhoheit, von einem weltlichen Vikarius regiert werden solle, und eine Intervention in Neapel und Sicilien, um die daselbst bestehenden Mißbräuche zu beseitigen. Obgleich Cavour's Denkschrift verfrüht erschien und derselben keine Folge gegeben wurde, so hatte sie sich doch der moralischen Zustimmung England's und Frankreich's zu erfreuen gehabt, und es waren in ihr bestimmte Forderungen formulirt und eine Grundlage zu weiteren Entwickelungen gelegt worden. Das Uebrige hing von der Zeit, von dem Verhältniß Rußland's zu Frankreich und Sardinien, und dem Fortschritt der nationalen Idee in Italien ab. Der Geneigtheit England's konnte man in dieser Beziehung gewiß sein. Von einer Annäherung des russischen zu dem sardinischen und französischen Kabinet traten bald unzweideutige Zeichen hervor. Graf Stackelberg, der russische Gesandte in Turin, schloß sich Cavour an, betrieb einen antiösterreichischen Kon-

greß italienischer Fürsten, und bereitete die Ankunft der Kaiserin Mutter von Rußland in Nizza vor, die während ihres dortigen Aufenthalts von Viktor Emanuel mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt wurde (September 1856). Im folgenden Jahr brachte die St. Petersburg-Odessaer Dampfschifffahrtsgesellschaft den Hafen von Villafranca käuflich an sich, was unter anderen Umständen schwer oder unmöglich gewesen wäre. Es hatte sich dabei anfänglich dem Schein nach nur um ein Kohlenlager gehandelt, bald aber liefen russische Kriegsschiffe ein, und es ward daselbst eine Station für die russische Flotte eingerichtet. Im April 1857 besuchte der Großfürst Konstantin den Kaiser Napoleon in Paris, wo er als ein vertrauter und ersehnter Gast aufgenommen wurde. Prinz Napoleon wurde zur Begrüßung des Kaisers Alexander II. nach Warschau abgeschickt. Einige Monate später (27. September 1857) kam der Kaiser der Franzosen mit dem russischen Monarchen in Stuttgart bei dem mit Beiden verwandten König von Württemberg zusammen, wo über den Zustand der Donaufürstenthümer, die Zukunft Italien's, und wahrscheinlich auch über die Stellung zu Oesterreich verhandelt wurde. Das zurückhaltende Betragen, das man an den beiden Hauptpersonen bei dieser Zusammenkunft bemerken wollte, war eine Maske, die sie im beiderseitigen Interesse vornahmen. Die Begegnung des Kaisers Alexander auf dessen Rückreise mit dem Kaiser Franz Joseph in Weimar, die nach dem Wunsche der Anhänger Oesterreich's den Eindruck der Zusammenkunft in Stuttgart schwächen sollte, blieb ohne politische Resultate.

In Italien, mit Ausnahme Piemont's, brach der tiefe Widerwille gegen die bestehenden Einrichtungen, die Unvereinbarkeit zwischen dem alten und neuen Geist, der allmälig zur Leidenschaft gewordene Drang nach einem Umschwung, auf vielen Punkten in unverkennbaren und drohenden Zeichen hervor. Vergebens suchten die Regierungen hier und da mildere Saiten aufzuziehen, und Vertrauen und Gunst zu erwerben. Es war zu spät. Sie fanden alle Herzen verschlossen. Der Kaiser von Oesterreich besuchte seine italienischen Staaten, und erließ im Januar 1857 eine Amnestie für politische Vergehen. In Venedig und Mailand wurden geräuschvolle Kundgebungen einer anscheinenden Begeisterung von den Behörden veranstaltet, die bei ihnen selbst, wenn sie italienischen Ursprungs waren, nicht aus dem Herzen kam. Die Menge eilte mit ausgelassener Neugierde herbei, um den jungen Herrscher zu sehen, der von seiner Gemalin begleitet war, wie sie es bei jedem anderen Schauspiel gethan haben würde, aber die höheren und unabhängigen Klassen hielten sich in einer gleichgültigen Entfernung. Pius IX. machte im

Sommer 1857 eine Rundreise durch den Kirchenstaat, und theilte unter die eifrigsten seiner Anhänger viele Belohnungen, und an die Armen reichliche Almosen aus. Er wurde von der Geistlichkeit überall mit den ausgesuchtesten Ehrfurchtsbezeugungen wie ein Halbgott empfangen, aber dieser kirchliche Triumphzug ließ im Volk keinen Eindruck zurück; und war, sobald er vorübergegangen, auch schon wieder vergessen. Denn ungeachtet der Amnestie des Kaisers von Oesterreich und der Spenden des Pabstes, ging in der allgemeinen Lage der Dinge keine Veränderung vor. Ferdinand II. verschmähte jede Art von Entgegenkommen, theils weil dies seinem Charakter widersprach, theils weil er es für vergeblich hielt, indem er sich zu sehr gehaßt wußte. Er ließ sich in seiner Hauptstadt nur selten sehen, und schloß sich in den abgelegenen Pallast von Caserta oder in die Festung Gaeta, von zahlreichen Wachen umgeben, ein. Seine Regierungsweise rief von Zeit zu Zeit Ausbrüche der Unzufriedenheit und Verzweifelung hervor, auf welche er mit verstärkten Maßregeln der Unterdrückung antwortete. So erneuerte sich zwischen ihm und der ihm feindlichen Partei unter seinen Unterthanen unaufhörlich ein Austausch von Mißtrauen und Groll, der beide entsittlichte, aber zuletzt zum Verderben des Königs und seiner Dynastie ausschlagen mußte. Im November 1856 stellte sich in Sicilien der Baron von Bentivenga an die Spitze einer bewaffneten Schaar, und wollte die sicilianische Verfassung von 1812 wieder einführen. Er wurde bald überwältigt und hingerichtet. Einige Wochen später machte ein neapolitanischer Soldat, Namens Milano bei einer Parade einen Mordversuch auf den König, und büßte sein Verbrechen mit dem Strange. In der Nacht vom 4. zum 5. Januar (1857) wurde im Hafen von Neapel die Dampffregatte „Karl III.“, die mit 70,000 der Regierung zugehörigen Gewehren beladen war, in die Luft gesprengt, wobei 90 Matrosen und Seesoldaten ums Leben kamen. Mazzini, der auf eine allgemeine Schilderhebung Italien's im republikanischen Sinne hinarbeitete, und ein Gegner der Monarchie unter allen Formen, der konstitutionellen in Turin, der militairischen in Mailand, der theokratischen in Rom war, benutzte die alle Gemüther erfüllende Gährung zur Erregung von Aufständen, die für die Theilnehmer fast immer unglücklich endigten, aber durch das vergossene Blut den Fanatismus seiner Partei immer von Neuem anfachten. In Genua, Livorno und Neapel griffen die Mitglieder der geheimen Gesellschaften, von Unzufriedenen aus allen Klassen unterstützt, zu den Waffen, wurden aber, in Genua am schwersten, in Neapel am leichtesten, besiegt. Ein Freund Mazzini's, der republikanisch gesinnte Oberst Pi=

sacane, landete mit einer Schaar Bewaffneten an der neapolitanischen Küste, um einen Aufstand zu versuchen, wurde aber schwer verwundet gefangen genommen. Die meisten seiner Anhänger fielen. Im December 1857 wurde das Königreich Neapel von einem furchtbaren Erdbeben heimgesucht, das in den Provinzen Salerno und Basilikata gegen 20,000 Häuser zerstört, und an 10,000 Menschen verschüttet haben soll. Von der königlichen Familie begab sich auch nicht ein Mitglied nach dem Schauplatz der Verheerung. Alle Schrecken der Natur und alle Ausbrüche menschlicher Leidenschaft schienen über das schöne, aber unglückliche Land ausgegossen zu sein.

Die geheimen Gesellschaften in und außer Italien waren damals in großer Aufregung. Sie glaubten, daß der verzweifelten Lage ihres Landes nur durch ein gewaltiges, ganz Europa erschütterndes Ereigniß eine bessere Wendung gegeben werden könne. Die Annäherung zwischen den Beherrschern von Rußland und Frankreich schien ihnen ein Bund zweier Despoten zu sein, die sich gegen die Unabhängigkeit der Völker verschworen hatten. Der Einfluß, den Napoleon auf Viktor Emanuel ausübte, der Schutz, den er dem Pabst angedeihen ließ, machte ihn in den Augen der entschlossenen Fanatiker, die sich zu Mazzini's Grundsätzen bekannten und in der Anwendung über dieselben noch hinausgingen, im höchsten Grade verdächtig und gefährlich. Da er die Freiheit in Frankreich unterdrückte, so hielten sie es für unmöglich, daß er ihr in Italien Hülfe bringen werde. Er erschien ihnen aber nicht blos als ein Gegner, sondern auch als ein Verräther, denn sie sahen ihn, wie seinen großen Oheim und alle Bonaparte, wegen des Ursprungs dieser Familie, für einen Italiener an. War er nicht 1832 bei dem Aufstand in der Romagna auf ihre Seite getreten, und hatte er sich nicht in ihre geheimen Verbindungen aufnehmen lassen? So hieß es wenigstens allgemein. Sie wollten sich für seine vermeintliche Abtrünnigkeit an ihm rächen, und durch seine Vertilgung einen Sturm über Europa heraufführen, der die bestehende Ordnung bis in ihre Grundfesten erschüttern sollte. In einem Lande wie Italien, das seit so vielen Jahren von einer fieberhaften Gluth des Hasses und der Verzweifelung ergriffen war, konnte es nicht an Charakteren fehlen, die durch Erziehung, Gewohnheit, Ueberzeugung zu den verwegensten Handlungen, zu der rücksichtslosesten Aufopferung ihrer selbst und anderer geneigt waren. Ein solcher Mann war Felix Orsini, der Mitglied der verfassunggebenden Versammlung in Rom gewesen, seitdem in die Gewalt der Oesterreicher gefallen und

aus dem Kerker in Mantua entkommen war, und jetzt eine Verschwörung gegen Napoleon's Leben anstiftete, in der er selbst die Hauptrolle übernahm. In England verband er sich mit drei anderen italienischen Flüchtlingen, Pieri, Gomez, Rudio, und einem Franzosen Namens Bertrand, und ließ in tiefster Stille eine eigenthümliche Art von Bomben anfertigen, welche die Form von Birnen hatten, und so mit Zündhütchen gespickt waren, daß sie, wo sie hinfielen, explodiren mußten. Von London begab sich Orsini mit seinen Genossen, Bertrand ausgenommen, der in England zurückblieb, nach Paris. Am Abend des 14. Januar (1858) wurde von dieser furchtbaren Waffe gegen Napoleon, als derselbe mit seiner Gemalin nach der Oper fuhr, Gebrauch gemacht. Aber auch diesmal, wie schon so oft in ähnlichen Fällen, verfehlte der mörderische Anschlag die Hauptperson, auf die es besonders abgesehen war. Die auf den kaiserlichen Wegen geschleuderten Bomben durchbohrten den Hut Napoleon's, und ritzten ein wenig sein und der Kaiserin Gesicht, thaten ihnen aber sonst keinen Schaden. Aber über hundert Todte und Verwundete schwammen in ihrem Blut und alle Fenster der Straße waren zerschmettert. Orsini, der durch die von ihm geworfene Bombe selbst verwundet worden, Pieri und Gomez, wurden verhaftet. Orsini erklärte in seinem Verhör, daß er, von früher Jugend an mit dem Gedanken an Italien's Befreiung beschäftigt, Napoleon lange Zeit über für das erwählte Rüstzeug derselben gehalten habe. Da aber der Kaiser diese Mission nicht übernehmen wolle, und aus einem Werkzeug der Rettung für Italien zu einem Hinderniß geworden, so habe er die Beseitigung desselben für nothwendig gehalten. Am 11. Februar richtete Orsini aus seinem Gefängniß ein Schreiben an Napoleon, in welchem er ihn daran erinnerte, daß die Italiener einst ihr Blut für seinen großen Oheim vergossen hätten, und daß er nicht dulden dürfe, daß Italien länger von Oesterreich unterdrückt werde. Dieses Schreiben wurde merkwürdiger Weise am 25. Februar im Moniteur veröffentlicht. Orsini und Pieri wurden am 13. März hingerichtet. Orsini, der durch die Unerschrockenheit, mit der er dem Tode entgegenging, allgemeine Aufmerksamkeit erregte, brachte noch auf dem Schaffot ein Lebehoch auf Italien's Freiheit aus. Am 31. März wurde in einer Turiner Zeitung ein zweites, achtundvierzig Stunden vor seiner Hinrichtung abgefaßtes Schreiben Orsini's an Napoleon bekannt gemacht, worin er demselben für die Veröffentlichung des ersten Schreibens dankte, und daraus schloß, daß die in demselben ausgedrückten Gefühle ein Echo in dem Herzen des

Kaisers gefunden hatten. „Ich gehe dem Tode," hieß es darin, „mit dem Trost entgegen, daß Euer Majestät von wahrhaft italienischen Gesinnungen beseelt sind."

Ob die große Gefahr, der Napoleon nur wie durch ein Wunder entgangen, auf seine Entschließungen von Einfluß gewesen, oder ob dieselben einzig von allgemeinen Erwägungen eingegeben worden, wird wohl immer unentschieden bleiben. Wenn persönliche Sympathien bei dem Neffen Napoleon I. bei Verfolgung seiner Plane in Anschlag zu bringen sind, so kann man annehmen, daß er für Italien, aus Familientradition und Jugenderinnerungen, mehr Neigung als für irgend ein anderes Land, Frankreich ausgenommen, empfindet. Aber der Gedanke, daß er, indem er dieser Sympathie nachgab, zugleich die Dolche verwegener und hartnäckiger Fanatiker, denen auf die Dauer zu entgehen schwer gewesen wäre, von sich abwandte, kann sich seinem berechnenden Geist ebenfalls dargestellt haben. Wie dem auch gewesen sein mag, es läßt sich von jener Zeit an in seinem Verhalten eine lebendigere Theilnahme für Italien, ein näheres Anschließen an Sardinien, und, was davon unzertrennlich war, eine feindseligere Gesinnung gegen Oesterreich nicht verkennen.

Da Napoleon einen Kampf gegen Oesterreich — weniger um Italiens Befreiung als wegen des vorherrschenden Einflusses in demselben — für unvermeidlich hielt, so suchte er sich, da er Rußland's Zustimmung gewiß sein konnte, vor allem mit England auf einen guten Fuß zu setzen. Es bestand, ungeachtet und zum Theil wegen des Krimkriegs, eine Spannung zwischen dem französischen und englischen Kabinet, indem England, ohne Napoleon's günstige Gesinnung für Rußland, wohl versucht haben würde, demselben bei den Friedensunterhandlungen schwerere Bedingungen als geschehen aufzulegen. England klagte, daß es von Frankreich überrascht und fortgerissen worden, und daß seine Anstrengungen zuletzt keinen seiner würdigen Erfolg erzielt hätten und maß die Schuld davon der Politik des französischen Kaisers bei. Die zunehmende Harmonie zwischen dem französischen und russischen Kabinet wurde in London wegen der orientalischen Angelegenheiten nicht ohne Besorgniß betrachtet. Dagegen empfand man es auf französischer Seite übel, daß alle Gegner Napoleon's und seines Systems: Orleanisten, Republikaner, Mazzini und seine Genossen, fortwährend ein Asyl in England fanden. Die Theilnehmer an der letzten Verschwörung hatten ihr Unternehmen auf brittischem Boden verbreitet, ihre mörderischen Angriffswerkzeuge waren in Birmingham angefertigt worden, und die englischen

Geschwornen hatten den Franzosen Bertrand, einen erwiesenen Verbündeten Orsini's, von der gegen ihn gerichteten Anklage unter dem lauten Beifall des englischen Publikums frei gesprochen. Die officiösen Blätter in Paris sprühten von Zorn über die angebliche Mitschuld England's an dem Attentat vom 14. Januar, und eine Anzahl höherer Officiere erließ eine Adresse an den Kaiser, die mit hochmüthigen und eiteln Drohungen gegen das englische Volk erfüllt war. Aber die Forderungen der Politik, welche die beiden großen rivalisirenden Nationen zur Eintracht aufforderten, waren mächtiger als die Eingebungen des Mißtrauens und die Erinnerungen an eine feindselige Vergangenheit. Napoleon bedurfte England's Neutralität zur Ausführung des großen Plans, den er bedachte, und gab versöhnende Erklärungen ab, und England war damals mit der Unterdrückung des Aufstandes in Ostindien beschäftigt, der seine ganze Kraft und Aufmerksamkeit in Anspruch nahm. Die Königin Viktoria entschloß sich deshalb, der Einladung Napoleon's zu folgen, und der Einweihung des Hafens von Cherbourg beizuwohnen (5. August 1858), obgleich derselbe im Grunde gegen England dienen sollte. Bald darauf begab sich Lord Palmerston zu einem Besuch des Kaisers nach Paris, wo er mit der größten Auszeichnung aufgenommen wurde.

Die sardinische Regierung hatte unterdessen im Vertrauen auf Frankreich's nicht mehr zweifelhaften Beistand und Rußland's und England's geheime Zustimmung, eine immer feindseligere Haltung gegen Oesterreich angenommen. Turin wurde der Sammelplatz aller Verbannten und Ausgewanderten aus dem österreichischen Italien, unter welchen die befähigteren leicht Eingang in den sardinischen Staatsdienst fanden, und einige zu hohen Aemtern gelangten. Die militairischen Flüchtlinge aus dem lombardo-venetianischen Königreich traten zu eigenen Korps zusammen, es ward eine ungarische Legion gebildet, und Sardinien gab die Kosten für Ausrüstung und Sold her. Die sardinische Presse kannte in ihren Ausfällen auf Personen und Dinge in Oesterreich keine Gränzen, und suchte dadurch die Wirkungen der von dem Kaiser Franz Joseph ertheilten Amnestie in den Augen der Italiener zu entkräften. Cavour, der Napoleon schon früher näher getreten, stattete demselben im Herbst 1858 in dem Badeort Plombières einen Besuch ab, wo die ferneren Plane in Betreff Italien's verabredet und, so weit dies möglich war, festgestellt wurden. Es ist über diese Verhandlungen bisher nichts Näheres bekannt geworden, man kann aber aus den nachfolgenden Ereignissen mit großer Wahrscheinlichkeit auf ihren

Inhalt und ihre Tragweite einen Schluß machen. Sie umfaßten jedenfalls nicht blos das österreichische Italien, sondern die ganze Halbinsel, und mögen wenigstens ihren allgemeinen Bestimmungen nach Rußland und England mitgetheilt worden sein. Im Laufe des Jahres hatte Napoleon, dessen Truppen durch ihre Organisation und den sie beseelenden Geist immer kriegsbereit waren, mit seiner Artillerie, durch die Einführung der gezogenen, auf weite Entfernung sicher treffenden Kanonen, eine große Verbesserung vorgenommen, und sie dadurch noch furchtbarer gemacht. In Aussicht auf einen großen Krieg waren an die Spitze der einzelnen Heeresabtheilungen die tüchtigsten und bewährtesten Befehlshaber gestellt worden. Auch Sardinien strengte sich auf das äußerste an, und war, so zu sagen, bis an die Zähne gerüstet. Wahrscheinlich war Napoleon schon damals durch geheime Verträge mit Rußland, England und vielleicht auch mit Dänemark gewiß geworden, daß man seinem Auftreten in Oberitalien keine Hindernisse entgegensetzen, und nöthigenfalls den deutschen Bund zur Unthätigkeit zwingen werde. Die Angriffe der sardinischen Presse auf Oesterreich, die in ganz Italien wiedertönten, dauerten ununterbrochen fort, und wurden von den österreichischen Blättern in ähnlicher Weise erwidert, deren Polemik aber kein so vielfältiges Echo fand. So wie Napoleon's Plane ihrer Reife entgegengingen, nahm auch die französische Presse einen schneidendern Ton gegen Oesterreich an. Es wurde jetzt die Nationalitätenfrage in den französischen Blättern häufig behandelt und nachzuweisen gesucht, daß Oesterreich gar keine natürliche und wahrhafte Einheit besitze, und aus einem Komplex von Völkern bestehe, die einander durchaus fremd seien und nur von Gewalt und List zusammengehalten würden. Das Thema, daß Oesterreich der Feind der Nationalitäten, und ihrer Entwickelung, des Fortschritts, der Civilisation überhaupt sei, wurde von der französischen Presse mit unzähligen Variationen, und mit der ihr eigenthümlichen Mischung von Sophistik und Leidenschaft behandelt. Zu derselben Zeit rief die päbstliche Regierung den allgemeinen Unwillen gegen sich hervor, indem sie einen jüdischen Knaben in Bologna, Namens Mortara, der einige Jahre vorher von einer christlichen Dienstmagd heimlich getauft worden, als dies bekannt wurde, seiner Familie entriß und mit Gewalt im Christenthum erziehen ließ. Dieser Vorfall erregte in dem protestantischen England, dessen vornehme und reiche Klassen zwar Italien, seine Naturschönheiten und Kunstschätze lieben, aber entschiedene Gegner des Pabstthums sind, ein ungeheures Aufsehen. Das englische Volk war überhaupt gegen Pius IX. in einer gereizten

Stimmung, weil er der katholischen Hierarchie in England eine feste und öffentliche Form gegeben hatte, wogegen die englische Konstitution seit der Emancipation der Katholiken keine Mittel des Widerstandes mehr bot. Oesterreich und der Pabst wurden von den Protestanten und Liberalen in ganz Europa als Gegner der Gesittung, des Lichts und der Freiheit bezeichnet. Ein Sturm zog sich gegen sie in der öffentlichen Meinung zusammen, ehe noch ein solcher sich auf dem Gebiet der staatlichen Interessen erhob.

Europa schwebte in peinlicher Ungewißheit. Es schloß aus dem Ton der Presse in mehren Großstaaten, daß ein Gewitter am politischen Horizont aufsteige, aber mit den geheimen Unterhandlungen der Kabinette unbekannt, wußte man nicht, wann und wo es sich entladen werde. Da löste Napoleon das Räthsel, indem er am Neujahrstag 1859 bei dem Empfange des diplomatischen Korps an den österreichischen Gesandten von Hübner unerwarteter Weise die Worte richtete: „Ich bedauere, daß unsere Beziehungen nicht so gut sind, wie ich sie zu sehen wünsche, aber ich bitte Sie, dem Kaiser zu melden, daß meine persönlichen Gefühle für ihn immer dieselben sind.“ Diese Aeußerung war, wenn man die diplomatische Form abrechnet, vollkommen klar, sie wies auf einen von Seite Napoleon's wohlüberlegten, nahe bevorstehenden Bruch hin. Das Verhältniß zu Sardinien blieb immer der vornehmste Grund zu einem Kriege gegen Oesterreich, aber der französische Kaiser hatte auch noch einen anderen Vorwand dazu begierig ergriffen. Der österreichisch gesinnte Fürst von Servien, Alexander Karageorgiewitsch, war durch eine von russischen Ränken und dem Verrath einiger Personen seiner Umgebung entstandene Volksbewegung vom Thron gestürzt worden, den ein Anhänger Rußland's, Milosch Obrenowitsch, bestieg, der auf diese Katastrophe in Odessa gelauert hatte und eilig herbeigekommen war, um aus ihr Vortheil zu ziehen. Oesterreich wurde von diesem Wechsel sehr peinlich berührt, und ließ ein Truppenkorps an die servische Gränze vorrücken und dem abgesetzten Fürsten zur Verfügung stellen. Frankreich wollte in dieser Einmischung eine Verletzung des Artikels 29 des Pariser Friedens sehen, und drohte mit Krieg. Das österreichische Kabinet bot aber die Gelegenheit dazu nicht, und gab Erklärungen, die für den Augenblick zufrieden stellen mußten. Unterdessen war der Ausbruch eines großen Kampfs in Italien immer wahrscheinlicher geworden. Viktor Emanuel wies in seiner Rede bei Eröffnung der sardinischen Kammern auf den „Schmerzensschrei“ hin, der sich von so vielen Seiten in Italien, Hülfe flehend, erhebe, und gegen den Sar=

dinien, ungeachtet seiner Achtung vor den Verträgen, nicht gleichgültig bleiben könne. Noch bezeichnender für die Lage der Dinge war die zwischen dem Prinzen Napoleon, einem eifrigen Freunde der italienischen Unabhängigkeit und Gegner Oesterreich's, und der Prinzessin Clotilde, der ältesten Tochter des Königs von Sardinien, am 30. Januar (1859) geschlossene Vermählung. Am 7. Februar versicherte der französische Kaiser in seiner Rede bei Eröffnung der Sitzungen des Senats und des gesetzgebenden Körpers, daß seine Absichten, obgleich der Zustand Italien's der Diplomatie Besorgnisse einflöße, nach wie vor auf Erhaltung des Friedens gerichtet seien, erklärte aber zugleich, daß die Interessen Frankreich's und Sardinien's durch eine Heirath noch identischer als früher geworden, und daß er bei Schlichtung der mit Oesterreich bestehenden Differenzen der Civilisation Geltung verschaffen werde. Diese vieldeutige Rede ließ nur so viel klar erkennen, daß zwischen Frankreich und Sardinien schon ein Schutz- und Trutzbündniß bestehe und der Kaiser sich auf Rußland und England verlassen könne. Der beste Kommentar zu Napoleon's Thronrede war eine kurz vorher auf seine Veranlassung erschienene Flugschrift: „Napoleon III. und Italien", welche die „Berechtigung der Nationalitäten" und die „Revision der Verträge" als unentbehrlich für die Ruhe Europa's empfahl. Oesterreich konnte die Gefahren seiner Lage nicht mehr verkennen. Nicht blos im Westen, sondern auch im Osten sah es sich bedroht. Am 12. Januar 1859 wurde Oberst Cusa zum Hospodaren der Moldau, und am 5. Februar zu derselben Stelle in der Wallachei gewählt. Die Vereinigung der Donaufürstenthümer, welche durch die Konvention vom 19. August 1858 hatte verhindert werden sollen, war auf diese Art thatsächlich vollzogen. Frankreich und Rußland erkannten diese Doppelwahl sofort an. Für Oesterreich war dieselbe ein höchst unerwünschtes Ereigniß, indem dadurch, von anderen politischen Rücksichten, die sich auf Rußland und die Türken bezogen, ganz abgesehen, die sich schon seit lange regende Idee von einer Vereinigung der gesammten rumänischen Race, von der über zwei Millionen in der österreichischen Monarchie leben, zu einem unabhängigen Staat, einen vorbereitenden Schritt zu ihrer Verwirklichung gethan zu haben schien.

Jetzt drängte alles zu einer gewaltsamen Entscheidung der italienischen Frage hin. Oesterreich schickte Truppen über Truppen nach der Lombardei. Franz Joseph hatte früher seinen wohlgesinnten und einsichtsvollen Bruder, den Erzherzog Ferdinand Maximilian, zum General-Gouverneur des österreichischen Italien's ernannt, von dem die

Härte der österreichischen Verwaltung so viel als möglich gemildert worden war. Derselbe wurde jetzt seines Amts enthoben, und das lombardisch-venetianische Königreich unter das Kriegsgesetz gestellt. Frankreich zog eine Armee an den Alpen zusammen, und es gingen Befehle nach Algerien ab, die kriegsgeübtesten Regimenter zu Einschiffung bereit zu halten. Viktor Emanuel rief die in den entfernteren Theilen seiner Staaten, auf der Insel Sardinien und in Savoyen liegenden Truppen in seine Nähe, und stellte sie um Alessandria und am Tessin auf. Alle Welt begriff, daß ein Zusammenstoß nicht mehr zu verhindern sei und der verwickelte Knoten nur mit dem Schwert durchhauen werden könne. Dennoch versuchte die Diplomatie eine friedliche Lösung. Der brittische Gesandte in Paris, Lord Cowley, begab sich nach Wien, um dort in Unterhandlung mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen, Grafen Buol, zu treten, und zwischen den Ansprüchen der einander gegenüberstehenden Mächte einen Ausweg zu finden. Zu gleicher Zeit wurde Sardinien von dem englischen Kabinet zu einer „Präcisirung" seiner Beschwerden gegen Oesterreich aufgefordert. Cavour antwortete darauf mit einer Denkschrift, in der besonders die Verträge Oesterreich's mit einzelnen italienischen Staaten als eine widerrechtliche, Sardinien's Unabhängigkeit bedrohende Vergrößerung des österreichischen Einflusses angeklagt wurden. Die von Cowley in Wien geführten Unterhandlungen blieben ohne Erfolg. Darauf nahm Rußland die Vermittelung in die Hand, und schlug einen Kongreß der Großmächte vor, auf dem die italienischen Angelegenheiten entschieden werden sollten. Oesterreich ging scheinbar auf diesen Antrag ein, stellte aber Bedingungen, deren Annahme unter den vorhandenen Umständen unmöglich war. Es verlangte, daß sein Besitzstand in Italien von Hause aus anerkannt werde und keinen Gegenstand der Unterhandlungen bilden dürfe, und daß Sardinien vor Eröffnung des Kongresses entwaffnen solle. Es wurden von verschiedenen Seiten noch mehre Vorschläge zur Abwendung des Krieges, aber vergeblich gemacht, indem bald diese, bald jene der interessirten Mächte Einwendungen erhob, die das Ziel immer wieder verrückten. Oesterreich fühlte, daß es doch zuletzt zum Kampfe kommen müsse, und daß es durch den Aufschub nur verlieren könne, indem seine Gegner Zeit zur Vollendung ihrer Rüstungen erhielten, und seine Finanzen durch den bewaffneten Frieden fast eben so sehr wie durch einen Krieg litten, der außerdem die Möglichkeit des Sieges und der Befreiung von einer drangvollen Lage enthielt. Es beschloß, an Sardinien ein Ultimatum zu stellen, das diesem nur die Wahl zwischen Herabsetzung seiner

Armee auf den Friedensfuß und Auflösung der Freikorps, oder Krieg übrig ließ.

Bevor Oesterreich den letzten entscheidenden Schritt that, sandte es noch den Erzherzog Albrecht nach Berlin, um das preußische Kabinet von seiner Absicht in Kenntniß zu setzen, und zu erfahren wie weit es dabei auf Preußen rechnen könne. In Berlin war man aber einem einseitigen Vorgehen Oesterreich's durchaus entgegen, und rieth das Ergebniß der Unterhandlungen abzuwarten, die über die Lösung der italienischen Frage mit England angeknüpft waren. Indessen floß die Zeit hin, ohne daß die vermittelnden Mächte im Stande gewesen wären, die widerstrebenden Meinungen der Kabinette von Wien, Paris und Turin zu vereinigen. In Verbindung mit Preußen machte England am 17. April noch einen neuen Vermittlungsvorschlag. Es solle dem Kongreß eine Entwaffnung der streitenden Parteien vorangehen, und durch eine vom Kongreß unabhängige Kommission geregelt werden. Diese Kommission solle aus sechs Mitgliedern, fünf von den Großmächten und einem von Sardinien, bestehen. Sobald die Kommission ihre Thätigkeit begonnen habe, werde der Kongreß zusammentreten, und die Verhandlung der eigentlich politischen Frage in Angriff nehmen. Die dabei betheiligten italienischen Staaten würden eingeladen werden, dem Kongreß wie früher dem von Laybach beizuwohnen. Rußland und Frankreich traten diesem Vorschlage bei, Oesterreich verwarf ihn, indem es von einem Kongreß kein günstiges Resultat für sich erwartete, sondern neue Verwickelungen und eine noch mißlichere und isolirtere Lage besorgte. Am 23. April wurde das österreichische Ultimatum dem Grafen Cavour zugestellt und dem sardinischen Kabinet eine dreitägige Frist zur letztgültigen Erklärung gelassen. Da Sardinien eine ablehnende Antwort ertheilte, so war der Krieg unausbleiblich geworden. Napoleon ließ am 26. April in Wien erklären, daß er den Uebergang der Oesterreicher über den Tessin als eine Kriegserklärung gegen Frankreich ansehen werde. Der Bruch wurde von den üblichen diplomatischen Formalitäten begleitet. Die Gesandten forderten ihre Päſſe, die streitenden Mächte erließen Manifeste und Noten zur Rechtfertigung ihres Verhaltens. Europa ging einer neuen und größeren Krisis als zur Zeit des Krimkrieges entgegen, und die viel allgemeinere und wichtigere Resultate zur Folge haben sollte.

Sardinien hatte alle Linientruppen ins Feld zu stellen beschlossen und den Garnisonsdienst der Nationalgarde übergeben. Es standen 60 bis 65,000 Mann und einige tausend Freiwillige zu Gebot, die von

Garibaldi unter dem Namen der Alpenjäger organisirt waren. Napoleon III. hatte eine Armee von 150,000 Mann zu diesem Krieg in Bereitschaft gesetzt, deren am weitesten vorgeschobene Korps schon am 25. April die savoyische Gränze überschritten. Andere Truppenabtheilungen wurden in Marseille und Toulon nach Genua eingeschifft. In dem lombardisch-venetianischen Königreich standen 200,000 Oesterreicher, von denen 150,000 Mann im offenen Feld verfügbar waren. Am 29. April überschritten fünf österreichische Armeekorps den Tessin und rückten in Piemont ein.

Oesterreich hatte ohne Zweifel triftige Gründe, um auf den von Rußland vorgeschlagenen Kongreß nicht einzugehen, auf dem es gewiß überstimmt worden, und dann, wenn es sich nicht gefügt hätte, noch verlassener als vorher da gestanden wäre. Aber es mußte, sobald es einmal unwiderruflich zum Kriege entschlossen war, denselben sofort beginnen, und ihn mit äußerster Anstrengung, ohne weitere Bedenklichkeiten und Zögerungen führen. Vor allem hätte es einen geeigneten Feldherrn an die Spitze seiner Streitmacht stellen müssen. Radetzky war im Januar 1858 gestorben, und nicht zu ersetzen, aber Radetzky's rechte Hand, der Feldzeugmeister Heß, lebte noch, und der Feldmarschallieutenant Benedeck hatte 1848 und 1849 so viele Beweise von militairischen Talent und Entschlossenheit des Charakters gegeben, und seitdem im Frieden ein so bedeutendes und organisatorisches Talent an den Tag gelegt, daß ihm, wenn Heß verhindert war, das oberste Kommando gebührt hätte. Statt dessen wurde hierzu ein österreichisch gesinnter ungarischer Magnat, Graf Franz Gyulai erkoren, der nie im Kriege gedient, nie Beweise von hervorragender Befähigkeit gegeben hatte, und dem von Anfang an Niemand die zu einer so schwierigen Stellung nöthige Einsicht und Erfahrung zutraute. Anstatt nach der Ablehnung des Ultimatums die Sardinier, wie dies ausführbar gewesen wäre, mit überlegener Macht anzugreifen, sich den Weg nach Turin zu bahnen und die in großer Entfernung von einander aus Savoyen und dem Genuesischen heranziehenden Franzosen einzeln zu schlagen, setzte sich Gyulai in der Lomelina, eine der fruchtbarsten Provinzen Piemont's, fest, bis dieselbe durch Regengüsse überschwemmt und fast unwegsam geworden, ließ die Sardinier sich um Alessandria concentriren, und that nichts, um ihre Vereinigung mit den Franzosen zu hindern. Napoleon erließ am 12. Mai einen Tagesbefehl an seine Soldaten, in welchem er sie an die Thaten ihrer Väter in Italien unter seinem großen Oheim erinnerte, und ihnen ähnliche Erfolge in Aussicht stellte. Er übernahm den Oberbefehl über

die gesammte sardinische und französische Streitmacht, und nicht blos dem Namen nach, denn in vielen Fällen wurde von ihm, außer seinem natürlichen Scharfblick ein wirkliches Talent für strategische Operationen und eine gründliche Kenntniß des Kriegswesens dargelegt. Dagegen wurde Gyulai's Stellung als Obergeneral in der österreichischen Armee kaum gefühlt, indem die einzelnen Korpsführer sich selbst überlassen blieben, und kein allgemeiner Plan für die Kriegführung angenommen war. Gyulai, der über die Stellung des Feindes vollkommen im Unklaren war, ordnete, um sich Licht darüber zu verschaffen, eine große Recognoscirung an, die den ersten Zusammenstoß zwischen den Franzosen und Oesterreichern bei Montebello herbeiführte (20. Mai), wo letztere nach einem hartnäckigen Widerstande zum Rückzug gezwungen wurden. Nach diesem Gefecht fiel der österreichische Obergeneral wieder in seine frühere Unthätigkeit zurück, und war von den Bewegungen des Feindes so schlecht unterrichtet, daß er den Angriff desselben fast immer da erwartete, wo an einen solchen gar nicht gedacht wurde, und die wirklich bedrohten Punkte unberücksichtigt ließ. Garibaldi, an der Spitze seiner Alpenjäger, fiel um diese Zeit in die Lombardei ein, nahm Como und Varese ein und rückte auf der Straße nach Mailand vor, mußte sich aber vor der überlegenen Macht der Oesterreicher wieder in die Berge zurückziehen. Ueberall hatte sein Erscheinen die Bevölkerung im höchsten Grade aufgeregt, und es strömten ihm von allen Seiten Freiwillige zu. Am 28. Mai war die französisch-sardinische Armee völlig im Stande die Offensive zu ergreifen. Napoleon schickte sich an auf dem kürzesten Wege gegen Mailand zu ziehen, und Gyulai ordnete den Rückzug seines ganzen Heeres auf das linke Ufer des Tessin bei Pavia an (1. Juni).

In Deutschland erregte dieser Krieg sehr verschiedenartige Empfindungen. Die liberale Partei war allerdings nicht für Frankreich gestimmt, aber Oesterreich abgeneigt, und wollte von einer Unterstützung desselben von Seiten des deutschen Bundes nichts wissen. Nur die Reaktionaire sprachen sich, auch unter den Protestanten, für Oesterreich aus, weil dasselbe für den natürlichen Gegner jeder freien Entwickelung galt. In einem großen Theil Süddeutschland's wurden Sympathien für Oesterreich, weniger aus politischen Gründen, als wegen der Stammes- und Konfessionsverwandtschaft, laut. In Preußen, wo man die Tage von Olmütz und Bronzell und das Verhalten des österreichischen Kabinets in der schleswig-holsteinischen Frage nicht vergessen hatte, war die Stimmung überwiegend antiösterreichisch. Man wollte sich daselbst nicht in die einseitig österreichischen Interessen und Plane verwickeln lassen,

um demselben zum Siege zu verhelfen, und sich später dafür mit Undank belohnt zu sehen. Indessen wurde in Deutschland, besonders aber in Preußen und Bayern, gerüstet, da allerdings nicht vorauszusehen war, welche Gestalt und welchen Umfang der Krieg annehmen konnte. England fühlte sich durch das Ablehnen seiner Vermittelungsvorschläge verletzt, und Lord Derby, damals erster Minister, erklärte das österreichische Ultimatum und das Ueberschreiten des Tessin für eine „verbrecherische Handlung", und fügte die Drohung hinzu: England werde die deutschen Handelsschiffe gegen die französischen Kriegsschiffe und Kaper nicht in Schutz nehmen, wenn der deutsche Bund, ohne von Frankreich angegriffen zu sein, Oesterreich Beistand leisten sollte. Der russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Fürst Gortschakof, noch von den Wiener Konferenzen und dem Krimkrieg her ein entschiedener Gegner der österreichischen Politik, erließ ein Rundschreiben an die Vertreter Rußland's im Ausland, in welchem es hieß, daß, da der deutsche Bund vermöge seines Ursprungs und seiner Bestimmung rein defensiver Natur sei, ein offensives Einschreiten desselben gegen Frankreich von Rußland nicht mit Gleichgültigkeit angesehen werden würde. Diese anmaßliche Erklärung stieß bei mehren deutschen Höfen auf eine Abweisung in Worten, ward aber in der Hauptsache dennoch beachtet. Der französische Minister des Auswärtigen, Graf Walewski, rieth, nur in feinerer Form, ebenfalls von einer Einmischung in diesen Krieg ab, der „lokalisirt", d. h. auf Italien beschränkt bleiben müsse, damit der dort erregte Brand nicht weiter um sich greifen könne. Rußland und England faßten diesen Grundsatz vom Lokalisiren des Kriegs auf, und riethen dessen Befolgung den deutschen Kabinetten lebhaft an.

Gyulai beschloß, um den Feind am Vordringen auf Mailand zu hindern, seine Streitmacht, die durch das Korps unter Clam Gallas verstärkt worden, zu concentriren, verfuhr aber dabei so langsam und unsicher, daß die Vereinigung der einzelnen Heerestheile nur unvollständig erfolgte. Nach einer Reihe unentschieden gebliebener Vorpostengefechte, kam es endlich am 4. Juni bei Magenta zu einer Schlacht, in welcher sich die Verbündeten in Folge falscher Berechnungen über die Zeit des Eintreffens der Korps unter Canrobert und Mac Mahon anfänglich im Nachtheil befanden, und Napoleon, der zu rasch vorgedrungen war und überlegene Streitkräfte vor sich fand, einen Augenblick lang in der Gefahr schwebte, erdrückt zu werden. Aber die Oesterreicher konnten diese errungenen Vortheile nicht behaupten, indem bei ihnen kein wahrhaftes Oberkommando statt fand, und jeder Divisions-

und Brigadeführer sich da schlug, wo er gerade stand, ohne ein gemeinsames Ziel vor Augen zu haben. Gyulai schien den Kopf verloren zu haben, ritt auf dem Schlachtfeld unschlüssig hin und her, ließ die Korps einzeln angreifen, die sich ausgezeichnet schlugen, aber zuletzt eines nach dem anderen geworfen wurden und große Verluste erlitten. Als am Nachmittag Canrobert bei der Hauptmacht eintraf, und Mac Mahon, der eine Zeit lang von Clam Gallas hart gedrängt gewesen, wieder zur Offensive überging, war die Schlacht für die Oesterreicher verloren. Von beiden Seiten waren ungefähr 70,000 Mann ins Gefecht gekommen. Der Verlust der Oesterreicher wird auf 10,000 Mann, unter ihnen 4000 Gefangene, der der Verbündeten auf 4500 Mann, unter ihnen 700 Gefangene, angegeben. Unter den gefangenen österreichischen Soldaten befanden sich viele geborene Italiener, die wahrscheinlich ohne großen Widerstand in diese Lage gerathen waren. Am anderen Tag ordnete Gyulai den Rückzug südwärts gegen den Po hin an.

In dieser Zeit offenbarten sich die früher verhüllt gebliebenen Mißbräuche der österreichischen Armeeverwaltung in einer Menge von Unterschleifen und Betrügereien, die später einige tragische Katastrophen in der höheren Beamten= und Militairwelt nach sich ziehen sollten. Wucherische Lieferanten und untreue Kriegskommissaire hatten sich Millionen bezahlen lassen und nichts dafür angeschafft. Ungeheure Ochsenheerden, Brod= und Weinvorräthe waren in Rechnung gebracht, aber nie vorhanden gewesen. Es wird behauptet, daß von dem, was wirklich der Armee nachgeführt wurde, manches unter der Hand an den Feind verkauft worden ist. Ganze Regimenter hatten sich in diesem Feldzug über vierundzwanzig Stunden lang ohne Nahrung befunden, und waren oft schon vor Beginn des Gefechts erschöpft gewesen.

Am 5. und 6. Juni räumten die Oesterreicher Mailand in solcher Eile, daß sie daselbst eine große Menge von Kriegsmaterial und Vorräthen aller Art zurückließen. Ihre Hauptmacht setzte ihren Rückzug über die Adda, und den Oglio gegen den Chiese in guter Ordnung fort, wobei sie sich zugleich vom Po entfernte, um sich der Operationslinie der Verbündeten zu nähern, und allmälig wieder die Fühlung mit diesen zu gewinnen, welche sie unmittelbar nach der Schlacht von Magenta aufgegeben hatte. In Verbindung mit diesem Rückzug stand die Räumung aller festen Plätze, die man hinter sich ließ: Pavia, Piacenza, Pizzighetone wurden verlassen, und die Festungswerke, so viel es die Zeit erlaubte, demolirt. Die österreichischen Besatzungen in Commachio, Ferrara, Bologna, Ankona wurden ebenfalls zurückgezogen.

Am 8. Juni zogen Napoleon und Viktor Emanuel unter dem Frohlocken der Bevölkerung in Mailand ein. Der Kaiser erließ eine Proklamation an sein Heer, in welcher er dessen Thaten hervorhob und es zu neuen Anstrengungen aufforderte, und eine Proklamation an die Italiener (nicht blos an die Lombarden), in der er erklärte, daß der Moment für sie gekommen sei, sich zu einer Nation zu konstituiren, und dabei versicherte, daß er nur ihre Befreiung und keine selbstsüchtigen Zwecke im Auge habe. Am 12. Juni nahmen die Verbündeten ihre Operationen wieder auf. Vom 14. bis 16. Juni concentrirten sie ihre Macht um Brescia am Mellaflusse. Auf österreichischer Seite faßte man den Plan, den Rückzug bis zu dem berühmten Festungsviereck fortzusetzen, und dort in vortheilhafter Stellung den Angriff der Verbündeten zu erwarten.

Der beginnende Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich hatte die italienische Nationalpartei mit neuer Hoffnung erfüllt, und zum Widerstand gegen die bestehenden Gewalten ermuntert. In Florenz wurde der Großherzog Leopold II., nicht durch einen Aufstand, sondern durch einen allgemeinen Abfall, indem sich alles von ihm zurückzog und Niemand seinen Befehlen Folge leistete, da er nicht zu Gunsten seines Sohnes abdanken wollte, zur Entfernung aus Florenz und Toskana genöthigt (27. April), und eine provisorische Regierung unter Leitung des bisherigen sardinischen Gesandten, Buoncompagni, eingesetzt. Viktor Emanuel übernahm das Protektorat über Toskana. Die gesammte großherzogliche Familie begab sich unter den Schutz Oesterreich's. In Massa und Carrara erhob sich die Bevölkerung gegen die modenesische Regierung. Am 23. Mai landete Prinz Napoleon mit einem französischen Truppenkorps in Livorno, aber ohne, wie der Kaiser und er selbst erwartet hatten, Sympathien bei der Bevölkerung zu erregen, und zog nach der Lombardei, um sich mit den Verbündeten zu vereinigen. Am 7. Juni verließ die Herzogin Luise von Parma mit ihrem minderjährigen Sohn Robert ihr Land, und wandte sich nach der Schweiz. Wenige Tage später mußte der Herzog Franz V. von Modena seinen Staaten den Rücken kehren, und begab sich, von einem Theil seiner Truppen begleitet, nach dem österreichischen Hauptquartier. Ueberall in Mittelitalien wurde, sobald die Oesterreicher sich entfernt hatten, die italienische Fahne aufgepflanzt und der Anschluß an Sardinien verlangt.

Napoleon, der so rasche Vortheile in der Lombardei davon getragen, sah sich jetzt gezwungen, seine Aufmerksamkeit auf Deutschland zu lenken, wo Preußen's Auftreten ihm Besorgnisse einflößen konnte. Er hatte auf

das Einverständniß mit Rußland und England, und auf die inneren Zerwürfnisse in Deutschland rechnend, als er die Alpen überschritt, an der östlichen Gränze Frankreich's nur ein schwaches Beobachtungskorps unter dem Marschall Herzog von Malakof, und ein zweites an der Nordgränze aufgestellt, das durch Zuzug aus der Pariser Armee verstärkt werden sollte. Aber in der Mitte Juni, nach der Schlacht von Magenta, machte Preußen sechs Armeekorps mobil, um mit denselben eine Stellung am Mittel- und Niederrhein zu nehmen, und beantragte zugleich am Bundestag die Errichtung eines Bundesobservationskorps, aus dem 7. und 8. Bundeskorps bestehend, um unter Bayern's Führung am Oberrhein postirt zu werden. Zugleich gab das preußische Kabinet die Absicht zu erkennen, sich in Uebereinstimmung mit Rußland und England vermittelnd in den Gang der Ereignisse einzumischen. Ein solcher Schritt Preußen's schloß die Möglichkeit eines kriegerischen Vorgehens gegen Frankreich in sich. Napoleon hätte dann zwei Kriege zu gleicher Zeit, den einen am Po, den andern am Rhein, zu führen gehabt. Er war damals mit der italienischen Nationalpartei unzufrieden, die durch ihre in ganz Mittelitalien im Namen und zu Gunsten des Königs von Sardinien vollzogene Erhebung seinen politischen Planen auf Errichtung eines italienischen Staatenbundes und, wo möglich, Verpflanzung einiger seiner Verwandten auf italienische Throne (Prinz Napoleon in Toscana; Prinz Murat in Neapel), störend entgegentrat. Diese Umstände erweckten in ihm den Gedanken an einen Friedensschluß mit Oesterreich, das gegen mäßige Opfer in Italien Gelegenheit bekommen hätte, seinen Einfluß in Deutschland auf Kosten Preußen's wieder geltend zu machen. Napoleon hoffte auf diese Weise das gegenseitige Mißtrauen der beiden deutschen Großmächte von neuem anzufachen, sich dadurch von Seiten Deutschland's sicher zu stellen, und ein Protektorat über Italien auszuüben, das, zu schwach um sich selbst zu schützen, in keinem Fall mit ihm brechen konnte. In der That hatte das Auftreten der Franzosen in der Lombardei, anstatt das österreichische und preußische Kabinet durch das Gefühl einer gemeinsamen Gefahr einander näher zu bringen, die Spannung zwischen ihnen nur vermehrt. Oesterreich verlangte von Preußen eine Garantie für seine italienischen Besitzungen und eine thätige Unterstützung als deutsche Bundesmacht, während Preußen zwar rüstete und das deutsche Bundesgebiet vor jedem Angriff zu schützen versprach, aber als europäische Großmacht seine Entschließungen und den Zeitpunkt zum Handeln sich vorbehalten, und aus seiner vermittelnden Stellung nicht heraustreten wollte. Da Oesterreich sah, daß es von Preußen für

den Augenblick keinen Beistand zu hoffen hatte, so beschloß es noch ferner allein alle seine Kräfte aufzubieten, um Preußen's nicht zu bedürfen, oder doch seiner Vermittlung die möglichst günstige Basis zu geben. In Folge dieser Erwägung ward der nach der Schlacht von Magenta gefaßte Plan, den Angriff der Verbündeten in dem Festungsviereck zu erwarten, verlassen und beschlossen, auf das rechte Ufer des Mincio überzugehen, den Feind aufzusuchen und über den Tessin zurückzuwerfen. Die Armee war durch die verlorene Schlacht bei Magenta weder entmuthigt noch geschwächt, und brannte vor Begierde die empfangene Scharte wieder auszuwetzen. Ein Sieg, so glaubte man in der Umgebung des Kaisers Franz Joseph, konnte Oesterreich aus allen seinen Verlegenheiten ziehen, und seinen Einfluß in Italien und Deutschland wieder herstellen, eine neue Niederlage aber seine Stellung nicht viel verschlimmern, da England, Preußen und der deutsche Bund eine wesentliche Schwächung seiner Macht Frankreich gegenüber nicht zugeben würden.

Graf Gyulai hatte den Oberbefehl am 18. Juni in die Hände seines Kaisers niedergelegt, der in einem Tagesbefehl der Armee anzeigte, daß er ihn selbst übernehme. Da Franz Joseph, obgleich er als Prinz im Jahr 1848 eine Zeit lang in Radetzky's Lager geweilt hatte, kein Feldherr war und keine Kriegserfahrung besaß, so ward durch Gyulai's Entfernung im Grunde nicht viel geändert und keine größere Einheit des Kommandos hergestellt. Am 24. Juni standen die beiden Heere einander wieder feindlich gegenüber, von denen sich das österreichische, um von drei Seiten her auf den Gegner concentrisch drücken zu können, in einem viel zu langen Halbkreis ausgedehnt hatte. Die beiden Flügel nahmen einen Raum von vier Stunden ein, und bildeten gewissermaßen zwei Armeen, die keine Reserven hinter sich hatten. Den Verbündeten gab ihre gedrängtere Stellung von Anfang an einen Vortheil, der von Napoleon's kräftigem Willen und scharfem Blick noch erhöht wurde. Sobald der französische Kaiser die österreichische Schlachtordnung erkundet hatte, beschloß er, den Hauptangriff auf das feindliche Centrum zu richten, überzeugt, daß der Sieg von der Sprengung desselben abhing. Der entscheidende Punkt im Centrum war die Höhe von Solferino, von der die Schlacht den Namen erhielt, und nach deren Besitz die Franzosen mit allen Kräften rangen. Der Kampf begann mit einer Reihe von Einzelgefechten, die von Seiten der Verbündeten bald einen allgemeinen Charakter annahmen, während den einzelnen österreichischen Korps keine übereinstimmende Richtung angewiesen wurde, und der Kaiser, Heß, Schlick, Wimpfen, alle durcheinander und von

verschiedenen Punkten aus Befehle ertheilten. Die große Tapferkeit der Oesterreicher, und die Langsamkeit, mit der Canrobert die ihm aufgetragenen Bewegungen ausführte, der, durch einander durchkreuzende Befehle aus dem Hauptquartier irre gemacht, das von den Oesterreichern hart gedrängte Korps unter Niel ohne Unterstützung ließ, verzögerten den Sieg der Verbündeten, der erst durch die Einnahme der Höhe von Solferino herbeigeführt wurde. Die österreichischen Heerführer hatten nicht begriffen, daß die Entscheidung von der Behauptung dieses Punkts abhing, und wurden dessen auch nicht inne, als sie sahen, daß der Feind immer neue Massen gegen diese Höhe in Bewegung setzte. Es befand sich daselbst anfänglich nur eine österreichische Brigade, und die nach und nach dahin gesandten Verstärkungen waren nicht zahlreich genug, um sich gegen den unerschöpflichen Andrang der Franzosen auf die Länge zu behaupten. Das Regiment Reischach, welches sich schon bei Magenta hervorgethan hatte, leistete auch auf dieser Höhe, bei dem Thurm von Solferino, den heldenmüthigsten Widerstand, mußte aber zuletzt der Uebermacht weichen. Zwischen vier und fünf Uhr Nachmittags unterbrach ein furchtbares Gewitter, von einem strömenden Regen begleitet, den Kampf, der nachher nur schwach wieder aufgenommen wurde. Die Schlacht war für die Oesterreicher schon verloren, obgleich der General Benedeck, der die Sardinier zweimal bei San Martino geworfen hatte, das Gefecht bis acht Uhr Abends fortsetzte, und sich erst zurückzog, als er in Gefahr stand, von der Hauptarmee abgeschnitten zu werden. Unter den Oesterreichern hatten, bei Solferino wie bei Magenta, die Officiere und Soldaten sich besser als die obersten Befehlshaber, Benedeck ausgenommen, bewährt, und würden, wäre es allein auf sie angekommen, den Sieg errungen haben. Auf französischer Seite zeichnete sich besonders der General Niel aus, der eine Zeit lang die Wucht des ganzen linken Flügels der Oesterreicher aushielt, durch seinen ausdauernden Widerstand beträchtliche Streitkräfte des Feindes fesselte, und, wäre er nicht von Canrobert im Stich gelassen worden, der österreichischen Armee den Rückzug nach dem Mincio erschwert haben würde.

Bei Solferino waren die beiden feindlichen Heere gleich stark, und zählten jedes ungefähr 140,000 Streiter. Die Oesterreicher verloren an diesem Tage, wo zwölf Stunden ununterbrochen gefochten wurde, 13,000 Mann an Todten und Verwundeten und 9000 Gefangene; die Franzosen 12,000 Todte und Verwundete und gegen 600 Gefangene; die Sardinier 5300 Mann an Todten und Verwundeten und über 1200 Gefangene. Daß die Verbündeten in dieser Schlacht mehr Todte und

Verwundete als die Oesterreicher gehabt, wird dadurch erklärt, daß sie, namentlich die Franzosen, Höhen einzunehmen hatten, die von dem Feinde tapfer vertheidigt wurden, und daß sie überhaupt angreifend verfuhren. Auch in dieser Schlacht traten die Mängel der österreichischen Armeeverwaltung hervor, und wurden selbst die Verwundeten in vielen Fällen sehr vernachlässigt. Die Oesterreicher zogen sich auf ihr Festungsviereck zurück, die Verbündeten gingen über den Mincio und schoben ihre Avantgarde gegen Verona vor.

In Europa glaubte man allgemein an eine kräftige Fortsetzung des so blutig begonnenen Kampfes. Denn es war nicht wahrscheinlich, daß Napoleon plötzlich auf seiner Bahn still stehen, und nicht bis zum äußersten Ziel derselben vorgehen werde. Aber der französische Kaiser, in dessen Wesen eine seltene Mischung von Selbstbeherrschung und Kühnheit liegt, der er großentheils seine bisherigen Erfolge verdankt, ließ sich von seinem Glück nicht berauschen und beschloß, seinen Triumphwagen anzuhalten, und die Folgezeit hat bewiesen, daß er Recht gehabt.

Die militairischen Hülfsquellen Oesterreich's waren noch lange nicht erschöpft und befanden sich in der Nähe des Kriegsschauplatzes, während Napoleon den Ersatz für die gehabten Verluste aus weiter Ferne beziehen mußte. Gerade seine Kerntruppen: die Garde, die Zuaven und die Fußjäger hatten viel gelitten, und ihre gelichteten Reihen wären nicht sogleich zu vervollständigen gewesen. Preußen hatte jetzt seine ganze Armee mobilisirt, mehren Armeekorps bereits die Marschordre nach dem Rhein ertheilt, und die Aufstellung eines süddeutschen Observationskorps am Rhein betrieben. Daß es dabei auf eine bloße Demonstration abgesehen sei, schien nicht wahrscheinlich, und eine Illusion in dieser Beziehung hätte dem Kaiser der Franzosen theuer zu stehen kommen können. Außerdem konnte derselbe nicht hoffen, die österreichische Armee eben so schnell aus dem Venetianischen wie aus der Lombardei zu werfen, da sie dort, auf das Festungsviereck gestützt, einen langdauernden Widerstand leisten, und während dieser Zeit große Verstärkungen an sich ziehen konnte. Für den Ruhm, worauf Napoleon bei dem Charakter seines Volks und Heeres Rücksicht nehmen mußte, war durch den Gewinn zweier großen Schlachten für den Augenblick genug geschehen. Abgesehen davon, daß die Nationalpartei in Italien sich nach seiner Meinung von ihm zu unabhängig machen wollte, was mit der Fortsetzung des Krieges noch zunehmen mußte, so glaubte er nicht wenig für sie gethan zu haben, wenn er die Lombardei mit dem schönen Mailand den Oesterreichern entriß, und ihr überließ. Was zu einer natio-

nalen Regeneration Italien's noch zu thun übrig blieb, konnte er den Italienern fortan selbst überlassen. Von diesen Rücksichten und Ueberzeugungen ausgehend, ließ Napoleon dem Kaiser Franz Joseph am 6. Juli einen Waffenstillstand vorschlagen, der bis zum 15. August dauern sollte. Da die Oesterreicher dadurch Zeit zur Herbeiziehung von Verstärkungen erhielten, so ward von ihnen auf den Antrag gern eingegangen. Aber schon am 11. Juli fand in Folge dieser Annäherung eine Zusammenkunft zwischen den beiden Kaisern in Francavilla statt, bei welcher von ihnen die Präliminarien zu einem Frieden verabredet wurden, der durch später abzuhaltende Konferenzen in einen definitiven verwandelt werden sollte. Napoleon versicherte seine aufrichtige Neigung zur Beendigung des Kampfes, gab aber zugleich zu verstehen, daß er, durch Verwerfung seiner gemäßigten Bedingungen zu einer Fortsetzung desselben gezwungen, kein Bedenken tragen würde, sich nöthigenfalls im Interesse Frankreich's mit der Revolution zu verbinden. Er machte den österreichischen Kaiser auf seine Isolirung aufmerksam, indem derselbe weder von England, wo unterdessen Lord Palmerston wieder an das Ruder gekommen, noch von Rußland und auch nicht von Preußen Hülfe zu erwarten habe, welches letztere nur rüste, um die Hegemonie in Deutschland zu erlangen, und die österreichischen Sympathien daselbst an einem Ausbruch zu hindern. Der französische Kaiser glaubte selbst nicht an die Wahrheit dieser Behauptung, indem gerade seine Besorgniß vor einem Angriff Preußen's und einen Doppelkrieg, in Italien und am Rhein, ihn, wie er später selbst gestanden, zu den Unterhandlungen in Villafranca veranlaßt hat. Aber seine Worte fielen auf einen empfänglichen Boden, denn es war dem Kaiser Franz Joseph von seinen Umgebungen ein tiefes Mißtrauen gegen die preußische Politik eingepflanzt worden. Eine Sendung des Fürsten Windischgrätz nach Berlin (4. Juli), der Preußen zur Theilnahme am Kriege gegen Frankreich bewegen sollte, war gescheitert, und der Antrag Oesterreich's, den Prinz-Regenten von Preußen zum Oberbefehlshaber des gesammten deutschen Bundesheeres zu ernennen, war von demselben abgelehnt worden, indem der unverantwortliche Regent einer europäischen Macht nicht zu gleicher Zeit der verantwortliche Feldherr der Bundesversammlung sein konnte. Dem österreichischen Kabinet erschien die Haltung Preußen's, das, als Großstaat, sich nicht unter die Vormundschaft des deutschen Bundes stellen konnte, und seine Entschließungen nach eigenem Ermessen fassen wollte, als eine Feindseligkeit, ja als eine Treulosigkeit, so sehr hatte Preußen's bisherige Nachgiebigkeit Oesterreich verwöhnt und dessen Ansprüche gesteigert. Die

beiden Kaiser einigten sich dahin, daß Oesterreich die Lombardei, mit Ausnahme der Festungen Mantua und Peschiera, an Frankreich abtrete, das sie an Sardinien übergeben, Franz Joseph aber den Titel von diesem Lande fortführen werde. Die von Oesterreich geforderte Wiedereinsetzung der Souveraine von Toskana und Modena ward von Frankreich zugestanden, aber unter der verfänglichen Bedingung, daß diese Fürsten von ihren Unterthanen zurückgerufen würden, und keine fremde Intervention statt finden dürfe. Napoleon, der nicht, wie Franz Joseph, in den Illusionen der Legitimitätsideen befangen war, wußte sehr wohl, daß eine solche Restauration damals unmöglich war. Es ward verabredet, daß Italien einen Staatenbund unter dem Ehrenvorsitz des Pabstes bilden solle, der von beiden Mächten um die Einführung von Reformen im Kirchenstaat ersucht werden würde. Um die einzelnen noch zu erledigenden Punkte ins Reine zu bringen, sollten österreichische und französische Bevollmächtigte in möglichst kurzer Frist in Zürich zusammentreten.

Diese im Stillen und in größter Eile geschlossene Uebereinkunft überraschte alle Welt und besonders Preußen, das so umfassende und kostspielige Rüstungen angeordnet hatte, die Frankreich's Umsichgreifen entgegentreten sollten, und zuletzt immer Oesterreich zu Gute gekommen wären. Aber noch mehr, als durch diese geheime Abmachung, wurde das preußische Kabinet von dem Manifest des Kaisers Franz Joseph an seine Völker, in denen er ihnen den mit Frankreich geschlossenen Frieden bekannt machte, verletzt, in welchem derselbe ein entschiedenes Mißtrauen gegen die Absichten der am Kriege nicht betheiligt gewesenen Großmächte aussprach, und zu verstehen gab, daß Oesterreich von einer direkten Unterhandlung mit dem Gegner bessere Bedingungen, als von den Vermittlungsvorschlägen der neutralen Kabinette zu erwarten gehabt habe. Als das preußische Kabinet den Ungrund gewisser ihm Schuld gegebenen Mediationsprojekte nachwies, die, wenn sie wirklich vorhanden gewesen wären, die österreichischen Interessen allerdings benachtheiligt hätten, ward von Wien aus erwidert, daß jene Unterstellung auf irrigen Vermuthungen beruhen könne, daß aber Jedermann wisse, wie sehr Preußen's moralische Aktion seit Monaten Oesterreich entgegen gewesen sei. Eine Täuschung in Bezug auf die Thatsachen ward vom österreichischen Kabinet zugestanden, aber an dem Urtheil über die Gesinnung Preußen's nichts geändert. Daß Oesterreich 1849 von Rußland aus großer Gefahr gerettet worden, und während des Krimkrieges sich gleichwohl gegen dasselbe erklärt hatte, schien in Wien vergessen zu

sein. Während man daselbst die Pflichten der Dankbarkeit nicht eben hoch anschlug, machte man es Preußen zum Vorwurf, daß es nicht alsbald Oesterreich's Sache, gegen das ihm, da die Lombardei nicht zum deutschen Bunde gehörte, keine bestimmten Verpflichtungen oblagen, zu der seinigen gemacht habe, und legte ihm seine unabhängige Stellung als ein falsches Spiel aus. Diese Reibung zwischen den beiden großen deutschen Höfen streute den Samen zu neuen Zerwürfnissen aus, von denen sie selbst, mehr aber noch die Zukunft des deutschen Volks bedroht wird, wenn nicht bald ein Punkt der Ausgleichung gefunden werden sollte.

Napoleon kehrte als Sieger, wie er es seinen Umgebungen schon vor Anfang des Krieges verkündigt hatte, nach Frankreich zurück, und befand sich am 17. Juli wieder in St. Cloud, kaum drei Monate nachdem er es verlassen hatte. Er hatte während dieser kurzen Zeit Oesterreich zum Frieden und zur Abtretung einer seiner schönsten Provinzen gezwungen, seine Stellung und seinen Ruf erhöht, und einen immer steigenden Einfluß auf Europa vorbereitet, der sich bald auch in anderen Welttheilen fühlbar machen sollte. Unmittelbar nach Beendigung des Krieges wurden die französischen Truppen, bis auf eine Okkupationsarmee von fünf Divisionen Infanterie und zwei Brigaden Kavallerie unter dem Marschall Vaillant, aus Italien nach Frankreich zurückgezogen, um am 15. August (dem Napoleonstag) ihren feierlichen Einzug in Paris, wohin sich auch der Kaiser begeben hatte, zu halten.

Am unzufriedensten mit dem Frieden von Villafranca war die italienische Nationalpartei, die sich mit Hülfe der französischen Waffen im Geist schon im Besitz des Venetianischen gesehen hatte, und jetzt nach Vereitlung dieser Hoffnung den französischen Kaiser des Wortbruchs anklagte. Er antwortete den Stimmführern dieser Partei, daß er Frankreich's Interessen denen Italien's nicht nachsetzen dürfe, daß er ihnen die Lombardei gegeben, die von ihm erobert worden, daß er aber über das, was ihm nicht gehöre, wie das Venetianische, auch nicht verfügen könne. Er habe den Italienern die Bahn zu dem ersehnten Ziel gebrochen, das Uebrige liege ihnen selbst zu thun ob. Die Nationalpartei befolgte diesen Rath und trat jetzt so entschieden auf, daß schon am 16. August eine nach Florenz einberufene Volksvertretung das Haus Lothringen des toskanischen Throns für verlustig erklärte, und am 30. September die Annahme des sardinischen Wappens, wenn auch vor der Hand noch provisorisch, dekretirte. Parma und Modena wurden von sardinischen Truppen besetzt, angeblich, um die Ordnung daselbst auf-

recht zu halten. Der vom Apennin nördlich liegende Theil des Kirchenstaats sagte sich vom Pabst los, der die übrigen Provinzen nur mit Hülfe Frankreich's unter seiner Botmäßigkeit erhalten konnte. Napoleon gab Pius IX. die bündigsten Zusagen für die Zukunft, wie wenig Vertrauen aber dieselben verdienten, ging aus einer von dem französischen Kabinet unmittelbar inspirirten Flugschrift von Lagueronnière: „Der Pabst und der Kongreß", hervor, in welcher die Meinung ausgesprochen wurde, daß der Pabst um so sicher dastehen werde, je kleiner das von ihm beherrschte Gebiet sei.

Am 10. November (1859) wurde in Zürich auf Grundlage der Präliminarien von Villafranca der definitive Friede zwischen Oesterreich einer= und Frankreich und Sardinien andererseits geschlossen. Dieser Friede unterschied sich von den Präliminarien vornehmlich dadurch, daß die Wiedereinsetzung der mittelitalienischen Fürsten von dem Eintreten einer Uebereinstimmung der Großmächte oder eines Kongresses abhängig gemacht wurde, der aber nicht zu Stande kam, und auf den es auch nie ernstlich abgesehen gewesen. Auch erklärte Napoleon einer Deputation von Italienern, daß er eine Intervention zu Gunsten der gestürzten italienischen Regierungen nicht zugeben werde. Er gestattete, daß Sardinien immer weiter in Italien um sich griff, und bereitete dadurch für Frankreich eine Vergrößerung seines Gebiets an der Alpengränze vor. Napoleon hatte seinen nächsten Zweck vollständig erreicht. Oesterreich war gedemüthigt und mehr als je mit Preußen entzweit, der deutsche Bund innerlich zerrissen, und Italien durch die sich überstürzenden Ereignisse in eine Aufregung und Gährung versetzt, die ihm den Schutz Frankreich's auch für die Zukunft unentbehrlich machen mußte. Mit dem französisch=österreichischen Kriege in Norditalien und dem Frieden von Zürich hat eine neue Epoche in der Zeitgeschichte begonnen, deren Ziel und Schluß nicht einmal geahnt, geschweige denn mit Wahrscheinlichkeit nachgewiesen werden kann.

Druck der Hofbuchdruckerei (H. A. Pierer) in Altenburg.